

Z 615

hochschule ost

leipziger
beiträge zu
hochschule &
wissenschaft

Institut für Hochschulforschung Wittenberg e.V.
an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
- Bibliothek -
Collegienstraße 67
06888 Lutherstadt Wittenberg

Leipzig, 1./2. Quartal 1999
8. Jahrgang



Georg Schuppener
(Hrsg.)

Jüdische Intellektuelle in der DDR

Politische Strukturen und Biographien

hochschule

leipziger beiträge
zu hochschule &
wissenschaft

ost

1-2/99

hochschule ost. leipziger beiträge zu hochschule & wissenschaft

Verlegt durch den Arbeitskreis Hochschulpolitische Öffentlichkeit
beim StuRa der Universität Leipzig

Redaktion:

Sonja Brentjes, Falk Bretschneider (Schriftleitung), Frank Geißler,
Monika Gibas, Thomas Neie, Peer Pasternack (Herausgeber),
Thomas Perler, Stephan R. Sandler, Georg Schuppener

UNIVERSITÄT LEIPZIG
STUDENTINNEN
Rat

Redaktionsanschrift: Universität Leipzig, PF 920, 04009 Leipzig.

Hausanschrift: Burgstraße 21/106, 04109 Leipzig.

Tel. (0177) 32 70 900.

Fax (0341) 97 37 859.

E-Mail: hso@rz.uni-leipzig.de

hochschule ost im Internet:

<http://www.uni-leipzig.de/~zhs/hso/hoframe.html>

Die veröffentlichten Beiträge geben selbstverständlich nicht in jedem
Falle Meinungen des Arbeitskreises HpÖ bzw. der Redaktion wieder.

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Manuskripten (Ausdruck &
Diskette) ein. Ein Veröffentlichungsanspruch besteht nicht.

hochschule ost erscheint quartalsweise.

ISSN 0944-7989. Dieser Band: ISBN 3-9806319-2-3

INHALT

JÜDISCHE INTELLEKTUELLE IN DER DDR. POLITISCHE STRUKTUREN UND BIOGRAPHIEN

- Peer Pasternack & Georg Schuppener:*
Jüdisch & intellektuell. Zu den verdoppelten Schwierigkeiten
eines DDR-geschichtlichen Themas 8
- Mario Keßler:*
Sozialisten jüdischer Herkunft zwischen Ost und West. Ernst Bloch,
Hans Mayer, Alfred Kantorowicz, Leo Kofler, Josef Winternitz..... 21
- Esther Jonas-Märtin & Lothar Mertens:*
Intellektuelle in den Jüdischen Gemeinden
in der Frühphase der DDR 47
- Andreas Herzog:*
War die DDR antisemitisch?
Kritische Anmerkungen zu den Studien einiger Historiker 62
- Siegfried Hollitzer:*
Vom Evangelisch-Lutherischen Ausschuß für Mission unter Israel
zur Jüdisch-christlichen Arbeitsgemeinschaft Leipzig. Streiflichter 75
- Thomas Kuczynski:*
„Es gibt ebensowenig eine jüdische Ökonomie
wie eine deutsche Physik oder eine marxistische Biologie“ 90
- Günter Wirth:*
Ernst Grumach. Universalgelehrter von internationalem Rang
und Zeitzeuge sui generis..... 106
- Dieter Schiller:*
Der unbequeme Ja-Sager. Arnold Zweigs Jahre in der DDR..... 131
- Wolfgang Herzberg:*
Die begrenzte Emanzipation.
Eine linke jüdisch-deutsche Hochschullehrerin erzählt ihr Leben 144
- Georg Schuppener:*
Jüdisches Leben und jüdische Intellektuelle in der DDR.
Auswahlbibliographie 164

FORUM

- Ralf Stabel:*
Wie Klassischer und Moderner Tanz zusammenklingen.
Zur Palucca Schule Dresden in der DDR..... 173
- Eberhard Rebling:*
Wie die Berliner Musikhochschule
den Namen „Hanns Eisler“ erhielt 187
- Heinz Bielka:*
Medizinische Forschung und Kliniken in Berlin-Buch.
Kontinuitäten und Umbrüche 195
- Arno Hecht:*
Das deutsche Reinheitsgebot. Seine Auswirkungen auf den
einigungsbedingten Personalwandel medizinischer
Hochschullehrer im Osten Deutschlands..... 205
- Falk Bretschneider:*
„Es war schon ein kritischer Moment“.
Zur internen Kommunikationspolitik der Universität Leipzig
während des Studierendenstreiks im Winter 1997 228
- Thomas Neie:*
Das neue Hochschulrahmengesetz ist nicht die Hochschulreform 249
- Peer Pasternack:*
Über Kreuz. Demokratie, Gruppenuniversität
und das „Berliner Wahlmodell“ in Sachsen-Anhalt 268
- Andreas Keller:*
Das „Berliner Wahlmodell“ für Hochschulgremien.
Rechtliche Grundlagen und politische Perspektiven 276

DOKUMENTATION

- Offener Brief an das Bureau du comité international
d'histoire de la deuxième guerre mondiale 291

BERICHTE

- Reaktionen auf den Offenen Brief von Historikern
aus der DDR an das Comité international d'histoire de la
deuxième guerre mondiale (*Werner Röhr*) 295
- Die Marx-Engels-Gesamtausgabe (BBAW) 299
- Die Besonderheiten und Leistungen der unabhängigen Archive

am Beispiel des Robert-Havemann-Archivs und des Matthias-Domaschk-Archivs (<i>Horch&Guck</i>)	302
Nachdiplomierung von Fachschulökonominnen jetzt möglich (<i>Kultusministerium MV</i>)	312
Wissenschaftsrat äußert sich zur Entwicklung der Europa-Universität in Frankfurt/Oder (<i>WiRa</i>)	313
Europa-Universität nimmt Stellung zu den Empfehlungen des Wissenschaftsrates (<i>Viadrina</i>)	314
Wissenschaftsrat hebt Bedeutung der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina hervor (<i>WiRa</i>)	317
Uni Potsdam richtet Ergänzungsstudiengang Sorbisch/Wendisch für Lehrer ein (<i>MFWK Brandenburg</i>)	318
Max-Planck-Gesellschaft gründet Institut für ethnologische Forschung (<i>MPG</i>)	319
Darf's noch ein Semester mehr sein? Jenaer Studenten lassen sich Provinzdasein bezahlen (<i>UnAufgefordert</i>)	321

PUBLIKATIONEN

Peer Pasternack:

Bibliographie Wissenschaft und Hochschulen in Ostdeutschland und Osteuropa 1945 bis zur Gegenwart	324
1. SBZ/DDR 1945-1989	324
2. Ostdeutschland seit 1990	349
3. Wissenschaft & Hochschule in Osteuropa	361
Kürschners Deutscher Gelehrtenkalender 1996 (<i>Jürgen Werner</i>)	372
Pjotr I. Nikitin: Zwischen Dogma und gesundem Menschenverstand (<i>Ulrich van der Heyden</i>)	374
Thomas Raiser: Schicksalsjahre einer Universität (<i>Thomas Neie</i>)	375
Autorinnen & Autoren	379

Georg Schuppener (Hrsg.)

Jüdische Intellektuelle in der DDR

Politische Strukturen und Biographien

Jüdisch & intellektuell

Zu den verdoppelten Schwierigkeiten eines DDR-geschichtlichen Themas

Peer Pasternack &
Georg Schuppener
Wittenberg/Leipzig

Es gibt Themen, bei denen als erstes einfällt, daß sie „schwierig“ seien. Das gilt beispielsweise für das Thema *Juden in der DDR*. Es gibt auch Themen, bei denen manchen zwar „alles klar“ ist, während andere aber sie gern „problematisch“ nennen. Das gilt beispielsweise

für das Thema *Intellektuelle in der DDR*.¹ Unter dem Titel *Jüdische Intellektuelle in der DDR* kreuzen sich dann beide Gegenstände, womit hochkomplexe Verwerfungen naheliegen. Das Feld ist zerklüftet. Einzelne analytische Bemühungen suchen Wege zwischen der Topographie des Geländes einerseits und Tiefenbohrungen in den Sedimenten andererseits. Das Geröll aus Akten und Erinnerungen erschwert das Fixieren von Meßpunkten ebenso wie das Ansetzen der Diamantbohrer. Als zentrale Stichworte tauchen in den Debatten um die Intellektuellen in der DDR regelmäßig *Kritik, Einmischung, Resignation* sowie *Anpassung, Antifaschismus* und *Westemigration* auf, in den Debatten um Juden in der DDR *Remigration, Israel, Antizionismus, Antisemitismus* und wiederum *Anpassung, Antifaschismus* und *Westemigration*. Woher rührt das Image des Heiklen, das sowohl dem Thema 'Juden in der DDR' wie dem Thema 'Die DDR und ihre Intellektuellen' anhaftet?

Intellektuelle: Bildung, Kritik, Einmischung

Die Definitionsversuche des Intellektuellen machen sich in der einschlägigen Literatur insbesondere an drei Merkmalen fest: Bildung, Kritik und Einmischung. Bildung ist nach Mannheim das „vereinheitlichende soziologische Band zwischen den Intellektuellengruppen“: „Das Teilhaben am gemeinsamen Bildungsgut unterdrückt der Tendenz nach immer mehr die

¹ Vgl. exemplarisch die hso-Themenschwerpunkte „Sozialistische Intelligenz“, *hochschule ost* 3/1995, S. 7-107, und „Dialektik der Einpassung“, *hochschule ost* 2/1996, S. 7-107.

geburtsmäßig-ständischen, beruflichen, besitzmäßigen Differenzen und verbindet die einzelnen Gebildeten gerade im Zeichen dieser Bildung.“²

Bildung ermöglicht das, was für Dahrendorf die soziale Rolle des Intellektuellen vor allem anderen kennzeichne: der „selbständige und bewußte Umgang mit dem Wort“. Zwar würden alle Menschen „die Kraft des Wortes“ haben; wo dieser Umgang jedoch „selbständig“ und „bewußt“ werde, sei das Wort nicht mehr „reines Instrument von Verständigung“, „sondern Mittel des Ausdrucks von Realitäten und Überzeugungen“. Der selbständige Umgang mit dem Wort impliziere ein Stück Distanz von der Realität; das Wort symbolisiere sie.³ Mit dieser Distanz ist die entscheidende Voraussetzung für das nächste Merkmal benannt: Kritik.

„Kritik ist der Beruf des Intellektuellen“, so Rainer M. Lepsius. Dabei würde der Intellektuelle insbesondere zum „inkompetenten Kritiker“, indem er nämlich über außerhalb seiner Zuständigkeit liegende Dinge redet oder schreibt. Die Intellektuellen trügen definitionsgemäß keine Verantwortung für praktisches Handeln, und die Erfolgsaussicht ihres Tuns liege nicht etwa in der Ausführung ihrer Ideen, sondern „in der Störung des normalen Ablaufs der Dinge“.⁴

Hierin liegt ein erhebliches Konfliktpotential: Intellektuelle hinterfragen Dinge (Zustände, Strukturen, Prozesse), ohne eigens gefragt und berufen zu sein. Dies läßt sich auch mit dem Merkmal der kontinuierlichen Einmischung charakterisieren. Es kommt aus der französischen Intellektuellendebatte, die auf das Engagement Zolas in der Dreyfus-Affäre zurückgeht. So meint Améry, Fachkräfte würden nicht durch ihre fachliche Leistung zu Intellektuellen, „sondern weil sie, darüber hinaus, aktiv teilnehmen an der Polis“, und zitiert Louis Bodin: „engagiert sein und ein Intellektueller sein, ist ein Pleonasmus; der desengagierte Intellektuelle ist eine Illusion.“⁵

In der DDR nun war für eine eigenständige öffentliche wie kritische Funktion von Intellektuellen – bereits in der Theorie – kein Platz: insofern die SED aus dem überkommenen Anspruch, „theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus“ zu

² Karl Mannheim: *Ideologie und Utopie*, Frankfurt a.M. 1985, S. 135f.

³ Ralf Dahrendorf: *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*, München 1968, S. 309.

⁴ Rainer M. Lepsius: *Kritik als Beruf. Zur Soziologie der Intellektuellen*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 1/1964, S. 81f.

⁵ Jean Améry: *Jean Paul Satres Engagement*, in: Kurt Hoffmann (Hg.), *Macht und Ohnmacht der Intellektuellen*, Hamburg 1968, S. 79.

haben,⁶ gesamtgesellschaftlich einen auch geistigen – „ideologischen“ – Führungsanspruch ableitete. Die Folgen waren zunächst ganz praktisch, wie Land/Possekel mitteilen:

„Als typische Probleme des westeuropäischen Intellektuellen gelten die kritische Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Angelegenheiten im öffentlichen Diskurs und eine dafür erforderliche Distanz zu jedweder Macht. In staatssozialistischen Gesellschaften verhinderte die Monopolisierung der Kommunikationsmedien jedoch die Herausbildung einer für diesen Typ essentiellen gesellschaftlichen Öffentlichkeit. Statt dessen bildeten sich voneinander mehr oder weniger isolierte, geschlossene Diskurse.“⁷

Immerhin aber: Es bildeten sich, wenn auch isoliert und geschlossen, Diskurse, also Kommunikationszusammenhänge außerhalb des staatsmonopolistisch vermachteten öffentlichen Raumes.

Intellektuelle, Juden und das kommunistische Projekt

Juden nun waren und sind traditionell stark repräsentiert unter den Intellektuellen. Die Jahrtausende alte Kultur der Schriftlichkeit hat ihre Spuren hinterlassen, ebenso die jahrhundertelange Ausgrenzung im christlichen Abendland aus nahezu allen manuellen Tätigkeiten von der Landwirtschaft bis zum zunftgebundenen Handwerkertum – so daß eine Form, der Ausgrenzung zu erwidern, darin bestand, den gesellschaftlichen Mauern die Freiheit des Wortes und des Intellekts entgegenzustellen. Die Juden waren – wie es in den „Elementen des Antisemitismus“ heißt – allzu lange in die Zirkulationssphäre eingesperrt, und daher wurden die Intellektuellen – neben dem Bankier – in dem Bild, das sich die „durch Herrschaft Verstümmelten“ von den Juden machten, deren Exponenten: Der Intellektuelle „scheint zu denken, was die anderen sich nicht gönnen, und vergießt nicht den Schweiß von Mühsal und Körperkraft“.⁸ Das sich dieserart äußernde Ressentiment richte sich freilich vornehmlich gegen Menschen, die das verdrängte Eigene repräsentieren. Der Haß gegen die Juden sei in Wahrheit ein Selbsthaß, Ausdruck eines „unglücklichen Bewußtseins“, das in den Juden verachte, was es selbst ersehne. Das projizierte Stereotyp trägt uneingestanden Züge versöhnten Daseins, „des Glückes ohne

⁶ Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, in: Marx-Engels-Werke (MEW) Bd. 4, Berlin (DDR) 1983, S. 474.

⁷ Rainer Land/Ralf Possekel: Intellektuelle aus der DDR. Kulturelle Identität und Umbruch, in: *Berliner Debatte Initial* 1/1992, S. 86.

⁸ Max Horkheimer/Theodor W. Adorno: Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente, Leipzig 1989, S. 194f.

Macht, des Lohnes ohne Arbeit, der Heimat ohne Grenzstein, der Religion ohne Mythos“.⁹

Die DDR war so sehr die Folge des nationalsozialistischen Zusammenbruchs, wie sie Kind des kommunistischen Aufbruchs eines Teiles der Welt in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts war. Sie hatte damit unter anderen zwei antisemitische und zwei kollektivistische Wurzeln – den russisch-sowjetstalinistischen wie den deutschen Antisemitismus und den nationalsozialistischen wie den orthodox-kommunistischen Kollektivismus. Das waren weder gute Voraussetzungen für die Integration von Intellektuellen noch für die von Juden. Wo solche trotzdem gelang, muß dies vor einem derartigen Hintergrund als umso bemerkenswerter gelten. Sie gelang freilich nicht durchgehend, und wo sie gelang, blieb diese Integration vielfach problematisch fragil.

Die DDR war von der programmatischen Selbstwahrnehmung her emanzipatorisch – allerdings nur für definierte Kollektive (Klassen, Schichten, Hausgemeinschaften...). Sie war also emanzipatorisch allein in den individuelle Emanzipation behindernden Grenzen des Kollektivismus, mithin der Zurichtung des Einzelnen auf eine dekretierte Norm hin. Daß solche Zurichtung – mitunter subtiler – auch in anderen modernen Gesellschaften anzutreffen ist, verringert nicht die sozialismusspezifische Differenz zwischen kommunistischem Anspruch und emanzipationseinschränkendem Alltag.

Für die Schwierigkeiten der DDR mit ihren Intellektuellen und mit (ihren wie anderen) Juden scheint es gemeinsame Gründe gegeben zu haben – und diese mußten gerade dann potenzierte Wirkungen zeitigen, sobald es sich um jüdische Intellektuelle handelte. Denn Intellektuelle wie Juden lebten – real oder im Bild, das man sich von ihnen machte – bereits Elemente der kommunistischen Verheißung, die sich im Begriff emanzipierter Autonomie verdichten lassen: die Inanspruchnahme der Abweichung von der kollektivistischen Norm, der freien Wahl von Bindungen, die man einzugehen gedenkt, der „Distanz von der Realität“ dank des Wortes oder der „Heimat ohne Grenzstein“. Solche emanzipierte Autonomie oder befreite Individualität hätte Intellektuelle wie Juden, erst recht sich als Juden verstehende Intellektuelle zu gleichsam natürlichen Verbündeten des kommunistischen Projekts machen müssen – des Projekts einer „Assoziation, in der die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“.¹⁰ Doch waren es gerade diese Elemente der kommunistischen Verheißung, die der „Übergangsgesell-

⁹ Ebd., S. 222.

¹⁰ Karl Marx/Friedrich Engels: a.a.O., S. 482.

schaft“ (Volker Braun), die sich nie hat völlig frei machen können von kriegskommunistischen Dispositionen, suspekt erschienen.

Hierin scheint eine Hypothek zu liegen, mit der die DDR sich dauerhaft beladen hat, und die grundsätzlicher ist, als es die unterschiedlich interpretierbaren, von Michael Wolffsohn so genannten „antisemitischen Tatsachen“¹¹ sind.¹²

Der unbegriffene Holocaust

Die ideologisch fundamentierte Abwehr des Besonderen als normabweichend zeigte sich bereits in der Leugnung des besonderen Opfers. Statt als zentrales wurde der Holocaust in Geschichtswissenschaft und -politik der DDR als peripheres Phänomen des Nationalsozialismus behandelt;¹³ dies äußerte sich insbesondere darin, daß die Juden als eine Opfergruppe unter vielen behandelt wurden:¹⁴ Darin offenbarte sich die Unfähigkeit, im Rahmen einer dogmatisierten Ideologie zentrale Fragen aufzunehmen, die durch geschichtliche Entwicklung unabweisbar geworden waren. Innerhalb eines mechanisch-materialistischen Basis-Überbau-Modells und eines Fortschrittsaxioms, das nur ein gesetzmäßiges Voranschreiten vom Unvollkommenen zum Vollkommeneren kennt, war ein solcher Zivilisationsbruch unbehandelbar: Er läßt sich in diesem Erklärungsrahmen nicht stringent deuten. Es markierte dies die Leistungsgrenzen einer Gesellschaftstheorie, die ihre eigenen Grundannahmen nicht infragezustellen vermochte, aber parallel zu dieser Unfähigkeit in sich den unaufhaltsamen historischen Fortschritt zu Bewußtsein gekommen sah.

Daß der Holocaust in der DDR lediglich als Element eines den Kapitalismus radikalierenden Faschismus, nicht aber als zentraler Inhalt des deutschen Nationalsozialismus begriffen wurde, speiste sich aus verschiedenen Quellen. Zwei zentrale Legitimationsgründe des DDR-Systems waren es, die den Holocaust in den Hintergrund der historischen Wahrnehmung schoben. Zum einen: Die Betonung des in der Tat opferreichen

¹¹ Michael Wolffsohn: *Meine Juden – Eure Juden*, München/Zürich 1997, S. 118.

¹² Andreas Herzog dekliniert die einschlägigen Vorwürfe daraufhin durch, inwieweit sie statt durch antisemitische Einstellungen durch Interessen- und Machtkalküle begründet gewesen seien: vgl. seinen Beitrag in diesem Band.

¹³ Vgl. dazu Olaf Groehler: *Der Holocaust in der Geschichtsschreibung der DDR*, in: ders./Ulrich Herbert, *Zweierlei Bewältigung. Vier Beiträge über den Umgang mit der NS-Vergangenheit in den beiden deutschen Staaten*, Hamburg 1992, S. 41-66.

¹⁴ Vgl. z.B. eine entsprechende Auseinandersetzung von 1960 über die Konzeption der Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald, dargestellt bei: Karin Hartewig: *Jüdische Kommunisten in der DDR und ihr Verhältnis zu Israel*, in: Wolfgang Schwanitz (Hg.), *Jenseits der Legenden. Araber, Juden, Deutsche*, Berlin 1994, S. 125-127.

kommunistischen Widerstands gegen den Nationalsozialismus bewirkte eine Hierarchisierung der Opfer – an der Spitze die kommunistischen Widerstandskämpfer, dann Sozialdemokraten wie Rudolf Breitscheid, gefolgt von den 35 Millionen Kriegsoffern, mit einigem Abstand der bürgerlich-aristokratisch-antikommunistische Widerstand im elften Jahr des Regimes, sodann die Juden als größte Gruppe der „passiven Opfer“, hernach Sinti und Roma, Behinderte, schließlich ganz am unteren Ende (und damit nie erwähnt) die Homosexuellen und die Zeugen Jehovas. Zum anderen: Der Mythos von den „gesunden Kräften des deutschen Volkes“, die das sozialistische Aufbauwerk vollbringen müßten, legte es nahe, von der – wie sich Martin Walser ausdrücken würde – „Dauerpräsentation unserer Schande“ abzusehen, soweit man damit an unterdessen unangenehme Alltagserinnerungen eben dieses Volkes rührte.

Doch ebenso dort, wo man sich ernsthaft bemühte, zu begreifen, was der Holocaust war,¹⁵ mußte man im Rahmen der in der DDR geltenden Prämissen scheitern. Denn auch dessen eigentliche Ursache – der Antisemitismus – war (und ist nach wie vor, etwa bei den russischen Nationalkommunisten), im Rahmen des Basis-Überbau-Schemas und der Fortschrittslogik nicht zu erfassen: Antisemitismus läßt sich weder als alleiniges Bewußtseinsphänomen begreifen, noch ist er linear aus sozialökonomischer Unterdrückung, Verelendung und Knechtschaft zu erklären.

Aporien in den Nachkriegshoffnungen und -entwicklungen

1945 waren die kommenden Verwerfungen noch nicht sichtbar. Sehr unterschiedlich sind insbesondere die Motive gewesen, die jüdische Menschen nach Kriegsende in der sowjetischen Besatzungszone bzw. später der DDR bleiben oder gerade dorthin als Remigranten zurückkehren ließen. Heimatbindung, vereinzelt auch Repatriierung, Hoffnung auf den Neuanfang, Hoffnung in den Sozialismus lassen sich hier nennen. Wichtig war vor allem die Hoffnung in ein besseres, nämlich sozialistisches Deutschland.

¹⁵ Hier muß insbesondere Kurt Pätzold genannt werden. Er war mit seiner frühzeitigen und intensiven Beschäftigung mit der Judenverfolgung (vgl. neben zahlreichen analytischen Publikationen – insbesondere: *Faschismus, Rassenwahn, Judenverfolgung*, Berlin [DDR] 1975 – die von ihm herausgegebene und in Massenaufgabe vertriebene Taschenbuch-Dokumentation von 1983: *Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung. Dokumente des faschistischen Antisemitismus 1933 bis 1942*, Leipzig 1983) eine Ausnahmeerscheinung unter den DDR-Historikern. Daß auch Pätzold dazu neigte, die funktionalen Zwecke überzubetonen, d.h. die Interessen des deutschen Großkapitals als Hauptursache der Judenverfolgung zu interpretieren, schmälert nicht sein Verdienst, die Judenverfolgung beharrlich und nicht lediglich als Randphänomen des Nationalsozialismus thematisiert zu haben.

Gerade diese Hoffnung weckt in der retrospektiven Sicht zwiespältige Gefühle. Wie konnte sich die Hoffnung auf einen Sozialismus stalinscher Prägung richten, der zwar einerseits vielen Verfolgten, auch Juden, Zuflucht geboten hatte und zur Zerschlagung des faschistischen Deutschland wesentlich beigetragen hatte, andererseits aber vor allem seit den 30er Jahren einen Großteil der eigenen intellektuellen Elite – und damit insbesondere auch Juden – physisch vernichtet hatte?¹⁶

Vor dem Hintergrund der ungeheuren Verbrechen des Nationalsozialismus wird das Ausblenden der Schattenseiten des Stalinismus zumindest erklärlich. Symptomatisch hierfür ist etwa die Einschätzung Victor Klemperers, der in seiner LTI Parallelen zwischen dem Sprachgebrauch im Nationalsozialismus und bei den sowjetischen Siegern bemerkt hatte: „... die deutsche Metapher weist in die Sklaverei, und die russische in die Freiheit“.¹⁷ Aus heutiger Sicht eine fatale Fehleinschätzung. Schon 1949 und Anfang der 50er Jahre ließen die Schauprozesse in einer Reihe von sozialistischen Ländern eine andere Realität erkennen.

Freilich: Wenn Größenordnungen eine Rolle bei Bewertungen spielen dürfen, dann ist darauf zu verweisen, daß es in der DDR keine vergleichbaren Schauprozesse gab, und daß der Prozeß, welcher mit antisemitischen Konnotationen behaftet war – gegen Paul Merker – anders als in Osteuropa nicht mit Todesurteil endete.

Was es gleichwohl gab, waren Parteiüberprüfungen, mit denen jüdische Kommunisten in den fünfziger Jahren überzogen worden waren, und die mit der Enthebung von exponierten Positionen endeten: etwa Jürgen Kuczynski, Wolfgang Langhoff, Rudolf Herrstadt, Erich Jungmann, Alexander Abusch, Albert Norden, Hermann Axen oder Hanns Eisler und Gerhart Eisler. Leo Bauer, Bruno Goldammer und Lex Ende wurden aus der Partei ausgeschlossen.¹⁸ Anfang der 50er Jahre war die Situation von vielen Juden als außerordentlich bedrohlich empfunden worden, was zu einer deutlich verstärkten Fluchtbewegung führte. Der Vorsitzende des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden und SED-Volkskammerabgeordnete Julius Meyer etwa sah sich als zionistischen Agenten beschuldigt, konnte sich aber durch Flucht in Sicherheit bringen.

¹⁶ Vgl. Arno Lustiger: Rotbuch. Stalin und die Juden, Berlin 1998; desweiteren – über die Sowjetunion hinausgreifend und auch die Entwicklungen in Ungarn, Rumänien, Polen, Tschechoslowakei und DDR nach 1945 darstellend – Leonid Luks (Hg.): Der Spätstalinismus und die „jüdische Frage“. Zur antisemitischen Wendung des Kommunismus, Köln 1998.

¹⁷ Victor Klemperer: LTI. Notizbuch eines Philologen, Leipzig 1990, S. 168.

¹⁸ Vgl. Angelika Timm: Hammer, Zirkel, Davidstern. Das gestörte Verhältnis der DDR zu Zionismus und Staat Israel, Bonn 1997, S. 113ff.

Nicht nur die 50er, sondern auch die 60er und 70er Jahre waren von einem betonten Antizionismus in Verbindung mit einer dezidiert pro-arabischen Positionierung der DDR geprägt: Beides wiederum wurde nicht aktiv immunisiert gegen den darin potentiell enthaltenen Antisemitismus, so daß die Ressentiments sich denn auch mitunter offen entfalten.¹⁹ Hier trifft der Beobachter auch wieder auf Wirkungen der defizitäreren Faschismus-Analyse: Da der Antisemitismus nie als zentraler Bestandteil der gesellschaftlichen Kultur in Deutschland reflektiert worden war und insofern keine Sensibilität für entsprechende Unterströmungen entwickelt wurde, mangelte es vielen Angehörigen der politischen Elite auch schlicht an der Fähigkeit, in der pro-arabischen Positionierung die latent antisemitische Komponente erkennen zu können.²⁰

Jüdische Intellektuelle haben das sensibel registriert. Helmut Eschwege, jüdischer Historiker in Dresden, überliefert ein vergleichsweise kleines Erlebnis, in dem sich die Alltagsdimension dessen offenbarte. 1967 hatte Eschwege mit dem Dresdner Verlag der Kunst einen Vorvertrag für einen Band „Synagogen in Deutschland“ abschließen können und entsprechende Recherchen gestartet. Unter anderem erbat er bei der Stadtverwaltung Mühlhausen (Bezirk Erfurt) eine Abbildung der dort früher gestandenen Synagoge. Das Büro des Bürgermeisters leitete das Schreiben an den Rat des Bezirkes Erfurt weiter, wo die Abteilung Inneres damit befaßt wurde. Diese forderte den Historiker auf, ergänzende Unterlagen und den Auftrag für seine Arbeit beizubringen, um dann eine Entscheidung fällen zu können. Eschwege schrieb im Januar 1968 zurück:

„Ich bestätige Ihre Antwort vom o.Dt. Als Bürger der DDR habe ich volles Verständnis, daß Mißtrauen die Grundlage der Leitungstätigkeit Ihres Ressorts bildet. Doch möchte ich Sie insoweit beruhigen, als ich das erbetene Foto der ehemaligen Synagoge von Mühlhausen weder zur Unterstützung der israelischen Regierung noch zur Militärspionage benötige. Meine Absicht, ein Buch über die ehemaligen Synagogen in Deutschland herauszugeben, wird vom Staatssekretariat für Kirchenfragen unterstützt... Ich selbst bin Mitarbeiter am Institut für

¹⁹ Vgl. die Beispiele, die Esther Jonas-Martin und Lothar Mertens in ihrem Beitrag: Intellektuelle in den Jüdischen Gemeinden in der Frühphase der DDR, in diesem Band, anführen.

²⁰ Daß es diesbezüglich auch andernorts analytische Schwächen gab und gibt – etwa in weiten Teilen der westdeutschen 68er und nach-68er Linken –, sei hier wenigstens erwähnt, ebenso daß ohne solche Schwächen die Heftigkeit der Goldhagen-Kontroverse nicht zu erklären ist. (Vgl. dazu den instruktiven Exkurs von Lars Rensmann: „Zorn von alttestamentarischem Atem“. Reflexionen zur politischen Psychologie der Goldhagen-Debatte, in: ders., Kritische Theorie über den Antisemitismus. Studien zu Struktur, Erklärungspotential und Aktualität, Berlin/Hamburg 1998, S. 336-360) Am Ende des Beitrags kommen wir noch einmal auf die andernorts anzutreffenden Defizite zurück.

Marxismus-Leninismus an der Technischen Universität Dresden. Nachdem mir von einem Archiv ehemaliger deutscher Juden im Ausland Fotos der ehemaligen Synagoge in Mühlhausen angeboten wurden, wollte ich versuchen, um dem Staat Devisen zu sparen, von dieser Stadt das Foto direkt anzufordern. Wahrscheinlich hätte der Bürgermeister vernünftiger gehandelt, wenn er die Beantwortung meines Schreibens seinem Stadtmuseum oder Stadtarchivar zur Erledigung übergeben hätte. Die Übersendung meines Schreibens an Ihre Dienststelle beweist, daß dieser Kollege alles, was mit Juden zu tun hat, in einen Topf mit Israel wirft, als feindliche Betätigung ansieht und Ihrer Stelle zur 'Erledigung' übergibt. Mit freundlichem Gruß!²¹

Als 1967, nach Ausbruch des Sechstagekrieges, Albert Norden im Auftrag des SED-Politbüros Unterschriften unter einer „Erklärung von Bürgern der DDR jüdischer Herkunft“²² sammelte, stieß er teils auf Unbehagen und Empörung. Er berichtete an Walter Ulbricht:

„Nachdem ich die Erklärung formuliert hatte, ließ ich gestern abend und heute vormittag durch den Nationalrat Unterschriften organisieren. Dabei zeigten sich bei einer Reihe von Personen, auch Mitgliedern der SED, ernste Schwankungen. So lehnten Prof. Kamnitzer und Peter Edel die Unterschrift ab und erklärten, sie würden versuchen, eine eigene Erklärung zu formulieren, mit der sie freilich bis zum späten Nachmittag nicht fertig geworden sind. Die bekannte Sängerin Lin Jaldati berief sich bei ihrer Ablehnung auf die Reden des Leiters der palästinensischen 'Befreiungsarmee' (Schukeiri), der die Vernichtung der Juden predige. Der Präsident des Verbandes Jüdischer Gemeinden, Helmut Aris, erklärte zur Begründung seiner Weigerung: 'Für uns ist es ein schwieriges Problem: Damals sind unsere Brüder und Schwestern in Deutschland ermordet worden, und heute lassen sie wieder ihr Leben im Nahen Osten.' Arnold Zweig hat rundheraus erklärt, daß er mit dem Inhalt der Erklärung prinzipiell nicht einverstanden sei. Das ist angesichts seiner althergebrachten prozionistischen Einstellung nicht erstaunlich.“²³

Noch aus dem Jahre 1982 wird ein ähnliches Ansinnen, sich öffentlich anti-israelisch zu erklären, erinnert. Der oben bereits zitierte Helmut Eschwege berichtet:

„Als mich die Fakultät Philosophie der Technischen Universität Dresden 1982 für den Universitätspreis vorgeschlagen hatte, verlangte der Kreissekretär der SED an der TU von mir die Verurteilung Israels und seiner Politik. Da diese nicht wie gewünscht ausfiel, lehnte der Senat der Universitätsleitung die Verleihung des Preises an mich einstimmig ab, weil ich seiner unwürdig war. Meine Erklärung für den Kreissekretär wurde damals von allen Vorsitzenden der jüdischen Gemeinden in der DDR – ich hatte sie ihnen zugesandt – befürwortet. Die

²¹ Helmut Eschwege: Fremd unter meinesgleichen. Erinnerungen eines Dresdner Juden, Berlin 1991, S. 217f.

²² abgedruckt in: *Neues Deutschland*, 9.6.1967.

²³ Zit. nach: Karin Hartewig, a.a.O., S. 135.

an mich gestellte Forderung, Israel zu verurteilen, war schon deswegen eine Gemeinheit, weil ein solches Ansinnen an keinen Nichtjuden gerichtet wurde.“²⁴

Was sich in solchen Szenen freilich auch zeigt, ist die Verschiedenheit zweier Dimensionen, auf der zu bestehen die aktuelle Geschichtspolitik durchaus nahelegt: Ein politischer Antizionismus, der die Aktualisierbarkeit antisemitischer Ressentiments latent in sich trägt, ist keine läßliche Sünde; er ist gleichwohl etwas fundamental anderes als der politisch programmierte, gesellschaftliche akzeptierte und bürokratisch implementierte Massenmord, dem niemand zu entgehen vermochte, der einer willkürlichen Markierung unterlag. Ein politisches System, das darauf beharrt, den Antisemitismus beseitigt zu haben, indem es ihm seine sozialökonomischen Grundlagen genommen habe, ist auch dann, wenn diese Selbstbeschreibung so nicht stimmt, von anderer Qualität als ein System, das den Antisemitismus in monströser Konsequenz zur zentralen Grundlage seiner Existenz erklärt. Daher steht derjenige, der es aus analytischen Gründen für unabdingbar hält, das DDR-System mit „totalitär“ auf den Begriff zu bringen, aus gleichen Gründen vor der Aufgabe, für das nationalsozialistische Deutschland eine begriffliche Beschreibung zu liefern, die Verwechslungen ausschließt.

Die 80er Jahre: Entspannungen als Bestätigung der Ambivalenzen

Die achtziger Jahre brachten verschiedene Entspannungen. DDR-Künstler konnten nach Israel reisen, Beziehungen zum Jüdischen Weltkongreß wurden angebahnt, jüdisch-deutsches Kulturerbe konnte nun *als solches* zur Kenntnis genommen werden,²⁵ das Gedenken an die Pogromnacht von 1938 rückte die ermordeten Juden als Opfer eines spezifischen Vernichtungswillens ins breite öffentliche Bewußtsein,²⁶ der Staatssekretär für Kirchenfragen reiste im Januar/Februar 1989 nach Israel. Doch gilt hier

²⁴ H. Eschwege, a.a.O., S. 278. Der Anschlußsatz in dieser Schilderung lautet übrigens: „Acht Jahre später“, nämlich im Februar 1990, „verlieh der gleiche Senat mir den Preis ebenso einstimmig.“

²⁵ Vgl. etwa für die offizielle DDR-Geschichtswissenschaft: Walter Schmidt: Jüdisches Erbe deutscher Geschichte im Erbe- und Traditionsverständnis der DDR, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 8/1989, S. 692-714.

²⁶ Vgl. die seinerzeit beachtliches Aufsehen erregenden Publikationen von Rosemarie Schuder/Rudolf Hirsch: *Der gelbe Fleck. Wurzeln und Wirkungen des Judenhasses in der deutschen Geschichte*, Berlin 1987 (die gleichwohl im wesentlichen einer sozio-ökonomisierenden Erklärung des Judenhasses verhaftet bleiben), und Kurt Pätzold/Irene Runge: *Pogromnacht 1938*, Berlin 1988.

wie bei anderen Aspekten unseres Thema, daß die Betrachtung auf permanente 'Aber' stößt:

Die Änderungen der 80er Jahre waren nicht zu übersehen, *aber* sie erfolgten weniger aufgrund gewandelter Positionen, sondern aus außenpolitischen Zweckmäßigkeitserwägungen heraus. Die DDR war zwar antifaschistisch, vermochte *aber* keine angemessene Position zum Holocaust zu entwickeln – nicht zuletzt, da sie schon an einer sachangemessenen Differenzierung von Faschismus und Nationalsozialismus scheiterte. Die DDR war internationalistisch, *aber* vorzugsweise gegenüber *nationalen* Befreiungsbewegungen, während sie vom sowjetischen Der-Klassenkampf-verschärft-sich-Denken die Frontstellung zum sog. Kosmopolitismus – die Juden als „wurzellose Kosmopoliten“ – übernommen hatte. Den Antizionismus pflegte die DDR als Bestandteil ihres außenpolitischen Konzepts – wofür sich unter Berücksichtigung des zeitgeschichtlichen Kontextes, d.h. der Blockteilung der Welt, noch nachvollziehbare Gründe angeben ließen –, *aber* sie immunisierte ihn nicht gegen den darin potentiell enthaltenen Antisemitismus. Die DDR war kein politisches System zum intentionalen Vollzug von Antisemitismus, *aber* insofern sie sich den Antisemitismus zu einem Nichtproblem zurechtdefinierte, erhielt sie ihn in sich als latent und gelegentlich aktualisierbar. Denn „solange der Antisemitismus als eine beständige Unterströmung des gesellschaftlichen Lebens existiert, erreicht sein Einfluß alle Bevölkerungsgruppen, und er kann durch die geeignete Propaganda immer wieder neu entfacht werden.“²⁷

„Jüdische Intellektuelle in der DDR“?

Von „jüdischen Intellektuellen in der DDR“ sprechen zu wollen, führt zu einer gewagten Verallgemeinerung: sie kann die polymorphe Struktur dieser Gruppe nicht widerspiegeln. Die so bezeichnete Gruppe umfaßt eine mit den Jahren der DDR immer kleiner werdende Schar jüdischer Bürger mit sehr unterschiedlichen (Über-)Lebenswegen, die sich nicht nur in ihren Erfahrungen und politischen Einstellungen unterschieden, sondern auch hinsichtlich ihres Verhältnisses zur jüdischen Religion und Tradition usw. Gemeint sind damit Intellektuelle jüdischer Herkunft,

- für deren Selbstkonzept diese Herkunft gleichgültig oder von geringer Bedeutung war,
- für die aus dieser Herkunft eine besondere Sensibilität für den „Antisemitismus als einer beständigen Unterströmung des gesell-

²⁷ Max Horkheimer: Zur Tätigkeit des Instituts: Forschungsprojekt über den Antisemitismus, in: ders., Gesammelte Schriften Bd. 4, Frankfurt a.M. 1988, S. 379.

schaftlichen Lebens“ resultierte oder/und für die u.U. kulturelle Bindungen aus dem Bewußtsein ihrer Herkunft erwachsen, was sich im übrigen mit einem bewußten Atheismus verbinden mochte,

- wie auch solche, die eine religiös begründete jüdische Identität besaßen.

Es gab jedenfalls nur wenige Intellektuelle in der DDR, die sich jüdisch verstanden haben – was wiederum kaum verwundert, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die jüdischen Gemeinden 1989 nur noch 400 Mitglieder hatten.

Noch mehr fächert sich das Spektrum dieser „Gruppe“ auf, sobald die Frage nach der jeweiligen Rolle in der DDR bzw. nach dem Verhältnis zur DDR gestellt wird. Dabei wiederum ist zu differenzieren, ob der Staat, das System, Partei(en), Kultur, Literatur der DDR usw. gemeint sind oder aber auch ein *deutscher* Staat, ein Teil Deutschlands, des Landes, von dem die größte Katastrophe der jüdischen Geschichte ausging. Dies veranschaulichen die biographischen Beiträge dieses Bandes. Sie belegen die Diversität persönlicher Konstellationen, die das jeweilige Verhältnis zur DDR und das individuelle Selbstverständnis als jüdischer Bürger entscheidend und sehr unterschiedlich prägen.

Desiderata der Forschung

Wie die Bibliographie²⁸ zeigt, findet sich die Thematik von Juden in der DDR in zahlreichen Publikationen von Biographien und Autobiographien über essayistische Aufsätze bis hin zu historischen Detailuntersuchungen und Quellenstudien wieder. Zu jüdischen Intellektuellen fehlt bislang eine Darstellung. Im vorliegenden Band soll daher der Versuch unternommen werden, durch übergreifende Ansätze der Erhellung politischer Strukturen einerseits und biographische Darstellungen andererseits, in der Konfrontation von Analyse und Erfahrungen Einblicke zu ermöglichen – Einblicke in die Vielgestaltigkeit der Existenz-, Wahrnehmungs- und Verarbeitungsformen wie die verschiedenen Formen des Selbstverständnisses und der Selbstbehauptung als Juden und Intellektuelle in der DDR.²⁹

Ein anderes Desiderat erweist die Bibliographie im übrigen auch: Völlig fehlen bislang Arbeiten, die sich einem Vergleich der DDR und der Bundesrepublik im Hinblick auf die geschichtspolitische Verarbeitung des Holocaust, das Verhältnis zu Israel, die Latenz von Antisemitismus, die Lebensbedingungen und die Selbstpositionierung von Juden oder die

²⁸ Vgl. S. 164-171.

²⁹ Schon frühzeitig wurden durch Günter Wirth, Berlin, wichtige konzeptionelle Hinweise und thematische Anregungen gegeben, was hier mit Dank vermerkt sei.

Wirkungsmöglichkeiten von jüdischen Intellektuellen widmen. Das muß verwundern. Denn wenn die „antisemitischen Tatsachen“ (Wolffsohn) der DDR mit der spezifisch deutschen Variante des Antisemitismus als „Unterströmung des gesellschaftlichen Lebens“ (Horkheimer) in Zusammenhang gebracht werden, dann bietet sich gewiß eines an: den Vergleich zu wagen, wie diese Unterströmung unter den Bedingungen von Demokratie, Öffentlichkeit und Meinungswettbewerb, also in der ehemaligen Bundesrepublik zivilisatorisch gezähmt werden konnte.

Es ließe sich eine Reihe offen antisemitischer Äußerungen von bundesdeutschen Politikern anführen, die vergleichende Studien nahelegten – etwa: „immer wo ein deutscher Geldbeutel klingelt, sind die Juden zur Stelle“. Ebenso schiene die darob regelmäßig einsetzende öffentliche Ächtung untersuchenswert: Wenigstens nach den stehenden Ovationen für Martin Walsers Friedenspreis-Rede liegt die Frage nahe, inwieweit solche Ächtungen lediglich Reflexe sind, die vielleicht auf außenpolitischen Erwägungen, aber jedenfalls nicht auf tiefergehenden Reflektionen zur Virulenz von Antisemitismus gründen. Die Lebendigkeit antisemitischer Stereotype und Ressentiments in der Bevölkerung³⁰ böte sich als Gegenstand ost-west-deutscher Vergleiche an, wie auch die geschichtswissenschaftliche und geschichtspolitische Holocaust-Verarbeitung lohnendes Thema komparatistischer Bemühungen sein könnte. Immerhin hatte die Goldhagen-Debatte nicht zuletzt den Blick auch auf das gelenkt, was dazu von der bundesdeutschen Geschichtsschreibung ausgeblendet worden war.

Zum mindesten könnte eine deutsch-deutsche Komparatistik manchen Abwehrreflex neutralisieren – nämlich einige der erkenntnishemmenden Reflexe, die immer dann aktiviert werden, wenn allein einer der beiden dem nationalsozialistischen Deutschland nachgefolgten Staaten zum Gegenstand diesbezüglicher Untersuchungen gerät.

³⁰ Vgl. für Westdeutschland den Überblick bei und die eigene Erhebung von Werner Bergmann/Rainer Erb: Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse der empirischen Forschung von 1946-1989, Opladen 1991.

Sozialisten jüdischer Herkunft zwischen Ost und West

Ernst Bloch, Hans Mayer, Alfred Kantorowicz, Leo Kofler,
Josef Winternitz

Mario Keßler
Berlin

Prominente Persönlichkeiten jüdischer Herkunft spielten im öffentlichen Leben der DDR von Beginn an eine wichtige Rolle, auch wenn ihre jüdische Herkunft nur selten ein Diskussionsthema war. Hier soll deshalb der Lebensweg jüdischer sozialistischer Wissenschaftler kurz nachgezeichnet werden, die als Remigranten in die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands (SBZ) und in die frühe DDR zurückkehrten.¹ Ihre eigenständigen Auffassungen vom Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft gerieten zunehmend in Widerspruch zum bürokratischen Sozialismusmodell der SED-Führung. Die hier exemplarisch benannten Ernst Bloch, Hans Mayer, Alfred Kantorowicz, Leo Kofler und Josef Winternitz sahen schließlich keine Möglichkeit des Bleibens im Osten Deutschlands mehr und gingen in den Westen.

Diese Lebensentscheidungen wurden Gegenstand heftigster Angriffe. In einem reißerisch aufgemachten, doch wissenschaftlich mehr als fragwürdigen Buch attackierte Michael Wolffsohn die „Juden, die zu dumm, gutgläubig oder schamlos genug waren, dabei mitzumachen“;² nämlich beim Aufbau der DDR, darunter übrigens auch Anna Seghers, die „letztlich gegenüber der Partei stramm“ gestanden habe.³ Wer aber die DDR verließ, mußte sich ebenfalls persönlich gefärbte Anwürfe hinterherrufen lassen. So hieß es im DDR-Rundfunk 1957 über Kantorowicz: „... wenn einer gar überläuft und zum Verräter an der Sache wird, der er doch ein-

¹ Der Verf. hat das Thema erstmals in Argonautenschiff. Jahrbuch der Anna-Seghers-Gesellschaft Berlin und Mainz e.V., Nr. 6, Aufbau Verlag, Berlin 1997, S. 159-178 behandelt. Die nachfolgende Darstellung baut auf den dortigen Darlegungen auf.

² Michael Wolffsohn, Die Deutschland-Akte. Juden und Deutsche in Ost und West. Tatsachen und Legenden, München 1995, S. 12. Hierzu Mario Keßler, Tatsachen oder Legenden? Die SED und die Juden, in: *Deutschland Archiv*, 1996, Nr. 3, S. 486-488.

³ Wolffsohn, S. 131.

mal sein Leben verschrieben hatte, dann ändert er damit noch nicht den Lauf der Welt – die Wahrheit bleibt noch immer wahr, und die Partei hat noch immer recht!“⁴

Der Weggang aus der DDR war durchaus nicht die einzige Option, mit dem Widerspruch zwischen sozialistischem Anspruch und stalinistisch-diktatorischer Wirklichkeit fertig zu werden. Manche verdrängten den Widerspruch oder versuchten, die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit zu überbrücken, indem sie in der DDR blieben und die Verhältnisse allmählich zu verbessern hofften. Dieser Weg hat sich, wie man im Rückblick weiß, als nicht gangbar erwiesen. Zweifel an diesem Weg tauchten bei allen hier zu behandelnden Wissenschaftlern auf, wenn auch in sehr verschiedener Weise. Der Weg in den Osten Deutschlands und der schließliche Weggang war bei allen aber – und dies ist die zentrale These meines Beitrages – aus den gleichen ethischen und politischen Motiven gespeist. Sie alle blieben sich, über alle Wandlungen hinweg, selbst treu. Ihre Option für eine Gesellschaft der Demokratie, Freiheit und sozialen Gerechtigkeit, so utopisch diese schien und scheint, blieb ungebrochen. Die jüdische Herkunft war bei allen nicht allein prägend, aber sie sensibilisierte die Sozialisten, machte sie aufmerksam auf Gefährdungen selbst in Zeiten scheinbar gesicherter Existenz, hinter der oft genug der Zwang zur Anpassung stand. Winternitz, Bloch, Mayer, Kantorowicz und Kofler werden zunächst mit ihrer jeweiligen Entscheidung für die DDR und ihrem Wirken dort, dann in ihrem erzwungenem oder freiwilligem Weggang vorgestellt. Schließlich wird gefragt, ob ihre politischen Haltungen im Westen Einsichten auch für den Umgang mit der Erbschaft der DDR heute vermitteln können.

Die Entscheidung als Pakt: Remigranten in der DDR

Von den hier Vorzustellenden ist Ernst Bloch (1885-1977) nicht nur vom Geburtsjahr herausragend. Als universell gebildeter philosophischer Denker war er für viele Sozialisten der nachfolgenden Generation, zu der alle übrigen Genannten gehören, Bezugspunkt, ja Vorbild. So hat ihn Hans Mayer in bewegenden Passagen seines Erinnerungsbuches „Ein Deutscher auf Widerruf“ vorgestellt. Blochs Lebensweg ist zu gut bekannt, um hier referiert zu werden.⁵ Obwohl Bloch im amerikanischen Exil nicht auf eine

⁴ Zit. nach Hermann Kuhn, *Bruch mit dem Kommunismus. Über autobiographische Schriften von Ex-Kommunisten im geteilten Deutschland*, Münster 1990, S. 71.

⁵ Vgl. Silvia Markun, *Ernst Bloch mit Selbstzeugnissen und Bilddokumenten*, Reinbek b. Hamburg 1977, Neuausg. 1990, mit einer Literaturübersicht zu Leben und Werk, S. 137-146.

akademische Anstellung rechnen konnte, obwohl ihm sein Freund Kantorowicz voller Hoffnung aus Ostberlin berichtete, zögerte er mit der baldigen Rückkehr. Den Ausschlag gab ein Brief des Leipziger Romanisten und mutigen Hitler-Gegners Werner Krauss Anfang 1948. Er schrieb an Bloch:

„Ich weiß nicht, ob Sie wissen, wieviele Gedanken in Deutschland um Sie kreisen. Jedenfalls habe ich mich zum Interpretieren dieser Wünsche gemacht... Wir sind nämlich alle davon überzeugt, daß der verwaiste philosophische Lehrstuhl von Ihnen besetzt werden müßte... Es wäre Ihnen natürlich unbegrenzte Freiheit gelassen.“⁶

Auch Robert Rompe von der Ostberliner Zentralverwaltung bemühte sich um die Berufung Blochs. Diese kam, wie inzwischen aus den Akten sichtbar wurde, nur gegen den Widerstand mehrerer Fakultätsmitglieder zustande: Bloch war ihnen unbekannt, seine in der Weimarer Republik erschienen Bücher waren durch die Nazis vergessen gemacht worden, die meisten von Bloch im Exil geschriebenen Arbeiten hatten noch keinen Verleger gefunden. So erfolgte die Berufung gegen die Vorbehalte aus der Fakultät durch Entscheid der Dresdner Landesregierung.⁷

Blochs Wirksamkeit in der DDR ist bekannt. Seine Anstrengungen, den utopischen Kernbestand sozialistischen Denkens gegenüber dem scholastizierten Marxismus-Leninismus freizulegen, gipfelte im dreibändigen „Prinzip Hoffnung“, Blochs *opus magnum*. Als der dritte Band 1959 in der DDR erschien, lebten Ernst und Karola Bloch bereits in großer gesellschaftlicher Isolierung, waren ihre wichtigen Schüler inhaftiert oder zur Flucht in die Bundesrepublik gezwungen worden. Zum Exponenten der Kampagne gegen Bloch 1956/57 machte sich sein Fakultätskollege Rugarud Otto Gropp, der übrigens von Bloch habilitiert worden war und der die Unterstützung von ZK-Sekretär Kurt Hager und vom Leipziger SED-Bezirkssekretär Paul Fröhlich genoß. Manche der jüngeren Wissenschaftler, die sich mit Stellungnahmen gegen Bloch ihre ersten Sporen in der DDR-Wissenschaftshierarchie verdienten, hatten kurze Zeit vorher noch zu Blochs Bewunderern gehört.⁸

⁶ Zit. nach Karola Bloch, *Aus meinem Leben*, Pfullingen 1981, S. 183.

⁷ Vgl. Gerd Irrlitz, *Ein Beginn vor dem Anfang. Philosophie in Ostdeutschland 1945-1950*, in: Walter H. Pehle/Peter Sillem (Hg.), *Wissenschaft im geteilten Deutschland. Restauration oder Neubeginn nach 1945?*, Frankfurt a. M. 1992, S. 113-124, bes. S. 121 f. und Anhang, S. 236-240. Vgl. weiterhin Volker Caysa u. a. (Hg.), „Hoffnung kann enttäuscht werden“. Ernst Bloch in Leipzig, Meisenheim/ Frankfurt a. M. 1992, bes. S. 64-66.

⁸ Vgl. Michael Franzke (Hg.), *Die ideologische Offensive. Ernst Bloch, SED und Universität, Leipzig o. J.*, mit zahlreichen Dokumenten.

Drei Jahre nach der Kampagne, die mit Blochs Abberufung als Institutsdirektor und dem Parteiausschluß für seine Frau geendet hatte, nahm der Leiter des Aufbau-Verlages, Klaus Gysi, im Auftrag der Abteilung Wissenschaften beim ZK der SED Kontakt zu Bloch auf. In einem Gespräch am 21. Juli 1960 forderte Gysi Bloch auf, „gegen die Atomkriegspolitik Adenauers und des Philosophen Jaspers öffentlich Stellung zu nehmen“, wie es im Bericht des Abteilungsleiters Johannes Hörnig hieß.⁹ Bloch, der sich im Gespräch als loyaler Bürger der DDR bekannte, lehnte dennoch eine entsprechende Äußerung ab. Diese würde ihm, so Bloch, „nicht ermöglichen, weiter in Westdeutschland aufzutreten“, seine westdeutschen Freunde müßten meinen, „ein Rotarmist mit MP“ habe beim Abfassen der Erklärung hinter ihm gestanden; übrigens kämen alle Zeitungen der DDR, die gegen ihn Stellung bezogen hatten, als Adressat eines Schreibens ohnehin nicht in Frage; Bloch nahm die von Peter Huchel geleitete Zeitschrift *Sinn und Form* ausdrücklich davon aus.¹⁰

Zu dieser Zeit hatte das – von Guntolf Herzberg in einem Aufsatz gut dokumentierte – Interesse des MfS an Bloch bereits abgenommen. Doch zeichneten die Abhöranlagen der Stasi noch am 1. Juli 1959 ein Gespräch Blochs mit dem nicht minder ausgegrenzten Ökonomen Fritz Behrens auf, in dem Bloch zur Meinungsfreiheit im Politbüro bissig bemerkte: „Ulbricht sei der einzige, der frei und offen seine Meinung sagen könne; das sei eben die Despotie.“¹¹

Auf dem Höhepunkt der Anti-Bloch-Kampagne, im März und April 1957, wurde im Operativplan der MfS-Bezirksverwaltung Leipzig festgehalten: „Es ist die Möglichkeit zu überprüfen, ob ein Jude gefunden und angeworben werden kann, der in der Perspektive an Mayer und Bloch anzusetzen ist.“¹²

Der Literaturhistoriker Hans Mayer, ein enger Freund Blochs, hatte in seinen zahlreichen Äußerungen inner- wie außerhalb der DDR aus seiner Verbundenheit mit dem Projekt eines Sozialismus auf deutschem Boden nie ein Hehl gemacht. Die Weite seiner Interessen, seine vielen Kontakte zu heterodoxen Schriftstellern, Künstlern und Wissenschaftlern, besonders aber die Tatsache, daß Mayer diese seine Freunde seinen Studenten nahebrachte, mußte amtlichen Argwohn erregen. Was Mayers Hörer im

⁹ Johannes Hörnig an Walter Ulbricht, 23. Juli 1960, in: Caysa, S. 179.

¹⁰ Ebenda, S. 180.

¹¹ Guntolf Herzberg, Ernst Bloch in Leipzig: Der operative Vorgang „Wild“, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 1994, Nr. 8, S. 692.

¹² Ebenda, S. 685. Die Suche des MfS blieb offenbar erfolglos.

vielgerühmten Hörsaal 40 der Leipziger Universität als Denkanstöße empfanden, sahen die ideologischen Tugendwächter der Partei als anstößig. Er selbst schildert den Fall, wie Günter Grass bei einer Lesung im Hörsaal 40 den kurz zuvor aus der DDR weggegangenen Uwe Johnson positiv erwähnt habe. Nach einem Protest des damaligen Parteisekretärs wies Hans Mayer auf die Bedeutung des Schriftstellers Johnson hin. Den könne man in der DDR nicht ignorieren.¹³

Hans Mayer (Jahrgang 1907) schildert im ersten Teil seiner Autobiographie beredt, wie seine kommunistischen Exilkameraden in der Schweiz ihn, den parteilosen Linken, für eine Tätigkeit im Osten Deutschlands zu gewinnen suchten. Dazwischen gab es allerdings ein zweijähriges, nicht unwichtiges Intermezzo Mayers in Frankfurt am Main, beim Rundfunk und der Akademie der Arbeit, dazu als hessischer Landesvorsitzender der als prokommunistisch verschrienen „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“. Im Westen sah Mayer keine Aussichten für die angestrebte Universitätslaufbahn, denn, so schrieb er, „allein die gemeinsame Entscheidung der Amerikaner und ihrer deutschen Vertrauensleute für einen restaurativen und konservativen deutschen Wiederaufbau, die täglich klarer sichtbar wurde, mußte auch im akademischen Bereich für mich zu mühsamen Konflikten führen.“¹⁴

Die Professur in Leipzig, die er im Wintersemester 1948/49 antrat, konnte, unterstrich Mayer später im Westen, „dem gewidmet sein, was ich wahrhaft wollte: dem Lehren und dem Schreiben. Damals beschaffte ich mir das Material aller späteren wissenschaftlichen und literarischen Arbeit: den Stoff an Erfahrung wie den Wissensstoff. In Leipzig wurde ich endlich zu mir selbst erweckt... Man hat mich nicht verjagt aus Leipzig und der Universität. Ich ging fort, als es nicht weiterging.“¹⁵

Als jüdischer Intellektueller, Westemigrant und früheres Mitglied der verfeimten KPD-Opposition Brandlers und Thalheimers war Hans Mayer einer jener Außenseiter, über die er so ausdrucksvoll geschrieben hatte. Ironisch kommentierte er, daß der von ihm zur Lesung eingeladene Sekretär des Staatsrates, Otto Gotsche, festzustellen schien: „Dieser Mayer war offenbar doch so etwas wie ein Marxist.“¹⁶ Noch im Westen hatte Mayer über Georg Lukács' Studie zum „Preußentum“ bemerkt:

„Mit der Niederlage der bürgerlichen Erhebung vor allem in Preußen schwand das demokratische Gegenprinzip einer staatsabsolutistischen Bürokratie.“

¹³ Vgl. Hans Mayer, *Ein Deutscher auf Widerruf*, Bd. 2, Frankfurt a. M. 1988 (Taschenbuchausg.), S. 238 f.

¹⁴ Ebenda, Bd. 1, S. 386.

¹⁵ Ebenda, Bd. 2, S. 9.

¹⁶ Ebenda, S. 211.

tie: die öffentliche Meinung, das Freiheitsbewußtsein des Staatsbürgers gegenüber der Staatlichkeit; Staatsräson wurde zum beherrschenden Prinzip; die individuelle Sphäre des einzelnen wurde entweder an einen mystischen Nationalismus oder eine staatsfromme 'Innerlichkeit' ausgeliefert. So entstand der 'Untertan'.¹⁷

Selbstverständlich war niemand verpflichtet, Parallelen zur damals aktuellen politischen Atmosphäre zu ziehen: zu einem mystischen Nationalismus etwa, der sich als Sowjetpatriotismus ausgab und die Juden als angeblich wurzellose Kosmopoliten verfolgte, oder zur neuen verinnerlichten Parteitreue vieler ostdeutscher Intellektueller. Doch schärften solche Texte wohl den Blick für Mißstände im eigenen Land. Zum Stein des Anstoßes wurde aber ein im brisanten Jahr 1956 im *Sonntag* erschienener Aufsatz Mayers „Zur Gegenwartslage unserer Literatur“.¹⁸

Mayer schrieb darin, „daß es um unsere deutsche Gegenwartsliteratur nicht zum Besten steht“, und zog den Vergleich zu den zwanziger Jahren, die „sicherlich reicher und literarisch ergiebiger“ gewesen waren. Nach einer Aufzählung wichtiger Namen der Kultur der Weimarer Republik und dem Verweis auf ähnliche Entwicklungstendenzen in anderen Ländern, auch in Westdeutschland, kam Mayer auf die Ursachen zu sprechen. Er nannte die Konkurrenz von Radio und Fernsehen, die veränderten Bedingungen des kapitalistischen Büchermarktes, aber auch die DDR-spezifischen Gründe:

„Eine sich verändernde Welt setzt exakte wissenschaftliche Erkenntnis voraus. Darüber hinaus verlangt sie nach neuen Formen und Methoden der Erkenntnis und der Umsetzung solcher Erkenntnis in neue künstlerische Wirklichkeit. Daran aber haben es die meisten unserer Schriftsteller ganz zweifellos fehlen lassen. Sie versuchen eine schematische Darstellung unserer Wirklichkeit, die auch dann nicht aufhört, schematisch zu sein, wenn sie geschwätzig von wissenschaftlichem Sozialismus und werktätigen Menschen spricht, vom Volk und angeblicher Volkstümlichkeit. Die Produkte solchen Tuns kennen wir alle.“

Die literarische klassische Moderne des Westens habe die Wirklichkeit künstlerisch weit gekonnter reflektiert, vor allem solche in der DDR verbotene Autoren wie Franz Kafka, William Faulkner oder Thornton Wilder. Mayer kritisierte namentlich die engstirnige Kunstauffassung Alfred Kurellas, des Direktors des Leipziger Literaturinstituts.

Von den zahlreichen scharfen Reaktionen auf Mayers Aufsatz sei hier die des stellvertretenden Kulturministers Alexander Abusch genannt, der

¹⁷ Hans Mayer, Karl Marx und das Elend des Geistes. Studien zur neuen deutschen Ideologie, Meisenheim 1948, S. 46 f.

¹⁸ Hans Mayer, Zur Gegenwartslage unserer Literatur, in: *Sonntag*, 2. Dezember 1956; wiederveröffentlicht in: Inge Jens (Hg.), Über Hans Mayer, Frankfurt a. M. 1977, S. 65-74. Hiernach die folgenden Zitate (S. 66, 71 f.).

übrigens 1952 beinahe Hauptangeklagter eines antisemitischen Schauprozesses in Ostberlin geworden wäre, was aber die Öffentlichkeit nicht wissen konnte.¹⁹ Abusch warf Mayer vor, dieser habe die proletarisch-revolutionäre Literatur der zwanziger Jahre zugunsten der „bürgerlichen Boheme“ vernachlässigt.²⁰ Mayers literarische Vorbilder hätten im Gegensatz zur sozialistischen Literatur gestanden und seien Exponenten „des bürgerlichen Verfalls und Abstiegs“ gewesen.²¹ Mayer orientiere sich an revisionistischen Literaturauffassungen, wie sie in Polen zu verzeichnen seien, und lasse den Standpunkt eines Sozialisten vermissen. Rückblickend erinnerte Mayer an Paul Fröhlichs aggressiv formulierte Frage, für wen eigentlich Hans Mayer ein bedeutender Wissenschaftler sei, was wohl intendierte: Nur für den Klassenfeind!²² Dennoch sollten einige Jahre vergehen, ehe 1963 eine gegen ihn gerichtete Kampagne auch Mayer bewog, die DDR zu verlassen. Mayer besaß in Leipzig einen Lehrstuhl für die Geschichte der Nationalliteraturen; die Bezeichnung „vergleichende Literaturwissenschaft“ hätte wohl einen allzu „kosmopolitischen“ Klang gehabt. In Berlin hatte Alfred Kantorowicz (1899-1979) eine Professur für Neue Deutsche Literatur inne. Er war damit ein direkter Berufskollege Mayers, und er teilte manche seiner Ansichten. Diese widerspiegelten sich über Jahre hinweg weniger in seinen eigenen Veröffentlichungen, als vielmehr in der von ihm herausgegebenen Zeitschrift *Ost und West* und vor allem in seinem im Westen herausgebrachten „Deutschen Tagebuch“ (1959 und 1961), das die Lebensjahre in der frühen DDR erfaßt. Allein das bis Dezember 1949 fortdauernde Erscheinen der Zeitschrift *Ost und West* – mit Betonung auf dem „und“ – mußte im Zeichen des „Kalten Krieges“ wie eine Provokation wirken.

Die Herausgabe der Zeitschrift stand ganz im Einklang mit Kantorowicz' Maxime, die er im Januar 1947 in einer Rundfunkansprache für Radio Bremen formuliert hatte und die überschrieben war: „Vom moralischen Gewinn der Niederlage“. Es hieß darin:

„Wer heute verlorenen Provinzen nachtrauert und von ‚Revanche‘ träumt, ist gerichtet. Deutschland kann seine Größe niemals wiederfinden in neuen Versuchen zur kriegerischen Unterjochung anderer Völker, in neuen Amokläufen, son-

¹⁹ Vgl. Mario Keßler, Die SED und die Juden – zwischen Repression und Toleranz. Politische Entwicklungen bis 1967, Berlin 1995, S. 78-89.

²⁰ Alexander Abusch, Zur Geschichte und Gegenwart unserer sozialistischen Literatur, in: *Neue Deutsche Literatur*, 1957, Nr. 3, S. 133-140, hierzu S. 135.

²¹ Ebenda, S. 136.

²² Wer hier verliert, das ist noch gar nicht ausgemacht. Im Gespräch mit dem Literaturwissenschaftler Prof. Dr. Dr. h.c. Hans Mayer, in: *Neues Deutschland*, 24./25. Juni 1995 (das Gespräch führte Peter Berger).

dern nur dadurch, daß es sich zur inneren Freiheit durchringt, die sich manifestiert als geistige Kraft und humane Ordnung. Die deutsche Rehabilitation vor der Welt ist bedingt durch die innere Rehabilitierung, und die deutsche Freiheit wird gewonnen oder verloren in dem Maße, in dem wir unsere Freiheit zurückerobern.“²³

Dieser Haltung blieb Kantorowicz sein ganzes weiteres Leben lang treu. Das mußte ihn in der DDR in Konflikte mit all denen bringen, die den Appell an die Freiheit durchaus beargwöhnten, da er sich nicht mit der Parteidiktatur vertrug. Doch Kantorowicz' Opposition zum Wunsch einer Wiedergewinnung der früheren deutschen Ostgebiete sollte ihm auch später in der Bundesrepublik die Feindschaft der offenen oder heimlichen Sympathisanten des Revanchegedankens eintragen.

Dabei war Kantorowicz vor Irrtümern nicht gefeit. Er bekannte sich freimütig dazu, am 21. Dezember 1950 in der *Täglichen Rundschau* eine Huldigung an Stalin dargeboten zu haben – „Stalin, der Humanist“ – und er nahm diesen Essay als Dokument seiner falschen Auffassungen in eine 1967 in Köln erschienene Aufsatzsammlung wieder auf.²⁴ Sein umfangreiches Tagebuch dokumentiert jedoch die Zweifel und die wachsende Verbitterung angesichts der systematischen Unterdrückung jeder eigenständigen, nicht durch die Parteilinie abgesegneten Aktivität in der DDR.²⁵ Kantorowicz' Argwohn war bereits unmittelbar nach seinem ersten Aufenthalt in Ostberlin Ende 1946/Anfang 1947 geweckt worden, als er den einstigen Freund Johannes R. Becher wiedertraf. „Fand einen böartigen Parteigeheimrat“, notierte Kantorowicz in seinem Tagebuch.²⁶ Obwohl er mit Pieck und Dahlem bessere Erfahrungen sammelte, bemerkte er von Anfang an das gegenseitige Mißtrauen, auch die hierarchische Atmosphäre innerhalb des Parteiapparates.

Doch zunächst war Kantorowicz recht optimistisch. Am 24. Januar 1947 schrieb eine Zeitung der US-Armee nach einem Interview mit ihm: „Returnee sees Main Task in Bridging Gap Between East and West“ (Heimkehrer, sieht Hauptaufgabe in Überbrückung der Kluft zwischen

²³ Alfred Kantorowicz, Vom moralischen Gewinn der Niederlage, in: Ders., Im 2. Drittel unseres Jahrhunderts. Illusionen, Irrtümer, Widersprüche, Einsichten, Voraussichten, Köln 1967, S. 97 f.

²⁴ Alfred Kantorowicz, Stalin, der Humanist, Wiederabdruck ebenda, S. 124-128.

²⁵ Es ginge über den Rahmen dieses Überblicks hinaus, die Annahme Michael Rohrwassers zu überprüfen, wonach Kantorowicz nachträglich an den Tagebüchern (vor allem dem „Spanischen Kriegstagebuch“, weniger am „Deutschen Tagebuch“) Retuschen vorgenommen habe. Vgl. Michael Rohrwasser, Der Stalinismus und die Renegaten. Die Literatur der Exkommunisten, Stuttgart 1991, S. 113-119.

²⁶ Alfred Kantorowicz, Deutsches Tagebuch. Erster Teil, Neuausg. Berlin (West) 1980, S. 257.

Ost und West) und der Westberliner *Abend* äußerte sich ganz ähnlich: „Berliner will Brücke schlagen zwischen Ost und West.“²⁷

Es war deshalb kein Zufall, daß Kantorowicz seiner Zeitschrift den Titel *Ost und West* gab.²⁸ Nach der Lizenzierung wurde dieses Blatt zunächst sein wichtigstes Tätigkeitsfeld, er schrieb jedoch auch für zahlreiche weitere Periodika.²⁹ Er widersetzte sich Ulbrichts Kritik vom 2. September 1948, der behauptet hatte, die Schriftsteller „hinkten“ im „Kampf um eine neue gesellschaftliche Ordnung“ drei Jahre der Entwicklung hinterher, weil sie noch immer Emigrationsromane schrieben.³⁰ Kantorowicz entgegnete:

„Das dunkle Vergangene und die hell leuchtende Zukunft überschneiden sich in unserer Gegenwart, sie sind unlösbare Bestandteile unseres Alltags, und wer die jüngste Vergangenheit, die mit ihren materiellen und moralischen Trümmern so sichtbar und mahnend in die immer noch so schwere Wirklichkeit unserer Tage hineinragt, nicht wahrhaben will, wer sich vor den Büchern füchtet, die uns die Lehre dieser uns alle noch so bedrängenden Vergangenheit darbieten, dem fehlt die Kraft, dem fehlt der Mut, dem fehlt der Verstand und dem fehlt der Glauben, die neue Gesellschaft zu erschauen und an ihr mitzubauen. Bücher also, die wahrhaftig sind, werden noch nicht absehen können von der unser aller Existenz noch überlagernden jüngsten Vergangenheit, die bislang nur in ganz wenigen, beinahe noch einsamen Werken ihre gültige Darstellung... gefunden hat.“³¹

In einer „Aussprache“ mit Otto Grotewohl am 8. März 1949 in Babelsberg äußerte sich Kantorowicz ähnlich freimütig.³² Schließlich schrieb er am 15. Januar 1950 in der *Täglichen Rundschau*, große Literatur könne nicht entstehen „wie eine Fleißaufgabe – so wie man einen Schrank zusammenzimmert... Es ist schlechterdings unmöglich, in einem

²⁷ Ebenda, S. 279.

²⁸ Vgl. Barbara Baerns, Ost und West. Eine Zeitschrift zwischen den Fronten. Zur politischen Funktion einer literarischen Zeitschrift in der Besatzungszeit (1945-1949), Münster 1968; mit einem biographischen Abriß des Herausgebers, S. 51-74.

²⁹ Eine Bibliographie der Arbeiten Kantorowicz' befindet sich in: Alfred Kantorowicz. Eingeleitet von Jürgen Rühle (Hamburger Bibliographien, Bd. 3), Hamburg 1969.

³⁰ Walter Ulbricht, Der Künstler im Zweijahrplan. Diskussionsrede auf der Arbeitstagung der SED-Schriftsteller und Künstler, 2. September 1948, in: Ders., Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung Aus Reden und Aufsätzen, Bd. 3, Berlin (Ost) 1955, S. 315

³¹ Alfred Kantorowicz, Literatur in der Zeitwende, in: *Tägliche Rundschau*, 6. Mai 1949; hier zit. nach Baerns, S. 61 f.

³² Vgl. Kantorowicz, Deutsches Tagebuch I, S. 584-589.

großangelegten Werk den Wechselfällen des Tages und der Stunde auf den Fersen zu bleiben.“ Um die Forderungen der Zeit und der Ziele einer begrenzten Epoche zu erfüllen, gebe es die „kleinen großen Leute“- hier paraphrasierte Kantorowicz Wissarion Belinskij-, die Arndts und Körners. Für wirklich große Menschen gebe es „ein anderes Zeitmaß und andere Ziele.“³³

Kantorowicz' Zeitschrift *Ost und West* hatte unterdessen ihr Erscheinen einstellen müssen. Einer ihrer Förderer, Heinrich Mann, hatte im November 1949 an DDR-Volksbildungsminister Paul Wandel geschrieben, er „würde den Verlust der Zeitschrift durchaus schädlich finden. Sie hält die Mitte zwischen Fach- und Publikumsorgan, sie genügt hohen Ansprüchen, ist aber lesbar für jeden. Sie sollte in jedem Fall erhalten bleiben. Lion Feuchtwanger und ich sind bereit, vorläufig einen Teil der fehlenden Kosten zu übernehmen.“³⁴ Doch dies nützte nichts. Stefan Heymann, Abteilungsleiter im SED-Parteivorstand, begründete gegenüber Kantorowicz die Sperrung der Mittel für den Erhalt des Blattes mit der versuchten Konzentration der Kräfte in nur einer entsprechenden Zeitschrift, dem *Aufbau*. *Ost und West* habe zur Verhinderung der Spaltung Deutschlands beitragen sollen. Diese sei aber nunmehr vollzogen, Kantorowicz' Publikationsorgan damit nicht länger nötig. „Daher kann ich mich“, so Heymann, „so leid es mir tut, nicht für die Aufrechterhaltung Deiner Zeitschrift einsetzen.“³⁵

Kantorowicz fand in seiner Lehr- und Forschungstätigkeit an der Humboldt-Universität eine neue Aufgabe. Seine allmähliche Loslösung von der DDR erhielt, wie aus dem Tagbuch ersichtlich, den entscheidenden Anstoß durch den antisemitischen Slánský-Prozeß Ende 1952 in der Tschechoslowakei und dessen Echo in der DDR. Noch den Tod seines Freundes Lex Ende sah Kantorowicz als tragisches Schicksal, aber noch nicht als Resultat einer systematischen Ausgrenzung und Diffamierung.³⁶ Der Slánský-Prozeß traf Kantorowicz umso tiefer. Er schrieb:

„Das – das ist monströs. Das ist die Sprache Streichers, die Gesinnung Himmlers, die Atmosphäre der Gestapoverhöre und der Volksgerichtshof-Verhandlungen unter Freistlers Vorsitz, die 'Moral' der Menschenschlächter von Dachau und Buchenwald, der Vergaser von Auschwitz und Majdanek. Es ist unmenschlich. Hitler, du hast Schule gemacht – nicht nur im Westen, wo die Deinen

³³ Alfred Kantorowicz, Inspiration fragt nicht nach dem Kalender, in: *Tägliche Rundschau*, 15. Januar 1950; zit. nach Baerns, S. 62.

³⁴ Heinrich Mann an Paul Wandel, 10. November 1949; in: Baerns, S. 177.

³⁵ Stefan Heymann an Alfred Kantorowicz, 1. November 1949; ebenda, S. 179 f.

³⁶ Kantorowicz, *Deutsches Tagebuch II*, S. 226 f.

in Spanien, in Portugal, überall, wo es faschistische Diktaturen in der Welt gibt, dein Beispiel nachahmen, sondern auch im Osten.“³⁷

Der lange Weg Kantorowicz' vom skeptischen Kommunisten zum sozialistischen Gegner des offiziellen Kommunismus führte ihn zum Sympathisieren mit den aufständischen Arbeitern am 17. Juni 1953. Kantorowicz lag zu dieser Zeit im Krankenhaus; dies machte eine irgendwie geartete politische Aktion seinerseits ganz unmöglich. Er vertraute seine Empfindungen, die durchaus widersprüchlich waren, dem Tagebuch an.

„Ich fand es ganz folgerichtig“, schrieb er, „daß Arbeiter ihre Antreiber und Fronvögte verprügeln. Nur würden, wie stets bei solchen Ausbrüchen, Unschuldige die Prügel erhalten, meine gutgläubigen Studenten und Assistenten... sie verdienen Schonung.“³⁸ Weiter bemerkte er:

„Wie hätten Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg sich in solcher Situation verhalten? Gleichzeitig wußte ich, wie unsinnig diese Fragestellung war. Gäbe es Sozialisten von der Art Liebknechts unter uns, sie hätten sich an die Spitze der Arbeiter gestellt – nein, man hätte sie erst aus den Gefängnissen befreien müssen, kein Zweifel daran... Provokation? Mag sein, daß auch Provokateure den Zeitpunkt genutzt haben, doch was für eine armselige Ausrede, sich weiszumachen, ein paar Tangobubis vermöchten einen Arbeiteraufstand auszulösen. Das Pulverfaß, das durch einen einzigen Funken, von woher er auch kommen mochte, entzündet werden konnte, hatte sich in Jahren bis zum Rand gehäuft.“³⁹

Kantorowicz schwankte, wie er schrieb, „zwischen Erleichterung und Besorgnis“ angesichts der sowjetischen Panzer. „Nicht nur die Brandstiftungen, Plünderungen, Gewalttätigkeiten, sondern auch die Einmischung der aus ihren Schlupfwinkeln auftauchenden Nazis, die die Führung an sich zu reißen suchten, zersetzten die Demonstrationen der Arbeiter.“ Kantorowicz wurde blitzartig klar, daß nur durch das Eingreifen der sowjetischen Truppen Ulbricht gerettet werden konnte. Die Sowjetunion, die, so mutmaßte Kantorowicz, Ulbricht habe stürzen wollen, müsse ihn nun stützen.⁴⁰ Die Intellektuellen und alten Sozialisten seien jedoch in der Vergangenheit zu passiv gewesen. Hätten sie sich an die Spitze des Aufstandes gestellt, dann hätten vielleicht Ausschreitungen gegen Kommunisten verhütet werden können. Kantorowicz wußte, daß dies nunmehr eine müßige Spekulation war. „Jetzt kann man nur noch von innen her für Veränderungen wirken“, schloß er.⁴¹ Es mußten neue Konflikte auftreten, bis Kantorowicz meinte, nichts mehr in der DDR tun zu können.

³⁷ Ebenda, S. 335.

³⁸ Ebenda, S. 365.

³⁹ Ebenda, S. 365 f.

⁴⁰ Ebenda, S. 369 f.

⁴¹ Ebenda, S. 376.

Als Kantorowicz diese Überlegungen anstellte, befand sich Leo Kofler (1907-1995) bereits im Westen. Er war der einzige der hier behandelten Personen, der nicht wegen unüberbrückbarer Differenzen mit der SED sich entschloß, freiwillig die DDR zu verlassen. Seine Flucht Ende 1950 rettete ihm vielleicht sogar das Leben; er war unmittelbar von Verhaftung und womöglich Ermordung bedroht.

Auch Kofler sah zunächst in den DDR – ganz im Gegensatz zur Bundesrepublik – gute Möglichkeiten der wissenschaftlichen Tätigkeit. Für ihn wie für alle der hier Genannten – und für zahlreiche andere Rückkehrer aus der Emigration – galt, was Alfred Kantorowicz 1968 auf eine provozierende Frage in der Bundesrepublik antwortete, warum er denn in die „Sowjetzone“ zurückgekehrt sei. „Wohin sonst hätten wir denn gehen sollen? Wer hat uns denn haben wollen – hier?“; gemeint war der deutsche Staat, dessen Studenten damals in großer Zahl von ihren Vätern Rechenschaft über die beschwiegene zwölf braunen Jahre forderten.⁴²

Kofler, dessen intellektuelle und politische Traditionen im Austromarxismus lagen, ging 1947 mit Hilfe von Edgar Salin (dem Rektor der Universität Basel), des Schweizer Schriftstellerverbandes und des Hallenser Kultusministeriums nach Sachsen-Anhalt, wo er zunächst als Oberschullehrer arbeiten wollte. Doch hatte er sich mit seinen in der Schweiz geschriebenen Büchern über „Die Wissenschaft von der Gesellschaft“ und „Zur Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft“ so weit ein wissenschaftliches Ansehen erworben, daß er die Unterstützung progressiver Hochschullehrer fand, die ihn dazu bewogen, diese Arbeiten als Promotions- und Habilitationsschrift einzureichen. Besonders unterstützten ihn Eduard Winter, Walter Markov und Hans Hausherr, die auch als Referenten in seinem Habilitationsverfahren fungierten.⁴³ In seinem Habilitationsgutachten schrieb Markov über die „Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft“ 1948:

„Das Manuskript stellt an den Kritiker ungewöhnliche Anforderungen. Es erfordert eine eingehende Kenntnis sowohl der Geschichte des 13.-17. Jahrhunderts, als auch der geschichtsphilosophischen und methodologischen Diskussion unserer Zeit. Insbesondere setzt es Vertrautheit mit der innermarxistischen Auseinandersetzung zwischen Kautsky, Adler, Lukács, Lenin usw. voraus.“

⁴² Zit. nach Hans-Albert Walter, Das Risiko des Moralisten. Begegnungen mit Alfred Kantorowicz, in: Alfred Kantorowicz, Etwas ist ausgeblieben. Zur geistigen Einheit der deutschen Literatur nach 1945, Hamburg 1985, S. 12.

⁴³ Vgl. Leo Kofler, „Die Kritik ist der Kopf der Leidenschaft.“ Aus dem Leben eines marxistischen Grenzgängers, Hamburg 1987 (im folgenden: Kofler, Kritik), S. 48-50, und Helmut Steiner, Leo Koflers erzwungene Flucht aus Halle/S. 1950, in: *Utopie kreativ*, Nr. 4, Dezember 1990, S. 62.

Interessanterweise bezweifelte Markov Koflers positives Urteil über die umstrittene Marx'sche Frühschrift „Zur Judenfrage“ von 1843 und schrieb:

„Ob die Schrift von Marx über die Juden – so interessant Koflers Einzelstudie dazu ist – wirklich der geeignetste Startplatz zur Darlegung des klassisch-marxistischen Standpunktes ist, kann man bezweifeln.“ Dennoch hob Markov hervor: „Die Fakultät kann jedoch stolz sein, eine Arbeit über neuere Geschichte von solchem Niveau vorgelegt zu erhalten. Sie hat den Vergleich mit dem, was seit 1945 in Deutschland in Druck gegeben wurde, in keiner Weise zu scheuen.“⁴⁴

Dies sahen freilich die Ideologiewächter der Partei ganz anders. Rugard Otto Gropp, damals Philosophiedozent an der Universität Halle, wurde zum Sprachrohr der Hetze gegen Kofler. Gropp, der selbst als KZ-Häftling in Sachsenhausen für seine kommunistische Überzeugung gelitten hatte, war ohne Mitleid mit dem antifaschistischen Kameraden. Seine Attacke gegen Kofler gehörte sicher zu der „Reihe bedeutsamer Aufsätze zur Widerlegung des historischen Empirismus und des Geschichtsmystizismus der spätbürgerlichen Historiographie“, mit denen er einen „hervorragenden Anteil am Kampf gegen bürgerliche und revisionistische Auffassungen“ hatte.⁴⁵ So jedenfalls hieß es über Gropp im 1982 erschienenen DDR-Philosophenlexikon, einem Kompendium der Parteiphilosophie. In seiner Rezension der „Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft“, die die *Einheit* im Juni 1949 abdruckte, bezeichnete Gropp immerhin Kofler noch als „Genossen“. Doch habe Kofler in den Produktionsverhältnissen nur einen Teil der historischen „Totalität“ gesehen und überdies die Ideologie nicht aus den Klassenverhältnissen abgeleitet, sondern sie nur jeweils bestimmten Klassen zugeordnet. Auch die historischen Teile der Arbeit seien äußerst kritikwürdig. Vor allem habe Kofler den Sieg des Reformismus in der deutschen Arbeiterbewegung nach 1890 auf das Abflauen des sozialistischen Radikalismus unter den Arbeitern zurückgeführt, während die Führung noch längere Zeit revolutionär gesinnt geblieben sei. Gropp gab Kofler den Rat, „sich erst einmal bescheiden um das Verständnis des Marxismus zu bemühen, ehe er sich zu weiteren Veröffentlichungen entschließt.“⁴⁶

⁴⁴ Gutachten (Walter Markovs zur Habilitationsschrift von Leo Kofler), in: *Utopie kreativ*, Nr. 33/34; Juli/August 1993, S. 165-167

⁴⁵ Wolfgang Förster, Rugard Otto Gropp, in: Erhard Lange/Dietrich Alexander (Hg.), *Philosophenlexikon*, Berlin 1982, S. 325 f. Dennoch erregte dieses Lexikon Mißfallen bei der „Hauptverwaltung ewige Wahrheiten“, da es sogenannte bürgerliche Sekundärliteratur als Lektüre empfahl.

⁴⁶ Rugard Otto Gropp, Unmarxistische Geschichtsdeutung, in: *Einheit*, 1949, Nr. 6, S. 572-574; Zitat S. 574.

Es kam zu keiner weiteren Veröffentlichung Koflers in der DDR mehr. Denn ein knappes Jahr später erschien ein weiterer Aufsatz von Gropp in der *Einheit* mit der Überschrift „Kofler – ein ideologischer Schädling“.⁴⁷ Kofler, der sich zu Gropps früheren Vorwürfen schriftlich nicht geäußert hatte oder nicht hatte äußern dürfen, wurde vorgehalten, daß er „in der seither verstrichenen Zeit ... sich in keiner Weise bemüht (habe), seine Fehler und Schwächen zu überwinden und auf theoretische Auseinandersetzungen ehrlich einzugehen.“ Koflers „austro-marxistische(r) Zentrismus“ sei eine „Diffamierung des Marxismus, sei „Objektivismus“ und gehöre zu „scheinwissenschaftlichen und pseudophilosophischen Lügenmanövern“, eine „infame Herabsetzung und Beschimpfung des Marxismus; er versuche, „ungeschulten Menschen zu imponieren und ihnen die Köpfe zu verdrehen.“⁴⁸

Diese Beschimpfungskanonade bezog sich auf Koflers Aussage, wonach der Marxismus durchaus seinen Platz auch im bürgerlichen Universitätsbetrieb gewonnen habe. Doch damit habe Kofler, so Gropp, „die bürgerlichen Professoren zu Richtern über Marx“ erhoben.⁴⁹ Gropps Folgerung: „Der bürgerliche Agent Kofler, der unter der Maske eines ‘schöpferischen Marxisten’ auftritt“,⁵⁰ stehe in „eine(r) Reihe mit allen imperialistischen und trotzkistischen Sowjetfeinden.“⁵¹

Wer um das Szenario stalinistischer Schauprozesse und Justizmorde weiß, kennt alle hier genannten Codeworte, die die Vernichtung Koflers ankündigten: seine angeblich infamen Angriffe auf den Marxismus, die ihm unterstellte Parteinahme für die bürgerliche Wissenschaft und vor allem der Vorwurf des Trotzkismus. Die Diffamierung als „Schädling“ ging noch darüber hinaus; es war die Sprache Streichers und des „Stürmers“. Kofler reagierte umgehend: Er erklärte seinen Austritt aus der SED. Daraufhin wurde er von der Ausübung seiner Hochschullehrer-Tätigkeit suspendiert; die Studenten erhielten die Weisung, alle Kontakte zu ihrem Professor sofort abzubrechen.⁵²

Noch wurde Kofler aber nicht verhaftet. Man begnügte sich mit einer Weiterführung der Kampagne. So schrieb Ernst Hoffmann im September 1950 ähnlich wie Gropp, wenngleich nicht ganz so gehässig, „der Agent

⁴⁷ Rugar Otto Gropp, Kofler – ein ideologischer Schädling, in: *Einheit*, 1950, Nr. 5, S. 457-464

⁴⁸ Ebenda, S. 457 f.

⁴⁹ Ebenda, S. 459.

⁵⁰ Ebenda, S. 463.

⁵¹ Ebenda, S. 464.

⁵² Vgl. Kofler, Kritik, S. 54 f.

der reaktionären bürgerlichen Ideologie und Feind der Sowjetunion Prof. Kofler (habe) als Mitglied unserer Partei unbehelligt seine reaktionären Anschauungen mit dem Decknamen des ‘Marxismus’ vom Katheder verbreiten“ können.⁵³ Bislang, so vermutete Kofler später im Rückblick, hätten ihn sowjetische Kulturoffiziere noch vor unmittelbaren Repressalien schützen wollen und schützen können, obwohl er sogar gegenüber Kurt Hager seine Position mutig vertrat.⁵⁴ Als dies nicht mehr möglich gewesen sei, wurde ihm klar, daß er fliehen mußte. Ende Dezember 1950 zogen er und seine Frau die Konsequenzen.⁵⁵

War Leo Kofler am unmittelbarsten gefährdet, so war dies bei Josef Winternitz (1896-1952), den äußeren Umständen nach, am wenigsten der Fall. Winternitz war während seines England-Aufenthaltes zwischen 1939 und 1948 strenggenommen kein Emigrant, da er in Oxford geboren und britischer Staatsbürger war.⁵⁶ Zunächst in der KP der Tschechoslowakei tätig, war er als KPD-Mitglied seit 1923 mehrmals mit der Parteilinie in Konflikt geraten: 1925 als Anhänger Ruth Fischers und 1930/31 als sogenannter Versöhnler. Letzteres führte zum Ausschluß aus dem ZK. In England unterhielt er Kontakte zur sudetendeutschen Sozialdemokratie um Wenzel Jaksch.⁵⁷ Nach dem Krieg opponierte er gegen die Vertreibung der Deutschen aus der Tschechoslowakei.⁵⁸ Er zog die Konsequenz, künftig deshalb nicht mehr in der tschechoslowakischen Partei zu arbeiten und betrieb seine Rückkehr nach Ostdeutschland.

Dem als Zeithistoriker mit vielen Publikationen ausgewiesenen Winternitz sollte zunächst eine Hochschullehrer-Tätigkeit an der Universität Jena angeboten werden, wofür sich namentlich der Thüringer SED-Landessekretär Stefan Heymann einsetzte.⁵⁹ Doch Winternitz zog es nach

⁵³ Ernst Hoffmann, Über die marxistisch-leninistische Erziehung der wissenschaftlichen Kader, in: *Einheit*, 1950, Nr. 9, S. 870.

⁵⁴ Vgl. Kofler, Kritik, S. 53 f.

⁵⁵ Vgl. ebenda, S. 60 f.

⁵⁶ Die biographischen Angaben sind Winternitz' Personalakte im früheren Zentralen Parteiarchiv der SED entnommen. Vgl. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/11/v. 505 (im folgenden: Akte Winternitz).

⁵⁷ Vgl. Martin K. Bachstein, Wenzel Jaksch und die sudetendeutsche Sozialdemokratie, München/Wien 1974, S. 261.

⁵⁸ „Nachdem die deutsche Frage in der CSR so gelöst, dann dort kein Boden für deutschsprachige Genossen“, schrieb Winternitz in einem undatierten Lebenslauf, in: SAPMO-BArch, DY 30, Akte Winternitz, Bl. 2 (die paginierten Seitenzahlen sind in der Akte nicht chronologisch geordnet und nicht alle Blätter sind paginiert).

⁵⁹ Ebenda, Bl. 6 (Stefan Heymann an Franz Dahlem, 20. März 1948).

Berlin. Das SED-Zentralsekretariat stimmte am 11. Oktober 1948 seiner Berufung zum ordentlichen Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Berliner Universität und zum Abteilungsleiter für Politische Ökonomie am Forschungsinstitut der Parteihochschule zu.⁶⁰

Sofort nach seiner Rückkehr nach Deutschland begann Winternitz eine umfangreiche Publikationstätigkeit, vor allem zur nationalen und zur Agrarfrage. In der Broschüre „Marxismus und Nation“ schrieb Winternitz:

„Ein richtiges Verständnis für das Wesen einer Nation ist auch zur Lösung der Judenfrage erforderlich. Es ist offenbar unrichtig, die Juden, die über die ganze Welt zerstreut sind, die Dutzende verschiedene Sprachen sprechen und nichts gemein haben außer gewissen religiösen Traditionen, der Gemeinschaft der Verfolgung und einer sehr problematischen gemeinsamen Abstammung, als eine Nation anzusehen. Die Möglichkeit kann jedoch nicht bestritten werden, daß in Palästina, wo die Juden eine Gemeinschaft der Sprache, des Territoriums und des Wirtschaftslebens herausbilden, eine jüdische Nation sich entwickeln kann. Die 600.000 Juden, die jetzt dort leben, können allerdings kaum 'eine historisch entstandene stabile Gemeinschaft' genannt werden. Wenn jedoch der Staat Israel sich erfolgreich gegen die imperialistischen Angriffe und Intrigen verteidigt und eine freundschaftliche Verständigung mit der demokratischen nationalen Befreiungsbewegung der Araber herbeiführt, dann wird in Palästina eine jüdische Nation neu erstehen.“⁶¹

Diese Worte standen im Einklang mit der sowjetischen Position zur Gründung des Staates Israel, wie sie von Andrej Gromyko im April und November 1947 vor der UNO formuliert worden war. Aber Winternitz' Vorwort zu seiner Schrift trug das Datum vom 10. März 1949. Seit Ende des Jahres 1948 hatte die Sowjetunion ihre Haltung gegenüber Israel revidiert. Spontane Freudenkundgebungen Moskauer Juden auf dem Roten Platz, die den jüdischen Versöhnungstag und die zeitlich synchrone Akkreditierung der israelischen Botschafterin Golda Meir im September 1948 feierten, hatten Stalins Zorn hervorgerufen. Der Diktator handelte umgehend: Noch vor Ende des Jahres 1948 wurde das Jüdische Antifaschistische Komitee aufgelöst, jüdische Kultureinrichtungen wurden geschlossen, zahlreiche Schriftsteller und Künstler jüdischer Herkunft wurden verhaftet. Die sowjetische Presse „enthüllte“ russische Künstlernamen als Pseudonyme von Trägern jüdischer Namen. Viele Juden verloren ihren Arbeitsplatz. Der stalinistische Antisemitismus begann sich zu entfalten.⁶²

⁶⁰ Ebenda (Mitteilung des SED-Zentralsekretariats), unpaginiert.

⁶¹ Josef Winternitz, *Marxismus und Nation*, Berlin 1949, S. 11 f.

⁶² Trotz methodischer Mängel informieren hierüber umfassend Louis Rapoport, Hammer, Siechel, Davidstern. *Judenverfolgung in der Sowjetunion*, Berlin 1992, und Arkadi Waksberg, *Die Verfolgten Stalins*. Aus den Verliesen des KGB, Reinbek b.

Vielleicht wußten die Lektoren des Dietz-Verlages, in dem Winternitz' Broschüre erschienen war, über diese Zusammenhänge nicht genug Bescheid. Winternitz selbst dürften die schlimmen Nachrichten aus der Sowjetunion kaum unbekannt geblieben sein. Im März 1949 hätte niemand in der Sowjetunion noch Dinge über die Juden schreiben können, wie Winternitz es in Ostdeutschland tat. Ob er eine Ahnung von den möglichen Konsequenzen seiner Haltung hatte?

Jedenfalls besaß Winternitz als britischer Staatsbürger, der er immer noch war, einen gewissen Schutz vor unmittelbaren Repressalien und konnte sogar mit Erlaubnis der Abteilung Personalpolitik beim SED-Sekretariat nach England fahren.⁶³ Dort dürfte ihn seine Frau vor einer Rückkehr gewarnt haben, jedenfalls wollte sie nicht nach Ostdeutschland.⁶⁴ Die familiären Verhältnisse blieben noch in der Schwebe. Winternitz wollte aber durchaus in Ostberlin arbeiten, wo er zum Leiter des neu gebildeten Marx-Engels-Lenin-Instituts berufen wurde. Doch bevor er sich in diese Aufgabe einarbeiten konnte, verlor er seinen Posten. Eine Sitzung des SED-Politbüros vom 21. Februars 1950 beschloß, Winternitz von der Leitung des Instituts abzurufen.⁶⁵

Ursache dafür war Winternitz' Besprechung des ersten Bandes der Stalin-Werke in der *Einheit*, obwohl der Artikel es am geforderten amtlichen Lob nicht fehlen ließ. Was war geschehen?

Winternitz wies auf einige Punkte hin, in denen Stalin 1906 nicht mit Lenin übereinstimmte: Stalin trat, ungleich Lenin, nicht nur für die Nationalisierung des Bodens ein, sondern auch für seine Aufteilung unter den Bauern. Stalin hatte, so Winternitz, „sich damals die Leninsche Konzeption des Hinüberwachsens der bürgerlichen in die sozialistische Revolution noch nicht genügend zu eigen gemacht, um die Schlußfolgerung zu ziehen, daß auch die Frage der Nationalisierung des Bodens unter diesem Gesichtspunkt neu zu stellen ist.“⁶⁶

Nicht genug damit: Winternitz zitierte Stalins Frühschrift „Anarchismus oder Sozialismus?“, worin Stalin den Gedanken äußerte, daß der So-

Hamburg 1993. Eine Einordnung des stalinischen Antisemitismus in Stalins Herrschaftssystem u. a. bei Mario Kcßler, *Stalinismus und Antisemitismus*. Zu einem bitteren Problem in der Geschichte des Sozialismus, in: *Sozialismus*, 1991, Nr. 4, S. 32-38.

⁶³ Vgl. SAPMO-BArch, Akte Winternitz (Mitteilung der Abteilung Personalpolitik vom 10. März 1949), unpaginiert.

⁶⁴ Vgl. ebenda, Bl. 3.

⁶⁵ Mitteilung nach einer Politbüro-Sitzung vom 21. Februar 1950, ebenda, unpaginiert.

⁶⁶ Joseph (!) Winternitz, *Von Stalin lernen! Zum Erscheinen des 1. Bandes der Werke Stalins*, in: *Einheit*, 1950, Nr. 2, S. 161-170, Zitat S. 163.

zialismus erst verwirklicht werden könne, wenn die Mehrheit der Gesellschaft proletarisiert sei. Dies war ein allgemeiner Glaubensartikel innerhalb der Zweiten Internationale, der sich auf gewichtige Aussagen der marxistischen Gründerväter stützte. Lenin habe hingegen nachgewiesen, schrieb Winternitz, „daß in einem rückständigen Land, in dem die Arbeiterklasse nur eine Minderheit der werktätigen Bevölkerung darstellt,... nicht nur die proletarische Revolution siegen, sondern auch der Sozialismus errichtet werden kann. Die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung des Kapitalismus ermöglicht die Durchbrechung der Kette des Imperialismus zuerst an seinem schwächsten Glied“; eine einprägsame Wendung Stalins aus späteren Jahren, der dann Lenins Ansichten teilte.⁶⁷

Mit der Herausarbeitung von zeitbedingten und unvermeidlichen Gegensätzen zwischen Lenin und Stalin hatte Winternitz aber ein wahres Sakrileg begangen. Lenin und Stalin bildeten in der stalinistischen Mythologie eine von Anfang an untrennbare Einheit. Wie Athene in voller Rüstung dem Haupte des Zeus entstiegen, so war Stalin, der Heldenlegende gemäß, Lenins alter ego, von seinen Anfängen an bereit zur Verteidigung des Marxismus-Leninismus gegen alle trotzkistischen und bucharinistischen Erbschleicher. Winternitz hatte den Stalinschen Kanon mißachtet.

Zwar erhielt Winternitz die Chance, in einer weiteren Abhandlung über „Stalin und die nationale Frage“ seinen „Fehler“ wiedergutzumachen. Doch er nutzte sie wohl – in den Augen der Partei-Ideologen – schlecht, wenn er schrieb:

„Während des ersten imperialistischen Weltkrieges zeigte es sich, daß der imperialistische Chauvinismus nicht nur die Massen des deutschen Kleinbürgertums beherrschte, sondern auch tief in die deutsche Arbeiterklasse eingedrungen war. Wäre das nicht so gewesen, so wäre es dem rechten Flügel der Sozialdemokratie nicht gelungen, Partei und Gewerkschaften in den Dienst der imperialistischen Kriegspolitik zu stellen.“⁶⁸

Das entsprach zweifellos den Tatsachen, aber nicht der vulgärmarxistischen parteiamtlichen Lesart, wonach es den herrschenden Klassen zwar gelungen sei, die „Arbeiteraristokratie“ zu „bestechen“, die proletarischen Massen aber dem Hurratriotismus im August 1914 widerstanden hätten. Noch Jahre später sollte Jürgen Kuczynski mit einer ähnlich ketzerischen Ansicht einen ungewollten Ärger mit den Parteioberen bekommen.⁶⁹

⁶⁷ Ebenda.

⁶⁸ J. Winternitz, Stalin und die nationale Frage, Berlin 1950, S. 119.

⁶⁹ Vgl. Jürgen Kuczynski, Der Anbruch des Ersten Weltkrieges und die deutsche Sozialdemokratie, Berlin (Ost) 1957; und hierzu die Erinnerungen von Kuczynski, Frost nach dem Tauwetter. Mein Historikerstreit, Berlin 1993.

Es gelang Winternitz von England aus, im September 1950 die Bewilligung zur Verlängerung seines Aufenthaltes durch das ZK-Sekretariat zu erreichen; Kurt Hager sollte die Frage seiner Vertretung an der Humboldt-Universität einstweilen regeln.⁷⁰ Winternitz faßte dann den Entschluß, nicht nach Berlin zurückzukehren. Er wollte allerdings nicht mit der SED brechen, sondern seine Entscheidung mit weniger schmerzlichen Konsequenzen verbinden und beantragte deshalb seine Rücküberweisung an die KP Großbritanniens, der das ZK-Sekretariat am 5. Januar 1951 zustimmte.⁷¹ Dies ersparte beiden Seiten den offenen Konflikt.

Über Winternitz' letztes Jahr in England ist nichts bekannt. Er verstarb am 22. März 1952. An der Trauerfeier in Golders Green nahm die britische KP-Prominenz teil. J. R. Campbell hielt die Trauerrede, unter den Gästen wurden Harry Pollitt und Rajani Palme Dutt genannt.⁷² Vier Tage später widmete das *Neue Deutschland* Winternitz einen ehrenden Nachruf, in dem es jedoch auf sogenannte ideologische Schwankungen hinwies, die es mit der bürgerlichen Herkunft des Verstorbenen erklärte.⁷³ Winternitz erlebte nicht mehr den antisemitischen Slánský-Prozeß in Prag, der mit der Ermordung so vieler seiner einstigen Kampfgefährten endete. Der offene Bruch mit dem Stalinismus blieb ihm erspart, den die anderen, in den Westen gegangenen Sozialisten vollziehen mußten und vollzogen. Sie kündigten den „Pakt“ auf, als den Hans Mayer die Entscheidung für die DDR definiert hatte.⁷⁴

Zwischen den Fronten des Kalten Krieges: Sozialisten im Westen

Am 5. April 1964 schrieb der Leitartikler Krecek in der *Leipziger Volkszeitung*:

„Für diese Freiheit des Faschistenklüngels im Bonner Staat und in der Wirtschaft gibt es einige Gehilfen, die mit pseudodemokratischen Phrasen über Freiheit die Geschäfte dieser Freiheitsvernichter unterstützen wie die Renegaten Hans Mayer, Ernst Bloch und das verkommene Subjekt Kantorowicz und andere... In derselben Linie versuchte sich Havemann mit seinen philosophischen Es-

⁷⁰ SAPMO-BArch, Akte Winternitz (Sekretariatsmitteilung vom 18. September 1950), unpaginiert.

⁷¹ Ebenda (Mitteilung), unpaginiert.

⁷² Ebenda (Mitteilung der Abteilung Internationale Verbindung vom 9. April 1952), unpaginiert.

⁷³ *Neues Deutschland*, 26. März 1952, S. 2.

⁷⁴ Vgl. Hans Mayer, Ein Deutscher auf Widerruf, Bd. 2, S. 256.

says über die Freiheit – oder genauer gesagt Unfreiheit. Mit ihm geht sein philosophischer Leibeigener Fritz Cremer...“⁷⁵

Die Angst vor den kritischen Kommunisten im Lande verband sich für den Verfasser dieser Hetzschrift mit ohnmächtigem Zorn auf die Weggegangenen. Niemand in der DDR erfuhr offiziell, warum Mayer, Bloch oder Kantorowicz das Land verlassen hatten, in das sie einst mit großen Hoffnungen gekommen waren. Niemand sollte wissen, daß alle die Genannten eben keine Renegaten waren, sondern auch in der Bundesrepublik ihrem sozialistischen Humanismus treu blieben.

Zunächst mußte Leo Kofler den schwierigen Neuanfang wagen. Nachdem er Ende 1950 mit seiner Frau nach Westberlin geflüchtet war, erhielt er von englischer Seite ein Angebot zur Unterstützung seiner wissenschaftlichen Arbeit. Als Gegenleistung sollte er sich öffentlich im antikommunistischen Sinne exponieren. Kofler lehnte ab. Fortan erhielt er vom offiziellen Wissenschaftsbetrieb der Bundesrepublik keinerlei Unterstützung mehr. Er wurde nie auf einen Lehrstuhl berufen, obwohl er eine außerordentliche Produktivität entfaltete. Er verdiente sich seinen Lebensunterhalt durch schlecht dotierte Lehraufträge an Volkshochschulen. Doch sogar dies war den Scharfmachern im „Kalten Krieg“ ein Dorn im Auge. So hieß es in den *Ruhr-Nachrichten* vom 26. November 1962, manche Leute (die nicht näher benannt wurden) hätten Kofler „als einen in der Wolle gefärbten Ostideologen“ gekannt, „der ihres Wissens Ehrendoktorhut und Professorentitel seinen in der Zone attestierten Verdiensten um die marxistische Gesellschaft verdanke.“⁷⁶

Sein umfangreiches Wirken als Sozialist sollte Kofler weder von den Herrschenden im Osten noch von denen im Westen Anerkennung einbringen. In der DDR war er fast bis zu deren ruhmlosen Ende *persona non grata*. Erst 1988 wurde er beiläufig in einem Nachschlagewerk als „bürgerlicher Philosoph“ erwähnt.⁷⁷ Dieses Totschweigen hatte sich Kofler allerdings bereits mit seiner ersten Veröffentlichung im Westen sozusagen redlich verdient.⁷⁸ In dieser Analyse der stalinistischen Bürokratie hieß es:

⁷⁵ *Leipziger Volkszeitung*, 5. April 1964; zit. in Alfred Kantorowicz, *Der geistige Widerstand in der DDR*, Troisdorf 1968, S. 25.

⁷⁶ *Ruhr-Nachrichten*, 26. November 1962; zit. in Werner Seppmann, *Philosophie der konkreten Utopie. Zum Gedenken an Leo Kofler (1907-1995)*, in: *Utopie kreativ*, Nr. 60, Oktober 1995, S. 78. Kofler erhielt nie einen Ehrendoktorhut.

⁷⁷ Vgl. *Philosophie für eine neue Welt*, Berlin 1988, S. 483; ähnlich: *Enzyklopädie zur bürgerlichen Philosophie* im 19. und 20. Jahrhundert, Leipzig 1988, S. 353. Vgl. Steiner, *Leo Koflers erzwungene Flucht...*, S. 65

⁷⁸ Vgl. Leo Kofler, *Stalinismus und Bürokratie*, Neuwied/Berlin (West) 1970. Dieses Buch enthält die unmittelbar nach Koflers Flucht entstandenen Aufsätze.

„Der stalinistische Terror ist eine Entartungserscheinung, der nicht historische Notwendigkeit anhaftet. Er wird daher früher oder später überwunden werden. Aber das bedeutet keineswegs Rückkehr zum Kapitalismus. Der Stalinismus wird verschwinden, aber die sozialistische Planwirtschaft wird, diesmal auf demokratische Grundlagen gestellt, bleiben... Aber Sozialismus ist weitaus mehr als bloß Planwirtschaft. Sozialismus ist Humanismus mit allen seinen vielfältigen und weitreichenden Problemen, die sich um jenes Ziel drehen, (das) Marx die Selbstverwirklichung des Menschen genannt hat.“⁷⁹

Auch wenn Koflers Prognose sich so nicht bestätigte und alle eventuellen Chancen für die Reform des Staatssozialismus vertan wurden, blieb Kofler noch in seiner letzten Veröffentlichung jenem Credo treu, unter dem sein ganzes Leben gestanden hatte. Er schrieb 1990: „Selbst der alles durchdringende und auf Leistung („Sollerfüllung“) ausgerichtete bürokratische Sozialismus hat es nicht vermocht, die öffentliche Moral in jenen antihumanistischen Sozialdarwinismus abzudrängen, der das Leben in den kapitalistischen Ländern vergiftet.“ Breite Bevölkerungskreise der DDR blieben, so Kofler, „von den Versuchungen des hemmungslosen Sozialegoismus verschont.“⁸⁰ Auch wer Kofler darin nicht folgen mag und die zerstörerische Langzeitwirkung des nie wirklich entstalinisierten Pseudosozialismus stärker betont, wird ihm die Anerkennung als human denkendem Sozialisten nicht versagen können. Auch Koflers letzter Aufsatz sollte, wie er betonte, „den Zweck erfüllen, die vorherrschende Resignation innerhalb der Linken zu relativieren.“⁸¹

Wie Kofler, so fand auch Alfred Kantorowicz keinen Platz im bundesdeutschen Wissenschaftsbetrieb. Er flüchtete im August 1957 in den Westen, nachdem er sich geweigert hatte, eine Resolution des Schriftstellerverbandes zu unterschreiben, die die Niederschlagung des ungarischen Volksaufstandes feierte.⁸² In seiner ersten, über den Rundfunk ausgestrahlten Stellungnahme sagte Kantorowicz am 22. August 1957, er habe „unter dem Gebelfer der Rabauken des Ulbricht-Apparates... die letzte Hoffnung, was sage ich: die letzte Illusion verloren, daß aus solchem Abschaum eine neue, bessere Welt geboren werden könnte.“⁸³

Kantorowicz zitierte den, wie er schrieb, „Liebling Ulbrichts“, den „unappetitliche(n) Wirrkopf Kuba“ (Kurt Barthel), der auf einer ZK-Tagung gesagt hatte:

⁷⁹ Ebenda, S. 104.

⁸⁰ Leo Kofler, *Freiheit und Integration. Zur Sozialpsychologie der kapitalistischen Gesellschaft*, in: *Utopie kreativ*, Nr. 4, Dezember 1990, S. 66-74, Zitat S. 73.

⁸¹ Ebenda, S. 74.

⁸² Vgl. Kantorowicz, *Deutsches Tagebuch II*, S. 701 ff.

⁸³ Alfred Kantorowicz, *Warum ich mit dem Ulbricht-Regime gebrochen habe (1957)*; Wiederabdruck in: Kantorowicz, *Im 2. Drittel unseres Jahrhunderts*, S. 158.

„Mayer, Kantorowicz und ihre Jünger halten nichts von mir und können lange reden, ehe mir ein Wort von Kantorowicz, Mayer und ihren Jüngern gefällt. So ist die Lage. Zwischen ihnen und den Leuten, denen sie vorwerfen, literarische rote Pappfassaden zu bauen, ist eine Ehe nicht möglich.“⁸⁴

Kantorowicz berichtete, er habe Warnungen erhalten, daß nach der Verhaftung Wolfgang Harichs er das nächste Opfer sein könne.⁸⁵ Deshalb habe er, wenn auch schweren Herzens, gehen müssen. In der Bundesrepublik formulierte er die Maxime seines Wirkens mit folgenden Worten:

„Es wird nicht dem einschlägigen, sterilen, unbedingten Antikommunismus das Wort geredet, der in seiner herkömmlichen extremen Form eine andere Spielart des Totalitarismus ist, also nicht die Antithese, sondern die Entsprechung der stalinistischen Variante des Kommunismus.“

Kantorowicz warnte vor einem „undifferenzierte(n) Antikommunismus um jeden Preis – also auch den Preis der Demokratie und der Freiheit im eigenen Lager“, der jedoch das politische Klima der Bundesrepublik damals weitgehend prägte.⁸⁶ Er unterstrich an anderer Stelle:

„Der Kampf gegen die Tyrannei ist unteilbar. Wer gegen die Massakers in Ungarn Protest erhob, muß auch gegen die Massakers in Angola protestieren; wer sich über die geistige Knebelung in den Ostblockstaaten entrüstet, darf nicht verschweigen oder beschönigen, daß in Franco-Spanien der Besitz einer Luther-Bibel unter Strafdrohung steht; wer sich mit Recht vor der Gehirnwäsche entsetzt, kann sich nicht zum Advokaten der McCarthyschen Inquisitionsmethoden machen, die in Amerika nur eine Episode gewesen sind, jedoch Nährboden bei denen in der Bundesrepublik gefunden haben, die die Vergangenheit keineswegs zu bewältigen wünschen, sondern sie nur zu gerne wieder aufleben machen möchten.“⁸⁷

Kantorowicz bewies Konsequenz und persönliche Geradlinigkeit. Indem er in der Bundesrepublik die Tätigkeit alter Nazis in schon wieder hochrangigen öffentlichen Funktionen angriff, wurde er ein Unbequemer. Der bayerische Arbeitsminister Walter Stain vom „Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten“ verfügte im Juni 1958 die Verweigerung des Flüchtlingsausweises „C“ für den in München lebenden Kantorowicz. Dieser Ausweis bestätigte nicht nur die Anerkennung als DDR-Flüchtling, sondern war auch Voraussetzung, um Entschädigungsansprüche für die Zeit ab 1933 geltend machen zu können. Bayerische Gerichte bestätigten 1962 und 1964 diesen Entscheid.⁸⁸ Erst eine von Herbert Wehner nach

⁸⁴ Ebenda, S. 162.

⁸⁵ Ebenda, S. 161.

⁸⁶ Kantorowicz, Der geistige Widerstand..., S. 3.

⁸⁷ Kantorowicz, Deutsches Tagebuch II, S. 712.

⁸⁸ Vgl. Kantorowicz, Etwas ist ausgeblieben, S. 206. Offiziell wurde die Verweigerung des Ausweises damit begründet, Kantorowicz habe als Hochschullehrer und Parteimitglied dem Unrechtssystem in Ostdeutschland Vorschub geleistet

Kantorowicz' Umzug nach Hamburg veranlaßte Unterstützung befreite diesen etwas aus seiner prekären finanziellen Lage. Fortan betrat Kantorowicz jedoch nie wieder bayerischen Boden.⁸⁹

Auch Ernst Bloch wurde in der Bundesrepublik angegriffen. Die Zeitschrift des Zentralverbandes politischer Emigranten aus der UdSSR attackierte ihn 1962 als Verkünder einer „schwindelhaften Hoffnung“; Bloch beute „schamlos den Glückstrieb der Menschheit“ aus.⁹⁰ Populärer wurde der Kommentar, den Blochs früherer Freund Benno Reifenberg in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 27. Januar 1962 abdrucken ließ: Bloch laufe hinter dem kommunistischen Paradies her, wo es doch darauf ankomme, sich in unserer Wirklichkeit einzurichten.⁹¹ Die Blochs hatten sich angesichts des Baus der Berliner Mauer entschieden, nicht in die DDR zurückzukehren. Sie waren somit im Westen anfangs auch denen willkommen, die Blochs kritischen Marxismus alsbald befehdeten. Zudem war der 76jährige Bloch keine Konkurrenz im akademischen Betrieb; er brauchte keinen Lehrstuhl mehr. Das geistige und politische Klima in der Bundesrepublik begann sich überdies allmählich zu ändern. Daran hatte Bloch keinen geringen Anteil. Seine bohrende Frage lautete: „Hat sich der Marxismus im Stalinismus nur bis zur Unkenntlichkeit oder streckenweise auch bis zur Kenntlichkeit verändert?“⁹²

Doch seine stärkste politische Wirksamkeit entfaltete Bloch zweifellos als prominenter Sprecher des Widerstandes gegen die Notstandsgesetze 1966. Er tat dies in Erinnerung an das Scheitern der Weimarer Republik und in „Erinnerung daran, daß hierzulande noch kein Ausnahmegesetz gegen radikales Rechts gerichtet war, immer nur gegen Links, gegen die Seite, wo in Deutschland ohnehin das Herz nicht oft geschlagen hat.“⁹³ „Und wenn die Verhältnisse die Menschen bilden, so hilft nichts als die Verhältnisse menschlich zu bilden; es lebe die praktische Vernunft.“⁹⁴ Mit diesen Sätzen beschloß Bloch seine Rede anläßlich des ihm 1967 verliehenen Friedenspreises des deutschen Buchhandels; die Worte sollten vom

⁸⁹ Vgl. Ralph Giordano, Gibt es keinen Gewinn?, in: Heinz-Joachim Heydorn (Hg.), Wache im Niemandsland. Zum 70. Geburtstag von Alfred Kantorowicz, Köln 1969, S. 41.

⁹⁰ Zit. nach Markun, Ernst Bloch mit Selbstzeugnissen..., S. 117.

⁹¹ *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 27. Januar 1962; zit. ebenda.

⁹² Ernst Bloch, Marx aufrechter Gang, konkrete Utopie (1968). Wiederabdruck in: Ernst Bloch, Politische Messungen, Pestzeit, Vormärz. Werkausgabe, Bd. 11, Frankfurt a. M. 1985, S. 449.

⁹³ Ernst Bloch, Notstand jetzt (1966). Wiederabdruck ebenda, S. 485-487, Zitat S. 486.

⁹⁴ Ernst Bloch, Widerstand und Friede (1967). Wiederabdruck ebenda, S. 433-445, Zitat S. 445.

politisch klarsichtigsten Teil der revoltierenden Studenten alsbald oft zitiert werden.

Als letzte der hier behandelten Personen kam Hans Mayer im August 1963 in die Bundesrepublik, nachdem er erneut in die Kritik geraten war. Sie hatte sich in Leipzig an Mayers Plädoyer für einen sachlichen Umgang mit Pasternak entzündet. Als am Ende einer Kampagne in der Universitätszeitung ein Artikel erschien, der Mayers Haltung als „eine Lehrmeinung zuviel“ disqualifizierte, zog er die Konsequenzen. „Ich war nicht verfolgt und gefährdet, habe das nie behauptet“, betonte er in seinem Erinnerungsbuch. „Doch konnte ich von jetzt an, weil der Pakt gebrochen war, meine Studenten nicht mehr schützen.“⁹⁵

Mayer hatte über all die Jahre in Leipzig hinweg seine Verbindungen mit dem Westen aufrecht erhalten. Außerdem war er in der Bundesrepublik als Buchautor präsent. Dies half ihm bei der Fortsetzung seines außerordentlich produktiven, viele Studenten anregenden wissenschaftlichen Wirkens. Mayer versuchte auch, einer sich allmählich politisierenden Öffentlichkeit in der Bundesrepublik die Augen dafür zu öffnen, daß die Arbeiterbewegung, wie er schrieb, „auch in Deutschland und auch in der kulturellen Aktivität die Chance (hatte), bürgerliche Spielregeln zu negieren und ein Konkursverfahren der Firma 'Bildung und Besitz' zu eröffnen.“⁹⁶

Natürlich wurde auch Mayer heftig dafür angegriffen, daß er sich in der Bundesrepublik zwar politisch vom Stalinismus deutlich absetzte, aber auf persönliche Polemiken gegen die SED-Kulturfunktionäre verzichtete.⁹⁷ So druckte der *Monat* einen Leserbrief ab, worin es hieß:

„Hans Mayer drückt sich vor der Situation, die ein klares Wort erfordert, und zieht sich in floskelhafte, zimperlich-vorsichtige und neutral-nichtssagende Wendungen zurück. Das hat eine Parallele in der ideologischen Heuchelei, die im Ulbricht-Regime grassiert.“⁹⁸

Dies meinte – aus einer ganz anderen Sicht allerdings – ebenfalls Walter Markov. Er sagte 1989, daß „weder Ernst Bloch noch Hans Mayer

⁹⁵ Mayer, *Ein Deutscher auf Widerruf*, Bd. 2, S. 256. Hervorhebung im Text.

⁹⁶ Hans Mayer, *Bildung, Besitz und Theater* (1968). Wiederabdruck in: Hans Mayer, *Nach Jahr und Tag. Reden 1945-1977*, Frankfurt a. M. 1978, S. 157-178, Zitat S. 162.

⁹⁷ So in seiner ersten öffentlichen Stellungnahme nach seinem Weggang aus der DDR. Vgl. *Literatur und Kommunismus. Ein Gespräch zwischen François Bondy und Hans Mayer*, in: *Der Monat*, Nr. 185, Februar 1964, S. 49-56.

⁹⁸ Helmut Allischewski in: *Der Monat*, Nr. 188, Mai 1964, S. 96.

der Reaktion in die weit geöffneten Arme gelaufen“ sind.⁹⁹ Dies gilt für Winternitz, Kofler und Kantorowicz gleichermaßen.

Hinweise zum Umgang mit dem Erbe der DDR

Hinweise zum Umgang mit dem Erbe der DDR finden sich bei Hans Mayer und, in eindrucksvoller Vorahnung, bei Alfred Kantorowicz. Dieser machte sich am 18. Juli 1956 angesichts der Genfer Viermächte-Konferenz darüber Gedanken, was wohl geschähe, sollte die Sowjetunion „auf die vorgeschobene Position zwischen Oder und Elbe Verzicht... leisten.“¹⁰⁰

„Geschähe das Unerwartete, was wäre dann für uns (im Osten; M. K.) zu hoffen, zu fürchten, zu gewinnen, zu verlieren? Was das geistige Leben betrifft, so würde die eine unmenschliche Bürokratie hier durch eine andere, in der Form verbindlichere, im Inhalt kaum weniger bedrohliche abgelöst werden, wir hätten es anstelle der Parteifeldwebel mit einer anderen Feldwebel-Species von Verächtern der Literatur und der Geisteswissenschaft zu tun. Politische Karrieristen von drüben würden die von hier überrunden – oder mit ihnen paktieren (gerade dies wäre zu fürchten).“¹⁰¹

Kantorowicz fürchtete jedoch eine mögliche Vereinigung Deutschlands nicht, wohl aber eine zunehmende geistige Entfremdung der Menschen im Osten und im Westen voneinander, woran nicht nur die DDR, sondern auch die Bundesrepublik mit einer „Hallstein-Doktrin auf geistigem Gebiet“ einen Anteil habe; indem sie nämlich durch Kontaktsperren mit den DDR-Institutionen vor allem die dort arbeitenden Menschen treffe.¹⁰² „Verächtlich ist, wer politisches Kapital aus den Kämpfen und Leiden unserer Landsleute schlagen will“, rief Kantorowicz 1963 aus.

„Die Gefahr der geistigen Entfremdung scheint mir dadurch akzentuiert..., daß gerade wegen der zahllosen Sonntagsreden über die Einheit Deutschlands und wegen der alles kanalisierenden, vorgeformte Klischees setzenden Propaganda beim Durchschnittsbürger der Bundesrepublik eine gewisse Lethargie eingetreten ist gegenüber den diffizileren, nicht mit Händen zu greifenden, aber letzten Endes ausschlaggebenden Gewissensentscheidungen und unwägbareren geistigen Unterströmungen. Man hält es nicht für ergiebig, dem nachzuspüren, was dort drüben an echten Wertbeständen gehortet worden ist und was an huma-

⁹⁹ Walter Markov, *Zwiesprache mit dem Jahrhundert*. Dokumentiert von Thomas Grimm, Berlin (Ost)/Weimar 1989, S. 218.

¹⁰⁰ Kantorowicz, *Deutsches Tagebuch II*, S. 560.

¹⁰¹ Ebenda.

¹⁰² Kantorowicz, *Etwas ist ausgeblieben*, S. 102.

nistischer Tradition – durchaus auch von der sozialistischen Komponente her – weiterwirkt, trotzdem überlebt hat und zukunftsfruchtig geblieben ist.“¹⁰³

Unter den Bedingungen der Diktatur werde es in der DDR „eine Flucht in die Innerlichkeit geben, eine Intensivierung des Denkens, einen Erfindungsreichtum der Selbstbehauptung, eine Kunst auch, sich in äsopischer Sprache verständlich zu machen, einen Reifungsprozeß der Selbstprüfung, Gewissensforschung, Selbstverständigung“, angesichts dessen im Westen „Demut und Vertrauen“ gefragt seien. „Vor allem keine Vorurteile und keine Pauschalurteile.“¹⁰⁴

In seinem 1991 veröffentlichten Buch „Der Turm von Babel“ vertrat Hans Mayer die Ansicht, die DDR sei eine deutsche Wunde, die noch lange nicht heilen werde. Er bezeichnete die Wiedervereinigung im Sinne des Einigungsvertrages als eine sehr schlechte Lösung; ein langsames Zusammenwachsen im Sinne des Runden Tisches wäre vernünftiger gewesen. Im Gespräch mit dem *Spiegel* hielt Mayer 1993 voller Besorgnis über die Lage in Ostdeutschland fest:

„Aber da ist ein ungeheurer Bodensatz von Haß und Enttäuschung. Das sind doch Millionen anständiger, fleißiger Menschen, denen jetzt die Profiteure von der Treuhandsagen: Euch muß man abschreiben, das muß alles erst mal den richtigen Pfiff und Pep kriegen. Und wenn die Arbeiterschaft das Gefühl hat, daß man aus ganz kläglichen parteipolitischen Gründen Schindluder mit ihr treibt, kann noch viel passieren.“ Mayer befürchtete, „wenn die Verelendung des Kleinbürgertums fortschreitet, dann werden wir bald keinen Grund mehr haben, uns über das Verschwinden der DDR zu freuen.“¹⁰⁵

Nötig sei, wie Mayer immer wieder unterstrich, den Menschen im Osten, die eine Diktatur gestürzt hatten, das Verlierergefühl zu nehmen, indem man sie gleichberechtigt behandle. Vor allem müßte ihre Lebensleistung anerkannt werden, die oft unter schwierigen Bedingungen erbracht wurde. Mayer wollte auch „all den Menschen aus der DDR, die redlich an eine neue Gesellschaftsordnung der Menschenwürde und Gleichheitschancen geglaubt haben und nun meinen, ihr Leben praktisch verspielt zu haben, sagen: Dem ist nicht so, und: Das wollen wir doch mal seh'n!“¹⁰⁶ Mit dieser rebellischen Haltung blieb Mayer, wie die anderen hier Behandelten, sich selbst und seiner Überzeugung treu.

¹⁰³ Ebenda, S. 116.

¹⁰⁴ Ebenda, S. 115 f.

¹⁰⁵ „Ich bin unbelehrbar“. Der Literaturhistoriker Hans Mayer über die verpaßten Chancen der DDR und die Zukunft des Marxismus, in: *Der Spiegel*, Nr. 28, 1993, S. 169.

¹⁰⁶ Wer hier verliert, das ist noch gar nicht ausgemacht (Anm. 21).

Intellektuelle in den Jüdischen Gemeinden in der Frühphase der DDR

Esther Jonas-Märtin &
Lothar Mertens
Leipzig/Bochum

Anfänge

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der damit verbundenen Shoa unter den deutschen Staatsbürgern mosaischen Glaubens begann in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ), wie in den anderen drei Besatzungszonen, im Sommer 1945 ein zaghafter Neubeginn¹ in den ehemals blühenden Zentren jüdischen Lebens. Obwohl den meisten Überlebenden der Vernichtungslager ein Verbleib in Deutschland unvorstellbar erschien, mußten sie, infolge fehlender Emigrationsmöglichkeiten,² zunächst in Deutschland verharren.³

Von den nach 1945 aus dem Exil in ihre Heimat zurückkehrenden jüdischstämmigen Emigranten ließen sich u.a. Alfred Kantorowicz und Jürgen Kuczynski, der Germanist Hans Mayer, der Philosoph Ernst Bloch sowie die Schriftsteller Stefan Heym, Anna Seghers und Arnold Zweig in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands nieder.⁴ Von den aus der Emigration heimkehrenden Politikern waren die bekanntesten Alexander

¹ Siehe ausführlich Mertens, Lothar: Davidstern unter Hammer und Zirkel. Die Jüdischen Gemeinden in der SBZ/DDR und ihre Behandlung durch Partei und Staat 1945-1990. Hildesheim 1997.

² Siehe dazu ausführlich Königseder, Angelika/Wetzels, Juliane: Lebensmut im Wartesaal. Die jüdischen DPs (Displaced Persons) im Nachkriegsdeutschland. Frankfurt/M. 1994, S. 70 ff.

³ Mertens, Lothar: Die Jüdischen Gemeinden in der DDR. In: Andreas Nachama/Julius H. Schoeps (Hg.): Aufbau nach dem Untergang. Deutsch-Jüdische Geschichte nach 1945. In memoriam Heinz Galinski. Berlin 1992, S. 285-295.

⁴ Richarz, Monika: Juden in der Bundesrepublik Deutschland und in der Deutschen Demokratischen Republik seit 1945. In: Jüdisches Leben in Deutschland seit 1945. Hrsg. von Micha Brumlik/Doron Kiesel/Cilly Kugelmann/Julius H. Schoeps. Frankfurt/M. 1986, S. 13-30, S. 19; Bloch, Mayer und Kantorowicz emigrierten später in die Bundesrepublik.

Abusch, Gerhard Eisler und Albert Norden. Kaum einer dieser bekannten Persönlichkeiten schloß sich jedoch den wiedergegründeten Religionsgemeinden an. Idealtypisch für die Distanz ist der Rabbinersohn Norden, der in offiziellen Darstellungen jedoch zumeist als „Sohn eines Funktionärs“ bezeichnet wurde.

So kehrten etwa nach Kriegsende nur 15 Überlebende in das vor 1933 1.100 jüdische Einwohner zählende Erfurt zurück.⁵ In Halle lebten 1933 ca. 1.100 Juden, nur wenige Überlebende von ihnen entschlossen sich im Sommer 1945 zu einer Rückkehr in die Saalestadt.⁶ In Zwickau verblieben von den vormalig 460 Juden nur fünf,⁷ und von den einstmalig 6.000 jüdischen Einwohnern Dresdens lebten im Sommer 1945 lediglich zwölf Glaubensjuden noch in der Stadt.⁸ Von den 2.436 Gemeindemitgliedern, welche der „Synagogengemeinde zu Magdeburg“ im Jahre 1932 abgehört hatten, kehrten nur 90 nach der Shoa in die Elbestadt zurück. Über 1.500 waren ermordet worden, die übrigen waren vor 1939 emigriert.⁹ Von den ca. 1.000 jüdischen Bürgern Mecklenburgs, die vor 1933 in über vierzig Gemeinden gelebt hatten, waren nur 47 Überlebende aus den Vernichtungslagern zurückgekehrt;¹⁰ alle anderen, sofern sie nicht bis 1939 emigrierten, waren Opfer des NS-Rassenwahns geworden. In die vormalige Reichshauptstadt Berlin kehrten 1.900 Überlebende der Konzentrationslager zurück, während rund 1.400 Juden illegal im Untergrund den Krieg überlebt hatten.¹¹ Von den 160.000 Berliner Juden des Jahres 1933

⁵ Nachrichtenblatt der Jüdischen Gemeinden in der DDR, Dezember 1982, S. 18.

⁶ Goeseke, Gudrun: Geschichte der Jüdischen Gemeinde zu Halle nach 1945. In: 300 Jahre Juden in Halle. Leben, Leistung, Leiden, Lohn. Hrsg. von der Jüdischen Gemeinde zu Halle. Halle/S. 1992, S. 275-286, S. 279 ff.

⁷ Diamant, Adolf: Zur Chronik der Juden in Zwickau. Dem Gedenken einer kleinen jüdischen Gemeinde in Sachsen. Frankfurt/M. 1971, S. 41.

⁸ Diamant, Adolf: Chronik der Juden in Dresden. Von den ersten Juden bis zur Blüte der Gemeinde und deren Ausrottung. Darmstadt 1973, S. 228.

⁹ Levy, H[ans] J[oachim]: Schutzgelder an Landesherren. In Magdeburg älteste jüdische Gemeinde in der DDR. In: *Der Demokrat*, 43. Jg., Sa. 15. Okt. 1988, Rostock, S. 3.

¹⁰ Anklagende Zeugnisse faschistischer Barbarei. Juden in Mecklenburg. 1938 ging Synagoge in Flammen auf. In: *Der Demokrat*, 43. Jg., Sa. 15. Okt. 1988, Rostock, S. 3.

¹¹ Simon, Hermann: Die Jüdische Gemeinde Nordwest. Eine Episode aus der Zeit des Neubeginns jüdischen Lebens in Berlin nach 1945. In: Andreas Nachama/Julius H. Schoeps (Hg.): *Aufbau nach dem Untergang. Deutsch-jüdische Geschichte nach 1945. In memoriam Heinz Galinski*. Berlin 1992, S. 274-284, S. 275 f.

waren etwa 90.000 emigriert; die übrigen wurden in der Shoa ermordet,¹² so daß im April 1946 die Mitgliederzahl der jüdischen Gemeinden bei 7.882 Personen lag, von denen 2.868 im sowjetischen Sektor Berlins lebten.¹³ Doch die Ziffern der Gemeindemitglieder sank kontinuierlich und lag in den 1950er Jahren bei ca. 2.500 Personen und zu Beginn der 1970er Jahre unter 1.000.¹⁴

Bereits im Sommer 1945 konstituierte sich die „Jüdische Gemeinde von Groß-Berlin“, deren erster Vorsitzender Erich Nehlhans wurde, der im Juni 1947 von den sowjetischen Militärbehörden verhaftet, in die Sowjetunion verschleppt wurde und seitdem verschollen ist.¹⁵ Sein Nachfolger war der Rechtsanwalt Hans Erich Fabian, einer der wenigen Überlebenden des Vorstands der früheren „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland“. ¹⁶ Als Fabian im März 1949 in die USA auswanderte, wurde Heinz Galinski zum neuen Vorsitzenden gewählt.¹⁷

Im Dezember 1945 bildeten 300 Juden in Leipzig die „Israelitische Religionsgemeinde“ neu. Eine der wichtigsten Persönlichkeiten im Vorstand war der Jurist Dr. Fritz Grunsfeld.¹⁸ Auch an anderen Orten, wie in Halle/S., gehörten Juristen dem Vorstand an, wie der etwa Landgerichtsrat Dr. Bieber. Die Mecklenburgische Landesgemeinde wurde von

¹² Blau, Bruno: Die Entwicklung der Jüdischen Gemeinde Berlin. In: *Der Weg*, 1. Jg., Nr. 5, 29. März 1946, Berlin, o.S. [3].

¹³ Archiv des Centrum Judaicum, Berlin (CJA); 5 A B11, Nr. 1; „Die Lage der Jüdischen Gemeinde zu Berlin und ihrer Mitglieder“, undatiert (April 1946), S. 18 u. Anlage, S. 2.

¹⁴ Mertens, Lothar: Juden in der DDR. Eine schwindende Minderheit. In: *Deutschland Archiv*, 19. Jg. (1986), H. 11, Köln, S. 1192-1203.

¹⁵ Grossmann, Kurt R.: Katten und Nehlhans nicht dabei. Jüdische Gemeinde wartet auf ihre Heimkehrer. In: *Telegraf*, 10. Jg., Nr. 284, Di. 6. Dez. 1955, Berlin, S. 9.

¹⁶ Im September 1933 als „Reichsvertretung der deutschen Juden“ unter Leitung von Rabbiner Leo Baeck gegründet, im Juli 1939 umbenannt in „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland“. Aus der freiwilligen Dachorganisation war damit ein vom NS-Regime erzwungener Zwangszusammenschluß von rund 1.600 Gemeinden und ca. 1.500 Organisationen entstanden, die ihre rechtliche Selbständigkeit verloren hatten.

¹⁷ Nachama, Andreas: Der Mann in der Fasanenstraße. In: Ders./Julius H. Schoeps (Hg.): *Aufbau nach dem Untergang. Deutsch-jüdische Geschichte nach 1945. In memoriam Heinz Galinski*. Berlin 1992, S. 27-52, S. 33.

¹⁸ Siehe Hollitzer, Siegfried: Die Juden in der SBZ und ihr Verhältnis zu Staat wie Kirche. In: *Judaica Lipsiensia. Zur Geschichte der Juden in Leipzig*. Hrsg. von der Ephraim Carlebach Stiftung. Red.: Manfred Unger. Leipzig 1994, S. 217-227, S. 219 f. u. S. 224 f.

Dr. Franz Unikower¹⁹ geleitet, der vor 1952 zeitweise Senatspräsident am Oberlandesgericht in Schwerin gewesen war.²⁰ Nach der Auflösung der Länder und der Bildung der Bezirke als administrativer Organisationseinheit war er zunächst Oberrichter am Bezirksgericht Schwerin und danach bis zu seiner Flucht nach Frankfurt/M. im Jahre 1956 Frührentner.²¹ Außerdem gehörte der Ingenieur Hugo Mehler lange Jahre dem Schweriner Vorstand an. Die nach 1945 kurzzeitig neugebildete Israelitische Kultusgemeinde in Eisenach wurde von dem Arzt Dr. Erich Wiesen, dem Sohn des früheren Rabbiners,²² geleitet.²³

In der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) gab es, im Unterschied zu den drei Westzonen, keine Lager für „Displaced Persons“ (DP's).²⁴ Die jüdischen Gemeinden in der späteren DDR konnten sich infolgedessen in den ersten Nachkriegsjahren rascher stabilisieren als die Gemeinden in den Westzonen, da das ständige Kommen und Gehen neuer, temporärer Mitglieder weitgehend entfiel.²⁵ Gleichzeitig bedingte die kontinuierliche Westwanderung von zumeist jüngeren Mitgliedern einen sich verstärkenden Zusammenhalt der zurückbleibenden Älteren in der „Schicksalsgemeinschaft“.²⁶ Infolge der fehlenden DP-Lager war anfänglich auch das ostjüdische Element geringer ausgeprägt. Doch dies änderte sich rasch. Nach den pogromhaften Ausschreitungen gegen polnische Juden im

¹⁹ Unikower, Dr. Franz; (1901-1997); Jurist, 1956 Flucht in die Bundesrepublik als in der Suez-Krise von ihm eine öffentliche Erklärung gegen Israel verlangt wurde, ab 1961 Vorstandsmitglied in Frankfurt/M.

²⁰ Mecklenburgisches Landeshauptarchiv, Schwerin (MLHAS), Landesregierung Mecklenburg, Ministerpräsidium, Nr. 1579/3; Schreiben der Hauptabteilung Verbindung zu den Kirchen an den Ministerpräsidenten Mecklenburgs vom 9. Mai 1952.

²¹ Ebd., Z 21/82, Justizpersonalakten; dort ist als Grund für sein Ausscheiden aus dem Dienst handschriftlich vermerkt: „illegal“.

²² Dr. Josef Wiesen amtierte in Eisenach 1905-38; Eilers, Herbert: Die jüdische Gemeinde in Eisenach. In: *Wartburgland*, H. 16 (1985), Bonn, S. 26-33, S. 32.

²³ Stadtarchiv Eisenach; Best. Stadtverwaltung Eisenach, Abt. Allgemeine Verwaltung, Angelegenheiten der jüdischen Religionsgemeinschaft 1945-1948, Nr. 3601/3; Brief Erich Wiesen an den Oberbürgermeister von Eisenach vom 22. Okt. 1945.

²⁴ Siehe dazu ausführlich Königseder/Wetzels, S. 13 ff. (Anm. 2).

²⁵ Maor, Harry: Über den Wiederaufbau der Jüdischen Gemeinden in Deutschland seit 1945. Diss. Johannes Gutenberg-Univ. Mainz 1961, S. 35.

²⁶ So Lutz Niethammer in Taube, Getzel [d.i. Eugen Gollomb]: Flüchtlinge und Standhalten. In: Lutz Niethammer/Alexander von Plato/Dorothee Wierling: Die volkseigene Erfahrung. Eine Archäologie des Lebens in der Industrieprovinz der DDR. Berlin 1991, S. 249-301, S. 279.

Sommer 1946,²⁷ kam es zu einer jüdischen Auswanderungswelle Richtung Westen und damit verbunden zu einem verstärkten Zuzug polnischer Juden in die angrenzende SBZ,²⁸ die ungeachtet ihrer jahrelangen KZ-Haft nun in Deutschland Zuflucht suchten. Hierdurch kam es nicht nur zu Veränderungen in der Gemeindestruktur, sondern auch der Sprachschatz wurde beeinflusst. Ostjüdische Ausdrücke, die vor 1933 bei deutschen Juden eher verpönt gewesen waren,²⁹ drangen nun in den allgemeinen Sprachgebrauch ein.³⁰ Das jiddische „Chawer“ (Kollege, Genosse) wurde zur allgemeinen Anrede.³¹ Trotzdem bestand die jüdische Nachkriegsbewölkerung in der SBZ anfänglich vor allem aus deutschen Juden sowie einigen wenigen polnischen Gefangenen der Konzentrationslager, die bei Kriegsende aus unterschiedlichen Gründen in die jeweilige Region gelangt waren.³² Unter ihnen waren nur noch wenige Intellektuelle, von denen die meisten überdies bis 1953 in den Westen übersiedelten.

In einer im Ost-Berliner Dietz Verlag im Jahre 1948 erschienenen Broschüre „Antisemitismus und Rassenhetze“ hatte es noch geheißen, jedem Juden müsse die „vorbehaltlose gleichberechtigte Einreihung“ in das gesellschaftliche Leben ermöglicht werden und es dürfe keine „erzwungene Assimilation der Juden“ geben. Deren Unterstützung bei der Wiederherstellung ihres religiösen und sozialen Lebens sollte überdies „eine Ehrenpflicht“ sein.³³ Doch die Wirklichkeit in der SBZ sah anders aus. Bereits Ende Juni 1945 lautete die Begründung für die Differenzierung und die damit verbundene Benachteiligung jüdischer Opfer: „Sie haben

²⁷ Siehe dazu Gutman, Israel: Juden in Polen nach dem Holocaust 1944-1968. In: *Der Umgang mit dem Holocaust. Europa – USA – Israel*. Hrsg. von Rolf Steininger. Wien-Köln-Weimar 1994, S. 265-276, S. 271 ff.

²⁸ Insbesondere die beiden Gemeinden in Dresden und Leipzig hatten einen hohen polnischen Zuwandereranteil, der fast die Hälfte der Mitglieder ausmachte.

²⁹ Zur Distanz und den Ressentiments des bürgerlich geprägten deutschen Judentums gegenüber den proletarischen ostjüdischen Zuwanderern vor 1933 siehe Maurer, Trude: *Ostjuden in Deutschland 1918-1933*. Hamburg 1986, S. 29 ff.

³⁰ Maor, S. 21 (Anm. 25).

³¹ Siehe passim die damit eingeleiteten diversen Glückwunschlittern im *Nachrichtenblatt der Jüdischen Gemeinden der DDR*.

³² Siehe die Biographie des Leipziger Gemeindevorsitzenden Eugen Gollomb, der nach seiner Flucht aus dem KZ Auschwitz als Mitglied einer polnischen Partisanenarmee 1947 in die Messestadt gelangte; Hollitzer, Siegfried: Eugen Gollomb (1917-1988). In: *Judaica Lipsiensia. Zur Geschichte der Juden in Leipzig*. Hrsg. von der Ephraim Carlebach Stiftung. Red.: Manfred Unger. Leipzig 1994, S. 309-311; Taube, S. 270 ff. (Anm. 26).

³³ Kahn, Siegbert: *Antisemitismus und Rassenhetze. Eine Übersicht über ihre Entwicklung in Deutschland*. Berlin (Ost) 1948, S. 91.

alle geduldet und Schweres erlitten, aber sie haben nicht gekämpft.“³⁴ Überdies wurden nach dem SED-Verständnis³⁵ Kommunisten und Juden gleichermaßen vom Nationalsozialismus verfolgt.³⁶ Unterschwellig bedeutete dies eine Gleichsetzung der Kommunistenverfolgung mit der nationalsozialistischen Shoa.³⁷ Helmut Eschwege kommentierte die politisch-ideologisch motivierte Ungleichbehandlung der Opfer pointiert:

„Unter 'Opfer des Faschismus' verstand man die Juden und die politisch Verfolgten wurden als 'Kämpfer gegen den Faschismus' benannt. Es ist dies verbunden mit der Theorie, daß die Kommunisten Hauptverfolgte der Nazis waren und die Verfolgung der Juden nur als Warnung an die Kommunisten stattgefunden habe; daß Juden nur passive Opfer der Verfolgung waren, sie dem Bürgertum zugehörig waren u.a.m.“³⁸

So wurde beispielsweise der Schweriner Gemeindevorsitzende Unikower ungeachtet der SED-Parteimitgliedschaft und seines progressiven politischen Auftretens von der Staatssicherheit ab dem Januar 1953 überwacht, da der als Richter Tätige eine „desorganisierende Tätigkeit“ ausübe und „führendes Mitglied“ einer „zionistischen Gruppe“ sei.³⁹

Im Frühjahr 1948 wandte sich der aus der Emigration heimgekehrte Helmut Eschwege aus Dresden direkt an die Wohlfahrtsabteilung des American Joint Distribution Committee (JOINT) in Berlin. Wie er schrieb, war er vor einem Jahr als britischer Staatsbürger aus Palästina

³⁴ Zit. in Goldenbogen, Nora: Juden in der DDR. Erwartungen – Realitäten – Wandlungen. In: Günther B. Ginzel (Hg.): Der Anfang nach dem Ende. Jüdisches Leben in Deutschland 1945-1995. Düsseldorf 1996, S. 123-149, S. 130.

³⁵ Siehe auch Mertens, Lothar: Die SED und die NS-Vergangenheit. In: Werner Bergmann/Rainer Erb/Albert Lichtblau (Hg.): Schwieriges Erbe. Der Umgang mit Nationalsozialismus und Antisemitismus in Österreich, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt/M. 1995, S. 194-211.

³⁶ Siehe ausführlich Groehler, Olaf: Der Holocaust in der Geschichtsschreibung der DDR. In: Ulrich Herbert/Olaf Groehler: Zweierlei Bewältigung. Vier Beiträge über den Umgang mit der NS-Vergangenheit in den beiden deutschen Staaten. Hamburg 1992, S. 41-66, S. 42 f.

³⁷ Wolffsohn, Michael: Verwirrtes Deutschland? Provokative Zwischenrufe eines deutschjüdischen Patrioten. München 1993, S. 123.

³⁸ Eschwege, Helmut: Die jüdische Bevölkerung der Jahre nach der Kapitulation Hitlerdeutschlands auf dem Gebiet der DDR bis zum Jahre 1953. In: Siegfried Theodor Amdt/Helmut Eschwege/Peter Honigmann/Lothar Mertens: Juden in der DDR. Geschichte – Probleme – Perspektiven. Köln 1988, S. 63-100, S. 70.

³⁹ Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Außenstelle, Schwerin (BStU), MfS, BV Schwerin, AOP 18/56, „Beschluß über das Anlegen eines Vorganges (Gruppenvorganges)“ vom 22. Jan. 1953.

nach Dresden gekommen.⁴⁰ Er bat um Unterstützung, da seine Frau ein Kind erwartete und wegen des fehlenden Auslandspasses nicht mit nach Palästina könne. Der Grund für seine Bitte war: „Die hiesige jüdische Gemeinde anerkennt mich nicht als Mitglied, da ich Freidenker bin und sie nur religiöse Menschen aufnimmt.“⁴¹ Da dem JOINT „diese Angaben nicht klar“ waren, wandte sich dessen stellvertretender Direktor an die Dresdner Gemeinde mit der Bitte um eine Stellungnahme.⁴² Diese teilte unmißverständlich mit, daß Eschwege kein Gemeindeglied werden könne, „solange er sich nicht zur mosaischen Religion bekennt“. Schließlich sei man eine „Religionsgemeinde und keine Freidenkervereinigung.“ Man wolle auf die religiöse Einstellung Eschweges „in keinerlei Hinsicht einen Einfluss oder Druck ausüben“, jedoch beschränke sich die materielle Betreuung auf die Gemeindeglieder.⁴³ Für den Landesverband war es daher, ebenso wie für den JOINT,⁴⁴ „abwegig“, Helmut Eschwege in die Betreuung aufzunehmen, solange er nicht einen Antrag auf Gemeindegliedschaft stelle.⁴⁵ Dieser trat daher am 1. Mai 1948 der Jüdischen Gemeinde bei.⁴⁶ Um einem bevorstehenden Parteiausschlußverfahren der SED zu entgehen, trat Eschwege im März 1953 wieder aus der Gemeinde aus;⁴⁷ ungeachtet dieses vorbeugenden Opportunismus wurde er allerdings aus der „Partei der Arbeiterklasse“ ausgeschlossen.⁴⁸ Daher trat Eschwege im Jahre 1956 in der Tauwetter-Periode nach dem

⁴⁰ Siehe ausführlich Eschwege, Helmut: Fremd unter meinesgleichen. Erinnerungen eines Dresdner Juden. Berlin 1991, S. 52 ff.

⁴¹ CJA, 5 B1, Nr. 19; Brief von Helmut Eschwege an JOINT-Wohlfahrtsabteilung vom 1. März 1948. Siehe auch Eschwege, Erinnerungen, S. 153, wo er konzediert, daß die Hilfsendungen des JOINT „häufig der Grund“ waren, sich einer Gemeinde anzuschließen.

⁴² Ebd.; Schreiben des stellv. Direktors des Berliner Büros des American Joint Distribution Committee an die Jüdische Gemeinde Dresden vom 9. März 1948.

⁴³ Ebd.; Brief von Leon Löwenkopf, Jüdische Gemeinde Dresden, an das American Joint Distribution Committee vom 1. Apr. 1948.

⁴⁴ Ebd.; siehe die undatierte englischsprachige Aktennotiz.

⁴⁵ Ebd.; Brief des Landesverbandes an die Jüdische Gemeinde Dresden vom 21. Apr. 1948.

⁴⁶ Siehe auch das Photo seines Mitgliedsausweises in Eschwege, Erinnerungen, S. 155.

⁴⁷ CJA, 5 B1, Nr. 15; siehe das Schreiben der Jüdischen Gemeinde Dresden an den Verband vom 20. Apr. 1953, in der auf eine Mitteilung des Staatlichen Notariats mit Datum vom 23. März 1953 verwiesen wird. Siehe auch Eschwege, Erinnerungen, S. 154.

⁴⁸ Eschwege, Erinnerungen, S. 76 ff. (Anm. 40).

XX. Parteitag der KPdSU und den Enthüllungen Chruschtschows über die Stalin-Ära wieder in die Jüdische Gemeinde ein.⁴⁹

Situation Anfang der 1950er Jahre

Wie dramatisch zu Beginn der fünfziger Jahre aufgrund der harschen politischen Haltung die Gemeindeentwicklung war, zeigt ein Blick auf die Mitgliederentwicklung in Leipzig im zweiten Quartal 1950. Denn drei Zugängen (davon zwei Geburten), standen 57 Abgänge gegenüber. Lediglich in drei Fällen waren Mitglieder verstorben, in den anderen 54 Fällen hingegen „unbekannt verzogen“, d.h. in die Bundesrepublik Deutschland übersiedelt, darunter allein sechs Familien mit einem oder zwei Kleinkindern unter sechs Jahren.⁵⁰ Neben der allgemeinen Westwanderung aus der SBZ/DDR in den ersten Nachkriegsjahren kam es Anfang der fünfziger Jahre zur verstärkten Fluchtbewegung infolge des „psychologischen Pogroms“ (Margolin) im Zusammenhang mit dem wiederaufkommenden Antisemitismus in der Sowjetunion nach der sogenannten „Ärzte-Verschörung“,⁵¹ einem angeblichen Komplott jüdischer Mediziner gegen Stalin, und nach dem Slansky-Tribunal in der Tschechoslowakei. Die Büros der Jüdischen Gemeinden wurden vom Staatssicherheitsdienst (dem späteren MfS) durchsucht, Akten beschlagnahmt⁵² und Gemeindeglieder verhaftet⁵³ und verhört,⁵⁴ nachdem bereits ein Jahr

⁴⁹ Ebd., S. 154.

⁵⁰ CJA, 5 Bt, Nr. 18; Gemeindestatistik, Abgänge seit dem 15. Apr. 1950.

⁵¹ Fricke, Karl Wilhelm: Warten auf Gerechtigkeit. Kommunistische Säuberungen und Rehabilitierungen. Bericht und Dokumentation. Köln 1971, S. 87.

⁵² Fippel, Günter: Zum Schicksal Leipziger Juden in der Sowjetunion nach 1933 und in der DDR bis 1953. In: *Judaica Lipsiensia. Zur Geschichte der Juden in Leipzig*. Hrsg. von der Ephraim Carlebach Stiftung. Red.: Manfred Unger. Leipzig 1994, S. 207-216, S. 214; Ludwig, Esther: Die Auswirkungen des Prager Slansky-Prozesses auf die Leipziger Juden 1952/53. In: *Judaica Lipsiensia. Zur Geschichte der Juden in Leipzig*. Hrsg. von der Ephraim Carlebach Stiftung. Red.: Manfred Unger. Leipzig 1994, S. 228-244, S. 232 f.

⁵³ Die Verhaftung von Juden wurde von einer Spezialabteilung des SSD durch eine Direktive veranlaßt, die sich in der Abgrenzung der zu verhaftenden Personen auf die NS-Rassengesetze bezog; E. Germany invokes Nazis' Race Decrees. In: *Jerusalem Post*, 29. Jg., Nr. 7476, Mi. 28. Jan. 1953, S. 1.

⁵⁴ Eschwege, Helmut: Die erneute Vertreibung der Juden. Volter Angst verließ 1952/53 ein Drittel der jüdischen Gemeindeglieder der DDR. In: *Leipziger Volkszeitung*, 96. Jg., Nr. 168, Sa./So. 21./22. Juli 1990, S. 10. Siehe auch die Schilderungen Betroffener in Goldenbogen, Erwartungen, S. 141 (Anm. 34) u. Ludwig, S. 236 ff. (Anm. 52).

lang Gottesdienste überwacht und die Gemeinden mit Spitzeln infiltriert worden waren.⁵⁵ Wie umfassend präventiv die Staatssicherheitsorgane dabei vorgingen,⁵⁶ enthüllt ein Überwachungsbeschuß der Schweriner Bezirksverwaltung über zwei Gemeindeglieder: „Beide sind jedoch für ihren zionistischen Glauben bereit und fähig, im Auftrage des amerikanischen Geheimdienstes zu arbeiten.“⁵⁷ Außerdem wurden parteiintern die Kaderunterlagen der SED-Genossen „jüdischer Abstammung“ überprüft.⁵⁸ Selbst Personen, die nicht in den Jüdischen Gemeinden⁵⁹ Mitglied waren und schon vor 1933 der KPD beigetreten waren, wurden wegen ihrer jüdischen Herkunft diskriminiert, so z.B. der Gesellschaftswissenschaftler Jürgen Kuczynski,⁶⁰ der seines Amtes als Präsident der „Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft“ enthoben wurde.⁶¹ Begründet wurden die Überprüfungen und Diskriminierungen mit der faden-scheinigen Frage, „daß die Juden zumeist kleinbürgerlichen Schichten entstammen, sozial nicht mit der Arbeiterklasse verbunden sind und überall im Westen Verwandte und Bekannte haben? Daher bilden sie für

⁵⁵ Siehe die Aussagen der Gemeindevorsitzenden in: Spied on by Soviet, say Refugee Jews. Secret Police Planted Agents in East German Communal Groups, 8 Leaders Assert. In: *New York Times*, 102. Jg., Nr. 34715, Mo. 9. Feb. 1953, S. 6. Siehe auch Mülller, Hanno: Stalinismus und Antisemitismus. Trauma der 50er Jahre. Die DDR und die Juden (II). In: *Thüringer Allgemeine*, 1. Jg., Nr. 118, Do. 7. Juni 1990, Erfurt, S. 3.

⁵⁶ Einem Überwachungsbericht zufolge hatte die Schweriner Gemeinde damals nur noch sieben Mitglieder; BStU Schwerin, MfS, BV Schwerin, Ermittlungsbericht vom 27. Jan. 1953.

⁵⁷ BStU Schwerin, MfS, BV Schwerin, AOP 18/56, „Beschuß über das Anlegen eines Vorganges (Gruppenvorganges)“ vom 22. Jan. 1953, S. 4; (Hervorhebungen; L.M.).

⁵⁸ Brandt, Heinz: Ein Traum, der nicht entführbar ist. Mein Weg zwischen Ost und West. München 1967, S. 190.

⁵⁹ Die offiziellen Bezeichnungen lauteten: Jüdische Gemeinde Berlin, Jüdische Gemeinde Dresden, Jüdische Gemeinde zu Halle/S., Jüdische Gemeinde Karl-Marx-Stadt, Israelitische Religionsgemeinde zu Leipzig, Synagogengemeinde zu Magdeburg, Jüdische Landesgemeinde Mecklenburg (Sitz Schwerin), Jüdische Landesgemeinde Thüringen (Sitz Erfurt).

⁶⁰ Kuczynski, Jürgen (geb. 1904); Wirtschaftswissenschaftler, 1925 KPD, 1930-32 Wirtschaftsredakteur d. *Roten Fahne*, 1936-45 Emigration in Großbritannien, 1946 SED, 1947-50 Präsident der DSF, 1950-58 Volkskammerabgeordneter, 1955-68 Institutsdirektor an der Akademie d. Wissenschaften und Professor für Wirtschafts-geschichte Humboldt-Universität zu Berlin, 1970 emeritiert.

⁶¹ Kuczynski, Jürgen: Dialog mit meinem Urenkel. Neunzehn Briefe und ein Tagebuch, Berlin (Ost) 1985, 3. Aufl., S. 81 sowie noch detaillierter in Ders.: „Ein linientreuer Dissident“. Memoiren 1945-1989. Berlin/Weimar 1992, 2. Aufl., S. 47.

den Klassegegner sehr geeignete Ansatzpunkte, stellen einen Unsicherheitsfaktor dar.“⁶² Außerdem waren fast alle Juden in der DDR materiell vom amerikanischen „Joint“ unterstützt worden,⁶³ der nun von der SED als „imperialistische Agentur“ diffamiert wurde.⁶⁴ Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Hilfslieferungen des Joint von der Sowjetischen Militär-Administration gebilligt wurden.

Allein im Januar 1953 flohen über 400 Juden aus der DDR in den Westen,⁶⁵ darunter – neben führenden Mitgliedern der Jüdischen Gemeinden in Erfurt, Leipzig,⁶⁶ Dresden und Ost-Berlin⁶⁷ – so ranghohe Politiker wie der Volkskammerabgeordnete Julius Meyer und der ehemalige Staatssekretär Leo Zuckermann. Vorangegangen war am 4. Januar 1953 die Ankündigung des SED-Zentralkomitees, alle Westemigranten auf ihre politische Zuverlässigkeit zu überprüfen sowie am 14. und 15. Januar 1953 die Erklärungen des deutsch-amerikanischen Rabbiners N. Peter Levinson und des Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde der geteilten Stadt, Heinz Galinski, die den in der DDR sich wieder artikulierenden Antisemitismus verurteilten und zugleich alle Bedrohten aufforderten, in den Westen zu fliehen, wo ihnen Hilfe und wohlwollende Aufnahme zuteil würde.⁶⁸ Dort erhielten die jüdischen Emigranten, wie alle Flüchtlinge

⁶² Zit. in Brandt, S. 192 (Anm. 58). Siehe auch Goerner, Martin Georg: Zu den Strukturen und Methoden der SED-Kirchenpolitik in den fünfziger Jahren. In: Geschichte und Transformation des SED-Staates. Beiträge und Analysen. Hrsg. von Klaus Schroeder. Berlin 1994, S. 112-129, S. 116, wonach die Kirchen allgemein als Sicherheitsproblem angesehen wurden.

⁶³ Soviet ridiculed on „Liberty“ Claim. In: *New York Times*, 102. Jg., Nr. 34707, So. 1. Feb. 1953, S. 11.

⁶⁴ Stiftung „Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR“ im Bundesarchiv, Berlin (SAPMO/BA), Nachlaß Paul Merker, NL 102/27, Bl. 49 f.; in seiner Rechtfertigung gegen die Beschuldigungen verwahrte sich Merker gegen die Behauptung, er habe die jüdischen SED-Genossen aufgefordert, Gemeindeglieder zu werden, so daß diese der „imperialistischen Agentur“ Joint verpflichtet seien, denn die Jüdische Gemeinde sei eine von der Sowjetischen Militäradministration genehmigte Organisation gewesen.

⁶⁵ Margolin, Nathan: East German Jews don't say good-bye: they silently vanish to the West, in: *Look*, Nr. 5, 10. März 1953, *Des Moines/Iowa*, S. 73-74. Führende Juden flüchten. Unter ihnen ein Abgeordneter der Volkskammer. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Nr. 14, 17. Januar 1953, S. 4.

⁶⁶ Ludwig, S. 235 (Anm. 52), spricht von 52 Flüchtlingen allein aus der Messestadt.

⁶⁷ Siehe Fricke, Karl Wilhelm: Die SED und die Juden. Die Situation der Juden in der 'DDR' – Agitation gegen Israel, in: *SBZ Archiv*, 15. Jg. (1964), Köln, S. 355-357, S. 355.

⁶⁸ Hilfe für geflohene Juden. Joint verteilt Geld, Kleidung und Lebensmittel. In: *Telegraf*, 8. Jg., Nr. 26, Sa. 31. Jan. 1953, Berlin (West), S. 2.

aus dem anderen Teil Deutschlands, Arbeitslosenunterstützung, Fürsorgeleistungen und ggf. Renten bzw. Pensionen. Schon am nächsten Tag trafen Julius Meyer (Ost-Berlin), Leon Löwenkopf (Dresden), Salo Looser (Leipzig) und Günther Singer (Erfurt), die Gemeindevorsitzenden der größten ostdeutschen Kommunen, mit ihren Familien im Westteil der früheren Reichshauptstadt ein. Sie alle waren den Staatsorganen trotz politischer Loyalität suspekt, da sie sich geweigert hatten, ein Unterstützungspamphlet für den Prager Slansky-Prozeß und gegen den Zionismus zu unterschreiben.⁶⁹ Bereits in dem SED-Verdikt, die „Lehren aus dem Prozeß gegen das Verschwörerzentrum Slansky“ vom Dezember 1952, war die Behauptung aufgestellt worden, Paul Merker und Leo Zuckermann hätten „alle Genossen jüdischer Abstammung“ aufgefordert, „in die jüdischen Gemeinde einzutreten, angeblich, damit sie in den Genuß von Care-Paketen der amerikanischen Agentenzentrale Joint kommen sollten, in Wirklichkeit, damit sie auf diese Weise dieser imperialistischen Agentur verpflichtet würden.“⁷⁰

Die geflüchteten Gemeindevorsitzenden berichteten, daß die SED sie zu öffentlichen Erklärungen gedrängt habe, in denen u.a. der Zionismus mit dem Faschismus gleichgesetzt werden sollte, die bundesdeutsche Wiedergutmachung⁷¹ des Unrechts an Juden als eine Ausbeutung des deutschen Volkes bezeichnet und das Wiedergutmachungsabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staat Israel⁷² scharf verurteilt werden sollte.⁷³ Die Flucht der jüdischen Gemeindeglieder wurde in der DDR-Tagespresse totgeschwiegen. Erst durch die Kurzmel-

⁶⁹ Jewish Fugitives reveal Pressure by East Germans. Eight Leaders Say They Were Asked to Back Slansky Case and Denounce Zionism. In: *New York Times*, 102. Jg., Nr. 34714, So. 8. Feb. 1953, S. 1, 13.

⁷⁰ Lehren aus dem Prozeß gegen das Verschwörerzentrum Slansky. Beschluß des Zentralkomitees vom 20. Dez. 1952. In: *Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands*, Bd. IV. Berlin (Ost) 1954, S. 199-219, S. 208 (Hervorhebung im Original).

⁷¹ Mertens, Lothar: Wiedergutmachung. In: Uwe Andersen/Wichard Woyke (Hg.): *Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland*. Opladen 1995, 2. überarb. Aufl., S. 646-647.

⁷² Siehe auch Mertens, Lothar: Das verzerrte Israelbild der DDR. In: Karl Schmitt/Michael Edinger (Hg.): *Israel in den neunziger Jahren und die deutsch-israelischen Beziehungen*. Jena 1996, S. 69-87.

⁷³ Moskauer Antizionismus in der DDR. Interview mit geflüchteten Leitern der Jüdischen Gemeinde der Sowjetzone. In: *Die Neue Zeitung*, 9. Jg., Nr. 20, Sa. 24. Jan. 1953, München, S. 3.

dungen über die Schaffung eines „Provisorischen Vorstandes“⁷⁴ am 25. Januar 1953 und die Erklärung des Generalsekretariats der VVN, in der Meyer, Löwenkopf, Looser und Singer als „zionistische Agenten“ denunziert und aus der Organisation ausgeschlossen wurden, gab es erste Hinweise auf die Flucht führender jüdische Funktionäre. Den mit diesen Flüchtlingen verbundenen Verlust an intellektuellem als auch an politischem Gewicht konnten die Jüdischen Gemeinden in den folgenden Jahrzehnten nicht mehr ausgleichen.⁷⁵

Diese Massenemigration vererbte,⁷⁶ als sich nach dem Tode Stalins auch in der DDR das gesellschaftliche Klima verbesserte. Bereits im Vorfeld der Ereignisse des 17. Juni 1953 hatte die sowjetische Führung in einem Beschluß des Politbüros der KPdSU u.a. die SED-Kirchenpolitik scharf kritisiert und eine Richtungsänderung verlangt. Die in dem Politbürobeschuß vom Mai 1953 geforderte Neuorientierung betraf zwar hauptsächlich die Politik gegenüber den Evangelischen Landeskirchen und insbesondere die Einstellung der Verfolgungsmaßnahmen gegen die „Junge Gemeinde“,⁷⁷ jedoch dürfte die sowjetische Forderung, „die schädliche Praxis der groben Einmischung der Behörden“⁷⁸ in Kirchenangelegenheiten zu beenden, auch die Behandlung der jüdischen Gemeinden durch die staatlichen Stellen beeinflußt haben. Darüberhinaus rückten nun Personen jüdischer Herkunft wie Albert Norden, Alexander Abusch, Hilde Benjamin, Friedrich Karl Kaul und Hermann Axen,⁷⁹ die sich jedoch

⁷⁴ Provisorischer Vorstand und Beirat der Jüdischen Gemeinde gebildet. In: *Neues Deutschland*, 8. Jg., Nr. 21, So. 25. Jan. 1953, Berlin (Ost), S. 4.

⁷⁵ Siehe Goldenbogen, *Erwartungen*, S. 140 (Anm. 34).

⁷⁶ Thompson, Jerry E.: *Jews, Zionism, and Israel: The Story of the Jews in the German Democratic Republic since 1945*, Ph. D. Thesis Washington State University 1978, S. 74, danach waren bis zum 30. März 1953 insgesamt 556 jüdische Flüchtlinge in West-Berlin registriert worden. Siehe Fricke, S. 355 (Anm. 67), wonach zwischen 1961-1964 weitere 50 Juden in den Westen flüchteten.

⁷⁷ Ausführlich dazu Besier, Gerhard: *Der SED-Staat und die Kirche. Der Weg in die Anpassung*. München 1993, S. 106 ff. Siehe auch die Dienstanweisungen Erich Mielkes vom Nov. 1952 für die Überwachungsmaßnahmen; abgedruckt in Besier, Gerhard/Wolf, Stephan (Hg.): *„Pfarrer, Christen und Katholiken“*. Das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR und die Kirchen. Neukirchen-Vluyn 1992, 2. durchges. u. verm. Aufl., S. 167 ff.

⁷⁸ Über die Maßnahmen zur Gesundung der politischen Lage in der Deutschen Demokratischen Republik. [Beschluß des Politbüros der KPdSU vom Mai 1953]. In: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, 32. Jg. (1990), H. 5, Berlin, S. 651-654.

⁷⁹ Siehe Brandt, S. 198 f. (Anm. 58), Eschwege, *Erinnerungen*, S. 265 (Anm. 40) für die Verleugnung der konfessionellen (jüdischen) und regionalen (polnischen) Herkunft durch Hermann Axen.

nicht zum religiösen Judentum bekannten, in hohe Positionen in Partei und Staat auf.

Nach Stalins Tod

Doch auch in den folgenden Jahrzehnten waren jüdische Intellektuelle allenfalls als politische Vorzeigeobjekte erwünscht.⁸⁰ Symbolhaft für den permanenten ideologischen Druck ist die Behandlung des Dresdner Historikers Helmut Eschwege. Das Manuskript für seine Buchpublikation „Synagogen in Deutschland“⁸¹ hatte er bereits im Herbst 1967 abgeschlossen. Wie dem, diesem Publikationsvorhaben aufgeschlossen gegenüber stehenden Staatssekretär für Kirchenfragen, Hans Seigewasser,⁸² von der Hauptverwaltung „Verlage und Buchhandel“ des Kulturministeriums im Dezember 1967 mitgeteilt wurde, war das vorgelegte Manuskript aber für eine Veröffentlichung angeblich nicht geeignet. Nicht nur eine gründliche Überarbeitung des bereits fertiggestellten Manuskriptes sei dabei nötig, sondern auch die Hinzuziehung eines Koautors für den kunsthistorischen Teils. Aus diesen Gründen war das Kulturministerium der Auffassung, daß die vom Staatssekretariat für Kirchenfragen gewünschte Verzögerung des Publikationstermins auf das Jahr 1968⁸³ nicht zu realisieren sei und eine Drucklegung erst 1969/70 erfolgen könne.⁸⁴ Diese und andere ideologische Vorbehalte führten schließlich dazu, daß die Dokumenta-

⁸⁰ Siehe Honigmann, Peter: *Über den Umgang mit Juden und jüdischer Geschichte in der DDR*. In: Siegfried Theodor Arndt/Helmut Eschwege/Peter Honigmann/Lothar Mertens: *Juden in der DDR. Geschichte – Probleme – Perspektiven*. Köln 1988, S. 101-123, S. 110 ff.; Ders.: *Nur noch lebendiges Museumsstück? Über das Problem, in der DDR ein Jude zu sein*. In: *Tribüne*, 24. Jg. (1985), H. 96, Frankfurt/M., S. 146-151.

⁸¹ Das Buch erschien schließlich im Jahre 1980 im Verlag der Kunst, Dresden, unter dem Titel: „Die Synagoge in der deutschen Geschichte“.

⁸² Bundesarchiv Berlin (BA, Berlin), DO-4, Staatssekretär für Kirchenfragen, Nr. 1503; siehe auch das Schreiben von Hans Seigewasser an Helmut Aris vom 15. Dez. 1967.

⁸³ Ebd.; siehe den hausinternen „Vermerk für den Staatssekretär“ vom 9. Nov. 1967, aus dem als Grund für die Unterstützung und Vorverlegung der 30. Jahrestag der Kristallnacht genannt wird, weshalb das Buch im November 1968 präsentiert werden sollte.

⁸⁴ Ebd.; Schreiben des Hauptverwaltungsleiters Verlage und Buchhandel im Kulturministerium an den Staatssekretär für Kirchenfragen, Hans Seigewasser, vom 5. Dez. 1967.

tion erst mehr als zehn Jahre später, im Frühjahr 1980, erscheinen konnte.⁸⁵

Im Sommer 1982 wandte sich Helmut Eschwege an den Leiter der Abt. Wissenschaft im SED-Zentralkomitee, Hannes Hörnig,⁸⁶ und beschwerte sich über die Kampagne, die das Rektorat der Technischen Universität Dresden gegen ihn als Mitarbeiter der Hochschule⁸⁷ führte und nun in der Forderung nach einer Erklärung zum neuen Nahost-Krieg gipfelte. Eschwege forderte Hörnig auf zu überprüfen, „welche Regierungs- oder SED-Instanz“⁸⁸ es sei, die ihn diesbezüglich drangsaliere. Einen Durchschlag des Schreibens sandte Eschwege außerdem an Klaus Gysi. Wie Eschwege in seinem Begleitschreiben an den DDR-Staatssekretär für Kirchenfragen mutmaßte, würden die Parteifunktionäre in der Verwaltung der Technischen Universität ihn „wohl als Faustpfand bei der Verteidigung der PLO“ betrachten.⁸⁹ Wie auf dem Briefkopf handschriftlich vermerkt ist, wurde die Angelegenheit von Gysi mit dem SED-Zentralkomitee telefonisch geklärt und die Forderung nach einer Erklärung „abgeblasen“, da man ein solches Ansinnen nicht an einen Siebzigjährigen richten sollte.⁹⁰ Doch dies war lediglich die Meinung des Staatssekretärs für Kirchenfragen. Denn wie Helmut Eschweges Stasi-Akten belegen, intensivierte das Ministerium für Staatssicherheit zeitgleich im Juni 1982 die Überwachung dieses kritischen Bürgers, u.a. durch eine konspirative Wohnungsdurchsuchung und den Einbau einer Abhörwanze in dessen Privatwohnung.⁹¹

⁸⁵ Siehe ausführlich dazu Eschwege, *Erinnerungen*, S. 212-227 (Anm. 40).

⁸⁶ Hörnig, Hannes; (geb. 1921 Leppersdorf b. Dresden), Schlosserlehre, Kriegsteilnahme, 1945 in KPD, Neulehrer und Schulrat in Sachsen, Besuch der SED-Parteihochschule, seit der Anfang 1950er Jahre Mitarbeiter und ab 1955 Leiter der Abt. Wissenschaften im SED-ZK, 1963-67 Kandidat und ab 1967 Mitglied des SED-Zentralkomitees.

⁸⁷ Zu seiner Tätigkeit an der TU Dresden siehe Eschwege, *Erinnerungen*, S. 80, S. 100 f. u. S. 108 (Anm. 40).

⁸⁸ BA Berlin, DO-4, Staatssekretär für Kirchenfragen, Nr. 448; Brief von Helmut Eschwege an Hannes Hörnig vom 31. Juni 1982.

⁸⁹ Ebd.; Brief von Helmut Eschwege an Klaus Gysi vom 31. Juni 1982.

⁹⁰ Ebd.; handschriftlicher Vermerk auf dem Schreiben: Brief von Helmut Eschwege an Klaus Gysi vom 31. Juni 1982.

⁹¹ Siehe ausführlich Seferens, Horst: Heimliches Schielen auf den „Stützpunkt des Gegners“. Unter dem Decknamen „Zionist“: Der Dresdener Historiker Helmut Eschwege staunte nicht schlecht, als er jetzt Gelegenheit hatte, seine Stasi-Akten zu studieren. Als Feind der DDR vierzig Jahre lang im Visier der Stasi bespitzelt und gemaßregelt. In: *Allgemeine jüdische Wochenzeitung*, 47. Jg., Nr. 43, 22. Okt. 1992, Düsseldorf, S. 15. Eschwege, Helmut: Unheimliche Begegnungen der diskriminierenden Art.

Resümee

Diese knappe Darstellung der staatlichen Kontrolle und Bevormundung jüdischer Gemeindemitglieder, insbesondere der wenigen intellektuellen Köpfe, liesse sich beliebig lang fortsetzen. Festzuhalten bleibt, daß die feindselige Haltung der frühen fünfziger Jahre wich und stattdessen in den achtziger Jahren von der SED der Versuch unternommen wurde, die Jüdischen Gemeinden⁹² für die außenpolitischen und außenwirtschaftlichen Ziele der DDR⁹³ (Stichwort USA) zu instrumentalisieren.⁹⁴ Unter diesem Gesichtspunkt ist sowohl die „Gedenkepidemie“ des Jahres 1988⁹⁵ zum 50. Jahrestag der Pogromnacht, als auch die staatliche Initiative zum Aufbau der Neuen Synagoge in Berlin als „Centrum Judaicum“ zu verstehen. Argwöhnisch blieb der staatliche Umgang mit den jüdischen Gemeinden mit zum Zeitpunkt der deutschen Vereinigung weniger als 400 Mitgliedern gleichwohl. Begründet liegt dies in der hohen personellen Kontinuität im Partei- und Staatsapparat, der zum großen Teil seit den späten vierziger Jahren amtierte und daher personell in der Zeit des Stalinismus politisch sozialisiert worden war. Diese hohe Ämterkonstanz und die politische Prägung (vor allem in der sowjetischen Emigration) bedingte zugleich das politische Verharrungsvermögen der SED-Führungselite, welches seit Mitte der achtziger Jahre ein Eingehen auf die Reformversuche Gorbatschows verhinderte und letztlich das staatliche Ende der DDR forcierte.

In der Vergangenheit wurden viele Bürger der DDR durch die Staatssicherheit verfolgt. In: *Allgemeine jüdische Wochenzeitung*, 45. Jg., Nr. 17, 26. April 1990, Düsseldorf, S. 11.

⁹² Mertens, Lothar: Zwischen Anpassung und Instrumentalisierung. Die Jüdischen Gemeinden in den achtziger Jahren. In: *Kirche im Sozialismus*, 15. Jg. (1989), H. 6, Berlin, S. 247-252.

⁹³ Mertens, Lothar: Die SED und „Adass Jisroel“. Staats- und Parteiführung der DDR strebte nach außenpolitischer Anerkennung. In: *Tribüne*, 31. Jg. (1992), H. 123, Frankfurt/M., S. 165-174.

⁹⁴ Mertens, Lothar: Die Instrumentalisierung kleiner Religionsgemeinschaften für die SED-Außenpolitik: Das Beispiel der Jüdischen Gemeinden und der Mormonen in der DDR. In: *Die DDR – Politik und Ideologie als Instrument*. Hrsg. von Heiner Timmermann. Berlin 1998, S. 681-699.

⁹⁵ Schreiner, Stefan: Zwischen Hoffnung und Furcht. Die jüdischen Gemeinden in der DDR nach der Wende. In: *Minderheiten in und Übersiedler aus der DDR*. Hrsg. von Dieter Voigt/Lothar Mertens. Berlin 1992, S. 189-202, S. 189 ff.

War die DDR antisemitisch?

Kritische Anmerkungen zu den Studien einiger Historiker

Andreas Herzog
Leipzig

Seit ihrer Gründung hat sich die DDR darauf berufen, die politischen Lehren aus der Geschichte Deutschlands gezogen zu haben und mit der Errichtung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung letztlich auch

den Antisemitismus „ausgerottet“ zu haben. Seit ihrem Untergang ist dieser Anspruch einer verstärkten kritischen Überprüfung unterzogen worden, wobei sich die Historiker auf erst jetzt zugängliche Archivmaterialien stützen konnten. Mehrere, vornehmlich aus den alten Bundesländern stammende Historiker haben die „politische Lebenslüge“ des anderen deutschen Staates durch den Nachweis zu entlarven versucht, daß die DDR nicht „antifaschistisch“, sondern „antisemitisch“ gewesen sei.

Unter der Schlagzeile „Die SED und die Juden – Historiker brechen ein Tabu. Antisemitische Verfolgung und Benachteiligung nahm 1945 längst kein Ende“ berichtete die *Leipziger Volkszeitung* am 10.4. 1997 über eine wissenschaftliche Tagung im bayerischen Tutzing und wies die Öffentlichkeit auf eine Reihe Fakten hin, die als Belege für den Antisemitismus der DDR dienen:¹ 1. Im sozialistischen Deutschland wurde das von den Nazis „arisierte“ Eigentum in Volkseigentum überführt. 2. Die politische Aufarbeitung des Nationalsozialismus war besonders, was den Völkermord an den Juden betraf, einseitig und unzureichend. 3. Im Vergleich zu allen Kommunisten, die als aktive politische Kämpfer gegen den Faschismus behandelt wurden, galten die „rassisch“ verfolgten Juden nur als „Opfer zweiter Klasse“. 4. In den Jahren 1952/53 lebte die DDR im Wahn einer jüdischen Verschwörung, hinter der zionistisch-imperialistische Agenten steckten. 5. Jahrzehntelang, aber vor allem 1957 und 1967 vertrat der sozialistische deutsche Staat antizionistische und antisraelische Positionen.

¹ Der Artikel und ein Interview mit Prof. Peter Maser riefen den empörten Leserbrief eines Bürgers jüdischer Herkunft hervor, der 40 Jahre lang in der DDR gelebt hatte und betonte, daß er von „amtlichem Antisemitismus oder von Seiten der SED“ nichts gespürt habe.

Alle diese Thesen entsprechen zwar der historischen Wahrheit, belegen meines Erachtens jedoch nicht, daß „der Antisemitismus einen Bestandteil der DDR-Staatsdoktrin“ bildete.² Im Unterschied zu den Arbeiten, auf die ich mich im folgenden beziehe, möchte ich den Begriff des Antisemitismus kurz definieren. Ich verstehe Antisemitismus als Sammelbegriff für die historisch wandelbaren und vielfältigen Formen einer feindseligen Haltung gegenüber Menschen jüdischer Herkunft. Diese können religiös, ökonomisch, politisch, kulturell oder rassistisch motiviert bzw. „begründet“ sein, wobei die feindselige Haltung im Zusammenhang mit der kollektiven Eigenschaft stehen muß, „jüdisch zu sein“. Im engeren Sinne ist der Antisemitismus eine Weltanschauung, die den Juden nicht nur das Recht, sondern auch die Fähigkeit abspricht, ein gleichberechtigter Teil einer nichtjüdischen Nation zu sein.³ Im weiteren Sinne zeigt sich Antisemitismus jedoch auch schon in Klischees und Vorurteilen, die gegen „die Juden“ oder „den Juden“ gerichtet sind – mithin auch hier mit einer Verallgemeinerung oder Pauschalisierungen verbunden sein müssen, die spezifisch „jüdische“ Verhaltensweisen, Eigenschaften oder Einstellungen postuliert. Mit Blick auf die Beschäftigung mit der DDR wäre überdies zwischen antijüdischen Einstellungen und Verhaltensweisen einzelner Menschen oder Gruppen (wie zum Beispiel der rechten Skinhead-Szene), der offiziellen Ideologie und Politik des Staates und der inoffiziellen seiner Träger (wie beispielsweise hauptamtlicher Mitarbeiter des MfS) zu unterscheiden.

So erforderlich derartige Differenzierungen sind, um dem historischen Selbstverständnis eines untergegangenen Staates gerecht zu werden, der sich selbst keinesfalls als antisemitisch gesehen hat, so nötig ist das Aufdecken antisemitischer Tendenzen, die diesem unbewußt geblieben sind. Aus gutem Grund hat man sich seit den fünfziger Jahren für die den jüdischen Opfern Hitlers verweigerte Wiedergutmachung und die feindselige politische Haltung des SED-Staates gegenüber Israel bzw. seinen Antizionismus interessiert.

² Unter dieser provokativen These stand eine von der Friedrich-Ebert-Stiftung am 27.10.1997 veranstaltete Podiumsdiskussion „Antisemitismus in der DDR“, an der Prof. Peter Maser (Münster), Dr. Angelika Timm (Berlin) und Dr. Herbert Lappe (Dresden) als Zeitzeuge teilnahmen und die von mir moderiert wurde.

³ In Deutschland wurde diese Auffassung vor den Nazis u.a. von Ideologen wie Wilhelm Marr, Eugen Dühring, Adolf Stöcker und Houston Stewart Chamberlain vertreten.

Die Frage nach der Weltanschauung: Antisemitismus oder sozialistisches Assimilationskonzept ?

Für den Bochumer Historiker Lothar Mertens verbirgt sich hinter der „im offiziellen Sprachgebrauch“ als „antizionistisch“ bezeichneten Haltung der SED weiter nichts als Antisemitismus. Das habe sich vor allem im „Fall Paul Merker“ und den damit verbundenen „Lehren“ des Zentralkomitees der SED „aus dem Prozeß gegen das Verschwörerzentrum Slansky“ gezeigt, auf die noch einzugehen sein wird. In seinem Aufsatz „Antizionismus. Feindschaft gegen Israel als neue Form des Antisemitismus“ erklärt Mertens die politische Parteinahme gegen den jüdischen Staat als „neue, verkappte Form eines latenten Antisemitismus“, der im Gegensatz zur tradierten Judenfeindschaft „weniger religiöse als vielmehr politische und ökonomische Gründe“ habe.⁴ Die feindliche Haltung der DDR gegenüber Israel wird hier weder von der modernen Judenfeindschaft noch vom Antizionismus unterschieden, den es bereits vor der Gründung des jüdischen Staates gegeben hat.

Ähnlich vage wie der Begriff des Antisemitismus ist der des Judentums, der zumindest diesem Aufsatz Lothar Mertens zugrundeliegt. Die DDR habe, so Mertens, bei der Definition des Judentums „eine ideologische Quadratur des Kreises“ betrieben, weil es ihr letztlich auf die Klassenzugehörigkeit eines Menschen ankam.⁵ Genau das aber bedeutete, daß die Frage des „Jüdischseins“ normalerweise keinerlei Bedeutung hatte. Das Eigentum eines „Kapitalisten“ jüdischer Herkunft, das von Hitlerdeutschland „arisiert“ worden war, wurde in der DDR deshalb genauso in Volkseigentum überführt wie das jedes anderen Kapitalisten. – Kann man das als Antisemitismus bezeichnen?

Der Kirchenhistoriker Peter Maser, der 1977 aus der DDR in die Bundesrepublik übersiedelte, ist mit dem Vorwurf des Antisemitismus sichtlich vorsichtiger. Da er die DDR auch von innen kennt, betrachtet er die Situation der Juden nicht als isoliertes Phänomen, sondern als „Indikator“ für die allgemeinen gesellschaftlichen Zustände des Landes. Der Respekt vor dem Schicksal der Juden habe im SED-Staat mit der „revolutionären Notwendigkeit“ konkurriert, „auch im Juden den Bourgeois

⁴ Lothar Mertens: Antizionismus. Feindschaft gegen Israel als neue Form des Antisemitismus. In: Antisemitismus in Deutschland. Zur Aktualität eines Vorurteils, hrsg. v. Wolfgang Benz. München 1995, S. 89.

⁵ Mertens: Antizionismus, S. 95. Mit „Judentum“ wurde in der DDR aber nur eine Religionszugehörigkeit bezeichnet, womit der Begriff letztlich genauso verstanden wurde wie in Mertens Habilitationsschrift: Lothar Mertens: Davidstern unter Hammer und Zirkel. Die Jüdischen Gemeinden in der SBZ/DDR und ihre Behandlung durch Partei und Staat 1945-1990. Hildesheim / Zürich / New York 1997.

und Kapitalisten“ bzw. den „Gegner der sozialistischen Umgestaltung zu entlarven“.⁶ Masers Bericht für die Enquete-Kommission des Bundestages weist gleichzeitig darauf hin, daß die DDR-Berichterstattung über den unter antisemitischen Vorzeichen ablaufenden Prager Slansky-Prozeß eine eindeutig „antijüdische“ Komponente hatte, weshalb Ende 1952/Anfang 1953 viele Juden die DDR verließen. Maser leitet die Haltung der Partei zur Judenfrage aus dem in die sozialistische Gesellschaft verlängerten Assimilationskonzept des 19. Jahrhunderts ab, wonach „den Juden als Menschen alles, als Nation jedoch nichts“ zu geben sei. Im Widerspruch dazu scheint mir die Einschätzung zu stehen, daß die Judenpolitik der DDR „schizophren“ gewesen sei. Das Regime hätte auf diesem Gebiet nicht nur versagt, sondern schwere Schuld auf sich geladen.⁷

Mario Keßler, der bis zur Wende Mitarbeiter der Akademie der Wissenschaften der DDR war, bezeichnet 1952 und 1953 als Jahre eines „stalinistischen Antisemitismus“, weil in dieser Zeit allein die „jüdische Herkunft“ Anlaß für politische Verdächtigungen gewesen sei. Keßler unterscheidet die Situation jedoch von den mörderischen Folgen, die dies in der Sowjetunion und in der Tschechoslowakei hatte, womit er die Tatsache zu erklären vermag, wieso man mit Paul Merker in der DDR einem Nichtjuden den Prozeß gemacht hat: Die deutschen Stalinisten hätten durch die Thematisierung seiner geheimen Verbindungen zu jüdisch-zionistischen Kreisen zwar die „antisemitische Komponente“ der Kampagne genutzt, den Vorwurf eines direkten Antisemitismus in der Sache jedoch leicht zurückweisen können.⁸

Gegen die These Keßlers, daß die Politik der SED nach einigen Jahren der „Repression“ von „Toleranz“ geprägt gewesen sei, polemisiert der Münchner Historiker Michael Wolffsohn.⁹ Nach der „Deutschland-Akte“ listet er in „Meine Juden – Eure Juden“ erneut eine lange Reihe von „antisemitischen Tatsachen“ auf, mit denen er den antifaschistischen Mythos

⁶ Peter Maser: Juden und Jüdische Gemeinden in den verschiedenen Phasen der SED-Diktatur. In: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages). Hrsg. v. Deutschen Bundestag. Bd. III/3. Rolle und Bedeutung der Ideologie, integrativer Faktoren und disziplinierender Praktiken in Staat und Gesellschaft der DDR. Frankfurt a. Main/Baden Baden, S. 1550-1597, S. 1561.

⁷ Ebd., S. 1593, 1597.

⁸ Mario Keßler: Die SED und die Juden – zwischen Repression und Toleranz. Berlin 1995, S. 89.

⁹ Die Einschätzung Keßlers wird sowohl von kritischen Zeitzeugen wie Helmut Eschwege als auch anderen Historikern wie Lothar Mertens (Davidstern unter Hammer und Zirkel) gestützt.

der DDR zu widerlegen sucht.¹⁰ Was Wolffsohn behauptet oder mit Hilfe polemischer Fragen zumindest suggeriert, geht weit über das von anderen Historikern Konstatierte hinaus: Jüdische Einwanderer aus Polen und der SU hätten in der DDR keine Zuzugsgenehmigung erhalten, weil man diese „ostjudenrein“ halten wollte.¹¹ In Stasiberichten sei vom „jüdischen Aussehen“ observierter Personen die Rede, was auf antisemitische Vorurteile schließen lasse. Hinter der Staatsangehörigkeit wurde der Zusatz „Jude“ vermerkt, was im Klartext geheißen habe: „Ein Jude kann eigentlich kein Deutscher sein.“¹² Die Staatssicherheit fertigte „Judenlisten“ mit den Namen der Mitglieder der jüdischen Gemeinde an, worauf Wolffsohn fragt: „Wofür wurden sie vorbereitet? Den Abtransport der Juden? Wohin? Wir wissen es nicht.“¹³ In den jüdischen Gemeinden habe Klarheit geherrscht, daß die Schändungen jüdischer Friedhöfe von SED und Stasi „mindestens geduldet, wenn nicht sogar gewünscht und direkt ausgeführt“ worden seien. Das erinnere an „das Organisieren des vermeintlichen Volkszornes“ in der Reichskristallnacht.¹⁴ Da im gegebenen Rahmen – obwohl eigentlich erforderlich – keine Auseinandersetzung mit Wolffsohns Vorwürfen erfolgen kann, möge sich jeder Leser selbst die Frage beantworten, wie zwingend die hier konstruierten Zusammenhänge und Interpretationen sind, bzw. inwiefern sie als „antisemitisch“ zu erklären oder zu bewerten sind.

Peter Maser hat sehr richtig darauf hingewiesen, daß der von vielen Parteigenossen „ehrlich gemeinte“ und „humanistisch“ begründete Antifaschismus „eine Falle“ war, weil man glaubte, mit der Überwindung der ökonomischen Grundlagen des Kapitalismus „die Wurzeln des Antisemitismus“ beseitigt zu haben. Die Faschismus-Theorie der Kommunisten führte zu einer „ideologischen Entschuldung“ der in der DDR lebenden Deutschen, denen die moralische Auseinandersetzung mit ihrem Verhalten während der Nazizeit erspart wurde.¹⁵ Durch die aus der stalinistischen Sowjetunion importierte Diktatur der Partei wurden sie zu „Mitsiegern“ der Geschichte erklärt.

¹⁰ Obwohl er zwei Seiten weiter einräumt, daß er nicht „unzulässig verallgemeinernd von ‚Antisemitismus‘ reden“ möchte, gebraucht er den Begriff „antisemitische Tatsachen“. Michael Wolffsohn: *Meine Juden – Eure Juden*. München, Zürich 1997, S. 118, 120.

¹¹ Ebd. S. 118-119.

¹² Ebd., S. 124.

¹³ Ebd., S. 143.

¹⁴ Ebd., S. 128, S. 133.

¹⁵ Vgl. auch: Mertens: *Davidstern unter Hammer und Zirkel*, S. 315.

Wer sich mit der Politik der DDR gegenüber „den Juden“ beschäftigt, kommt nicht umhin, sie vor dem Hintergrund des Marxismus zu reflektieren.¹⁶ Dieser erklärte „die Judenfrage“ zu einem Problem der politischen Ökonomie und glaubte, mit der Vergesellschaftung der Produktionsmittel auch den Antisemitismus zu beseitigen, während er die Juden nicht als eigene Nation anerkannte.¹⁷ Die jüdische Problematik konnte demnach nur durch eine allgemeine politische Emanzipation, nicht aber durch die Schaffung einer nationalen Heimstätte gelöst werden konnte,¹⁸ wobei die jüdische Religion zunächst weiterhin toleriert wurde. Obwohl Karl Marx alle Religionen zu „falschem Bewußtsein“ erklärte, das im Kommunismus „absterben“ werde, gewährte die DDR in der sogenannten „sozialistischen Übergangsphase“ zu einer religionsfreien Gesellschaft nicht nur den Christen, sondern auch den Juden Glaubens- und Gewissensfreiheit. „Judenpolitik“ war für die DDR eine Teil der Kirchenpolitik, und die jüdische Religionsgemeinschaft wurde vom Staat der DDR finanziert.

Antizionismus als Teil einer antiimperialistischen Verschwörungstheorie

Die in der DDR lebenden Kommunisten, die sich auch als Juden verstanden, sahen sich mit einem Widerspruch konfrontiert: Einerseits waren sie Bürger eines Staates, der „die Judenfrage“ auf sozialistische Weise gelöst hatte. Andererseits waren sie über ihre ethnische Herkunft mit der Schicksalgemeinschaft des jüdischen Volkes und seiner neugeschaffenen Heimstätte verbunden. Es kann hier nicht darauf eingegangen werden, wie „jü-

¹⁶ Die aus meiner Sicht einzige Historikerin, die nicht aus der DDR kommt und sich diese Mühe macht, ist Erica Burgauer. Allerdings muß man bei ihr die unsinnige Deutung lesen, die DDR habe ihren stalinistischen Antizionismus und Antisraelismus durch die massive Unterstützung der jüdischen Gemeinden zu kompensieren versucht, um sich dem Verdacht verfassungswidrigen Verhaltens zu entziehen. Erica Burgauer: *Zwischen Erinnerung und Verdrängung. Juden in Deutschland nach 1945*. Reinbek b. Hamburg 1993, S. 201.

¹⁷ Wenn Marx in seiner Schrift „Zur Judenfrage“ schrieb, die „chimärische Nationalität“ des Juden sei lediglich „die des Kaufmanns“ und den „weltlichen Grund, Kultus und Gott des Judentums“ im „Eigennutz“, „Schacher“ und „Geld“ fand, dann war dies zwar kein Antisemitismus im Sinne einer Weltanschauung. Er stützte damit aber sehr wohl die besonders im Kleinbürgertum verbreiteten wirtschaftlichen Vorurteile gegen die „jüdischen“ Kaufleute, Börsianer und Kapitalisten.

¹⁸ Die Haltung der Kommunisten entsprach der der II. Internationale, welche die Bestrebungen von sozialistischen Zionisten wie der Poale Zion, Marxismus und Zionismus zu verbinden, ebenfalls lange Zeit ablehnten.

dische Marxisten“ diesen Widerspruch zu lösen versucht haben.¹⁹ Die Partei hat ihn in jedem Fall für sich zu nutzen gewußt, indem sie „ihre Juden“ in den ideologischen Kampf gegen die Regierung Israels geschickt hat.

Die „Erklärung jüdischer Bürger der DDR“, welche am 9.6.1967 im *Neuen Deutschland* veröffentlicht wurde, diente der politischen Teilnahme, die sich der jüdischen Herkunft der Unterzeichner *be-diente*. Wie ihre Verwandten in Israel beklagten die Juden der DDR den Verlust zahlreicher Familienangehöriger, die – wie es hieß – „von den Imperialisten Hitlerdeutschlands“ ermordet worden waren. In der gleichen Erklärung klagten sie die Regierung Israels an, sich „zur Tarnung ihrer imperialistischen Interessen“ sich des Namens aller Juden zu bedienen. Über ihre außenpolitischen Verbindungen zu den „westdeutschen Imperialisten“ wurden die „gegenwärtigen Machthaber“ des jüdischen Staates der Zusammenarbeit mit den ebenfalls imperialistischen Mördern des jüdischen Volkes bezichtigt.

So monströs und wahnhaft die Konstruktion derartiger Verbindungen war, als „antisemitisch“ kann man sie kaum betrachten, weil sie nicht gegen „die Juden“, sondern „den Imperialismus“ gerichtet war,²⁰ der Israel angeblich zur Speerspitze gegen die arabischen Völker gemacht habe, wobei die Interessengegensätze zwischen „den gegenwärtigen Machthabern Israels“ und dem „jüdischen Volk“ jedoch stets betont werden.²¹

Ganz ähnlich strukturiert waren die Berichterstattung und die Kommentare über den „Slansky-Prozeß“²² im *Neuen Deutschland* und die vom

¹⁹ Während für viele hochrangige Parteimitglieder ihre Herkunft keine Rolle spielte, kann beispielsweise Helmut Eschwege als „jüdischer Marxist“ bezeichnet werden. Wegen seines Bekenntnisses zur jüdischen Nationalität wurde er am 17.4.1953 aus der SED ausgeschlossen. (Vgl. Helmut Eschwege: *Fremd unter meinsgleichen*. Berlin 1991)

²⁰ Auf der Basis der Theorie Georgi Dimitroffs, wonach der Faschismus die „offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“ ist (Vgl. *Wörterbuch der Geschichte*. Bd. A-K. Berlin 1983, S. 290), wurden die politischen Interessen des Faschismus im Prinzip mit denen der westlichen Alliierten gleichgesetzt, konnte der Antisemitismus der Nazis mit dem angeblichen Rassismus der Zionisten gleichgesetzt und der demokratische Parlamentarismus der BRD mit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft kurzgeschlossen werden.

²¹ In Zurückweisung eines möglicherweise zu sehenden „natürlichen“ Zusammenhangs zwischen dem jüdischen Volk und dem Imperialismus wenden sich die Unterzeichner gegen das „unnatürliche Bündnis“ zwischen der israelischen Regierung und dem Imperialismus.

²² Im November 1952 wurden in einem Schauprozeß in Prag 14 führende tschechoslowakische Partei- und Staatsfunktionäre um Rudolf Slansky des Hochverrates angeklagt, 11 von ihnen waren jüdischer Herkunft.

ZK der SED gezogenen „Lehren aus dem Prozeß gegen das Verschwörerzentrum Slansky“. Der Vorwurf des Antisemitismus konnte hier von vornherein zurückgewiesen werden,²³ da der Kampf schließlich nicht „den Juden“, sondern nur einigen „Agenten des Imperialismus“ gelte. Die Gruppe um Rudolf Slansky würde „unter jüdisch-nationalistischer Flagge“ segeln und sei „als zionistische Organisation getarnt“ als Diplomaten der „amerikanischen Vasallenregierung Israels“ tätig.²⁴ Die Ideologie der Partei betrachtete den Zionismus als reaktionäre, nationalistische Bewegung,²⁵ die von „kleinbürgerlichen jüdischen Intellektuellen“ initiiert worden sei und zunächst in den Diensten des englischen, später des amerikanischen Imperialismus gestanden hätte. Er wirke als geheime „Agentur des amerikanischen Imperialismus“ und habe mit den „Zielen der Humanität und wahrhaften Menschlichkeit“ nichts zu tun.²⁶ „Die Zionisten“ um Rudolf Slansky hätten sich in die Partei- und Staatsführung der CSSR gedrängt, wo sie ihrer jüdisch-bürgerlichen Herkunft und Gesinnung entsprechend wohlhabenden jüdischen Emigranten geholfen hätten, ihr Vermögen ins Ausland zu transferieren.

In der DDR wurde das Politbüromitglied Paul Merker aller politischen Ämter enthoben, weil er sich im mexikanischen Exil für Wiedergutmachungsleistungen gegenüber dem jüdischen Volk ausgesprochen hatte. Ihm wurde vorgeworfen, daß er in der nationalen Frage die marxistisch-leninistische Theorie verlassen und sich auf eine von Lenin und Stalin bekämpfte „kleinbürgerliche Plattform“ gestellt habe. Weil er sich für die Entschädigung „jüdischer Kapitalisten“ eingesetzt hätte, wurde auch er beschuldigt, ein Agent des Zionismus und des Imperialismus zu sein.

Die Zielrichtung war dabei nicht „antisemitisch“, sondern „antikapitalistisch“, wobei vor der Enteignung von Kapitalisten jüdischer Herkunft nicht Halt gemacht wurde. Im ZK-Beschluß über die „Lehren aus dem Slansky-Prozeß“ vom 20.12. 1952 wurden „die Juden“ an keiner Stelle als solche diskreditiert, und dennoch bediente er sich eindeutig antijüdischer Ressentiments:

²³ Hermann Matern: Über die Durchführung des Beschlusses des ZK der SED „Lehren aus dem Prozeß gegen das Verschwörerzentrum Slansky“. In: *Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands*, Bd. 4, Berlin 1954, S. 199-219, zit. n.: Mario Keßler: *Die SED und die Juden*, S. 153-155.

²⁴ Vgl. ebd. u. die fast wortwörtlich gleichen Formulierungen im abschließenden Kommentar des *Neuen Deutschland*: Georg Krausz: *Die zionistische Agentur des USA-Imperialismus*. In: *Neues Deutschland*, 4.3.52, Nr. 285, S. 2.

²⁵ Vgl. *Neue Niederlage der Rassen- und Kriegshetzer*. In: *Neues Deutschland*, 29.11.52, S. 2.

²⁶ Hermann Matern, zit. n.: Keßler: *Die SED und die Juden*, S. 153.

„Merker fälschte die aus den deutschen und ausländischen Arbeitern herausgepreßten Maximalprofite der Monopolkapitalisten in angebliches jüdisches Eigentum des jüdischen Volkes um. In Wirklichkeit sind bei der ‚Arisierung‘ dieses Kapitals nur die Profite ‚jüdischer‘ Monopolkapitalisten in die Hände ‚arischer‘ Monopolkapitalisten übergewechselt.“²⁷

Während Merker schon im Exil den „freiwilligen Verzicht auf den egoistisch-nationalistischen Standpunkt Deutschlands“ gefordert hatte, bekämpfte die Partei die „Preisgabe des deutschen Volksvermögens“ und die „Ausplünderung Deutschlands durch die imperialistischen Mächte“.

Zumindest unbewußt benutzten die stalinistischen Ideologen ökonomische und politische Klischees, die bei den Antisemiten seit Ende des 19. Jahrhunderts verbreitet waren und sieben Jahre nach dem Ende des Nationalsozialismus im deutschen Volk noch lebendig sein mußten. Dahinter standen nicht nur grundsätzliche antikapitalistische Positionen, sondern handfeste ökonomische und politische Interessen. Angesichts der hohen Reparationen an die Sowjetunion versuchte sich die DDR die nur schwer zu erfüllenden Wiedergutmachungsleistungen an die jüdischen Opfer Hitlers zu ersparen.

Die Berichte und Kommentare, die zwischen dem 27.11. und dem 4.12.1952 im Parteiorgan *Neues Deutschland* zum Slansky-Prozeß erschienen, gehen sogar noch ein Stück weiter, denn sie erklärten den Präsidenten des jüdischen Staates persönlich zu einem gegen die Volksdemokratien arbeitenden Verschwörer. Der Prozeß habe die „Wühlarbeit“ der israelischen Regierung aufgedeckt. Über die Prager Botschaft unter Ehuda Avriel (Überall) habe Ben Gurion unter dem Anschein der Neutralität im Auftrag des US-Imperialismus die Spionage- und Destruktionstätigkeit für alle volksdemokratischen Länder geleitet.²⁸ Im Leitartikel vom 30.11. betont das *Neue Deutschland*, daß es jedoch eine „Fehlspekulation“ der „amerikanischen Kriegsbrandstifter“ sei, wenn sie glauben würden, daß man dem Treiben ihrer Agenten „tatenlos zusehen“ würde, bloß weil diese jüdischer Abstammung seien.²⁹

²⁷ Noch zynischer erscheint, daß die aus dem Slansky-Prozeß gezogenen Lehren, der jüdischen Bevölkerung eine Mitschuld an der Machtübernahme der Nazis unterstellen: „Merker, der in Worten die Schuld der deutschen Arbeiterklasse und des gesamten deutschen Volkes am Sieg des Faschismus anerkennt, lehnt diese Schuld in doppelzüngiger Weise in Wirklichkeit ab, indem er die jüdische deutsche Bevölkerung von dieser Schuld ausdrücklich freispricht...“ (Ebd., S. 155.)

²⁸ Vgl. Zeuge Orenstein enthüllt Morgenthau-Acheson-Plan. In: *Neues Deutschland*, 29.11. 52, S. 4.

²⁹ Die Vernichtung der Slansky-Bande – ein Sieg der Friedenskräfte. In: *Neues Deutschland*, 30.11. 1952, S. 1.

Unter dem Einfluß der Sowjetunion bzw. Stalins erfolgte in der DDR seit 1950 eine Überprüfung der Parteimitglieder zur „Entlarvung von Sozialdemokratismus, Kosmopolitismus und Objektivismus“. Die Kampagne richtete sich zunächst vor allem gegen ehemalige Westemigranten, unter denen nicht wenige „jüdisch-bürgerlicher Herkunft“ waren.³⁰ Gegen das „Verschwörerzentrum Slansky“ und den „zionistischen Agenten“ Paul Merker wurde aber auch der Vorwurf des „Kosmopolitismus“ erhoben, womit sich die Stalinisten des Feindbildes von den „unzuverlässigen“, „nicht verwurzelten“ und „eigenwilligen jüdischen Volks- und Vaterlandsverrätern“ bedienten. Im *Neuen Deutschland* war zu lesen, daß sich die Gruppe um Rudolf Slansky nicht zu ihrer tschechoslowakischen Heimat gehörig fühlte, sondern als Vertreter der „volksfeindlichen antinationalen Ideologie des Kosmopolitismus“ gehandelt habe.³¹ Die über Stalins Tod hinaus reichende Psychose hatte zwar keinen rassistischen Hintergrund, sondern diente vornehmlich der politischen Disziplinierung der Parteimitglieder. Sie galt jedoch insbesondere Kommunisten, die sich als Juden verstanden oder für die Wiedergutmachung einsetzen. Da es in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre oft genügte, jüdischer Herkunft zu sein, um der imperialistischen Agententätigkeit verdächtigt zu werden,³² hatten die stalinistischen Säuberungen auch in der DDR eine deutlich antisemitische Komponente.

Antisemitismus als Folge des Antlilraelismus ?

Die vom Stalinismus beeinflusste Ideologie der frühen DDR war von einem antiimperialistischen Verschwörungswahn beherrscht und bediente

³⁰ Neben Paul Merker wurden Leo Bauer, Bruno Goldammer und Lex Ende aus der Partei ausgeschlossen, Wolfgang Langhoff, Alexander Abusch, Leo Zuckermann, Jürgen Kuczynski und Gerhart Eisler wurden ihrer Funktionen enthoben. (Angelika Timm: Hammer, Zirkel, Davidstern. Das gestörte Verhältnis der DDR zu Zionismus und Staat Israel. Bonn 1997, S. 113 ff.)

³¹ Georg Krausz: Die zionistische Agentur des USA-Imperialismus. In: *Neues Deutschland*, 4.3.52, Nr. 285, S. 2. – Nach dem herrschenden Verständnis war der „Kosmopolitismus“ eine reaktionäre Ideologie, die dem international agierenden Imperialismus zur Unterdrückung anderer Nationen diene. Vgl. Kleines Politisches Wörterbuch. Berlin 1967 ff., S. 519.

³² Unter den Verhafteten und Verurteilten waren: Paul Baender, Hans-Heinrich Schrecker, Leo Bauer, Bruno Goldammer. Der Vorsitzende des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden und SED-Volkskammerabgeordnete Julius Meyer wurde als zionistischer Agent beschuldigt, konnte sich aber durch seine Flucht der Verfolgung entziehen. Zu den hohen SED-Funktionären, die vorübergehend von Positionen abgelöst wurden, gehörten Albert Norden und Hermann Axen. (Vgl. Timm: Hammer, Zirkel, Davidstern, S. 120 ff.)

sich, wo das wirksam erschien, auch nationaler und kleinbürgerlicher Ressentiments. Unter Umständen rief der gegen Israel gerichtete, proarabische Antimperialismus aber auch Geister, welche die DDR wieder loszuwerden versuchte. So mußte die Partei während der Suezkrise konstatieren, daß im Volke folgende „feindliche Auffassungen“ kursierten: „Wenn Hitler mehr Juden vernichtet hätte, hätten sie Ägypten nicht angreifen können“. „Die Faschisten hätten ja recht gehabt, wenn sie sagten, daß die Juden Kriege anzetteln würden.“³³

Wenn dies auch der offiziellen Ideologie eines Staates widersprach, in dem antisemitische Rassenhetze zu jeder Zeit verfolgt wurde, hat die antiisraelische Berichterstattung seiner Medien derartige Äußerungen doch mitprovoziert oder zumindest ermutigt. Auch kann kein Zweifel bestehen, daß beispielsweise die Ursachen für Hakenkreuzschmierereien nicht nur in Vorbildern aus der Bundesrepublik, sondern auch den Frustrationen über das eigene politische System zu suchen sind. Es ist jedoch große Skepsis geboten, wenn bereits vor der Wende in der DDR existierende antisemitische Tendenzen aus einer einseitigen Auffassung von Faschismus und Antisemitismus abgeleitet oder die Schändungen jüdischer Friedhöfe zu „antisemitisch“ motivierten Aktionen einer „hausgemachten Rechten“ erklärt werden.³⁴ Der „Antiisraelismus“ der DDR kann weder auf einen „traditionellen Antijudaismus“ zurückgeführt werden, noch kann er als Erklärung für das Anwachsen antisemitischer Tendenzen im letzten Jahrzehnt der DDR dienen.³⁵

Wenn Historiker derartige Zusammenhänge herstellen, so stützen sie sich zwar auf Zeitzeugen: Lothar Mertens beruft sich auf Aussagen des Ost-Berliner Gemeindevorsitzenden Dr. Peter Kirchner; Peter Maser stützt sich auf eine Erklärung der Jüdischen Gemeinden.³⁶ Die Wahrnehmungen und Interpretationen von unmittelbar Betroffenen, die sich zudem oft widersprechen, müssen jedoch nicht den Realitäten entsprechen, in jedem Falle wären sie mit empirischen Erhebungen abzugleichen. Mehrere Meinungsumfragen, die unmittelbar nach der Wende und 1992 durchgeführt wurden, ergaben das „überraschende“ Ergebnis, daß „Sorgen über antisemitische Einstellungen unter der ostdeutschen Bevölkerung“ unbe-

³³ Zit. nach: Mertens: Davidstern unter Hammer und Zirkel, S. 322.

³⁴ Michael Wolffsohn: Meine Juden – Eure Juden, S. 148 ff.

³⁵ Vgl. Mertens: Antizionismus, S. 98.

³⁶ Siegmund Rotstein/P. Kirchner/H.-J. Levy/R.Scharf-Katz: Unsere Meinung. In: *Nachrichtenblatt des Verbandes der Jüdischen Gemeinden in der Deutschen Demokratischen Republik*, Dresden, März 1990, S. 2. – Auf einer Gedenkveranstaltung zum 50. Jahrestag des faschistischen Pogroms am 9. November 1983 hatte der Präsident des Verbandes der Jüdischen Gemeinden demgegenüber erklärt, daß in seiner sozialistischen deutschen Heimat der Humanismus gesiegt habe und „ein ganzes Volk wissend gemacht“ wurde (Damit die Nacht nicht wiederkehre, S. 59 f.)

rechtigt waren, weil die ehemaligen DDR-Bürger in fast allen abgefragten Aspekten einen wesentlich geringeren Antisemitismus aufwiesen als die der BRD. Das betraf zwar nicht die Einstellung gegenüber Israel und dem Zionismus, die ablehnende Haltung war jedoch selbst hier nicht höher als im Westen.³⁷ Noch zwei Jahre nach dem Fall der Mauer wies die Gruppe der 31- bis 44-jährigen – die also in einer noch ideologisch stabilen DDR geboren, erzogen und sozialisiert worden war – den geringsten Anteil an antisemitischen Einstellungen auf. Dagegen erwiesen sich die weniger gebildeten männlichen Lehrlinge, die im Jahr der Wende kaum älter als 14 Jahre waren, am anfälligsten für fremdenfeindliche Einstellungen.³⁸ Derartige Ergebnisse blieben für Studien wie Michael Wolffsohns „Meine Juden – Eure Juden“ folgenlos,³⁹ stattdessen wurden die 1992 in den neuen Bundesländern gewachsenen fremdenfeindlichen und rechtsgerichteten Einstellungen auf den Antizionismus der DDR und deren einseitigen ideologischen Umgang mit Faschismus und Antisemitismus zurückgeführt.

DDR-Bürger jüdischer Herkunft wurden von ihrem Staat und dessen Sicherheitsdienst ähnlich bevormundet und überwacht wie jeder andere Bürger. Auch kritische Geister bestätigen, daß sich Juden in keinem anderen Staat so sicher fühlen konnten wie in der DDR, weil Rassenhetze hier unter strenge Strafe gestellt war und hart verfolgt wurde.⁴⁰ Wenn die Gemeinden einerseits vom Staat finanziert, andererseits von ihm überwacht wurden, so kann man diese das Machtmonopol sichernde Politik zwar als widersprüchlich betrachten, als „antisemitisch“ oder „schizophren“ sollte man sie jedoch nicht bezeichnen. Sie erklärt sich aus der praktischen Umsetzung der marxistischen Positionen zur nationalen und religiösen Frage.

Man kann den Umgang der SED mit den im In- und Ausland lebenden Bürgern jüdischer Herkunft jedoch keinesfalls nur aus ihrem ideologischen Selbstverständnis heraus beurteilen. Ihre totalitäre Ideologie und

³⁷ Werner Bergmann/Rainer Erb: Wie antisemitisch sind die Deutschen? Meinungsumfragen 1945-1994. In: *Antisemitismus in Deutschland. Zur Aktualität eines Vorurteils*, hrsg. v. Wolfgang Benz. München 1995, S. 57.

³⁸ Vgl. Bergmann/Erb, ebd.

³⁹ Michael Wolffsohn erwähnt zwar an einer Stelle, daß „Ossis“ gegenüber Antisemitismus und Rechtsextremismus „weniger anfällig“ seien als „Wessis“ (Meine Juden – Eure Juden, S. 151) – auf das Bild, das er von der Situation der Juden in beiden Teilen Deutschlands konstruiert, hat das jedoch keinerlei Einfluß.

⁴⁰ Vgl. Helmut Eschwege: Die jüdische Bevölkerung der Jahre nach der Kapitulation Hitlerdeutschlands auf dem Gebiet der DDR bis zum Jahre 1953. In: S. Th. Arndt/H. Eschwege/P. Honigmann/L. Mertens: *Juden in der DDR. Geschichte-Probleme-Perspektiven*. Duisburg 1988, S. 63-100, hier S. 99. Eschwege betont, daß die SED-Führung die Juden „weit anständiger und menschlicher“ behandelte als andere sozialistische Regierungen. (Ebd., S. 80.)

Politik muß vor allem deshalb kritisiert werden, weil sie die Juden auch nach der Schoah nicht als „Schicksalsgemeinschaft“ anerkannte bzw. ihnen außerhalb ihrer Religion kein eigenes Selbstverständnis zugestehen wollte. Wenn die DDR das auch nicht als antisemitisch verstand: Allen Juden, welche ihre Ideologie in dieser Frage nicht vollständig teilten – und unter diesen waren auch viele Kommunisten! –, mußte das wie eine Mißachtung ihrer Leiden erscheinen.

Der dezidierte Antisraelismus der DDR kann zwar aus deren Antizionismus ideologisch erklärt werden. Er richtete sich jedoch weniger gegen einen jüdischen Nationalismus, als daß er sich aus den machtpolitischen Auseinandersetzungen im Nahen Osten erklärte. Obwohl sich beide Staaten nie anerkannt haben, hat die DDR das Existenzrecht des jüdischen Staates sehr wohl akzeptiert. Ihre feindselige Haltung zu Israel gründete sich nicht auf antijüdische Vorbehalte, sondern resultierte aus ihrer politischen Parteinahme in den Systemauseinandersetzungen, wie sie seit Beginn der fünfziger Jahre zwischen den USA und der Sowjetunion bzw. Israel und den arabischen Staaten stattfanden.⁴¹ Der von Stalin ursprünglich zu innenpolitischen Zwecken benutzte Antizionismus diente seit 1950 der sowjetischen Außenpolitik, die seitdem die arabischen Staaten unterstützte. Noch zwei Jahre zuvor hatten die Sowjetunion und die anderen Volksdemokratien die jüdische Bevölkerung Palästinas auch militärisch gegen die „arabische Aggression“ unterstützt. Im April 1948 bot Otto Grotewohl dem Jischuw⁴² Schiffe an, um Juden nach Palästina zu befördern. Die Zahlung einer pauschalen Aufbauhilfe war bereits geplant.⁴³ Im Sommer 1948 gab das ZK der SED eine Sonderinformation heraus, deren Einleitung Paul Merker geschrieben hatte und in der Wilhelm Pieck nicht nur den Teilungsbeschluß der UNO, sondern auch die Schaffung des jüdischen Staates als wesentlichen Beitrag begrüßte, „um Tausenden von Menschen, denen der Hitlerfaschismus die schwersten Leiden zufügte, den Aufbau eines neuen Lebens zu ermöglichen.“⁴⁴ Die Haltung des sozialistischen deutschen Staates zu Israel hätte auch weiterhin anders ausgesehen, wenn sich der jüdische Staat politisch nicht an die USA, sondern die Sowjetunion gebunden hätte. Im Kampf gegen die „Agenten des Imperialisten“ hätte man sich dann eben anderer Konstruktionen bedienen müssen. Die Ideologie der DDR war kein vollständig geschlossenes System, sondern wurde relativ flexibel zur Verwirklichung machtpolitischer Kalküle genutzt.

⁴¹ Vgl. Timm: Hammer, Zirkel, Davidstern, S. 395.

⁴² Hebr. „bewohntes Land“, Gesamtheit der jüdischen Siedlungen und Einwohner vor der Gründung des Staates Israel.

⁴³ Vgl. ebd., S. 85.

⁴⁴ Zit. nach: Eschwege: Die jüdische Bevölkerung, S. 89.

Vom Evangelisch-Lutherischen Ausschuß für Mission unter Israel zur Jüdisch-christlichen Arbeitsgemeinschaft Leipzig Strelflichter

Siegfried Hollitzer
Leipzig

I.

Das Thema hat seine Vorgeschichte: Der in Leipzig geborene und verstorbene Franz Delitzsch (1813-1890) gehörte lange Zeit als Alttestamentler dem Lehrkörper der *Alma mater Lipsiensis* an. 1871 gründete der erweckungsbewegte Professor hier den „Lutherischen Centralverein für Mission unter Israel“ und 1886 das „Institutum Judaicum“. (Letzteres erhielt nach seinem Tode den Beinamen „Delitzschianum“.) Das Institut diente zunächst hauptsächlich der Ausbildung von Missionaren, verlegte aber den Schwerpunkt seiner Arbeit bald auf die wissenschaftliche Forschung und die Verteidigung des Judentums gegen den stärker werdenden Antisemitismus.

Die Nazis verboten 50 Jahre später jegliche Bekehrungsversuche, weil Juden aus ihrer Sicht „das Einfallstor fremden Blutes in unseren Volkkörper“ darstellten. So wurde der Centralverein 1935 zwangsweise aufgelöst: Das Institutum aber konnte noch 1936 nach Wien verlagert werden. Doch auch dort mußte es nach dem Einmarsch der Wehrmacht 1938 seine Pforten schließen.

Gleich nach Kriegsende, am 24. Oktober 1945, wurde der Zentralverein unter seinem ursprünglichen Namen in den Westsektoren wiederbelebt; das „Delitzschianum“ blühte erst 1948 in Münster neu auf. Aber das interessiert an dieser Stelle nicht. Folgend steht einzig die Frage zur Debatte, wie das Werk Franz Delitzschs nach der Kapitulation in Leipzig verwaltet und weiterentwickelt wurde.

II.

Schon am 28. September 1946 fand es - zumindest nominell - hier seine Fortsetzung. Das Landeskirchenamt in Dresden etablierte damals wieder einen „Evangelisch-Lutherischen Ausschuß für Mission unter Israel“. Er

sollte den Gemeinden in Sachsen, Thüringen und Mecklenburg – überall dort also, wo auf dem Gebiet der Sowjetischen Besatzungszone das evangelisch-lutherische Bekenntnis vorherrschte – als Zentrale dienen.

Seinen Sitz erhielt das Werk nach alter Tradition in Leipzig, zum Vorsitzenden wurde Universitätsprofessor Dr. Albrecht Oepke (1881-1955) berufen. Der verdienstvolle Neutestamentler – ehemals Mitglied der Bekennenden Kirche (BK) und des Kreisbruderrates – führte freilich nicht einfach fort, was elf Jahre brachgelegen, sondern konzentrierte sich auf die Betreuung von Christen, die von den Nazis – ihrer ‘Rasse’ wegen – verfolgt worden waren.

Lange Zeit arbeitete der Landeskirchliche Ausschuß sehr introvertiert. Zu den Jahrestagungen kamen bloß die Obmänner der Ephorien und einige Judenchristen. Andere Gäste blieben den Veranstaltungen weitgehend fern. Und so konnte von ihnen kaum ein echter Impuls ausstrahlen.

Ogleich wohl kein Theologe in der SBZ und jungen DDR daran dachte, plötzlich Proselyten zu werben – der Schock über jäh enthüllte Verbrechen an den Juden saß viel zu tief! –, fühlte die Kirche erst ansatzmäßig eine moralische Mitverantwortung für jüngst Geschehenes. Sie war stolz auf ihre Rolle als Bekennende Kirche während des Dritten Reiches und begriff nicht, daß selbst die BK den jüdischen Geschwistern gegenüber schmählich versagt hatte. Als sie am 19. Oktober 1945 ihr berühmt gewordenen ‘Stuttgarter Schuldbekenntnis’ ablegte,¹ vergaß sie folglich, die Juden namentlich zu erwähnen. Erst April 1950 verabschiedete die Synode in Berlin-Weißensee ein Wort, welches Versäumtes nachholte.²

Vorher allerdings hatten schon etliche minder einflußreiche Gremien öffentlich bereut, daß sie das Volk Israel in seiner Not allein gelassen hatten. Auf dem Boden der SBZ war dies wohl erstmals am 17./18. April 1948 geschehen.³ Damals formulierte die Landeskirche Sachsens auf Anregung von Prof. Oepke eine Synodalerklärung, die erstaunlich unverblümt eingestand, Juden im Stich gelassen zu haben. Allerdings kam selbst diese, der Zeit weit vorausseilende Erklärung nicht umhin, die Judenmission auch künftig als heilsgeschichtlich wichtig einzustufen. An diesem Ziel hatte sich also nichts geändert. Dialoge zwischen Christen und Juden erfolgten noch immer vorwiegend unter dem Aspekt ihrer möglichen Bekehrung. Das aber wurde von den Anhängern der Synagoge verständlicherweise als antijüdischer Akt empfunden.

¹ Wortlaut in: Rolf Rendtorff/Hans Hermann Henrix (Hg.), Die Kirchen und das Judentum. Dokumente von 1945-1985, 2. Aufl., Paderborn/München 1989, S. 528f (Dokument E.III.1).

² Wortlaut in: wie Anm. 1 S. 548f (Dokument E.III.12).

³ Wortlaut in: wie Anm. 1, S. 544f (Dokument E.III.8).

Am 7. Oktober 1949 wurde auf dem Terrain der sowjetischen Besatzungszone die Deutsche Demokratische Republik ausgerufen. Ein Jahr später verschlechterte sich das Verhältnis der DDR zu ihren jüdischen Bürgern dramatisch. Der Staat warf ihnen Agententätigkeit für Amerika vor, zieh sie des Titoismus, des nationalistischen Zionismus und des wurzellosen Kosmopolitismus. Er beschimpfte sie als Subjekte der USA-Finanzoligarchie, als Feinde des Sozialismus und als Abweichler.⁴ Viele von ihnen belegte er mit Berufsverbot, stellte sie unter Hausarrest und warf sie ins Gefängnis.⁵

Das verunsicherte die Juden und ließ sie *eskalierende* Pressalien fürchten. Deshalb begannen sie im Januar 1953 voll Panik über die Grüne Grenze zu fliehen. Innerhalb von nur elf Wochen verließen 556 Mitglieder der jüdischen Gemeinde ihre Heimat.⁶ Das waren etwa 21%.

An diese Zeit zu erinnern, ist für unser Thema wichtig, weil sich offenbar keine Landeskirche in der DDR – und selbst der ‘Ausschuß’ nicht – rührten, als jüdische Bürger wiederum diffamiert und verfolgt wurden.

Natürlich waren Christen in jenen Tagen *selbst* arg vom militant religiönsfeindlichen Regime unterdrückt. Die SED hatte auf ihrer II. Parteikonferenz im Juli 1952 Richtlinien auch für einen verschärften Klassenkampf gegen die *Kirchen* erlassen. Pfarrer wurden daraufhin verhaftet, die Junge Gemeinde als verfassungswidrig eingestuft, letzte Freiräume beschnitten.⁷ In dieser prekären Situation schien es kaum möglich, sich um *andere* zu kümmern.

Aber wäre Gleiches nicht über die zwölf dunklen Nazijahre zu sagen?! Deshalb bleibt festzuhalten: Die Kirche war sich ihrer Mitverantwortung für den Andersgläubenden 1953 ebenso wenig bewußt wie acht Jahre zuvor.

Nachdem Joseph Stalin (1879-1953) am 5. März 1953 gestorben war, wurden die antijüdischen Maßnahmen in der DDR allmählich abgebaut. Die Lage entspannte sich merklich und der Strom jüdischer Flüchtlinge ebte ab. Bald konnten Juden wieder sicher hier leben.

⁴ Auszug aus dem Beschluß des SED-Zentralkomitees vom 20. Dezember 1952 „Lehren aus dem Prozeß gegen das Verschwörerzentrum Stansky“ in: Andreas Herbst/Gerd-Rüdiger Stephan/Jürgen Winkler (Hg.), Die SED - Geschichte, Organisation, Politik. Ein Handbuch, Berlin 1997, S. 592-601.

⁵ Carl Ordnung: „Kirchenpolitik“, in: wie Anm. 4, S. 432-442, hier S. 435.

⁶ Lothar Mertens: Davidstern unter Hammer und Zirkel. Die Jüdischen Gemeinden in der SBZ/DDR und ihre Behandlung durch Partei und Staat 1945-1990, Hildesheim/Zürich/New York 1997, S. 57, Anm. 42.

⁷ Vgl. Carl Ordnung, wie Anm. 5.

Trotz des liberaleren Kurses freilich, den die Machthaber der DDR eingeschlagen, und obwohl die Emigrantenflut dadurch gestoppt wurde, schmolzen die Synagogengemeinden unaufhörlich dahin: 1961 zählten sie 1.500 Mitglieder, 1967 bloß noch 1.200 und 1976 nicht mehr als 700. 15 Jahre später war selbst diese verschwindende Minorität noch einmal halbiert worden. Grollend schaute die DDR-Führung nach Westen, wo sich eine umgekehrte Entwicklung vollzog. Hier wuchs die Zahl der Juden von 22.000 zur Zeit des Mauerbaus auf 27.612 im Jahre 1987 an.

Schuld an dem Debakel war, daß die Gemeinden in der DDR *noch* hoffnungsloser überaltert waren als jene in der Bundesrepublik. An jüngeren Menschen, die Kinder hätten zeugen und gebären können, mangelte es schmerzlich. Und so konnte die DDR nicht – wie die BRD – eine langsam wachsende Schar von Juden vorführen als Beweis gewachsener Demokratie im Lande. Umso strenger achtete sie darauf, daß wenigstens niemand von der rapide sinkenden Anzahl ihrer Juden *sprach*. Das Thema wurde gleichsam tabuisiert. Und die wenigen jüdischen Bürger, welche noch auf ostdeutschem Gebiete lebten, wurden behandelt, als stünden sie unter „Naturschutz“. Sie sollten dem Staate möglichst lange als Aushängeschild dienen.

Die Kirche beobachtete zwar ebenfalls mit Unbehagen, wie ihre älteren Geschwister vom Aussterben bedroht waren, aber sie empfand das nicht – wie die Politiker – als unverdienten Makel, sondern fühlte sich zunehmend mitschuldig an der Misere. Warum hatte sie nicht während des Dritten Reiches in der Nachfolge Christi gelebt und sich mutig vor ihren unter die Räuber gefallenen Bruder gestellt?

Im Grunde verblüfft es, daß sich Juden und Christen in der DDR so lange reserviert gegenüberstanden. Die psychologischen Voraussetzungen für ein beiderseits Sich-Öffnen waren hier eigentlich günstiger als in der BRD. Allein daß Kirche und Synagoge vieles übereinstimmend anders beurteilten, als die Partei es wünschte – ich erinnere an Stichworte wie Zionismus und Staat Israel –, hätte zu einem Konsens führen können.

Aber nicht einmal die Gemeinsamkeit ähnlicher Standpunkte beschleunigte den Prozeß der Annäherung. Das mag zum Teil daran gelegen haben, daß sich religiöse Minderheiten, je kleiner sie sind, desto rigoroser gegen ihre Umwelt abschirmen. Außerdem fürchteten sich die jüdischen Bürger bei uns – des traurigen Zustandes ihrer Gemeinden wegen – mehr als ihre Geschwister im Westen vor der christlichen Leidenschaft, alle Welt zu bekehren. Nur wenige Glaubensgenossen brauchten noch überzutreten und es gäbe keinen einzigen Juden mehr. Dann könnte Hitler gleichsam post mortem triumphieren; denn was selbst seiner SS mit ihren Massenmorden nicht gänzlich gelungen war, die Kirche hätte es mit ihren

hochschule ost 1-2/1999

sanften Mitteln der Mission zuwege gebracht: ein Verschwinden des jüdischen Glaubens.

In Wahrheit hatte natürlich kaum ein Christ des sozialistischen Deutschlands jemals versucht, Juden zu missionieren. Das aber war selten Resultat besserer Einsicht gewesen, sondern oft Folge schierer Gleichgültigkeit. Man erachtete es in *jeder* Beziehung für sinnlos, sich um Juden zu kümmern. Sogar Leute, die in Schlüsselpositionen der Kirche saßen, fragten: „Lohnt es sich eigentlich, für solche verschwindende Minderheit – verschwindend im Doppelsinn des Wortes – Zeit, Geld und Kraft zu vergeuden? Hat sich das jüdische Problem nicht von allein erledigt, weil es kaum mehr Juden gibt? Warum also selbstquälerisch in einer Vergangenheit wühlen, die ohnehin unabänderbar ist?“

Diese Argumentation klingt zwar herzlos, aber vernünftig. Für einen derart kärglichen Rest schien in der Tat jeder engagierte Einsatz übertrieben.

Wer jedoch die tote Zahl gegen die Namen lebhafter Menschen austauscht, wird zutiefst beschämt. Lohnte es sich um Eugen Gollomb (1917-1988) oder Aron Adlerstein (geb. 1913) etwa nicht?! Das zu behaupten wäre ungeheuerlich. — Ich gehe einen Schritt weiter: Selbst wenn es dem großen „Ver-Führer“ 1933 gelungen wäre, Deutschland absolut „judenfrei“ zu fegen, dürften wir nicht aufhören, Zwiesprache zu halten mit den Toten und Ausgewanderten.

Natürlich hatte sich die evangelische Kirche (als Institution) von Kriegsende an mit dem Thema „Juden und Christen nach der Shoah“ beschäftigt. Tief eingedrungen allerdings in das Bewußtsein ihrer Mitglieder waren entsprechende Verlautbarungen selten. Sie wurden gerne zitiert, dienten jedoch, so ist zu fürchten, nur als moralisches Feigenblatt.

Besonders Mitarbeiter auf der unteren Ebene verharrten in lauer Indolenz. Es interessierte sie wenig, ob die jahrhundertlang geübte Praxis christlicher Verkündigung jene verhängnisvolle Eskalation des Antisemitismus begünstigt hatte, die schließlich zum Holocaust führte. Ihnen machte keine Beschwerde, daß von der Kanzel herab oft seelenvergiftende Aversionen geschürt worden waren; denn Juden gab es ohnehin kaum mehr und deshalb schien es ihnen überflüssig, eine neue Theologie nach Auschwitz zu entwickeln. Sie begriffen nicht, daß eine *materielle* Wiedergutmachung leere Geste bleiben muß, wenn ihr die *geistige* nicht vorausgegangen ist.

Und die Oberen schärften solches Bewußtsein seltsam inkonsequent. Zwar hatten Bischöfe, Landeskirchenämter, Konsistorien verschiedentlich zur Buße aufgerufen, aber das Wissensdefizit ihrer Pfarrer und Diakone schlug sich unvermindert in Unterricht und Predigt nieder.

hochschule ost 1-2/1999

Wirklich bewegt in der evangelischen Kirche hat erst ein *Laie* etwas: der Jurist und Präses der EKD-Synode Dr. Lothar Kreyssig (1898-1986). Obwohl er während des Dritten Reiches zwei Juden auf seinem Bauernhof versteckt gehalten und auch anderweit bewundernswerten Mut bewiesen hatte, wurde er nach dem Zusammenbruch von einem Gefühl des Versagens geplagt. (Jene, die zu Zeiten des Nazismus *tatenlos* zugeschaut, empfanden ähnliche Skrupel selten!) 1954 versuchte Lothar Kreyssig auf dem Leipziger Kirchentag,⁸ eine Art „Aktion Sühnezeichen“ ins Leben zu rufen. Sie sollte Verbrechen, die von Deutschen im In- und Ausland verübt worden waren, durch konkrete Hilfsmaßnahmen zu lindern versuchen. Besonders die Juden und Israel wollte er um Versöhnungsbereitschaft bitten. Und sein Vorsatz war, den körperlichen Einsatz vor Ort durch Vorträge, Informationsstunden, Begegnungsabende gleichsam auf ein geistiges Fundament zu heben.

Doch zunächst scheiterte Kreyssigs Plan. Erst am 30. April 1958 konnte er seinen Aufruf zur gesamtdeutschen und ökumenischen „Aktion Sühnezeichen“ öffentlich vortragen.⁹

1960 verbot das Außenministerium der DDR seinen Bürgern, weiterhin an Sühneaktionen auf fremdem Territorium teilzunehmen. Nicht einmal nach Polen oder der CSR sollten sie mitfahren dürfen. Die makabere Begründung hieß, laut Lothar Kreyssig: „Die DDR *hat* nichts wieder gutzumachen!“¹⁰

Obwohl der Mauerbau von 1961 ein gemeinsames Wirken ohnehin beendete, setzte der Präses sein Versöhnungswerk unbeirrt fort. 1962 organisierte er für den *Ostteil* seines Vaterlandes einen *innerdeutschen* Dienst. Auf verwilderten jüdischen Friedhöfen, zum Beispiel in Leipzig, jäteten Christen Unkraut und schufen Ordnung. Das war bitter nötig; denn die damals 1.500 jüdischen Bürger der DDR hatten über 125 „Gute Orte“ zu betreuen. Damit waren sie logischerweise restlos überfordert. Zweifellos hat Lothar Kreyssig mit seinem Aufruf zu *tätiger* Buße vor allem in *jungen* Menschen Wesentliches zum Klingen gebracht.

Vom „Ausschuß für Mission unter Israel“ strömten ähnliche Impulse nicht aus. Während es in der Bundesrepublik 1955 bereits 34 „Gesell-

⁸ Der VI. Evangelischer Kirchentag in Leipzig fand vom 7. bis 11. Juni 1954 statt.

⁹ Dies geschah auf der Synode der EKD im Johannesstift in Berlin Spandau. Dokument 6 „Wir bitten um Frieden“ in: Konrad Weiß, Lothar Kreyssig – Prophet der Versöhnung, Gerlingen 1998, S. 455f.

¹⁰ Autobiographische Aufzeichnungen von Lothar Kreyssig, unveröffentlichtes Schreibmaschinenmanuskript, S. 20; Außenminister war damals Dr. Lothar Bolz (1903-1986), NDPD; Hervorhebung von S. H.

schaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit“¹¹ gab (heute sind es doppelt so viele), existierte in der DDR nach wie vor einzig jener Ausschuß, dessen Namen schon verriet, daß er in eine Einbahnstraße führte, welche echte Begegnungen – von *beiden* Seiten her – nahezu verbot.

III.

Am 10. Dezember 1955 starb Prof. Oepke. Zu seinem Nachfolger als Vorsitzendem des „Evangelischen Ausschusses für Mission unter Israel“ setzte das Landeskirchenamt Pfarrer Gerhard Küttler (1906-1990) ein, welcher die Tabor-Gemeinde in Leipzig-Klein-Zschocher betreute. Der am Thema stark interessierte Geistliche entschloß sich 1968, den Namen der Arbeitsgemeinschaft zu ändern. Statt von „Mission unter Israel“ war jetzt von „Kirche und Judentum“ die Rede. Aber auch die neue Benennung wies letztlich nur in *eine* Richtung.

1971 wurde Gerhard Küttler zum Superintendenten der Ephorie Rochlitz gewählt. Das Landeskirchenamt Sachsens betraute daraufhin Siegfried Theodor Arndt (1915-1997) – einen ehemaligen Journalisten, der erst nach dem Kriege sein politisches Damaskus erlebt und Theologie studiert hatte – mit dem weiteren Vorsitz. Der damals 57jährige Pfarrer wirkte – *nomen atque omen!* – an der *Versöhnungskirche* in Leipzig-Gohlis.

Mit ihm brach eine neue Ära an. Das wurde vom ersten Tage an deutlich: Am 23./24. Mai 1972 fand die Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft statt. Auf ihr wurden Pfarrer Küttler verabschiedet und sein Nachfolger eingeführt. Aus diesem Anlaß hatte Siegfried Theodor Arndt auch den Vorsitzenden der Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig eingeladen; denn er wollte nicht nur *über* Juden reden, sondern vor allem *mit* ihnen. Eugen Gollomb (der während des Krieges KZ-Häftling gewesen war und nach geglückter Flucht aus dem KZ in der polnischen Volksarmee – zuletzt als Oberleutnant – gekämpft hatte) nahm die herzliche Aufforderung an. Im Nachhinein darf man diese Begegnung als schicksalhaft werten.

Pfarrer Arndt sah den christlichen Missionsanspruch als eine trennende Mauer zwischen den Konfessionen aufragen und wollte sie deshalb

¹¹ Die Gründung der „Gesellschaften“ basiert auf einer Initiative der amerikanischen Besatzungsmacht und sollte die Umerziehung des deutschen Volkes fördern. Die ersten Gesellschaften wurden 1948, und zwar in München, Wiesbaden und Stuttgart, gegründet. Am 26. Februar 1950 wurde in Bad Nauheim als Dachverband der Deutsche Koordinierungsrat gebildet. Seit 1951 führt dieser jährlich eine „Woche der Brüderlichkeit“ durch und verleiht auf ihr seit 1966 die von ihr gestiftete „Buber-Rosenzweig-Medaille“ an Persönlichkeiten, die sich um das christlich-jüdische Gespräch verdient gemacht haben.

Stück für Stück abreißen. Außerdem schien es ihm dringlicher, Denkweisen der *Christen* zu ändern als solche der *Juden*: zählebige Vorurteile mußten durchleuchtet, biblische Fehlinterpretationen zurechtgerückt, historische Irrwege als Menetekel an die Wand gemalt werden. Weisheiten aus Talmud und religiösem Schrifttum, aus Kunst und Philosophie mußten der Gemeinde vermittelt werden; denn nur, wo jüdisches Denken vertrauter, damit verstehbarer wird, kann eine seltsame Schizophrenie geheilt werden: Wir Christen verlangten ja stets mit glühendem Eifer, daß der SED-Staat uns Glaubensfreiheit gewähre, wir *unsererseits* sträubten uns heftig, dieses Grundrecht den jüdischen Geschwistern zu konzedieren.

Besonderes Anliegen, schon des Ausschusses, war es gewesen, Antisemitismus und Antijudaismus zu bekämpfen. Pfarrer Arndt wollte dieses Ziel noch beharrlicher verfolgen als seine Vorgänger. Paradoxerweise kam er mit diesem Aufklärungsstreben keineswegs den Wunschvorstellungen der Partei entgegen! Obwohl seine Arbeit nur selten von den Behörden ernstlich behindert wurde, empfanden diese sie doch als dauernden Affront; denn öffentlich wurde ja vollmundig verkündet, daß „die Wurzeln des Faschismus, Rassismus und Antisemitismus in der DDR ein für allemal ausgerottet“¹² seien.

Wie verhielt es sich mit dieser Behauptung wirklich? – Zwar muß dankbar hervorgehoben werden, daß sich die Führung der DDR seit langem ehrlich mühte, jedwede antisemitische Regung im Lande so hart und konsequent zu ahnden wie nirgendwo sonst im Ostblock. Daraus aber zu folgern, Judenfeindschaft sei in der DDR *administrativ* besiegt worden, zeugt besten Falles von Verblendung. Ein Gefühl läßt sich nicht durch Paragraphen ändern, höchstens einschüchtern. Und so waren es denn auch meist die drohenden Strafen, welche spürbar dämpfend auf antijüdische Aktivitäten wirkten. Potentielle Täter wurden abgeschreckt von der Aussicht auf langjährige Gefängnishaft. Daraus jedoch die Lehrmeinung abzuleiten, der Antisemitismus sei restlos getilgt worden, war gefährlich; denn wo Aversionen insgeheim weiterglossen, entziehen sie sich bloß der Kontrolle.

Im Gegensatz zur Partei glaubte die Kirche, Haß könne sich nicht durch rigorose Gesetze gleichsam von selbst auflösen, sondern allenfalls durch die kontinuierliche Erziehung des Herzens und des Verstandes.

Freilich muß einschränkend hinzugefügt werden: Es war immer nur ein kleines Fähnlein Aufrechter, das sich diesen Zielen verschrieben hatte. Und die Wenigen waren obendrein weder zu einem Verein noch zu einer Gesellschaft zusammengeschlossen. Deshalb verfügten sie auch über kei-

¹² Z.B. die *Leipziger Volkszeitung* vom 18. Oktober 1988, S. 2.

ne Statuten, eingeschriebene Mitglieder, feststehende Beitragszahlungen. Das benachteiligte sie arg gegenüber ähnlich motivierten Gruppen im Westen. Es fehlte ihnen einfach am gesetzlichen wie finanziellen Rückhalt. Meistens mangelte es zudem an *ideeller* Stütze. Mancher Amtsbruder belächelte sie nur ob ihres absonderlichen Eifers, mancher gar grollte, weil er den biblisch verankerten Primat des Christentums durch sie gefährdet wähnte. Dennoch versuchte Pfarrer Arndt unverdrossen, die Juden aus jenem musealen Raume zu befreien, in den der Staat sie hineingestellt hatte.

Trotz mancher positiven Ansätze blieb das Verhältnis Kirche-Synagoge weit gestörter als jenes zwischen Staat und jüdischer Gemeinde. Die Voraussetzungen dafür, daß auch die Christen und Juden ihre Scheu voreinander verloren, wurden erst 1975 geschaffen.

Ausgerechnet am schicksalsträchtigen 10. November nämlich, 37 Jahre nach der Pogromnacht, entschied die UNO-Vollversammlung über eine Resolution, die den Zionismus als Form des Rassismus anklagte. Nur 32 Staaten enthielten sich eines Votums, 35 stimmten dagegen, 72 aber – eine verblüffend deutliche Mehrheit – unterstützte das Papier.¹³ Unter letzteren Nationen befand sich auch die DDR.

Genau 17 Tage später fand in Halle die Synodaltagung des Bundes der Evangelischen Kirchen¹⁴ statt. Alle leitenden Geistlichen der Gliedkirchen – einschließlich des methodistischen Bischofs und des Präsidenten der Freikirchlichen Gemeinden – einigten sich hier auf eine Erklärung, in der sie ihre tiefe Sorge und Betroffenheit über die Gleichsetzung von Zionismus und Rassismus ausdrückten.¹⁵ Obwohl das mutige Wort nirgendwo abgedruckt werden durfte, verfehlte es nicht seine Wirkung. In Ostberlin zum Beispiel gründete sich nur eine Woche später die Arbeitsgemeinschaft „Judentum und Christentum“.

Mit ihrer umstrittenen UNO-Resolution Nr. 3379 hatten die Völker auch den Staat Israel kritisieren wollen; denn der Zionismus (in seiner politischen Komponente) war ja für viele Gejagte und Verfolgte Adolf Hitlers zur Triebfeder geworden, sich den Traum vom eigenen Vaterlande zu erfüllen. Selbst atheistische Anhänger der Bewegung pochten dabei auf biblische Verheißungen. Fast logisch, daß Partei und Kirche deshalb extrem verschiedene Haltungen zu den beiden, miteinander verquickten

¹³ In: wie Anm. 1, Vorbemerkung zu Dokument E.III.20, S. 578f.

¹⁴ Der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR wurde im Juni 1969 verkündet und in Kraft gesetzt. Damit wurde auch die vom Staate längst geforderte organisatorische Trennung von der (westdeutschen) EKD (Evangelische Kirche in Deutschland) vollzogen.

¹⁵ In: wie Anm. 1, S. 580 (Dok. E.III.21).

Problemen einnahmen: Das Verhältnis der SED zum jüdischen Individuum richtete sich stets nach den Beziehungen, welche sie zur jeweiligen Heimat des Betroffenen pflegte. Religionszugehörigkeit spielte für sie eine geringere Rolle als Staatsbürgerschaft. Für die Politiker der DDR gab es einerseits nicht die geringste Verbindung zwischen „ihren“ Juden und denen etwa aus Israel. Andererseits wurden Juden in der DDR – inkonsequenterweise – immer wieder gedrängt, sich ausdrücklich vom zionistischen Staat zu distanzieren und entsprechende Erklärungen abzugeben.

Die Kirche hingegen schaute jenes „Alt-Neuland“¹⁶ mit besonderen Augen an und trat allmählich immer energischer für ein friedliches Leben seiner Bewohner in gesicherten Grenzen ein. Für sie war dieser ideelle Beistand logische Konsequenz aus bereueter Mitschuld an antijüdischen Exzessen der Vergangenheit.

Gar nicht selten hört man – teils hämisch, teils vorwurfsvoll –, die SED habe mit ihrem Antizionismus einen geheimen Antisemitismus betrieben. Ihre vorbildliche Haltung gegenüber den einheimischen Juden hätte bloß als Feigenblatt gedient, hinter dem sie ihre *wahre* Gesinnung vorbergen wollte. Ein Hinweis darauf sei ihr absolut gestörtes Verhältnis zu Israel gewesen.

Obwohl besagter Verdacht meines Erachtens falsch ist, drängt er sich auf, wenn man die Medien jener Tage studiert. Diese nämlich stellten den Staat Israel praktisch auf eine Stufe mit dem wegen seiner Apartheitspolitik geächteten Südafrika, ja die Presse entdeckte sogar Analogien mit Nazideutschland. Derartige Vergleiche irritierten; denn nur selten war einem DDR-Bürger der Unterschied zwischen Jude und Israeli klar. Meist hielt er beide Begriffe für austauschbar. Deshalb folgerte er: Wer die Israelis verunglimpft, beschimpft die Juden, ergo huldigt die DDR dem Antisemitismus. Von solcher Fehleinschätzung war es nur noch ein Schritt bis hin zum Schluß, die Partei halte *sämtliche* Juden für Neofaschisten und fordere deshalb – weil diese zu hassen ja Pflicht eines jeden anständigen Antifaschisten sei – zu deren Bestrafung auf.

Es verwirrt schon beträchtlich: Die DDR erwies ihren jüdischen Bürgern durchaus Respekt und gestand ihnen sogar zuletzt eine gewisse Narrenfreiheit zu, wenn es um kritische Bemerkungen über den Antizionismus ging. Gespalten aber wurde das Verhältnis zu den Juden sofort, wenn diese *außerhalb* ihres Territoriums lebten – mochten sie nun früher in Ostdeutschland ansässig gewesen sein oder nicht.

¹⁶ „Alt-Neuland“ ist der Titel eines utopischen Romanes, den Theodor Herzl (1860-1904), der Begründer des (politischen) Zionismus, im Jahre 1902 veröffentlichte. In ihm träumt er von einem künftigen jüdischen Staat.

Diese harte Abgrenzung wird nur aus der offiziell verkündeten Doktrin begreifbar, die DDR sei der erste Arbeiter- und Bauernstaat auf deutschem Boden, gehöre folglich zu den Siegern der Geschichte und habe nichts gemein mit den Greueln jüngerer Vergangenheit. Diese seien von den Nazis verübt worden, keineswegs vom Volke. (Da sich aber beide Begriffe inhaltlich teilweise deckten, wurde Historie mit derartigen Kernsätzen eher *über-* als *bewältigt*.) Niemand brauchte mehr in einen Gewissenspiegel zu schauen, um sich darin selbst zu erkennen.

Die Kirche hingegen katapultierte sich nicht länger aus ihrer Vergangenheit heraus. Ihr wurde schmerzlich klar, daß auch eine *theologische* Ehrenrettung vonnöten sei.

Wirklich spürbar begannen sich die interkonfessionellen Beziehungen erst 1977 zu wandeln. Damals bereiteten Christen schon mit Akribie viele Materialien und Veranstaltungen vor, die 1978 an die Pogromnacht vor 40 Jahren erinnern sollten. Siegfried Theodor Arndt zum Beispiel setzte ein Studienseminar für kirchliche Mitarbeiter an. Und weil es ein so erfreulich *positives* Echo fand, folgten ihm bald weitere nach. – Außerdem intensivierte er seine Kontakte zu Eugen Gollomb. Er bat ihn, auf der Jahrestagung 1977 einen Vortrag zu halten. Eugen Gollomb, beeindruckt vom Ernst, mit dem sich der Theologe seiner Aufgabe widmete, sagte zu. Und damals sprach erstmals ein Jude im Rahmen solcher – ich betone: *zentralen* – Veranstaltung. Ohne Übertreibung darf behauptet werden: An diesem Tage entstand in der DDR die Keimzelle für eine Partnerschaft der Konfessionen, wie sie die BRD mit ihren Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit längst praktizierte. (Die katholische Seite wurde in Leipzig zum Beispiel von Dr. Werner Becker [1904-1983] vertreten, einem auch in Rom hochgeschätzten Bischöflichen Rat.)

Am 24. September 1978 verabschiedete die Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR ein Wort an ihre Gemeinden.¹⁷ Eindringlich wies sie in ihm auf die Mitschuld am grausigen Geschehen der „Kristallnacht“ hin. Und sie empfahl, in das allgemeine Kirchengebet einen Passus einzufügen, der zur Sühne und Wachsamkeit aufrief. Zweifellos übte diese Abkündigung Signalwirkung aus und weckte neue Aufmerksamkeit für das jüdische Thema.

Jenes Vertrauen, welches Siegfried Theodor Arndt und Eugen Gollomb zueinander gefaßt hatten, vertiefte sich rasch und mündete in einer ganz persönlichen Freundschaft. Erste Früchte trug das entkrampfte Verhältnis 1979, als die beiden Männer *gemeinsam* zu einer Vortragsreihe über Ursachen und Wirkungen der Reichspogromnacht einluden. Weil die

¹⁷ In: wie Anm. I, S. 588 ff (Dok. E.III.26).

Veranstaltungen so verblüffend gut besucht waren, boten die Initiatoren künftig in *jedem* Winterhalbjahr eine *gemeinsam* organisierte und verantwortete Vortragsreihe an.

Jene „Beiträge zum Verstehen des Judentums“ – als solche werden sie bis heute angekündigt – übten eine ständig stärker werdende Anziehungskraft aus. Dank hervorragender Referenten, bald aus ganz Europa, sprachen die Zuhörer scherzhaft von einer „Volkshochschule en miniature“. Seit 1979 wurden die Teilnehmer an den Jahrestagungen auch immer zu den Synagogengottesdiensten eingeladen.

Angeregt durch Pfarrer Arndt und Eugen Gollomb führte die Thomas-Matthäi-Gemeinde 1980 erstmals einen ökumenischen Gottesdienst zum Gedenken an die Reichspogromnacht durch. Dieser, für die DDR erstmalige Vorgang weitete sich zur guten, bis heute gepflegten Tradition aus.

Das leidenschaftliche Mühen von Pfarrer Arndt um den Dialog fand 1984 außergewöhnliche Anerkennung: Damals durfte er in Worms – gemeinsam mit dem jüdischen Historiker Helmut Eschwege (1913-1992) aus Dresden – die Buber-Rosenzweig-Medaille entgegennehmen. Niemals zuvor und niemals hinterdrein waren mit dieser hohen Auszeichnung DDR-Bürger geehrt worden.

IV.

Die gedeihliche Entwicklung setzte sich nahtlos fort, als Pfarrer Arndt 1985 den Stafettenstab an Superintendenten Friedrich Magirius (geb. 1930) weiterreichte. Da dieser acht Jahre lang der Aktion Sühnezeichen/DDR vorgestanden, schien er besonders geeignet für das neue Ehrenamt.

Anfang des Jahres 1986, am 10. Januar, starb Eugen Gollomb an Herzversagen. Zu seinem Nachfolger wählte die israelitische Religionsgemeinde den schon 75jährigen Aron Adlerstein. Auch er suchte sofort enge Tuchfühlung zur Arbeitsgemeinschaft Kirche und Judentum.

In jenen Tagen richtete das Theologische Seminar (heute mit der Theologischen Fakultät der Universität Leipzig verschmolzen) eine „Forschungsstelle Judentum“ ein, gleichsam als Anknüpfung an das Leipziger Institutum Judaicum von einst. Es sollte die wissenschaftliche judaistische Arbeit intensivieren.

Auf ihrer Herbstsynode 1988 verabschiedete die Landeskirche Sachsens ein richtungweisendes Wort an die Gemeinden, das aber erstaunlicherweise erst drei Jahre später im *Amtsblatt* veröffentlicht wurde.¹⁸ Es führte jene Gedanken weiter, die dasselbe Gremium schon 40 Jahre zuvor

¹⁸ *Amtsblatt der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens* vom 14. Juni 1991, Nr. 11, B39-B40.

formuliert hatte, nur diesmal ausführlicher, für die Praxis des Gottesdienstes handhabbarer. Zu bedauern bleibt freilich, daß auch *diesmal* keine dezidierte Absage an die Judenmission erfolgte, von der sich andere Landeskirchen in der DDR schon längst expressis verbis getrennt hatten.

1988 öffnete sich auch die Partei, außenpolitischer Interessen wegen, in ungeahnter Weise dem Judentum. Im November gedachte man selbst in kleineren Ortschaften mit aufwendigen Veranstaltungen der Pogromnacht vor 50 Jahren. In vielen Städten wurden Ausstellungen gezeigt, lud man zu Vorträgen ein, zu Symposien und Kolloquien. Und eine unüberschaubare Anzahl von Stelen, Denkmälern, Erinnerungstafeln wurden enthüllt.

Schon im Jahre zuvor hatte Friedrich Magirius alle Leipziger Christen, gleich welchen Bekenntnisses, dazu aufgerufen, für die Errichtung eines Gedenksteines am Parthegraben Geld zu spenden. Im Parthegraben waren Ende Oktober 1938 erstmals Leipziger Juden für ihre mögliche Deportation zusammengetrieben worden. Am Buß- und Betttag 1988, am 16. November, wurde dann der Gedenkstein enthüllt. Er stand – wohl einmalig in der Geschichte der DDR – auf *städtischem* Grund und Boden, nicht auf kirchlichem. Die Stirnseite zeigte – erhaben in des Wortes doppelter Bedeutung – den Davidstern. Die rechte Schmalseite stellte dem Betrachter – symbolträchtig von oben nach unten zu lesen – Gottes furchtbare Frage: „Wo ist dein Bruder?“ (Gen 4,9).

Die politischen Beziehungen der DDR zu Israel hatten sich seit Sommer 1986 augenfällig verbessert. Desto enttäuschter waren viele, daß die DDR den von der PLO¹⁹ am 15. November 1988 in Algier proklamierten „Unabhängigen Staat Palästina“ umgehend anerkannte.

Im Sommer des nächsten Jahres fand in Leipzig der sächsische Kongreß und Kirchentag statt.²⁰ Die etwa 300 Teilnehmer an Arbeitsgruppe XIII („Juden und Christen“) verabschiedeten am 6. Juli mit vier Stimm Enthaltungen und keiner Gegenstimme einen Brief an den Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker (1912-1994). Sie baten ihn darin, nach dem PLO-Staat nun auch Israel diplomatisch anzuerkennen.²¹ Leider blieb die Petition unbeantwortet.

Am 7. Oktober 1989 feierte die SED mit Paraden in Berlin und Rostock den 40. Geburtstag der Deutschen Demokratischen Republik. Sie ahnte nicht, daß jene schmissige Militärmusik in Wahrheit nicht zum Jubelfest, sondern zum Totentanz aufspielte. Bloß einen Monat später, am

¹⁹ Abkürzung für *Palestine Liberation Organization* (Palästinensische Befreiungsorganisation), seit 1964 Dachorganisation von arabischen Guerillagruppen.

²⁰ Vom 6.-9. Juli 1989.

²¹ Brief der Arbeitsgruppe XIII beim Kongreß und Kirchentag in Leipzig an Erich Honecker vom 6. Juli 1989, gez. Ingrid Lewek und Friedrich Magirius.

9. November, wurde der „antifaschistische Schutzwall“ gleichsam porös und besiegelte damit das Ende des Staates.

Am 26. Januar 1990 richteten insgesamt acht Arbeitsgemeinschaften „Kirche und Judentum“ – darunter auch die Leipziger – mitsamt der (ost-deutschen) „Aktion Sühnezeichen“ einen Brief an den Vorsitzenden des Ministerrates, Dr. Hans Modrow (geb. 1928). In ihm forderten sie, er möge jene Zustimmung, welche die DDR-Regierung 1975 dem UNO-Beschluß Nr. 3379 gegeben hatte, öffentlich widerrufen. Und sie verlangten, er solle bei der nächsten UN-Vollversammlung anregen, diese Resolution insgesamt für null und nichtig zu erklären.²²

Diesmal ging schon drei Wochen später beim Bund der Evangelischen Kirchen in Berlin eine vom Außenminister Oskar Fischer (geb. 1923) persönlich unterzeichnete Erwiderung ein. Die gab sich zwar sehr konziliant, wich aber dem angeschnittenen Problem absolut aus.²³

Um das stets vertrauter gewordene Verhältnis zwischen Christen und Juden in Leipzig zu dokumentieren, wurde die Arbeitsgemeinschaft „Kirche und Judentum“ 1990 – und zwar auf Vorschlag von Aron Adlerstein – in „Jüdisch-christliche Arbeitsgemeinschaft“ umbenannt.²⁴ (Daß die Juden bei der Umbenennung an *erster* Stelle genannt wurden, geschah auf ausdrücklichen Wunsch von Friedrich Magirus hin; denn schließlich wären sie die *älteren* Geschwister.

Die Zahl der Wißbegierigen, die zu den Vorträgen der Leipziger AG strömten, steigerte sich bis zur Wende auf durchschnittlich 250. Allerdings kamen viele nur zu den Veranstaltungen, weil sie Nachhilfeunterricht wollten in Fächern, die auf der Schule bloß parteilich eingefärbt oder unstatthaft verkürzt gelehrt wurden. Nach der Wiedervereinigung, als jedem die Möglichkeit geboten wurde, sich selber objektiv und umfassend über alles zu informieren, verringerte sich die Schar der Zuhörer schlagartig auf 50-75 Personen.

Die Geltung, welche die Leipziger AG lange Zeit als Dachverband für die entsprechenden Kreise in mindestens drei Landeskirchen der DDR be-

²² Brief von acht Arbeitsgemeinschaften Kirche und Judentum und Aktion Sühnezeichen/DDR an Dr. Hans Modrow vom 26. Januar (zwei Seiten), gez. Pfarrer Johannes Hildebrandt, Pfarrer Werner Liedke und Dr. sc. Stefan Schreiner.

²³ Brief von Außenminister Oskar Fischer an die Arbeitsgemeinschaften Kirche und Judentum sowie Aktion Sühnezeichen/DDR vom 25. Februar 1990 (zweiseitig mit einseitiger Anlage). Obwohl gewiß nicht auf *unsere* Empfehlung hin erklärte die UNO-Generalversammlung am 16. Dezember 1991 die unselige Resolution *tatsächlich* für ungültig. Mit 111 gegen 25 Stimmen und bei 28 Enthaltungen zog sie ihre frühere Entscheidung zurück.

²⁴ Protokoll der 48. Sitzung des Vorbereitungskreises Kirche und Judentum Leipzig vom 26. März 1990, geschrieben am 1. April 1990, gez. S. Hollitzer.

essen, war Anfang der achtziger Jahre dahingeschwunden. Deshalb übernahm jetzt der Bund Evangelischer Kirchen die Koordinierung der bestehenden Kreise. Ab Herbst 1981 lud er alle Leiter entsprechend engagierter Gruppen zweimal jährlich zu informativen Gesprächen nach Berlin ein. (An diesem Austausch von Erfahrungen nahmen gastweise zuletzt auch Delegierte der KLAKE teil, der in Westdeutschland wirkenden „Konferenz Landeskirchlicher Arbeitskreise »Christen und Juden«“.)

Als dann der „Bund“ 1990 wieder Teil der EKD wurde, zerriß das vom „Bund“ geknüpfte Band. Die verschiedenen Arbeitsgemeinschaften schlossen sich nun anderen Rahmenorganisationen an; den „Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit“ zum Beispiel oder der „Deutsch-israelischen Gesellschaft“. Nur die „Jüdisch-christliche Arbeitsgemeinschaft“ in Leipzig – bis heute steht sie unter Leitung von Friedrich Magirus und Aron Adlerstein – hielt nach wie vor an der sächsischen Landeskirche als ihrer Schirmherrin fest. Daneben ist sie auch Mitglied der KLAKE geworden.

Abschließend sei bemerkt: Die Entwicklung des jüdisch-christlichen Verhältnisses verlief im Osten wie im Westen unserer Heimat ziemlich ähnlich, nur in der DDR mit merkbar zeitlicher Verzögerung. Das darf nicht wundern; denn wo gegen Widerstände anzukämpfen ist, verringert sich nach einem einfachen physikalischen Gesetz das Tempo.

Ist aber jetzt, in ruhigeren Zeiten, alles erreicht, was man sich hüben wie drüben in den letzten fünf Jahrzehnten vorgenommen? Keineswegs! Vor allem seit dem Zuzug russischer Einwanderer werden in der Bevölkerung Ausländerhaß und Antisemitismus neu genährt. Beide Empfindungen gleichen jenem siebenköpfigen Drachen, dessen abgeschlagenen Häupter immer wieder nachwachsen und deshalb mit nicht erlahmender Kraft bekämpft werden müssen.

Auch die schon für überwunden gehaltene Judenmission steht abermals auf der Tagesordnung kirchlicher Debatten. Besonders evangelikale, charismatisch geprägte Kreise etwa aus Württemberg sehen seit einigen Jahren ein altes Betätigungsfeld vor sich ausgebreitet: Seitdem so viele Juden aus dem Osten nach Deutschland kommen, wollen sie die Immigranten sozusagen totlieben, indem sie sie zu Christus bekehren. Damit möchten sie die Eschatologie vorantreiben. Vor diesen, wie wir meinen, gefährlichen Irrwegen müssen wir unüberhörbar warnen, um nicht die Gräben zwischen Juden und Christen irreparabel vertiefen zu lassen. Das ist unsere bleibende Verantwortung und Pflicht.

„Es gibt ebensowenig eine jüdische Ökonomie wie eine deutsche Physik oder eine marxistische Biologie“

Interview mit Thomas Kuczynski am 1.10.1998

Sonja Brentjes: Das Thema unseres Heftes sind „Jüdische Gelehrte in der DDR“. Gab es jüdische Gelehrte in der DDR?

Thomas Kuczynski: Sicherlich. Ich würde denken, Rudolf Schottländer war selbstverständlich ein jüdischer Gelehrter in der DDR. Victor Klemperer wohl auch. Arnold Zweig war natürlich ein jüdischer Gelehrter. Es ist natürlich die Frage, woran man jüdisch sein mißt. Ich würde immer denken, es muß eine stärkere Affinität zu dem vorhanden sein, was landläufig Judentum genannt wird. Menschen, die im Sinne der Nürnberger Gesetze durch die Nazis zu Juden gemacht worden waren, müssen nach meinem Dafürhalten nicht unbedingt jüdische Gelehrte gewesen sein. Eine solche Bezeichnung wäre lediglich eine Fortschreibung der Nürnberger Gesetze in anderer Form.

Brentjes: Damit sind wir gleich bei einigen Schwierigkeiten des Themas. Sie haben mehrfach gesagt, daß jemand „natürlich“ ein jüdischer Gelehrter sei. Könnten Sie versuchen, etwas genauer zu sagen, was für Sie natürlicherweise ein jüdischer Gelehrter ist?

Kuczynski: Für mich muß da doch einiges an religiöser Zuwendung vorhanden sein im Sinne der mosaischen Religion, ganz im Unterschied zu einer Zuschreibung im Sinne der faschistischen Blut- und Bodengesetzgebung. Wobei ich mir völlig darüber im klaren bin, daß andere Leute das völlig anders definieren und sehen, darunter natürlich eine ganze Anzahl von Juden.

Brentjes: Insofern verbirgt sich hinter dem Begriff des jüdischen Gelehrten noch eine andere Frage, die vielleicht von hochschule ost so nicht intendiert war, aber in der Gegenüberstellung zu Begriffen wie christlicher Gelehrter, katholischer Gelehrter, muslimischer Gelehrter oder islamische Wissenschaft, die heute wieder in der Diskussion ist, vielleicht etwas deutlicher wird: Denken Sie, daß es etwas wie ein spezifisches jü-

disches Gelehrtentum im Sinne einer Kombination von jüdischer Religion und Wissenschaft in der DDR gegeben hat, und daß die besonderen Problemen ausgesetzt gewesen ist?

Kuczynski: Jüdische Wissenschaft in diesem Sinne ist für mich gleichbedeutend mit deutscher Physik oder marxistischer Biologie und ähnlichen merkwürdigen Konstruktionen, die nach meinem Dafürhalten sehr, sehr wenig mit Wissenschaft zu tun haben. Ich will gar nicht in Abrede stellen, daß jüdische Gelehrte spezifische Fragestellungen einbringen können, von ihrem Standort aus; etwa so wie heute eine Geschichte von Frauen geschrieben werden kann, die eine andere Akzentsetzung hat als eine von Männern geschriebene Geschichte. Aber das setzt tatsächlich ein bewußtes Judentum voraus, mindestens.

Brentjes: Gibt es nun neben dem, sagen wir: religiösen Judentum, dem Verhaftetsein in unterschiedlichsten Versionen jüdischer Religion, auch ein kulturelles Judentum?

Kuczynski: Sicherlich. Das ergibt sich aus der Tradition. Stichwort: Jüdischer Witz. Selbstverständlich gibt es das. Aber es hat in der Wissenschaft sehr wenig zu suchen, weil Wissenschaft im allgemeinen daran interessiert ist, objektive Tatbestände aufzuzeigen. Diese Tatbestände aber sind nun einmal vorhanden, egal ob das ein jüdischer Betrachter ist, ein muslimischer oder ein christlich-katholischer oder was auch immer.

Brentjes: Da bin ich etwas zurückhaltend. Die Frage war aber, aufgrund der spezifischen, insbesondere der europäischen Geschichte des Judentums: Gibt es nicht auch insbesondere in der deutschen Geschichte so etwas wie ein kulturelles, nicht primär an religiöse Traditionen gebundenes Judentum? Und kann man damit nicht den Begriff des jüdischen Gelehrten, auf dieser zweiten Ebene, für die DDR auch als einen Begriff des kulturell gebundenen Gelehrten, auf eine spezifische Weise kulturell gebundenen Gelehrten auffassen?

Kuczynski: Ja, aber ich nehme mal meinen Lehrer Hans Mottek, der vor fünf Jahren gestorben ist und auf dem jüdischen Friedhof begraben liegt. Der hat eine hervorragende Wirtschaftsgeschichte Deutschlands in drei Bänden geschrieben. Aber um Gottes Willen, da ist doch nichts Jüdisches drin, da ist auch keine Affinität zum Judentum drin, sondern das ist die Darstellung der deutschen Wirtschaftsgeschichte von den Anfängen bis 1945. Ich würde sagen, von der Intention her und von dem, was drin steht,

ist es natürlich kein Dutzendwerk, sondern ein Standardwerk, aber es hätte ebensogut von einem, in Anführungsstrichen, Arier geschrieben sein können. Das ist es, was ich meine.

Brentjes: Ja, ich verstehe das schon. Aber ich möchte gern herausfinden, welche spezifischen Probleme Wissenschaftler in der DDR gehabt haben, die aus den unterschiedlichsten Perspektiven heraus als Juden angesehen wurden oder sich selbst als solche verstanden. Daher versuche ich jetzt zunächst, Klarheit herzustellen, über welche Gruppen wir sprechen. Religiös gebundene jüdische Wissenschaftler in der DDR haben wir also als eine Gruppe. Ich frage jetzt einfach: Gab es so etwas wie atheistische oder christliche, aber kulturell jüdisch gebundene Gelehrte?

Kuczynski: Ja, jeder Mensch ist doch in Kultur eingebunden, und zur Kultur gehört natürlich die Tradition. Deshalb habe ich das Stichwort „Jüdischer Witz“ genannt, der natürlich gut nur von Juden produziert werden kann. Aber dieses kulturelle Eingebundensein schlägt doch um Gottes Willen nicht auf die Wissenschaft durch. Bei der Philosophie mag das vielleicht noch etwas anders sein, aber in einer Wissenschaft im strengen Sinne doch nicht. Ich meine, es gibt keine deutsche Physik und keine deutsche Mathematik, genauso wenig wie es eine jüdische Ökonomie oder jüdische Biologie gibt. Es kann sicherlich bestimmte Einfärbungen, auch bis hin in die Begrifflichkeit, geben. Aber das gestattet doch nicht, von jüdischer Wissenschaft zu sprechen. Wenn ich mir z.B. meinen Lehrer Hans Mottek ansehe, ich kann ebensogut meinen Vater nehmen – ja, was haben die denn für Schüler gehabt? Das sind doch fast alles, im Sinne der Nürnberger Gesetze, Arier.

Brentjes: Wir können ja zum Anfang der DDR zurückkommen und diese wirklich schwierige Frage auf die Auseinandersetzung z.B. um Anton Ackermann zurückführen. Anton Ackermann, Mitglied der Kommunistischen Partei Deutschlands, nach meiner Erinnerung aus der jüdischen Gemeinde ausgetreten, also kein religiöser Jude, wird oft als eine der betroffenen Personen genannt, wenn es um den Antisemitismus der SED, um die Judenverfolgung innerhalb der sozialistischen Länder geht. Damit stellt sich das Problem des Jüdischseins in der DDR als nicht ganz so einfach heraus. Es geht also hier zunächst nicht primär um die Frage, gab es „jüdischen Einfluß“ auf die Wissenschaft in der DDR, sondern konnten Wissenschaftler in der DDR aufgrund von mehr oder minder klaren oder mehr oder minder diffusen Vorstellungen darüber, was Jüdischsein bedeutet, Schwierigkeiten bekommen?

Kuczynski: Ja, sie konnten genauso Schwierigkeiten bekommen wie nicht-jüdische. Stichwort Anton Ackermann: Da müssen auch Paul Merker, dem immer Zionismus vorgeworfen worden ist, obwohl er nie Jude war, der „Arier“ Franz Dahlem usw. usw. genannt werden. Das macht es ja so deutlich, daß dieses sehr gemildert stalinistische Modell, das in der DDR praktiziert wurde, das auf die Schauprozesse, aus welchen Gründen auch immer, das ist eine ganz andere Geschichte, verzichtet hat, daß also dieses System Menschen, gleichgültig, ob es Juden oder Nichtjuden gewesen sind, getroffen hat. Es bestrafte Leute, die eine andere Sicht hatten. Diese Sicht war nun wahrlich nicht Ausdruck einer jüdischen, sondern einer mehr oder minder von der offiziell verkündeten Auffassung abweichenden Position. Allerdings würde ich in vielen Fällen sagen, daß es sich um eine minder abweichende Position gehandelt hat; dabei spielten sicherlich auch Konkurrenzmomente eine Rolle, innerparteiliche Auseinandersetzungen usw. Das heißt also, wenn man sich die Verteilung von Juden und Nichtjuden bei den Auseinandersetzungen innerhalb der SED ansieht, dann entsprach die wahrscheinlich etwa der Verteilung, wie sie in der Partei selbst vorhanden war. Ganz abgesehen davon gab es ja auch Juden, die völlig unbehelligt in dieser Parteiführung agierten – Albert Norden, Hermann Axen; ich habe sie gar nicht alle parat. Und mit Verlaub, da müssen wir doch auch einmal in die alte Bundesrepublik gucken, ob es da überhaupt mal einen Juden in derart hohen Positionen gegeben hat. Insofern halte ich diese Debatte um den Themenkreis „Die SED und die Juden“ für völlig überzogen. Davon getrennt würde ich die Frage nach dem Antisemitismus in der DDR betrachten und dabei zwischen einem dezidierten Antisemitismus und antijüdischen Ressentiments unterscheiden. Diese antijüdischen Ressentiments gab es seit Jahrhunderten in Deutschland. Wie sollten diese in vierzig Jahren DDR völlig verschwunden sein? Das ist doch eine Erwartung, die bar jeder historischen Vorstellung über Zeithorizonte von Mentalitätsveränderungen ist.

Brentjes: Ich würde gern noch einen Moment bei dieser SED-Problematik und Antisemitismus, Prozionismus und Antizionismus bleiben. Zunächst eine Frage: Wissen Sie, ob es spezifische Schwierigkeiten für Rückkehrer aus der Palästina-Emigration gegeben hat, etwa vergleichbar Schwierigkeiten für Rückkehrer aus der sogenannten West-Emigration?

Kuczynski: Das weiß ich nicht. Arnold Zweig hatte in diesem Sinne keine Schwierigkeiten, der hatte andere Probleme, insbesondere mit der Israel-Politik der DDR. Aber das ist nicht vergleichbar mit den Schwierig-

keiten, die man assoziiert, wenn man sagt: Juden haben Schwierigkeiten. Lea Grundig hat, soweit ich weiß, überhaupt keine Schwierigkeiten gehabt, was sicherlich mit ihrer Person zusammenhing. Aber ich muß zugeben, das ist eine Problematik, die mir sehr fern liegt. Ich weiß also gar nicht, wer alles in Palästina gewesen ist und dann Schwierigkeiten oder eben keine Schwierigkeiten gehabt hat.

Brentjes: Das heißt, diese Fragen waren damals, vor zwanzig Jahren, auch kein besonderes Thema in Ihrer Familie? In meiner eigenen Familie war es nach meiner Erinnerung so, daß wir weniger über die Palästina-Emigration als mehr und relativ früh über die Israel-Politik geredet haben. In diesem Kontext wurde dann auch darüber gesprochen, ob diese Politik Antisemitismus verkörperte oder nicht und was die Konsequenzen des jeweiligen Standpunktes waren. Das ist der Hintergrund für meine Frage: Waren diese Probleme mit der Palästina-Emigration, mit der Rückkehr von Emigranten, mit dem Staat Israel Thema in Ihrer Familie und wenn ja, welche Probleme wurden dabei gesehen?

Kuczynski: Wenn ich mich recht erinnere, spielte Palästina-Emigration ganz sicher überhaupt keine besondere Rolle. Im Hinblick auf die Israel-Politik wurde, soweit ich mich richtig entsinne, sehr klar unterschieden zwischen Antizionismus und Antisemitismus. Es war bei uns nie die Auffassung vorhanden, daß Israel etwa der Staat der Juden sei. Da leben heutzutage eine Menge Juden, aber es ist nicht *der* jüdische Staat. Sicherlich ist hinsichtlich der DDR-Politik, wie bei jeder anderen Angelegenheit, über Blödsinn, Überziehung, falsche Akzentsetzung gesprochen worden; aber daß die Israel-Politik der DDR irgendwann in die Nähe des Antisemitismus gerückt worden ist, das ist mir nicht erinnerlich. Wenn ich mich so an das erinnere, was wir damals und auch später debattiert haben, erscheint mir das ganz unwahrscheinlich. Mit zu dieser ganzen Angelegenheit gehört, daß es eine ganze Anzahl von Juden im Sinne der Nürnberger Gesetze gegeben hat, die sich vollständig davon abgewandt hatten, das Jüdische in irgendeiner Weise zu thematisieren. Einige taten das im Sinne des Internationalismus, wonach es sowieso Schwachsinn sei, über solche Sachen zu reden. Andere vermieden es im Sinne der Vorsicht – und zwar sowohl der deutschen Vergangenheit gegenüber als auch den Erscheinungen in Osteuropa, insbesondere der Sowjetunion. Eine Rolle spielte sicherlich auch die alte jiddische Mahnung „nur ka Risches“ (bloß kein Aufsehen erregen!). Ein weiteres Moment trug gewiß auch zu dieser Haltung bei – es wird heute des öfteren thematisiert, wenn auch weniger in Deutschland und mehr in den USA –, das ist die Frage des jüdischen

Selbsthasses. Wenn also Albert Norden, dessen Vater Rabbiner war, immer erklärt hat, sein Vater sei Intellektueller, Akademiker gewesen, dann gehört das natürlich auch mit dazu. Aber er hat das doch nicht gemacht, weil er Antisemitismus fürchtete, sondern weil er der Meinung war, daß das niemanden etwas angeht, denn für ihn war das fernab liegende Vergangene, von der er sich vor fünfzig oder siebzig Jahren abgenabelt und distanziert hatte – ich füge von mir aus hinzu: Sofern man das überhaupt kann. Deshalb würde ich schon sagen, daß eine ganze Anzahl von Leuten, die Juden im Sinne der Nürnberger Gesetze gewesen sind, mit Vorbedacht oder auch völlig unbewußt das Jüdische sehr weit hintangestellt haben.

Brentjes: Vielleicht eine etwas naive Frage, die aber eben aus meiner Fachperspektive geprägt ist, ein bißchen auch aus der sehr abstrusen Debatte der letzten vierzig Jahre zum Judentum: Kann man aufhören, Jude zu sein? Also die Frage heißt: Ist man mit Austritt aus der Gemeinde oder keiner Zugehörigkeit zur Gemeinde kein Jude mehr?

Kuczynski: Ja, also die Juden selbst, die haben dazu eine klare Auffassung: Wenn einer aus der Gemeinde austritt, dann wird das Kaddisch gelesen, der ist für die Gemeinde tot. Für andere stellt sich das anders dar, insbesondere wahrscheinlich für eine ganze Anzahl nichtreligiöser Juden, die sich weiterhin als Juden fühlen, auch wenn sie nicht religiös sind. Ich persönlich muß sagen, bei diesem ganzen Identitätsproblem stimme ich Gad Granach voll zu: Mir hat man gesagt, wie ich heiße, und das genügt mir! Ich habe diese Identitätsprobleme nicht. Andererseits weiß ich natürlich, daß, wenn ich irgendwo in einer fremden Gesellschaft hier in diesem Lande auftauche, 95 Prozent der Leute, sofern sie irgendwo im intellektuellen Bereich angesiedelt sind, mich sofort als Juden identifizieren. Nebbich!

Brentjes: Wenn es nur – nur in Anführungsstrichen – das wäre, wäre es relativ einfach. Aber wir haben ja eben den Faschismus hinter uns, und wir haben den Staat Israel neben, vor, mit uns, ich kann es auch erweitern, wir haben natürlich eine ausschließende deutsche Bürgerrepublik in Bezug auf Juden hinter uns und standen und stehen auch vor dem Problem der Assimilation. Also die ganze Geschichte ist angereichert mit der Frage, was ist denn diese Gruppe da, die man Juden nennt. Also es ist nicht ganz so einfach.

Kuczynski: Es ist ganz sicher nicht einfach. Aber man muß dann auch ganz klar sagen, daß das eine Folge des Faschismus und seiner Ausrottungspolitik gewesen ist und auch weiterhin ist. Die Frage, die gar nicht einfach zu beantworten ist, ist natürlich: Wonach bestimme ich mich selbst? Ich meine, ich kann mich zwar hinstellen und erklären, ich fühle mich nicht als Jude. Aber das nützt mir gar nichts, wenn 90 Prozent der Leute anderer Auffassung sind. Andererseits, weil 90 Prozent der Leute anderer Meinung sind, muß ich mich nicht dieser Meinung anschließen. Das heißt also, ich muß natürlich akzeptieren, wie ich gesehen werde, aber deshalb muß ich mich selber nicht so sehen.

Brentjes: Sie hatten das Gefühl, daß die Mehrheit der Leute in der DDR, auf die Sie getroffen sind, Sie als Juden angesehen hat?

Kuczynski: Nein, diese Bemerkung bezog sich auf die Gegenwart. Zu DDR-Zeiten war das ein völlig anderes Problem, glaube ich. Einerseits kannte sich die „Mischpoche“, das ist klar, aus verschiedenen Gründen. Aber andererseits war es für viele Intellektuelle gar keine Frage, es war gar kein Gegenstand von Interesse, ob das ein Jude ist oder nicht. Mal abgesehen davon, dieses jüdische Aussehen..., natürlich weiß ich, daß ich so aussehe, wie das immer so beschrieben wird. Ich weiß aber auch, daß es Leute gibt, die – in Anführungsstrichen – sehr arisch aussehen und völlig jüdisch sind.

Brentjes: Ja, das ist ja immer dieser berühmte Spruch über die Gojeme in Italien. Deswegen gibt es natürlich nicht so etwas wie: man sieht jüdisch aus, sondern das ist natürlich eine kulturelle Konstruktion.

Kuczynski: Ja, natürlich ist das eine Konstruktion. Aber ich meine, auch das muß man zunächst mal zur Kenntnis nehmen – ja, ich sehe halt so aus, wie die Leute sich einen Juden vorstellen.

Brentjes: Also wie die Leute sich in Deutschland einen Juden vorstellen!

Kuczynski: Ja, in Deutschland, selbstredend. Aber auch in anderen, ost- wie westeuropäischen, Ländern bin ich „erkannt“ worden.

Brentjes: Sie sagen, Sie hätten die Tatsache, daß Intellektuelle Sie aufgrund Ihres Aussehens als Juden einstufen, in der DDR nicht so deutlich erfahren wie in der Gegenwart und erklären das mit mangelndem Interesse an der Frage des Jüdischseins. Denken Sie, daß dieses Interesse tat-

sächlich einfach verschwunden war? Oder glauben Sie, daß es politisch unerwünscht war und daß dieses politische Unerwünschtsein so tiefe Wurzeln geschlagen hat, daß es wirklich spontan nicht mehr zum Tragen gekommen ist? Oder sehen Sie andere Gründe für dieses mangelnde Interesse?

Kuczynski: Ich würde sagen, politisch unerwünscht war es in jedem Falle, und das hat sicherlich auch im Sinne des sogenannten verordneten Antifaschismus einiges bewirkt. Um es mal an einem anderen Beispiel zu erläutern: Zu DDR-Zeiten war es in der Wissenschaft überhaupt kein Problem, daß Frauen da richtig tätig waren. Dieselben Leute fangen heute, zehn Jahre später, wieder an, über Frauen in der Wissenschaft zu lamentieren. Ich kann mich doch da nicht hinstellen und sagen, die haben das vor zehn Jahren nicht gemacht, weil es verboten war (abgesehen davon, es war ja gar nicht verboten). Sondern das ist ein Stück von Prägung durch gesellschaftliche Verhältnisse, die, nachdem sie sich geändert haben, wieder alte, verschüttet gewesene Verhaltensmuster freilegen. Ich kann nicht sagen, daß sie überhaupt nicht vorhanden waren, aber sie waren verschüttet, sie kamen nicht zum Tragen. Auf einmal jedoch spielen sie wieder eine Rolle, und zwar unter veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen. Insofern ist diese Sache, im Sinne von Brechts „der Schoß ist fruchtbar noch“, diese Fruchtbarkeit, diese Latenz sozusagen, sicherlich eine Angelegenheit, die über Jahrzehnte und über Generationen geht und sich nicht auf Jahre bezieht. Aber ob sie sozusagen nur virtuell da ist oder aktual, das ist ein gewaltiger Unterschied.

Brentjes: Kommen wir mal zu den konkreten Schwierigkeiten. Verstehe ich Sie recht, daß Sie eigentlich die ganze Zeit sagen: es gab keine Schwierigkeiten für WissenschaftlerInnen in der DDR, die von irgendwelchen als jüdisch zu benennenden Problemen herrührten? Also: Keine Schwierigkeiten, die aus Bindung an die jüdische Religion oder jüdische Familientraditionen oder sonstige Arten von Judentum herrührten?

Kuczynski: So allgemein würde ich das nicht sagen. Wer sich exponiert hat im Sinne des Judentums und dabei eine andere Linie beispielsweise außenpolitisch oder ideologisch vertreten hat als die SED, der wird darob ganz sicher seine Schwierigkeiten gehabt haben. Das gab es ja auch. Das ist aber das Moment, wozu ich im Grunde sehr wenig aussagefähig bin, weil ich nicht diese Herangehensweise hatte. Wenn jemand sein Judentum bewußt im Sinne auch der politischen Akzentuierung, des Ideologischen, des Verhaltens, bis hin zum Sabbat auslebt – das kann man ja durchaus

alles tun –, daß es da Probleme gegeben hat, kann ich mir sehr wohl vorstellen. Und ich will auch gar nicht in Abrede stellen, das will ich auf keinen Fall, daß das Jüdische als Thema in der DDR, nun sagen wir mal ... nicht erwünscht war, ist vielleicht ein bißchen scharf formuliert, aber so in der Richtung. Insbesondere nach dem 6-Tage-Krieg. Nur habe ich mich aus verschiedenen Gründen nicht mit Fragen befaßt – ich meine als Wissenschaftler –, die etwas mit dem Judentum als solchem zu tun hatten. Das lag einfach an meinem Fach und an meiner fachlichen Ausrichtung. Aber ich kann mir durchaus vorstellen, daß es bei anderen Themen Probleme geben konnte. Nehmen wir mal an, jemand hätte sich sehr stark dafür interessiert, über die jüdische Philosophie nicht nur in Deutschland, also in Deutschland bis 1945, sondern auch über die Nachwirkungen nach 1945 oder über das jüdische Kulturmoment in der deutschen Geschichte, auch nach 1945, zu arbeiten. Das waren sicher alles Themen, die suspekt waren, nennen wir es mal suspekt. Das ist natürlich ein Moment, das für die DDR-Kulturgeschichte insgesamt gilt. Aber das ist dann schon sehr viel spezieller als: jüdische WissenschaftlerInnen haben Probleme oder nicht. Das ist etwas ganz Spezielles, gar nicht Unwichtiges – um Gottes Willen, es gehört mit zu den Momenten eines in dieser Beziehung verfehlten Antifaschismus –, aber es ist eben nicht ein unerhört tragendes Moment für die DDR-Geschichte gewesen.

Brentjes: Zunächst noch die Frage mit Israel. Vergrößernd wird sehr häufig davon ausgegangen, daß religiös gebundene Juden oder Menschen, die aus einer jüdischen Familientradition kommen, eine spezifisch enge Beziehung und häufig eine positive Beziehung zu Israel haben, obwohl klar ist, daß das natürlich nicht so stimmt, sondern daß ich selbstverständlich antizionistische Juden habe, die ein überaus negatives Verhältnis zu Israel haben. Aber dennoch, allgemein wird sehr schnell diese Annahme vertreten. Wie war das in der DDR? Hatten Sie das Gefühl, daß in der DDR unter diesen jüdischen Wissenschaftlern in diesem weiteren Sinne eine gegen die offizielle Politik gerichtete Einstellung zum Staat Israel vorhanden war, und daß aus diesen politischen Gründen dann in der Folge Schwierigkeiten entstanden sind?

Kuczynski: Das mag es im Einzelfall gegeben haben, das will ich nicht ausschließen. Mir selbst ist es aber nicht untergekommen, auch in meinem Bekanntenkreis nicht.

Brentjes: Meine nächste Frage betrifft die mangelnde Affinität zwischen religiösem Gebundensein und der atheistischen Grundqualität der DDR

und resultiert aus den Einschränkungen, denen katholisch und protestantisch gebundene Menschen in der DDR unterworfen waren: Ist in Ihrem Bekanntenkreis jüdisch gebundenen Menschen so etwas auch passiert? Ich meine, daß sie bestimmte Dinge nicht studieren durften, daß es wichtig war, überhaupt nachzufragen, kommt derjenige aus einem mosaischen Haushalt oder nicht? Sind also sozusagen jüdisch gebundene Studierende und WissenschaftlerInnen in der DDR in analoger Weise zu christlich gebundenen Studierenden und WissenschaftlerInnen in der DDR auf ihre religiösen Bindungen hin überprüft worden?

Kuczynski: Ich muß sagen, das ist mir nie widerfahren. Das hängt aber sicherlich damit zusammen, daß eine ganze Anzahl der Leute, die im Sinne der Nürnberger Gesetze als Juden zu klassifizieren sind, bis, sagen wir mal, Mitte der achtziger Jahre überhaupt keine Affinität zu irgendeiner Art von jüdischer Gemeinde im Sinne der mosaischen Religion gehabt haben. Wenn ich mir meine Freunde gleicher Couleur ansehe, so hatten die doch alle nichts mit der jüdischen Religion im Sinn, und insofern konnten sie also gar nicht gefragt werden. Das wäre so gewesen wie bei 95 Prozent aller Deutschen, jenen, die irgendwann mal Christen gewesen und inzwischen eben atheistisch geworden oder zumindest keine gläubigen Christen mehr waren. Allerdings gab es ganz sicher Einzelfälle, Leute, die sich im Sinne eines bewußten Judentums exponiert hatten, wo das zugetroffen haben mag, deren Kinder also Schwierigkeiten gehabt haben. Ich will diese Einzelfälle nicht klein reden, darum geht es nicht, sondern es geht sozusagen um den Grundtatbestand, daß es nach meiner Erfahrung Einzelfälle waren. Ich will mal einen Namen nennen, obwohl ich gar nicht weiß, ob der Kinder hatte, Helmut Eschwege, der den Band über die Geschichte der Synagogen geschrieben hat und jahrelang um das Erscheinen des Buches in der DDR zu kämpfen hatte. Eschwege hat große Schwierigkeiten gehabt, das ist klar. Vielleicht haben seine Kinder, so vorhanden, eben darum auch Schwierigkeiten gehabt. Ich meine allerdings, das Problem der sogenannten Sippenhaft ist durchaus kein spezifisch jüdisches, sondern es wurde in der SED, in den Kommunistischen Parteien überhaupt, sehr oft von den Eltern auf die Kinder geschlossen und auch umgekehrt.

Brentjes: Vielleicht könnten Sie etwas genauer über die Probleme von Eschwege reden, damit deutlicher wird, um welche Probleme es sich handelte?

Kuczynski: Nein, das kann ich nicht. Ich weiß, daß er sie hatte, aber ich habe mich nie mit Eschwege beschäftigt. Ich glaube, ich bin ihm nicht einmal begegnet. Er gehört halt zur Geschichte, den gab es, und er hat seine Probleme gehabt, genauso, wie es Schottländer gab, der Probleme hatte, dessen Buch über die Vertreibung jüdischer Gelehrter von der Berliner Universität unter dem Faschismus nie in der DDR erscheinen durfte.

Brentjes: Gut, dann frage ich etwas praktischer nach: Gab es in Ihrem Bekanntenkreis Leute, die aufgrund von Jüdischsein, was auch immer es war, Probleme in der DDR hatten?

Kuczynski: Probleme mit der DDR?

Brentjes: Das ist dann noch mal eine andere Frage, daß sie dann Probleme mit der DDR hatten. Haben sie Probleme in der DDR, durch Institutionen, Behörden oder sonst wen bekommen?

Kuczynski: Nein, so etwas ist mir aus meinem Bekanntenkreis nicht Erinnerung. Es kann aber sein, daß bestimmte Leute sich gesagt haben: Es hat sowieso keinen Sinn, dem das zu erzählen, der ist in dieser Frage nicht ganz „zurechnungsfähig“, das kann ich nicht ausschließen. Aber das, was mir von meinen Freunden bekannt ist, da gab es in diesem Sinne keine Probleme. Es gab Leute, die ihre Probleme hatten, daß sie überhaupt in diesem Lande lebten, in diesem deutschen Lande. Das ist eine ganz andere Frage. Oder Leute, in meinem Bekanntenkreis auch, die immer bei bestimmten Altersgruppen ihre Probleme hatten, was der oder der – es waren meistens Männer – eventuell zwischen 1933 und 1945 gemacht hat. Das ist unbestritten, aber das nenne ich nicht Probleme haben aufgrund von Jüdischsein und offiziell, von Staats wegen, von Behörden, Vorgesetzten, von Lehrern usw. in irgendeine Ecke gestellt zu werden. Das ist mir jedenfalls nicht untergekommen und auch aus meinem Bekanntenkreis nicht bekannt. Doch – einen Fall muß ich ausnehmen, der hatte wirklich Probleme in der Armee, wo also irgendwelche antisemitischen Äußerungen fielen, gegen die er sich zur Wehr setzte und dann ziemlichen Ärger, auch mit seinen Vorgesetzten, bekam.

Brentjes: Haben Sie persönlich Erfahrungen aus Ihrem Umkreis, daß gläubige Juden es schwer hatten, ihren Glauben in der DDR zu praktizieren?

Kuczynski: Das weiß ich nicht. Aber ich kann mir das vorstellen, allerdings im Sinne des Praktizierens von Teilen, die mit der Gesellschaft

selbst, mit dem gesellschaftlichen Leben nicht konform gehen. Also, wer sonnabends aus religiösen Gründen nicht arbeiten gehen kann, der wird damit in einer Gesellschaft, wo sonnabends gearbeitet wird, sicher ein Problem gehabt haben. Das hat aber wenig mit Antisemitismus zu tun. Man kann es vielleicht, aber das ist eigentlich schon eine Überhöhung, mit der Frage vergleichen, ob muslimische Lehrerinnen mit einem Kopftuch in der Schule arbeiten dürfen. Wer sich dadurch eingeschränkt fühlt, muß sich natürlich sagen: Wenn ich meine Religion, meine Kultur voll ausleben will, dann kann ich das nur in einem Land und in einer Gesellschaft, in der diese Kultur dominiert. (Eine Ausnahme sind vielleicht die USA, wo einerseits das Gemisch zu groß ist und andererseits die einzelnen Gruppen so groß sind, daß sie sich im Grunde genommen völlig separieren können, solange sie nicht Karriere machen wollen. Ich kann ja in New York leben als Italiener, ohne ein Wort englisch zu sprechen, wenn ich in Little Italy lebe. Die Frage ist, was passiert, wenn ich Karriere machen will, dann muß ich sicherlich englisch sprechen.) Und wenn ich Karriere machen will in diesem deutschen Lande, dann muß ich sicher auch sonnabends arbeiten, weil es halt zu dieser Gesellschaft gehört. Das sind Sachen, wo es gut ist, sich immer zu vergegenwärtigen, daß wir in der Gegenwart in fast allen Ländern dieser Erde dominierende Kulturen haben. Und sobald ich einer anderen Kultur angehöre, kann ich damit einigermaßen zu Rande kommen, das ist sicherlich kein Problem. Aber wenn ich sie voll ausleben will, sollte ich wahrscheinlich ein Land aufsuchen, wo sie dominiert.

Brentjes: Das ist ein weitläufiges Thema, auf das ich mich ehrlich gesagt nicht einlassen will, weil die Frage eben für mich schon darauf hinausläuft, wie flexibel Kulturen sind oder wie mobil sie sein sollten, sein müssen, wofür man eintreten können sollte, was akzeptable Verzichtsleistungen von allen Beteiligten sind, wohlgemerkt von allen Beteiligten – also das ist mir, wie gesagt, ein zu weites Feld für dieses Interview. Lassen Sie uns noch einmal auf die Frage des Antisemitismus in der DDR zurückkommen, zum einen unter der Perspektive, was in den letzten zehn Jahren dazu geschrieben worden ist, was ich überhaupt nicht überblicke, Sie vielleicht aber doch, und zum anderen noch einmal aus der inneren DDR-Erfahrung heraus. In welchen Formen haben Sie Antisemitismus in der DDR erlebt? Wie würden Sie Antisemitismus in einer Kurzform überhaupt beschreiben wollen? In welchen Formen haben Sie ihn als Handlungsleitend für Partei- und Staatsorgane erlebt, wenn Sie ihn denn erlebt haben?

Kuczynski: Handlungsleitend habe ich ihn überhaupt nicht erlebt. Was ich an Antisemitismus erlebt habe, ist im Grunde dieses mehr oder minder Antijüdische, was seit 2000 Jahren in Europa in der einen oder anderen Form vorhanden ist. Michael Romm hat ja einen sehr guten Film über den gewöhnlichen Faschismus gemacht; ich würde noch nicht einmal sagen, daß sich das auf dieser Ebene bewegt hat. Sondern es sind diese Prägungen, wo man auch erleben konnte, daß den Leuten das überhaupt nicht bewußt gewesen ist. Wenn man die Wendung „Der klaut ja wie ein Jude“ mit der Feststellung „Ich wußte gar nicht, daß ich soviel klaue“ beantwortete, dann war der andere in der Regel völlig vom Donner gerührt, d.h. es war völlig klar, daß der nicht im Traume daran gedacht hatte, die Juden in concreto zu meinen. Aber das kann ich gerade nach den Erfahrungen des Faschismus nicht als Antisemitismus klassifizieren, sondern das ist das antijüdische Ressentiment zweitausendjähriger europäischer Geschichte. Was ja um Gottes Willen nicht nur in der DDR, in Deutschland oder in Osteuropa, sondern auch in Frankreich, in England usw., vielleicht am wenigsten noch in Italien oder in Spanien, vorhanden ist. Das kann ich also nicht allein auf die DDR beziehen und schon gar nicht auf „Die SED und die Juden“.

Brentjes: Kommen wir mal zu der Frage der jüdischen Themen in den Wissenschaften in der DDR zurück. Es ist ja nicht schwer vorstellbar, daß man innerhalb der spezifischen politischen und ideologischen Grenzen, denen die Wissenschaft in der DDR ausgesetzt war, sehr wohl auch jüdische Themen hätte verfolgen können und dieses ja auch getan hat. Eine Frage für mich ist nun: Finden Sie es auffällig, daß Wissenschaftler mit einem jüdischen Hintergrund, wie stark oder schwach der auch gewesen sein mag, sich solchen Themen eher nicht zugewandt haben, und was verbirgt sich dahinter? Ist das eine bewußte Verdrängung gewesen, ein bewußtes Nichtinteresse, irgendwo ein unterschwelliges Gefühl, es sei eher gefährlich, problematisch, nicht lohnenswert, was auch immer?

Kuczynski: Das ist sicherlich ein sehr weites Feld, und da spielen sicherlich eine Vielzahl Momente eine Rolle. Einige habe ich ja auch schon genannt, daß man sich bewußt abgewandt hatte oder daß, sozusagen aufgrund der historischen Erfahrungen, Einzelne überhaupt keinen Wert darauf legten, als jüdisch klassifiziert oder auffällig zu werden. Bei einigen spielte sicherlich auch das Problem der Befangenheit eine Rolle: Man hütet sich davor, gerade unter dem Gesichtspunkt dessen, was vorher gewesen ist, gegenüber dem Judentum in diesem Lande kritisch aufzutreten. Unkritisch kann man aber nun wahrlich kein Volk betrachten! Ja, es gibt

ganz sicher auch dieses Moment – wenn ich etwas nicht kritisch betrachten kann, und zwar nicht, weil es verboten ist, sondern weil ich es in diesem deutschen Lande nicht kritisch betrachten will, dann lasse ich es sein. Und das bekommt dann im Nachhinein eventuell das Flair eines Tabus, aber es ist ein Tabu ganz anderer Art.

Brentjes: Ja, ich verstehe das ganz gut, weil ich auch immer Schwierigkeiten damit habe. Man kann nicht unkritisch mit dieser Frage umgehen, schon gar nicht seit der Existenz des Staates Israel, seinen Ansprüchen und seiner Politik, aber es ist sehr schwierig, Öffentlich damit kritisch umzugehen, wenn man in diesem Lande lebt. Nach der Geschichte von 1933 bis 1945 ist es eben wirklich sehr kompliziert, sich öffentlich mit diesem Thema zu beschäftigen, jedenfalls viel komplizierter als jedes x-beliebige andere Thema. Insofern kann ich das sehr gut verstehen, daß da eine ganze Reihe von Ressentiments, Vorbehalten, Vorsichten eine Rolle gespielt haben und nicht dieses einfache: Es könnte sozusagen durch die Politik der DDR oder der SED tabuisiert worden sein. Vielleicht eine letzte Frage: Nun leben wir seit zehn Jahren nicht mehr in der DDR, viele Dinge haben sich geändert, auch die Perspektive auf die DDR hat sich selbstverständlich geändert. Zum Thema jüdischer Wissenschaftler in der Bundesrepublik: haben Sie diesbezügliche Erfahrungen und wenn ja, wie sehen die aus?

Kuczynski: Ich bin für 98 Prozent der bundesdeutschen Wissenschaft persona non grata – das hat natürlich nichts mit meinem Judentum zu tun –, insofern sind meine Erfahrungen außerordentlich gering. Ebenso weiß ich, daß dieser Gesamtkomplex jüdische Wissenschaft, um das mal im Cohenschen Sinne so zu definieren: die Wissenschaft vom Judentum, in der alten Bundesrepublik in ganz anderer Weise punktuell gepflegt worden ist, punktuell dreimal unterstrichen. Eben diese Zentren für jüdische Studien, die es ja partiell gibt, sehr partiell, aber immerhin, oder auch einen Lehrstuhl für Judaistik usw. All das, was in der DDR doch sehr suspekt war, das spielte in der Bundesrepublik eine größere Rolle für diejenigen, die sich interessierten, und es spielt sicherlich auch heute eine größere Rolle, als es damals in der DDR der Fall gewesen ist. Ich weiß nicht, ob es in der neuen Bundesrepublik eine größere Rolle spielt als in der alten von vor 1990. Das vermag ich nicht zu beurteilen. Aber ich würde glauben, auch einfach aufgrund ihrer Anzahl – ich meine, wir sprechen ja hier immer über Promilleanteile –, daß die meisten von den Wissenschaftlern, die man im Sinne der Nürnberger Gesetze als jüdische klassifiziert hätte, völlig unbehelligt arbeiten können. Sicherlich gibt es

Antisemiten, darüber wird ja auch berichtet, aber die heutige Situation ist auf gar keinen Fall mit der Weimarer Republik zu vergleichen, wo ja die Leute durchaus wußten: Als Jude kann ich hier keine Karriere machen. Das spielt, glaube ich, heute, auch in der vergrößerten Bundesrepublik, so gut wie keine Rolle, also es ist mir jedenfalls nicht untergekommen. Wo- bei ich sagen muß, daß meine Kontakte zur scientific community natür- lich nicht sehr eng, sondern nur punktuell sind.

Brentjes: Ich muß noch eine allerletzte Frage dieser ohnehin schon letz- ten Frage hinterher schieben: Sie haben jetzt wiederholt so eine Wen- dung gebraucht wie: die im Sinne der Nürnberger Gesetze als Juden zu definieren waren oder sogar sind. Ich muß gestehen, als Sie es das erste Mal gemacht haben, habe ich leichte Magenschmerzen bekommen und gedacht, oh Gott, was mache ich denn nun?! Haben Sie kein Problem mit solchen Formulierungen, und warum verwenden Sie sie?

Kuczynski: Das will ich Ihnen sagen: Weil auch ich der Meinung bin – ich glaube, ich habe die Formulierung das erste Mal bei Peter Gingold gelesen –, daß ohne 1933 eine ganz große Anzahl von Juden gar nicht gewußt hätte, daß sie Juden sind. Das war für die völlig tertiär, nicht ein- mal sekundär. Nach 1933 bis 1945 ist das nicht mehr zu verdrängen, daß auf einmal festgestellt werden mußte, 33/34: Ja, ich gehöre nicht dazu. Vor 1933, da spielte diese Frage des Dazugehörens für so und so viele gar keine Rolle, aber auf einmal, staatlich verordnet, spielte es eine Rolle. Und das ist ein derartiger Einschnitt in der Geschichte, daß ich schon be- haupten möchte, daß viele von denen, die sich heute ohne Wenn und Aber als Juden bezeichnen, das nur auf der Grundlage der Geschichte seit 1933 tun können: Sie tun es, weil sie bzw. ihre Eltern oder Großeltern durch die Nürnberger Gesetzgebung, durch den Faschismus, dazu gezwungen wur- den, Juden zu werden. Ich sage es auch deshalb, weil so und so viele sich dessen nicht bewußt sind, daß ihr Judentum ein Resultat des Faschismus ist; es klingt paradox, aber es ist so.

Brentjes: Ich kann da sicher ein Stück weit mitgehen, denke aber, daß auch diese Frage wieder komplizierter ist. Ich denke, es gibt auch eine verwandte Aussage aus der zionistischen Bewegung heraus. Deshalb war meine frühere Frage, kann man aufhören, Jude zu sein, nicht so spöttisch gemeint, wie sie vielleicht geklungen hat. Es gibt ja aus der jüdischen Bewegung heraus in der Tat die Aussage, daß man nicht aufhören kann, Jude zu sein, daß es notwendig ist, „den Juden“ ins Gedächtnis zu rufen, daß sie Juden sind und daß sie eine Verpflichtung haben. Nur aus dieser

Perspektive ist die Entwicklung von Israel und seinen Einwanderungsbe- stimmungen nachvollziehbar. Das ist natürlich auch wieder paradox, weil der Staat Israel eine Konsequenz des Faschismus ist.

Kuczynski: Ja, und ihre Einwanderungsgesetzgebung ist akkurat die der Nürnberger Gesetze und nicht eine andere. Es ist auch historisch völlig verständlich, daß sie 1948 nicht eine Unterscheidung getroffen haben zwischen Opfern, die immer Juden waren, und Opfern, die zu Juden ge- macht wurden. Das ist mir historisch völlig verständlich, aber man muß es wissen. Was die Verpflichtung angeht: Ich habe Verpflichtungen als Mensch, und denen habe ich zu genügen.

Ernst Grumach

Universalgelehrter von internationalem Rang
und Zeitzeuge sui generis

Günter Wirth
Berlin

Als ich zu Beginn der fünfziger Jahre an der Berliner Humboldt-Universität studierte und im damaligen *Auditorium maximum* germanistische Vorlesungen hörte, sah ich in den Pausen ab und zu einen

etwa Fünfzigjährigen, der, zumeist im lebhaften Gespräch mit Lehrern oder Schülern, aus dem Winckelmann-Institut kam oder den Weg dorthin suchte. Einmal, mehr zufällig, hörte ich von einer Kommilitonin, von der ich wußte, daß sie klassische Philologie hörte, dies sei Ernst Grumach, und als sie den Namen aussprach, geschah dies nicht ohne den Unterton der Verehrung für den Lehrer. Obwohl ich jenseits der Germanistik in allen nur möglichen Disziplinen „vagabundierte“, Klemperer, Meusel und Niekisch, Hamann und Kurth (also die Kunsthistoriker), die Theologen Heinrich Vogel, Walter Elliger und Rudolf Hermann, nicht zuletzt die unfreiwillig aus der philosophischen Fakultät in die theologische gewechselte Liselotte Richter (über Kierkegaard) hörte, war ich, des Griechischen nicht mächtig, Grumach als Lehrer nicht begegnet. Als meine Kommilitonin seinen Namen aussprach, fiel mir allerdings ein, daß ich Ende 1949 (ich war Redaktionsvolontär der Potsdamer CDU-Zeitung *Märkische Union*) ein bei Stichnote in Potsdam erschienenenes zweibändiges Werk „Goethe und die Antike“ in der Buchhandlung des damaligen CDU-Stadtverordneten (und 1950 für lange Jahre verhafteten) Erich Ebert in der Hand gehabt und vor allem im Nachwort geblättert hatte. Dieses Nachwort mit einer Hommage an Grumach hatte Wolfgang Schadowaldt geschrieben, der berühmte Graecist, auf dessen Homer-Buch uns unser Freiburger Deutschlehrer mit Nachdruck hingewiesen hatte. Später hörte ich Grumachs Namen in germanistischen Vorlesungen Leopold Magons, der uns immer wieder darauf aufmerksam machte, daß sein Kollege von der Akademie der Wissenschaften an einer neuen Ausgabe von Goethes Werken arbeite, der „Divan“ sei schon in wesentlichen Teilen herausgekommen.

hochschule ost 1-2/1999

Klassische Philologie und Goethe-Forschung, ja in eins gesehen: „Goethe und die Antike“ – damit schien für den dreiundzwanzig-, vierundzwanzigjährigen Studenten der Umkreis eines Wissenschaftlers, mit dem er nicht unbedingt zu tun hatte, ausgeschritten zu sein. Tatsächlich sind es diese Forschungsbereiche, die charakteristisch für den Radius von Grumachs Lebenswerk waren, und doch bestimmen sie, was ich aber erst später realisierte, noch längst nicht authentisch das Gesamtbild des Gelehrten – ich nenne nur die Stichworte: Aristoteles und Aegaeis.

Vor allem aber blieb mir bis in die frühen neunziger Jahre hinein verborgen, welch ein schicksalhafter Hintergrund die mir bis dahin ohnehin nur in Umrissen bekannte wissenschaftliche (geschweige denn die intellektuelle) Biographie Ernst Grumachs überschattete. Zuerst las ich nämlich mit einer gewissen Überraschung, Grumach sei einer der Dozenten in der Lehranstalt für die Wissenschaft des Judentums in den späten dreißiger Jahren gewesen – und dann mit Leo Baeck der letzte überhaupt (1941/42). Schließlich stieß ich in Scholems Briefwechsel darauf, welchen zwangsweisen Verpflichtungen sich Grumach zwischen 1941/42 und 1945 unterziehen mußte. Er überlebte, weil er mit einer „arischen“ Frau, Grete, geborene Breuer, verheiratet war, und von ihr hat Ernst Grumach gesagt, daß er ohne sie die Zeit der Verfolgung nicht durchgestanden hätte.

Die Königsberger Anfänge

Am 7. November 1902 wurde Ernst Grumach in Tilsit geboren. Sein Vater war Rechtsanwalt; er verstarb früh und blieb ohne prägenden Einfluß. Seine Mutter Friederike, geb. Mendelsohn, 1865 geboren, wurde noch im hohen Alter verschleppt und kam im Konzentrationslager ums Leben, ebenso seine 1895 geborene Schwester Betty (Salomon), die als Pianistin ausgebildet worden war.

Ernst Grumach besuchte das Realgymnasium zuerst in Tilsit, dann in Allenstein und zuletzt in Königsberg, und dort machte er das Abitur. Seine Studien, übrigens zunächst in der juristischen Fakultät, begann er an der Albertus-Universität zu Königsberg. Aus deren Anfängen ist (aus den „Kant-Studien“, dem Organ der Kantgesellschaft) übermittelt, daß in der zweiten Hälfte des Jahres 1921 der Student Ernst Grumach in Königsberg der Kantgesellschaft beigetreten sei, und im gleichen Zusammenhang war zu lesen, daß auch eine Königsberger Studentin namens Hannah Arendt diesen Schritt gegangen sei.

Grumach hat im Lebenslauf zu einem Fragebogen der Akademie der Wissenschaften angegeben, er habe Philosophie u.a. bei Ernst Troeltsch,

hochschule ost 1-2/1999

Karl Jaspers und Martin Heidegger gehört. Das bedeutet, daß er auch in Berlin (dort vor dem 1. Februar 1923, dem Sterbetag Troeltschs), Heidelberg und Marburg (und in Leipzig) studiert hat. Am eindrucklichsten müssen die Vorlesungen Heideggers auf ihn gewirkt haben; er auch ist es gewesen, der Grumach für die griechische Philosophie interessierte und ihm (wie übrigens auch Gadamer) nahelegte, zuvor Griechisch zu lernen. Als seinen Lehrer in Ägyptologie nannte er Walter Wreszinski, 1920 Ordinarius in Königsberg geworden und außerdem Herausgeber der *Orientalistischen Literaturzeitung*. Was schließlich die klassischen Altertumswissenschaften angeht, so waren seine Lehrer in Königsberg u.a. Ernst Bickel, Homerforscher wie sein dortiger Nachfolger (1928) Wolfgang Schadewaldt, weiterhin der Österreicher Johannes Mewaldt. In Marburg hatte Grumach bei Paul Friedlaender (1882–1968) gehört; der 1935 in Halle/S. Entlassene ging 1939 in die USA. Überdies fühlte sich Grumach Richard Harder, dem Mitherausgeber der Zeitschrift *Gnomon*, und (dem 1935 in Kiel entlassenen) Felix Jacoby, Herausgeber einer Reihe von klassisch-philologischen Studien, verpflichtet; Jacoby war 1935 nach England emigriert und 1956 in die Bundesrepublik zurückgekehrt.

Besonders Harder, dem eigentlichen Doktorvater, Friedlaender und Jacoby dankte Ernst Grumach, als er 1932 in der bekannten Weidmannschen Buchhandlung, gleichsam dem Verlag der Berliner Universität, in der Reihe „*Problemata. Forschungen zur klassischen Philologie*“ seine überarbeitete Königsberger Dissertation von 1929 publizieren konnte. Im Vorwort zu dieser (1966 in Berlin/Zürich/Dublin neu gedruckten) Arbeit „*Physis und Agathon in der Alten Stoa*“ heißt es – und hier ergibt sich schon früh der innere Zusammenhang in der gesamten wissenschaftlichen Arbeit Grumachs:

„Den ersten Anstoß zur Beschäftigung mit der Stoa habe ich im Jahre 1925 durch eine Anregung M. Heideggers erhalten. Wieviel die Arbeit auch im einzelnen Heidegger verdankt, wird der Leser von selbst erkennen...“

Nicht zuletzt wird der letzte Satz des knappen Vorworts zur Kenntnis zu nehmen sein, nämlich der Dank an H. Arendt, also an die Königsberger und Marburger Studienfreundin, für die „wertvolle Hilfe“ bei den Korrekturen.

Ausgangspunkt dieser frühen Arbeit, deren Bedeutung noch jeder Laudator Grumachs beredt herauszustellen pflegte, war die Frage nach dem Verhältnis von Natur als ethischer und politischer Norm und Sittlichkeit im griechischen Denken. Das Systematische und das Historische dieser Fragestellung aufeinander beziehend, schreibt Grumach:

„Der Ausgleich des Gegensatzes zwischen natürlicher Güterethik und sokratischer Moral wird daher zu einer Existenzfrage für den Griechen im Ausgang der klassischen Zeit und wird auf immer neue Weise versucht, meist allerdings

auf dem Wege des Kompromisses, indem man entweder die Strenge des ethischen Rigorismus zu mildern oder den äußeren Gütern wenigstens einen relativen und bedingten Wert neben den sittlichen Werten zu geben versucht. Ohne Kompromiß gelingt es nur der Stoa, diese Aufgabe zu lösen. Sie allein hält an dem Grundsatz, daß nur das sittliche Handeln... absoluten Wert besitzt, mit unerbittlicher Strenge fest und vermag es doch, auch den äußeren Gütern, den 'naturgemäßen' Dingen, ihre feste Stellung neben den sittlichen Werten zurückzugeben, indem sie beide in einer umfassenden Naturlehre fundiert. Darin liegt die 'Brauchbarkeit' ihrer Moral und das Geheimnis ihres Erfolges.“

Nach genauen Einzeluntersuchungen kommt der junge Wissenschaftler zu diesem Ergebnis:

„... die Natur arbeitet wie der schaffende Künstler in einer festen Ordnung und zweckvoll, aber sie schafft dennoch nur durch stoffliche Ursachen. Ihr Begriff verschmilzt daher mit dem der Ananke, da die stoffliche Ursache, wie schon für Plato und Aristoteles..., zugleich die notwendige ist. Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit, bei Plato noch streng geschieden, bei Aristoteles einander ergänzend und bedingend..., fallen hier also völlig zusammen: alles Notwendige ist auch zweckvoll und gut. Hatte Plato für die vollendete Ordnung des Kosmos eine besondere Zweckursache verlangt, da keine Ordnung sich aus dem zufälligen Zusammenwirken realer Ursachen ergibt, so geht die Stoa jetzt den umgekehrten Weg, eben jenes Zusammenwirken realer Ursachen für nicht zufällig zu erklären: wenn in der Welt eine Ordnung besteht, so können auch ihre Ursachen keinen zufälligen Zusammenhang haben. Die Stoa zieht also den umgekehrten Schluß aus der Ordnung der Welt auf die Ursachen: wenn eine Ordnung durch reale Ursachen entsteht – und es gibt nur reale Ursachen –, so muß diese Ordnung ursprünglich schon in den Ursachen und deren Ordnung wieder in einer entsprechenden Ordnung ihrer Ursachen gelegen haben und so immer weiter bis ins Unendliche zurück. Der Zusammenhang der Ursachen, ..., ist also eigentlich selbst der Kosmos, die große Ordnung, nach der sich alles vollzieht, die schon von Ewigkeit her wirkt und sich mit jedem neuen Wechsel von Ursache und Wirkung stärker entfaltet. Damit geht der Begriff der Physis und der Ananke schließlich in den der Heimarmene und Pronoia über...“

Offensichtlich parallel zur Ausarbeitung seiner Dissertation konnte sich Grumach ab Juli 1928, unterstützt von der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft, einer einjährigen bibliothekarischen Ausbildung an der Königsberger Staats- und Universitätsbibliothek unterziehen – es sollte dies eine später für ihn lebenswichtige Qualifikation werden.

Von 1930 bis 1933 war Grumach Lektor für Latein und Griechisch an der Königsberger Universität, und als er wegen seiner jüdischen Herkunft im Sommersemester 1933 seine Tätigkeit einstellen mußte, bekam er ein Zeugnis, das u.a. von Prof. Theiler, dem späteren Berner Ordinarius, mit dem er in lebenslangem wissenschaftlichen Verkehr blieb, unterschrieben worden war und nachdrücklich hervorhob, daß der Ausbau der Institution lateinischer und griechischer Einführungsübungen für Realschüler „im wesentlichen sein Werk“ gewesen sei. Dieses Zeugnis, dessen letzter Satz

unverschlüsselt auf die Ursachen des Abgangs von der Universität verweist, liegt in Grumachs Unterlagen im Archiv der Humboldt-Universität. Angesichts dieses Zeugnisses ist es nicht verwunderlich, daß Grumach später berichten konnte, es sei ihm eine würdige Verabschiedung zuteil geworden.

In der Folgezeit war Ernst Grumach im Schatten der, zumal seit der „Nürnberger Gesetzgebung“, anwachsenden repressiven Maßnahmen in der kleinen jüdischen Buchhandlung tätig, die seine Mutter betrieben hatte, als sie nach dem frühen Tod ihres Mannes den Lebensunterhalt der Familie aufbessern mußte. Trotz mancher Aufträge früherer Kollegen konnte er sich und seine Frau gerade so wirtschaftlich „über Wasser halten“; allerdings blieb er in Kontakt mit der Welt der Bücher. Im Februar 1937 mußte das Geschäft aufgrund eines Einspruchs der „Reichskulturkammer“ und deren administrativer Vorgaben schließen.

By his personal and intellectual qualities

Unter diesen Umständen mußte es für Grumach eine Chance in der Klammer mit dem Vorzeichen der Repression sein, daß er 1937 – in dem Jahr, in dem auch seine Tochter geboren wurde – einen Ruf an die Berliner Lehranstalt für die Wissenschaft des Judentums erhielt. Ob dies aufgrund einer Bewerbung geschah oder durch die Vermittlung jüdischer Wissenschaftler, die seine wenigen, aber profunden Arbeiten kannten, läßt sich nicht erschließen. Tatsächlich hatte Grumach, nachdem er 1931 in der *Orientalistischen Literaturzeitung* unter dem schlichten Titel „Ägäisches“ das ankündigte, was zuletzt sein hauptsächlich wissenschaftliches Proprium ausmachte, 1934 noch eine Arbeit („Lydische Studien“) im *Archiv für Orientforschung* publizieren können. Was Ernst Simon generell für die deutschen Juden, die (noch) nicht hatten emigrieren können, wollen oder dürfen, den „Aufbau im Untergang“ genannt hat, also die Entfaltung innerjüdischer Kommunikation, jüdischer Tradition, Kultur und speziell jüdischen Lernens – das konnte individuell wie auf andere so auf Ernst Grumach bezogen werden. Als er 1937 an die Lehranstalt kam, erreichte sie im Gefüge dieses „Aufbaus im Untergang“ im Sommersemester mit 141 ordentlichen und außerordentlichen Hörern und im Wintersemester 1937/38 mit 129 Hörern quantitativ ihren Höhepunkt, der qualitativ gedeckt wurde durch die Berufung bedeutender Wissenschaftler, die ihren Platz in den deutschen Hochschulen aufgeben mußten (22 Dozenten im Wintersemester 1937/38); ich nenne nur den Nationalökonom Franz Oppenheimer, den Heidelberger Althistoriker Täubler und die Husserl-Schüler Arnold Metzger und Fritz Kaufmann und eben

Ernst Grumach. Im Nachruf auf Grumach in *AJR Information* (Mitteilungsblatt der „Association of Jewish Refugees in Great Britain“) vom November 1967 hat Richard Fuchs, früher hoher Beamter in Reichsministerien, Emigrant in England und später zeitweilig Rechtsberater der englischen Botschaft in Bonn, geschrieben – und seinem Urteil kommt als seinerzeitigem Mitglied des Kuratoriums der Lehranstalt und ihrem Historiker besondere Bedeutung zu:

„His next academic teaching appointment was at the Berlin Lehranstalt fuer die Wissenschaft des Judentums which, after 1933, introduced courses on non-Judaistic subjects in order to offer Jewish students, then eliminated from German universities, a comprehensive academic education. This gradual transformation of the Lehranstalt into a kind of Jewish university had to be carried out as unobtrusively as possible, because it ran against Nazi policy and was therefore illegal. When, in 1937, teaching of Greek and Latin philology was introduced, Grumach was invited to join the teaching staff. He accepted enthusiastically, happy to renew his academic teaching and to be relieved of the worry how to provide a livelihood for his family. By his personal and intellectual qualities he became one of the most popular members of the Lehranstalt. He continued his activities under the most difficult circumstances until the Lehranstalt was closed by order of the Nazis on July 19, 1942.“

Bei anderer Gelegenheit, etwa in einer frühen historischen Studie über die Lehranstalt im Jahrbuch XI des Leo-Baeck-Instituts London, Jerusalem, New York von 1967, hat Fuchs die Bedeutung des Lehrers Grumach hervorgehoben: „By his personal and intellectual qualities he contributed greatly to the atmosphere of our community...“ Überdies geht aus einer Studie von Christhard Hoffmann im Jahrbuch XXXVI dieses Instituts von 1991 hervor, wie Grumach auch in relevante Entscheidungsprozesse in der Lehranstalt, etwa im Zusammenhang mit der 1938/39 aufgeworfenen Frage des „Transfers“ der gesamten Lehranstalt nach England, involviert war. Aufgrund des Einblickes in den in Jerusalem liegenden Nachlaß Grumachs und vor allem auch in den von Liebeschütz (in London) war es Hoffmann möglich, dieses aus unterschiedlichen Gründen dann doch nicht realisierte und zuletzt vom Kriegsausbruch endgültig verhinderte Vorhaben aus dem Briefwechsel Grumachs mit dem Hamburger jüdischen Gelehrten Hans Liebeschütz, der auch an der Berliner Lehranstalt – zum Teil mit Grumach gemeinsam – Seminare abhielt und allerdings 1939 nach England emigrieren konnte, zu erschließen.

Wenn sich Liebeschütz und Grumach damals so nahe waren, wird nicht auszuschließen sein, daß Grumach von den Auffassungen des befreundeten Kollegen zum jüdischen Lernen tangiert war, die er später auf die Formel brachte: „Von Simmel zu Rosenzweig“. Diese Frage wird auf andere Weise auch von Herbert A. Strauss aufgeworfen, der gewissermaßen der letzte Schüler Leo Baecks und Ernst Grumachs, als den 1941/42

letzten Dozenten der Lehranstalt, gewesen war und dem noch 1943 die Flucht in die Schweiz gelang. Der spätere renommierte Historiker und zeitweilige Direktor des Instituts für Antisemitismusforschung an der TU Berlin hat 1989 in einem Vortrag (den ich nach einer Manuskript-Kopie zitiere) die letzten Jahre der Hochschule für die Wissenschaft des Judentums (für ihn blieb die in der Zeit der Weimarer Republik erreichte Einordnung der Lehranstalt gültig!) gewürdigt und hierbei vor allem die Stellung der allgemeinwissenschaftlichen Abteilung herausgestellt (ohne etwa die im engeren Sinne „theologische“ Abteilung mit ihrer seit jeher bekannten Qualität zurückzustellen). Strauss fügte – wiederum vor allem mit Blick auf Liebeschütz und Grumach – hinzu, daß für viele der Dozenten der allgemeinwissenschaftlichen Abteilung die Wissenschaft des Judentums erhebliche Bedeutung gewonnen habe:

„Grumach hat sich in Veranstaltungen zum Hellenismus mit dem Antisemitismus, der jüdisch-griechischen Begegnung, mit Fragen der religiösen und kulturellen Assimilation und des antiken Synkretismus auseinandergesetzt. Ich werde nie die Besorgnis vergessen, die wir mit ihm empfanden, als er ein Vorlesungsmanuskript zum antiken Antisemitismus auf der Berliner Stadtbahn liegen ließ und Gestapofolgerungen befürchtete, die dann erfreulicherweise nie eintrafen...“

Noch eingehender und persönlicher wird das Profil des Gelehrten und Menschen Ernst Grumach dort gewürdigt, wo Strauss „Eine jüdische Jugend in Deutschland 1918–1943“ unter dem Titel „Über dem Abgrund“ beschrieben und dabei eindrücklich seiner Lehrer, eben vor allem auch Grumachs, gedacht hat, und allein schon das eben zitierte Vorkommnis erweist, wie nah sich Grumach und sein Schüler damals waren (zeitweilig buchstäblich insofern, als Strauss in der Charlottenburger Schlüterstraße in dem Haus untergekommen war, in dem Grumach wohnte – und daher hat Grumach über die Wirren der Repression und des Krieges, „über den Abgrund“, eine Reihe persönlicher Papiere und Materialien seines Schülers retten können).

In den ausführlichen Texten über Grumach bezeichnet ihn Strauss als den „wohl bedeutendsten Lehrer“, bei dem er „das Glück gehabt habe, bis 1942 studieren zu können“:

„Wir beschäftigten uns jeweils zwei Semester lang mit Heideggers Hauptwerk ‚Sein und Zeit‘ und Kants ‚Kritik der reinen Vernunft‘, ohne daß er uns zu Proselyten des Existenzialismus als der einzig wahren zeitgenössischen Philosophie gemacht hätte. Er war kein Ideologe und lehrte mich, den Verlockungen vorschneller Verallgemeinerungen und globaler Spekulationen zu widerstehen... Er... gab sich ... nicht mit dem positivistischen Detail zufrieden. Ich ging davon aus, daß er den Wert wissenschaftlicher Arbeit gewidmeter Lebenszeit kannte, als mir selbst immer schmerzlicher bewußt wurde, daß wir womög-

lich bereits seit einer geraumen Weile über einem Abgrund leerer Zeit balancierten...“

Zwischen 1939 und 1942 hatte Strauss 15 Vorlesungen und Seminare bei Grumach belegt – ein Ausweis für die Intensität akademischen Lebens im Schatten der Verfolgung, und da sich Grumach und Strauss „lokal“ nahe waren, kam letzterer „in den Genuß, Einzelunterricht in deutscher Literatur der Klassik und des 19. Jahrhunderts zu erhalten, von der epigrammatischen Literatur des alten Goethe (*Gespräche mit Eckermann*, *Gespräche mit Kanzler Müller*) über Kierkegaard (natürlich aus dem Dänischen übersetzt) bis hin zu Gottfried Keller, Adalbert Stifter, Nietzsche, Jacob Burckhardt, Bachofen und Overbeck am Ausgang des Jahrhunderts...“

Zu Grumachs Auffassungen über die Rolle der jüdischen Gemeinschaft, des jüdischen Volkes äußerte sich Strauss in der autobiographischen Rückschau über die seinerzeitigen Gespräche und Auseinandersetzungen so:

„Organisierte Religion war für ihn eine Sache der Religionsgeschichte. Sie beruhte seinem Verständnis nach auf der unentrinnbaren Verlorenheit der menschlichen Existenz in einem Universum, dessen Pascalscher Schrecken und Heideggersche Einsamkeit nur zu ertragen waren, wenn sie zur ‚Religion‘ wurden, sei es in der Form mythischer Rituale oder sublimer theologischer Spekulation. Als die Makkabäer und später die Pharisäer die jüdische Geschichte vom Kurs der kulturellen Verschmelzung ablenkten, hätten sie damit eine zweitausend Jahre währende Leidensgeschichte in Gang gesetzt. Hier war ein jüdischer Deutscher, der sich von der Verzweigung der existenzialistischen Revolution in der modernen Philosophie angezogen fühlte und sich der Auseinandersetzung mit der neuen jüdischen Vitalität, wie sie der osteuropäische Kulturnationalismus und die Impulse des politischen Zionismus hervorbrachten, verweigerte. Daß er die Möglichkeit, Glauben und Modernität miteinander ins Gespräch zu bringen, ausschloß, deutete die Grenzen an, die ihm an der Hochschule gesetzt waren. Ich selbst empfand seine so andersartige Denkweise als äußerst belebend.“

Zwangsarbeit eigener Art

Im Lebenslauf für die Akademie der Wissenschaften hat Grumach angegeben, ab 1942 für die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland (konkret im Umfeld der Gestapo) tätig gewesen zu sein. Vermutlich war dies auf Veranlassung von Leo Baeck, in dessen 1938 noch erschienener Festschrift zum 25. Jahrestag seiner Dozentur Grumach mit einer das gesamte wissenschaftliche Umfeld ausleuchtenden Arbeit über das altsemitische Alphabet und seine Herkunft vertreten war, geschehen. Als sich Gershom Scholem am 5. Oktober 1947 in der Tageszeitung *Ha 'arets* „Zur Frage der geplünderten jüdischen Bibliotheken“ äußerte, schrieb er u.a. – und

mit den hier nur knapp zitierten Bemerkungen Scholems ist die Problematik angedeutet, um die es eigentlich geht, nämlich um den Naziplan des Aufbaus eines „Gegnerbibliothek“:

„Interessant ist auch folgendes Detail: In jener Abteilung in Berlin begann man mit der Errichtung einer besonderen Bibliothek, die alles enthalten sollte, was von Juden oder Halbjuden auf allen Gebieten der Wissenschaft und der Literatur geschrieben und gedruckt worden war. Diese Sammlung, die rund 60.000 Bände umfaßte, als sie in die Tschechoslowakei geschickt wurde, wäre sicher ein besonderes Andenken an den Beitrag der Juden zur allgemeinen Kultur der letzten hundert Jahre gewesen. Jüdische Fachleute aller Gebiete haben an der Erstellung dieser Sammlung mitgearbeitet, deren Katalog ich noch teilweise in Berlin gesehen habe. Ich habe mit einem angesehenen Mann gesprochen, der Zwangsarbeit bei der Errichtung dieser Bibliothek geleistet hat. Er sagte mir, die jüdischen Arbeiter hätten sich dieser Sache mit großer Begeisterung gewidmet. Sie trugen sich mit der Hoffnung, daß es ihnen gelingen würde, die Sammlung in ihrer Vollständigkeit bis zur Niederlage des Reiches zu bewahren. Man würde dann ein grossartiges Denkmal für unsere kulturelle Leistung haben, eine Sammlung, die ihresgleichen nirgends auf der Welt hat. Ihre Hoffnung hat sich nicht erfüllt, die Sammlung ist verschwunden.“

Dieser „angesehene Mann“ war Ernst Grumach, dem Scholem bei seinem Europa- und Deutschlandaufenthalt, bei seiner Suche nach den geplünderten Bibliotheken, in Berlin begegnet und dessen Gast er mehrfach gewesen war, und schon in einem Brief vom 4. August 1946 aus Berlin hieß es: „... This is Dr. Grumach a Jew and very reliable man who was force(d) to work in the Gestapo library in Berlin ...“

Aus einem 1961 erstatteten Gutachten des niederländischen Spezialisten für die Erforschung der Okkupationspolitik von Nazideutschland, A. J. van der Leeuw, geht hervor, daß im Grunde allein durch die „einwandfreien und besonders ausführlichen“ Berichte zweier Zeitzeugen, eines dienstverpflichteten Archivars und eines jüdischen Wissenschaftlers, „der 1941 über die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland für das Amt VII angefordert wurde“, Erkenntnisse über die Tätigkeit des „Reichssicherheitshauptamtes“ auf diesem Gebiet (Amt VII) gewonnen werden konnten, da im Gegensatz zu den seinerzeit konkurrierenden Aktivitäten des Amtes von Alfred Rosenberg kaum Aktenbestände überliefert worden sind. Der niederländische Wissenschaftler, der lange Gespräche mit Grumach gehabt hat, schreibt im Gutachten anonym von ihm, „der bis 1945 in diesem Amt als ‘Oberjude’ und Leiter einer Gruppe von Schicksalsgenossen, die ebenfalls dort zu arbeiten hatten, tätig war“.

Scholem war auf Grumach übrigens in einem Brief von Hannah Arendt vom 20. Mai 1946 aufmerksam gemacht worden:

„Falls Sie nach Berlin kommen, gehen Sie zu Ernst Grumach, Schlüterstr. 53. Er weiß am besten Bescheid über die Handhabung jüdischer Bibliotheken in Berlin, weil er damit von der Gestapo beauftragt (d. h. zwangsverpflichtet – G.

W.) war. Grumach ist auch ein sehr alter Freund von mir, ich bin aber seit 1930 nicht mehr in Verbindung mit ihm gewesen. Grumach ist ein guter Altphilologe und versteht auch etwas von Hebraica...“

Aus dem Jahr 1947 sind zwei Briefe Scholems an Grumach überliefert, die sich vor allem auf den Dank des bekannten Jerusalemer Wissenschaftlers für die Unterstützung durch Grumach und auf den Stand der eigenen Forschungen und Bemühungen um das geplünderte jüdische Kulturgut beziehen.

Etwa zu der Zeit, da sich die neue Tätigkeit, diese Zwangsarbeit *sui generis* für Ernst Grumach anbahnte, war im *Deutschen Reichsanzeiger* und *Preußischen Staatsanzeiger* Nr. 188 vom 14. August 1941 offiziell mitgeteilt worden, daß auf der Liste 250 der Ausgebürgerten Helene Sara Fabian geb. Grumach, geboren am 17. April 1894 in Tilsit, und ihr 1901 in Königsberg geborener Mann Fritz Israel Fabian standen. Ihnen war die Emigration in die USA geglückt. Helene Fabian, die zweite Schwester Ernst Grumachs, war Ärztin, und Hannah Arendt gehörte in den USA zeitweilig zu ihren Patienten

Der Shoah entronnen

Nach der Befreiung, die es für ihn wortwörtlich war, gehört Ernst Grumach, den seine bibliothekarische Ausbildung in den letzten Jahren zugekommen war, noch bis Ende 1945 zu den Angestellten der Berliner Jüdischen Gemeinde und war (ich folge wiederum dem Akademie-Fragebogen) befaßt mit der „Sicherstellung der geraubten jüdischen Bibliotheken und Museumsbestände“.

Grumach wurde alsbald als „Opfer des Faschismus“ anerkannt; sein VVN-Ausweis hatte die Nr. 20014. Insbesondere mit Hugo Ehrlich von der Berliner Jüdischen Gemeinde blieb er in enger Beziehung. Wenn Grumach Ende 1945 die Tätigkeit in der Jüdischen Gemeinde aufgab, dann im Interesse seiner wissenschaftlichen Arbeit, aus der er zuerst 1933 und dann 1941/42 herausgerissen worden war. Als er diese weitreichende Entscheidung traf, hatte er allerdings noch keine neue berufliche Position – er war „Privatgelehrter“. Als solcher bemühte er sich einerseits, wie auch aus den Briefen Scholems hervorgeht, um eine wissenschaftliche Aufgabe in England (wahrscheinlich über Liebeschütz). Andererseits hoffte er, im Rahmen der Neugliederung der Berliner Universität einen geeigneten Platz zu finden. Im Juni 1946 bewarb er sich, Prorektor Dersch, ein Jurist, reichte die Bewerbung Ende August 1946 (!) an die Philosophische Fakultät weiter; deren Dekan übergab sie sofort an Professor Schadewaldt. Sicherlich hat sich Schadewaldt nachdrücklich für

Grumach eingesetzt, zunächst aber ohne sichtbaren Erfolg – jedenfalls ist aus den Akten keiner erschließbar.

Offenbar hat Schadewaldt Grumach daher in dieser Zeit dahingehend unterstützt, daß er ab Januar 1948 Redakteur des „Lexikons der Antike“ bei B. G. Teubner, Leipzig, wurde, und vor allem ergab sich zwischen dem Ordinarius und dem Privatgelehrten eine produktive Arbeitsgemeinschaft zu „Goethe und die Antike“. 1949 konnte in dem kleinen, aber renommierten Potsdamer Verlag Ed. Stichtnote unter der Ägide von Werner E. Stichtnote, dem späteren Vorsteher des Frankfurter Börsenvereins, die von Grumach schon während des Kriegs begonnene, von ihm verantwortete und von Schadewaldt mit einem ausführlichen Nachwort versehene singuläre „Sammlung“ (so die bescheidene Genrebezeichnung) „Goethe und die Antike“ in zwei Bänden erscheinen; Stichtnote war damals der Verlag, in dem auch Arbeiten von Johannes Stroux, Bernhard Schweitzer und Wolfgang Schadewaldt herauskamen, also von Persönlichkeiten, mit denen Grumach in Kontakt war und die mit der Akademie der Wissenschaften zu tun hatten...

Goethe und die Antike – tatsächlich wird mit diesem Werk signalisiert, daß der der Shoah Entronnene in den folgenden Jahren fast ausschließlich der Goethe-Forschung und -Philologie dienen wird, die bemerkenswerte wissenschaftliche und weltanschauliche Entscheidung für die Humanität der deutschen Klassik!

Im „Goethe-Unternehmen“

1949 schienen subjektive Bemühungen Schadewaldts und objektive kulturpolitische Entscheidungen in der SBZ eine günstige Konstellation für Grumach geschaffen zu haben – für ihn, dem in der noch existierenden Ordinarienuniversität die Habilitation und seitens der herrschenden politischen Kräfte in der SBZ die aktive Unterstützung fehlte (Grumach war ja, um die seinerzeitige merkwürdige Diskussion in der VVN wenigstens zu erwähnen, „nur“ – jüdisches – Opfer des Faschismus, aber eben kein – kommunistischer bzw. sozialistischer – Widerstandskämpfer).

1949 hat es nämlich, wie wiederholt in Unterlagen in der Grumach-Akte im Akademie-Archiv zu lesen ist, einen Befehl von Marschall Sokolowskij gegeben, eine neue Goethe-Ausgabe herauszubringen (so etwa Alexander Abusch am 1. Dezember 1949 an Minister Paul Wandel), und es war Schadewaldt, der am 17. März 1949 in der Deutschen Kommission der Akademie mit der Leitung des „Goethe-Unternehmens“ (I Goethe-Wörterbuch, II Kommentierte Goethe-Ausgabe) beauftragt wurde. Schadewaldt schuf sofort die inhaltlichen und organisatorischen Vorausset-

zungen für die Realisierung seines Auftrages. Zu den organisatorischen gehörte, daß er am 30. März 1949 mit dem Generalsekretär der Akademie, Dr. Josef Naas, vereinbarte, für die Leitung der Goethe-Ausgabe Ernst Grumach einzusetzen. Dies geschah dann auch Anfang April mit Rückwirkung vom 1. April 1949; die offizielle Berufung durch das Präsidium der Akademie erfolgte ein Jahr später, am 25. Mai 1950.

Nach intensiven Vorarbeiten in Berlin und einem fünftägigen Besuch in den Forschungseinrichtungen in Weimar Anfang Juli 1949 legte Grumach in einem Memorandum vom 12. Juli 1949 seine Auffassungen dar. Sie liefen darauf hinaus, daß gegenwärtig noch nicht die Voraussetzungen gegeben seien, die offensichtlichen Schwächen bzw. Fehler der bisherigen Goethe-Ausgaben (einschließlich der Sophien-Ausgabe) zu überwinden. Hierzu seien umfassende Maßnahmen zugunsten des Einsatzes von philologischen und archivarisches Kräften (letztere in Weimar) nötig. Nur so könnten die literarischen, naturwissenschaftlichen und amtlichen Schriften Goethes in philologisch exakter und authentischer Weise neu herausgebracht werden.

„Die drei Unternehmen, die zusammen einmal den großen substantiellen Beitrag der Ostzone zur Goetheforschung bilden werden und für das neue Goethebild unserer Zeit die editorische Grundlage schaffen sollen, sind in gleicher Weise auf die Benutzung der Weimarer Bestände angewiesen...“

Von daher kam immer von neuem Grumachs *Ceterum censeo*... Er beließ es indes nicht bei solchen schriftlichen Einlassungen und Warnungen, er verfolgte konkrete organisatorische und personalpolitische Vorschläge, in der Akademie, wo ein Beirat für diese Zwecke gebildet wurde, und über sie hinaus (Gespräch mit Paul Wandel am 25. Juli 1949). Wir kommen hierauf zurück.

Endlich Hochschullehrer

Nicht nur in der Goetheforschung, nicht nur in der Akademie der Wissenschaften treffen wir auf die Kooperation Schadewaldt – Grumach, auch in der Humboldt-Universität zu Berlin; am Timing können wir überdies erkennen, wie sich in akademischen Einrichtungen oft nur mit Hilfe langen Atems personelle Entscheidungen durchsetzen lassen. Wir hatten gesehen, daß Schadewaldt 1946 offenbar nichts für Grumach hatte machen können. Jetzt, seit April 1949, ist Grumach in einer wissenschaftlich und kulturpolitisch (Goethe-Jahr 1949!) wichtigen beruflichen Position – und jetzt schlägt Schadewaldt in der Universität zu. Nach offenbar mündlich in Sitzungen eingebrachten Vorschlägen schreibt er am 28. Mai 1949 handschriftlich die Laudatio, die dem Antrag der Philosophischen Fakultät zur Berufung Grumachs an die Universität beigelegt werden soll. In dieser

Laudatio, die Grumach „erstaunliche Zähigkeit“ bescheinigt, werden für das wissenschaftliche Profil Gesichtspunkte angeführt, die in späteren Urteilen, insbesondere auch in den Nachrufen, unabhängig voneinander, wiederholt werden sollten:

„Seit Kriegsende ist er als Privatgelehrter in Berlin mit der Vollendung mehrerer größerer wissenschaftlicher Werke, die lange liegen bleiben mußten, beschäftigt... Die wissenschaftliche Persönlichkeit Ernst Grumachs ist vor allem geprägt durch eine im allgemeinen nicht sehr verbreitete Verbindung von streng prinzipiellem Denken mit vielfältiger empirischer Überschau. Grumach übersieht als Philologe und Sprachwissenschaftler nicht nur die Bereiche der griechischen und lateinischen Literatur, er verbindet damit auch die Kenntnis des Altgriechischen, des Semitischen und ist vor allem zu Hause in den Problemen der vor-griechischen kleinasiatischen Sprachenkreise. Auch ist er ein vorzüglicher Goethe- und Rilkekenner. Dem steht auf der anderen Seite sein ausgeprägter philosophischer Sinn gegenüber; von der Philosophie ist er ausgegangen. Vor allem die antike Philosophie ist ihm vertraut, und hier insbesondere der Aristotelismus wie die großen hellenischen Systeme...“

Am 30. Juni 1949, also drei Jahre nach der ersten Bewerbung des Privatgelehrten, des rassistisch Verfolgten, des gerade so dem Tode Entkommenen, reicht die Fakultät ihren Antrag ein, und am 15. Oktober 1949 erfolgt Grumachs Berufung zum Professor mit Lehrauftrag für klassische Philologie und antike Philosophiegeschichte. Allerdings mußte die von Minister Paul Wandel unterzeichnete Berufungsurkunde noch einmal zurückgezogen werden – statt: „...für klassische Philologie“ war „Philosophie“ in das Dokument geraten.

Die Berufung Ernst Grumachs erfolgte also wenige Tage nach der formellen Gründung der DDR, und merkwürdigerweise ist auch die Berufung zum Professor mit vollem Lehrauftrag mit einem gravierenden innenpolitischen Vorgang verbunden. Der Antrag hierzu war am 3. Februar 1953 gestellt worden, und zwar durch den Germanisten Wilhelm Wißmann in Verbindung mit Johannes Stroux, dem Akademie-Präsidenten und Institutsdirektor, dem klassischen Philologen Kleinknecht und dem Rostocker Althistoriker und Berliner Gastprofessor Hohl. In der Begründung ist u.a. von „hervorragendem Lehrerfolg“ die Rede – und von wissenschaftlicher Produktivität, die für sich selbst spräche. Die Berufung erfolgte, rückwirkend für den 1. März 1953, am 16. Juni 1953. In anderen Worten hieße das, daß der Antrag – wir werden sogleich sehen, aus welchen Gründen – zunächst nur zögerlich bearbeitet, dann aber nach dem sogenannten Neuen Kurs und seiner „Fehlerbereinigung“ rasch aus der Wiedervorlage herausgeholt und einen Tag vor dem 17. Juni unterschrieben worden war.

In der Personalakte Grumachs im Universitätsarchiv liegt eine Aktennotiz vom 2. März 1953, in der es um den Verdacht einer „zionistischen“

Haltung des Polonisten Falkenhahn geht: Er habe als Student oder junger Wissenschaftler in Königsberg Hebräisch-Studien bei einer „zionistischen Organisation“ betrieben. Falkenhahn korrigierte dies dahingehend, daß er im Interesse der Vervollkommnung seiner Studien durch die Vermittlung des ihm bekannten Dr. Grumach an ein Bethaus verwiesen worden sei, wo er sich mit den Grundlagen des Hebräischen vertraut gemacht habe. Ein scheinbar lapidarer Vorgang, aber nicht in den Monaten der Prozesse gegen jüdische Ärzte in Moskau... Ob Grumach je von diesem Verdacht gehört hat? Es wäre dies freilich nicht ungewöhnlich. Falkenhahn war Grumach auch während der Nazizeit verbunden geblieben – nach 1945 erst recht.

Die Fragilität der universitären Position Grumachs, die vordergründig sicher mit seinem primären Engagement in der Akademie in Zusammenhang zu bringen ist, aber eben auch andere Gründe gehabt haben könnte, erschließt sich im Blick auf die Frage des Direktorats des Instituts für Altertumskunde. Nach dem Tode von Johannes Stroux beantragte die Fakultät am 30. September 1954, Grumach zum kommissarischen Direktor zu ernennen. Am 11. Oktober 1954 ergeht hierzu die Zustimmung des Staatssekretariats für das Hoch- und Fachschulwesen, kurz danach übrigens auch die Berufung in den (damals sicher nicht einflußlosen) Wissenschaftlichen Beirat für klassische Philologie beim Staatssekretariat. Bereits am 31. Dezember 1954 wird das kommissarische Direktorat Grumachs beendet. Direktor wird jetzt – unter Beibehaltung der Grumach-Schülerinnen Eva Baer und Renate Teßmer als Assistentinnen – Prof. Werner Hartke, der allerdings am 10. März 1955 vorschlägt, Grumach zum Mitdirektor zu ernennen. Während in den Vorlesungsverzeichnissen der Universität das kommissarische Direktorat Grumachs dokumentiert ist (WS 1954/55), ist vom Mitdirektorat nichts zu finden. Es muß wohl bald (Hartke wird Rektor und später Akademie-Präsident) zu gewissen Spannungen zwischen beiden gekommen sein (Hartke kam auch aus Königsberg), die sich in den Universitätsakten freilich nur daran festmachen lassen, daß Hartke wegen des Akademie-Engagements des Kollegen Grumach alle möglichen kleinlichen etatrechtlichen Aktionen einleitete. Ob es diese in Verbindung mit der verschlechterten gesundheitlichen Lage Grumachs oder letztere allein waren, die Grumach Anfang Dezember 1956 seine Bitte um Entbindung von seinen Pflichten an der Humboldt-Universität aussprechen ließen (diese erfolgte mit Wirkung vom 31. Dezember 1956), kann nicht entschieden werden.

Es sei wenigstens noch angedeutet, welchen Themen sich Grumach in Vorlesungen, Seminaren, Proseminaren, Übungen, in fakultativen und obligatorischen Lehrveranstaltungen (Hochschulreform in der DDR!)

widmete: Im Wintersemester 1949/50 Aristoteles (Nikomachische Ethik und Metaphysik), im Sommersemester 1950 wieder Aristoteles (Organon), Platon und Cicero, im Wintersemester 1950/51 Hellenistische Dichtung, im Sommersemester 1951 neuerlich Aristoteles (Rhetorik), im Herbstsemester des Studienjahres 1953/54 eine obligatorische vierstündige Vorlesung zur antiken Philosophie und im Studienjahr 1956/57 die wohl letzte Lehrveranstaltung zur Dichtung der hellenistischen Periode.

Sicherlich standen die Aristoteles-Seminare im Zusammenhang mit dem Einsatz Grumachs für eine Aristoteles-Ausgabe, „Werke in deutscher Übersetzung“, die in Berlin 1956 (Akademie-Verlag) begonnen und in Darmstadt weitergeführt wurde. In seinem Nachruf („Gnomon“ 1968) hat Hellmut Flashar die Bedeutung dieser Seite des Wirkens von Ernst Grumach so gewürdigt:

„Die Kraft des Anregens, Fähigkeit und Geschick im Organisieren bewährte er auch als Herausgeber der Werke des Aristoteles in deutscher Übersetzung mit ausführlichen Kommentaren, obwohl er sich, abgesehen von seiner Dissertation, in Publikationen nicht über Aristoteles geäußert hat. Doch hat wohl jeder Bearbeiter der bisher erschienenen acht stattlichen Bände von seiner profunden Aristoteleskenntnis profitiert, und sei es in der Form der unerbittlichen Kritik, die er ohne jede Scheu mit großer Offenheit gegen jedermann übte.“

„Horizonte“ der Aegaeis

Die Grumach in seinen letzten Lebensjahren, nach dem Weggang von der Akademie, in herausragender Weise beschäftigende Aegaeis-Forschung stand angesichts der bisher geschilderten und noch zu würdigenden Aktivitäten in den fünfziger Jahren nicht im Vordergrund jedenfalls der publizierten Arbeiten des Gelehrten. Immerhin machte er, gewissermaßen mit einem Paukenschlag, von sich reden, als er in Nr. 7/8 (Juli/August) 1957 der im Berliner Akademie-Verlag herausgekommenen *Orientalistischen Literaturzeitung* unter dem nüchternen Titel „Bemerkungen zu M. Ventris – J. Chadwick: Evidence for Greek dialect in the Mycenaean archives“ einen umfassend begründeten Standpunkt formulierte, der ihn offenbar gegen die Welt einer Fachwissenschaft stellte. In seiner Rede zur Beisetzung Grumachs hat Rudolf Kassel diesen Vorgang zusammenfassend so beschrieben:

„Als in den fünfziger Jahren die Nachricht von der endlich gelungenen Entzifferung der minoischen Linear B-Schrift Sensation machte, vertrat er einen Standpunkt radikaler Skepsis, die ihn in lange und schwere Kontroversen verwickelte. Über den Ausgang dieses Streits haben wir hier nicht zu richten und nicht zu prophezeien; aber soviel sollte selbst von seinen heftigsten Gegnern zugestanden werden, daß seine scharfe, eindringende und jeden Beweismangel unerbitlich bloßlegende Kritik entscheidend dazu beigetragen hat, die anfängliche Ent-

deckungseuphorie in die Anstrengung ernsthafterer Argumentation und genauerer Dokumentation überzuleiten.“

Wenn in seiner „DDR-Zeit“ aus diesem Forschungsbereich von Grumach nur noch drei weitere Arbeiten, zwei zu Ventris und Chadwick sowie eine (1958) für die Akademie-Festschrift für den von Grumach besonders verehrten und ihm auch in der Zeit der Verfolgung verbunden gebliebenen Johannes Sundwall (Åbo), in seiner Bibliographie zu finden sind, so besagt dies nicht, daß er diesen Forschungsproblemen fern stand – im Gegenteil. Aus den Unterlagen im Akademie-Archiv geht überdies hervor, daß er einmal einen längeren Urlaub für einen Kreta-Aufenthalt beantragte – und es war dies übrigens gerade zu einem Zeitpunkt, als ihn Hannah Arendt neuerlich besuchen wollte (1959). Zum ersten Male waren sich beide 1950 wieder begegnet, und aus Arendts Briefwechsel mit ihrem Mann, Heinrich Blücher, geht hervor, daß bei Berlin-Aufenthalt (sie ging zwar ins Berliner Ensemble und zum Pergamon-Altar) Grumach einziger Gesprächspartner war, der mit „dem Osten“ zu tun hatte. Unter dem 14. Februar 1950 schrieb sie:

„... es ist kaum zu glauben, aber ich bin doch wieder in Berlin – wieder meint, nach 17 Jahren. Ich bin wahnsinnig besetzt, muß aber schreiben. Grumach kam mich vom Flughafen abzuholen, und wir sind dauernd zusammen. Entzückende ostpreußische Frau, bezauberndes Kind, 13, nachdenklich, ganz frei und offen, kindlich auf der Schwelle, aber schon große Diskussion mit mir in der Konditorei vor Bergen von Kuchen und Schlagsahne über Religion und Zionismus. Ganz wie es sein soll... Ernst dichtet wieder...“

Das „Gedicht zur Feier unserer 30jährigen Freundschaft“ hat diesen Wortlaut, und ein wenig denkt man an die frühen Versuche des damals noch unbekanntens Tilsiters Johannes Bobrowski:

*„Viel gehender in allem und viel mehr
verbunden nun den Horizonten
nähern wir uns entwachsen dem besonnenen
Tal der Jugend dieser sehr
geklärten Landschaft, aber jetzt entschwindend
das Alte, das uns längst entschwunden,
in seinem vollen Sinne erst empfindend,
als hätten wir zu uns nur heimgefunden.
Wer löst den Widerspruch und wer erklärt uns seinen wahren
Sinn? Nur wer sein Herz noch kennt nach dreißig Jahren,
da er sich ihm von Anfang fest verband –
denn hielten wir uns nicht in diesem Zugewandten,
wir schweiften lange nur in einem Unbekannten,
Verirrte nur in einem fremden Land.“*

Wenn in Hannah Arendts Brief von 1950 (die nächste Begegnung war 1953) von Irene und ihrem Interesse für Jüdisches die Rede ist, erinnert man sich daran, in Scholems Brief vom 11. September 1947 die Frage

gelesen zu haben: „Und wie machen Sie es, Ihre kleine Tochter in diesem Berlin jüdisch zu erziehen?“ Die „Antwort“ ist auch öffentlich zu lesen, in den Erinnerungen des Rabbiners Levinson, der erwähnt, die Tochter seines verehrten Lehrers Ernst Grumach „konfirmiert“ zu haben. Irene Grumach studierte zunächst an der Humboldt-Universität und beendete ihr Studium in Basel, wo sie bei Professor Siegfried Morenz, dem Leipziger Ägyptologen, der auch semesterweise in Basel lehrte, promovierte. Irene Shirun ist heute Professorin für Ägyptologie an der Hebräischen Universität in Jerusalem...

Mehr als Prolegomena einer Goethe-Ausgabe

Doch zurück zu den wissenschaftlichen Prioritäten der fünfziger Jahre, zur Akademie, zum „Goethe-Unternehmen“. Um die äußeren „Daten“ vorwegzunehmen: Am 11. November 1954 wird Grumach Abteilungsleiter in der Akademie, so daß sich sagen ließe, daß um diese Zeit (er ist ja gleichzeitig einige Wochen kommissarischer Direktor des Instituts für Altertumskunde der Humboldt-Universität) der akademisch-administrative Höhepunkt seiner Arbeit erreicht ist. Er erhält auch einen „Einzelvertrag“ und mehrfach größere Prämien, und bereits früher (1951 und September 1952) sind in den Personalunterlagen Grumachs in der Akademie Vorschläge abgelegt, die auf eine Verleihung des Nationalpreises an ihn hinauslaufen. In dem von Johannes Irmischer am 2. September 1952 unterschriebenem Vermerk heißt es etwa:

„Prof. Dr. Ernst Grumach hat durch umfassende Studien im Goethe-Schiller-Archiv ... die Voraussetzungen für die Schaffung einer Neuausgabe von Goethes dichterischem Werk gelegt und in mehreren Arbeiten den Beweis geführt, daß die bisherige Sophienausgabe auf einer unzulänglichen Basis beruht... Durch seine Arbeiten leistete und leistet er einen gewichtigen Beitrag zur wissenschaftlichen Pflege des deutschen Nationalerbes...“

Es ist sehr aufschlußreich, wie ein Insider der Akademie gerade diese Seite der Wirksamkeit Grumachs herausstellt, also die im Memorandum vom Juli 1949 von ihm geforderte Neuordnung der Handschriften in Weimar, die grundlegende Veränderung der archivarisches Erschließung, die entsprechende personelle Absicherung (Archivare und philologische Hilfskräfte) und die Koordinierung der verschiedenen wissenschaftlichen Einrichtungen (Goethe-Editions-Ausschuß). Irmischers Vermerk von 1952 macht klar, daß Grumach in den drei Jahren unermüdlich an der Exekution dieser Forderungen gearbeitet hat. Aus den Akten wird überdies deutlich, wie sich Grumach für einzelne Wissenschaftler eingesetzt hat, so im Oktober 1950 für Christianes Verwandten und Biographen Dr. Wolfgang Vulpius, der dann ein wichtiger Mitarbeiter in der NFG wurde. Und

ebenfalls aus den Akten geht hervor, daß Grumach sich auch ganz anderen literarisch-kulturpolitischen Themen zu widmen hatte, so insonderheit dem Thomas-Mann-Archiv.

Grumach hat indes als wissenschaftlicher Leiter der dichterischen Goethe-Ausgabe (die Leitung der Edition der naturwissenschaftlichen Schriften lag bei der Leopoldina in Halle/S. und die der amtlichen bei Prof. W. Flach in Weimar) nicht nur an deren Rahmenbedingungen gearbeitet (und dabei auch manchen ursprünglichen Ansatz, so den der Kommentierung, korrigiert). Er ist vielmehr selber als Bearbeiter mit beispielhaften Editionen in Erscheinung getreten: West-östlicher Divan 1-3, 1952; Faust 1-2, 1954-58; Urfaust/ Faust. Ein Fragment – Faust. Der Tragödie Erster Theil. Paralleldruck, 1958 (zusammen mit Inge Jensen). Überdies kam bei Böhlau in Weimar 1956 (und durch Anmerkungen von Renate Fischer-Lamberg, Grumachs zweiter Frau, ergänzt, 1958) eine kritische Ausgabe von Kanzler von Müllers Unterhaltungen mit Goethe heraus.

Wie die von Grumach 1955 und 1959 im Akademie-Verlag herausgegebenen Arbeiten Konrad Burdachs zur Entstehungsgeschichte des „West-östlichen Divan“ der wissenschaftlichen Instrumentierung der Werk-Ausgabe dienten, so zahlreiche Einzelaufsätze des Exponenten des „Goethe-Unternehmens“, etwa zum Urfaust, zu den Helenaszenen, zu Prolog und Epilog im Faustplan von 1797, aber auch über Goethe und Eckermann.

Gewissermaßen programmatische Bedeutung (Grumach hatte Vorbehalte gegenüber solchen Ansprüchen) kam dem im Goethe-Jahrbuch von 1950 veröffentlichten und 1959 in den „Beiträgen zur Goetheforschung“ (einer von Grumach herausgegebenen Aufsatz-Sammlung zumal seiner Mitarbeiter/innen) neu gedruckten Studie „Prolegomena zu einer Goethe-Ausgabe“ zu. Dort heißt es zu Beginn:

„Die Akademie-Ausgabe ist noch ein junges Unternehmen. Sie blickt heute erst auf ein zweijähriges Bestehen zurück, eine Frist, die nicht ausreicht, um die für die Grundlegung einer kritischen Goethe-Ausgabe erforderlichen Vorarbeiten abzuschließen, wie die Geschichte ihrer Vorgängerin, der Weimarer Sophien-Ausgabe, mit mahnender Eindringlichkeit zeigt. Dies warnende Beispiel, das dem Leiter und den Mitarbeitern der Ausgabe ständig vor Augen stand, machte es ihnen zur Pflicht, mit doppelter Vorsicht vorzugehen, um nicht wieder am grünen Tisch Pläne zu entwerfen und editorische Grundsätze aufzustellen, die sich dann bei der editorischen Arbeit als unzulänglich erweisen könnten. Es galt daher, alle Voraussetzungen unserer Überlieferung sorgfältig zu prüfen und die Grundsätze des neuen Unternehmens nach Möglichkeit aus der praktischen Arbeit an den Texten selbst zu entwickeln. Das machte eine erneute Sichtung der Handschriften erforderlich, um festzustellen, wie weit sie bereits von der Sophien-Ausgabe erfaßt und ausgeschöpft waren, zugleich aber auch eine neue Überprüfung der

Druckgeschichte, soweit sie für die Gestaltung des Textes wesentlich geworden ist. Gerade die Druckgeschichte der Schriften Goethes ist ein Gebiet, dessen Karte auch heute noch so viele weiße Flecken zeigt, daß jeder Fußbreit neuen Bodens erst in mühsamer Kleinarbeit gewonnen werden muß.“

Von diesem Ausgangspunkt her hat Grumach für eine genaue philologische Arbeit aus den Quellen plädiert und vor dem nicht nur in der DDR gerade um 1949/50, sondern auch anderswo vertretenen (wenn auch mit anderen Akzenten versehenen) Standpunkt gewarnt, nämlich davor, daß es gegenwärtig ausschließlich um die „interpretatorische und geisteswissenschaftliche Erfassung Goethes“ gehe:

„Man gewinnt den Eindruck, daß die Zeit der Goethephilologie, im guten und im schlechten Sinne des Wortes, vorbei ist und daß sie mehr und mehr von einer neuen Form der Forschung verdrängt wird, deren Verdienste um die Deutung und historische Erschließung Goethes unbestreitbar sind, die aber nur zu oft zu vergessen scheint, daß jede Interpretation auf einem Text beruht und daß die Gültigkeit ihrer Ergebnisse durch die Güte dieses Textes bedingt ist.“

Das heißt, Grumach war nicht gegen Deutung, Neudeutung, aber eben allein auf einer gesicherten Grundlage des Textes. So hat er denn am scheinbar abseitigen und marginalen Thema der Interpunktion bei Goethe gezeigt, wie die verschiedenen Ausgaben von Goethes Gesammelten Werken (natürlich fällt da oft genug der Name C. W. Göttlings, dem Grumach noch kurz vor seinem Tode einen Handbuch-Artikel widmete) „faktische Mängel“ aufwiesen, die füglich die Bemühungen um eine neue philologisch exakte Ausgabe bekräftigten.

Grumachs präzise philologische Ansätze, die keinerlei Raum für ein spekulatives ideologisches Verfügen über Goethes Werk zuließen (und es war charakteristisch für ihn, daß er hierbei durchaus Verbündete in der Germanistik auch dort sah, wo bisher mehr Perhorreszierung am Platz gewesen zu sein schien, etwa im Falle Düntzers, von dem man im allgemeinen nur wußte, daß von ihm das Diktum stammte: Hier irrt Goethe!), fanden *rebus sic stantibus* nicht nur Zustimmung. Der böseste Vorstoß gegen ihn erfolgte im Rahmen eines Rundumschlages gegen „bürgerliche“ Ideologen und Geisteswissenschaftler vor allem in der DDR, gegen die Weimaraner Hans Wahl und Lieselotte Blumenthal, gegen den Leipziger Germanisten H. A. Korff und gegen den (Westberliner) Präsidenten der Goethe-Gesellschaft, Wachsmuth, dessen Name allerdings nicht fiel! Zu diesem Rundumschlag setzte jener Autor zu Anfang der fünfziger Jahre an, den Johannes Bobrowski (Tilsiter wie Grumach, nur fünfzehn Jahre jünger, und von Grumach als Autor zur Kenntnis genommen durch Vermittlung des aus Ostpreußen stammenden Germanisten Kellertat) später in seinem Distichon „Kostümfest“ so charakterisieren sollte: „... es fehlt uns / nichts, nichtmal Goethen: als den ruft Walther Victor sich aus.“

1952 kam in Schwerin ein Buch dieses Publizisten mit „Notizen um Goethe“ heraus, und in ihm gibt es ein Kapitel: „Das Komma, eine Tragikomödie“. Scheinbar objektiv zitierend, die Gesamtproblematik indes verkürzend, geht es Victor letztlich nur um die Invektiven:

„Könnte man es sich brennend interessant vorstellen, einmal etwas vom Geist der kommenden, ersten großen Goethe-Ausgabe des demokratischen Deutschlands zu hören, so kann aus den vorliegenden beiden Beiträgen leider nur indirekt auf ihn geschlossen werden. Sapienti sat, dem Weisen genügt's, pfliegten die alten Lateiner zu sagen.

Denn hier, meine Lieben, handelt es sich ausschließlich um das Komma, um 'Goethe und das Komma'! Es ist nicht schwer, sondern unnötig, eine Satire zu schreiben: die 65 Seiten des Goethe-Jahrbuches geben sie unfreiwillig selbst. Gleich zwei Beiträge über das Komma bei Goethe? Das möchte unglaublich scheinen. Aber, schlägt mich tot, es ist so: vielleicht handelt es sich um eine verborgene Kontroverse? Ist man sich etwa über das Komma nicht einig? Denkbar wär's... Der Herr Finanzminister der Republik kann sich gelegentlich, wenn der erste Band der Ausgabe noch zu seinen Lebzeiten vorliegen sollte, ausrechnen, was jedes Komma gekostet hat...“

Doppelte Loyalität

Es war dies eine totale Verkennung der Position Ernst Grumachs, der – in Westberlin, erst in Charlottenburg, dann in Wilmersdorf wohnend – eine durchaus loyale Haltung zum politischen Umfeld der Akademie der Wissenschaften und der Humboldt-Universität einnahm; wir erinnern uns seiner Bemerkung von 1949 über den Beitrag der Sowjetzone zur Goethe-Ehrung und -Forschung...

Andererseits zählte sich Grumach – und dies hatte für ihn zweifellos Priorität – zur internationalen Gemeinschaft der Wissenschaftler. In dem Fragebogen bzw. Lebenslauf für die Akademie der Wissenschaften gab er als eventuelle Gutachter seiner wissenschaftlichen Leistungen an: Wilhelm Brandenstein, Graz; Felix Jacoby, Oxford; Paul Maas, Oxford, den er von Königsberg her kannte und der 1933 das Zeugnis für Grumach noch mitunterzeichnet hatte (Mitte der 50er Jahre wurde er Mitglied der Akademie der Wissenschaften); Piero Meriggi, Como; Bernhard Schweitzer, Leipzig, später Tübingen, sowie Sundwall und Theiler, denen wir schon begegnet waren. Als hiesige „Bürgen“ nannte er Präsident Stroux, Johannes Irmscher und vor allem den ihm wissenschaftlich besonders nahestehenden Günther Klaffenbach.

Imponierend ist auch die Liste der Wissenschaftler/innen, die Grumach in der Einleitung von „Goethe und die Antike“ dankbar nennt – Ausweis seiner Bemühungen um Präzision, um gesicherte Tatsachen als Voraussetzung für sichere Urteile, so Heinrich Fuhrmann vom Deutschen

Archäologischen Institut in Rom, Ulrich Hausmann, den Tübinger klassischen Archäologen, der nach dem Kriege in Potsdam zu den Gesprächspartnern Hermann Kasacks gehört hatte, den Kieler klassischen Philologen Konrad Schubring, Carl Weickert, den Präsidenten des Deutschen Archäologischen Instituts, den Oxfordler Spezialisten für römische Religionen Stefan Weinstock, aber auch den Leipziger Lehrer Paul Schlager, der als Vorsitzender der Ortsgruppe der Goethe-Gesellschaft eine immense wissenschaftliche Aktivität entfaltet hatte.

Loyalität zur Akademie der Wissenschaften der DDR und Loyalität zur internationalen Gemeinschaft der Wissenschaftler – es war wohl klar, daß ein Mann wie Grumach die inneren Spannungen einer solchen doppelten Loyalität nur aushalten konnte, wenn er in der Lage war, seine Identität zu bewahren, und wenn die Prioritäten stimmten, wenn vor allem seine Zugehörigkeit zur internationalen Gemeinschaft der Wissenschaftler gesichert war.

Seit Anfang 1959 müssen diese inneren Spannungen größer geworden sein, und im Frühsommer 1959 entstand offensichtlich eine Situation, in der die Frage nach der politischen Loyalität nur noch alternativ zu beantworten war: Im Frühjahr war Grumach, wie er Ende November 1959 dem Akademie-Vizepräsidenten, dem bekannten Slawisten Wolfgang Steinitz, sagte, „tief gekränkt“, als seine Berufung zum korrespondierenden Mitglied nicht zustande gekommen war, und mehr wohl noch hatte ihn bewegt, daß die von ihm im Rahmen der Akademie vorgesehene „Kreta-Abteilung“ als nicht spruchreif erklärt, dann aber nach seinem Weggang sofort aufgebaut worden sei. Damit hatte Grumach nicht die Chance gesehen, den anderen Schwerpunkt seiner Forschung, der nach Mitte der fünfziger Jahre wieder deutlicher bestimmend wurde, innerhalb der Akademie zu bearbeiten.

Ausschlaggebend dafür, daß Grumach die inneren Spannungen nur so auflösen konnte, daß er am 30. Juni 1959 seinen Einzelvertrag kündigte und die Räume der Akademie nicht mehr betrat, war allerdings ein Vorkommnis am 29. Juni 1959, eine Art „Kadergespräch“, in dem auf verletzende Weise (buchstäblich „zwischen Tür und Angel“, also ohne die Möglichkeit der Reaktion und Aufklärung) seine Tätigkeit 1942 bis 1945 thematisiert worden war. Er mußte dieses „Gespräch“ als „Verhör“ ansehen, und gegenüber seiner Kollegin Dr. Weber-Kellermann äußerte er Anfang Juli 1959 (wie sie im Oktober 1959 zugunsten Grumachs in der Akademie aussagte), „er möchte derartigen Methoden *nicht noch einmal* (von mir hervorgehoben. G. W.) ausgesetzt sein ...“

Als nach langen Monaten und manchem Hin und Her zwischen Grumach und der Akademie in seiner Wohnung jenes schon erwähnte Ge-

spräch mit Steinitz stattgefunden hatte, faßte dieser seine Einsichten – und wenn ich den Vermerk vom 1. Dezember 1959 richtig gelesen habe, in Grumach wohlwollender Weise – dahingehend zusammen: „Damals wären mehrere ihn stark berührende Dinge zusammengetroffen; er hätte damals geglaubt („glauben müssen“), daß das eine organisierte Intrige, ein ernster Angriff gegen ihn sei ...“ Steinitz hat dann auch – nach seinen Bemühungen in der Akademie – in einem Brief an Grumach vom 11. Dezember 1959 bestätigt, daß die Kündigung mit dem 31. Dezember 1959 wirksam werde, daß Grumach aber Konsultant der Goethe-Ausgabe bleibe, seine Bearbeitung des West-östlichen Divan 4 zu Ende führe, und auch seine Verträge mit dem Akademie-Verlag blieben in Kraft, mit Ausnahme von „Kreta“.

Kurz nach dem Gespräch mit Steinitz schrieb Grumach (handschriftlich) einen langen Brief an Theodor Frings, in dem er einleitend seine Entscheidung in dieser „delikaten Angelegenheit“ (so Frings am 19. September 1959 an die Akademie) knapp, aber dezidiert begründete:

„Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, daß der Entschluß, zu dem die Umstände mich gezwungen haben, auch für mich nicht ganz leicht gewesen ist. Es ist mir sehr schmerzlich, aus dem Institut auszuscheiden, dem ich so lange angehört habe, und daß damit auch die Zusammenarbeit aufhört, aus der ich so reichen Gewinn gezogen habe. Aber es ist gut und tröstlich zu wissen, daß die engen menschlichen und wissenschaftlichen Beziehungen, die sich in diesen Jahren gebildet haben, davon nicht berührt werden, und so darf ich hoffen, daß Sie mir Ihr Wohlwollen auch weiter erhalten werden und daß Sie Ihre Hand wie bisher schützend über die nun verwaiste Goethe-Ausgabe halten werden...“ (von mir hervorgehoben. G. W.)

Tatsächlich ging es Grumach in diesem Brief weniger um seine Person und Sache: Der ausführlichere und wesentlichere Teil beschäftigte sich mit der Nachfolge-Frage, und Grumach beschwor Frings, hierfür als Geeigneten den von ihm nachdrücklich gewünschten Siegfried Scheibe vorzusehen. Scheibe wurde dann auch Grumachs Nachfolger, so daß dieser nach dem so wohlgeordneten (und letztlich loyalen!) Rückzug aus der Akademie von den für ihn offengehaltenen Möglichkeiten keinen Gebrauch mehr machte (so kam auch Divan 4 nicht mehr zustande) und sich neuen Aufgaben widmete. Grumach ging es jetzt im wesentlichen oder fast ausschließlich um die „Aegaeis“, und für sie war ja für ihn in Akademie und Akademie-Verlag ausdrücklich kein Platz gewesen.

In der internationalen Gemeinschaft der Wissenschaft

Da sich dieser biographische Beitrag im Rahmen einer Serie von Studien über jüdische Intellektuelle in der DDR bewegt, kann ich auf die letzten Lebensjahre Grumachs nur mit einigen allgemeinen Bemerkungen eingehen.

Obwohl „Goethe“ durchaus präsent blieb, u.a. mit einem Band für S. Fischer und mit einem F.A.Z.-Text vom 6. April 1962 über „Goethes letzte Worte“, vor allem aber mit den zwei ersten Bänden 1965 und 1966: „Goethe. Begegnungen und Gespräche“ (mit Renate Grumach zusammen herausgegeben), stand, wie erwähnt, in den sechziger Jahren die „Aegaeis“ im Zentrum von Grumachs Interesse, und für deren Erforschung konnte er seit 1962 bei de Gruyter in internationaler Gemeinschaft *Kadmos. Zeitschrift für vor- und frühgriechische Epigraphik* herausgeben und selber dort ca. 20 Beiträge veröffentlichen. Von herausragender wissenschaftlicher Bedeutung war die 1963 vorgelegte „Bibliographie der kretisch-mykenischen Epigraphie“, und wenn es dazu heißt: „nach dem Stande vom 31.12.1961“, so wird damit indirekt klargestellt, daß Grumach auch in seiner „DDR-Zeit“ nahe an diesen Problemen geblieben war. Einmal kam Grumach doch noch mit „Kreta“ sogar im Rahmen der Akademie zu Wort, in einem Aufsatz 1962 in deren Zeitschrift *Forschungen und Fortschritte*.

War Ernst Grumach noch in seiner Akademie-Tätigkeit korrespondierendes Mitglied des Deutschen Archäologischen Instituts geworden, konnte er in den sechziger Jahren ohne Komplikationen und intensiv in der internationalen Gemeinschaft der Wissenschaft, der er sich immer, auch in Zeiten rassistischer Repression oder ideologischer Indoktrination hauptsächlich verbunden gefühlt hatte, hervortreten, zumal in England, das er so schätzte, und es war allerdings tragisch genug, daß er dort am 5. Oktober 1967 während einer Vortragsreise verstarb. „Sein Tod, ein grosser Verlust für die Wissenschaft, wird von seinen vielen Freunden nicht leicht verschmerzt werden. Eine Festschrift, die ihm am 7. November zu seinem 65. Geburtstag überreicht werden sollte, wird dieser Tage erscheinen.“ Dies schrieb Werner Schwarz, ein aus Königsberg stammender Lehrer und klassischer Philologe, im November-Heft 1967 des renommierten deutschsprachigen jüdischen *Aufbau* (New York). Die Festschrift kam als Gedenkschrift unter dem Titel „Europa. Studien zur Geschichte und Epigraphik der Frühen Aegaeis“ 1967 bei de Gruyter heraus, und der Herausgeber W. C. Brice, der jetzt auch der Verantwortliche für „Kadmos“ geworden war, widmete Grumach in der von diesem begründeten Zeit-

schrift einen Nachruf, in dem auch die Humanität des Verstorbenen eindrucklich in Erscheinung trat:

„His generosity of spirit extended far outside the circle of his academic associates. On visiting a city for the first time, he would want to see its slum districts, and he would rather chat with the children there than converse with senior citizens. His feeling for humour and his appreciation of the bizarre and unexpected in life went along with his sympathetic and open nature. He loved a pointed joke or turn of wit, and kept in memory a large store to illustrate the sense of humour of different nationalities.“

Am 13. Oktober 1967 wurde Ernst Grumach auf dem Waldfriedhof Heerstraße zu Berlin beigesetzt, und es war symbolisch, daß nach der Rede von Rudolf Kassel auf Grumachs Wunsch Goethes „Symbolum“ vorgetragen wurde: „... wir heißen euch hoffen.“

Benutzte Literatur

a) Archivmaterialien:

- Akademie der Wissenschaften der DDR – in: Archiv der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, Berlin
- Akte 154 Institut für deutsche Literatur und Sprache
- Akademie-Leitung. Personalalia. Wissenschaftliche Mitarbeiter Nr. 657
- Mag IIIa Reg 30
- Humboldt-Universität zu Berlin
- Personalakte Ernst Grumach (mit Akten aus dem Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen)

b) Gespräche:

- Dr. Renate Grumach, Berlin (Sommer 1998)
- Prof. Dr. Johannes Irmischer, Berlin (telefonisch, Sommer 1998)

c) Bibliographie Ernst Grumach, in: William C. Brice (Hg.), *Europa. Studien zur Geschichte und Epigraphik der Frühen Aegaeis* (Festschrift für Ernst Grumach), Berlin 1967, S. 346–349

d) Vorlesungsverzeichnisse der Humboldt-Universität zu Berlin WS 1949 – Studienjahr 1956/57

e) Nachschlagewerke:

- Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, hg. und bearbeitet von Werner Röder, München, und Herbert A. Strauss, New York, München/New York/London/Paris 1980 (Band I), 1983 (Band II in 2 Büchern sowie Band III)
- Die Ausbürgerung deutscher Staatsangehöriger 1933–1945 nach den im Reichsanzeiger veröffentlichten Listen. Band 1 (Listen in chronologischer

Reihenfolge), hg. von Michael Hepp, München/New York/London/Paris 1985

f) Literatur (außer der im Text ausreichend nachgewiesenen):

- Hannah Arendt – Heinrich Blücher, Briefe 1930–1968, hg. von Lotte Köhler, München 1996
- Johannes Bobrowski, Literarisches Klima, in: Derselbe, Gesammelte Werke. Band I, hg. von Eberhard Haufe, Berlin 1987
- Rudolf Kassel, Ernst Grumach 1902–1967, Privatdruck bei de Gruyter
- Nathan Peter Levinson, Ein Ort ist, mit wem du bist, Berlin 1996
- Gershom Scholem, Briefe Band I (1914–1947), hg. von Itta Shedletzky, München 1994
- Herbert A. Strauss, Über dem Abgrund. Eine jüdische Jugend in Deutschland 1918–1943, Frankfurt/New York 1997
- Herbert A. Strauss, Die letzten Jahre der Hochschule (Lehranstalt) für die Wissenschaft des Judentums, Berlin 1936–1942, in: Wissenschaft des Judentums – Chokhmat Yisrael. Anfänge der Judaistik in Europa, hg. von Julius Carlebach, Darmstadt 1992
- Walther Victor, Dir allein verleih ich die Stimme... Notizen um Goethe, Schwerin 1952
- *The Times*, London 17. Oktober 1967 – Nachruf auf Ernst Grumach

g) Typoskript von A. J. van der Leeuw vom 7.6.1961: Entziehung öffentlicher und privater Bibliotheken in den besetzten Westgebieten und ihre Verbringung nach Deutschland – Institut für Zeitgeschichte, München

hochschule ost 1-2/1999

Der unbequeme Ja-Sager Arnold Zweigs Jahre in der DDR

Dieter Schiller
Berlin

Die kreativsten Jahre seines Schaffens als Romancier waren es nicht, die Arnold Zweig in der DDR erlebte.¹ Zwar hat er in den zwanzig Jahren von der Ankunft in Ost-Berlin bis zu seinem Tode drei

Romane fertiggestellt, zwei davon als Weiterführung seines großen Weltkriegszyklus. Doch hat keiner von ihnen seine Leser so packen können wie der „Streit um den Sergeanten Grischa“ oder „Erziehung vor Verdun“. Der Zyklus vom „großen Krieg der weißen Männer“ blieb unvollendet, ein Torso, wie gewaltig auch immer. Die Bruchstücke, die der Schreiber aus dem Exil mitgebracht hatte, wollten sich ihm nicht mehr zur stringenten Romanhandlung fügen, die neu gewonnenen Erkenntnisse, die er seinen Nachkriegslesern nahebringen wollte, sperrten sich gegen alte Pläne und Konzepte.

Als er sich im palästinensischen Exil zur Rückkehr nach Europa entschlossen hatte, verstand Arnold Zweig sich als Marxist.² Diese Selbsteinschätzung muß man ernst nehmen, in den letzten Jahrzehnten seines Lebens hat sie zumindest seine politischen Urteile und Entscheidungen in einem hohen Grade bestimmt. Sie hat ihm das Gefühl gegeben, noch im Alter ein von Grund auf Lernender zu sein und zugleich sein eigenes Wissen, seine Erfahrung in den marxistischen Diskurs und die antifaschistische Neugestaltung der Nachkriegsgesellschaft im Osten Deutschlands einbringen zu können. Freilich, die von Zweig selbst verkündete Wendung zum Marxismus kann kaum im Schulsinne oder gar im marxistisch-leninistischen Parteisinne verstanden werden. Seine immense – zuweilen sogar ein wenig forciert zur Schau getragene – Bildung schloß bis in die vierziger Jahre kaum marxistisches Wissen ein.³ Der bürgerliche Bil-

¹ Vgl. Geoffrey V. Davis: Arnold Zweig in der DDR. Entstehung und Bearbeitung der Romane „Die Feuerpause“, „Das Eis bricht“ und „Traum ist teuer“. Bonn 1977

² Arnold Zweig 1887-1968. Werk und Leben in Dokumenten und Bildern. Hg. Georg Wenzel. Berlin und Weimar 1978, S. 335

³ Arnold Zweig: Lebensabriß. In: A. Z.: Früchtekorb. Rudolstadt 1956, S. 161f.

hochschule ost 1-2/1999

gang hatte dafür keinen Raum geboten, und seine sozialistischen Überzeugungen hatte Zweig unterm Einfluß von Martin Buber und Gustav Landauer ausgebildet, die beide Theorie und Gesellschaftskonzept des Marxismus ablehnten.

So sehr er in der Weimarer Zeit der russischen Revolution und dem sozialistischen Experiment Lenins mit Sympathie begegnete, die Diktatur einer Partei lehnte er ab und distanzierte sich entschieden von allen Erscheinungen des Terrors in Sowjetrußland.⁴ Gegen den Vormarsch der Hitlerpartei suchte er – als intellektueller Außenseiter – für das Zusammenwirken der Arbeiterparteien einzutreten, sein Gesellschaftsideal projizierte er jedoch vor allem auf Palästina, das Land, dem er sich als Zionist tief verbunden fühlte.⁵ Hier hoffte er, werde eine jüdische Heimstatt entstehen, demokratisch und sozialistisch organisiert, offen für eine gemeinsame Zukunft von Juden und Arabern.⁶ Das erwies sich als Illusion, und der zionistische Jude, der nach Hitlers Sieg im Land der Väter Zuflucht gesucht hatte, geriet rasch in Isolierung, weil er auch im Selbstbehauptungskampf seiner Landsleute darauf bestand, ein deutscher Schriftsteller zu bleiben. Überzeugt, die Juden müßten gemeinsam mit der politischen Linken aller Länder kämpfen,⁷ bekannte er sich zur Bildung einer deutschen Volksfront und zunehmend auch zur Sowjetunion,⁸ in der er die Hauptkraft gegen Hitler sah. Daß dort seine Bücher gedruckt und sogar in Notzeiten honoriert wurden,⁹ erhöhte dieses neue Interesse.

Enttäuscht über die politische Wirklichkeit des Landes, das er als schwieriges Asyl empfand, begann er sich – bestärkt von kommunistischen Freunden – am sowjetischen Sozialismus-Modell zu orientieren. Das veranlaßte ihn denn auch, sich mit marxistischen Schriften zu befassen, die ihm aus Moskau zugesandt worden waren.¹⁰ Die Faszination, die davon ausging, ist unverkennbar, freilich kann von einem systematischen

⁴ Dieter Schiller: Arnold Zweig und die Erschießung der 48 Spezialisten in der Sowjetunion. In: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, 40 (1998)2, S. 94ff.

⁵ Jost Hermand: Arnold Zweig mit Selbstzeugnissen und Bilddokumenten. Reinbek bei Hamburg 1990, S. 41f.

⁶ Vgl. Manuel Wiznitzer: Arnold Zweig. Das Leben eines deutsch-jüdischen Schriftstellers, Frankfurt am Main 1987, S. 34ff.

⁷ Vgl. den Schluß von Arnold Zweig: Bilanz der deutschen Judenheit 1933, Amsterdam 1934

⁸ Vgl. Arie Wolf: Größe und Tragik Arnold Zweigs. Ein jüdisch-deutsches Dichterschicksal in jüdischer Sicht, London 1991, S. 281f.

⁹ Klaus-Rüdiger Metzke: Arnold Zweig in der DDR. Versuch einer politischen Standortbestimmung. In: Arnold Zweig. Materialien zu Leben und Werk. Hg. Wilhelm von Sternburg, Frankfurt am Main 1987, S. 84

¹⁰ Eberhard Hilscher: Arnold Zweig. Leben und Werk. Berlin 1987, S. 135f.

Studium keine Rede sein. Seine schwere Augenkrankheit zwang Zweig ohnehin, sich die gewünschte Lektüre vorlesen zu lassen, sie also stark zu beschränken. Man darf deshalb annehmen, daß Gespräche mit Freunden keinen geringeren Einfluß auf das bewußte Neubedenken vieler seiner weltanschaulichen und politischen Vorstellungen hatten. Aber es waren eher die Urteile und Folgerungen, die sich änderten, weniger die Fundamente, der Grundbestand seiner Überzeugungen. Vor allem seine im langjährigen Umgang mit der Lehre und der psychoanalytischen Praxis Sigmund Freuds gefestigten Ansichten war Arnold Zweig niemals bereit, zur Disposition zu stellen. Im Gegenteil glaubte er, durch sie Erklärungsmuster menschlichen Verhaltens anbieten zu können, wo marxistische Schulweisheit geneigt war, ihre Defizite durch Klassenkampfpapieren zu verdrängen.

So bildete sich bei dem Sechzigjährigen eine widerspruchsvolle, letzten Endes von ihm wohl auch nicht voll reflektierte Haltung heraus. Er erfuhr den Eintritt in ein neues Denksystem als einen geistigen Aufbruch. Aber er wußte, daß er auf diesem Feld ein Lernender blieb, angewiesen auf Rat, Zuspruch und Belehrung der Kundigen. Sein ausgeprägtes Selbstbewußtsein drängte die Verunsicherung, die das zur Folge hatte, in den Hintergrund. Was ihm an Einsichten und Analysen der klassischen Schriften des Marxismus plausibel schien, was seinen Erfahrungen der jüngsten Geschichte besser gerecht zu werden schien als bisherige Erklärungen, war er rasch, vielleicht allzu rasch zu adaptieren bereit – zumal der Sieg über den deutschen Faschismus die Ideologie adelte, in deren Zeichen er erfochten wurde. Weil Arnold Zweig der Zuarbeit vertrauter Helfer und Ratgeber bedurfte, gewöhnte er sich freilich auch daran, ihnen, den in der reinen Lehre Bewanderten, eine Art Mitspracherecht einzuräumen. Dem Spätwerk Zweigs ist das schlecht bekommen.

Zum ändern aber ließ ihn die Wertschätzung, der sich sein Werk in der Sowjetunion und im kommunistischen Lager erfreute, hoffen, man werde hier aufgeschlossen sein für seine Sicht der Welt, und das, was er an Bildung und Erfahrung aus dem bürgerlichen Lebenszusammenhang mitbrachte, nicht als Ballast betrachten. Er wollte seine erzählerische Anatomie des ersten Weltkrieges im Grischa-Zyklus als einen Schlüssel zum zweiten wirksam machen, der Einsicht in die Wurzeln des deutschen Faschismus vermitteln und geschichtliche Alternativen zeigen konnte, die nach seiner Überzeugung nur in Richtung sozialistischer Lösungen zu suchen waren. War er dabei ursprünglich auf ein vereintes Europa orientiert,¹¹ so mußte er sich bald den Konfrontationen des beginnenden kalten Krieges unterwerfen.

¹¹ Wolf, a.a.O., S. 355

Keineswegs führte ihn sein Weg geradlinig nach Ostberlin.¹² Als er Palästina kurz nach Gründung des Staates Israel verließ, reiste er zwar auf Einladung der tschechoslowakischen Regierung, die sein Freund Fürnberg vermittelt hatte, aber er wollte weiter nach England. Dort wurde ihm die Einreise verweigert. Erst jetzt wurde die sowjetische Besatzungszone für ihn zur wichtigsten Option, zunächst freilich noch in der Erwartung, einen Teil des Jahres in Israel verbringen zu können. Von der sowjetischen Besatzungsmacht und den neuen Autoritäten hoch geehrt und dringend zum Bleiben aufgefordert, in der Gewißheit, seine Bücher in Neuausgaben veröffentlichen zu können, und zum erstenmal seit seiner Flucht mit einer materiell gesicherten Zukunft vor Augen, entschied sich Zweig – gegen den Widerstand seiner Frau – seinen endgültigen Wohnsitz in dem Teil Deutschlands zu nehmen, der sich als eine antifaschistisch-demokratische Ordnung verstand. Antifaschistisch zumindest war sie tatsächlich, das bildete die Grundlage für Zweigs forciertes Engagement für das Staatswesen im Schatten der sowjetischen Besatzung. Er hoffte lange Zeit, es durch seinen Einsatz auch demokratischer machen zu können.

Zeit lebens, auch während der Jahre in der DDR, hat sich Arnold Zweig als ein freier Schriftsteller verstanden.¹³ Er handelte nach Überzeugungen, ob er schrieb, redete oder schwieg. Seine Sorge galt der Überwindung des Nazigeistes im deutschen Volk, sein Wirken war darauf gerichtet, den Mitläufern des dritten Reiches bewußt zu machen, daß sie sich selbst zum Untergang verdammt hatten, als sie sich zum Werkzeug eines verbrecherischen Regimes machen ließen und die moralische Verantwortung für ihr Tun auf Führer delegierten, deren Handeln von Weltmachtstreben, Rassenwahn und den Interessen der sozial Mächtigen geleitet war, um in Krieg und Völkermord zu münden. Die nötige Abrechnung damit sah er vor allem unter sowjetischer Schirmherrschaft im Gange, das bestimmte seine politische Entscheidung, ließ ihn jedoch auch alle kritische Distanz gegenüber der Besatzungsmacht verdrängen und sogar einstimmen in die Apologie des – wie er sagte – größten Zeitgenossen, nämlich Stalin.¹⁴ Mit großer Entschiedenheit attackierte er die Restauration des alten Wirtschaftssystems in den Westzonen und der Bundesrepublik, die Remilitarisierung und das Aufsteigen ehemaliger Nazis in hohe Regierungsämter, die unmittelbare Folge der Wendung der Westmächte

¹² Wilhelm von Sternburg: Arnold Zweig, Frankfurt am Main 1990, S. 200

¹³ Vgl. Eröffnungsrede Arnold Zweigs auf dem IV. Deutschen Schriftstellerkongreß am 10. 1. 1956. Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR, DY 30/IV 2/9.06/261.- Davis S. 55ff.

¹⁴ Arnold Zweig: Totenrede auf J. W. Stalin. In: *Aufbau* 9(1953)Sonderheft, S. 53ff

zum Kalten Krieg und zum Antikommunismus waren, der in der McCarthy-Ära einen beklagenswerten Höhepunkt fand.

Das ist der Kontext, in dem Arnold Zweig seine Wahl traf, aus dem Gefühl heraus, politischen Fehlentwicklungen entgegenwirken zu müssen, wie er sie in der Vergangenheit erlebt und – so meinte er – nur unzureichend bekämpft hatte. Deshalb war er bereit, politische Verantwortung zu übernehmen, sich an repräsentativer Stelle einbinden zu lassen ins Netzwerk von Organisationen, Kampagnen, Institutionen der DDR.

Ist er damit – wie ihm von westlicher Seite vorgeworfen wurde – zu einer politischen Gallionsfigur¹⁵ geworden? Ganz abzuweisen ist die Frage nicht. Daß er als Abgeordneter der Volkskammer nicht wirklich in Entscheidungsprozesse einbezogen war, wußte er natürlich. Dennoch fand er sich zur Mitarbeit bereit, gab seinen Namen her, obwohl man zunächst vergessen hatte, sein Einverständnis zur Wahlkandidatur einzuholen. Das Prestige, das eine solche Position brachte, wußte er zu schätzen, wie er überhaupt öffentlichen Ehrungen und Würdigungen gegenüber recht aufgeschlossen war. Seine Bereitschaft war beträchtlich, sich mit seiner Autorität als Schriftsteller mit Erklärungen und Bekenntnissen in die Bresche zu werfen, wo der verbale Schlagaustausch über die Grenzen hinweg oder politische Kampagnen im Lande das nahelegten. Freilich waren selbst Routine-Texte dieser Art oft mit recht eigenwilligen Überlegungen angereichert, die aufmerksame Leser zum Nachdenken auffordern sollten. Aber wer las schon – auf beiden Seiten des eisernen Vorhangs – solche Texte aufmerksam? Die Wahrheit ist, daß sie in der Regel als Pflichtübung oder gar als Kotau aufgefaßt wurden. Sie waren es nicht oder zumindest selten.

Arnold Zweig staunte selber, und zwar nicht ohne Eitelkeit, welch steilen Aufstieg er nach seiner Rückkehr nach Deutschland im gesellschaftlichen Leben der frühen DDR genommen hatte.¹⁶ Er fand sich als Vizepräsident des Kulturbundes, Präsident der Akademie der Künste und Vorsitzender des Friedenskomitees wieder, später wurde er noch Präsident des PEN-Zentrums Ost und West. Solange man ihn ließ und es ihm möglich war, hat er die Ämter und Würden sehr ernst genommen, die ihm anvertraut waren, sehr zum Unmut übrigens seines Freundes und Briefpartners Lion Feuchtwanger in Kalifornien, der ihn gern häufiger mit seinen Romanen beschäftigt gesehen hätte.¹⁷

¹⁵ Fritz J. Raddatz: Traditionen und Tendenzen. Materialien zur Literatur der DDR, Frankfurt am Main 1972, S. 299

¹⁶ Vgl. Tagebucheintragung Arnold Zweigs vom 14.7.1951. Stiftung Archiv Akademie der Künste, Arnold-Zweig-Archiv 2645

¹⁷ Lion Feuchtwanger/Arnold Zweig: Briefwechsel, Band II, Berlin und Weimar 1984, S. 55, 157

Besonders eine Aufgabe lag ihm am Herzen, der Aufbau der Akademie der Künste zu Berlin. Zweig hat die Vorbereitungen geleitet, nach dem Tod Heinrich Manns, der ursprünglich Präsident hatte werden sollen, fiel die Wahl auf ihn.¹⁸ Die politische Führung mochte sich in ihm einen pflegeleichteren Präsidenten erhofft haben, er wurde es nicht. Denn so entschied er Loyalität zum sozialistischen Staat und zur herrschenden Partei bejahte und deren politische Ziele nahezu vorbehaltlos unterstützte, so zäh hielt er am Gründungskonsens fest, die Akademie solle als höchste Institution der DDR im Bereich der Kunst¹⁹ gelten. Er tat das auch dann noch, als damit ein Konflikt mit der offiziellen Kulturpolitik der Besatzungsmacht und der SED-Führung unausweichlich wurde.

Die Rede ist von der sogenannten Formalismus-Debatte um die Wende von den vierziger zu den fünfziger Jahren. Sie war von sowjetischer Seite erzwungen worden und wurde dementsprechend in der kulturellen Öffentlichkeit der DDR rigoros durchgepeitscht. Reihenweise wurden kommunistische und linke Künstler bezichtigt, der westlichen Dekadenz und dem Kosmopolitismus verfallen zu sein, wenn ihr Schaffen vom Normenkatalog des seit den dreißiger Jahren in der Sowjetunion propagierten sozialistischen Realismus abwich und sich an Verfahren der künstlerischen Avantgarden orientierte, gleichgültig, ob sie sich als Wegbereiter der neuen Gesellschaft verstanden oder nicht.

Zweig selber war von dieser Kampagne zunächst nicht betroffen, galt er doch als ein Realist reinsten Wassers, fast ein Vorbild für die erwünschte Entwicklung. Dennoch stemmte er sich als Akademiepräsident gegen diese politische Reglementierung der Kunst, solidarisierte er sich mit politisch attackierten Malern, Bildhauern und Schriftstellerkollegen, suchte mit Eröffnungsreden zu Ausstellungen und publizistischen Arbeiten – betont unaggressiv zwar – den Kulturpolitikern der Partei das Besondere künstlerischer Ausdrucksweise nahezubringen und ihnen begreiflich zu machen, wie schädlich ihre Kampagne für die Beziehung zu Künstlern und zur Intelligenz wirken mußte, wie schwerwiegend vor allem das künstlerische Schaffen beeinträchtigt wurde. Er scheute sich nicht, als Gast vor dem 5. Plenum des ZK der SED konzilient in der Form, aber unverblümt in der Sache gegen das Verbot von Brecht/

¹⁸ Vgl. Dieter Schiller: Arnold Zweig und die Akademie: Der Präsident 1950 bis 1953. In: Arnold Zweig. Berlin-Haifa-Berlin. Perspektiven des Gesamtwerks. Hg. v. Thilo Alt u. a. Bern, Berlin, Frankfurt am Main, New York, Paris, Wien 1995, S. 120ff.

¹⁹ „Die Regierung ruft die Künstler“. Dokumente zur Gründung der Deutschen Akademie der Künste (DDR) 1945-1953. Ausg. u. komm. v. Petra Uhlmann und Sabine Wolf, (Berlin) 1993, S. 125

Dessaus „Verhör des Lukullus“ zu protestieren und mit seinem Rücktritt als Akademiepräsident zu drohen.²⁰

So gern er die Privilegien in Anspruch nahm, die ihm gewährt wurden, so bereitwillig er dort, wo es mit seinen Überzeugungen vereinbar war, auch den Politbürokraten zum Munde redete, die sich mit dem Proletariat verwechselten, in dessen Namen sie zu herrschen meinten – ein Opportunist war Arnold Zweig nie.²¹ Er war eher ein Mann mit Rückgrat, der etwas bewirken wollte, sich bemühte, Engstirnigkeiten aufzubrechen und Fehlentscheidungen zu korrigieren, soweit das im Bereich seiner Einflußmöglichkeiten zu liegen schien. Gewiß überschätzte er die und war wohl auch geneigt, den Spielraum, um nicht zu sagen: die Narrenfreiheit, die man ihm gewährte, für das Übliche im Lande zu halten. Immerhin, er nutzte diesen Spielraum im Interesse des Landes und der Menschen, für die er sich entschieden hatte. Das geschah meist in eindrucksvollen Reden, er war ein Meister der freien Rede, verstand seine Hörer zu fesseln und war ein gefragter Fest- und Diskussionsredner. Oft – bei politisch brisanten Fragen – äußerte er sich freilich nur intern hinter verschlossenen Türen. Denn mit öffentlicher Konfrontation glaubte er einen Beifall von der falschen Seite herauszufordern und seinem Anliegen zu schaden. Zudem hatte er Erfahrung genug, um zu wissen, daß rücksichtslos ausgetragene Kontroversen ihn nur aus der Öffentlichkeit der DDR verbannt hätten. An Feuchtwanger schrieb er einmal, er habe gelernt, sich Realitäten nicht zu widersetzen, aber auch nicht nachzugeben, wo er Recht zu haben glaube.²²

Als Akademiepräsident war Arnold Zweig zweifellos der richtige Mann am richtigen Platz, die Zeit und die Kraft, die er dafür einsetzte, waren nicht verloren. Er hat in der Akademie eine Tradition begründet, die nie ganz verloren gegangen ist, eine Verbindung von unbedingter Loyalität zum sozialistischen Selbstverständnis des Staates und kritischer Begleitung seiner politischen, besonders der kulturpolitischen Praxis. Ein Lenkungsorgan, wie es sich die Parteiführung mit der Akademie der Künste hatte schaffen wollen, ist sie unter Zweigs Leitung nicht geworden, eher ein Ort der Widerständigkeit. Bis zuletzt hat er sich gegen eine Un-

²⁰ Vgl. Diskussionsrede Arnold Zweigs In: Der Kampf gegen den Formalismus in Kunst und Literatur, für eine fortschrittliche deutsche Kultur. Referat von Hans Lauter, Diskussion und Entschließung von der 5. Tagung des ZK der SED vom 15.-17. März 1951, Berlin 1951, S. 42ff.; aus dem Druckmanuskript geht hervor, daß Zweigs mit Ironie vorgetragene Rücktrittsdrohung in der Druckfassung gestrichen wurde. Vgl. Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR DY 30 IV 2/9.06/2

²¹ Sternburg, a.a.O., S. 216

²² Briefwechsel, a.a.O., Band II, S. 385

terwerfung unter tagespolitische Richtlinien gewehrt, freilich auch hinnehmen müssen, daß ihm die Staatliche Kunstkommission vor die Nase gesetzt wurde und von der Akademie als höchste Institution in Kunstdingen nicht mehr die Rede sein konnte. Das war eine herbe Enttäuschung, sie wurde verschärft durch das Verbot des Films, der nach seinem Roman „Das Beil von Wandsbek“ gedreht worden war. Was er nicht wußte, war, daß es keineswegs subalterne Kunstbanausen waren, die da ihre Hand im Spiele hatten, sondern die Genossen der sowjetischen Militärverwaltung. Im Kampf für diesen Film stand er auf verlorenem Posten. Dem Regisseur des Films folgte er dennoch nicht in den Westen, wo er ohnedies nichts als zweifelhaften Tagesruhm zu gewärtigen hatte. Immerhin reichte seine Autorität so weit, daß eine veränderte Fassung ein Jahrzehnt später aufgeführt werden durfte.²³

Lange hat sich Zweig gesträubt, sein Amt als Akademiepräsident abzugeben, trotz mancher Vorteile, die ihm angeboten wurden. Er glaubte wohl mit Recht, nach dem Schauprozeß gegen Slánský und andere in Prag mit seinen antizionistischen Begleittönen wolle man ihn und andere ihrer jüdischen Herkunft wegen aus leitenden Stellungen entfernen.²⁴ Wenn er dem massiven Druck doch nachgab, geschah das, weil er begriff, daß er sein Konzept der Akademie in der kulturpolitischen Landschaft nicht aufrechterhalten konnte. Dennoch blieb er dabei, Veranstaltungen der Akademie, des Schriftstellerverbandes oder des Kulturbunds und Aussprachen mit führenden Politikern zu nutzen, um der Einmischung von Bürokraten in das kulturelle Leben entgegenzutreten und mehr demokratische Öffentlichkeit anzumahnen. Noch weiter ging er in einer Rede auf dem Dresdner Kulturbundkongreß, wo er gegen die Reglementierung und eine zu große Inanspruchnahme des einzelnen bis ins Privatleben hinein polemisierte und verlangte, die Menschen in der DDR vor den Beschädigungen des gesellschaftlichen Apparates zu schützen. Humanismus und stramme Organisation – erklärte er unumwunden – hätten sich immer widersprochen.²⁵ Der Abdruck solcher Ketzerei wurde natürlich umgehend gestoppt.

²³ Vgl. dazu Gerhard Schoenberner: Vom Roman zum Film – „Das Beil von Wandsbek“. In: Berlin-Haifa-Berlin, a.a.O., S. 217ff

²⁴ Vgl. Arnold Zweigs Tagebucheintragung vom 14.1.1953. Stiftung Archiv Akademie der Künste, Arnold-Zweig-Archiv 2649

²⁵ Zit. nach Wolf, a.a.O., S. 465f.- Vgl. auch Davis, a.a.O., S. 53ff und Wiznitzer, a.a.O., S. 240

Auf dem IV. Deutschen Schriftstellerkongreß beklagte Zweig die Verdrossenheit in unserem öffentlichen Leben und in unserer Literatur²⁶ – Paul Wandel, der Sekretär des ZK, hatte ihn mit Mühe davon abbringen können, über den Rückgang der Kultur in der DDR zu reden.²⁷ Den erhobenen Zeigefinger, auch wenn er der Kunst schädlich sei, war er letztlich noch bereit zu akzeptieren,²⁸ nicht aber die Rechtsbeugungen und Willkürentscheidungen im Alltag, das Überwuchern der mittleren Bürokratie, den Mangel an Zivilcourage unten wie oben. Nach dem XX. Parteitag der KPdSU forderte er in einer Aussprache mit Mitgliedern des Politbüros, die Regierung müsse ihre Fehler offen vor dem Volk darlegen und legte ihnen nahe, ihren Platz zu räumen.²⁹ Er trat für Wolfgang Harich und Walter Janka ein,³⁰ ohne jedoch je in Frage zu stellen, daß er trotz allem Unbehagen die Verwirklichung seiner gesellschaftlichen Vision von der realsozialistischen Staatsmacht erwartete, sofern sie nur ihrem eigenen Gründungsanspruch gerecht zu werden vermochte. Deshalb forderte er immer wieder Rechtssicherheit ein und wies auf Mißstände hin, die beseitigt werden sollten, wenn er mit den Verantwortlichen der DDR sprach. Gegenüber Kollegen, Journalisten und Politikern aus dem Westen trat er dagegen betont als Repräsentant seines Staates auf, bekannte er sich als ein Ja-Sager,³¹ im vollen Bewußtsein, daß er damit ins Kreuzfeuer der politischen Polemik geraten mußte.

Er war unbequem für die herrschenden Zirkel in der DDR, dieser Ja-Sager aus Überzeugung. So ehrten sie den Dichter, indem sie sich nutzten, ihn in der Öffentlichkeit auf ein Maß zu stützen versuchten, das der offiziellen Ideologie erträglich war. Nationalpreis, Ehrendoktorat und Orden schmückten ihn – sogar der Lenin-Friedenspreis, der ihn schließlich unangreifbar machte. Alles das verhalf ihm jedoch nicht dazu, seine Schriften zu jüdischen Fragen drucken zu lassen, so sehr deren Veröffentlichung ihm am Herzen lag. Die „Bilanz der deutschen Judenheit“ – im Exil veröffentlicht – erschien als Neudruck nur in Westdeutschland, im Osten war der Katalog der geforderten Änderungen so einschneidend, daß

²⁶ IV. Deutscher Schriftstellerkongreß Januar 1956. Protokoll 2. Teil. Hg. Deutscher Schriftstellerverband (Berlin) 1956, S. 41

²⁷ Dieter Schiller: Disziplinierung der Intelligenz. Die Kulturkonferenz der SED vom Oktober 1957, Berlin 1997, S. 14

²⁸ IV. Deutscher Schriftstellerkongreß Januar 1956, a.a.O., S. 42, 44

²⁹ Disziplinierung der Intelligenz, a.a.O., S. 9, 18

³⁰ Metzke, a.a.O., S. 100; vgl. Briefwechsel, a.a.O., S. 338

³¹ Arnold Zweig: Ich bin ein Ja-Sager. In: A.Z.: Essays. Zweiter Band. Aufsätze zu Krieg und Frieden. Berlin und Weimar 1967, S. 481

Zweig aufgab.³² Die Ausgabe seiner Essays – von Johanna Rudolph betreut – spart die jüdischen Themen weitestgehend aus. Zweigs Werk, in der DDR hochgeschätzt und weitverbreitet, war seinen Lesern dennoch nur um wesentliche Seiten reduziert zugänglich.

Arnold Zweig, der deutsche Schriftsteller, bekannte sich immer sehr betont zu seinem Judentum – wenn auch nicht im religiösen Sinn. Nach seiner Übersiedlung nach Ostberlin wurde er Mitglied der Jüdischen Gemeinde,³³ gab die – von ihm überarbeitete – Lebens- und Leidensgeschichte einer Jüdin unter dem Titel „Fahrt zum Acheron“³⁴ zum Druck und veröffentlichte im Sonderheft von *Sinn und Form* anlässlich seines 65. Geburtstages einige Skizzen zur frühen Geschichte des Landes Israel.³⁵ Er machte kenntlich, daß er als Jude wahrgenommen werden wollte und sich bei aller Kritik der Politik des jüdischen Staates mit dem Überlebenskampf des jüdischen Volkes solidarisierte – bis hin zu seiner Weigerung, im Sechstagekrieg den Staat Israel zu verurteilen,³⁶ wie es die Staatsräson der DDR verlangte.

Bei seiner Übersiedlung nach Ostberlin war sich Zweig kaum bewußt, wie stark viele seiner Grundüberzeugungen von den offiziellen Doktrinen abwichen. Wo es ihm möglich war, zeigte er sich bereit zu lernen, wo nicht, arbeitete er zäh daran, seine Fragen in die Öffentlichkeit zu bringen. So wollte er mit seinem sehr persönlich gehaltenen Buch „Freundschaft mit Freud“ eine Diskussion über Sigmund Freuds Lebenswerk einleiten und hoffte sogar – wie ein Brief an Anna Freud verrät –, bis zum 100. Geburtstag Freuds in der DDR eine Umorientierung gegenüber der schroffen Ablehnung der Psychoanalyse in der offiziellen Ideologie durchsetzen zu können.³⁷ Tatsächlich erreichte er nur die Veröffentli-

³² Dieter Schiller: Arnold Zweigs „Bilanz der deutschen Judenheit 1933“. In: *Weimarer Beiträge* 1990/5, S.805ff.; vgl. Wolf, a.a.O., S. 542ff, wo auch über die Verhinderung eines Versuch, den „Caliban“ neu herauszugeben, berichtet wird.

³³ Hermand, a.a.O., S.112

³⁴ Berlin 1951; das ursprüngliche Manuskript mit dem Titel „Engpaß zur Freiheit“ gab Zweig schon 1948 zum Druck, 1990 ist es von Heidrun Loeper unter dem alten Titel neu herausgegeben worden.

³⁵ *Sinn und Form. Beiträge zur Literatur*, Sonderheft Arnold Zweig Berlin (1952), S. 146ff.- Auszug aus dem unveröffentlichten Buch „Emigrationsbericht oder Warum wir nach Palästina gingen“

³⁶ Wiznitzer, a.a.O., S. 197ff.

³⁷ Arnold Zweig: *Freundschaft mit Freud. Ein Bericht*. Bearb. Julia Bernhard, Berlin 1996, S. 350; vgl. auch Briefwechsel, a.a.O., S. 89

chung seines Aufsatzes „Die Natur des Menschen und Sigmund Freud“,³⁸ der die Gesellschaftsauffassung Freuds zwar kritisch beleuchtet, ihn aber zugleich als Deuter der kulturellen Sphäre und vor allem des Innern des Einzelmenschen feiert. Als er den Bericht über seine Freundschaft mit Freud Jahre später abschließen konnte, blieb das Buch ungedruckt und Zweig mußte die Hoffnung endgültig begraben, es könne in der östlichen Welthälfte als eine Art Einführung in Freuds Lehre wirken und zur Einsicht beitragen, daß sozialistische und psychoanalytische Ansichten einander ergänzen.

Ein Beitrag, Sigmund Freud in Ostdeutschland wieder einzubürgern, war auch „Traum ist teuer“, der letzte abgeschlossene Roman Zweigs. Der Ich-Erzähler Karthaus, ein Wiener Psychoanalytiker, ist in vielem ein alter ego Zweigs.³⁹ Er erlebt den II. Weltkrieg in Palästina, wird als Militärarzt in einen Streit um den griechischen Freiheitskämpfer Kephalides verwickelt, der für ihn zum Anlaß wird, Rechenschaft über sich selbst abzulegen. In diesem Wandlungsroman⁴⁰ ist die Psychoanalyse eine wesentliche Erkenntnisquelle,⁴¹ auch in der letzten, von marxistischen Einsichten in die Entstehung des Faschismus geprägten Fassung. Begonnen hatte Zweig das Buch im Exil, in Vordergrund stand ursprünglich ein psychologisches Interesse,⁴² später – enttäuscht von der Nachkriegsentwicklung – akzentuierte Zweig die Abrechnung mit den politischen und privaten Illusionen des Träumers Karthaus, vor allem mit seinem Traum von der Zukunftsträchtigkeit eines politischen und moralischen Liberalismus. Mit der Geschichte vom Weg eines Intellektuellen zum Marxismus⁴³ wollte Zweig zur Bewußtseinsbildung seiner Leser in der DDR⁴⁴ beitragen.

Tatsächlich ist das Buch mit Interesse aufgenommen worden, vor allem seiner Schilderung Palästinas und der Kriegsvorgänge in Mittelmeerraum, aber auch der eigenwilligen Art wegen, mit der Figuren, Denkweisen und Schicksale vorgestellt wurden. Doch unverkennbar fügten sich die im Exil entworfenen Handlungsteile nicht der neuen Aussageabsicht, innere Motivierungen wurden brüchig, angebotene Lösungen konnten er-

³⁸ *Neue Deutsche Literatur* 4 (1956) 5, S. 89-95, auch in A.Z.: *Der Früchtekorb*, S.70ff. – Es handelt sich um eine Neubearbeitung des Aufsatzes „Freud und der Mensch“ (1929)

³⁹ Karl Kröhnke: „Das werden wir später klären...“ *Psychoanalyse und Marxismus* in Zweigs „Traum ist teuer“. In: Berlin-Haifa-Berlin, a.a.O., S. 218

⁴⁰ Hermand, a.a.O., S. 128

⁴¹ Kröhnke, a.a.O., S. 213

⁴² Davis, a.a.O., S. 157

⁴³ Ebd., S. 38

⁴⁴ Ebd., S.169

zählerisch nicht überzeugen. Die zuweilen schlagworthaft daherkommen- den neuen Einsichten Zweigs über Krieg und Frieden, über Antifaschismus und Befreiungskampf, vor allem aber über die kapitalistische Welt und ihre Politik in Krieg und Nachkrieg überlagern den Erzählvorgang auf eine Weise, daß polemische Kritiker ein leichtes Spiel hatten.

Man hat viel darüber geredet, ob Zweigs Bereitschaft, die Mitarbeit beauftragter Leser⁴⁵ – so seine freundlich-ironisch Benennung – zu dulden, für solche Probleme mitverantwortlich ist. Erfreut war er nicht, als der Aufbau-Verlag seinen Plan ablehnte, die in Ich-Form gehaltene Urfassung von „Erziehung von Verdun“ aus dem Jahr 1930 herauszubringen. Aber er hat bei seinen langwierigen Umarbeitungen und Erweiterungen, in deren Verlauf „Die Feuerpause“, ein neuer Band des Grischa-Zyklus entstand, die Hinweise der mitarbeitenden Lektoren durchaus als Bereicherungen gewertet.⁴⁶ Eine Verflechtung der Themenstränge Verdun und Brest-Litowsk gelang ihm freilich nur sehr partiell, die erzählerische Struktur weist harte Brüche auf. Im Vordergrund der Vorgänge – eine den früheren Romanen des Zyklus vergleichbare Stringenz der Fabel und der Handlungsführung kommt nicht zustande – stehen die Friedensverhandlungen zwischen Sowjetrußland und dem Deutschen Kaiserreich,⁴⁷ und die russische Oktoberrevolution wird stark akzentuiert.⁴⁸ Dabei nimmt Zweig im Verlauf der Arbeit Textänderungen im Sinn der offiziellen Parteigeschichte vor oder läßt sie zumindest zu, und baut Erläuterungen ein, die seine aktuellen Erkenntnisse artikulieren.⁴⁹

Vieles spricht dafür, daß Zweigs zähes Bemühen, am alten Roman-Fragment festzuhalten, es zum Kern eines neuen Romans zu machen, die Vollendung des Weltkriegs-Zyklus eher blockiert als gefördert hat. Aus heutiger Sicht hätte ein bibliophiler Druck des großen Bruchstücks das Dilemma vielleicht lösen können, damals ist das verlegerisch nicht einmal erwogen worden. Die Entstehung des Romans „Die Feuerpause“ – das Buch sei aus Versehen entstanden, sagte Zweig einmal⁵⁰ – resultiert aus der Tatsache, daß Zweigs ursprünglich als „Trilogie des Übergangs“⁵¹ geplanter Zyklus längst aus den Fugen geraten war. Teils vor Jahrzehnten

⁴⁵ Arnold Zweig: Die Feuerpause, Berlin 1954, S. 428

⁴⁶ Ebd.

⁴⁷ Davis, a.a.O., S. 74, 76,

⁴⁸ Hermand, a.a.O., S. 124

⁴⁹ Davis, a.a.O., S. 77, 79, 81

⁵⁰ Ebd.S. 111

⁵¹ Arnold Zweig: Erziehung vor Verdun. Amsterdam 1935, Nachbemerkung

entstandene Bruchstücke und kompositorische Entwürfe bildeten eine erzählerische Substanz, die der Autor nicht preisgeben mochte und konnte.

Bei der Arbeit am Roman „Das Eis bricht“, der die Ereignisse bis zur Novemberrevolution behandeln sollte, zeigte sich, daß er nur noch begrenzt fähig war, neue Erzählsituationen zu entwerfen⁵² – schon vorher war ihm klar geworden, der letzte Band „In eine bessere Zeit“ werde über eine Skizze nie hinaus kommen.⁵³ Welche endgültige Gestalt der Roman erhalten sollte, läßt sich aus den erhaltenen Bruchstücken und Plänen nicht erschließen. Doch ist erkennbar, daß Zweigs Bemühen, den ideologischen Vorgaben der Interpretation der Vorgänge um die russische Oktoberrevolution und die deutsche Novemberrevolution gerecht zu werden, zuweilen durchaus mit dem erzählerischen Fluß kollidiert – etwa wenn die zentrale Entwicklungsfigur des Zyklus, Werner Bertin, zum Zionisten wird wie der Autor selbst und nach Palästina geht.⁵⁴ Es war ein brisanter Boden, auf dem sich Zweig hier bewegte, und das mag einer der Gründe sein, daß nur noch der Eingangsroman des Zyklus vollendet wurde, der lange unter Titeln wie „Aufmarsch der Jugend“ und „Si vis pacem“ geplant war und nun „Die Zeit ist reif“ genannt wurde – die Geschichte von Werner Bertin und Lenore Wahl am Vorabend des ersten Weltkrieges.

⁵² Hermand, a.a.O., S.126

⁵³ Arnold Zweig 1887-1968 S.374

⁵⁴ Davis, a.a.O., S. 143ff

Die begrenzte Emanzipation

Eine linke jüdisch-deutsche Hochschullehrerin erzählt ihr Leben¹

Wolfgang Herzberg
Berlin

Wer über die Rolle jüdisch-deutscher Intellektueller in der DDR, ihre Lebensleistungen, Begrenzungen, Grenzen, aber auch ihr Erbe historisch gerecht urteilen will, darf m.E. nicht an den biographischen

Innenansichten und tatsächlichen Lebenserfahrungen dieses Personenkreises vorbeigehen. Dies auch deshalb, um nicht, wie zu oft vor oder nach 1989 geschehen, diese Erfahrungen historisch oder gar politisch zu de-realisieren, vorschnell, etwa mit Hilfe von Stasi-Akten erneut zu instrumentalisieren und damit ihre tatsächlichen, biographisch bedingten Lebenszusammenhänge gering zu achten und zu verdrängen. Dabei stellt sich relativ rasch heraus, daß ihre Lebenserfahrungen, bei allen Besonderheiten doch exemplarisch mit der Vorgeschichte, der Verlaufsgeschichte, dem schließlichen Scheitern, aber auch, in besonderer Weise, mit den bis heute andauernden Nachwirkungen der politischen Kultur der DDR im vereinigten Deutschland, bei aller kritischer Beurteilung der Erfahrungen im Einzelnen, auf das Engste verbunden sind. Sie können nur als ein spezifischer Teil der kollektiven Biographie der DDR-Bevölkerung, besonders der Gründergeneration verstanden und gerecht beurteilt werden.

Wenn im Folgenden dazu, mit sparsamen Überleitungen, kurze aber wesentliche Ausschnitte aus einem bisher noch unveröffentlichten biographischen Interview² publiziert wird, das ich im Jahre 1997 mit der Interviewpartnerin (Marianne P.) durchführte, und das im Rahmen eines längerfristig angelegten Projektes „Zur Erforschung von Lebenserfahrungen jüdisch-deutscher Remigrantenfamilien aus England, die in die SBZ/DDR

¹ Der folgende Text dokumentiert ein exemplarisches Beispiel für kollektive biographische Züge in der Gründergeneration der DDR. Er besteht aus Ausschnitten eines biographischen Interviews, die durch Paraphrasen des Autors miteinander verbunden werden.

² erscheint voraussichtlich 1999 in *Brandenburgische Historische Hefte*, hrsg. von der Landeszentrale für Politische Bildung Brandenburg

zurückkehrten“ entstand, bin ich mir der Vorläufigkeit der eigenen kommentierenden Verallgemeinerungen durchaus bewußt. Dennoch wage ich sie, als ersten Versuch einer Annäherung an dieses Thema, weil ich selbst aus einer solchen Familie komme, bereits über sieben biographische Tiefeninterviews zu diesem Projekt (transkribiert ca. 3.000 Seiten) verfüge und nicht zuletzt eine fast zwanzigjährige Erfahrung mit „Oral-history“-Projekten einbringe.

Marianne P., Jahrgang 1924, wächst als Tochter eines Finanzbeamten und einer Krankenschwester und Hausfrau, sehr behütet, in einer völlig assimilierten, jüdisch-deutschen und bürgerlich-liberalen Familie, in einer Neubausiedlung in Frankfurt am Main auf. Ihre Kindheitsmuster sind, wie so oft, prägend für ihr ganzes Leben. Der Vater stammte aus einer Juristenfamilie aus Koblenz. Seine Mutter war zeitweilig Sängerin. In diesem väterlichen Elternhaus herrschte eine patriarchalische, intellektuelle und musische Atmosphäre.

M.P. über ihren Vater: „Mein Vater wollte eigentlich Musiker werden, aber das haben die Eltern ihm verboten, weil das kein standesmäßiger Beruf war. Ich glaube, mein Vater war nicht sehr glücklich darüber. Es gab natürlich auch sehr viele Bücher in diesem Haus und viele Kunstschätze. Alles wurde bereits 1938 zerstört... Mein Vater hatte zum Beispiel den Spruch drauf: ‚Seit ich die Menschen kenne, liebe ich die Tiere.‘... Was er für politische Ansichten hatte, ist wirklich schwer zu sagen. Ich würde sagen, daß er ein sehr liberaler Mann gewesen ist. Ich habe eigentlich keine politischen Gespräche zu Hause gehört. Ich nehme an, daß er vielleicht die Haltung hatte: ‚Leben und leben lassen?‘. Kommunisten waren meine Eltern auf keinen Fall, aber ich glaube, ich habe auch nie gehört, daß sie irgendwie über Kommunisten geschimpft hätten.“

M.P. über ihre Mutter: „Meine Mutter hat sich sehr meinem Vater untergeordnet. Sie hat es nicht so einfach gehabt mit ihm. Meine Mutter war sehr ausgleichend und friedfertig und sehr auf das Wohl der Familie aus. Sie hat sich selbst sehr zurückgenommen, um alles so zu machen, wie mein Vater es gerne hatte. Aber das ist doch bei diesen Familien meistens so gewesen.“

M.P. über ihre Kindheitsmuster und die Folgen: „Was ich damals für ein Kind war, darüber habe ich eigentlich bisher noch nicht ernsthaft nachgedacht. Ich habe zwar später über viele andere Kinder nachgedacht z.B. als Lehrerin in der Schule, aber eigentlich über mich selbst weniger. Ich war

wohl ziemlich brav. Ich war im Grunde genommen auch sehr zufrieden. Ich fand immer, daß meine Eltern alles richtig gemacht haben, besonders meine Mutter... Zufrieden, friedfertig und ausgleichend bin ich gewesen und harmoniebedürftig. Und das bin ich auch heute wohl noch. Ich bin relativ bescheiden gewesen, auch verbunden mit einer gewissen resignativen Haltung. Ich war nie ein Mensch, der nun unbedingt was durchsetzen mußte, jedenfalls auf keinen Fall für mich selber. Bei Hindernissen zog und ziehe ich mich sofort zurück. Ich glaube, es war mangelndes Selbstbewußtsein. Das wirft mir ja auch meine älteste Tochter Susanne vor. Aber das werde ich nicht mehr ändern können. Aber ich war immerhin kontaktfreudig und hilfsbereit und habe mit Freunden eigentlich nie Probleme gehabt, aber vielleicht auch deshalb, weil ich mich nicht so auseinandergesetzt habe, nicht so stark meine Position verteidigt habe.

Ich sehe immer, es gibt gleichzeitig Positives und Negatives. Ich war immer ziemlich zuverlässig und das bin ich heute auch noch und berechenbar. Das stand auch auf meinem Zeugnis: ‚Marianne hat ein besonders verständnisvolles Wesen. Ihre Zuverlässigkeit, Tüchtigkeit und gründliche Art des Arbeitens werden allgemein anerkannt.‘ Ich versuchte immer, und das war wohl gleichzeitig ein Mangel, beide Seiten zu sehen. Und deshalb kam ich auch sehr schnell zu dem Schluß, in der Politik, da gibt es keine Lösungen. Da wußte ich auch gar nicht, was ich machen sollte, und es war dann für mich erledigt. Ich wußte nicht, wo ich da anpacken sollte. Da bin ich, glaube ich, von heute aus gesehen, gutgläubig gewesen, bis zur Naivität. Und unterm Strich kam mir der Gedanke, daß ich doch mehr für die Gesellschaft geeignet bin, wo Gleichheit wichtiger ist als Freiheit. Im Sozialismus haben wir viel Gleichheit gehabt und wenig Freiheit. Heute haben wir viel Freiheit aber wenig Gleichheit... Ich bin vielleicht ein bißchen bescheiden gebaut und nicht so anspruchsvoll. Meine Mutter hat sich überhaupt nicht gestattet eine eigene Meinung zu haben. Das habe ich dann doch bis zu einem gewissen Grade überwunden, aber sie entsprach immer noch stark der Kollektivmeinung. Trotzdem habe ich noch eine eigene Meinung entwickelt, aber das war bei meiner Mutter noch weniger.

Es war immer ein Werben der deutschen Juden um die volle Anerkennung ihres Deutschseins, und immer wieder sind sie zurückgestoßen worden. Es war immer wieder erfolglos, dieses Werben. Und eine Seite dieses Werbens ist vielleicht dieses Sich-ein-bißchen-kleiner-Machen, als man ist. Nicht auffallen wollen und das ist eben bei mir auch heute noch so. Ich möchte nicht anders sein als andere. Ich möchte nicht mehr haben als andere. Ich möchte eine unter anderen sein. Dieses Bedürfnis, mich besonders hervorzutun, weder geistig noch materiell, habe ich also nicht

gehabt. Ich hatte eigentlich nie das Bedürfnis auszubrechen aus meinem Milieu, in dem ich mich befunden habe. Ich habe keine besonderen revolutionären Veränderungen angestellt. Ich war kein revolutionärer Geist. Ich habe auch keine hochfliegenden Träume gehabt im Beruf, ... sondern ich hatte immer mehr Realitätssinn: also nicht zuviel erwarten und ehrlich sein Brot verdienen. Ich habe auch keine besonders originellen Ideen entwickelt. Das muß ich selbstkritisch sagen.“

1933 und die folgenden Jahre erleben Marianne P., ihre Eltern und ihre Schwester traumatisch. Der Vater wird zunächst fristlos entlassen. Viele Bekannte emigrieren. Die Schwestern werden auf dem Kinderspielplatz und auf offener Straße geschlagen und mißhandelt und in der Schule diskriminiert. Sie muß zweimal umgeschult werden und landet schließlich auf der jüdischen Schule „Philanthropien“, mit einer reformpädagogischen Ausrichtung. Ihr wird nach 1933 erst völlig klar, daß sie Jüdin ist.

M.P. über Judentum: „Ich weiß nur, daß ich manchmal abends im Bett gelegen und gedacht habe: ‚Warum mußt du nun gerade jüdisch sein?‘ Das fand ich irgendwie Pech, daß ich nun jüdisch war... Ich bin mit meinen Eltern nicht in den Tempel gegangen und habe somit nichts von den religiösen Hintergründen des Judentums mitbekommen. Ich glaube nicht, daß wir Mitglied der Jüdischen Gemeinde waren. Ich führe das darauf zurück, daß diese Familien wahrscheinlich froh darüber waren, daß es am Ende des vorigen Jahrhunderts doch eine gewisse Gleichstellung gegeben hat. Aber ich kann das nicht beurteilen, wie das in den Familien meiner Eltern war. Ich kannte sie jedenfalls nur assimiliert. Und wir haben ja auch Weihnachten gefeiert. Aber das änderte sich nach 1933 dann auch bei uns. In der nicht jüdischen Schule galt ich als religionsfrei und habe an keinem Religionsunterricht teilgenommen. Aber an der jüdischen Schule haben wir dann Religionsunterricht gehabt und haben auch etwas Hebräisch gelernt. Aber ich hatte überhaupt kein Interesse und fand das schrecklich langweilig, wie eine schlechte Märchenstunde... Das war nur eine Notwendigkeit, die ich jetzt in Kauf nehmen mußte... Und da sagte meine Schwester, und das weiß ich noch ganz genau: ‚Du hör mal, wir müssen ja nicht fasten. Ich glaube an nichts! Das hat mit Glauben nichts zu tun. Ich faste nur, weil man einfach zeigen muß, daß man nicht so gefräßig ist.‘ Und das habe ich eben dann auch mitgemacht.“

Marianne wird dann von ihren Eltern in einen jüdischen Jugendbund geschickt, damit sie irgendwo dazu gehört. „Die Werkleute“ waren ein, wie die Eltern meinten, „gemäßigter zionistischer Jugendbund“. Aber sie fühlte sich dort auch sehr fremd und hatte kein Bedürfnis, sich emotional

mit dem Zionismus zu identifizieren, sich auf eine Auswanderung nach Palästina vorzubereiten und hat dies „eigentlich alles nur notgedrungen mitgemacht.“ Eine gewisse Bindung entsteht dort nicht über die Religion, sondern eher über die sozialen, teilweise linken Einstellungen.

Ihr Vater, zur Untätigkeit verdammt, leidet unter der schrecklichen Isolation, und auch die Familienatmosphäre wird dadurch immer unerträglicher. Im Zusammenhang mit der Reichspogromnacht wird der Vater von der „Gestapo“ abgeholt und versucht sich das Leben zu nehmen. Er kommt nach Buchenwald, und der Mutter gelingt es, ihn, unter schwierigsten Bedingungen, nach einiger Zeit wieder frei zu bekommen – durch ein Ausreisevisum nach Schanghai. Der Vater will aber die Familie nicht allein zurücklassen und emigriert nicht, auch weil er sich bereits zu alt fühlt. Über die Erlebnisse des Vaters wird kaum oder nicht gesprochen.

Mariannes Mutter und die ältere Schwester nehmen dann, zunächst hinter dem Rücken des Vaters, die schwierigen Emigrationsformalitäten in die eigenen Hände. Die Schwester emigriert schließlich mit ihrem Mann in die U.S.A. Marianne wird durch einen Kindertransport der Quäker nach England 16jährig gerettet und kommt dort zunächst in einer jüdischen Pflegefamilie unter, die sie ziemlich gängelt. Als die Mutter ihr bei Kriegsausbruch noch mit dem letzten Flugzeug folgen kann, bleibt der Vater allein in Frankfurt am Main, ohne Ausreisevisum, zurück und nimmt sich dort später das Leben. Mutter und Tochter ziehen in England schließlich, gegen den Willen der Pflegeeltern zusammen, nachdem Marianne psychisch krank wurde.

Durch eine Freundin kommt Marianne in London mit der von der KPD gegründeten „Freien Deutschen Jugend“ und dem „Kulturbund“ in Verbindung und ist von den Leuten, die dort verkehren, außerordentlich angetan. Sie selbst wird warmherzig willkommen geheißen, fängt dort schließlich als Sekretärin an zu arbeiten und findet mit ihrer Mutter im Haus des Kulturbundes und der FDJ, in jeder Beziehung, ein neues Zuhause.

M.P. über ihre lebensbestimmende politische Sozialisation durch deutsche Kommunisten: „Dann wurde mir angetragen, doch mal mit Horst Brasch mitzugehen (der spätere Vater der Schriftsteller Thomas und Peter Brasch, W. H.), weil der dort vor englischen Jugendgruppen sprach. Das große Thema lautete: ‚Alliierte in Deutschland‘. Das Bestreben der FDJ war, den Engländern zu erzählen, daß nicht das ganze Deutschland nur aus Faschisten bestand, sondern daß es auch in Deutschland Kräfte gab, die gegen den Faschismus kämpften, und daß das in Zukunft die Leute sind, mit denen eine Demokratie wie England zusammenarbeiten könnte.“

Mich hat dabei der kommunistische Gedanke von Anfang an sehr gereizt. Ich bin wirklich sehr sozial eingestellt gewesen. Nachdem man soviel Ungerechtigkeit am eigenen Leibe erfahren hatte, war eine Ordnung, in der mehr Gerechtigkeit und Gleichheit herrschen sollte, für mich doch sehr attraktiv. Und dann gab es ja auch theoretische Schulungen. Und ich muß sagen, daß mir das absolut schlüssig war. Das hat mir so eingeleuchtet, was uns da vermittelt wurde an Grundlagen des Marxismus! Etwa wie der Mehrwert entsteht, und daß dieser Mehrwert in die Taschen der einzelnen Kapitalisten wandert, und daß das im Kommunismus anders wäre. Der Mehrwert, den man dann Mehrprodukt nennt, wandert dann nicht mehr in die Taschen einzelner, sondern kommt der Kommune, der Verwaltung zum Wohle aller zugute. Statt eine Privatvilla nach der anderen zu bauen, werden dann Hospitäler und Kinderheime und schöne Parks entstehen für alle Leute! Das hat mir vollkommen eingeleuchtet. Das fand ich wunderbar, und daran wollte ich mitarbeiten. Ich spürte plötzlich eine Verantwortung für die Geschichte. Wir waren alle vom Sozialismus besonders angezogen, weil wir am meisten gelitten hatten unter den Verhältnissen vorher. Und der Gedanke, eine Gesellschaft aufzubauen, in der alle gleich sind, nachdem man soviel Ungleichheit erlebt hatte, so furchtbare Unterdrückung, das kann man nun wirklich verstehen! Das war ein herrliches Ziel: eine Gesellschaft aufzubauen, in der alle gleich sind! Es hieß ja damals, keine Rassen-, keine Klassenunterschiede mehr. Die Unterschiede zwischen Arm und Reich sollten eingeebnet werden. Daß das einen gereizt hat, glaube ich sehr. Und dann kam diese psychische Sache wahrscheinlich dazu, daß man sich wieder geborgen fühlte in einem bestimmten Rahmen, wo man voll dazugehörte. Das, glaube ich, kann man doch verstehen! ...

Ich habe in der Emigration dadurch ein Ziel gefunden und dadurch ein gewisses Selbstbewußtsein erworben und schließlich empfunden, daß ich ein handelnder Mensch bin. Dennoch wurde ich nie so selbstbewußt, daß ich irgendwie nach führenden Rollen gestrebt hätte. Vielleicht war es auch Feigheit, größere Verantwortung zu übernehmen. Aber ich wollte immer mitmachen, bei einer Sache, die ich nun für richtig hielt, und von der ich ja zu der damaligen Zeit auch felsenfest überzeugt war.“

Marianne und ihre Mutter melden sich nach dem Überfall auf die Sowjetunion, aufgrund der Werbung durch die FDJ, in einem „Gouvernement Training Center“ und lassen sich als Dreherinnen für eine Waffenfabrik in England ausbilden. Sie arbeiten dort im Dreischichtsystem mit anderen deutschen Kommunisten zusammen, u.a. mit Kurt Hager, dem späteren langjährigen Chef-Ideologen der SED. Marianne macht viele Überstun-

den und war begeistert im Kampf gegen das Hitlerregime bei der Arbeit und entwickelte dort, wie sie sagte, eine „sozialistische Arbeitseinstellung“. Sie überwindet z.T. ihre Schüchternheit und spricht auf politischen Versammlungen. Sie lebt in einem Jugendheim zusammen mit anderen jungen Emigranten aus ganz Europa, das z.T. wie eine Kommune oder Wohngemeinschaft funktioniert. Sie lernt schließlich auf einer der Versammlungen ihren späteren Mann Jochen kennen, sie heiraten bald und bekommen, noch in England lebend, zwei Töchter.

Auch Jochens Familie, aus Breslau stammend, war dem Judentum nicht mehr zugeneigt. Seine Eltern wanderten nach Kenia aus. Jochen wollte eigentlich nach dem Kriege Landwirtschaft studieren, wurde dann aber, nach der Rückkehr mit der Familie in die SBZ/DDR, bald 1. FDJ-Sekretär Berlins.

M.P. über ihre Rückkehr nach Ostberlin: „Ich wäre mit dem Mann bis ans Ende der Welt gegangen, das muß ich wirklich sagen. Dann kamen wir in Berlin an, im August 1947... Jochen ist gleich den nächsten Tag zum Zentralrat der FDJ. Und da gab es sofort die erste Auseinandersetzung dort. Die haben ihm plötzlich gesagt, das mit der Jugendschule in Jena wird nichts, worauf wir nun unsere ganzen Hoffnungen gebaut hatten, er müßte nach Frankfurt am Main. Und das wollte er aber auch nicht. Sie waren sehr enttäuscht von ihm, daß er so wenig Parteidisziplin hatte und nicht dahin gehen wollte, wo die Partei ihn am nötigsten brauchte. Und da wurde er zur Strafe in den FDJ-Gemüsekelner gesteckt. Da hat er erst mal, glaube ich, ein halbes Jahr für den FDJ-Zentralrat gearbeitet, wo sie gleich mit Gemüse versorgt wurden. Das waren Sonderrationen in diesem Gemüsekelner für den Zentralrat. Jochen hat den ganzen Tag nur Gemüse abladen dürfen. Dafür waren wir nun aus England nach Deutschland zurückgekommen, daß er eine solche Arbeit machen mußte! Aber er hat nicht gejamert. Er hat das als eine vorübergehende Sache empfunden und deshalb nicht etwa eine Tiefstimmung gehabt.

Dann wurde er doch Kulturfunktionär der FDJ im Stadtvorstand und nach nicht langer Zeit, der 1. Vorsitzende der FDJ von Berlin. Er war gleich unheimlich beliebt, weil er wirklich sehr kontaktfreudig war, sehr basisverbunden, würde man vielleicht heute sagen... Jochen war tief überzeugt von der Richtigkeit dieser kommunistischen Idee und war der Meinung, das alles ist machbar! Und da mußte man nur seine ganze Energie aufwenden, um dieser Idee zum Leben zu verhelfen. Es gab so ein FDJ-Lied, da hieß es: ‚Auf Dich kommt es an, auf uns alle!‘ Und davon war man wirklich überzeugt: Du bist nicht ein Rädchen im Getriebe, das nichts bewirken kann, du bist nicht mehr ausgeliefert, sondern jeder kann

selbst seinen Teil beitragen. Wenn du heute nicht dabei bist, fehlt etwas. Das Gefühl hatte ich...“

Jochen fuhr mit einer Delegation in die Sowjetunion und berichtet, als er zurückkehrte, nicht nur Positives. Obwohl er viele Leute auf der Straße und in der Metro Bücher lesen sah, war er doch von vielem enttäuscht.

M.P. über die SU-Reise Jochens: „Er fand, es wäre vieles so verstaubt und altmodisch, die Plüschsessel abgedeckt mit irgendwelchen weißen Tüchern... die Atmosphäre des feudalen Miefs, dieses Feudal-Bombastische, wie die Funktionäre sich eingerichtet hatten, statt etwas Schlichtes, wie man das erwartet von Menschen, die volksverbunden sein wollten. Ich weiß auch, daß er danach irgendwie Auseinandersetzungen im Zentralrat gehabt hat. Das ging so weit, daß ich später nicht ganz sicher war, was da mit seinem plötzlichen Tod war. Jedenfalls ist er dann im Dezember 1949, zwischen Weihnachten und Neujahr, tödlich verunglückt. Ich habe erst Jahre später erfahren, daß dieser Autounfall mit einem sowjetischen Lastauto stattgefunden hat. Und das hat mir natürlich später ein bißchen zu denken gegeben, aber ich habe nicht einen Moment an irgend etwas gezweifelt, was man mir damals sagte... Natürlich bin ich sehr schwer fertig geworden mit diesem Schlag. Daß ich überhaupt damit fertig geworden bin, hatte wieder mit dieser Weltanschauung zu tun. Ich sagte mir, es gibt ja noch die Partei, und da mußt du weitermachen, trotz alledem...“

Marianne arbeitete zunächst als Pionierleiterin, aber die Arbeit befriedigt sie nicht. Sie entschließt sich, Neulehrerin zu werden. Ohne Abitur und Studium, wie dies damals, Anfang der fünfziger Jahre, noch möglich und durchaus üblich war.

M.P. über ihren Einstieg als Neulehrerin: „Als Jochen tot war, mußte ich natürlich schnell irgendwas Berufliches machen und mußte ja auch Geld verdienen. Ich hätte gleich beim Zentralrat der FDJ anfangen können. Aber das wollte ich natürlich nicht, weil ich ja diese Einstellung hatte, daß man, ohne was beruflich zu können, so was nicht machen könnte. Und es stimmte ja auch, daß ich nichts wußte und nichts konnte. Und dann gab es aber die Möglichkeit, als Neulehrerin anzufangen, und dazu habe ich mich dann entschieden. Und 1950 konntest Du noch ohne Vorbedingungen Lehrerin werden. Meine Vorbedingung war nur, daß ich aus England zurückgekommen war und daß die mich politisch kannten. Der Schulrat sagte: ‚Ach, wunderbar, komm mal her zu mir ins Amt des Stadtschulra-

tes.' Er hat mir gleich einen Stapel sowjetischer pädagogischer Bücher gegeben, diese Standardwerke, die es damals gab. Es waren Bücher, in denen Makarenkos Lehre verarbeitet wurde. Da war ein Buch, das hieß ‚Jessikow Orgordnikow‘, ein Handbuch für die Lehrer. Und dann gab es weitere psychologische Bücher. Mit den Büchern bin ich dann nach Hause gelaufen und habe mich gleich darauf gestürzt und war sehr interessiert. Dann kam eines Tages der Stadtschulrat von Treptow in einem dicken schwarzen Wagen vorgefahren und sagte: ‚Also hör mal, ich habe gehört, du willst Lehrerin werden, du willst bei uns an der Schule anfangen. Du gehst an die 12. Schule. Da ist ein alter Direktor, auf gut Deutsch, einer der nicht mit der Zeit mitgeht!‘ Und da sollte ich ein bißchen ‚mitmischen, mit aufpassen und vorantreiben‘, was mir schon gar nicht gefallen hat. Ich hatte doch noch überhaupt keine Ausbildung. Wir hatten alle keine Ahnung, aber wir sollten den erfahrenen Schulmännern auf die Finger klopfen...“

Sie wird dann Unterstufenlehrerin, absolviert ein praktisches Jahr und ein Jahr Theorie in einem Lehrerbildungsinstitut, das Pädagogik, Rechnen, Deutsch und Staatsbürgerkunde vermittelte.

M.P. über ihre Arbeit als Neulehrerin: „Ich weiß übrigens noch, daß in der Elternversammlung eine Genossin zu mir kam und gesagt hat: ‚Mensch, du warst doch in der Emigration, du bist doch verfolgt gewesen. Ich kann gar nicht verstehen, daß du dich mit so viel Liebe diesen deutschen Kindern widmen kannst?‘ Ich sagte, daß die Kinder nichts dafür können, und daß ich mich auf die Zukunft orientiere. Ich habe mich sehr bemüht, ein pädagogisches Ethos zu vermitteln, Verantwortung für einander zu fördern, den Kollektivgeist in dieser Klasse zu stärken, ihren Stolz auf ihre eigene Klasse und auf das, was sie machten. Ich habe damals eine Arbeit darüber geschrieben, wie ich das Kollektiv entwickelt habe und habe mich sehr geärgert und war sehr enttäuscht, weil ich so wenig Widerhall bekommen habe... Da hieß es nur: ‚Ach, die Arbeit ist zu lang!‘ ... Aber in der DDR ist die Kollektiverziehung dann eben mißbraucht worden zum Durchstellen der Anforderungen, die von oben gekommen sind. Wenn Kollektiverziehung richtig gemacht wird, bedeutet sie nicht Unterdrückung des Individuums, sondern Förderung, weil das Individuum nur im Kollektiv lernen kann, zwischenmenschliche Beziehungen zu entwickeln. Das wurde nie so gesehen...“

Marianne nahm als Wahlhelferin, noch an dem Lehrerbildungsinstitut in der Ausbildung befindlich, erstmals bewußt an den Wahlen in der DDR teil und bemerkte, wie andere auch, die Wahlfälschungen, die dort vorge-

nommen wurden, und bekam ihre ersten Zweifel, weil sie angewiesen wurde, keine Bleistifte in die Wahlkabinen zu legen und Nein-Stimmen einfach für ungültig zu erklären.

M.P. über ihre Erfahrungen mit den Wahlen in der DDR: „Ich habe auf keinen Fall in der Parteiversammlung versucht, dieses Wahlsystem in Frage zu stellen. Ich habe den Fehler bei mir selbst gesehen. Ich bin ja überhaupt nicht auf die Idee gekommen, das kritisieren zu können und zu wollen, aber es war mir persönlich unangenehm, und ich wollte daran nicht beteiligt sein. Ich dachte nur, für mich ist das nichts! Ich habe mich entzogen. Ich glaube, es gehörte ja auch eine Menge persönliches Selbstbewußtsein zu, dagegen aufzustehen. Natürlich war ich feige, und es war ja viel bequemer, nichts zu sagen. Natürlich habe ich auch die Auseinandersetzung gescheut, aber lange, lange Zeit ist es doch auch so gewesen, daß man sich immer wieder gesagt hat: ‚Na ja, wenn die anderen, so viele kluge Leute der Meinung sind, so ist es richtig, dann wird es schon so sein.‘ Es gehörte wirklich sehr viel Selbstbewußtsein dazu zu sagen: ‚Ich weiß es besser, als ihr das wißt. Ich finde das nicht richtig, wie ihr das macht, und meine Meinung ist so wichtig, daß ich sie verteidige.‘ Und deshalb ist auch vieles so ungerecht, wie man heute mit den Leuten umgeht.“

1952-1955 studierte Marianne schließlich an der Humboldt-Universität, nachdem ihre Ausbildung am Lehrerbildungsinstitut als Abitur anerkannt wurde. Sie wird als Lehrerin für Mittel- und Oberstufe ausgebildet und studiert Geschichte (u.a. bei Prof. Meusel), pädagogische und psychologische Fächer (u.a. bei Prof. Alt und Prof. Deiters). Das Studium fällt ihr nicht leicht, und sie beklagt die Sprunghaftigkeit und mangelnde Systematik des Lehrplanes. Nach dem Studium fängt sie wieder als Lehrerin für die 10. Klasse an, wird aber, auch aufgrund der Doppelbelastung durch Beruf und Familie, krank, bekommt eine langwierige Tbc und kann nicht mehr in den geliebten Lehrerberuf zurück. Sie geht wieder an die Humboldt-Universität, arbeitet lange als Assistentin und schreibt schließlich eine Dissertation zum Thema: „Kollektive Patenschaften zwischen älteren und jüngeren Schulklassen“. Diese Arbeit basiert auf einer Fallstudie, die sie dazu in zwei Schulen Berlins durchführt. Es ging dabei darum, daß Kinder älterer Klassen, über die Pionierorganisation organisiert, Patenschaften über jüngere und leistungschwache Kinder übernehmen sollten, aber möglichst selbstverwaltet, ohne die Zwischenschaltung eines Lehrers oder Funktionärs. Sie verteidigte ihre Dissertation erfolgreich. Bei der Veröffentlichung der Arbeit gibt es Schwierigkeiten durch

die Zensur. Offenbar hatte sich Margot Honecker persönlich eingeschaltet.

M.P. über die Veröffentlichung ihrer Dissertation: „Nachdem ich die Arbeit verteidigt hatte, gab es Leute an der Uni, die das sehr gut fanden und die rieten, eine Broschüre daraus zu machen. Dann gab es so ein Gremium beim ‚Volk und Wissen Verlag‘, und da habe ich mich schrecklich geärgert. Da waren Leute, die das alles abgelehnt haben und sehr kritisch waren, und ich mußte sehr viel herausnehmen aus meinem Text, wie das bei Veröffentlichungen üblich war, bis man seine eigenen Sachen kaum mehr erkennen konnte. Dann kam die Broschüre doch heraus, aber die Frau Ministerin mußte sie wohl gar nicht gemocht haben. Sie wurde nicht propagiert, obwohl ich weiß, daß sich Kollegen dafür interessiert haben. Dann wurde ich beauftragt von der Redaktion, die Quintessenz in einem Artikel zusammen zu fassen. Dann bekam ich die Druckfahnen zurück und da war gerade das herausgestrichen, was neu war, und alles, was mir wesentlich war, war gestrichen. Und da habe ich dann gesagt: ‚So geht das ja nun nicht!‘ Ja, sagten die, wir mußten es so machen, Frau Ministerin wünschte, daß nicht diese offizielle Form der Pionierarbeit in der Pioniergruppe zerstört wird, und daß ältere Schüler eine ganze Pioniergruppe gar nicht leiten können, das wäre ein Unding. Dann habe ich mich denen aus der Redaktion auseinandergesetzt und gesagt: ‚Also, tut mir leid, so gestatte ich den Druck nicht, das ist ja eine Entstellung der ursprünglichen Idee, nur um zu bestätigen, daß alles richtig und schön ist!? Ich wollte ja eben gerade sagen, daß es so nicht geht, und daß was anderes sein muß! Und wenn das nicht akzeptiert wird, dann tut es mir leid, und damit ist meine Zusammenarbeit mit der Zeitschrift beendet.‘ Doch das hat mir natürlich zu denken gegeben. Aber ich wußte schon von anderen, daß es schwierig war, etwas zu veröffentlichen. Und es hat natürlich auch meine Gedanken über Wissenschaft in diesem Lande beschäftigt, daß sie eben nur soweit gehen sollte, daß Richtlinien, die von oben kamen, bestätigt wurden, und daß jede Weiterentwicklung, die man versuchte, an so winziger Stelle schon in die Schranken gewiesen wurden...“

Marianne geht dann in eine sehr kleine, fast nischenhafte Abteilung der Humboldt-Universität zur „Vergleichenden Pädagogik“ und bleibt dort bis zu ihrer Rente als Dozentin tätig. Sie versuchte, den Pädagogikstudenten Einblicke in internationale, vor allem auch westliche Bildungskonzeptionen anzubieten, und beschreibt ihr Dilemma dabei wie folgt:

M.P. über ihre Arbeit in der „Vergleichenden Pädagogik“ der Humboldt-Universität: „Wir waren ein ganz kleiner Bereich und haben uns

hochschule ost 1-2/1999

mit internationaler Pädagogik beschäftigt. Nachdem ich promoviert hatte, hat mich ein Kollege gefragt, weil ich gut Englisch konnte,

ob ich bei ihm mitarbeiten würde, englische Quellen auszuwerten. Es wurde dann dieser kleine Bereich gegründet, und wir dachten, dieser Bereich würde ausgeweitet werden. Aber das war gar nicht der Fall, im Gegenteil, man hat diesen Bereich immer als etwas Suspektes betrachtet, weil wir uns ja auch mit dem westdeutschen Schulsystem beschäftigten. Ich habe mich auch mit der Pädagogik in England und den U.S.A. befaßt. ... Wir haben sogar ein kleines Wörterbuch der Pädagogik entwickelt, mit russischen, polnischen, englischen und amerikanischen Begriffen und haben schulpädagogische Begriffe aus fünf Ländern erklärt.

Das war eine sehr schöne Arbeit gewesen, wenn man sie hätte weitermachen können, aber es sind uns immer und überall Steine zwischen die Beine geworfen worden, und wenn es nur im Stillschweigen war. Und wir hatten keine Auflagen dafür und schon gar keinen Verlag. Wir haben das dann in so einer Uni-Selbstdruckerei, wo man Lehrmaterialien anfertigte, drucken lassen. Aber es wurde kein Interesse daran gezeigt, und wir wurden nicht motiviert, daran weiter zu arbeiten... Wir wollten den kritischen Blick schärfen, daß man das hier nicht als das einzig möglich Nonplusultra betrachtete, sondern auch mal mit kritischen Augen an das Bildungswesen herangeht, in Gedanken, es könnte vielleicht auch mal was verändert werden...

Wir haben uns dann sehr beschäftigt mit den Thema Schüler selbstverwaltung. Da gab es auch eine Diskussion in der Sowjetunion... Vieles hat mich natürlich ungeheuer interessiert und sehr imponiert, was im Westen lief. Aber es ist nun nicht so, daß ich gesagt hätte, das wäre alles gut. Wenn ich in die Bundesrepublik gekommen wäre, bin ich sicher, daß ich als Mitarbeiterin in so einem Reformprojekt gelandet wäre. Das wäre sicher meine Lebensaufgabe gewesen, da hätte ich mich für erwärmen können. Ich habe immer mehr die Einengung empfunden, die uns auferlegt war. Ich habe mit den Studenten in den Seminaren sanft durchblicken lassen, da gibt es international noch das und das, zum Beispiel die Gesamtschule. Ich bin sehr für das Gesamtschulkonzept gewesen, was die Sozialdemokratie damals entwickelt hatte, und was heute ja seinen wirklichen Zielen beraubt ist. Das habe ich den Studenten mitgeteilt und erklärt. Aber ich habe dann auch die Mängel und Schwächen erklärt, und das war ja nicht schwierig...

Dann ergab sich aber folgendes Problem: Wenn du jetzt in einigen Seminargruppen irgendwie doch eine Vertrauensbasis herstellen konntest zu den Studenten, haben sie auch wirklich offen mit dir gesprochen und dir gesagt: „Ja, also Sie sagen das jetzt so, aber dort und dort, der hat ja

155

hochschule ost 1-2/1999

das so gesagt.' Andere Kollegen haben anderes erzählt, sich anders verhalten. Und jetzt solltest du Stellung beziehen, und das war dann eine wirklich ziemlich schwierige Situation. Dann habe ich gesagt: ‚Na ja, also da müßt ihr mit dem selber reden darüber. Ich weiß jetzt nicht, wie er das gemeint hat. Und da habe ich dann immer bemerkt, daß die Studenten enttäuscht waren... Und da habe ich dann gemerkt, wie eng die Grenzen sind. Ich war natürlich dann auch unzufrieden, aber ich wußte auch nicht weiter. Ich konnte mich ja nicht gegen die Kollegen aussprechen, bzw. du wußtest natürlich auch, mit welchen Maßnahmen zu rechnen war, wenn man den offenen Konflikt gegen diese offizielle Pädagogik vom Zaun bricht, und was das eventuell für dich für Folgen haben könnte.

Ich war zu ängstlich, selbstverständlich. Ich bin ja sowieso ein ängstlicher Mensch, das will ich ja gar nicht beschönigen, aber zu der Ängstlichkeit gehörten noch viele andere Momente.

Dann haben die Studenten ja auch die Praxis gekannt und haben, wenn ich ihnen irgendwas erzählt habe, gefragt, wie sie das machen sollten an der Schule? Dann habe ich eine Zeitlang zu ihnen gesagt: ‚Na ja, es ist anders, aber es muß ja jemand verändern. Wenn sie das so kritisch sehen, wer soll es denn verändern, wenn nicht die jungen Lehrer? Dann muß man sich Verbündete an der Schule suchen.' Davon war ich auch im Anfang noch überzeugt... Aber nach einer Weile habe ich dann gedacht: ‚Sag mal, was machst du eigentlich, du schickst die Studenten in den Kampf, das ist eigentlich sehr bequem, du theoretisierst hier rum, und dann gehst du wieder nach Hause und denkst noch, du hast was getan und setzt dich gemütlich in deinen Sessel, und die sollen nun machen?!' Dann war ich mit mir und dieser Rolle und Position auch unzufrieden... Aber was das ganze Menschenbild wert war, diese Frage, so ganz grundsätzlich, haben wir eigentlich nicht gestellt, sondern eigentlich nur, daß uns bestimmte Maßnahmen in zunehmenden Maße mißfielen. Wir merkten, daß unser ursprüngliches Bild vom sozialistischen Menschen doch dem nicht mehr entsprach. Und ich weiß noch, daß ich sagte: ‚Na ja, im Grunde genommen kämpfen wir gegen Windmühlen. Ich habe die geringe Kraft gespürt, die man dann doch hatte. Es war eine große Kraft, der man da entgegenstand und der man eigentlich nicht gewachsen war. Das ist schon so gewesen.“

Marianne resümiert über ihre Lebenserfahrungen in der DDR schließlich u.a. wie folgt:

M.P.s Fazit ihrer DDR-Erfahrungen und ihrer begrenzten Emanzipationsmöglichkeiten: „Es war zu gemütlich, man hätte mehr gefordert sein

müssen und auch mehr Möglichkeiten haben müssen. Das ist mir heute klar. Das wollte man nicht. Die Leute sollten nicht neue wissenschaftliche Gedanken entwickeln. Es lief darauf hinaus zu begründen, zu bestätigen, theoretisch zu untermauern, daß die Linie der Partei richtig ist.

Aber andererseits, wenn du die Vorlesungen von West-Wissenschaftlern hörst, bewegen sie sich oft in geistigen Höhen, die mit der Praxis nichts zu tun haben, diese Rückkopplung zur Praxis wird nicht untersucht, also das ist auch eine gewisse Selbstbefriedigung der Leute.

Gut war in der DDR, daß man diesen Zugang zur Bildung wirklich ermöglichen wollte. Das tut man im Westen auch, aber der Osten hat mehr darauf orientiert, die Schwachen heranzuführen. Negativ war hingegen, daß Begabte zuwenig gefördert wurden..., und daß die Leute trotz der ständigen politischen Berieselung im Grunde unpolitisch geblieben sind. Politisch ist man erst, wenn man wirklich selbständig politisch denkt und handeln kann...

Es war ein großes Gewissensproblem, wieweit mitmachen und wieweit sich dagegen stellen. Das muß ich selbstkritisch sagen: ich bin bis zum Schluß zu den Parteiversammlungen hin gelaufen, obwohl mich das in zunehmenden Maße angestunken hat... An der Uni habe ich dann wenigstens meine ehemaligen Kollegen getroffen, aber daß man eigentlich austreten müßte, war mir schon klar. Schon 1968 war ich der Meinung, ich müßte aus dieser Partei austreten, aber ich muß sagen, ich habe große Ängste gehabt und zwar vor der politischen Isolierung..., und wenn du alleinstehend bist, ist das noch viel schlimmer gewesen, als wenn du mit einem Partner lebst. Ich bin erst 1989 im November ausgetreten...

Trauer wäre in diesem Zusammenhang vielleicht zu viel gesagt, aber tiefe Enttäuschung, das wäre vielleicht das richtige Wort... Ich habe immer noch gehofft, daß es nicht zur Auflösung der DDR kommen würde, aber diese große Demonstration am 4. November 1989, mit der habe ich mich auch nicht mehr identifizieren können... Diese Demonstration wollte die DDR noch retten. Daran habe ich nicht mehr geglaubt... Ich war in einer zwiespältigen Gefühlslage. Aber an den Untergang der DDR habe ich eigentlich nicht gedacht, sondern daß es eine Konföderation gibt. Ich war wirklich noch immer der naiven Meinung, daß man tatsächlich das Gute aus der DDR einbringen könnte,... daß man eine Synthese von dem Guten hier und dort finden würde. Das war wirklich eine ganz große Illusion. Aber die Hoffnung ist immer entscheidend, dieses wishful thinking! Ohne dies kommt der Mensch wahrscheinlich gar nicht aus. Ich würde nicht sagen, daß die DDR und der Sozialismus völlig umsonst waren, und daß es nur eine große Lebenslüge war. Es war ein weiterer Versuch. Versuche hat es schon vorher gegeben, eine gerechtere Gesellschaft

aufzubauen... Aber es war wahrscheinlich doch ein notwendiger Versuch... Es wird in der Perspektive, nicht heute und nicht morgen, einen weiteren Versuch geben... Es läßt sich sehr schlecht leben ohne Utopie, ohne Vision...“

Fazit

Wenn eingangs gesagt wurde, daß die Lebensgeschichten von jüdisch-deutschen Intellektuellen in der DDR, bei allen Besonderheiten, auf das Engste mit der Vorgeschichte, der Geschichte und dem Erbe der kollektiven Biographie der Gründergeneration der DDR verbunden sind, so läßt sich dies, auf der Grundlage des auszugsweise vorgestellten biographischen Interviews, u.a. durch folgende theoretische Aussagen vorläufig präzisierend verallgemeinern:

1. Sozialisierungen in Kindheit und Jugend

Jüdisch-deutsche Intellektuelle und ihre Familien waren von den Verbrechen und dem Desaster der Nazi-Herrschaft relativ früh und bekanntlich besonders brutal betroffen. Häufig aus stark assimilierten, bürgerlich-liberalen und überwiegend aus apolitischen Verhältnissen kommend, wurden die jungen Emigranten aufgrund ihrer bitteren Unterdrückungserfahrungen durch die Nazis und die Wurzellosigkeit in der Emigration z.T. außerordentlich stark politisiert und radikalisiert, besonders wenn sie dort mit Kommunisten und kommunistischer Ideologie in Berührung kamen. Diese politische Sozialisation antizipierte aber lediglich ostdeutsche Nachkriegsgeschichte, die sich vor allem auf die Traditionen der KPD stützte, die sich wiederum in starkem Maße an der Sozialismus-Ideologie und -Praxis der Sowjetunion orientierte. Insofern sind jüdisch-deutsche Intellektuelle, die aus politischen Gründen in die SBZ/DDR zurückkehrten, ein wesentlicher Bestandteil der unmittelbaren Vorgeschichte der DDR, und sie waren teilweise nach ihrer Rückkehr auch identitätsstiftend für die politische Gründergeneration der DDR, einschließlich ihrer Gründungsmythen und -Illusionen; jener Gründergeneration, die nun als Mitläufer und z.T. Täter die Nazi-Herrschaft und den Krieg innerhalb Deutschlands überlebt hatten und erst nach 1945 nach einem politischen Neuanfang suchten oder einfach in ihn – z.T. gewaltsam – hinein sozialisiert wurden. Im Kontext der KPD-Remigration bzw. der politischen KZ-Überlebenden gehörten die überlebenden jüdisch-deutschen Intellektuellen dadurch zum „Urgestein“ der politischen Kultur der DDR und waren

– gewollt oder ungewollt – Hoffnungsträger und Leitbilder für die „Aktivisten der ersten Stunde“ und damit für die Gründergeneration der DDR.

Da in stark assimilierten jüdischen Familien die Bindung an das Judentum ohnehin bereits sehr locker war und im deutschen Judentum nur noch religiös definiert wurde, war eine Hinwendung zum Zionismus bei den Emigranten doch die Ausnahme. Hingegen war der relativ rasche Übergang zu einer stark linken, kommunistischen Identität eher naheliegend, weil die Suche nach politischer und kultureller Orientierung in der entwurzelten Emigration durch das relativ stark entwickelte Auslands-KPD-Milieu besonders begünstigt wurde, noch dazu, als die Kommunisten besonders radikale soziale Konsequenzen aus der verbrecherischen Nazi-Herrschaft zogen.

Hinzu kam, daß sich der bürgerliche, z.T. deutsch-nationale Liberalismus des deutschen Judentums angesichts der Nazi-Herrschaft als furchtbare Illusion erwiesen hatte und die bitteren Erfahrungen mit Nazi-Deutschland auch zu einer spontanen politischen Radikalisierung, besonders der jungen jüdischen Emigranten führte. Die Auslands-KPD bot, im Gegensatz zur SPD, nicht nur eine relativ stark entwickelte Infrastruktur in der Emigration an, sondern hatte auch relativ einfache, aber nicht generell deutschenfeindliche Programmaussagen parat, wie denn, nach der Niederwerfung des Faschismus, alternativ ein demokratisches und sozial gerechtes (sozialistisches) Deutschland aussehen und aufgebaut werden sollte. Gleichzeitig war durch den Überfall auf die Sowjetunion und das Entstehen der alliierten Front ein genereller Antikommunismus in der öffentlichen Meinung so nicht mehr möglich, und die Emigranten sympathisierten häufig mit linken Positionen, auch wenn sie dem Bürgertum entstammten (etwa Thomas Mann). Nicht zuletzt waren in der KPD bereits vor 1933 Juden häufig Parteimitglieder, auch weil sie hier, ohne „Rassen- und Klassenschranken“, entscheidende Impulse für ihre Emanzipation erhofften. Insgesamt lief der weltgeschichtliche Zeitgeist bereits am Anfang und besonders in der Mitte des 20. Jahrhunderts auf eine generelle Welttenwende hinaus, in der antikapitalistische Heilserwartungen eine Zukunft verhießen, in der Menschen nicht mehr Objekte von Ausbeutung und Unterdrückung zu sein brauchten, sondern sich als Individuen in einem neuen globalen Befreiungsprozeß emanzipatorisch einbringen konnten. Dieser Zeitgeist zog nicht zuletzt auch jüdische Intellektuelle, aufgrund ihrer besonderen Unterdrückungssituation, im 19. und 20. Jahrhundert besonders an den verheißungsvollen Anfängen immer wieder an.

2. Politische Grundprägungen im östlichen Nachkriegsdeutschland

Vom Milieu der KPD geprägt, spiegeln die politischen Anfangshaltungen der zurückgekehrten und oft erst angehenden jüdisch-deutschen Intellektuellen in der DDR die z.T. idealistischen, aber auch naiven, illusionären und undemokratischen Ansichten wider, die dort üblich waren, um nun nach dem Desaster der Nazi-Herrschaft, vom kommunistischen Glauben beseelt, endlich eine lichte antifaschistische und sozialistische Zukunft, in sozialer Gleichheit, in Deutschland vorbildlich aufzubauen. Diese z.T. naiven Heilserwartungen lassen sich aber historisch nur gerecht beurteilen, wenn man bedenkt, daß sowohl die KPD als auch ihr Vorbild, die Sowjetunion, kulturell besonders unterprivilegierte, besonders unterdrückte, besonders unterentwickelte Schichten zu repräsentieren versuchten, die häufig erst begannen, sich politischer Sozialisation bewußt auszusetzen. Zwischen Unterdrückung, Armut, Unterentwicklung, sozialem Elend sowie unreflektierten und undemokratischen sozialen Heilserwartungen und ihrer häufig blutigen politischen Radikalität gibt es aber offenbar notwendige und z.T. tragische Zusammenhänge. Diese gilt es zu bedenken, wenn die Geschichte der DDR und damit auch jüdisch-deutscher Intellektueller in ihr gerechter und differenzierter als bisher beurteilt werden sollen.

Der häufig anzutreffende, teilweise naive Idealismus, Dogmatismus und Radikalismus der politischen Gründergeneration der DDR resultierte vor allem auch aus der notgedrungenen allgemeinen Unsicherheit der Aufbau-Generation, die erstmals versuchte, ihre Geschicke (vor dem Hintergrund sowjetischer Besetzung) in die eigenen Hände zu nehmen, ohne häufig dafür die entsprechende fachliche und politische Kompetenz zu besitzen. Diese Kompetenz – siehe Marianne P. – mußte erst durch eine entsprechende schwierige, häufig nachholende Ausbildung erworben werden, deren Qualität natürlich oft zu wünschen übrig ließ. Die Defizite an Selbstbewußtsein, bruchstückhafter Bildung usw. konnten aber in der ersten Generation (oft auch in der zweiten) vielfach nicht wettgemacht werden. So war nur eine begrenzte Emanzipation möglich, auch unter vielen jüdisch-deutschen Intellektuellen der DDR. Doch steht ihr widersprüchlicher Lebensweg m.E. nur stellvertretend für die gesamte politische Gründergeneration der DDR. Dennoch war es wohl eine große historische Leistung, die heute oft nicht gesehen und gering geachtet wird, nach dem Desaster der Nazi-Zeit, nach einer universellen antikapitalistischen Alternative auf deutschem Boden gesucht zu haben, deren wichtigster Wert soziale Gerechtigkeit war, unabhängig davon, wieviel davon tatsächlich eingelöst werden konnte oder nicht.

3. Reformanstöße durch jüdisch-deutsche Intellektuelle

In dem Maße, wie die eigene Persönlichkeitsentwicklung, die eigene Emanzipation und die bitteren Erfahrungen mit realsozialistischer Wirklichkeit voranschritten, in dem Maße, wie die eigenen Illusionen in einem sehr langen, widersprüchlichen Loyalitätskonflikt mit der eigenen politischen Identität schmerzlich abgebaut wurden, versuchten auch und gerade jüdisch-deutsche Intellektuelle, wie viele andere in der DDR auch und nicht nur dort, Reformen in den realsozialistischen Ländern gegen die Parteibürokratie und -ideologie anzustoßen, verbunden oft mit frustrierenden Mißerfolgen, erneuten Unterdrückungen und sogar Verfolgungen. Dabei kann man m.E. in der DDR, allen erneuten Legendenbildungen zum Trotz, eher eine generelle Intellektuellen-Feindlichkeit registrieren als etwa einen erneuten Antisemitismus, wenn auch hier und da solche Untertöne nicht zu verkennen waren. Aber insgesamt antizipierten dann, innerhalb der Verlaufsgeschichte der DDR, jüdisch-deutsche Intellektuelle der ersten und zweiten Generation teilweise geschichtliche Entwicklungen, die 1989 erst voll zum Durchbruch kamen, und sie sahen sich deshalb, wie andere auch, mehr oder weniger gravierenden Repressalien ausgesetzt. Marianne P. bemühte sich schon innerhalb ihrer Dissertation um Formen von Schüler selbstverwaltung und versuchte im Bereich „Vergleichende Pädagogik“, den Studenten Grundbegriffe westlicher Bildungsreformen vorsichtig nahezubringen. Dabei war der Loyalitätskonflikt zur ursprünglichen politischen Parteibindung oft hemmend und fördernd zugleich, weil der Doppelcharakter der Idealbildung zugleich Parteitreu und Kritik an dieser Partei in sich einschlossen, und das politische Selbstbewußtsein und die Selbständigkeit in dieser Aufbaugeneration, wenn man an die familiären und psychologischen Ausgangsbedingungen denkt, nicht sonderlich ausgeprägt sein konnten.

Aufgrund der Tatsachen, daß jüdische Intellektuelle aber überwiegend aus bürgerlich-liberalen Verhältnissen kamen, aufgrund einer gewissen Weltoffenheit auch durch die Emigration (einschließlich besonderer Bildungs- und Sprachkenntnisse, aber auch verwandtschaftlicher Verbindungen ins Ausland), aufgrund gewissen Schutzes und gelegentlicher Narrenfreiheit durch jüdische Herkunft und Remigration waren es gerade auch jüdische Intellektuelle, die besonders in Kunst, Literatur und Wissenschaften zu Leitbild- und Hoffnungsträgern einer – von vielen erhofften – Reformpolitik innerhalb und außerhalb der SED wurden. Die dabei praktizierte, häufig nicht frontale Opposition war hier besonders wichtig: zum einen, weil die ursprünglichen sozialistischen Ideale nicht aufgegeben werden konnten, sondern, mehr oder weniger, sanft eingeklagt wurden;

zum anderen, weil das nichtkonfrontative Denken und Handeln auf Dauer in der Tat mehr Erfolg zu versprechen schien als etwa illegale oder gar gewalttätige Auseinandersetzungen. Allerdings (siehe wiederum Marianne P.) war eine solche leise Strategie oft mit Ohnmachtserfahrungen gepaart, weil man dem übermächtigen Macht- und Ideologieapparat nur wenig Kraft entgegenzusetzen hatte und ihn schließlich auch so nie grundsätzlich infrage stellte.

Hinzu kam tragischerweise, daß diese Reformbemühungen letztlich aber geschichtlich auf Sand gebaut waren, weil sich diese Gesellschaft, jedenfalls 1989, schließlich als nicht mehr reformfähig erwies.

4. Das Erbe jüdisch-deutscher Intellektueller, die nach 1945 in die SBZ/DDR zurückkehrten

Dennoch, diese linken jüdischen Biographien und Lebenserfahrungen möglichst vorurteilsfrei zur Kenntnis zu nehmen, bedeutet zugleich, das m.E. wertvolle politische Erbe zu bedenken, das sie, trotz alledem, in sich bergen. Die Suche nach einer sozial gerechten und zugleich demokratisch verfaßten Gesellschaft, nach dem Desaster der Nazi-Zeit, nach dem Scheitern des Realsozialismus, aber auch den unvorstellbaren sozial-ökologischen Verwüstungen des globalen Kapitalismus in diesem Jahrhundert, provozieren in den politischen Auseinandersetzungen an der Schwelle zum 21. Jahrhundert immer wieder die Frage, wie denn nun die Gesellschaft der Zukunft dennoch human gestaltet werden kann. Auch Mißerfolge, Niederlagen und vor allem Teillösungen auf diesem Weg in eine humane Zukunft sind m.E. außerordentlich wertvolle Erfahrungen und dürfen nicht einfach der verachtenden Verdrängung und eindimensional abwertenden Analysen überlassen bleiben.

Emanzipation, ob jüdisch oder nichtjüdisch, sind offenbar widersprüchliche, oft gegenläufiger Prozesse von begrenzter, partieller Befreiung und Restauration zugleich, die immer wieder, von Generation zur Generation, mühsam weitergeführt werden müssen. Die weltweiten Wege aus Unterentwicklung und Unterdrückung sind vielfältig, und sie sind weltgeschichtlich, seit je her, nur stufenweise zu haben. Die Bemerkungen von Marianne P., daß es sich trotz der bitteren Niederlage des gescheiterten Sozialismus ohne Vision heutzutage schlecht leben läßt und weitere Versuche in Richtung soziale Gerechtigkeit kommen werden, deuten in diese Richtung. Das wertvolle kulturelle und politische, gewiß widersprüchliche Erbe gerade auch jüdisch-deutscher Intellektueller in der DDR, die, trotz Verfolgung und Vernichtung ihrer Familien durch die Nazi-Herrschaft, nach 1945 wieder nach Deutschland zurückkehrten und,

wie auch immer, letztlich auch um einen demokratischen Sozialismus gehen, dürfen nicht in Vergessenheit geraten, weil der Geschichte der DDR, ihren Nachwirkungen und vor allem den Menschen, die in ihr gelebt, gehofft und gelitten haben, mit ihren Biographien und Lebensleistungen, ansonsten keine Gerechtigkeit widerfahren kann.

Auch kann das vereinigte Deutschland auf Dauer mental nur dann besser zusammenwachsen, wenn es gelingt, deutsch-deutsche Nachkriegserfahrungen stärker als bisher zu synthetisieren. Das gilt gerade auch im Verhältnis von Deutschen und Juden nach 1945, die innerhalb beider deutscher Staaten maßgeblich an deren Geschichte, so oder so, mitwirkten. Auch hier ist der nach 1989 im vereinigten Deutschland häufig zitierte Satz sinnvoll – gerade wenn es um das bessere mentale Zusammenwachsen und um das wertvolle geschichtliche Erbe für eine humane Zukunftsgestaltung geht –: „Wir müssen uns gegenseitig unsere Biographien erzählen!“

Jüdisches Leben und jüdische Intellektuelle in der DDR. Auswahlbibliographie¹

Georg Schuppener
Leipzig

- Ahren, Yizhak: Vom Aussterben bedroht. Die Lage der jüdischen Gemeinden in der DDR, in: *Tribüne. Zeitschrift zum Verständnis des Judentums* 23 (1984), 78-85
- Ammer, Thomas: DDR und Judentum. 50 Jahre nach den Novemberpogromen, in: *Deutschland Archiv* 21 (1988), 1254-1260
- Ammer, Thomas: Juden in der DDR, in: *Deutschland Archiv* 22 (1989), 938-941
- Ammer, Thomas: Wandlungen im Verhältnis der DDR-Führung zum Judentum, in: *Deutschland Archiv* 21 (1988), 699-703
- Arndt, Siegfried Theodor; Eschwege, Helmut; Honigmann, Peter; Mertens, Lothar: Juden in der DDR. Geschichte - Probleme - Perspektiven. Leiden 1988
- Arnold Zweig. Berlin-Haifa-Berlin. Perspektiven des Gesamtwerks. Hrsg. von Thilo Alt u.a. Bern/Berlin/Frankfurt am Main/New York/Paris/Wien 1995
- Bergmann, Werner: Antisemitism and Xenophobia in the East German lands, in: *German Politics* 3 (1994), 265-276
- Bergmann, Werner: Antisemitism in (East and West) German public opinion, 1987-1992, in: *Patterns of prejudice, A publication of the Institute of Jewish Affairs* 27 (1993), 21-28
- Bergmann, Werner; Erb, Rainer; Lichtblau, Albert (Hrsg.): Schwieriges Erbe. Der Umgang mit Nationalsozialismus und Antisemitismus in Österreich, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt am Main/New York 1995
- Bergmann, Werner: Xenophobia and Antisemitism after the unification of Germany, in: *Patterns of prejudice, A publication of the Institute or Jewish Affairs* 28 (1994), 67-80

hochschule ost 1-2/1999

¹ Die hier vorgestellten Titel stellen zwar nur einen Teil der umfangreichen Literatur zum Thema dar, können aber als Ausgangsbasis für weitere Recherchen dienen. Zur Erstellung der Bibliographie haben dankenswerterweise Dorit Sander und Christina Schnarr beigetragen.

- Brehmer, Herbert: Antisemitismus im Geheimdienst, in: *Zwie-Gespräch. Beiträge zur Aufarbeitung der Stasi-Vergangenheit*, 1991, Nr. 3, 25-28
- Dittmar, Peter: Die DDR und Israel: Ambivalenz einer Nicht-Beziehung, in: *Deutschland-Archiv* 10 (1977), 737-754 und 848-861
- Eschwege, Helmut: Auswirkungen des Stalinismus auf die Juden der DDR von 1949 bis 1957, in: Weber, Hermann; Staritz, Dietrich (Hrsg.): *Kommunisten verfolgen Kommunisten. Stalinistischer Terror und Säuberungen in den kommunistischen Parteien Europas seit den dreißiger Jahren*. Berlin 1993, 507-521
- Eschwege, Helmut: *Fremd unter meinesgleichen. Erinnerungen eines Dresdner Juden*. Berlin 1991
- Fetjő, Francois: *Judentum und Kommunismus. Antisemitismus in Osteuropa*. Wien, Frankfurt am Main, Zürich 1967
- Fricke, Karl Wilhelm: Die SED und die Juden, in: *SBZ-Archiv*, Jg. 1965, 355-357
- Genin, Salomea: Rückkehr. Der Weg einer jüdischen Kommunistin in der DDR, in: *Kontinent* 15 (1989), 76-86
- Goldenbogen, Nora: Säuberungen und Antisemitismus in Sachsen (1949-1953), in: Keßler, Mario (Hrsg.): *Antisemitismus und Arbeiterbewegung im 20. Jahrhundert*. Bonn 1993, 121-128
- Goschler, Constantin: Die DDR und die Wiedergutmachung für jüdisch Verfolgte des Nationalsozialismus, in: *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* 2 (1993), 93-117
- Groehler, Olaf: Antifaschismus und jüdische Problematik in der SBZ und der frühen DDR, in: *Hefte zur DDR-Geschichte* 26 (1995), 5-31
- Groehler, Olaf: Erblasten, Der Umgang mit dem Holocaust in der DDR, in: Loewy, Hanno (Hrsg.): *Die Grenzen des Verstehens. Eine Debatte über die Besetzung der Geschichte*. Reinbek 1992, 110-127
- Groehler, Olaf: Erinnerungen an die Reichskristallnacht in der SBZ und DDR, in: *Pogromnacht und Holocaust*, hrsg. von Thomas Hofmann et al. Wien/Köln/Weimar 1994, 172-197
- Groehler, Olaf: Der Holocaust in der Geschichtsschreibung der DDR, in: *Erinnerung. Zur Gegenwart des Holocaust in Deutschland-West und Deutschland-Ost*, hrsg. von Bernhard Moltmann et al. Frankfurt am Main 1993, 55-65
- Groehler, Olaf: Integration und Ausgrenzung von NS-Opfern. Zur Anerkennungs- und Entschädigungsdebatte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945 bis 1949, in: Kocka, Jürgen (Hrsg.): *Historische DDR-Forschung. Aufsätze und Studien*. Berlin 1993, 105-127

hochschule ost 1-2/1999

- Groehler, Olaf: SED, VVN und Juden in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (1945-1949), in: Benz, Wolfgang (Hrsg.): *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* 3 (1994), 281-302
- Hartewig, Karin: Eine dritte Identität? Jüdische Kommunisten in der Gründergeneration der DDR, in: Scherstjanoi, Elke (Hrsg.): *Provisorium für längstens ein Jahr. Die Gründung der DDR*. Berlin 1993, 292-302
- Hartewig, Karin: Jüdische Kommunisten in der DDR und ihr Verhältnis zu Israel, in: Schwanitz, Wolfgang (Hrsg.): *Jenseits der Legenden. Araber – Juden – Deutsche*. Berlin 1994, 123-136
- Haurly, Thomas: Finanzkapital oder Nation. Zur ideologischen Genese des Antizionismus der SED, in: *Jahrbuch für Antisemitismusforschung*, Frankfurt am Main 1996, 148-172
- Helbig, Gunther: Zur Geschichte der jüdisch-christlichen Beziehungen nach 1945 in der ehemaligen DDR, in: Staffa, Christian (Hrsg.): *Vom Protestantischen Antijudaismus und seinen Lügen. Versuche einer Standort- und Gehwegbestimmung des christlich-jüdischen Gesprächs*. Magdeburg 1993, 93-108
- Herf, Jeffrey: Antisemitismus in der SED. Geheime Dokumente zum Fall Paul Merker aus SED- und MfS-Archiven, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 42 (1994), 635-667
- Herf, Jeffrey: East German Communists and the Jewish Question: the Case of Paul Merker, in: *Journal of Contemporary History*, Jg. 1994, 627-661
- Hermund, Jost: Arnold Zweig mit Selbstzeugnissen und Bilddokumenten. Reinbek bei Hamburg 1990
- Herzberg, Wolfgang: Überleben heißt Erinnern. Lebensgeschichten deutscher Juden. Berlin, Weimar 1990
- Hilscher, Eberhard: Arnold Zweig. Leben und Werk. Berlin 1987
- Homann, Ursula: Der Antisemitismus war verschwiegen. Zur Situation der Juden in der DDR bisher und heute, in: *Lutherische Monatshefte* 29 (1990), 357-358
- Honigmann, Peter: Nur noch lebendiges Museumsstück? Über das Problem, in der DDR ein Jude zu sein, in: *Tribüne. Zeitschrift zum Verständnis des Judentums* 24 (1985), 146-151
- Illichmann, Jutta: Die DDR und die Juden. Die deutschlandpolitische Instrumentalisierung von Juden und Judentum durch Partei- und Staatsführung der SBZ/DDR von 1945 bis 1990. Frankfurt am Main 1997
- Illichmann, Jutta: DDR - Wiedergutmachung verweigert (historische Mitverantwortung an den nationalsozialistischen Verbrechen an den Ju-

den), in: *Die politische Meinung, Monatshefte zu Fragen der Zeit* 42 (1997), 37-47

- Illichmann, Jutta: Responsibility declined. The GDR cited the Potsdam agreement in support of it's refusal to compensate jews for the injustices of national socialism, in: *German comments. Review of Politics and culture* 48 (1997), 38-47
- Jacobs, Peter: Ein bißchen unter Naturschutz. Victor Klemperers Tagebücher aus der frühen DDR-Zeit erscheinen im Aufbau-Verlag, in: *Utopie kreativ* 85/86 (1997), 108-113
- 300 Jahre Juden in Halle. Leben, Leistung, Leiden, Lohn. Hrsg. von der Jüdischen Gemeinde zu Halle, Halle/S. 1992
- Jasper, Willi: Schrumpfende Gemeinde unter Zionismus-Verdacht. Jüdisches Leben in der ehemaligen DDR, in: *Deutsche Juden – Juden in Deutschland*. Hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1991, 32-34
- Judaica Lipsiensia. Zur Geschichte der Juden in Leipzig. Hrsg. von der Ephraim Carlebach Stiftung. Red.: Manfred Unger, Leipzig 1994
- Keßler, Mario: Antisemitismus, Zionismus und Sozialismus. Arbeiterbewegung und jüdische Frage im 20. Jahrhundert. Mainz ²1994
- Keßler, Mario: Antisemitismus in der SED 1952/53. Verdrängung der Geschichte bis ans Ende, in: *Utopie kreativ* 85/86 (1997), 158-167
- Keßler, Mario (Hrsg.): Arbeiterbewegung und Antisemitismus. Entwicklungslinien im 20. Jahrhundert, Bonn 1993
- Keßler, Mario: Die SED und die Juden - zwischen Repression und Toleranz. Politische Entwicklungen bis 1967. Berlin 1995
- Keßler, Mario: Zwischen Repression und Toleranz. Die SED-Politik und die Juden (1949-1967), in: *Hefte zur DDR-Geschichte* 26 (1995), 32-58
- Klemperer, Victor: Zwiespältiger denn je. Dresdner Tagebuch 1945 Juni bis Dezember. *Dresdner Hefte* Sonderausgabe 1995. Hrsg. von Günter Jäckel unter Mitarbeit von Hadwig Klemperer. Dresden 1995
- Klemperer, Victor: Und es ist alles so schwankend. Tagebücher Juni bis Dezember 1945. Hrsg. von Günter Jäckel unter Mitarbeit von Hadwig Klemperer. Berlin 1996.
- Klemperer, Victor: So sitze ich denn zwischen allen Stühlen. Tagebücher 1945-1959. 2 Bde. Hrsg. von Walter Nowojski. Berlin 1999.
- Kloke, Martin W.: Israel und die deutsche Linke. Zur Geschichte eines schwierigen Verhältnisses. Frankfurt am Main ²1994
- Lendvai, Paul: Antisemitismus ohne Juden. Entwicklungen und Tendenzen in Osteuropa. Wien 1972

- Loeser, Franz: Antisemitismus in der DDR, in: *Kontinent* 1989, Nr. 2, 50-54
- Ludwig, Ester: Die Leipziger Jüdische Gemeinde und der Prager Slánsky-Prozeß, in: *Sächsische Heimatblätter*, Jg. 1993, 336-342
- Maor, Harry: Über den Wiederaufbau der jüdischen Gemeinden in Deutschland seit 1945. Masch. Diss. Universität Mainz 1961
- Maser, Peter: Antisemitismus trotz Antifaschismus, in: *Das Parlament* 1996, Nr. 52/53
- Maser, Peter: Juden und jüdische Gemeinden in der DDR bis in das Jahr 1988, in: *Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte* 20 (1991), 393-426
- Maser, Peter: Juden und jüdische Gemeinden in der Innenpolitik der DDR, in: Bergmann, Werner; Erb, Rainer; Lichtblau, Albert (Hrsg.): Schwieriges Erbe. Der Umgang mit Nationalsozialismus und Antisemitismus in Österreich, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt am Main/New York 1995, 339-368
- Maser, Peter: Vom Verlöschen des Lichts. Zur Situation und den Perspektiven des Judentums nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Regimes in den osteuropäischen Staaten, in: *Kirchliche Zeitgeschichte. Internationale Halbjahresschrift für Theologie und Geschichtswissenschaft* 6 (1993), 159-181
- Maser, Peter: Juden und Jüdische Gemeinden in den verschiedenen Phasen der SED-Diktatur, in: Materialien der Enquete-Kommission Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages). Hrsg. v. Deutschen Bundestag. Bd. III/3. Rolle und Bedeutung der Ideologie, integrativer Faktoren und disziplinierender Praktiken in Staat und Gesellschaft der DDR. Frankfurt am Main/Baden-Baden, S. 1550-1597
- Mertens, Lothar: Juden in der DDR. Eine schwindende Minderheit, in: *Deutschland Archiv* 19 (1986), 1192-1203
- Mertens, Lothar: Jüdische Gemeinden in der DDR. Zwischen Anpassung und politischer Instrumentalisierung, in: *Tribüne. Zeitschrift zum Verständnis des Judentums* 28 (1989), 171-180
- Mertens, Lothar: Die SED und Adass Jisroel. Staats- und Parteiführung der DDR strebte nach außenpolitischer Anerkennung. In: *Tribüne*, 31. Jg., H. 123, Frankfurt/M. (1992), S. 165-174
- Mertens, Lothar: Davidstern unter Hammer und Zirkel. Die jüdischen Gemeinden in der SBZ/DDR und ihre Behandlung durch Partei und Staat 1945-1990. Hildesheim/Zürich/New York 1997
- Mertens, Lothar: Die Instrumentalisierung kleiner Religionsgemeinschaften für die SED-Außenpolitik: Das Beispiel der Jüdischen Gemeinden

- und der Mormonen in der DDR. In: Die DDR - Politik und Ideologie als Instrument. Hrsg. von Heiner Timmermann. Berlin 1998, S. 681-699
- Noll, Hans: Früchte des Schweigens. Jüdische Selbstverleugnung und Antisemitismus in der DDR, in: *Deutschland Archiv* 22 (1989), 769-778
- O'Doherty, Paul: German-jewish writers and Fiction in the GDR, in: *German Life and Letters* 49 (1996), 271-281
- Ostrow, Robin: Juden aus der DDR und die deutsche Wiedervereinigung. Elf Gespräche. Berlin 1996
- Ostrow, Robin: Jüdisches Leben in der DDR. Frankfurt am Main 1988
- Otto, Wilfriede: Antizionismus – übergestülptes Feindbild und antisemitische Haltung, in: Keßler, Mario (Hrsg.): Antisemitismus und Arbeiterbewegung im 20. Jahrhundert. Bonn 1993, 95-119
- Palästina und der Zionismus. Für antiimperialistische Solidarität 40, hrsg. vom Solidaritätskomitee der DDR. Berlin 1983
- Pätzold, Kurt: Juden, Israel, DDR. Von Mosaiksteinen zu einem Bild, in: *Tribüne. Zeitschrift zum Verständnis des Judentums* 35 (1996), 80-83
- Pommer, Hans Jörg: Antisemitismus in der UdSSR und in den Satellitenstaaten. Schriftenreihe des Schweizer Ost-Instituts 15. Bern 1963
- Richarz, M.: Juden in der Bundesrepublik Deutschland und in der Deutschen Demokratischen Republik seit 1945, in: *Jüdisches Leben in Deutschland seit 1945*. Hrsg. von M. Brumlik et al., Frankfurt am Main 1986
- Richarz, Monika: Jews in Today's Germany, in: *Leo Baeck Institute Year Book* XXX. London 1985, S. 136-130
- Richter, Klemens: Juden in der DDR, in: *Deutschland Archiv* 13 (1980), 301-303
- Runge, Irene: DDR-Geschichte einmal anders erzählt, in: *Die neue Gesellschaft. Frankfurter Hefte* 43 (1996), 269-274
- Ruprecht, Thomas Michael: Felix Boenheim. Arzt, Politiker, Historiker. Eine Biographie. Wissenschaftliche Abhandlungen des Salomon Ludwig Steinheim-Instituts für deutsch-jüdische Geschichte 7. Hildesheim 1992
- Schmidt, Walter: Jüdisches Erbe deutscher Geschichte im Erbe- und Traditionsverständnis der DDR, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 37 (1989), 692-714
- Schwanitz, Wolfgang: Israel ja, Zionismus nein. Zum Israel-Bild in SED-Akten über Arabien (1948-1968), in: Keßler, Mario (Hrsg.): Arbeiterbewegung und Antisemitismus. Entwicklungslinien im 20. Jahrhundert. Bonn 1993, 129-164

- Silberner, Edmund: Kommunisten zur Judenfrage. Zur Geschichte von Theorie und Praxis des Kommunismus. Opladen 1983
- Spülbeck, Susanne: Stasi, witchkraft and antisemitism. Xenophobia in a village in Thuringia, in: *East European Jewish Affairs* 24 (1994), 91-98
- Sternburg, Wilhelm von (Hrsg.): Arnold Zweig. Materialien zu Leben und Werk. Frankfurt am Main 1987
- Thompson, J. E.: Jew, Zionism, and Israel. The Story of the Jews in the German Democratic Republic since 1945. Wahington 1976
- Timm, Angelika: Assimilation of History. The GDR and the State of Israel, in: *The Jerusalem Journal of International Relations* 1992, 33-47
- Timm, Angelika: DDR-Israel, Anatomie eines gestörten Verhältnisses, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament*, B 4/93, 46-54
- Timm, Angelika: Die DDR, die Schoah und der offizielle Antizionismus, in: Keßler, Mario (Hrsg.): Arbeiterbewegung und Antisemitismus. Entwicklungslinien im 20. Jahrhundert. Bonn 1993, 65-77
- Timm, Angelika: Hammer, Zirkel, Davidstern. Das gestörte Verhältnis der DDR zu Zionismus und zum Staat Israel. Bonn 1997
- Timm, Angelika: Der 9. November in der politischen Kultur der DDR, in: Der Umgang mit dem Holocaust. Europa – USA – Israel. Schriften des Institutes für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck und des Jüdischen Museums Hohenems, Bd. 1. Wien/Köln/Weimar 1994, 246-262
- Timm, Angelika: Der Streit um Resolution und Wiedergutmachung in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, in: *Babylon. Beiträge zur jüdischen Geschichte* 10-11 (1992), 125-133
- Timm, Angelika: Die verdrängte historische Schuld. Das belastete Verhältnis der ehemaligen DDR zum Staat Israel, in: *Tribüne. Zeitschrift zum Verständnis des Judentums* 119 (1991)
- Trimbur, D.: L'attitude de la RDA face un probleme de la reparation aux juifs, in: *Revue de Allemagne et de pays de lanpue allemande* 26 (1994), 591-608
- Wegweiser durch das jüdische Berlin. Geschichte und Gegenwart. Berlin 1987
- Weisberger, Adam M.: The Jewish ethic and the spirit of socialism. Studies in German Jewish history 1. New York/Frankfurt am Main et al. 1997
- Winrow, G.: East Germany. Israel and the Reparations Issue, in: *Soviet Jewish Affairs* 1990, 31-46

- Wittenberg, Reinhard: Struktur und Ausmaß des Antisemitismus in der ehemaligen DDR. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage unter Erwachsenen und einer regional begrenzten schriftlichen Befragung unter Jugendlichen, in: *Jahrbuch für Antisemitismusforschung*. Frankfurt am Main 1995, 88-106
- Wiznitzer, Manuel: Arnold Zweig. Das Leben eines deutsch-jüdischen Schriftstellers. Frankfurt am Main 1987
- Wolf, Arie: Größe und Tragik Arnold Zweigs. Ein jüdisch-deutsches Dichterschicksal in jüdischer Sicht. London 1991
- Wolffsohn, Michael: Die Deutschland-Akte. Juden und Deutsche in Ost und West. Tatsachen und Legenden. München 1995
- Wolffsohn, Michael: Meine Juden – Eure Juden. München 1997
- Wroblewsky, Vincent von: Zwischen Thora und Trabant. Juden in der DDR. Berlin 1993
- Zadek, Alice und Gerhard: Mit dem letzten Zug nach England. Opposition, Exil, Heimkehr. Berlin 1992
- Zadek, Alice und Gerhard: Ihr seid wohl meschugge. Berlin 1998

Wie Klassischer und Moderner Tanz zusammenklingen

Zur Palucca Schule Dresden in der DDR

Ralf Stabel
Dresden

Die Palucca Schule Dresden wird im Jahr 2000 ihr 75jähriges Bestehen mit einem Symposium zu Fragen der Kreativität im Tanz begehen. Den größten Teil ihrer bisherigen Geschichte hat die Palucca Schule Dresden in der DDR „verbracht“.

Auf diesem Symposium soll einerseits die eigene Dresdner Traditionslinie von Emile Jaques-Dalcroze über Mary Wigman bis Palucca aufgezeigt werden. Andererseits soll sowohl über die tänzerische, die choreographische als auch die tanzpädagogische Kreativität diskutiert werden. Daß solche Überlegungen an der Palucca Schule Dresden angestellt werden, ist kein Zufall. Immerhin ist die Palucca Schule Dresden seit dem Inkrafttreten des Sächsischen Hochschulgesetzes im Jahr 1993 die einzige eigenständige Tanzhochschule in Deutschland. Auch das ist mit Sicherheit kein Zufall.

Welche Bedeutung nun hat die Zeit der DDR für den heutigen Status der Palucca Schule Dresden? War es nur eine Übergangszeit, oder wurden in dieser Zeit wesentliche Grundlagen für die heutige Struktur und den heutigen Status der Schule gelegt? Mußte sich die Schule nach der Wende von ihrem DDR-Erbe befreien oder distanzieren, oder hat sie, es nutzend, auf diesem aufbauen können? Fragen, die für grundsätzliche Betrachtungen zur DDR-Tanzgeschichte im Bereich der Tanzausbildung

nicht unwesentlich sind. Immerhin gab es in der DDR nur drei staatliche Ausbildungsstätten für professionellen Bühnentanz: Die Staatliche Ballettschule Berlin, die Fachschule für Tanz Leipzig und die Palucca Schule Dresden. Einem Bonmot folgend habe man in Leipzig die Tänzer, in Berlin die Solisten und in Dresden Künstler ausgebildet.

Der Darstellung der Geschichte der Palucca Schule Dresden in der DDR-Zeit wird im folgenden ein einführender Abschnitt über die Zeit von 1925 bis 1949 vorangestellt. Kurze Betrachtungen über die Zeit nach der Wende runden die Ausführungen ab.¹ Der Zeitraum 1949-1989 wird hier aus inhaltlichen Gründen zweigeteilt in die Abschnitte 1949-1963/1963-1989. Daß die Geschichte der Schule in dem gegebenen Rahmen nur verkürzt dargestellt werden kann und notwendige Ausführungen zur Person Palucca unterbleiben müssen, sei zumindest erwähnt.²

Gründung, Schließung und Wiedereröffnung 1925-1949

In dem jüngst produzierten Dokumentarfilm „Auch mit dem Kopf tanzen und manchmal mit den Beinen denken – Die Tänzerin Gret Palucca“³ läßt Maja Ulbrich ihre Sprecherin verkünden: „Andere junge Tänzerinnen kommen zu ihr [Palucca], wollen bei ihr lernen. So wird sie – ohne eigene Absicht – Lehrerin.“⁴

Damit spinnt sie die alte Legende fort, die besagt, Palucca hätte sich gar nicht retten können vor Tanzbegeisterten, die bei ihr lernen wollten, und mußte sozusagen unter diesem öffentlichen Druck eine Schule einrichten. Bescheiden, wie Palucca gewesen sein soll, hätte sie sich dann dieser Herausforderung gefügt: „Ich hab’ von mir aus keine Schule machen wollen, aber es haben sich von allein junge Menschen gemeldet. Und da hab’ ich eben angefangen zu unterrichten – und das ist so allmählich die Schule geworden.“⁵

Nun ist es allerdings so gewesen, daß Palucca seit dem Oktober 1924 die Unterrichtsmöglichkeit auf den Programmzetteln ihrer ersten Solotanzsaison ganz bewußt ausschreiben ließ, um nach dem Ende der ersten Tournee mit dem Unterrichten beginnen zu können. Daß aus dem Unter-

¹ Vgl. dazu auch: Angela Rannow, Notizen zur Palucca Schule Dresden, in: *hochschule ost* 4/1996, S. 90-100

² Siehe dazu auch: Peter Jarchow und Ralf Stabel, Palucca. Aus ihrem Leben. Über ihre Kunst, Henschelverlag, Berlin 1997

³ WDR 1998, Regie: Maja P. Ulbrich

⁴ ebd.

⁵ Palucca, der Tanz und das Meer. Die Ausdruckstänzerin und Pädagogin Gret Palucca, in: Raimund Hoghe, Zeitportraits, Quadriga Verlag, Weinheim/Berlin 1993, S. 207

richten eine Ausbildungsinstitution werden würde, war von Anfang an vorgesehen. Bereits im Sommer 1925 ließ Palucca Briefe mit dem Absender „Sekretariat Palucca-Schule“⁶ verschicken. Tanzen und Unterrichten als eine Einheit hatte sie als selbstverständlich bei ihrer Meisterin Mary Wigman erfahren.

Seit 1925 unterrichtet Palucca in ihrem Tanzsaal, der sich in der Wohnung Bürgerwiese 25 befindet, in der sie mit ihrem Ehemann Friedrich Bienert lebt. Die Erweiterung und Etablierung der Palucca-Schule als fester Institution setzt mit dem Anmieten von Räumlichkeiten im Johanneum in der Augustusstraße 1 im Jahr 1926⁷ ein. Von diesem Zeitpunkt an kann von einer eigenständigen Schule gesprochen werden. Die stetig anwachsende Schülerzahl und die damit verbundene Rentabilität der Schule macht einen Umzug in extra für die Schule ausgebaute Räumlichkeiten im März 1932 in die Räcknitzstraße 11 möglich und notwendig.⁸ Ab wann von einer Schule mit vorgegebener Studiendauer und Abschlußzeugnis zu reden ist, läßt sich nicht genau datieren. Wahrscheinlich konnte man aber bereits 1928 die Palucca Schule Dresden mit einem Diplom als Tänzer/in, Tanzpädagoge/in oder Gymnastiklehrer/in verlassen.

Von den drei Tänzerkongressen in Deutschland hat der 1928 in Essen stattgefundenen besondere Bedeutung. Hier wird erstmals die Forderung nach einer Tanzhochschule formuliert. In einer Arbeitsgruppe, der auch Palucca angehört, wird unter dem Vorsitz von Dr. Felix Emmel ein Exposé erarbeitet, in dem formuliert wird, wie solch eine Tanzhochschule zu strukturieren sei.⁹ Palucca wird bis zu ihrem Lebensende versuchen, den 1928 selbst mitformulierten Forderungen gerecht zu werden, um unter ihrem Namen und unter ihrer Leitung die geforderte Tanzhochschule zu errichten.

⁶ Brief Sekretariat Palucca-Schule (hs. H. E.) an Jawlensky, 12. August 1925, Palucca-Archiv der Stiftung Archiv der Akademie der Künste Berlin-Brandenburg (im weiteren: SAdK) 5665.

⁷ Werner Schmidt führt die Einrichtung der Palucca-Schule im Johanneum bereits im Jahr 1924 an. Das ist sehr unwahrscheinlich. Vgl. Notizen zur Biographie Paluccas, bearbeitet von Werner Schmidt, in: *Künstler um Palucca*, Ausstellungskatalog, Staatliche Kunstsammlungen Dresden, Kupferstich-Kabinett, Dresden 1987, S. 31-34

⁸ 1929/30 muß der Unterricht der Palucca Schule Dresden bereits an drei verschiedenen Orten stattfinden: Augustusstraße 1 im Johanneum, Bürgerwiese 25 im Trainingsraum in Paluccas Wohnung und im Mühlberghaus in der Scheffelstraße 29.

⁹ Vgl. Tanz-Hochschule, Entwurf der Verbände, Gemeinsames Exposé des Deutschen Tänzerbundes E. V. und der Deutschen Tanzgemeinschaft E. V., in: Hedwig Müller und Patricia Stöckemann, ...jeder Mensch ist ein Tänzer, Ausdruckstanz in Deutschland zwischen 1900 und 1945, Anabas-Verlag, Gießen 1993, S. 102-105.

Die Aufgaben, die Palucca in ihrer Schule verfolgt, läßt sie vielfach veröffentlichen.¹⁰ In einer Kurzfassung formuliert, lauten sie:

„Der leitende Gedanke unseres Unterrichts ist die Erziehung des Einzelnen zur Persönlichkeit: Wir wollen unsere Schüler dorthin führen, wo sie ihre Möglichkeiten am besten entfalten können, als Pädagogen für Laien oder Berufstätige, als Regisseure am Theater, als Solo-, Gruppen- und Theatertänzer.“¹¹

Der Schwerpunkt der Ausbildung liegt eindeutig auf der Förderung individueller Begabungen im Tanz. Die umfassende Persönlichkeitsentwicklung des angehenden Künstlers rangiert als Erziehungsziel vor der Ausbildung des Tanzfachmannes.

Diese Erziehungsziele geraten ab 1933 in Mißkredit. Die Tanzschulen haben die Aufgabe zu erfüllen, den „gesunden Volkskörper“ mitzuformen. Palucca wird mit ihrer Schule nicht lange an diesem Vorhaben mitwirken, da sie aufgrund ihrer jüdischen Abstammung Unterrichtsverbot erteilt bekommt. Zum 31. März 1939 muß Palucca ihre Schule schließen.

Nach Beendigung des Krieges beginnt Palucca bereits am 1. Juni 1945 wieder zu unterrichten. Sie gibt wie in den Sommermonaten vor 1939 so auch im ersten Friedenssommer ihre Ferienkurse. Wie zu Beginn ihrer pädagogischen Tätigkeit 1925 unterrichtet sie in ihren Privaträumen, diesmal in der Caspar-David-Friedrich-Straße 13. Die Wohnung in der Bürgerwiese 25 ist ausgebombt. Ihr eigenes Interesse, wieder tätig zu werden, wird von den offiziellen Behörden nicht nur unterstützt, sondern geradezu eingefordert:

„Die Tänzerin Palucca ist von den städtischen Behörden und der Roten Armee aufgefordert worden, sobald als möglich ihre künstlerische Tätigkeit im Rahmen des Wiederaufbaus der kulturellen Lebens der Stadt Dresden wieder aufzunehmen und durch einen Tanzabend bis spätestens 1. August zu eröffnen.“¹²

Palucca wirbt mit ihrer Schule für ein Maximalprogramm an Ausbildungsmöglichkeiten. Der Hinweis auf die Ausbildung erinnert an die Zeit vor 1939:

„Berufsausbildung in Solo-, Gruppen-, Theatertanz bis zur Bühnenreife, Berufsausbildung in Gymnastik und Tanzpädagogik bis zur Lehrberechtigung, Lai-

¹⁰ „Palucca über ihre Schule“ soll erstmals 1926 in den Musikblättern des „Anbruch“ veröffentlicht worden sein. In Paluccas Werbeprospekten wurde der Text ab 1926 regelmäßig abgedruckt. Vgl. weiter: Das Tanzkunstwerk ... in: Dr. P. Stefan (Hrsg.), Tanz in dieser Zeit, Wien, New York, Universal-Edition, 1926; Palucca über ihre Schule, in: Der Scheinwerfer, Essen, Jg. 1. 1927/28, H. 11/12. S. 13; Auszugsweise im Studienführer der Schule von 1974; vollständig abgedruckt im Studienführer der Palucca Schule Dresden 1987

¹¹ Brief an Editions du Foyer des Lettres, 11. Oktober 1933, SAdK

¹² Bescheinigung, Der Oberbürgermeister der Stadt Dresden, Bildung und Schule, Stadtrat [Eckert], 11. Juni 1945, SAdK

enurse, Klassen für Berufstätige, Studierende, Kinder, Kleinkinder, Sonderkurse für Bühnennachwuchs (Opern- und Schauspielschüler), Fortbildungs- und Sommerkurse für Tanzschüler, Konzert- und Theatertänzer, Tanzregisseure, Tanzpädagogen und Gymnastiklehrer, Eintritt jederzeit – Vorbildung nicht erforderlich, Zuzugsgenehmigung für Studierende wird erteilt“.¹³

Palucca setzt sich nachweislich bereits ab 1947 für die Verstaatlichung ihrer Schule ein und fordert die Anerkennung als Hochschule. In diese Verhandlungen fällt die für die institutionelle Entwicklung der Schule folgenreiche Währungsreform, mit der am 23.6.48 in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) die „Deutsche Mark der Deutschen Notenbank“ eingeführt wird. Paluccas Antrag vom 24. Juni 1948 auf Einreihung ihrer Schule in die Liste der Organisationen, die das Recht auf bevorzugte Umwertung ihrer Konten besitzen, wird offensichtlich nicht stattgegeben. Damit ist die Schule von einem Tag auf den anderen mittellos. Die Rettung erscheint in der „Verordnung über die Erhaltung und die Entwicklung der deutschen Wissenschaft und Kunst, die weitere Verbesserung der Lage der Intelligenz und die Steigerung ihrer Rolle in der Produktion und im öffentlichen Leben“ der Deutschen Wirtschaftskommission vom 31. März 1949. So kann die Verstaatlichung der Palucca Schule Dresden zum 1. April 1949 erfolgen. Die vormals private Tanzschule erhält den Status einer Fachschule mit dem Namen: „Palucca Schule Dresden, Staatliche Schule für Tanz und Gymnastik“.

Als Zielstellung der dreijährigen Ausbildung wird formuliert: „Ziel der Ausbildung ist es, Tänzer, Tanzregisseure, Pädagogen für künstlerischen Tanz und Lehrkräfte für Gymnastik und Laientanzunterricht heranzubilden.“¹⁴ So schloß z. B. die später als Opernregisseurin bekannt gewordene Ruth Berghaus ihre Ausbildung an der Palucca Schule Dresden als Tanzregisseurin ab.

Umgestaltung zu einer Ballettschule 1949-1963

Mit der materiellen Absicherung der Schule durch die Verstaatlichung werden aber auch Forderungen an die Ausbildungsstruktur verknüpft. Seitens des Ministeriums für Volksbildung in Sachsen drängt man auf die Eröffnung einer Abteilung für Klassischen Tanz. Palucca übernimmt die Elevenklasse der Dresdner Oper mit Beginn des Schuljahres 1951/52 und nutzt diese Gelegenheit sofort, das Raumproblem als außerordentlich dringlich darzustellen. Im Ergebnis einer langwierigen Diskussion, in der

¹³ Programmzettel zum Auftritt am 31.3.46 in Dresden-Radebeul, SAdK 4709

¹⁴ Name der Schule..., SAdK

Palucca die ehemalige Wigman-Schule angeboten wird, Palucca selbst aber das Palais im Großen Garten fordert, einigt man sich auf die Errichtung eines Neubaus für die Palucca Schule Dresden am Basteiplatz.

In der DDR hatte man inzwischen auf der Seite der Kulturpolitiker erkannt, wie man die „besten Deutschen aller Berufe und Schichten“ dazu brachte, in der DDR mitzuhelfen, „auf geistig-kulturellem Gebiet ein neues, sauberes, anständiges Leben“¹⁵ aufzubauen. Man mußte – mit langfristiger Perspektive – den Künstlern Arbeitsmöglichkeiten zur Verfügung stellen, damit sie die geforderten neuen Kunstwerke schaffen konnten, und man mußte ihren Lebensunterhalt grundsätzlich absichern. Am besten gab man ihnen für beide Bereiche Immobilien, um sie immobil werden zu lassen, sie so in der DDR zu be/halten.¹⁶ Palucca bekam ein Wohnhaus in Dresden und eine eigene Schule. Welcher andere Staat hätte ihr zu dieser Zeit diese Arbeits- und Lebensbedingungen geschaffen?

Exkurs: Sozialistischer Realismus im Tanz

Die Diskussion um den sozialistischen Realismus im Tanz wurde in der DDR ab 1953 vehement geführt – Jahre nachdem er bereits unter großen Anstrengungen in der Bildenden Kunst und Literatur als richtungsweisende Kunst doktrin installiert war. In einer vom ZK der SED in der Zeitschrift *Die Weltbühne* inszenierten Diskussion wurde den Tanzschaffenden die Gelegenheit gegeben, ihre Meinung zum Thema „Realismus im Tanz“ zum Ausdruck zu bringen. Daß die vorgebrachten Äußerungen konträren Charakter haben würden, war absehbar. So ist es aus heutiger Sicht nicht erstaunlich, daß man nach der Veröffentlichung dieser ungeklärten Situation eine Möglichkeit der Klärung suchte und dazu eine theoretische Tanzkonferenz in Berlin einberief. Am 23. und 24. März 1953 rangen dann die Tanzschaffenden um das Für und Wider des sozialistischen Realismus im Tanz. Daß diese Tanzkonferenz nur einen Ausgang haben konnte, muß auch den Anwesenden klar gewesen sein. Daß sie lediglich gebraucht wurden, um scheindemokratisch über die Einführung einer Doktrin abzustimmen, die sie ohnehin nicht abwenden konnten, gibt dem Ganzen den Anschein des Tragischen. In den vorab aufgestellten, zu diskutierenden Thesen findet sich der für die weitere DDR-Tanzentwick-

¹⁵ Aufgaben des Kulturbundes, zit. nach: Wolfgang Emmerich, Kleine Literaturgeschichte der DDR, Erweiterte Ausgabe, Gustav Kiepenheuer Verlag, Leipzig 1996, S. 75

¹⁶ Neben Palucca wären hier mindestens Bertolt Brecht mit dem Berliner Ensemble oder Walter Felsenstein mit der Komischen Oper Berlin für diese Strategie zu benennen.

lung alles entscheidende Satz, der die Richtung weist, den die Partei bereits Jahre zuvor bestimmt hatte und in den anderen Kunstgebieten gegen alle Widerstände bereits durchsetzen ließ:

„In Deutschland hemmt der Formalismus – besonders der Expressionismus mit allen seinen Spielarten (u.a. im Ausdruckstanz) – die Entwicklung einer realistischen Tanzkunst. 'Der Ausdruckstanz bedeutet Abgleiten in unbegreifliche Ausdrucksformen, Unverständlichkeit, Mystizismus und folglich Formalismus.' (Beschluß des ZK der SED 'Der Kampf gegen den Formalismus in der Kunst und Literatur; für eine fortschrittliche deutsche Kultur' vom 15./17. März 1951).“¹⁷

Daß man – wie in allen anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens auch im Tanz – nur von der Sowjetunion lernen konnte, d.h. der einzig mögliche Weg war, das sowjetische Modell im Tanz zu übernehmen, wurde unmißverständlich klargestellt:

„Das Studium des Kampfes um den sozialistischen Realismus im sowjetischen Ballett ist unerläßlich, um den Kampf für den sozialistischen Realismus in der deutschen Tanzkunst zu führen. Die Sowjetkunst zeigt den einzig richtigen Weg für die Weiterentwicklung der Tanzkunst.“¹⁸

Die nun eingeforderte „Schaffung sozialistisch-realistischer Tanzkunstwerke“, die von einer noch zu entwickelnden „marxistisch-leninistischen Tanzkritik“ unterstützt werden sollte, mußte folgerichtig auch Auswirkungen für die Tanzausbildung haben. Der Erziehung der Jugendlichen – hier auf dem Gebiet des Tanzes – wird, ihrer Wertigkeit im sozialistischen Staat entsprechend, große Bedeutung beigemessen:

„Wir halten Veränderungen des Ausbildungssystems für den künstlerischen Nachwuchs für dringend erforderlich. Es muß die Möglichkeit geschaffen werden, daß bei fachbegabten Kindern bereits mit dem 9. Lebensjahr an staatlichen Institutionen mit der Ausbildung begonnen wird und einheitliche Lehrpläne geschaffen werden. Diese Pläne müssen auf dem Studium des klassischen Balletts, des Volkstanzes und der Anwendung der Erkenntnisse des Stanislawski-Systems aufgebaut sein. [...] Die Schüler unserer Tanzschulen müssen eine qualifizierte Ausbildung erhalten und zu aufrechten, kämpferischen Menschen mit demokratischem Bewußtsein erzogen werden.“¹⁹

Damit wurde beschlossen, daß aus den vorhandenen Tanzschulen, die wie die Palucca Schule Dresden in der Tradition des Ausdruckstanzes standen, Ballettschulen nach sowjetischem Vorbild zu formen sind, in denen Klassischer Tanz und Volkstanz zu unterrichten sei. Mit der Forderung nach dem Volkstanz wollte man einerseits das erwünschte nationale Element und andererseits die geforderte Volkstümlichkeit der Tanzkunst

¹⁷ Zur Diskussion, Realismus im Tanz, Hrsg. Staatliche Kommission für Kunstangelegenheiten, Verlag der Kunst, Dresden [1953], S. 75

¹⁸ ebd.

¹⁹ ebd. S. 78

absichern. Der Ruf nach dem Klassischen Tanz ist sowohl in der Hinwendung zur Sowjetunion begründet als auch in dem Versuch, der Forderung der Partei- und Staatsführung nach einem sogenannten klassischen Erbe gerecht zu werden.

Die vorgeschlagene Anwendung des Stanislawski-Systems bedeutet in dieser Zeit einen Seitenhieb gegen den heftig diskutierten Bertolt Brecht. Mit Stanislawski wählte man sich im Tanz auf der sicheren Seite.

Aufgrund der Orientierung der DDR an der Sowjetunion kommt es also wie in vielen anderen Bereichen auch auf dem Gebiet des Tanzes und der Tanzausbildung zu tiefgreifenden Veränderungen. Eine mit Deutschland vergleichbare Entwicklung des Modernen Tanzes hatte es in der Sowjetunion nicht gegeben. Dafür blickt man dort auf eine Tradition im Klassischen Tanz zurück.

Aus der Bitte nach einer Aufnahme der Faches Klassischer Tanz in die Tanzausbildung wird bald die Anweisung, diesen Zweig zum Hauptfach der Ausbildung zu erklären. Gegen die zentral verfügbaren Stundenpläne, die eine starke Zurückdrängung des von Palucca unterrichteten Neuen Künstlerischen Tanzes vorsehen, setzt sie sich in den 50er Jahre auf die ihr mögliche Weise zu Wehr. So legt Palucca die Leitung ihrer Schule nieder (1952), zieht ihren Namen zurück (1953) und schreckt auch vor einer Flucht in den Westen zur Untermauerung ihrer Forderungen (1959) nicht zurück. Nach diesen Kämpfen einigen sich Palucca und die Kulturpolitiker der DDR auf ein einmaliges Ausbildungsmodell an der Palucca Schule Dresden, das neben dem Klassischen Tanz auch dem Neuen Künstlerischen Tanz von Palucca seine Berechtigung zugesteht. Die Ausbildungsdauer beträgt ab 1954 fünf Jahre. In den Jahren 1953-57 wird am Basteiplatz das Gebäude errichtet, das auch heute noch der Schule ihr unverwechselbares Aussehen verleiht. Ab 1960 unterrichten Pädagogen aus der Sowjetunion im Fach Klassischer Tanz und sorgen dafür, daß die Qualität in diesem Bereich stetig steigt. Ab 1961 wird die Ausbildungszeit auf sieben Jahre erweitert, so daß die Tanzausbildung nun bereits mit dem 12. Lebensjahr begonnen wird.

Konsolidierung 1963-1989

Der westdeutsche Ballettpublizist Rolf Garske schreibt rückblickend über Palucca in dieser Zeit: „Seit 1963 widmet sie sich hauptsächlich dem Kinderunterricht, nachdem ihre Schule in den Jahren zuvor in eine staatli-

che Ballettakademie umgewandelt worden war, die professionelle Tänzer für eine Ballettkarriere ausbilden sollte.“²⁰

Die Umgestaltung der Schule hatte sich also auch bis in den Westen Deutschlands herumgesprochen. Ab 1963 werden Kinder im Alter von 10 Jahren für die 7jährige Ausbildung an der Palucca Schule Dresden aufgenommen und in einem integrativen Unterrichtsmodell gleichzeitig in den allgemeinbildenden und den Tanz-Fächern unterrichtet. Im Mittelpunkt der tänzerischen Ausbildung steht nun der Klassische Tanz.

Ballettlehrkräfte aus der Sowjetunion bringen die Waganowa-Methode²¹ in die DDR. Palucca unterrichtet mit einigen Kollegen weiter ihren Neuen Künstlerischen Tanz. Staatlicherseits hatte man sie bereits mehrfach aufgefordert, ihre Unterrichtsmethode adäquat zu der des Klassischen Tanzes zu formulieren. Obwohl Palucca sich dazu auch vertraglich bereit erklärt hatte, kommt es aber nie dazu. In den Westmedien heißt es gehässig: „Man [gemeint sind 'die Kommunisten'] ist froh, daß sie weiter für auf Außenwirkung berechnete Schaustellungen zur Verfügung steht und läßt sie in Ruhe in ihrem Dresdner Heim an einem Lehrbuch für modernen Tanz arbeiten, das nie erscheinen wird.“²²

Sie selbst denkt nicht daran, ihre Methode zu veröffentlichen, und die Versuche anderer genügen ihren Ansprüchen nicht.²³

Gerade rechtzeitig, bevor die Technik- oder Methoden-Frage für die Abteilung Neuer Künstlerischer Tanz zur existentiellen Problematik wird, erscheint der chilenische Choreograph Patricio Bunster – in diesem Fall einem Deus ex machina nicht unähnlich – in der DDR. Während seines DDR-Exils von 1973 bis 1985 unterrichtet er von 1979 bis 1984 an der Palucca Schule Dresden das Fach Moderner Tanz. Patricio Bunster, der in Chile von deutschen Emigranten ausgebildet wurde bzw. mit ihnen zusammengearbeitet hat,²⁴ bringt eine moderne Tanztechnik in die Schule. Dabei ist er sich seiner Bedeutung wohl bewußt:

²⁰ Rolf Garske, Das Leben ist ein ewiger Tanz. Drei Kronzeugen geben Auskunft: Martha Graham, Tatjana Gsovsky, Gret Palucca, in: *Ballett international*, 1985, S. 53

²¹ Diese Methode wurde von Agrippina J. Waganowa in den 30er Jahren in der Sowjetunion formuliert. Vgl. A. J. Waganowa, Die Grundlagen des klassischen Tanzes, Henschelverlag, Berlin 1954

²² Palucca und der „sozialistische Realismus“, in: *Deutsche Rundschau*, 1954, H. 2, Baden-Baden, S. 178

²³ Vgl. Ralf Stabel, Und so wird daraus nichts, in: *Neuer Künstlerischer Tanz*, Eine Dokumentation der Unterrichtsarbeit an der Palucca Schule Dresden 1965-1976, Tanzwissenschaft e. V./Palucca Schule Dresden 1996, S. 99-120

²⁴ Patricio Bunster studierte u. a. bei Ernst Uthoff in Santiago sowie Sigurd Leeder in London und arbeitete mit Kurt Jooss zusammen. Vgl. Patricio Bunster, Wege – Be-

„So schließt sich der Kreis. Ich konnte als Emigrant in der DDR den Tanzschaffenden wertvolle Traditionen 'zurückbringen', die wir von ehemaligen deutschen Emigranten übermittelt bekamen.“²⁵

Über seine choreographische Arbeit formulierte er:

„Ich muß frei sein von fertigen Formen und Stilrichtungen, alles Erleben in mich eindringen lassen. Dogmen hemmen die Entwicklung einer realistischen Tanzgestaltung. [...] Meine Choreographien entspringen einer Notwendigkeit, den Erfordernissen unseres Landes, unseres Lebens, nicht einem Parteiauftrag.“²⁶

Die Palucca-Schüler, die den Unterricht bei Patricio Bunster erlebten, sind stark durch seine Herangehensweise an Tanz geprägt. Er vermittelte ihnen seine choreographische Anschauung, daß Bewegung immer mit einer Bedeutung zusammenhängt, unabhängig davon, welche Bedeutung man einer Bewegung gibt. Raimund Hilbert erinnerte sich: „Wir genossen die glückliche Situation, daß Patricios Unterricht mit acht Wochenstunden unser zweites Hauptfach neben Klassisch wurde.“²⁷

Patricio Bunster etablierte den Modernen Tanz wieder als ein tanztechnisches Fach an der Palucca Schule Dresden. Palucca unterrichtete zu dieser Zeit mit ihren Kollegen weiter das Fach Neuer Künstlerischer Tanz (NKT).

Auch der Choreograph Stephan Thoß verinnerlichte, was Patricio Bunster ihn über die Verbindung von Bewegung und Bedeutung lehrte, indem er seine Worte wiederholt:

„Wenn Du nicht nur Dich in der Kunst ausleben möchtest, sondern wenn Du auch verstanden werden willst, dann gibt es nur diese Brücke zum Zuschauer. Sie ist gebaut und gestützt durch den Menschen seit es ihn gibt, nicht von einer Person, die eine Technik zur Tanztechnik beruft. Das alles gilt nur [...], wenn Du verstanden werden willst. Solltest Du aber wie Cunningham ganz neue eigenständige Empfindungen oder Verunsicherungen im Zuschauer wecken wollen, brauchst Du Dich nicht mit der Materie von Bewegung und Inhalt zu beschäftigen.“²⁸

Einer Bedeutung eine Bewegung geben bzw. in einer Bewegung ihre Bedeutung finden; das war es, wonach man – tanztechnisch – in der DDR seit den 50er Jahren vehement suchte. Wie sollte man sonst im Ballett den

gegnungen, Hrsg. Edith Kühl, Akademie der Künste zu Berlin, Sektion Darstellende Kunst, Wissenschaftliche Abteilung, Berlin 1990

²⁵ ebd. S. 24

²⁶ ebd. S. 23

²⁷ ebd. S. 70

²⁸ Stephan Thoß – Ralf Stabel, Über einen „Nachwuchschoreographen“, Ein Interview mit Stephan Thoß, in: Jahrbuch der Gesellschaft für Tanzforschung, Bd. 5, Florian Noetzel Verlag, „Heinrichshofen-Bücher“, Wilhelmshaven 1994, S. 143

„neuen Menschen“ beim Aufbau der „neuen Gesellschaft“ zeigen? Daß das kodifizierte Bewegungsmaterial des Klassischen Tanzes und die Elemente des Volkstanzes dazu nicht ausreichten, hatte man Anfang der 60er Jahre in der DDR begriffen und auf eine Vereinheitlichung der Lehrpläne der Tanzausbildungsinstitute entsprechend der Entschließungen der Theoretischen Tanzkonferenz verzichtet.

Der langjährige Mitarbeiter der Palucca Schule Dresden Wolfgang Zeibig trifft das Wesentliche der Arbeit Patricio Bunsters mit seiner Formulierung: „Er [Patricio Bunster] ergänzte den von Palucca begründeten Neuen Künstlerischen Tanz durch andere Traditionen des Modernen Tanzes.“²⁹

Gleichzeitig wird aber der planmäßige Um- und Ausbau der Palucca Schule Dresden zu einer Ballettschule weiter betrieben. Der Anteil des Unterrichts der Palucca wird im Verhältnis zu anderen Bereichen der Ausbildung aufgrund der zunehmenden Klassenzahlen ohnehin immer geringer.

„1975 werden von Partei und Regierung bedeutsame Festlegungen zur Entwicklung der Schule getroffen“,³⁰ heißt es geheimnisvoll – weil nie erläutert – im Studienführer der Palucca Schule Dresden aus dem Jahr 1987. Auf einer „Beratung am 22.1.1975 mit Genossen Hans Modrow, 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Dresden“³¹ wurden neben der Verlängerung der Ausbildung von sieben auf achte Jahre als wesentlichstem Punkte weiterhin folgende beschlossen: Die allgemeinbildende Oberschule sollte ausgelagert werden, Tanzwissenschaft sollte in dem eigens dazu einzurichtenden „Tanzwissenschaftlichen Institut Gret Palucca“³² betrieben werden, eine Turnhalle KT 60 L mit Ballettsälen und Raumzellen sollte angebaut und die Sportmedizin und -wissenschaft zur Leistungssteigerung herangezogen werden.

²⁹ Patricio Bunster, a.a.O., S. 74

³⁰ Palucca Schule Dresden, Studienführer, Dresden 1987, S. 4

³¹ Vgl. Festlegungsprotokoll der Beratung am 22.1.1975 zu Problemen der Ausbildung und der Entwicklung der materiell-technischen Basis der Palucca Schule Dresden, Maßnahmeplan zum Festlegungsprotokoll der Beratung mit Gen. Hans Modrow in der Palucca Schule Dresden am 22.1.1975 (erstellt 28.1.1975), Bundesarchiv, Bestand Ministerium für Kultur, Abt. Hoch- und Fachschulen, Paluccaschule Dresden, DR 1/7210/7211

³² Nach Vorabgesprächen zwischen dem Direktor der Palucca Schule Dresden, Rainer Walther, und dem Leiter des Tanzarchivs Leipzig sollte das Tanzarchiv als „Tanzwissenschaftliches Zentrum Gret Palucca“ an die Schule nach Dresden verlegt werden. Dort sollte z. B. das Palucca-Archiv eingerichtet werden, das sich heute in der Stiftung Archiv der Akademie der Künste Berlin-Brandenburg befindet. Vgl. dazu Dokumente im Tanzarchiv Leipzig, Sm 853

1977 wird die Ausbildung auf acht Jahre erweitert. Mit der seit 1954 betriebenen Verlängerung der Ausbildungszeit von ehemals drei auf nun acht Jahre wächst auch die Gesamtanzahl der Schüler, so daß eine räumliche Erweiterung der Schule notwendig wird. 1982 wird ein Neubau errichtet, der fünf neue Ballettsäle enthält.

In der 1985 erfolgten Auswertung der Entwicklung seit den „bedeutende Festlegungen zur Entwicklung der Schule“ aus dem Jahr 1975 kann man resümieren, daß die wichtigsten Punkte wie der Übergang zur 8jährigen Ballettausbildung, die Herstellung von Direktbeziehungen zur Ballettschule in Leningrad sowie die Aufnahme der Kooperation mit der Semperoper in Dresden gelungen sind. Auch die Ausstrahlung der Internationalen Sommerkurse konnte erhöht und der Erweiterungsbau fertiggestellt werden.

Die allgemeinbildende Schule verbleibt im Haus, womit das System einer integrierten Ausbildung von Tanz- und Schulausbildung gewahrt bleibt. Vom „Tanzwissenschaftlichen Institut Gret Palucca“ wird im Zusammenhang mit der Palucca Schule Dresden nicht mehr gesprochen.

Die Palucca-Schüler zeichnen sich in dieser Zeit durch ihre solide Ausbildung im Klassischen Tanz und ihre gestalterischen Fähigkeiten aus und werden so zu unverkennbaren und an den Theatern der DDR begehrten Tänzerdarstellern. Nicht wenige Palucca-Schüler werden noch während oder im Anschluß an ihre Tänzerlaufbahn als Choreographen erfolgreich.

Seit 1989 – Wende und Neuorientierung

Die Wende ging an der Palucca Schule Dresden nicht spurlos vorüber. Auf der Suche nach einem zeitgemäßen Ausbildungsprofil besann man sich auf die eigene im Modernen Tanz verwurzelte Tradition.

1991 übernahm der belgische Tänzer und Choreograph Paul Melis die künstlerische Leitung der Schule. Ihm folgte 1993 die Palucca-Schülerin Hanne Wandtke als Direktorin. Von 1994-97 leitete Peter Jarchow, langjähriger Pianist bei Palucca im Unterricht Neuer Künstlerischer Tanz, die Schule. Er stabilisierte das neue Ausbildungsprofil, das sich, sowohl an der Geschichte der Schule als auch an den Erfordernissen der heutigen Tanzszene gleichermaßen orientierend, eine gleichberechtigte Lehre von Modernem und Klassischem Tanz ermöglicht. Seit dem Studienjahr 1997/98 leitet Enno Markwart die Schule. Selbst Palucca-Schüler, Tänzer, Choreograph und nach der Wende auch Tanzmanager der zentralen Vermittlungsstelle für Bühnentänzer (ZBF) in Leipzig und Frankfurt/Main weiß er nicht nur um die Tradition und wechselvolle Geschichte der

hochschule ost 1-2/1999

Schule, sondern auch um die Forderungen der Theater an eine zeitgemäße Tanzausbildung.

Die Etablierung der Palucca Schule Dresden als Tanzhochschule durch die Anerkennung als eine den Kunsthochschulen im Freistaat Sachsen gleichgestellte „Einrichtung eigener Art“ folgt der Beschreibung der Tänzerin und Pädagogin Palucca. Palucca wird als Tänzerin bereits zu Beginn ihrer Tanzkarriere als „völlig eigenartig und einzigartig, auch eigenwillig“³³ beschrieben; als Pädagogin wird ihr folgerichtigerweise auch eine Pädagogik „eigener Prägung“³⁴ zugestanden.

Als einzige eigenständige Tanzhochschule Deutschlands erfüllt die Palucca Schule Dresden die Forderungen des Tänzerkongresses von 1928 nach der Tanzhochschule, deren Zielsetzung folgendermaßen formuliert wurde: „Die Hochschule muß eine zentrale Fortbildungsstätte für Kunsttanz und Bewegungswissenschaft, für Berufstanz- und Laientanzpädagogik sein.“³⁵

Heute existieren an der Palucca Schule Dresden die Diplomstudiengänge Bühnentanz, Choreographie, Bühnentanzpädagogik und Tanzpädagogik. Die Palucca Schule Dresden kooperiert mit dem Langen Institut Monheim, an dem Tanztherapeuten ausgebildet werden. Darüber hinaus finden an der Palucca Schule Dresden regelmäßig tanzwissenschaftlichen Tagungen statt.

Fazit

Die Palucca Schule Dresden hat ihren heutigen Standort und ihre Gebäude in der DDR erhalten. Ihre Ausbildungsstruktur ist auch Ergebnis der Auseinandersetzungen um Formalismus und Realismus in der Tanzkunst der DDR. Die Übernahme des sowjetischen Modells der Ballettschulausbildung mit integrierter Schulbildung beginnend mit zehnjährigen Kindern kennzeichnet weiterhin die Struktur der Ausbildung im Studiengang Bühnentanz. Zehnjährige Kinder können sich in zwei Orientierungsklassen (O 1 und O 2) in der 5. und 6. Schulklasse mit der Ausbildung vertraut machen. Während des vierjährigen Grundstudium (G1-G4) wird die Mittelschule mit Realschulbildungsgang absolviert. An das erfolgreich absolvierte Grundstudium schließt sich ein ebenfalls vierjähriges Hauptstudium (H1-H4) an. Die Absolventen erhalten den Hochschulabschluß „Diplom-Bühnentänzer/in“.

³³ Germania, Berlin, 30.4.26, L. G., Tanzabend Palucca

³⁴ Werner Gommlich, Die Pädagogin Palucca, in: Edith Krull und Werner Gommlich, Palucca, Henschelverlag, Berlin 1965, S. 34

³⁵ Müller/Stöckemann, ... jeder Mensch ist ein Tänzer, a.a.O., S. 102

hochschule ost 1-2/1999

Palucca war es gelungen, in der DDR-Zeit eine staatliche Institution unter ihrem Namen zu installieren und zu leiten bzw. deren Profil künstlerisch zu bestimmen. Im Fach Klassischer Tanz wird weiterhin nach der Waganowa-Methode unterrichtet. Im Modernen Tanz wird sowohl auf den Grundlagen von Kurt Jooss und Rudolf von Laban als auch nach der von José Limón entwickelten Technik unterrichtet. Auf die in der DDR-Zeit verdrängte Tradition des Ausdruckstanzes sich zurückbesinnend, werden Moderner Tanz und Klassischer Tanz heute gleichberechtigt unterrichtet.

Die Besonderheit der Ausbildung liegt aber in der Ausbildung im Fach Improvisation, die es ermöglicht, in jedem Schüler die individuelle Kreativität auf dem Gebiet des Tanzes zu finden und zu fördern. Im Fach Improvisation wird das künstlerische Erbe Paluccas in jeder Stunde aufs neue entdeckt.

Die Palucca Schule Dresden ist heute selbstverständlich ein Ergebnis ihrer Gesamtentwicklung seit 1925. Wichtige Einflüsse sind der Unterricht von Palucca und ihre steten Versuche, den Anforderungen einer Tanzhochschule gerecht zu werden, aber auch die Umgestaltung zu einer Ballettschule nach sowjetischem Vorbild in der DDR-Zeit bei gleichzeitiger Beibehaltung der Ausbildung im Neuen Künstlerischen Tanz sowie die Wiederbesinnung auf die Wurzeln im Modernen Tanz nach der Wende.

1976 hatte Palucca rückblickend und doch zukunftsweisend formuliert: „Ich habe dann Jahre gebraucht, bis ich den richtigen Weg gefunden habe, daß sich der Kl.[assische] Tanz und der NKT nun harmonisch begegnen und zusammenklingen.“³⁶

Wie die Berliner Musikhochschule den Namen „Hanns Eisler“ erhielt

Eberhard Rebling
Ziegenhals

Die vielfältigen künstlerischen, theoretischen und kulturpolitischen Veranstaltungen zum hundertsten Geburtstag Bertholt Brechts klingen ab. Jetzt nun, um den 6. Juli, erreichen die Eh-

rungen seines um knapp fünf Monate jüngeren Freundes und kongenialen Mitarbeiters Hanns Eisler ihren Höhepunkt. Von Sao Paulo, San Diego, New York über London, Wien, Istanbul bis nach Adeleide und Tokio werden in Kongressen, Symposien, Ausstellungen und Konzerten verschiedenster Art das Leben, Werk und Wirken dieses herausragenden Komponisten gewürdigt. Selbstverständlich finden in vielen deutschen Städten zahlreiche Veranstaltungen statt. Zentrum aller Aktivitäten ist Berlin, die Stadt seines Wirkens von 1925 bis 1933 und nach seiner Rückkehr aus den USA von 1949 bis zu seinem Tode 1962.

Vor zehn Jahren wären derartige weltumspannende Aktivitäten noch nicht möglich gewesen. Ebenso wie Brecht wurde auch Eisler vor allem in den fünfziger und sechziger Jahren als aufrichtiger Sozialist und dazu noch als Verfasser der DDR-Nationalhymne in der Bundesrepublik und in allen anderen westlichen Staaten so gut wie totgeschwiegen. Nur hier und da, besonders seit den siebziger Jahren wurden manche seiner Kammermusikwerke und Orchestersuiten aufgeführt, man erinnerte daran, daß Arnold Schönberg, der Begründer der Zwölftonmusik, ihn neben Alban Berg zu seinen begabtesten Schülern zählte.

In der DDR standen anfangs lediglich seine Kampflieder aus der Vorkriegszeit, die 1950 erschienenen „Neuen Deutschen Volkslieder“ auf Texte von Johannes R. Becher sowie seine Bühnen- und Filmmusiken in hohem Ansehen. Als aber 1952, auf dem Höhepunkt der unsäglichen Realismus-Formalismus-Diskussion sein Libretto „Johann Faustus“ erschien, aus dem nach seinen Worten „eine Oper werden sollte, die mit dem Volk auf Du und Du steht“, entbrannte ein heftiger Streit zwischen wenigen Befürwortern wie Brecht, Felsenstein, Arnold Zweig und den Vertretern der offiziellen Parteimeinung, die diesen Text als „pessimistisch, volksfremd, ausweglos und antinational“ (*Neues Deutschland* vom

14. Mai 1953) verketzerte, so daß Eisler zutiefst deprimiert auf die Komposition der Oper verzichtete. Etwa zur gleichen Zeit, als ich gerade aus dem niederländischen Exil zurückgekehrt war, forderten mich zwei Kulturfunktionäre auf, eine schriftliche Erklärung abzugeben, daß Eisler „Formalist“ sei, was ich entschieden ablehnte. Erst im Jahre 1955 begann mit der Herausgabe des ersten der sechzehn Bände „Lieder und Kantaten“ bei Breitkopf & Härtel, 1956 mit der Erstaufführung des zwanzig Jahre zuvor entstandenen, zwölftönig gestalteten „Lenin-Requiems“ und 1959 mit der Uraufführung der ebenfalls im Exil geschriebenen „Deutschen Sinfonie“ Eislers musikalische Rehabilitation, obwohl auch jetzt seine vorwiegend zwölftönigen Kammmusikwerke und Lieder unaufgeführt blieben.

Für den stets dialektisch denkenden Hanns Eisler bildeten politische Gesinnung und Komponieren stets eine widerspruchsvolle Einheit. Die Spaltung in den einerseits in der DDR hoch gewürdigten politischen Künstler und andererseits in der BRD nur spärlich anerkannten Schönberg-Schüler widersprach zutiefst seiner Persönlichkeit. Nach seinem Tod 1962 bemühte man sich in der DDR um die Würdigung des „ganzen“ Eisler: Das Hanns-Eisler-Archiv bei der Akademie der Künste entfaltete eine vielfältige Aktivität. Mit der schrittweisen Herausgabe seiner Kompositionen und Schriften, seit 1978 mit einer Serie von dreiunddreißig Schallplatten sowie den Ehrungen zu seinem 80. und 90. Geburtstag wurde sein Werk allmählich weiter verbreitet. Mit der studentischen Protestbewegung seit 1968 wurde Eisler auch im Westen als Kampfliederkomponist neu entdeckt, 1972 entstand in Westberlin der Hanns-Eisler-Chor, zwei Jahre danach fand in Tübingen die Uraufführung des Operntextes „Johann Faustus“ statt, auch in Graz, Venedig und London begann man sich an Eisler zu erinnern. Dennoch konnte die Spaltung seiner Persönlichkeit endgültig erst nach dem Ende des Kalten Krieges 1989 überwunden werden. Das ist vor allem der 1994 gegründeten Internationalen Hanns Eisler Gesellschaft mit Sitz in Berlin zu danken, deren Mitglieder in allen Erdteilen eine erstaunliche Wirksamkeit entfaltet haben.

Wie konnte es nun unter diesen Umständen schon zwei Jahre nach Eislers Tod, im Juli 1964, zur Namensgebung der Musikhochschule „Hanns Eisler“ kommen?

Als mit der Einführung einer separaten Währung am 20. Juni 1948 in den Westzonen und Westberlin die Spaltung Deutschlands und Berlins zementiert und im Jahr darauf die Bundesrepublik Deutschland und kurz danach die Deutsche Demokratische Republik gegründet wurden, ergab sich in Berlin auf beiden Seiten die Notwendigkeit, neue kulturelle Insti-

tutionen zu schaffen. Die Humboldt-Universität im Ostteil machte die Gründung der Freien Universität im Westen erforderlich. Im Westen dagegen existierten die Hochschule für Musik in der Hardenbergstraße und das Stern'sche Konservatorium. Daher wurde der aus der englischen Emigration zurückgekehrte Musikwissenschaftler Georg Knepler mit der Neugründung einer Musikhochschule im Osten beauftragt. Nach schwierigen Vorbereitungen konnte am 1. Oktober 1950 die „Deutsche Hochschule für Musik“ in einem notdürftig wieder hergerichteten Gebäude in der Wilhelmstraße eröffnet werden.

Im Unterschied zu den traditionellen Musikhochschulen sollte das neue Institut allen musikalisch begabten jungen Leuten unabhängig vom Geldbeutel ihrer Eltern offenstehen. Daher entstanden im Rahmen der Hochschule zwei ganz neue vorbereitende Schultypen: 1. die auch auf anderen Gebieten bereits bewährte Arbeiter- und Bauernfakultät, in der Jugendliche aus der Arbeiterklasse und der Bauernschaft in einem zweijährigen Kursus auf die Aufnahme in die Hochschule vorbereitet werden sollten, und 2. die „Berufsvollschule für Musik“ – die spätere Spezialschule für Musik, heute das Gymnasium „Carl Philipp Emanuel Bach“ – in der musikalisch talentierte Schüler ab vierzehn Jahren, später ab zwölf Jahren, außer dem allgemeinbildenden Unterricht eine professionelle Musikausbildung im Hauptfach, im Nebenfach Klavier sowie in Tonsatz und Musikkunde erhielten. Beiden neuen Institutionen waren Internate angegliedert.

Für alle Schüler und Studenten war das Studium kostenfrei, die meisten bekamen sogar ein Stipendium. Entgegen der üblichen Praxis einer Unterrichtsstunde pro Woche im Hauptfach erhielten alle zwei Stunden. Außer den Abteilungen für Komposition, Dirigieren, Klavier, Orchesterinstrumente und Gesang wurden zwei ganz neuartige Studiengänge eingeführt: Regie für das Musiktheater und Tonmeister für Rundfunk und Schallplatte. Außerdem legte der Gründungsrektor besonderen Wert auf die wissenschaftliche Ausbildung in Musikgeschichte, Pädagogik, Psychologie, gesellschaftswissenschaftlichem Grundstudium, auch Fremdsprachen, besonders russisch und speziell für die Sänger italienisch, ebenso der Sport durften nicht fehlen.

Ein großes Problem war die Zusammenstellung des Lehrkörpers. Während der Nazizeit profilierte Musiker kamen nicht in Frage. Daher wirkten als Professoren einige aus dem Exil zurückgekehrte Persönlichkeiten wie Hanns Eisler (Komposition) und Nathan Notowicz, Harry Goldschmidt (Musikgeschichte); während der Zeit des Faschismus unbelastete Musiker wie Rudolf Wagner-Régeny (Komposition) oder die Sängerin Adelheid Müller-Heß, die Auschwitz überlebt hatte. Vor allem aber

engagierte Georg Knepler ganz junge Musiker wie die Komponisten Andre Asriel, Günter Kochan, Ruth Zechlin, den Violinisten Werner Scholz und den Pianisten Dieter Zechlin, um nur einige zu nennen. Hervorragende Orchestermusiker der Staatskapelle und des Rundfunk-Sinfonieorchesters wirkten im Lehrauftrag.

Schon in wenigen Jahren konnte sich die neue Hochschule Anerkennung im In- und Ausland verschaffen. Dank der hohen Qualität der Ausbildung nahmen bald zahlreiche Absolventen führende Stellungen im Musikleben der DDR ein. Andererseits folgten manche seit dem Ende der fünfziger Jahre der gezielten Abwerbung durch die Bundesrepublik. Als ich 1958 nach einem Konzert mit meiner Frau in Bremen einen Orchestermusiker sprach und ihn nach dem Ausbildungsgang in der BRD fragte, antwortete er lakonisch: „Unsere Hochschulen liegen im Osten, dort kommen die besten Absolventen her!“ Das fand erst 1961 nach dem Mauerbau ein Ende.

Als ich im Mai 1959 die Nachfolge Georg Kneplers antrat, war das Institut in jeder Hinsicht gefestigt, so daß ich das Gefühl bekam, in ein gemachtes Nest zu steigen. Dennoch gab es viele neue Probleme. Die Zahl der Studenten und Pädagogen stieg, die Aufgaben der Leitung ebenso. Es dauerte etwa drei Jahre, ehe ich ein Leitungskollektiv hatte, in dem sich jeder auf den anderen verlassen konnte und die Lösung anfallender Probleme nicht allein dem Rektor überlassen wurde, sondern auf mehrere Leitungsebenen (Abteilungsleiter, Prorektoren, Verwaltungsleiter) verteilt werden konnte.

Die ABF konnte bald aufgelöst werden, da jetzt die Schüler und Studenten aller Bevölkerungsschichten gleiche Startmöglichkeiten hatten. Da die Musikerziehung in christlichen Elternhäusern viel weiter entwickelt war als in Arbeiterfamilien, konnten wir die Quoten für die Aufnahme von Arbeiter- und Bauernkindern zum Unmut des Ministeriums für Kultur nie erfüllen, die Qualität der Bewerber gab den Ausschlag. Als erste Musikhochschule richteten wir das Fernstudium ein: In der Praxis tätige Musiker, die aus irgendwelchen Gründen keinen Hochschulabschluß erwerben konnten, bekamen Gelegenheit neben ihrer Berufstätigkeit ihr Studium zu vollenden. Das war für manche zeitweilig eine enorme Belastung, aber nach bestandenem Staatsexamen war die Freude umso größer. Ich bemühte mich ferner um die Verbindung des Studiums mit der späteren Berufspraxis, stellte Verbindungen zu Musikschulen und Orchestern her, ebenso auch zu Berliner Großbetrieben und baute Verbindungen zu Hochschulen im Ausland auf. Der Austausch von Studentendelegationen und auch Professoren mit den Konservatorien in Moskau und Warschau wurde von Jahr zu Jahr intensiver. Es gelang sogar zweimal, eine Delegation

des Pariser Conservatoire einzuladen, leider blieb diese Verbindung nur eingleisig. Wenn prominente ausländische Musiker in Berlin gastierten, luden wir sie zu Gesprächen und Konzerten in die Hochschule ein. Das Auftreten Zoltán Kodálys, Witold Lutoslawskis, Aram Chatschaturjans, Swjatoslaw Richters, Ruggiero Riccis und vieler anderer war stets ein Höhepunkt im Leben der Hochschule, deren Ansehen in Ost wie West stetig zunahm. So wurde es möglich, daß wir mit den drei anderen Hochschulen der DDR während eines Kongresses in Köln in die europäische Vereinigung von Musikhochschulen, Akademien und Konservatorien aufgenommen wurden und persönliche Kontakte mit der Sibelius-Akademie in Helsinki, der Hamburger Musikhochschule und anderen Instituten herstellen konnten. Durch all diese Maßnahmen, vor allem aber dank einer minder restriktiven Kulturpolitik der Regierung Anfang der sechziger Jahre verbesserte sich das Studienklima ganz wesentlich.

Ein Problem aber konnte bis dahin noch nicht gelöst werden: Unsere Hochschule hatte noch keinen Namensträger. Während sich die Hochschulen in Leipzig auf Felix Mendelssohn Bartholdy, in Dresden auf Carl Maria von Weber und in Weimar auf Franz Liszt berufen konnten, gab es in dem bei weitem nicht so traditionsträchtigen Berlin keinen großen Namen, der dafür in Frage gekommen wäre. Vorschläge gab es zur Genüge, aber weder der Flötenlehrer Friedrichs I., J. J. Quantz noch der Freund Goethes J. F. Reichardt oder auch C. Ph. E. Bach waren bedeutsam genug. Die Enkelin Joseph Joachims, Irène, hatte bei einem Besuch der Hochschule schon zu Georg Kneplers Zeit ihren Großvater als Namensträger vorgeschlagen. Aber als Gründer und langjähriger Rektor der Hochschule in Westberlin hätte das zu unüberwindlichen Komplikationen geführt.

Am 6. September 1962 nun starb völlig unerwartet Hanns Eisler. Er hatte zwar in den Gründerjahren an der Hochschule unterrichtet, bald aber seine Lehrtätigkeit in die von ihm geleitete Meisterklasse an der Akademie der Künste verlegt. Dennoch hat auch unsere Hochschule seinem großen Einfluß im Musikleben Berlins viel zu verdanken. Schon in meiner Studienzeit 1932 hatte Eisler auf einer Matinee mit Ernst Busch bei mir einen tiefen Eindruck hinterlassen. Persönlich lernte ich ihn erst 1948 kurz nach seiner Ausweisung aus den USA während eines Musikkongresses in Prag kennen. Dort hatte er mit seinem „auf schweizerisch“ vorgebrachten Referat (deutsch war so kurz nach dem Krieg in den von der Wehrmacht überfallenen Ländern zutiefst verpönt) über „Gesellschaftliche Grundlagen der modernen Musik“ breiten Widerhall gefunden. In der DDR bin ich dann häufig mit ihm zusammengekommen. Ich bewunderte sein immenses Wissen – er konnte ganze Absätze aus Hegels „Ästhetik“

auswendig zitieren –, seine außergewöhnliche Intelligenz, seinen Witz und natürlich viele seiner bis dahin unbekannteren Werke. Als Chefredakteur der Zeitschrift des Komponistenverbandes „Musik und Gesellschaft“ begrüßte ich die ersten Bände seiner „Lieder und Kantaten“ und veröffentlichte zu seinem 60. Geburtstag im Juli 1958 eine spezielle Eisler-Nummer. Meine Frau, die Volkslied- und Chansonsängerin Lin Jaldati, und ich besuchten ihn seit 1955 mehrmals in seiner Wohnung in der Pfeilstraße. Er freute sich über jeden, der seine Lieder singen wollte, das waren damals nur wenige, und er gab uns entscheidend wichtige Hinweise für die Interpretation seiner Lieder.

Als 1963 wieder einmal die Diskussion über einen Namenspatron für die Hochschule entbrannte, kam mir der Gedanke: warum sollte nicht ein zeitgenössischer Meister dieser Ehrung würdig sein und nicht immer nur Berühmtheiten einer fernen Vergangenheit. Ich machte erst in unserem Leitungsgremium den Vorschlag, der Hochschule den Namen „Hanns Eisler“ zu verleihen. Das fand allgemeine Zustimmung, selbst unsere damalige Parteisekretärin, Irene Heller, eine intelligente und keineswegs doktrinär denkende Frau, war sofort Feuer und Flamme. Als ich bald darauf eher beiläufig darüber vor dem Senat der Hochschule sprach, begegnete ich jedoch vielen skeptischen Blicken. In Einzelgesprächen mit einigen Professoren konstatierte ich eine erschreckende Unkenntnis der Kompositionen Eislers, allerdings standen damals viele seiner Instrumentalwerke noch nicht zur Verfügung. Als ich dem Minister für Kultur, Hans Bentzien, den Vorschlag unterbreitete, war er sehr einverstanden. Er riet mir, das Studienjahr 1963/64 im Hinblick auf eine Namensgebung gründlich vorzubereiten, also im Sinne Brechts Eisler zu ehren, indem wir uns nützten.

So erklärten wir diesen Zeitraum zum Hanns-Eisler-Jahr mit zahlreichen Referaten, Kolloquien, einem Studienzirkel und einem Wettbewerb um die beste Interpretation Eislerscher Lieder, an dem nicht nur Gesangstudenten teilnehmen konnten. Als Pflichtstück wählten wir „Die Pappel am Karlsplatz“, das wegen seiner Schlichtheit speziell für angehende Opernsänger/innen nicht leicht zu interpretieren ist. Nach der Ankiündigung des Wettbewerbes teilte mir die Leiterin unserer Bibliothek mit, daß sofort einige Gesangspädagogen die beiden Bände „Lieder und Kantaten“ von Eisler angefordert hätten. Obwohl ich sonst Restriktionen abhold war, gab ich jetzt die Weisung, diese Bände nur an Studenten auszuleihen. Die Gesangslehrer hätten doch alle Schubert-, Schumann-, Brahms-, Hugo Wolf- und Richard Strauss-Lieder in ihrem Privatbesitz, sie sollten sich die Eisler-Bände gefälligst selbst kaufen.

Der Juni 1964 stand ganz im Zeichen der Vorbereitung einer Festwoche zum Abschluß des Studienjahres. Mit der Aufführung „Der fröhliche Sünder“ von Ottmar Gerster in der Komischen Oper Berlin und im Dresdner Kleinen Haus erfüllten wir eine Bedingung des Hanns-Eisler-Jahres: die Pflege der neuen Musik. Nach anfänglichem Zögern mehrerer Gesangspädagogen und ständigem Drängeln der Hochschulleitung und etlicher engagierter Gesangstudenten nahmen an dem Liederwettbewerb doch noch etwa dreißig Studenten teil. In der Jury unter meiner Leitung wirkten auch einige nicht der Hochschule angehörende Persönlichkeiten mit, vor allem Steffie Eisler, die Witwe des Komponisten. Während der Festwoche stellten sich Kompositionsstudenten mit eigenen Werken vor, neue Werke von DDR-Komponisten wurden vom Tonband abgespielt und zum Teil sehr kontrovers diskutiert.

Und dann kam am 4. Juli der große Tag: Der Minister für Kultur Hans Bentzien würdigte die Leistungen der Hochschule und verlieh ihr den Namen „Hanns Eisler“. Danach enthüllte der Eisler-Schüler Günter Kochan die Namenstafel am Portal des Hauses. Bald darauf fand eine sehr charakteristische Eisler-Büste von Wieland Förster vor dem Haus einen würdigen Platz. Jetzt steht sie im Foyer des neuen Hauses in der Charlottenstraße.

Kaum zwei Jahre später wurde Hans Bentzien nach dem berüchtigten 11. Plenum des ZK der SED als Minister entlassen. Die Zeit relativer Freizügigkeit in der Kulturpolitik war vorbei. Wir hatten jedoch mit dem Eisler-Jahr eine Tradition vorbereitet, die von der restriktiven Politik nach dem 11. Plenum nicht nennenswert beeinflusst wurde. Nach dem Erfolg der Festwoche zum Abschluß des Eisler-Jahres beschlossen wir, auch in den nächsten Jahren das Studienjahr jeweils mit einer Veranstaltungsreihe neuer Musik zu beenden. So hielt 1965 Rudolf Wagner-Régeny einen viel beachteten Vortrag „Über die Musikbühne“, ein Kolloquium beschäftigte sich mit Arnold Schönbergs Oper „Moses und Aron“, ein Konzert der Klavierprofessoren war den kurz zuvor im Druck erschienenen Sonaten von Sergej Prokofjew gewidmet, ich selbst spielte die seinerzeit von Shdanow heftig kritisierte 6. Sonate. Ein Jahr danach wurden die Studenten aufgerufen, Werke von DDR-Komponisten zu interpretieren. An diesem Wettbewerb nahmen 262 Studenten und Schüler teil, auch neue Werke wurden geschaffen. Der Posaunist Friedrich Schenker stellte sein von Burkhardt Glätzner gespieltes avantgardistisches Oboenkonzert zur Diskussion, die sehr heftig verlief, und die Gesangsabteilung gab ein Solidaritätskonzert für Vietnam. Der Hochschulchor unter der Leitung von Fritz Höft führte das „Lenin-Requiem“ von Hanns Eisler auf, und 1968 war die DDR-Erstaufführung der „Mutter“-Kantate von Brecht und Eisler so her-

vorragend, daß sie mehrmals wiederholt und auf Schallplatte der Eisler-Edition produziert werden konnte. Wir waren übrigens die erste Hochschule, die einen zeitgenössischen Künstler zum Namensträger wählte, erst in den achtziger Jahren wurden die Schauspielhochschule nach Ernst Busch und die Hochschule für Film und Fernsehen nach Konrad Wolf benannt.

Die gezielte Pflege gerade der neuen Musik ging in den siebziger Jahren allmählich, in den achtziger jedoch rapide zurück. Auch die Werke ihres Namenspatrons spielten an der Hochschule kaum mehr eine Rolle. Und als dann nach dem Umbruch 1991/92 der Bildersturm mit dem Schleifen von Denkmälern und Straßenumbenennungen auf dem Höhepunkt stand, wurde nicht nur der Name „Hanns Eisler“ sondern die Existenz der Hochschule überhaupt zur Disposition gestellt. Glücklicherweise hat die Hochschule nach heftigen Auseinandersetzungen überlebt und ihren Namen behalten. 1993 wurde auch der Hanns-Eisler-Kompositionswettbewerb an der Hochschule wiederbelebt. Mit der weltweiten Würdigung Hanns Eislers zu seinem hundertsten Geburtstag wird die Hochschule, jetzt unter dem Rektorat des aus Detmold kommenden Christoph Poppen, mit einer Vielzahl von Veranstaltungen ihrem Namen wieder gerecht.

Literatur:

Zehn Jahre Deutsche Hochschule für Musik Berlin, Henschelverlag 1960

20 Jahre Deutsche Hochschule für Musik „Hanns Eisler“ Berlin, Hochschulbrochure 1. Oktober 1970,

Hochschule für Musik „Hanns Eisler“ Berlin, Broschüre 1975

Jürgen Schebera: Eisler – Eine Biographie in Texten, Bildern und Dokumenten, Mainz 1998

Lin Jaldati/Eberhard Rebling: Sag nie, du gehst den letzten Weg, Doppelautobiographie, Marburg 1995

Medizinische Forschung und Kliniken in Berlin-Buch: Kontinuitäten und Umbrüche

Heinz Bielka
Berlin

Das Kaiser-Wilhelm-Institut für Hirnforschung 1928-1945

Am 18. Mai 1898 gründete der Neuroanatom und Psychiater Oskar Vogt in Berlin-Dahlem für Forschungszwecke eine private Neurobiologische Zentralstation, die er neben seiner praktischen nervenärztlichen Tätigkeit leitete.* 1902 wurde diese Einrichtung zunächst von der Berliner Friedrich-Wilhelms-Universität als Neurobiologisches Laboratorium im Physiologischen Institut übernommen. Am 21. März 1914 beschloß der Senat der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (KWG) die Gründung eines Instituts für Hirnforschung, in das das Vogtsche Laboratorium eingehen sollte. Der Bau eines neuen Institutsgebäudes verzögerte sich jedoch wegen des ersten Weltkrieges und der Inflation. 1928 erwarb sodann die KWG in Berlin-Buch ein Gelände für die Errichtung des Instituts. Als Ort für den Bau des Kaiser-Wilhelm-Instituts (KWI) für Hirnforschung waren zunächst auch München und Breslau in Aussicht genommen worden. Im Interesse einer engen Zusammenarbeit zwischen Forschung und Klinik bestand Oskar Vogt jedoch auf Berlin-Buch, wo es seit Anfang unseres Jahrhunderts eine große Heil- und Pflegeanstalt der Stadt Berlin gab, bis 1926 auch III. Städtische Irrenanstalt genannt. In einer Denkschrift zur Notwendigkeit für die Errichtung des Instituts in Buch schrieb Oskar Vogt 1927 u.a.: „Durch die Zusammenarbeit des Hirnforschungsinstituts und den Städtischen Krankenanstalten in Buch würden sich Möglichkeiten ergeben, wie sie in Europa bisher nicht vorhanden sind“.¹ Über diese Zusammenarbeit zwischen dem KWI für Hirnforschung und den Bucher Städtischen Krankenanstalten wurde im „Amtsblatt der Stadt Berlin“ vom 7. Oktober 1928 u.a. ausgeführt:

* Eine ausführliche Darstellung der medizinisch-biologischen Forschungseinrichtungen in Berlin-Buch findet sich in Bielka, H.: Die Medizinisch-Biologischen Institute Berlin-Buch. Beiträge zur Geschichte. Berlin, Heidelberg, New York 1997.

¹ Archiv zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft, Berlin.

„Der Vertrag sieht eine enge wissenschaftliche Zusammenarbeit vor, wobei dem Institut für Hirnforschung das gesamte reiche Material der Anstalten für seine Forschungen zur Verfügung steht, das Institut wiederum den Ärzten der Anstalten Gelegenheiten zu wissenschaftlicher Arbeit gibt und ihnen bei der Lösung besonders schwieriger Fragen der Diagnose und Therapie behilflich ist.“
„Zur Erleichterung einer besonders genauen Untersuchung wichtiger Fälle wird dem Institut eine klinische Abteilung von etwa 40 Betten angegliedert, zu deren Ausbau die Stadt einen Zuschuß von 30 000 RM leistet“.²

In Berlin-Buch entstand damit das zu dieser Zeit weltweit größte und modernste neurobiologische Institut, das durch interdisziplinär organisierte Struktur unter Nutzung morphologisch und funktionell orientierter Methoden der Anatomie, Histologie, Pathologie, Physiologie, Psychologie, Chemie und Genetik in Zusammenarbeit mit einer Forschungsklinik auch heute noch beispielgebend für moderne Medizin gelten kann. Oskar Vogt leitete sein Institut nach dem Harnack-Prinzip der persönlichkeitsorientierten Forschungsorganisation, d.h., die Forschungsthemen des Instituts wurden im wesentlichen durch seine eigenen Arbeiten in der Abteilung für Neuroanatomie und Architektonik bestimmt. Diese Strategie und die Einheit von interdisziplinär angelegter Forschung und Klinik wird von Oskar Vogt in einem Forschungsbericht u.a. folgendermaßen beschrieben: „Aufgabe der chemischen Arbeiten ist es, unter Berücksichtigung der architektonischen Gliederungsergebnisse der anatomischen Abteilung Substanzen zu entwickeln, die nur einzelne Teile des ZNS beeinflussen und die Arbeit der Klinik unterstützen“.³ Schwerpunkt der Arbeiten des Bucher Instituts für Hirnforschung waren Untersuchungen über die Physiologie, biochemische Eigenschaften, pharmakologische Beeinflussbarkeiten und pathologische Abartigkeiten verschiedener Felder der Großhirnrinde mit dem Ziel der Entwicklung neuer selektiver medikamentöser, physikalischer und neurochirurgischer Behandlungen von Gehirnanomalien. Im Zusammenhang mit diesen Arbeiten wurde im Bucher Hirnforschungsinstitut von dem Ingenieur J. F. Tönnies und dem Physiologen A. E. Kornmüller in der Abteilung Physikalische Technik u.a. auch der erste hochleistungsfähige und klinisch einsetzbare Sechs-Kanal-Encephalograph (Tönniesscher Neurograph von 1932) entwickelt.

Oskar Vogt hatte von der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft einen Anstellungsvertrag erhalten, in dem es u.a. hieß: „Herr Dr. Vogt kann von der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft nur unter der Voraussetzung entlassen werden, unter denen ein preussischer Hochschulprofessor seines Amtes ent-

² a.a.O. (Anm. 1).

³ a.a.O. (Anm. 1).

hoben werden kann“.⁴ Zum 1. Oktober 1935 wurde jedoch aus politischen Gründen „kraft Gesetz“ durch den Reichsminister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung Vogts Pensionierung als Direktor verfügt. Oskar Vogt leitete das Institut noch bis zum 31. März 1937 kommissarisch und ging dann nach Neustadt im Schwarzwald in das mit Hilfe der Firma Krupp gebaute private Institut der Deutschen Gehirnforschungsgesellschaft.

Am 1. April 1937 übernahm Prof. Dr. Hugo Spatz aus München die Leitung des Bucher Hirnforschungsinstituts. In dem erneuerten Vertrag über die Zusammenarbeit des KWI für Hirnforschung mit der Heil- und Pflegeanstalt Buch vom 28. Dezember 1937 wird u.a. ausgeführt:

„Es soll eine engere Zusammenarbeit zwischen den Ärzten der Heil- und Pflegeanstalt Buch der Reichshauptstadt Berlin und anderen städtischen Hospitälern, die Nervenkranken beherbergen, einerseits und den Mitgliedern des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Hirnforschung in Buch andererseits angestrebt werden. Regelmäßige Vorweisungen und Aussprachen sollen dazu beitragen, die Ergebnisse der Hirnforschung für das ärztliche Handeln nutzbar zu machen. Besondere Wert soll dabei auf alle Fragen der Erbforschung gelegt werden“.⁵

In Paragraph 3 heißt es sodann u.a. weiter: „Beide Institute sollen mit in den Dienst der Familienforschung gestellt werden“.⁶ Der Leiter des Pathologischen Instituts der Bucher Heil- und Pflegeanstalten schrieb 1938 über diese Zusammenarbeit u.a.: „Im übrigen mache ich die Sektionen des Hirnforschungsinstituts, soweit sie vom erbbiologischen Standpunkt aus wichtig sind“.⁷ Erbforschung, Erbbiologie und Familienforschung wurden also zu Schwerpunktthemen der neurobiologisch-medizinischen Forschung in Buch. In diesem Zusammenhang ist wohl auch der Wechsel von Prof. Dr. Julius Hallervorden von den „Brandenburgischen Psychiatrischen Landesanstalten“ in Brandenburg-Görden zum 1. Januar 1938 in das KWI für Hirnforschung in Buch zu sehen, in dem er die Leitung der Abteilung für Histopathologie übernahm und zugleich stellvertretender Institutsdirektor wurde. Im Protokoll der Sitzung des Kuratoriums des Instituts für Hirnforschung am 20. Dezember 1938 wird hierzu u.a. ausgeführt: „Durch die Verlegung der Prosektur der Brandenburgischen Anstalten an unser Institut und durch die Errichtung einer Zweigstelle ist dem Institut ein sehr wertvolles Material von Gehirnen, insbesondere aus dem Gebiet des angeborenen Schwachsinn, zugeflossen“.⁸ Die Anstalt in Brandenburg-Görden wurde 1940 Kinderfachabteilung des

⁴ Archiv der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, Berlin.

⁵ a.a.O. (Anm. 1).

⁶ a.a.O. (Anm. 1).

⁷ a.a.O. (Anm. 1).

⁸ a.a.O. (Anm. 1).

Reichsausschusses zur wissenschaftlichen Erfassung erb- und anlagebingter schwerer Leiden, in der im Rahmen des Euthanasieprogrammes vor allem Kinder mit anlagebingtem „wertlosen Leben“, wie es damals hieß, getötet wurden. Hallervorden erhielt für seine wissenschaftlichen Untersuchungen in Berlin-Buch Gehirne von Kindern, die in Brandenburg-Görden getötet worden waren. Noch im März 1944 teilte er hierzu dem Ärztlichen Leiter und Obergutachter der Euthanasieaktion u.a. mit: „Insgesamt habe ich 697 Gehirne erhalten, einschließlich derer, die ich einmal in Brandenburg selbst herausgenommen habe“.⁹

Mit Beginn des Zweiten Weltkrieges wurden das Institut mit seiner Klinik zunehmend in militärmedizinische Aufgaben einbezogen, insbesondere zur Erforschung von Kriegsschäden des Zentralnervensystems des fliegenden Personals. Die Klinik wurde Reservelazarett für Nerven-, Hirn und Rückenmarkverletzte. Professor Spatz selbst leitete in der Klinik eine Außenabteilung für Gehirnforschung des „Luftfahrtmedizinischen Forschungsinstituts des Reichsluftfahrtministeriums“.

Im Herbst 1944 beginnend wurden nacheinander die Abteilungen des Instituts von Berlin-Buch in westliche Teile Deutschlands verlegt, so nach Dillenburg, Göttingen, Marburg, Bochum-Langendreer und München. Lediglich die genetische Abteilung unter Leitung des bekannten russischen Genetikers N. W. Timoféeff-Ressovsky verblieb bis Kriegsende in Berlin-Buch. Damit ging die Ära der Hirnforschung in Berlin-Buch 1945 zu Ende. 1946 gründete Hugo Spatz in Dillenburg wiederum ein Institut für Hirnforschung, in dem auch Julius Hallervorden und andere Wissenschaftler aus dem ehemaligen Bucher KWI wieder arbeiteten. Der Neuerichtung des Instituts in Dillenburg lag wohl, wie Spatz im Juli 1945, zu einem Zeitpunkt also, zu dem es die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im viergeteilten Deutschland noch mit zahlreichen Instituten gab, der Gesichtspunkt zugrunde, daß „... an einen Wiederaufbau in Berlin-Buch nicht gedacht werden kann ...“¹⁰ (wohl weil Buch im sowjetisch besetzten Sektor von Berlin lag; d.A.).

Die Medizinisch-Biologischen Akademieinstitute und Kliniken 1947-1991

Im Februar 1947 beantragte der Präsident der 1946 gegründeten Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin bei der Abteilung Gesundheitswesen der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) die Errichtung eines medizinisch-biologischen Forschungsinstituts im Gebäude des ehemaligen KWI für Hirnforschung in Berlin-Buch.

⁹ Müller-Hill, B.: Tödliche Wissenschaft. Hamburg 1984, S. 24.

¹⁰ a.a.O. (Anm. 1).

Die Gründung des Instituts erfolgte am 27. Juni 1947. In der Gründungsanweisung mit Befehl 161 der SMAD¹¹ wird zu den Aufgaben des Instituts für Medizin und Biologie u.a. nachdrücklich auf die „Bearbeitung von Problemen der theoretischen und klinischen Medizin“ und „die Verbindung der wissenschaftlichen Thematik [...] mit den praktischen Aufgaben der deutschen Gesundheitsfürsorge“ hingewiesen, wobei „das Studium des Krebsproblems in Gemeinschaftsarbeit mit der Klinik für die Bearbeitung der Diagnostik und Heilung der Krebskranken“ herausgestellt wird. Die sowjetische Militärverwaltung folgte damit den Vorschlägen bekannter deutscher Mediziner und Naturwissenschaftler, zu denen u.a. der Internist Theodor Brugsch, der Chirurg Ferdinand Sauerbruch, der Gesundheitspolitiker Maxim Zetkin, der Biochemiker Karl Lohmann und der Physiker Pascual Jordan gehörten. Professor Karl Lohmann, Schüler des Biochemie-Nobelpreisträgers Otto Meyerhof, wurde von der Akademie als Gründungsdirektor berufen, ihm folgte der Biophysiker Walter Friedrich, Schüler der Nobelpreisträger Wilhelm Conrad Röntgen und Max v. Laue. Entsprechend der Komplexität des Krebsproblems wurden im Bucher Akademieinstitut für Medizin und Biologie Abteilungen für biologische und chemische Krebsforschung, Biochemie, Biophysik, Genetik sowie für Pharmakologie und experimentelle Pathologie gegründet. Im Gebäude der Forschungsklinik des ehemaligen KWI für Hirnforschung wurde 1949 die Geschwulstklinik mit Abteilungen für Chirurgie, Innere Medizin, Röntgendiagnostik und Strahlentherapie sowie Gynäkologie eröffnet. Für die Entwicklung gerätetechnischer Hilfsmittel für spezifische Belange in Forschung und Klinik wurde eine Abteilung für Gerätebau eingerichtet. Damit wurde, wie bereits von Oskar Vogt für die Neurobiologie begründet, in Berlin-Buch die Einheit von multidisziplinär orientierter Grundlagenforschung und Klinik fortgeführt, nunmehr mit der Hauptzielstellung Krebsforschung und Krebsbekämpfung. Berlin-Buch entwickelte sich so nach dem zweiten Weltkrieg zu einem wissenschaftlichen Zentrum der Krebsforschung in Deutschland. In einer Denkschrift vom 17. Dezember 1959 zur Gründung des Deutschen Krebsforschungszentrums (DKFZ) in Heidelberg führte der bekannte Krebschirurg und erste Direktor des DKFZ, Prof. Dr. K. H. Bauer, u.a. aus, „... daß die DDR unter Leitung des Krebsklinikers Prof. Gummel und des Virologen Prof. Graffi in Berlin-Buch schon längst ein Krebsforschungszentrum und eine

¹¹ a.a.O. (Anm. 4).

Geschwulstklinik mit 200 Betten in Betrieb genommen hatte“.¹² 1972 bemerkte Professor Bauer hierzu:

„Die Denkschrift wirkte auch insofern stimulierend (gemeint ist die Gründung des DKFZ; der Autor), als sie zugleich über die in der DDR seit dem 24. Juli 1952 bestehende gesetzliche Meldepflicht für die Geschwulstkrankheiten, deren Überwachung in 165 Betreuungsstellen sowie über das im DDR-Ministerium für Gesundheitswesen bestehende Sonderreferat ‚Krebsbekämpfung‘ berichtete, über Fakten also, die einen Vorsprung der DDR auf dem Krebssektor bewiesen und in der Bundesrepublik entsprechend schockierten“.¹³

1955 wurde im Institut für Medizin und Biologie eine Arbeitsstelle für Kreislaufforschung gegründet. Diese Forschungsrichtung wurde 1958 durch eine Klinik ergänzt, so daß auch dieser medizinische Aufgabenbereich, nunmehr Herz-Kreislaufforschung, in der Einheit von Forschung und Klinik organisiert wurde.

Im Ergebnis der 1968 eingeleiteten Akademiereform wurden die Bucher Forschungseinrichtungen und Kliniken der Akademie in drei Zentralinstituten zusammengefaßt, nämlich für Molekularbiologie, für Krebsforschung und für Herz-Kreislaufforschung. Hauptaufgabe des ersteren war insbesondere medizinisch orientierte Grundlagenforschung in den Bereichen Zellbiologie, Biochemie, Genetik, Biophysik/Ultrastrukturforschung sowie Biomathematik/Bioinformatik. In den beiden anderen Zentralinstituten mit jeweils einer Klinik (für Geschwulstkrankheiten bzw. Herz-Kreislauf-Krankheiten) wurden auf die jeweiligen Krankheiten bezogene, d.h. gezielt patientennahe Forschungen betrieben. Damit kam es in Berlin-Buch zu einer institutionellen Trennung von zell- und molekularbiologischer Grundlagenforschung und medizinisch-klinischen Forschungen. Diese Entwicklung war für die Einheit von Forschung und Klinik, insbesondere auch hinsichtlich der Entwicklung und Anwendung moderner molekularbiologisch-genetischer Techniken und Forschungsrichtungen in den klinischen Bereichen nicht förderlich. Dieses Auseinandertriften wurde neben subjektiven Faktoren vor allem auch durch die Größe der Institute und damit auftretende Probleme hinsichtlich ihrer Leitbarkeit sowie Zuordnung der Forschungsthemen zu verschiedenen wissenschaftsleitenden Ministerien der DDR begünstigt.

Die Veränderungen der politischen Verhältnisse in der DDR 1989/90 führten, insbesondere auch wegen der Unklarheiten über den Fortbestand der Akademie der Wissenschaften, in den Bucher medizinisch-biolo-

¹² Wagner, G./Skibbe, D. Werner (Hrsg.): Deutsches Krebsforschungszentrum Heidelberg. Festschrift zur Einweihung der Betriebsendstufe am 25.9.1972. Heidelberg 1972.

¹³ a.a.O. (Anm. 12).

gischen Einrichtungen schon sehr früh zu Eigeninitiativen, um die weitere Existenz zu sichern. So wurde gemeinsam von Wissenschaftlern und Ärzten ein Konzept zur Bildung einer Großforschungseinrichtung „Biomedizinische Forschung e.V.“ ausgearbeitet, das im Verbund von Institut und Klinik unter Nutzung von Erkenntnissen und Methoden der Zell- und Molekularbiologie, Genetik, Biochemie und Immunologie inhaltlich und strategisch auf die Einheit von Grundlagenforschung und klinischer Forschung hinsichtlich Prävention, Diagnostik und Therapie insbesondere von Krebs- sowie Herz-Kreislauf-Krankheiten orientiert war. Im Gutachten einer Kommission von Experten aus der Bundesrepublik, Schweden, England und den USA wurde hierzu u.a. ausgeführt:

„Much of the research which we have been shown is of high or good quality. Our general conclusion is that the proposal for a Centre of Biomedical Research out of the existing clinical and research teams is worthy of support. The proposed Centre provides an unique opportunity to support and establish a focus of clinical research combined with the basic science in Germany“.¹⁴

Der Wissenschaftsrat der Bundesrepublik hat dieses Konzept jedoch ohne jegliche Begründung nicht befürwortet, obwohl es in den Grundzügen alle wichtigen Elemente enthielt, wie sie schließlich auch in den Empfehlungs- und Gründungsdokumenten für das am 1. Januar 1992 gebildeten Max-Delbrück-Centrum formuliert sind.

Im Oktober 1990 wurden die Bucher Institute und Kliniken durch den Wissenschaftsrat evaluiert. In der zusammenfassenden Stellungnahme über die Bucher Einrichtungen wird u.a. ausgeführt:

„In der DDR zählten sie (die Bucher Zentralinstitute; der Autor) zu den renommiertesten Einrichtungen in ihrem jeweiligen Fachgebiet und nahmen im osteuropäischen Raum für Forschung und Ausbildung eine Leitfunktion wahr“.
„Das von vielen Seiten geschätzte Potential der Nähe von theoretischer und klinischer Forschung in Berlin-Buch sollte genutzt werden, um ein neuartiges biomedizinisches Forschungszentrum von internationalem Rang zu schaffen“.
„Das zukünftige Zentrum soll aus Einrichtungen experimenteller Grundlagenforschung, der Forschungsklinik und den angeschlossenen Ambulanzen bestehen“.
„Der Wissenschaftsrat empfiehlt die Gründung eines Zentrums für biologisch-medizinische Forschung auf dem Campus in Berlin-Buch“.¹⁵

¹⁴ Sammlung H. Bielka, Berlin.

¹⁵ Wissenschaftsrat: Stellungnahme zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen in der ehemaligen DDR auf dem Gebiet der Biowissenschaften und der Medizin. Köln 1992, S. 25ff.

Das Max-Delbrück-Centrum für Molekulare Medizin 1992-1997

Den Empfehlungen des Wissenschaftsrates und eines Gründungskomitees folgend wurde am 1. Januar 1992 in den ehemaligen Einrichtungen der Akademie der Wissenschaften der DDR in Berlin-Buch das „Centrum für Molekulare Medizin“ als Großforschungseinrichtung gegründet, das den Namen Max Delbrück erhielt (MDC: Max-Delbrück-Centrum). Der Gründungsdirektor Prof. Dr. Detlev Ganten aus Heidelberg kennzeichnete Aufgaben, Ziele und Forschungsprogramme 1992 u.a. folgendermaßen: „... besteht die Hauptaufgabe des MDC darin, moderne medizinische und klinische Forschung im Verband von molekularbiologischen, zellbiologischen und physiologischen Methoden zu betreiben“, und weiter „... im Zusammenwirken mit den klinischen Einrichtungen, der Onkologischen Klinik Robert Rössle und der Herz-Kreislauf-Klinik Franz Volhard [...] um allgemeingültige Zusammenhänge zwischen verschiedenen Krankheitsgruppen herstellen zu können. Dazu gehören z.B. Herz- und Kreislaufkrankungen, Autoimmunerkrankungen, neurologische Krankheiten, chronische Erkrankungen und Krebs sowie spezifische genetische Krankheiten“.¹⁶ Damit wurde im Sinne von Kontinuitäten auf bewährte Disziplinen und Forschungsrichtungen sowie die Einheit von Forschung und Klinik der vorausgehenden Bucher Einrichtungen orientiert.

Die durch die Vereinigung der beiden deutschen Staaten bedingten Entwicklungen führten allerdings auch zu drastischen Umbrüchen in personellen Bereichen und damit zu sozialen Problemen der Betroffenen. Bereits in den ersten beiden Jahren nach Gründung des MDC sank der Anteil der wissenschaftlichen Mitarbeiter der ehemaligen Akademieinstitute von 87% 1992 auf 58% 1994, während der Anteil aus den alten Bundesländern im gleichen Zeitraum von 13% auf 42% stieg. Leitende Positionen in Form von C3- und C4-Stellen wurden gar zu etwa 80% durch Berufungen aus den Altbundesländern besetzt. Nicht zuletzt auch wegen der sehr ausgeprägten Dominanz von Wissenschaftlern aus den alten Bundesländern sowohl im Gründungskomitee als auch im Kuratorium hatten Mitarbeiter der ehemaligen Akademieeinrichtungen keine wirkliche Chance, bei der Entwicklung des MDC mitwirken zu können. So kann dem Vorsitzenden des Wissenschaftsrates zur Zeit der Evaluierungen und jetzigen Präsidenten der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, Prof. Dr. Dieter Simon, nur zugestimmt werden, wenn er 1994 u.a. feststellte: „Das gewollte und öffentlich propagierte Gemeinschaftswerk (der Wiedervereinigung; der Autor) wurde im Kern ein

¹⁶ a.a.O. (Anm. 14).

Westwerk unter überwiegend symbolischer Beteiligung ostdeutscher Wissenschaftler“.¹⁷ Und der Historiker Professor Jürgen Kocka von der Freien Universität Berlin schrieb 1993, daß „... die deutsche Wiedervereinigung auch im Bereich der Wissenschaften im wesentlichen als Übertragung der westdeutschen Ordnung auf die ostdeutschen Länder vor sich ging, ein Transfer von Institutionen, Personen, Wissen und Präferenzen“.¹⁸

Auch das Wissenschaftler-Integrations-Programm (WIP), in das 1992 etwa 70 Wissenschaftler und technische Mitarbeiter der ehemaligen Bucher Akademieeinrichtungen hauptsächlich von der Humboldt-Universität, kaum jedoch von den Universitäten in Westberlin übernommen wurden, führte nicht zu längerfristigen Lösungen im Sinne der Hochschulrenewierung und muß daher insofern auch als gescheitert bezeichnet werden.¹⁹

1996/97 gab es im Max-Delbrück-Centrum für Molekulare Medizin folgende Forschungsschwerpunkte: Zellbiologie, Medizinische Genetik, Onkologie, Kardiologie, Hypertonie, Neurowissenschaften. Damit wurden mit Neurobiologie wie schon im Kaiser-Wilhelm-Institut für Hirnforschung sowie Onkologie und Herz-Kreislaufforschung und Molekularbiologie in den Akademieinstituten für die medizinisch-biologische Forschung in Buch charakteristische Wissenschaftstraditionen fortgeführt. Allerdings gelang es nicht, auch entgegen der Empfehlung des Wissenschaftsrates, die beiden ehemaligen Akademiekliniken (die 1960 nach dem deutschen Pathologen Robert Rössle benannte Klinik für Onkologie und die 1992 nach dem deutschen Internisten Franz Volhard benannte Klinik für Herz-Kreislauf-Krankheiten) in das MDC einzugliedern, da eine Finanzierung der Patientenbetreuung der zu 90% vom Bund und zu 10% vom Land Berlin finanzierten Großforschungseinrichtung MDC (ab 1995 Einrichtung der Hermann von Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren) nicht durchführbar war. Daher wurden beide Kliniken 1992 Universitätseinrichtungen zunächst des Rudolf-Virchow-Klinikums, ab 1997 der Berliner Charité, der Humboldt-Universität. Das MDC und

¹⁷ Simon, D.: Die Quintessenz. Der Wissenschaftsrat in den neuen Bundesländern. Eine vorwärtsgewandte Rückschau, in: Jahrbuch 1990/91 der Akademie der Wissenschaften der DDR und der Koordinierungs- und Abwicklungsstelle für die Institute und Einrichtungen der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR. Berlin 1994, S. 569ff.

¹⁸ Kocka, J.: Antragsentwurf zur Einrichtung der interdisziplinären Arbeitsgruppe „Wissenschaft und Wiedervereinigung“ der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften vom 14.12.1993 (Sammlung H. Bielka, Berlin).

¹⁹ Bielka, H./Hohlfeld, R.: Biomedizin, in: Kocka, J./Mayntz, R. (Hrsg.): Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch. Berlin 1998, S. 79ff.

die beiden Kliniken sind jedoch wissenschaftlich vielfältig miteinander verbunden. Wesentliches Element hinsichtlich der Ziele der Zusammenarbeit ist ein Kooperationsvertrag, in dem u.a. ausgeführt wird:

„... die Kooperation zwischen experimenteller Grundlagenforschung und der klinischen Forschung und Krankenversorgung auf dem Gebiet der molekularbiologisch orientierten Tumor- und Herz-Kreislauf-Forschung zu verbessern, die wissenschaftlichen Erkenntnisse unmittelbar zum Wohle der Patienten unter Wahrung der ärztlichen Standards in der Krankenversorgung umzusetzen und Fragestellungen aus der Krankenversorgung an die Forschung heranzutragen ...“²⁰

Forschungsschwerpunkte des MDC und der Kliniken werden durch sog. Querschnittsprojektbereiche ergänzt, so z.B. Arbeiten zur Analyse, Klonierung und Expression von Genen sowie der Gentherapie. Gemeinsam werden ferner drittmittelfinanzierte Themen bearbeitet. Der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses dient ein klinisches Ausbildungsprogramm, mit dessen Hilfe für Mediziner der Grundstein für wissenschaftliche Weiterbildung und für den Übergang in die Grundlagenforschung am MDC gelegt werden soll. Eine wichtige Basis für die klinischen Forschungen sind sog. Clinical Research Units, in denen unter Einbeziehung von Probanden und Patienten Kooperationsprojekte für besondere diagnostische und therapeutische Maßnahmen bearbeitet werden können. So wird die Tradition der Einheit von Grundlagenforschung und klinischen Anwendungsbereichen nunmehr in der dritten Generation fortgeführt, orientiert auf medizinische und biologische Probleme, die in Berlin-Buch bereits in Instituten und Kliniken der ersten (1930-1945) und zweiten Generation (1947-1991) bearbeitet wurden.

²⁰ a.a.O. (Anm. 12).

Das deutsche Reinheitsgebot Seine Auswirkungen auf den einigungsbedingten Personalwandel medizinischer Hochschullehrer im Osten Deutschlands

Arno Hecht
Auerbach

Wir Deutschen mögen es stets rein. Bier trinken wir nur gebraut nach deutschem Reinheitsgebot, sonst ist Leitungsheimer erste Wahl. Deutsche Waschmittel tun es nicht unter parentief rein. Niemand wischt und wäscht reiner als die deutsche Hausfrau, und der

Wettbewerb um das schönste Dorf erweist sich in der Realität als ein solcher um das reinste. Mit Verachtung wird auf die „dreckigen Polacken“ und die „schmutzigen Italiener“ herabgeblickt. Über diesen Reinheitsfimmel deutscher Lebensart läßt sich amüsieren oder mokieren. Er ist bestenfalls als Gegenstand einer Glosse geeignet.

Doch wir Deutschen wollen auch auf anderen, weniger harmlosen Gebieten die Saubermänner dieser Welt sein. Erinnerung sei an die Nazis. Ihrem Selbstverständnis folgend war der „deutsche Volkskörper“ rein von jeglichem „Ungeziefer“, vor allem Juden, zu halten. *Judenrein*, so das Schlagwort. Sinti und Roma gleich eingeschlossen. Deutschland sollte von diesen „Parasiten“ und „Schädlingen“ der „Volksgemeinschaft“ befreit werden. Zwischen Reinheitsgebot und Säuberung liegt nur ein kurzer Weg, und der führte über Auschwitz. Diesen Reinigungsprozeß in seiner ganzen Brutalität beschreibt Daniel Jonah Goldhagen.¹ Leider waren auch deutsche Ärzte daran beteiligt, „den faulenden Krebschaden“ wegzuschneiden, wie Robert Jay Clifton zitiert.²

Über 40 Jahre wurden wir im Lande des realen Sozialismus angehalten, die Reinheit der Partei und Ideologie um jeden Preis zu wahren. Als Rechtsstaat und Demokratie uns überkamen, glaubten wir uns allen politischen Reinheitsgeboten entkommen und Rechtfertigungszwängen entzogen. Weit gefehlt. Die politische Säuberung blieb uns, wenn auch unter umgekehrten Vorzeichen, erhalten.

¹ Daniel Jonah Goldhagen: Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust. Berlin 1996.

² Robert Jay Clifton: Ärzte im Dritten Reich. Stuttgart 1988, S. 22.

„Die Reinheit in den eigenen Reihen muß bewahrt beziehungsweise wiederhergestellt werden“. So der Arztprofessor Hubert Mörl im *Deutschen Ärzteblatt*.³ Ihm ist kein Vorwurf zu machen, bedient er doch nur den Zeitgeist. Asylbewerber und Kriminelle gehören heute ebenfalls zu dem „Schmutz“, von dem der deutsche Volkskörper zu säubern ist. Dafür sorgte Exinnenminister Kanther mit seinem Asylgesetz und Änderung des Grundgesetzes in Übereinstimmung mit seinem sozialdemokratischen Nachfolger Otto Schily. Vielleicht sollte der Terminus „ausländerrein“ eingeführt werden. Hubert Mörls Forderung bezog sich auf die deutsche Ärzteschaft, die er in ihrer „Reinheit“ durch die Übernahme der Kollegen aus der DDR bedroht sah. Ihm widerfuhr Gerechtigkeit, denn der Einigungsvertrag schuf in der Anlage I zum EV, Kapitel XIX, Abschnitt III die rechtsstaatlichen Grundsätze für das Wirksamwerden deutscher Reinheitsfanatiker, assistiert durch den unnachgiebig auf Reinheit achtenden und unbestechlichen Joachim Gauck und die nach ihm allgemein so benannte Behörde einschließlich der noch verbliebenen sog. Bürgerrechtler.

„Aktion saubere Lehrstühle“, so formulierte es ein sächsischer Ministerialbeamter. Im Kontext mit der Transformation der ostdeutschen Universitäten wurde im Jahr der Wende der Begriff der „Selbstreinigung“ hoffähig, jedoch als unzureichend verworfen. Dem an ein Institut für Philosophie berufenen Professor-West Klaus-M. Kodalle ging es darum, den Augiasstall der Universität auszumisten.⁴ Auch hier der unstillbare Drang nach Sauberkeit.

Konsequenzen des personellen Wandels für die medizinischen Hochschullehrer

Das politische Reinheitsgebot wurde u.a. auch zu Lasten der DDR-Intelligenz in die Tat umgesetzt. Am Beispiel der medizinischen Hochschullehrer ist zu demonstrieren, mit welchen Konsequenzen. Dies halten wir deshalb für legitim, weil beim „Aufschwung Ost“, gar zu gern über den Schatten hinweggesehen wird, den der Mantel der Geschichte über die „blühenden Landschaften“ des deutschen Ostens geworfen hat. Von den etwas mehr als 1.000 medizinischen und nichtmedizinischen Hochschullehrern an den Universitäten und Medizinischen Akademien der

³ Leserzuschrift von Hubert Mörl: Wir brauchen integrale Vorbilder. In: Dt. Ärztebl. 88 (1991) 33, S. D-2554: Es ist jedem klar „daß die Partei der SED ebenso wie die NSDAP eine hochkriminelle terroristische Organisation ... war“. Deshalb „muß die Reinheit in den eigenen Reihen bewahrt bzw. wiederhergestellt werden“.

⁴ Klaus-M. Kodalle: Über die Unfähigkeit zur analytischen Kritik. In: *hochschule ost special* 7 (1998), S. 38.

DDR⁵ ist nur die knappe Hälfte in ihrer Profession verblieben. Nachfolgend soll anhand vorliegenden Zahlenmaterials gezeigt werden, wie sich der Hochschullehrerschwund auf die verschiedenen Hochschullehrerkategorien verteilt.

Entsprechend den Festlegungen in der DDR wird zwischen den ordentlichen Professoren mit Direktorenamt, den ordentlichen und außerordentlichen Professoren sowie den ordentlichen und außerordentlichen Dozenten unterschieden. Weiter wurde an einer ausgewählten Gruppe untersucht – die Angaben waren nicht für alle Hochschullehrer in Erfahrung zu bringen –, welche Rolle beim Verbleib der Hochschullehrer ihre Zugehörigkeit zur SED spielte. Schließlich erschien nicht ohne Interesse, in welchem Umfang die Forderung der Wende realisiert wurde, daß die benachteiligten Wissenschaftler der zweiten und dritten Reihe in die durch die Tätigkeit der Personalkommission frei gewordenen leitenden Positionen aufrücken.

In den nachfolgenden Grafiken und Tabellen ist, differenziert nach den oben benannten Hochschullehrerkategorien, der Verbleib der Hochschullehrer zusammengefaßt. Zur Methodik der Datengewinnung:

Die an die medizinischen Fakultäten der Universitäten und medizinischen Akademie berufenen und nicht berufenen habilitierten medizinischen und nichtmedizinischen Wissenschaftler der DDR wurden aus Kürschners Deutschem Gelehrtenkalender namentlich herausgezogen und ihre Zahl bestimmt.⁶

Durch Vergleich mit den Personalverzeichnissen der Universitäten Berlin, Greifswald, Jena, Halle, Leipzig, Magdeburg, Rostock sowie der TU Dresden des Jahres 1997 wurden die Wissenschaftler ermittelt, die nach Abschluß der Evaluierung und der Arbeitsgerichtsprozesse an ihren ursprünglichen Arbeitsstellen verblieben waren.

Die Zahl der aus den alten Bundesländern berufenen medizinischen Hochschullehrer wurde der *Deutschen Medizinischen Wochenschrift* 1990-1997 und der Zeitschrift *Forschung & Lehre* für den gleichen Zeitraum entnommen.

Die durch die Akademie für ärztliche Fortbildung der DDR berufenen Hochschullehrer wie auch die Honorarprofessoren und -dozenten wurden in gleicher Weise Kürschners Deutschem Gelehrten-Kalender entnommen.

⁵ Siehe auch Anke Burkhardt: Stellen und Personalbestand an ostdeutschen Hochschulen 1995. Datenreport. HoF Wittenberg – Institut für Hochschulforschung, Wittenberg 1997, S. 11.

⁶ Kürschners Deutscher Gelehrten-Kalender 1992. 16. Ausgabe. Berlin, New York, 1992.

Der Vergleich zeigt, daß die Zahl der Ausgeschiedenen bei den mit einem Direktorenamt bekleideten Hochschullehrern am höchsten ist und erwartungsgemäß von den ordentlichen Professoren, über die außerordentlichen Professoren, die ordentlichen Dozenten zu den außerordentlichen Dozenten hin abnimmt (Abb. 1). Es bestehen keine grundsätzlichen Differenzen zu den nichtmedizinischen Hochschullehrern (Abb. 2).

Abb. 1: Medizinische Hochschullehrer berufen an die med. Fakultäten der Universitäten und die med. Akademien der DDR und ihr Verbleib nach 1989

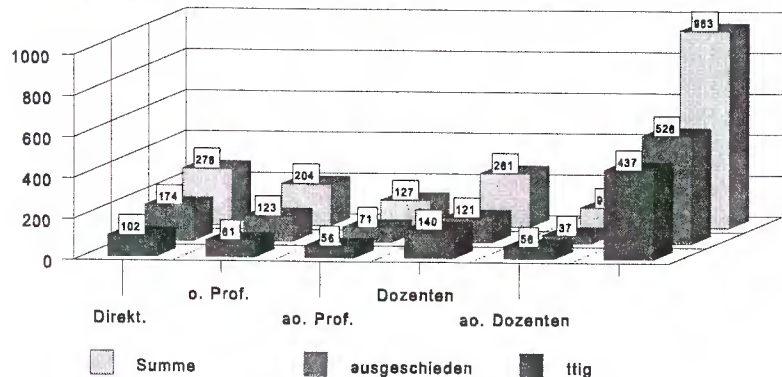
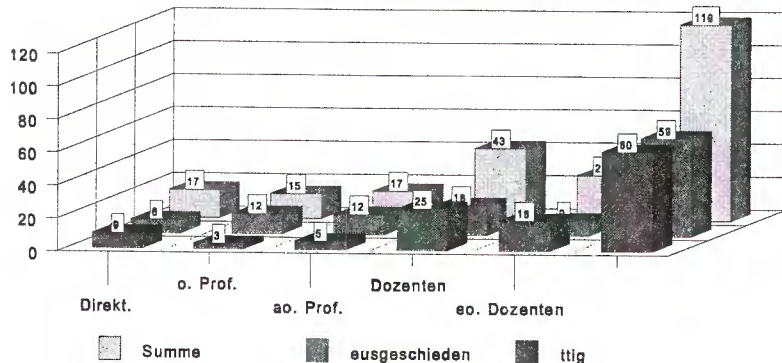


Abb. 2: Nichtmed. Hochschullehrer berufen an die med. Fakultäten der Universitäten und die med. Akademien der DDR und ihr Verbleib nach 1989



Nur für eine ausgewählte Zahl von Hochschullehrern – vor allem Berlin, Dresden und Leipzig sowie Magdeburg betreffend – gelang es, die Zugehörigkeit zur SED erfassen (Tab. 1). Es liegt nahe anzunehmen, daß die SED-Mitgliedschaft ein wesentliches Kriterium zur Entlassung darstellte. Diese Auffassung unterstreichen die Tabellen 3 und 4 sowie die vom

Autor eingesehenen Kündigungsschreiben und die Argumentation der Anwälte der beklagten Ministerien in den Arbeitsgerichtsprozessen.⁷

Tab. 1: Häufigkeit der SED-Mitgliedschaft in Abhängigkeit vom Berufsstatus

Direktoren	74 %				
o. Professoren		43 %			
ao. Professoren			27 %		
Dozenten				25 %	
ao. Dozenten					9 %
Durchschnitt					39,6 %

Die Auswertung der Abbildungen ergibt, daß 54,6% der medizinischen Hochschullehrer aus den verschiedensten Gründen die Universität verlassen haben. Darunter sind

- 63% der Instituts- und Kliniksdirektoren,
- 60,3% der ordentlichen Professoren,
- 56% der außerordentlichen Professoren,
- 46,4% der Dozenten und 39,0% der außerordentlichen Dozenten.

Von 575 erfaßten habilitierten, jedoch nicht berufenen Wissenschaftlern des Jahres 1990 haben 30,6% die Universität verlassen. Dies war gewiß Ausdruck der ungewissen Zukunft bei einem weiteren Verbleib an der Universität. Diese Vermutung findet insofern ihre Bestätigung, als nur 21,4% von ihnen durch Berufung einen höheren akademischen Status erlangten. Die übrigen 48% verblieben auf der Ebene des Habilitierten oder Privatdozenten (Abb. 5). Die Zahlen dieser Aussagen haben wir verschiedenen Quellen entnommen.⁸

⁷ Vgl. Arno Hecht: Verzerrt und verhunzt, nicht weiter verwendbar. Politisches und menschlich – soziales Umfeld der Hochschulerneuerung im Beitrittsgebiet, Leipzig 1997.

⁸ Kürschners Deutscher Gelehrtenkalender, 16. Aufl., Berlin/New York 1992, „Hochschulnachrichten“ der *Deutschen Medizinischen Wochenschrift*, „Habilitationen und Berufungen“ in *Forschung & Lehre* sowie Mitarbeiterverzeichnisse der ostdeutschen Universitäten.

Neben den an die Universitäten berufenen medizinischen Hochschul-
lehrern sind nicht diejenigen zu vergessen, die an die Akademie für ärztli-
che Fortbildung in Berlin berufen worden waren, bzw. als Honorarprofes-
soren und -dozenten durch die Universitäten und medizinischen Akade-
mien berufen worden waren. Es handelt sich um 276 von uns erfaßte Wis-
senschaftler, die als Chefarzte vor allem an den Bezirkskrankenhäusern
sowie anderen zentralen Gesundheitseinrichtungen tätig waren.⁹

Abb.3: Anteil der gekündigten und aus anderen Gründen ausgeschiedenen
Hochschullehrer bei SED-Zugehörigkeit

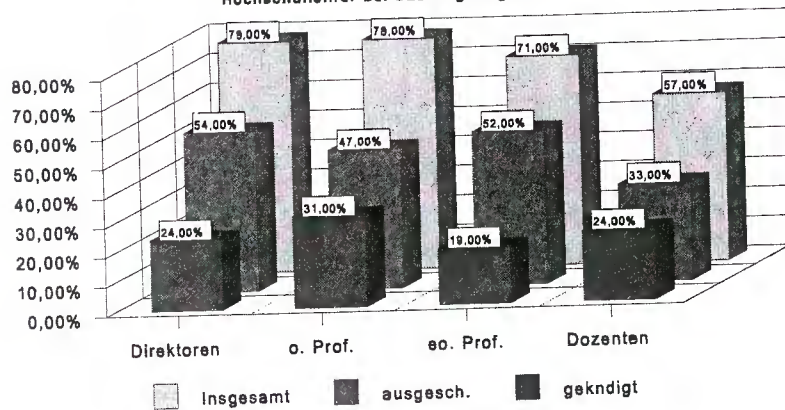


Abb. 4: Anteil der gekündigten und aus anderen Gründen
ausgeschiedenen parteilosen Hochschullehrer

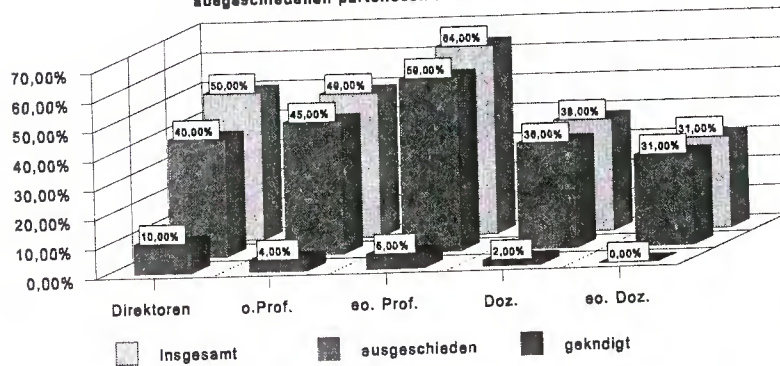
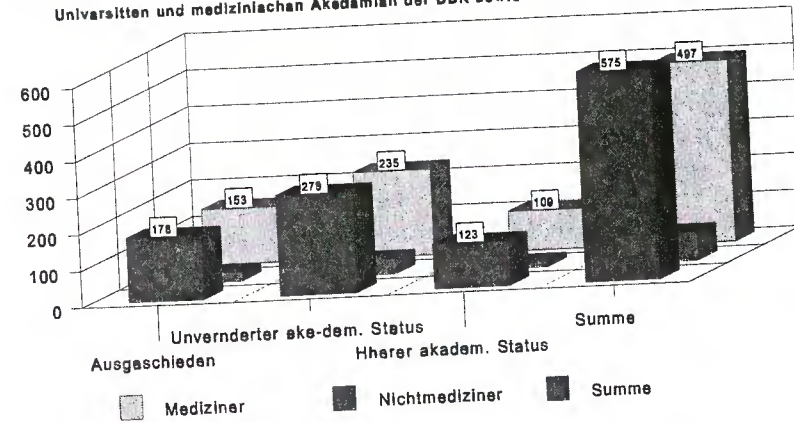


Abb.5: Nicht beruf. habilitierte ärztliche u. nichtärztliche Wissenschaftler an
Universitäten und medizinischen Akademien der DDR sowie ihr Verbleib nach 1989



Von ihnen sollen etwa 60% Mitglied der SED gewesen sein.¹⁰ Zum
Schicksal dieses Teils der Ärzteschaft wie auch der ärztlichen Direktoren
und Chefarzte der übrigen Krankenhäuser ist wenig bekannt. Der Lehr-
körper der Akademie (etwa 30 Professoren) wurde mit seiner Abwicklung
vollständig entlassen. Bei den übrigen Hochschullehrern läßt sich aus den
uns unvollständig zur Verfügung stehenden Angaben ablesen, daß ein
kleiner Anteil auf der Grundlage der Bestimmungen des Einigungsvertra-
ges entlassen wurde und ein größerer auf eigenen Wunsch „freiwillig“
ausschied. Darüber hinaus konnten wir noch 76 an die medizinischen Fa-
kultäten der Universitäten berufene Honorarprofessoren und -dozenten er-
fassen, über deren Verbleib wir bis auf Einzelfälle gleichfalls nicht infor-
miert sind. Zumindest ist es in der deutschen Geschichte einmalig, in wel-
chem Umfang auch dieser Personenkreis im Ergebnis eines politischen
Systemwandels von Entlassungen betroffen wurde.

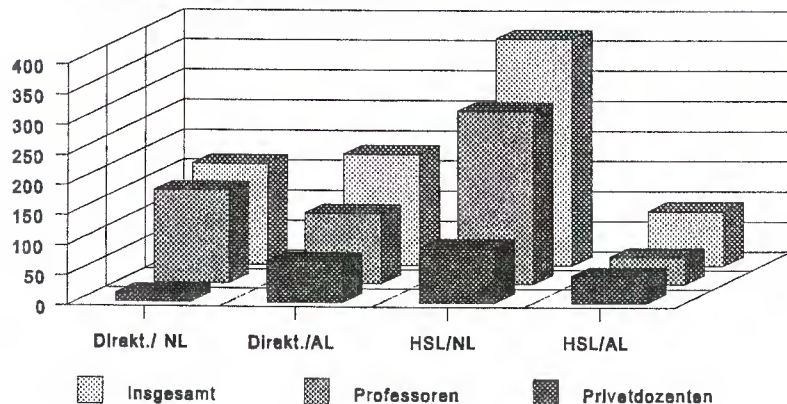
Natürlich sind nicht alle Entlassungen von Hochschullehrern das Er-
gebnis der politischen Säuberung. Doch sind es aufgrund unserer Zahlen
etwa 20%, denen dieses Schicksal widerfuhr. Vor allem bei den Klinik-
und Institutsdirektoren sowie ordentlichen Professoren besteht für uns
kein Zweifel, daß die Entlassungen überwiegend politisch motiviert wa-
ren. Dies unterstreichen der Kündigungsgrund „persönliche Nichteig-
nung“ sowie die oben erwähnte Berufung auf die SED-Mitgliedschaft die-
ses Personenkreises. Sie sind nicht das Resultat von Einzelfallprüfungen,
sondern einer Pauschalbewertung. Mit einer nicht geringen Zahl der
spontan ausgeschiedenen Wissenschaftler wäre zweifellos in der gleichen

¹⁰ Bodo Mros u. Günter Jäschke: Die Akademie für ärztliche Fortbildung der DDR.
Ihr Werden, Wirken und Ende. In: *hochschule ost* 6 (1997) 2, S. 80-91.

⁹ Damit haben wir diese Personengruppe nahezu vollständig erfaßt.

Weise verfahren worden. Sie entzogen sich dem entwürdigenden Verfahren vor der Personalkommission und der Bewerbung um ihre eigenen Stellen durch Kündigung. Teils standen sie nahe vor der altersgemäßen Berentung, teils erkannten die Kliniker, daß die Chance für eine erfolgreiche Niederlassung umso größer ist, je früher sie diesen Strohalm der weiteren wirtschaftlichen Existenz ergreifen.

Abb. 6: Hochschullehrerberufungen aus alten und neuen Bundesländern in Beziehung zur akadem. Ausgangsstellung und leitenden Funktion



Einige, insbesondere parteilose Wissenschaftler, verblieben bis zur Erreichung der Altersgrenze im Dienst und sind dann ausgeschieden.¹¹

Eine Forderung der Wendezeit lautete, daß die Wissenschaftler der zweiten Reihe in die leitenden Funktionen aufsteigen sollten. Sie wurde nur ansatzweise realisiert, wie der Abb. 6 zu entnehmen ist. Es zeigt sich, daß die leitenden Funktionen inzwischen zu etwa 60% von westdeutschen

¹¹ Siehe hierzu auch Siegfried Kiel: „Personelle Erneuerung“ an ostdeutschen Hochschulen. Versuch einer ganzheitlichen Betrachtung. In: *hochschule ost* 3 (1994) 1, S. 59-73. Unter Entlassung infolge „sanften“ Drucks versteht der Autor Entlassungen, „die nach außen als freiwillig bezeichnet wurden. In Wirklichkeit ist das Ausscheiden z. B. durch den Hinweis auf eine eventuell zu erwartende negative Überprüfung mehr oder weniger erzwungen worden...“. Desweiteren Angelika Deregowski/Doris Scherer/Sabine Wardezi: Standpunkte zur Entwicklung des Hochschullehrerbestandes/Zentralinstitut für Hochschulbildung, Berlin 1990 (Beiträge zur Hochschulentwicklung). Die Autorinnen kommen im Ergebnis ihrer Untersuchungen zu der Aussage, daß in den 90er Jahren zwei Drittel der DDR-Hochschullehrer vor der Emeritierung standen und der Ersatzbedarf nicht abgedeckt war. Diese Fakten waren zweifellos auch den politischen Hochschulexperten der Bundesrepublik bekannt. Die Möglichkeit des sanften Wandels wurde bewußt umgangen, um politische Härte zu demonstrieren. Es gab Fälle, in denen Wissenschaftlern ein halbes Jahr vor Erreichen der Altersgrenze gekündigt wurde.

Kollegen eingenommen werden. Dabei schafften nicht wenige von ihnen den aus ostdeutscher Sicht ungewöhnlichen Karrieresprung von der Habilitation zum C4-Professor. Von den übrigen Hochschullehrerpositionen werden etwa 80% von Ostdeutschen eingenommen. Es läßt sich beobachten, daß die C3-Professoren aus diesem Personenkreis in der Regel nicht die frei werdenden Direktorate besetzen. Auch die nach dem 1. Januar 1998 erfolgten Neuberufungen erfolgen fast ausschließlich aus dem Pool habilitierter westdeutscher Nachwuchswissenschaftler.¹²

Andere traf es noch härter

Ein Vergleich mit dem beruflichen Schicksal Hochschullehrer anderer Wissenschaftsdisziplinen ist zweifellos von Interesse. Eigene Erhebungen zum Verbleib der Hochschullehrer anderer Wissenschaftsdisziplinen standen uns nicht zur Verfügung. Doch lassen Veröffentlichungen aus anderer Feder keinen Zweifel, daß die medizinischen Hochschullehrer im Vergleich noch nicht am härtesten betroffen waren. Diese Tatsache liegt zweifellos darin begründet, daß Inhalte und Vermittlung des Gegenstands der Medizin keine bemerkenswerten Unterschiede zwischen Ost und West erkennen lassen.

Ganz anders sieht das bei Juristen¹³ und Wirtschaftswissenschaftlern aus, denen jegliche wissenschaftliche Kompetenz für einen weiteren Verbleib an der Universität abgesprochen wurde.¹⁴ Etwas besser erging es den in der Praxis tätigen Juristen¹⁵ Allerdings wurde auch im Justizdienst in Berlin durch den Senat besonders intensiv gesäubert.

Den anderen geisteswissenschaftlichen Disziplinen widerfuhr das gleiche Schicksal. Für die Geschichtswissenschaften kann ohne Gefahr

¹² Bei 29 namentlich erfaßten Hochschullehrern gelang uns der Herkunftsnachweis bisher nicht.

¹³ Sonja Ginnow: Rechtswissenschaft. In: Jürgen Kocka/Renate Mayntz (Hrsg.): *Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch*. Akademie Verlag 1998. S. 175-254.

¹⁴ Es „galten für die westdeutschen Juristen die ostdeutschen Kollegen nicht als solche. Hierbei trafen sie sich mit den Wirtschaftswissenschaftlern. Eine Debatte über die Modalitäten des Umbaus der Disziplinen erübrigte sich damit. Man ging von einem geplanten Gelände aus“. Peer Pasternack: Eine nachholende Debatte. *Der innerdeutsche Philosophenstreit 1996/97*. In: *hochschule ost special* 7(1998), S. 185.

¹⁵ Annette Weinke: Die DDR-Justiz im Jahr der „Wende“. Zur Transformation der DDR-Juristen von „Tätern“ zu „Opfern“. In: *Deutschland Archiv* 30 (1997) 1, S. 41. Danach wurden in Berlin 11,6%, in Brandenburg 53%, in Sachsen 52%, in Sachsen-Anhalt 45%, in Thüringen 44% und in Mecklenburg-Vorpommern 32% aller Richter und Staatsanwälte übernommen.

der unzulässigen Verallgemeinerung die Situation am Institut für Geschichtswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin als repräsentativ für alle ostdeutschen Länder angesehen werden.¹⁶ Von ursprünglich 27 Hochschullehrern wurden nur 2, d.h. 7% übernommen, ein Dritter befindet sich auf einer Drittmittelstelle.¹⁷ Die Publikation der Geschichtswissenschaftler gibt zugleich einen Einblick in die nur als schäbig zu bezeichnenden Mechanismen der Abwicklung bzw. Entlassung der Hochschullehrer und Mitarbeiter dieser Einrichtung.

Der Umgang mit den Philosophen findet sich umfassend in einer zusammenfassenden Wiedergabe von Publikationen aus der Sicht verschiedener Autoren beschrieben.¹⁸ Udo Marquardt macht quantitative Angaben, die der allgemeinen Situation entsprechen.¹⁹ Von den 53 Professoren in der Soziologie wurden ebenfalls nur 11 (=21%) in der DDR promoviert odere habilitiert.²⁰ Bei den „ideologiefreien“ Wissenschaften wie der Mathematik²¹ oder Verfahrenstechnik²² stellt sich die Situation etwas günstiger dar und ist in etwa mit der in der Medizin vergleichbar.

Auf Angaben zum Verbleib naturwissenschaftlicher Hochschullehrer sind wir in der uns zugänglichen Literatur nicht gestoßen. Da der Gegenstand ihrer Wissenschaften ebenfalls als „ideologiefrei“ anzusehen ist, darf erwartet werden, daß der Anteil der an den Hochschule verbliebenen Hochschullehrer sich um die 50% bewegt. Eine annähernd sachliche Darstellung der Veränderungen in der ostdeutschen Wissenschaftslandschaft

¹⁶ Vgl. Peer Pasternack: Geisteswissenschaften in Ostdeutschland 1995. Eine Inventur, Leipzig 1996, S. 109-125; desweiteren Ingrid Matschenz/Kurt Pätzold/Erika Schwarz/Sonja Striegnitz (Hrsg.): Dokumente gegen Legenden. Chronik und Geschichte der Abwicklung der MitarbeiterInnen des Instituts für Geschichtswissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin 1996.

¹⁷ Vgl. Matschenz et al., a.a.O., und Universitätsverzeichnis der Humboldt-Universität zu Berlin 1997/1998.

¹⁸ Peer Pasternack (Hrsg.): Eine nachholende Debatte. Der innerdeutsche Philosophenstreit (=hochschule ost special 1998).

¹⁹ Nach Abschluß des Personalaustausches stehen 38 Hochschullehrern aus dem Westen 8 aus dem Osten gegenüber, d.h. nur 21% der Stellen werden von ostdeutschen Wissenschaftlern eingenommen. Udo Marquardt: Die philosophische Wende. Von der Abwicklung der DDR-Philosophie. In: *hochschule ost special* 7 (1998), S. 173.

²⁰ Jürgen Kaube: Soziologie. In: Jürgen Kocka/Renate Myantz, a.a.O., S. 297.

²¹ Helmut Koch: Mathematik. In: ebd., S.174.

²² Wolfgang Fratzscher/Klaus-Peter Meinicke: Verfahrenstechnik. In: ebd., S. 358-359.

findet sich in der von Jürgen Kocka und Renate Myantz herausgegebenen Publikation.²³

Wie Petra Bock zutreffend beschreibt, gewannen pragmatische Überlegungen in der Vergangenheitspolitik nach 1989/90 die Oberhand.²⁴ Wer gebraucht wurde, konnte bleiben, unabhängig von seiner staatstragenden Rolle in der DDR. Diese Bewertung erklärt manch widersprüchliche Beobachtung wie die, daß von den führenden Gerichtsmedizinern der DDR, so weit bekannt, nur einer das Feld räumen mußte, und einer an eine westdeutsche Universität berufen wurde. Dies erscheint deswegen überraschend, weil gerade dieser Personenkreis engstens mit den Mitarbeitern des Ministeriums für Staatssicherheit kooperieren mußte.

Bei Einbeziehung aller ehemaligen Hochschullehrer der DDR stellt sich die Situation folgendermaßen dar:

Von 7.541 Hochschullehrern zum 1.1.1990 waren zum 1. 7. 1993 noch 2.665 im Dienst, d.h. wenig mehr als ein Drittel.

Beim Vergleich der medizinischen mit den nichtmedizinischen Hochschullehrern stehen 56% entlassenen Mediziner 72% Hochschullehrer anderer Fakultäten gegenüber.

Zwischen den einzelnen ostdeutschen Ländern einschließlich Ost-Berlin ergeben sich bemerkenswerte Unterschiede: Während z.B. in Brandenburg 83,4% aller Hochschullehrer entlassen wurden, waren es in Thüringen 42,5%. Allein in Ost-Berlin und im Freistaat Sachsen wurden zusammen mehr als 3.000 Hochschullehrer entlassen, d.h. mehr als die Hälfte der Gesamtzahl. Dies erklärt sich daraus, daß Berlin und Sachsen Zentren in den Hochschullandschaft der DDR darstellten.²⁵

²³ Jürgen Kocka/Renate Myantz, a.a.O. Die Autoren dokumentieren eine zugleich sachliche und kritische Einschätzung der DDR-Wissenschaft und ihrer Repräsentanten, die sich wohlthuend von den arroganten und gehässigen pauschalisierenden Bewertungen abhebt, die als Grundlage für die Ausgrenzung von etwa 80% der Wissenschaftler der DDR aus ihrer Profession dienten. Jedoch reflektieren auch die an dieser Stelle zusammengefaßten Arbeiten nur die strukturellen und disziplinspezifischen Aspekte der Umwandlung der ostdeutschen Wissenschaftslandschaft nach westdeutschem Vorbild. Die Behandlung der politischen Hintergründe und Konsequenzen waren zweifellos nicht gewollt und das Schicksal des Einzelnen nicht von Interesse. Letzteres bestätigt die Erfahrung, daß, je intensiver Prozesse in ihrem Ablauf untersucht werden, umso bedeutungsloser wird der Mensch als Individuum.

²⁴ Petra Bock: Vergangenheitspolitik nach 1989. In: *hochschule ost* 7 (1998)2, S. 67: „Pragmatische Überlegungen haben in der Vergangenheitspolitik nach 1989/90 die Oberhand gewonnen“.

²⁵ Arno Schölzel: Ein Hauch melancholischer Ratlosigkeit. In: *Neues Deutschland*, 18. November 1994, S. 14.

Die zuletzt genannten Zahlen für die DDR-Wissenschaft insgesamt sind nicht mehr als repräsentativ anzusehen, da die zwischenzeitlich aus Altersgründen ausgeschiedenen ostdeutschen Hochschullehrer überwiegend durch Berufungen aus dem Westen kompensiert werden. Dies läßt sich aus den Angaben zu aktuellen Berufungen in *Forschung & Lehre* entnehmen. Es ist auch nicht anders zu erwarten. Wie das Beispiel der Mediziner zeigt, setzt sich der Prozeß der Verwestlichung kontinuierlich fort. Dies ist auch nicht anders zu erwarten. Einmal werden an die Bewerber Berufungskriterien angelegt, wie sie im Westen üblich und von den Ostbewerbern nicht zu erfüllen sind. Zum anderen greifen die neuen Seilschaften regulierend ein, die sich in den Universitätsgremien des Ostens aus den Westprofessoren gebildet haben. Auch das ist verständlich, denn ihnen ist nur der Pool der westdeutschen Nachwuchswissenschaftler bekannt. Letztlich ist die Habilitationsfrequenz bei den jüngeren Ostwissenschaftlern so weit zurückgegangen, daß aus ihrem Kreis nur im Ausnahmefall eine Berufung zu erwarten ist.

In diesem Kontext dürfen die Wissenschaftler an den Instituten der Akademie der Wissenschaften der DDR nicht vergessen werden. Der Versuch, diejenigen von ihnen, die nicht durch das Evaluierungsnetz gefallen, aber trotzdem keine Dauerstellung an den Einrichtungen der Max-Planck- und Fraunhofer-Gesellschaft oder in Blaue-Liste-Instituten gefunden haben, durch eine Art ABM für Wissenschaftler, das WIP (Wissenschaftler-Integrations-Programm), eine vorübergehende Tätigkeit und einen späteren Übergang an die Universität zu ermöglichen, hat sich als Flop erwiesen. Die Mehrzahl der WIPianer fand nach Abschluß des Programms keine Dauerstellung.²⁶

Es soll nicht vergessen werden, daß der denunziatorische Druck und der Verlust der Arbeitsstelle von manchen Hochschullehrern als so entwürdigend empfunden wurde, daß sie den Freitod wählten.²⁷ Die erschütternden Umstände eines dieser Fälle, Eckhardt Ulrich, Professor für Innere Medizin in Halle, beschreibt Friedrich Schorlemmer.²⁸

²⁶ Gottfried Seifert: WPIaner in blühenden Landschaften? Nachruf auf ein Stück gelebter Solidarität im zusammenwachsenden Deutschland. In: *hochschule ost* 7 (1998) 2, S. 68-99.

²⁷ Günther Bohning, Sozialwissenschaftler, Technische Hochschule Merseburg; Arnim Ermisch, Biowissenschaftler, Universität Leipzig; Heinz Köhler, Arzt, Universität Leipzig; Helmut Kulawik, Arzt Humboldt-Universität zu Berlin; Gerhard Riege, Jurist, Universität Jena; Eckhardt Ulrich, Arzt, Universität Halle; Rudolf Zabel-Langhennig, Arzt, Medizinische Akademie Erfurt.

²⁸ Friedrich Schorlemmer: An einer vergifteten Atmosphäre gestorben. Gedanken zum Freitod des Arztes Eckhardt Ulrich. In: ders.: Zu seinem Wort stehen. München 1994, S. 363 ff.

Der politische Vorlauf

Für die medizinischen Hochschullehrer begann der Ernst der Stunde mit der Einbestellung durch die Personalkommissionen im Jahre 1992. In diesem Kontext verweisen wir auf eine Publikation, die von der tiefen, sehr persönlichen Enttäuschung und Verbitterung entrechteter Hochschullehrer zeugt.²⁹ Der unten zitierte Titel dieses Buches läßt sich so verstehen, daß die Zukunftserwartung ostdeutscher Hochschullehrer durch den Glauben an einen Prozeß bestimmt wurde, der eine zwar gewandelte, aber doch individuelle Kontinuität beinhaltet, die auch Erfahrungen, positive wie negative, in der DDR gelebter Biographien in den gesellschaftlichen Wandel einbezieht. An dieser Stelle sind Übereinstimmungen mit Wolfgang Schäuble erkennbar.³⁰ Was blieb, war dagegen ein Abbruch mit Abrechnung und Zerstörung individueller Lebensentwürfe. Petra Bock spricht in diesem Kontext von einer Disqualifizierung, die als Bestandteil der Vergangenheitspolitik der Ausgrenzung des personellen Erbes eines überwundenen Systems dient.³¹

Es ist ein Irrtum zu glauben, daß die Richtlinien für die politische Säuberung erst mit der Zustimmung der ostdeutschen Landesregierungen und der Verabschiedung der Hochschulerneuerungsgesetze festgelegt wurden. Die Weichen wurden bereits zu Beginn des Jahres 1990, also vor den Wahlen des 18. März und der eigentlichen Vereinigung am 3. Oktober 1990 gestellt. Wir verweisen hier auf Diskussionen des Deutschen Bundestages am 18. Januar 1990³² und am 8. Februar 1990³³ sowie die

²⁹ Friedrich Dietze et al.: *Wandel in Deutschland. Prozeß oder Abrechnung?*, Weimar 1997.

³⁰ Wolfgang Schäuble: *Der Vertrag. Wie ich über die deutsche Einheit verhandelte.* Stuttgart 1991, S. 203: „Auch wenn viele, wahrscheinlich sogar die meisten der rund zwei Millionen Beschäftigten in den öffentlichen Verwaltungen der früheren DDR der SED angehörten, so müssen sie doch eine faire Chance haben, sich in dem Prozeß der deutschen Einheit wiederzufinden.“

³¹ Petra Bock: a.a.O., S. 64: „Disqualifizierung bedeutet den Ausschluß bestimmter Personen oder Personengruppen von Leistungen oder beruflichen Chancen. Das kann den Verlust des Arbeitsplatzes im öffentlichen Dienst, die Verweigerung der Beamtung, die Kürzung von im alten System erworbenen Ansprüchen bedeuten. Das Verschulden, politisch eng mit dem alten System verbunden gewesen zu sein und dadurch erheblich zur Stabilisierung der Diktatur beigetragen zu haben, wird hier außerhalb der Justiz am unmittelbarsten sanktioniert.“ = politische Säuberung (der Autor).

³² Deutscher Bundestag. 188. Sitzung am Donnerstag dem 18. Januar 1990. ZP4 – ZP6.

Beratung des Rechtsausschusses am 14. Februar 1990³⁴ und 14. Oktober 1990³⁵ und die des Innenausschusses am 7. Februar 1990.³⁶ Die hier geführten Diskussionen fanden ihren Niederschlag in einem Schreiben des Bundesinnenministers vom 10. September 1990,³⁷ dem sog. Schäuble-Erlaß. Mit diesem Schreiben wurden die Übergangsregelungen des Einigungsvertrages für den öffentlichen Dienst politisch fixiert. Sie finden sich in den Hochschulerneuerungsgesetzen der ostdeutschen Landesregierungen wieder. Der Vorgang bestätigt die Sentenz eines ehemaligen Richters am Bundesverfassungsgericht, daß „Recht geronnene Politik“ ist.³⁸ Keine Rede mehr von einer früheren gegenteiligen Auffassung der Bundesregierung, die sie in einem Memorandum an die vier Siegermächte im Jahre 1957 formuliert hatte.³⁹ Auf die Begründung der Entlassungen

³³ Deutscher Bundestag. 194. Sitzung am Donnerstag dem 8. Februar 1990. TOP 3: Abgabe einer Erklärung der Bundesrepublik. Rechtspolitik im Jahr des deutsch-deutschen Aufbruchs.

³⁴ 69. Sitzung des Rechtsausschusses am Mittwoch dem 14. Februar 1990. 1. Bericht der Bundesregierung über die Gespräche mit der Regierung der DDR zu rechtspolitischen Fragen.

³⁵ 98. Sitzung des Rechtsausschusses am Mittwoch dem 14. Oktober 1990. Punkt 6 der Tagesordnung: Stellungnahme der Bundesregierung zur Frage der Weiterbeschäftigung von Richtern und Staatsanwälten in der vormaligen DDR.

³⁶ 76. Sitzung des Innenausschusses am Mittwoch dem 7. Februar 1990. 1. Bericht von Bundesminister Schäuble zur *innerdeutschen* Entwicklung (Übersiedler, Innere Sicherheit, Verfassungstreue im öffentlichen Dienst).

³⁷ Schnellbrief. Der Bundesminister des Inneren. Geschäftszeichen D III 1-20 000/43 vom 10. September 1990. Dort heißt es: „Ebenfalls Zweifel an der Verfassungstreue bestehen bei Personen, die sich im politischen System der DDR exponiert haben, in dem sie vor dem 9. November Funktionen 1989 in folgenden Bereichen innehatten: SED, Massenorganisationen/gesellschaftliche Organisationen.“ Doch wird auf die Notwendigkeit der Einzelfallprüfung und „Berücksichtigung der früheren Verhältnisse in der DDR“ verwiesen. An anderer Stelle wiederum heißt es: „Die aufgeführten Kündigungstatbestände gehen kündigungsschutzrechtlichen Vorschriften vor“.

³⁸ Helmut Simon: Wie halten wir's mit Recht und Gerechtigkeit – die Gretchenfrage unserer Zeit? In: *Neue Justiz* 52 (1993) 1, S. 2-6.

³⁹ Memorandum der Bundesregierung vom 2. September 1956 zur Frage der Wiederherstellung der Deutschen Einheit, das an die Botschafter der vier Siegermächte übergeben wurde. Artikel 14: „Die Errichtung eines neuen Regierungssystems darf daher in keinem Teil Deutschlands zu einer politischen Verfolgung der Anhänger des anderen Systems führen. Aus diesem Grund sollte nach Auffassung der Bundesregierung dafür Sorge getragen werden, daß nach der Wiedervereinigung Deutschlands niemand wegen seiner politischen Gesinnung oder nur weil er in Behörden oder politischen Organisationen eines Teils Deutschlands tätig gewesen ist, verfolgt wird.“ Vergleicht man diese Aussage mit dem Vorgehen nach dem 3. Oktober 1990, so fühlt man sich an den Ausspruch bundesdeutscher Politiker erinnert: Was stört mich mein Gequatsche von gestern.

sind wir an anderer Stelle eingegangen.⁴⁰ Zusammengefaßt läßt sich sagen, daß im Einigungsvertrag politische Gründe in juristische Kriterien verwandelt wurden.⁴¹ Es wurden Aburteilungs- und Ausgrenzungsstrategien im westlichen Verhalten wirksam, wie sie zuvor für SED-konformes Verhalten im allgemeinen typisch waren.⁴² Eine inhaltliche Auseinandersetzung erfolgte nicht. Sie wurde ersetzt durch Totschlagworte wie z. B. „Kaderphilosoph“.⁴³

Diese vom Denken des Kalten Krieges und weniger von fachlicher Kompetenz geprägte Geisteshaltung bei der Beurteilung z.B. der DDR-Juristen steht die einfühlsame Betrachtung von Inga Markovits gegenüber, einer in die USA ausgewanderten Deutschen.⁴⁴ Auch sie läßt keinen Zweifel an den schweren Mängeln und rechtsstaatlichen Defiziten der DDR-Justiz. Doch läßt sie gleichzeitig menschliches Einfühlungsvermögen und Verständnis für die in sich widersprüchlichen DDR-Biographien erkennen. Diese Sicht und Toleranz kann gewiß nur der begreifen, der entweder in diesem Staat gelebt hat oder sein Wissen nicht allein auf das eklektische Lesen beschriebener und unbeschriebener Blätter begründet mit dem Resultat einer simplen schwarz-weiß Malerei. Auch andere, wie Reinhart Maurer,⁴⁵ lassen Sachlichkeit und Gespür für die Komplexität des Lebens in der DDR erkennen. Doch den Zeitgeist bestimmen die anderen.

In einer post hoc Bewertung bestätigt der Professor an der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege Berlin, Martin Kutscha, die von uns gegebene Wertung.⁴⁶ Auch Peter Handel gelangt zu einer analogen

⁴⁰ Arno Hecht: Verzweigt und verhunzt, nicht weiter verwendbar. Politisches und menschlich – soziales Umfeld der Hochschulerneuerung im Beitrittsgebiet. Leipzig 1997.

⁴¹ Arno Hecht: Gefeuert, erneuert und was nun? Der Rechtsstaat in Nöten. In: *hochschule ost* 7 (1998) 2, S. 122 ff.

⁴² Ulrich Johannes Schneider: Situation der Philosophie. Über die neudeutsche Universitätsphilosophie. In: *hochschule ost special*. 7 (1998), S. 17.

⁴³ Norbert Kapferer: Das Feindbild der marxistisch-leninistischen Philosophie in der DDR 1945-1988. Darmstadt 1990. Eine gewisse Oberflächlichkeit des Herangehens läßt der Titel dieser Publikation erkennen. Die DDR wurde erst 1949 und nicht 1945 gegründet.

⁴⁴ Inga Markovits: Die Abwicklung. Ein Tagebuch zum Ende der DDR – Justiz. München 1993.

⁴⁵ Reinhart Maurer: Der Liberalismus steigt. Die Abwicklung und das Schweigen der Philosophen. In: *hochschule ost special*. 7 (1998) S. 138-158.

⁴⁶ Martin Kutscha: „Politische Säuberung“ des öffentlichen Dienstes? In: *Neue Justiz* 49 (1995) 6, S. 284-287. „Mit ihrer Ausdeutung der Verfassungstreuepflicht knüpft die Arbeitsrechtsprechung an den sog. Radikalenbeschluß des BVerfG aus dem Jahre

kritischen Aussage,⁴⁷ und Bernhard Schlinke stellt vergleichend fest: „Nicht einmal der während des Sezessionskrieges im Norden geforderte und geplante Ausschluß von Südstaatenoffizieren und -beamten sowie -politikern von öffentlichen Ämtern wurde über das erste Friedensjahr hinaus durchgehalten.“⁴⁸

In der Rechtsprechung ist im Gegensatz zur Politik festzustellen, daß ein gewisser Wandel in der Bewertung von Sachverhalten vorliegt.⁴⁹ Während den Entlassungen der Hochschullehrer 1992/93 durch die Ministerien Pauschalurteile zugrunde lagen, denen die Arbeitsgerichtsbarkeit weitgehend Folge leistete, und rechtsstaatliche Maßstäbe politischen geopfert wurden, orientiert die Rechtsprechung nunmehr stärker auf eine Einzelfallprüfung. Was an Vorwürfen zur Empfehlung der Entlassung durch die Personalkommissionen ausreichte und in den Entlassungsschreiben der Minister für Wissenschaft und Bildung Eingang fand, reicht heute zur Begründung einer Kündigung im öffentlichen Dienst nicht mehr aus. Dem Vertrauen in die Rechtssicherheit ist ein solch rascher Wandel in der *Rechtsprechung* nicht unbedingt dienlich.

Wenn Peter-Michael Diestel bezüglich der Sonderkündigungstatbestände von einer nahezu „ressorttypischen Entschlossenheit“ als einem

1975 an,...“: „Die Frage ist nur, welche Anhaltspunkte rechtlich die Annahme mangelnder Verfassungstreue und eine entsprechende Prognose für das zukünftige Verhalten stützen können.“ Es wird ignoriert, „daß die vom Grundgesetz konstituierte Grundordnung eben nicht als Maßstab zur Beurteilung des Verhaltens von DDR-Bürgern während der Existenz ihres Staates herangezogen werden darf“. „Wenn statt dessen bereits die Ausübung einer mehr oder minder untergeordneten Funktion rechtserheblich vorgeworfen wird, beruht dies praktisch auf einer Gesamtzurechnung in der DDR begangenen staatlichen Unrechts“. Es drängt sich der Verdacht auf „bei der undifferenzierten Forderung nach politischer Säuberung mit Blick auf Funktionsträger der ehem. DDR ginge es weniger um die Erfüllung verfassungsrechtlicher Vorgaben als um eine Methode der „Abstrafung“ des langjährigen politischen Gegners.“

⁴⁷ Peter Handel: Kündigungsschutz und Hochschülerneuerung nach dem Einigungsvertrag. In: *Neue Justiz* 48 (1994) 1, S. 489-494: „Allein aus ihrer (der ostdeutschen Wissenschaftler, A.H.) Verbundenheit mit dem Sozialismus und dem DDR-System wird man daher grundsätzlich nicht auf die Ungeeignetheit schließen können.“

⁴⁸ Bernhard Schlink, Professor an der Humboldt-Universität zu Berlin: Rechtsstaat und revolutionäre Gerechtigkeit. In: *Neue Justiz* 48 (1994) 10, S. 433-437.

⁴⁹ BAG, Urteil vom 4. September 1997-2 AZR 750/96 (LAG Erfurt): „Die Falschbeantwortung des Fragebogens wegen einer Zusammenarbeit mit dem ehem. MfS der DDR (Stasi) rechtfertigt nicht ohne weiteres eine verhaltensbedingte Kündigung, § 1 Abs. 2 KSchG.“ Im Kommentar wird auf den zunächst rigiden Umgang mit den Sonderkündigungstatbeständen und die „pauschal vergangenheitsbezogenen Unwerturteile“ verwiesen. Weiter wird ausgeführt: „Zum Rechtsstaatsprinzip gehört neben der prinzipiellen Gewährleistung persönlicher Grundrechte das Gebot des fairen Verfahrens zur Herstellung von Gerechtigkeit“. In: *Neue Justiz* 52 (1998) 5, S. 274-275.

durchaus signifikanten Merkmal spricht, so gilt das nicht nur für das von ihm apostrophierte Innen-, Wissenschafts und Bildungsressort des Landes Brandenburg.⁵⁰ In die gleiche Kategorie ist die wiederholte Verlängerung der Verjährungsfristen einzuordnen. Stefan Braum sieht dies als Ausdruck einer „hektischen Strafverfolgungsbetriebsamkeit“ an,⁵¹ was für den Umgang mit der DDR-Vergangenheit insgesamt gilt.

Das Bedingungsgefüge der politischen Prämissen bei der Personalübernahme nach dem Anschluß der DDR gehorcht nicht einfachen monokausalen Beziehungen, sondern ist durchaus komplex und in sich widersprüchlich. Letztlich entschieden die Hardliner der CDU wie Alfred Dregger, Neudemokraten wie Matthias Rößler und Arnold Vaatz oder Bürgerrechtler der DDR. Letztere, gedemütigt durch ihre Erlebnisse in der DDR und frustriert ob ihrer geringen Resonanz beim Volk der DDR, entwickelten kein feeling für die auch in dieser Gesellschaft nun mobilisierten unterschiedlichen Interessenlagen. So konnte sich der in diesem Punkt besonnenere Wolfgang Schäuble nicht durchsetzen.⁵² Leider, er läßt mehr Gestaltungswillen erkennen als sein abgewählter Kanzler Helmut Kohl und die ihm hörige Klientel. Natürlich ist auch Wolfgang Schäuble Repräsentant eines konservativen Denkmusters, dessen Konsequenzen in vielen Punkten nicht nachvollziehbar sind. Doch gibt es in allen politischen Lagern solche, die Konfliktlösung durch Ausgrenzung betreiben, und solche, die Gegensätze mit dem Willen zum Konsens im Diskurs austragen. Zu letzteren ist bis zu einem gewissen Grade Wolfgang Schäuble zu rechnen. Daß auch er sich letztlich dem politischen Zeitgeist unterwarf, gereicht ihm nicht zum Vorwurf. Wurde doch auch in der DDR gerechtfertigte Kritik letztlich der Parteidisziplin geopfert.

⁵⁰ Peter-Michael Diestel: Vier Jahre Stasi-Unterlagen-Gesetz. Erfahrungen aus arbeits- und verwaltungsrechtlicher Sicht. In: *Neue Justiz* 49 (1995) 12, S. 631-634.

⁵¹ Stefan Braum: „Emotionen des Augenblicks“. Die Verlängerung von Verjährungsfristen. In: *Neue Justiz* 52 (1998) 2, S. 75-76: „Der Umgang mit dem Unrecht der DDR gerät so zu einem Mittel zum Zweck. Was nicht erfolgt, ist ein ernsthafter gesellschaftlicher Diskurs über den Umgang mit der DDR-Vergangenheit. Statt dessen herrscht hektische Strafverfolgungsbetriebsamkeit, werden Verjährungsfristen gleichsam im Affekt verlängert.“

⁵² Wolfgang Schäuble: a.a.O.: „Ich habe sehr früh davor gewarnt, die Vergangenheit des totalitären Sozialismus in der DDR mit den selbstgerechten Maßstäben unserer westlichen Demokratie aufarbeiten zu wollen.“ (S. 35). „Ich stieß mit meiner Haltung auf entschiedenen Widerspruch. Einhellig verlangten die anderen Ressorts, voran das Bundesjustizministerium, Bundesrecht müsse die Regel, DDR-Recht die Ausnahme sein.“ (S. 154).

Der hochschulpolitische Kontext oder: Die schweigende Mehrheit und die laute Minderheit

Auf die quantitativen Unterschiede zum Elitewechsel bei der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten im Jahre 1933 sowie nach ihrem Untergang im Jahre 1945 wurde an anderer Stelle verwiesen.⁵³ Während die Entlassung der Hochschullehrer nach 1945 auf der Grundlage von Beschlüssen des alliierten Kontrollrates⁵⁴ erfolgte, wobei ihre Realisierung zweifellos auch unter der Mitwirkung von Deutschen erfolgte, ist die Situation 1990, nach Herstellung der Deutschen Einheit, dadurch gekennzeichnet, daß die politischen und daraus abgeleiteten rechtlichen Grundlagen durch die „Brüder und Schwestern“ in der alten Bundesrepublik geschaffen wurden. In der Praxis realisiert wurden die Vorgaben durch ostdeutsche Minister und ihre westdeutschen Berater. Den Hochschullehrern der DDR wurde nicht die Absolution zuteil, die Wilhelm Doerr den Pathologen für ihre Tätigkeit während der Nazizeit erteilte.⁵⁵

Wiederum interessant, wenn auch nicht neu, sind die Reaktionen west- und ostdeutscher Wissenschaftler. Erstere befahl das große Schweigen, was Alfred Grosser im Hinblick auf die Naziuntaten kritisierte.⁵⁶ Sein eigener Vater wurde damals entlassen. Aufschlußreich ist die Diskussion, die in der Philosophie zu dem Erneuerungsprozeß dieses Fachs durch einen Beitrag von Ulrich Johannes Schneider⁵⁷ ausgelöst wurde. In manchen Passagen sicher kritikwürdig, ist Schneiders Artikel insgesamt jedoch zu begrüßen. Bezeichnend erscheint die Arroganz, Ignoranz, Intoleranz und Oberflächlichkeit, mit der westdeutsche Kollegen wie Klaus-M. Kodalle⁵⁸ oder Volker Gerhardt⁵⁹ reagierten. Es ist hier nicht der Ort, auf

⁵³ Arno Hecht: Verzweigt und verhunzt, nicht weiter verwendbar..., a.a.O., S. 81.

⁵⁴ In der SBZ wurden 2/3 aller Lehrer (S. 41) und auf der Grundlage der Direktive Nr. 32 vom 26. 6. 1946 des Alliierten Kontrollrates 837 Angehörige des Lehrkörpers entlassen (S. 43). Gerd Dietrich: Politik und Kultur in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) 1945-1949, Bern/Berlin/Frankfurt am Main/New York/Paris, Wien 1993.

⁵⁵ Wilhelm Doerr: Versuche einer Lösung des Themas. In: Volker Becker/Wilhelm Doerr/Heinrich Schipperges: Krankheitsbegriff und Krankheitsforschung im Lichte der Präsidialansprachen der Deutschen Gesellschaft für Pathologie (1897-1992). Stuttgart/Jena/New York 1993, S. 152: „Während des sogenannten Dritten Reiches haben sich die Pathologen im Rahmen dessen, was damals überhaupt möglich war, 'anständig' verhalten.“

⁵⁶ Alfred Grosser: Medizin und Politik – gestern und morgen. In: Dtsch. med. Wschr. 119 (1994), S. 931

⁵⁷ Ulrich Johannes Schneider: a.a.O.

⁵⁸ Klaus-M. Kodalle: a.a.O.

die zugleich interessante und aufschlußreiche Diskussion einzugehen; es sei auf die verdienstvolle Zusammenfassung verwiesen.⁶⁰ Das Ausbleiben einer derartig harten Auseinandersetzung unter den Medizinern ist zweifellos darauf zurückzuführen, daß der Gegenstand der Medizin und seine Vermittlung zwischen Universität Ost und West keine Unterschiede aufwies. Zudem ist „es die Eigenart administrativer Vorgänge, daß sie keine Fragen offen lassen: Das Zweifelhafte wird ja gerade wieder in eine vertraute Vorstellung von Normalität eingefügt“.⁶¹

Im übrigen pflegten die westdeutschen Wissenschaftler zu ihren ostdeutschen Kollegen über viele Jahre alle Kontakte, soweit es die politische Großwetterlage zuließ. Nach 1990 kannten sie, mit Ausnahmen, ihre ostdeutschen Kollegen nicht mehr, von denen sie sich vorher gern einladen und bewirten ließen und z.T. auch antichambrierten, um zu solchen Einladungen zu gelangen. An dieser Stelle fließt eigenes Erleben ein, da der Autor über 16 Jahre eine Vielzahl westdeutscher Wissenschaftler in eigener Verantwortung als Vortragende zu wissenschaftlichen Kolloquien seines Instituts einlud. Reinhard Mocek verweist auf Vergleichbares an der Universität Halle.⁶²

Diese Haltung ist zwar nicht zu billigen, aber doch zu verstehen, da sie dem Grundmuster menschlicher Charaktere entspricht: also keine „Fehlerdiskussion“ – ein Begriff aus dem Wortschatz der SED. Doch nahezu haßerfüllte Ausfälle, wie die von Hubert Mörl,⁶³ sind eher die Ausnahme. Beschämend jedoch die Haltung parteiloser ostdeutscher Wissenschaftler, die sich früher entweder selbst in den höheren Etagen bewegten, durchaus die Ehrungen des „Unrechtsstaates“ annahmen und auf verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen in unterschiedlichsten Funktionen zur „Stabilisierung des Sozialismus“ beitrugen. Es soll hier nicht auf Einzelheiten eingegangen werden. Wir verweisen nur auf Meinungsäußerun-

⁵⁹ Volker Gerhardt: Die DDR war keine Idylle. Für eine kritische Marxismus-Diskussion. Eine Antwort auf Ulrich J. Schneider. In: *hochschule ost special 7* (1998), S. 71-79.

⁶⁰ Peer Pasternack, a.a.O.

⁶¹ Mark Siemons: Im Zeichen des Zirkels. Ein Streit um das philosophische Erbe der DDR. In: *hochschule ost special 7* (1998), S. 112.

⁶² Reinhard Mocek: Kollektive Intoleranz. Oder von der Schwierigkeit mit konkurrierenden Ideen zu leben. In: Norbert Kapferer (Hrsg.): *Innenansichten ostdeutscher Philosophen*. Darmstadt 1994, S. 123.

⁶³ Hubert Mörl: a.a.O.

gen wie die von Walter Brandstätter,⁶⁴ Heinz Dietrich,⁶⁵ Harald Mau,⁶⁶ Jens Oeken,⁶⁷ Johannes Staudt⁶⁸ oder Ulrich Zwiener.⁶⁹ Dies nicht als Vorwurf, sondern zur Charakterisierung der Situation. Letztlich ist dieser Prozeß das Resultat von Geschichtspolitik, wie Petra Bock überzeugend begründet hat.⁷⁰

Auf verschiedene Art und Weise wurde und wird versucht, die Ärzte der DDR zu diskreditieren. So spricht der Arzt Bernhard Opitz⁷¹ davon, daß durch Mitteilungen an das MfS durch Ärzte der DDR zahlreiche Verletzungen der Schweigepflicht stattgefunden hätten. Sie hätten „zum

⁶⁴ Walter Brandstätter: „Welten trennen uns vom real existierenden Sozialismus“. Vom sozialistischen Gesundheitswesen zur Selbstverwaltung. In: Dt. Ärztebl. 94 (1997) 45, S. A-2975-2980

⁶⁵ Auf eine Leserzuschrift (*Ärzteblatt Sachsen*), in dem Dieter Frank wissen ließ, „daß ich mich mit den abqualifizierten Professoren der Universität Leipzig solidarisch fühle“, antwortete Heinz Dietrich, Präsident der Landesärztekammer Sachsen: den „Eliten“ kann und darf man kein Generalpardon erteilen, als akademische Lehrer wären sie fehl am Platze. Wir sollten keine Krokodilstränen vergießen“. In: *Ärztebl. Sachsen* (1993) 9, S. 648-650. (Dieser Ausspruch erinnert fatal an die Aussage von Erich Honecker zu den Ausreis(ß)ern im Herbst 1989.)

⁶⁶ Harald Mau: schon zu DDR-Zeiten ordentlicher Professor für Kinderchirurgie an der Charité in Berlin, spielte als Dekan eine „beispielgebende“ Rolle bei der Kündigung zahlreicher Berufskollegen, indem er uneingeschränkt die Politik des Berliner Senates vertrat.

⁶⁷ In einem Leserbrief stellt Jens Oeken (*Ärztebl. Sachsen* (1994) 2, S. 96) Beziehungen zwischen entlassenen Hochschullehrern und dem Anatomen Hermann Voss und dem Kliniker Werner Catel her, die zur Zeit des Nationalsozialismus eine zweifelhafte Rolle spielten, wobei der erstere in der DDR und der andere in der Bundesrepublik tätig war.

⁶⁸ Johannes Staudt: Zur DDR-Zeiten ordentlicher Professor für Anatomie an der Charité, wirkte als stellv. Vorsitzender der Struktur- und Berufungskommission I (Vorklinik) und war an der Entlassung zahlreicher DDR-Hochschullehrer beteiligt. (Inzwischen verstorben). S.a. Johannes Staudt: Ich war der letzte Parteilose, ein Outsider. In: Rosemarie Stein: Die Charité 1945 -1992. Berlin 1992. Ein Mythos von innen. S. 84-105.

⁶⁹ Ulrich Zwiener: Als parteiloser Professor stand er „viel zu stark unter dem offensiven Zwang der SED, um auch nur eine Chance zu aktiven Veränderungen wahrnehmen zu können“. Statt dessen läßt er nach der Wende kein gutes Haar an seinen SED-gebundenen Kollegen. Er selbst war ordentlicher Professor und Direktor des Instituts für Pathologische Physiologie an der Universität Jena und damit zweifellos nicht der 2. Reihe zuzurechnen. Vgl. Die Wende an der Jenaer Universität, in: *hochschule ost* 4 (1995) 5, S. 55-67.

⁷⁰ Petra Bock, a.a.O.

⁷¹ Bernhard Opitz: Zahlreiche Verletzungen der Schweigepflicht. In: Dt. Ärztebl. 94 (1997) 34/35, S. A-2183-2190.

Alltag politischer Machtausübung der DDR“ gehört. Eine Anfrage zu konkreten Zahlen wurde nicht beantwortet, ebenso wie eine solche an die Abteilung Bildung und Forschung der Gauck-Behörde in Berlin. Es drängt sich der Eindruck auf, daß konkrete Zahlen deswegen nicht publiziert werden, weil sie nicht den Erwartungen entsprechen. Mit Ausnahme der Zahl der hauptamtlichen Mitarbeiter des MfS und der informellen Mitarbeiter existieren nur Pauschalaussagen bzw. solche zu prominenten Einzelfällen. Es ist notwendig, aber nicht hinreichend, sich mit Negativbewertungen der politisch Verantwortlichen beim Umgang mit Ärzten in der DDR zu befassen.⁷² Nicht zu vergessen der Fall des inzwischen ausgeschiedenen Sächsischen Ministers des Innern, Heinz Eggert, der gegen seinen Psychiater aus DDR-Zeiten schwerste Vorwürfe erhob, die sich später weitgehend als gegenstandslos erwiesen.⁷³ Erfahrungen aus der sowjetischen Psychiatrie wurden zunächst ungeprüft auf die DDR übertragen. Später erwies sich die Haltlosigkeit dieser Vorwürfe,⁷⁴ davon nahm die Öffentlichkeit dann allerdings keine Kenntnis mehr.

Während die ostdeutschen Standesvertreter mehrheitlich voll auf der Linie der offiziellen Vergangenheitspolitik fahren, macht sich unter der Ärzteschaft an der Basis doch zunehmend Unmut breit. Dies äußert sich in Leserzuschriften,⁷⁵ Protestversammlungen⁷⁶ sowie in der Aussage, daß bei allen anzuerkennenden Fortschritten auf dem Gebiet der technischen Versorgung, die Gräben zwischen Ost und West immer tiefer werden.⁷⁷

⁷² Klaus-Dieter Müller: Ärztliches Handeln und politische Verfolgung in SBZ und DDR. Erste Ergebnisse. In: Dt. Ärztebl. 89 (1992) 43, S. B-2246-2253.

⁷³ Dt. Ärztebl. 90 (1997) 7, S. B-305.

⁷⁴ Wolf-Dieter Lerch: Kein schwerwiegender Mißbrauch der Psychiatrie. In: Dt. Ärztebl. 94 (1997) S. A-1486-1487. Allerdings konnte auf das Adjektiv „schwerwiegend“ nicht verzichtet werden, damit offen lassend, ob es nicht doch zu, wenn auch weniger gravierenden, Mißbräuchen gekommen ist.

⁷⁵ Leserzuschriften von Christian Höver u. G. Gätzing. In: Dt. Ärztebl. 95 (1998) 6, S. C-201.

⁷⁶ Auf einer Versammlung ostdeutscher Kassenärzte in Leipzig ließen die Ärzte den sächsischen Gesundheitsminister Hans Geisler ihren Unmut ungebremst spüren, in dem sie ihn auspufften und zwangen seine Ansprache vorzeitig zu beenden. Vgl. Ostdeutsche Kassenärzte reagieren voller Wut gegen ihre Diskreditierung gegenüber den westdeutschen Kollegen. In: Dt. Ärztebl. 95 (1998) 19, S. C-836-838.

⁷⁷ Gisela Klinkhammer u. Heike Korzelius: Die Gräben sind immer noch tief. In: Dt. Ärztebl. 95 (1998) 13, S. C-545-548. Die beiden Berichterstatte(r)innen fassen unter diesem Titel eine Befragung ostdeutscher Ärzte zusammen.

Würde mit Verstand bewahren

Siegen macht dumm, so Bertolt Brecht. Die Erfahrung zeigt, auch verlieren macht nicht unbedingt klüger. Der Blick ist, wie in der Vergangenheit, unverrückbar auf die Defizite des ungeliebten Systems gerichtet bei weitgehender Verklärung oder Verdrängung der eigenen Vergangenheit.⁷⁸

So sind Sieger wie Verlierer nicht die geeigneten Ansprechpartner für eine möglichst wertfreie Beurteilung der gemeinsamen Vergangenheit und Gegenwart. Der beruflich und sozial ausgegrenzte Hochschullehrer unterliegt der Gefahr, sich in einer sozialen Subkultur zu verlieren, deren geistiges Spannungsfeld aus dem Rückblick in die Vergangenheit, den um sie kreisenden Gedanken und einem entsprechend gesteuerten Gedankenaustausch gespeist wird, von außen nur Impulse aufnehmend, die das eigene Weltbild bestärken. Es wäre dies das typische Schicksal älterer Menschen, verstärkt durch eine von außen erzwungene Isolierung von der sozialen Mitwelt, die dadurch zu einer Umwelt verkommt.

So ist es erklärlich, daß vielfach nicht die Bereitschaft besteht zu erkennen, daß die DDR bei auch allen unbestreitbaren positiven Erfahrungen gemeinsam mit den übrigen realsozialistischen Ländern kläglich ihre Legitimität verspielt hat. Zwar erkannte ihr selbst Falco Werkentin das Attribut eines modernen Verfassungsstaates zu mit einem Grundrechtskatalog einschließlich sogenannter justitieller Grundrechte sowie Garantie der richterlichen Unabhängigkeit. Die politische Rechtsprechung insbesondere sah jedoch anders aus.⁷⁹ Widerspruch der von der gegenwärtigen Ausgrenzung Betroffenen wird auch laut bei der Feststellung, daß die Herrschaftsmethodik zwischen DDR und Bundesrepublik weitgehend gleich war.

Leider wird eine so rückwärtsgewandt Sicht noch dadurch bestärkt, daß neben den berufenen Professoren die Kategorie der Professoren alten Rechts beibehalten wurde, die besonderen Demütigungen unterworfen sind.⁸⁰ Seine Würde bewahren bedeutet bei kritischem Rückblick auf die

⁷⁸ Vgl. Arno Hecht: Aktion „Saubere Lehrstühle“. Der Rechtsstaat als Täter. In: Medizin und Gesellschaft. Veröffentlichungen 20 (1999), S. 52-67.

⁷⁹ Falco Werkentin: Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht. Vom bekennenden Terror zur verdeckten Repression. Berlin 1997, S. 12.

⁸⁰ Entscheidungsrechtliche Mitwirkungsbefugnisse hatten dabei nur Angehörige der Gruppe „Professoren neuen Rechts“. In Berlin „wurden bei Abstimmungen, die unmittelbar Forschung oder Berufung von Professoren betreffen, nur die Stimmen derjenigen Professoren gezählt, die nach neuem Recht... berufen worden waren“. Thomas Neie: Zur Stellung der DDR-Hochschullehrer nach Abschluß der Hochschulreform. In: *hochschule ost* 6 (1997) 3/4, S. 247-255. Auch dies ist als ein Ausdruck der geübten Diskriminierungspolitik zu werten. Vgl. auch Inga Markovits, a.a.O., S. 253: Sie bezeichnet diesen Vorgang als „eine Entmündigung der Ostberliner Professoren

DDR nicht notwendigerweise die unkritische Anerkennung des gegenwärtigen politischen Systems.

Abschließend läßt sich resümieren, daß die Politiker der Bundesrepublik, unterstützt von ihren ostdeutschen Apologeten, alles getan haben, um zu verhindern, daß die ostdeutsche und westdeutsche Gesellschaft miteinander kompatibel gestaltet werden. Sie haben nicht beachtet, daß sich in 40 Jahren DDR eine eigene Gesellschaft entwickelt hat, und daß mit dem Untergang des Staates und seiner Strukturen nicht zwangsläufig auch die Gesellschaft verschwindet.

Der Umgang mit der medizinischen Intelligenz der DDR ist ein kleiner Beitrag zu den schweren politischen und ökonomischen Irrtümern, denen die politische Klasse der Bundesrepublik teils aus Unkenntnis, teils aus Bössartigkeit unterlag. Der Prozeß der Einigung wurde und wird nicht gestaltet, sondern verordnet. Doch es gibt keinen Staat, der nur Unrechtsstaat ist, so der Nestor der westdeutschen Rechtsphilosophie Arthur Kaufmann.⁸¹ Es ist somit wichtig festzustellen, daß die sog. Öffentliche Meinung zwar die der Politiker und der ihnen sich andienenden Medien ist, doch außerhalb von ihr begegnen wir anderen Überlegungen, die durchaus nicht mit ihr konform gehen und die Konsequenzen des Vereinigungsprozesses überaus kritisch begleiten.

Tina Rosenberg äußert am Schluß ihres Buches „Die Rache der Geschichte“: „Das Gegenteil von Kommunismus ist nicht Antikommunismus, der ihm gelegentlich äußerst ähnlich sieht. Das Gegenteil ist Toleranz und Rechtsstaatlichkeit“.⁸² Die in gewissem Sinne sicher nicht zu Unrecht, aber doch fragwürdig pauschal als „staatsnah“ eingestuft DDR-Wissenschaftler sind mehrheitlich nicht als Gewinner der Vereinigung zu betrachten. Ihr Erleben der DDR wie auch die Erfahrungen in der Bundesrepublik wird von der Erkenntnis bestimmt, daß Begriffe wie Sozialismus, Freiheit, Demokratie und Rechtsstaat, mit denen Politiker allzu gern brillieren, keine Werte an sich darstellen. Entscheidend ist ihr Inhalt, und der unterliegt der Beliebigkeit politischer Interpretation und nicht der Konstanz moralischer Prinzipien.

gerade in dem Augenblick, in dem sie lernen sollten, in einem freien Staat freie Wissenschaft zu betreiben“. Ein westberliner Senatsbeamter: HUB-Professoren sind keine Wissenschaftler im Sinne des Grundgesetzes.

⁸¹ Arthur Kaufmann: Rechtsphilosophie. 2. Aufl. München 1997, S. 209: „Man muß auch bedenken, daß das Modell: hier Rechtsstaat, dort Unrechtsstaat, falsch ist, zumindest ist es eine unzulässige Vereinfachung. Die Grenzen zwischen Rechtsstaat und Unrechtsstaat sind fließend. Es gibt keinen Staat und somit auch keinen Rechtsstaat, der der Perversion zum Unrechtsstaat entrückt wäre.“

⁸² Tina Rosenberg: Die Rache der Geschichte. Erkundungen im neuen Europa. München, Wien 1997, S. 468. Die Autorin ist allerdings Amerikanerin und stößt auf weitgehende Ablehnung.

„Es war schon ein kritischer Moment Zur internen Kommunikationspolitik der Universität Leipzig während des Studierendenstreiks im Winter 1997¹“

Falk Bretschneider
Leipzig

Seit einigen Jahren beschäftigen sich Hochschulen verstärkt mit ihrer Außenwirkung. Dazu hat vor allem eine Sensibilisierung einiger Hochschulleitungen, der Hochschulrektorenkonferenz² und anderer Verbände

für das von negativen Einstellungen geprägte Bild der Öffentlichkeit von den Hochschulen geführt. Die Einsicht in dieses schlechte Image deutscher Hochschulen³ allerdings hatte vornehmlich die Stärkung eines kommunikationspolitischen Aspektes zum Ergebnis: die Wandlung der Hochschulen als öffentliche Dienstleistungsanbieter von einer Angebots- zu einer Nachfrageorientierung. Vor allem AbiturientInnen, Studierende und AbsolventInnen werden inzwischen als Nachfrager hochschulischer Leistungen entdeckt und als Zielgruppen avisiert, daneben gewinnt die Kommunikation mit Partnereinrichtungen, Drittmittelgebern und politischen und administrativen Institutionen an Belang.

Kaum in den Blick geraten sind bisher jedoch Reaktionsinstrumentarien, die in der PR-Lehre mit Krisen-PR bezeichnet werden und die zur Überwindung einer plötzlich hereinbrechenden Krisensituation Bewältigungshilfen anbieten sollen. Allerdings ist es auch sehr schwierig, im ökonomischen Bereich entwickelte Modelle und Strategien auf den hochschulischen Bereich zu übertragen. Zum einen werden die Hochschulen heute sowohl intern als auch extern als in einer „Dauerkrise“ befindlich wahrgenommen,⁴ zum anderen sind kritische Situationen an Hochschulen – wie etwa die im folgenden im Mittelpunkt stehenden Studierendenstreiks – kaum vergleichbar mit der Strandung eines Tankers, einem Chemieunfall oder der Verseuchung von in den Verkauf gelangten Eier-

¹ Cathrin Friedrich danke ich für die kritische Lektüre des Manuskripts.

² HRK (1995).

³ Zu den Gründen siehe Nietiedt (1998), S. 1ff.

⁴ Dazu Bretschneider/Pasternack (1998), S. 85-90.

teigwaren, um nur einige „klassische“ Krisen-PR-Fälle anzuführen. Es ist dementsprechend nötig, speziell auf den hochschulischen Bereich abgestimmte Reaktionsinstrumentarien zu entwickeln, nicht zuletzt auch, weil hier die Zielbestimmung dafür ganz anders ausfallen dürfte. Bisher ist eine solche Entwicklung indes nicht zu verzeichnen.

Problemstellung und Methode

Vor diesem Hintergrund soll sich dem Themenkreis hier in einer exemplarischen Untersuchung auf der Mikroebene angenähert werden: Ausgewählt wurde zu diesem Zweck die Universität Leipzig, an der der Autor studiert. Dort kam es im Dezember 1997, als deutschlandweit Studierende ihre Hochschulen bestreikten, um hochschul- und sozialpolitischen Forderungen Nachdruck zu verleihen, zu einem Zusammenfall von Studierendenprotest und einem Rektoratswechsel.

In der Fallstudie soll erhellert werden, wie die Universitätsspitze mit dieser Situation universitätsintern umgegangen ist, und unter welchen Bedingungen und wie sich die universitäre Öffentlichkeitsarbeit dabei vollzog. Von Interesse ist hierbei insbesondere die Frage, ob die von der Uni-Leitung angewandte Situationsbewältigungsstrategie auf der Realisierung von formulierten kommunikationspolitischen Prämissen beruhte oder ob das Vorgehen auf kurzfristige, rein situationsabhängige Entscheidungen hinauslief. Gleichzeitig soll untersucht werden, welche Rolle die Universitätspressestelle in dieser Zeit spielte.

Die empirische Basis der Untersuchung besteht zum einen in der Auswertung von öffentlich zugänglichen Materialien (Leipziger Universitätsjournal, Pressemeldungen, Mitteilungen des Rektorats, Redebeiträge etc.), andererseits aus zwei qualitativen, leitfadensorientierten Interviews. Diese wurden zur Analyse der internen Entscheidungsabläufe mit zwei Akteuren geführt, dem Prorektor für Studium und Lehre (PR 1998) und dem Leiter der Pressestelle (PS 1998). Beiden sei an dieser Stelle für ihre Bereitschaft zum Interview gedankt.

Untersuchungsleitende Annahmen

Die Ergebnisse dieser Untersuchung beruhen auf einigen grundlegenden Annahmen:

- Mit Nietiedt wird unterstellt, daß Kommunikationspolitik als „zielgerichtete Gestaltung des Informationsaustausches zur Beeinflussung von Individuen und Organisationen“⁵ zu verstehen ist. Gleichzeitig

⁵ Nietiedt (1998), S. 101.

wird unterstellt, daß Hochschulen als gesellschaftliche Organisationen von einem dialogisch geprägten, ergebnisoffenen Konzept von Kommunikation ausgehen, welches wechselseitiges Verständnis zum Ziel hat.⁶

- Es wird angenommen, daß Träger der Kommunikationspolitik die Leitung einer Universität ist, die sich dazu eine geeignete Struktureinheit schafft.⁷ Die Leitung insgesamt ist verantwortlich für die Entwicklung eines Kommunikationskonzepts der Hochschule.
- Es wird angenommen, daß in die Kommunikationspolitik der Hochschule die Organisation von Kommunikation *innerhalb* der Organisation eingebunden ist.⁸ Dabei wird ein Interesse der Hochschulleitung unterstellt, die Mitglieder ihrer Organisation „dazu zu bringen, sich auf die Institution, in der sie studieren und arbeiten, einzulassen“. Dieser Prozeß hat Integration und Identitätsbildung zum Ziel.⁹
- Es wird unterstellt, daß ein überlegtes, strategisches Vorgehen auch in überraschenden Situationen einem spontanen, von Situation zu Situation neu entscheidenden Handeln vorzuziehen ist.
- Es wird angenommen, daß Kommunikationspolitik als ständige Aufgabe verstanden wird, die in besonderen Situationen einer Intensivierung bedarf.
- Schließlich wird von einem einfachen 4-Phasen-Modell der PR-Konzeptualisierung ausgegangen, welches die Abschnitte Situationsanalyse, Strategieentwicklung (einschließlich Zielgruppenbestimmung), Durchführung und Evaluation unterscheidet.

Chronik eines angekündigten Streiks

Anfang November 1997 hatte das Konzil der Leipziger Universität ein neues Rektorat gewählt, welches mit einer feierlichen Investitur am 1.12. in sein Amt eingeführt werden sollte. Die Abstimmung war nicht ohne Spannung gewesen und hatte somit eine erhebliche Aufmerksamkeit der Universitätsöffentlichkeit auf sich gezogen. Daher verwundert es nicht, daß in jenen Tagen keine vernehmliche Rede von studentischen Streik- oder sonstigen Protestaktionen zu verzeichnen war – auch nicht im StudentInnenRat (StuRa). Dieser beschloß erst auf Druck von Studierenden von außerhalb am 25.11. die Einberufung einer Vollversammlung für den

⁶ Vgl. Signitzer (1988); Grunig/Hunt (1984), S. 23.

⁷ Zur Kommunikationspolitik als Aufgabe der Universitätsspitze siehe Nietiedt (1998), S. 117. HRK (1995), Leitsätze 9-11.

⁸ HRK (1995), Leitsatz 8.

⁹ Nickel (1998), S. 202.

3.12., um über hochschulpolitische Protestaktionen auch in Leipzig zu diskutieren.¹⁰

Den Leipziger Studierenden nun waren die sich seit Oktober 1997 ausweitenden bundesweiten Streik- und Protestaktionen keineswegs erst so spät bewußt geworden, Wahrnehmung und Verarbeitung der Informationen darüber erfolgten vielmehr auf den verschiedenen Ebenen der Studentenschaft unterschiedlich. So hatten die Aktiven des StudentInnenRats eingeschätzt, daß das Potential für einen Protest in Leipzig zu klein sei, um ihn zu forcieren. Auf Seiten der studentischen Basis dagegen entwickelte sich offensichtlich ein immer stärker werdendes Bedürfnis, sich den Protestaktionen anderer Hochschulen anzuschließen.¹¹ Die Vollversammlung am 3.12.1997 war daher auch sehr gut besucht und beschloß mit deutlicher Mehrheit einen dreitägigen Streik.

Die Dichotomie zwischen einem sachliche Gründe abwägenden und daher abwartenden, in Teilen auch desinteressierten StuRa einerseits¹² und einer protestbereiten Basis andererseits,¹³ die sich an den studentischen Vertretungsgremien vorbei sehr schnell neue aktive Organisationseinheiten wie Arbeitskreise oder ein Streikbüro schuf, blieb prägendes Moment auch der Streiktage in Leipzig. Die Differenzierung der Studierenden der Leipziger Universität¹⁴ verlief somit nicht nur horizontal, sondern auch vertikal (siehe Grafik).¹⁵

Ansonsten verliefen die Streiktage in Leipzig ähnlich wie anderswo: mit großen und kleinen Demonstrationen, zahlreichen Informationsveranstaltungen, Alternativvorlesungen und der Erarbeitung eines Forderungskataloges. Auf einer neuen Vollversammlung wurde der Streik am 8.12. um drei Tage verlängert, obwohl die Abstimmung darüber schon deutlich

¹⁰ Protokoll der StuRa-Plenumsitzung vom 25.11.1997, S. 8

¹¹ Im Vorfeld der Vollversammlung kam es bereits zu einigen Protestversuchen, u.a. während der Amtseinführung.

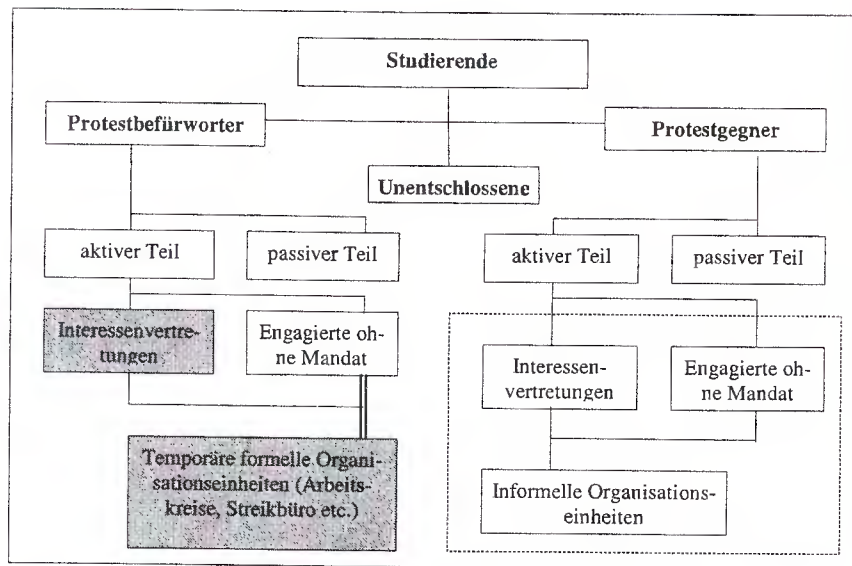
¹² „Die Uni streikt – und der StuRa schläft?“, so die Zusammenfassung der Stimmung in einer gereizten Rechtfertigung der Leitung des StuRa (*Info* 6, S. 1). Ein anderer Erklärungsversuch aus dem StuRa in *Streikzeitung* 5, S. 6f.

¹³ Siehe z.B. *Streikzeitung* 5, S. 10.

¹⁴ Die Unterschiede in der Differenzierung der Studierenden im Vergleich zu westdeutschen Hochschulen scheinen auffällig: Die von Köhler/Gapski anhand von Politikstilen vorgenommene Grobtypologisierung von AkteurInnen in Avantgarde, Spontis, EinsteigerInnen und Nichtstreikende (Köhler/Gapski [1998], S. 139ff.) läßt sich zwar auch in Leipzig wiederfinden. Sie wird hier jedoch durch eine in fast allen studentischen Akteursgruppen festzustellende Neigung zum erklärten Pragmatismus überformt.

¹⁵ Die ‚schweigende Mehrheit‘ aus Unentschlossenen und passiven Teilen der Befürworter bzw. Gegner dürfte auch in Leipzig die Mehrzahl der Studierenden repräsentiert haben.

knapp ausfiel. Begründung für die Fortsetzung war u.a. eine Demonstration am 10.12. in Dresden, auf der Studierende aller sächsischen Hochschulen und Schüler gemeinsam vor dem Landtag ihre Forderungen artikulieren wollten. Diese Veranstaltung schließlich hinterließ eine breite Spur des Frustes bei den Streikenden. Angestaute Wut über die offensichtliche Erfolglosigkeit stattgefundener Gespräche mit Abgeordneten brach sich Bahn.¹⁶ In Leipzig zurück, wurde nach diesem Erlebnis immer häufiger die Frage gestellt, was eine weitere Aufrechterhaltung des Protestes brächte. Ein Großteil der Streikenden hatte auf eine kurzfristige Wirkung ihrer Aktionen gehofft – und verfiel nun, da nichts passierte, in Resignation.¹⁷



Ausdifferenzierungen der Leipziger Studierenden während des Streiks.

Grau unterlegte Felder bezeichnen die das Geschehen von studentischer Seite primär bestimmenden Institutionen. Der aktive Teil der Protestgegner wird im folgenden aus Platzgründen nicht systematisch behandelt, weshalb seine Elemente abgegrenzt dargestellt sind.

Die am nächsten Tag stattfindende neuerliche Vollversammlung stand daher aus Sicht der Streikbereiten unter keinem guten Stern, die Stimmung unter den anwesenden Studierenden war fühlbar gewandelt. Ein Redebeitrag des Prorektors für Lehre und Studium ließ die Situation es-

¹⁶ Freie Presse, 11.12.1997.

¹⁷ Streikzeitung 4 und 5.

kalieren: Er drohte mit der Konsequenz der (prüfungs- und damit auch studienförderungsrechtlichen) Nichtanerkennung des Semesters, würde der Streik weitergeführt. „Das hat gesessen!“, reflektierte am nächsten Tag ein Boulevardblatt.¹⁸ Die Abstimmung schließlich war klar: Zwei Drittel der zur Vollversammlung Gekommenen stimmten für ein Streikende.

Damit war das Kapitel Streik in Leipzig geschrieben, allerdings in der studentischen Wahrnehmung auch einiges Porzellan zerschlagen. Aus einzelnen Fachschaften kamen empörte Briefe gegen die „verbalen Ausfälle“ des Prorektors, die als „massive Drohung“ empfunden wurden. Man sah darin eine „persönliche Beleidigung und Geringschätzung aller am Streik beteiligten StudentInnen, die sich in ihrem Protest nicht nur für ihre eigenen, sondern auch für die Belange der Universität Leipzig eingesetzt haben“.¹⁹

Einen wesentlichen Grund für dieses unerfreuliche Ende des Leipziger Streiks ist in der in der Kommunikationspolitik der Uni-Leitung zu sehen, der wir uns nun zuwenden.

Die Kommunikationspolitik der Universität Leipzig²⁰

1. Situationsanalyse

Studentische Protestaktionen zeichnen sich durch zwei Merkmale aus: Sie kehren zum einen fast regelmäßig wieder und sie entstehen zum anderen aus einer eigentlich bekannten und sich im Zeitverlauf auch kaum signifikant ändernden empirischen Realität – die jedoch plötzlich zur Ursachengrundlage für eine Demonstration, eine Uni-Besetzung oder eben einen Streik wird. Somit ist es für eine Hochschulleitung vor allem wichtig taxieren zu können, wie groß die Wahrscheinlichkeit für solche Aktionen zu einem bestimmten Zeitpunkt ist. Für eine solche Einschätzung muß sie über eine

¹⁸ BILD Leipzig, 12.12.1997.

¹⁹ Offener Brief der Fachschaft Theaterwissenschaft. Ein ähnliches Protestschreiben kam aus der Fachschaft Geschichte.

²⁰ Universität ist im folgenden synonym zu Universitätsleitung zu verstehen. Als solche verstehen wir das Rektorat und alle ihm direkt zugeordneten Verwaltungseinheiten, d.h. hier insbesondere die Pressestelle. Soll zwischen dieser und dem Rektorat als Kern der Leitung unterschieden werden, wird darauf explizit hingewiesen. Die Darstellung in diesem Kapitel stützt sich im wesentlichen auf die beiden geführten Interviews (PR 1998; PS 1998). Kürzungen in den zitierten Stellen der Interviews sind mit [...] gekennzeichnet; Pausen, Auslassungen, fehlende Satzanschlüsse etc. mit ... Alle interpretierenden Anmerkungen, so nicht als Zitat oder mit anderer Quellenangabe gekennzeichnet, sind Auslegungen des Autors.

ganze Reihe von situationsrelevanten Informationen verfügen: neben einer guten Kenntnis des aktuellen hochschulpolitischen Kontextes vor allem über solche zur Studiensituation und zu studentischen Aktionspotentialen an der eigenen Universität sowie zu etwaigen Protesten an anderen Hochschulen. Erst ein solches Bündel von Informationen wird ihr eine realistische Situationsanalyse erlauben.

In Leipzig tendierte die von den Akteuren eingeschätzte Wahrscheinlichkeit eines studentischen Protestes anfangs gegen Null; in der Pressestelle zeigte man sich noch überraschter vom schließlichen Ausbruch des Streiks als im Rektorat.²¹ Diese Diagnose beruhte vorderhand auf einer (hinsichtlich der Studienbedingungen) asymmetrischen Informationsverteilung in der Universitätsleitung. Während der Prorektor sich über den Zustand der Universität, d.h. insbesondere über die Studiensituation informiert fühlte, berichtete der Pressesprecher:

„Kann sein, daß einem in der Freude über den wachsenden Zuspruch – die Studentenzahlen haben sich [in den letzten Jahren] ja fast verdoppelt – die damit verbundenen Belastungen und kritischen Zustände etwas entgangen sind. Ich glaubte (und glaube es immer noch), guten Gewissens sagen zu können, daß in Leipzig noch gute Studienbedingungen herrschen und wir noch keine Massenuniversität sind, wenn auch schon auf dem Wege dahin, das zeichnete sich ab, aber es gab noch keine alarmierenden Nachrichten. Das ist dann alles sehr rasch gegangen.“ (PS 1998)

In einem höheren Maße jedoch wurde die Situationsanalyse bestimmt von einer normativ geprägten Perspektive des Rektorats auf die Studierendenschaft. Diese äußerte sich in einer (offiziellen) Kontaktbeschränkung des Rektorats auf die gewählten Organe der Studierendenschaft und sollte für das gesamte Handeln der Uni-Leitung in der Streikphase folgenreich werden:

Das Rektorat war von dem Bestreben geleitet, die Organisationsstrukturen der studentischen Selbstverwaltung zu stärken (PR 1998). Dabei wurde jedoch vernachlässigt, daß die aus Wahlen hervorgegangenen RepräsentantInnen der Studierenden von diesen letztlich keine situationsunabhängige Legitimation beziehen²² und ferner die Wahl²³ dieser Ver-

²¹ Persönlich fühlte sich der Prorektor „insofern etwas auf Proteste eingestellt, als wir von anderswo her hörten, daß die Welle rollte. Und daß in Leipzig manche Dinge nicht gut laufen, war ja erkennbar. Und daß von daher das eine oder andere an Protesten kommen würde ..., damit habe ich gerechnet.“ (PR 1998)

²² Das heißt u.a., daß die den Gewählten verliehene Amtsautorität nur relative Anerkennung bei der eigenen Basis findet. Übernehmen als charismatisch wahrgenommene Personen eine temporäre Meinungsführerschaft, so ist diese für den Protestverlauf i.d.R. von größerem Belang als das Handeln der gewählten Spitze. Forderungen, mit denen sich studentische VertreterInnen immer wieder konfrontiert sehen, aufgrund ih-

treterInnen nicht mit der Formulierung politischer Interessen zusammenfällt.

Sozial- und hochschulpolitische Interessenartikulation geschieht also nicht im Verlauf eines formalisierten Verfahrens, sondern andere Einflußfaktoren evozieren (meist plötzliche und amorphe) politische Interessenbekundungen. Die Wahrnehmung einer sich deutschlandweit ausbreitenden Protestwelle zum Beispiel, über die in den Medien ausführlich berichtet wird, führt fast reflexartig zu einem Nachdenken darüber, wie sich die Situation an der eigenen Universität darstellt. Wird diese Situation nicht als optimal erlebt, zeigen sich vielmehr Elemente, die in den bereits ausgerufenen Streiks als Begründung für den Protest herangezogen werden, dann steigt die Wahrscheinlichkeit einer gewünschten Teilnahme an den Protestaktionen deutlich.²⁴

Hinzu tritt ein weiteres Element: Die Strukturen der studentischen Selbstverwaltung verfügen i.d.R. über kein rationales organisiertes Indikatorensystem zur kurzfristigen und zuverlässigen Abfrage von vorhandenen Stimmungen innerhalb der Studierendenschaft. Verpaßt die Spitze einen Meinungsumschwung – wie in Leipzig geschehen – und verfügt obendrein nicht über ein schnell umsetzbares Konzept zur spezifischen Situationsbewältigung, dann koppelt sich die „Basis“ von ihren RepräsentantInnen schlicht ab und schafft sich eigene Artikulations- und Handlungsstrukturen.²⁵

Mit seiner Kontaktbeschränkung auf den StuRa übernahm das Leipziger Rektorat natürlich zwangsläufig die in der studentischen Selbstverwaltung angelegten Informationsasymmetrien.²⁶ Folglich schätzte es die Protestwahrscheinlichkeit falsch ein und konnte das Reaktionsinstrumentarium nicht präzise ausrichten.²⁷ Der Prorektor schilderte seine Ergebnisse so:

res Amtes Einfluß auf den Protestverlauf zu nehmen, gehen daher nicht selten ins Leere.

²³ Der Studenterrat als oberstes Organ der studentischen Selbstverwaltung wird in Sachsen nicht direkt gewählt, sondern setzt sich nach SHG § 92 (2) aus von den Fachschaftsräten entsandten Mitgliedern zusammen. Auf andere als diesen rechtlichen Aspekt kann aus Platzgründen nicht eingegangen werden.

²⁴ Daneben sind mit Sicherheit auch Nachahmungs- und soziale Homogenisierungseffekte zu beobachten.

²⁵ So explizit auch erkannt in *Streikzeitung* 3, S. 2.

²⁶ Es gab nach Auskunft des Prorektors mehrere Begegnungen mit VertreterInnen des StudentInnenRates, u.a. eine Besprechung mit dem dann gewählten Rektor im Vorfeld der Wahl, bei dem jener „versucht hat, also nachzufragen: ‚Was wollt ihr eigentlich?‘. Und da war nicht so sehr viel erkennbar“ (PR 1998).

²⁷ Für die Investitur in der Oper, zu der der Wissenschaftsminister aus Dresden ge-

„[...] was also von Anfang an meine Sorgen waren, war das Problem der Salami-Taktik, das wir dann sehr deutlich erlebt haben. Uns wurde intern gesagt: ‚Eigentlich wollten wir gar nicht bzw. bestenfalls einen Tag [streiken]. Nun ja, nun sind's leider drei Streiktage geworden, die wir eigentlich nicht gewollt haben. Aber nach drei Tagen hört es auf.‘ Dann kam der Montag, dann wurden die nächsten drei Tage beschlossen [...].

[Es war] schon ein sehr kritischer Moment, weil von Anfang an erkennbar war, daß der StudentInnenRat [...] auch selber nicht ganz klar war in dem, was er wollte. Und ich denke, das ist also keine Verleumdung, wenn ich sage, es gab ein paar Leute, die sich am Feuer der Revolution die Hände wärmen wollten [...] Die Frage war, wie wird das Verhältnis zwischen denen sein, die studieren wollen und dann im Grunde nicht zu den Vollversammlungen gehen – die Vollversammlungen haben ein Zehntel unserer Studentenschaft betragen – und denen, die – wie einer der Redner dort – Philosophie im 1. Semester studieren und sehr viel Zeit haben und selbstverständlich den Verlust dieses Semesters einkalkulieren können [...] Das hat mich schon ein bißchen geirrt, denn [...] da wußte ich nicht, wie geht's weiter.“ (PR 1998)

Studentische Protestaktionen – ein fast zyklisch wiederkehrendes Element hochschulischer Lebenswirklichkeit – wurden so als unerwarteter Abfall von Alltagserfahrung erlebt. Die den erhaltenen Informationen entgegengesetzte Realität²⁸ und das Bewußtwerden der inadäquaten Bewertung der Lage führte zu Unübersichtlichkeit. Da man in Leipzig von einem Streik einfach nicht ausging, konnten die unterschiedlichen Motivationslagen für oder gegen seine Durchführung auch nur ungenau eingeordnet werden, gleichfalls das für einzelne Realisierungsvarianten stehende studentische Potential; zweifellos vorhandene radikale Auffassungen wurden in ihrer Wirksamkeit möglicherweise überschätzt. Die Situation wurde schließlich insgesamt als kritisch diagnostiziert.

Diese Umstände hatten zur Folge, daß kommunikative Anstrengungen der Uni-Leitung verspätet einsetzten. Die eigene Situationsanalyse war zu diesem Zeitpunkt nicht intensiv genug vollzogen worden. Eine Alternative dazu wäre gewesen, die Informationserhebung mehrdimensional zu gestalten. Das erfolgte nicht. Damit war zunächst auch die Voraussetzung

kommen war – ein unter den gegebenen Umständen mehr als potentieller Protestadressat – wurden keine studentischen Aktionen erwartet. Dementsprechend wurde im Vorfeld auch nicht darüber nachgedacht, wie mit einer möglichen Protestsituation umzugehen sei. Als diese dann doch eintraf, so der Prorektor, „haben [wir] das sozusagen ... auf den Stapel gelegt, darüber muß man dann gelegentlich miteinander reden“ (PR 1998).

²⁸ Da im StuRa mit dem Streikausbruch eine andere Wirklichkeit erlebt wurde als die bisher unterstellte, setzte auch dort erst ein nachträgliches Bewußtwerden der Realität ein. Divergierende Wahrnehmungen und ein unterschiedlicher Vollzug dieses Prozesses führten natürlich auch zu unterschiedlichen Bewertungen innerhalb dieses Gremiums.

nicht gegeben, eine mit Erfolgsaussichten versehene Situationsbewältigungsstrategie zu implementieren.

2. Zieldefinition, Strategieentwicklung und Zielgruppenauswahl²⁹

Nach Beschluß des Streiks reagierte die Leitung der Leipziger Universität zunächst schnell, wenn sie auch ihre selektive Interaktionspraxis weiter aufrecht erhielt.³⁰ Rektor und Prorektoren hatten an der entscheidenden Abstimmung nicht teilnehmen können,³¹ baten aber umgehend um ein Gespräch mit VertreterInnen des StuRa. Dieses fand am frühen Abend im Rektorat statt. Im Ergebnis des Gesprächs und einer Beratung der Leitung wurde vom Rektorat eine Erklärung abgefaßt, die als Pressemitteilung und als Aushang am nächsten Tag an der Universität veröffentlicht wurde. Sie sei hier dokumentiert, weil sie für die folgenden Schritte der Analyse eine zentrale Rolle spielt:

„1. Das Rektorat hat großes Verständnis für die Sorge und Unruhe unter den Studierenden über die mangelhafte Ausstattung der Universitäten, durch die Studienbedingungen zunehmend negativ beeinflusst werden.

2. Bei allen Problemen, die mit Studienunterbrechungen verbunden sind, begrüßt das Rektorat die Ernsthaftigkeit und das Verantwortungsbewußtsein, mit denen sich die Studierenden der Analyse der Probleme und der Suche nach Lösungen annehmen, wie es in ihrem Konzept des „konstruktiven Streiks“ zum Ausdruck kommt.

3. Das Rektorat unterstützt das verstärkte hochschulpolitische Engagement der Studierenden und bittet die Professorinnen und Professoren, das Gespräch mit den Studierenden zu suchen und dafür auch Vorlesungen und Seminare zu nutzen.

4. Das Rektorat hofft, daß durch diesen Prozeß konstruktive Veränderungen auch in der Universität Leipzig gefördert werden.“

(Rektor und Kanzler: An alle Mitarbeiter der Universität Leipzig)

Damit hatte die Universität zunächst offiziell Stellung bezogen und zwar in einer weithin als eine wohlwollende Sicht des Protestes aufge-

²⁹ Sowohl Pressesprecher als auch Prorektor bestätigten, daß der Uni-Leitung keine aus langfristigen Erwägungen heraus entwickelte Konzeption vorlag, „die auch auf diese kritische Situation reagiert und sie einzuordnen und auch zu nutzen“ gewußt hätte „für unsere Absichten und Ziele“ (PS 1998). Demzufolge wird hier davon ausgegangen, daß eine auf die spezifische Situation reagierende Kommunikationsstrategie von der Leitung erst hätte erarbeitet werden müssen.

³⁰ Es muß hinzugefügt werden, daß auch der StuRa diese nicht in Frage stellte.

³¹ Der Pressesprecher erfuhr vom Streikbeschuß so: „[...] ich habe es, wenn ich es noch recht weiß, erfahren durch eine Anfrage oder Nachfrage des StuRa, wie positioniert sich das Rektorat dazu“ (PS 1998); letztendlich also durch die Aufforderung aus dem Rektorat, eine Reaktion der Leitung mit vorzubereiten. Er selbst war auf der Vollversammlung nicht anwesend.

faßten Art und Weise.³² Diese Einschätzung von einstweiliger Sympathie deckt sich auch mit den nachträglichen Erläuterungen des Prorektors:

„Also, wir hatten zunächst die Absicht deutlich zu machen, daß wir den Studentenprotest für berechtigt halten und selbst die ungewöhnliche Form, dann wenn sie rational begrenzt bleibt, für verantwortbar halten. Das heißt, wir wollten zunächst mal sagen, wir halten das nicht für Unsinn, was da passiert, sondern wir halten das für ein ernstzunehmendes Zeichen einer ernstzunehmenden Krise.“ (PR 1998)

Mit ihrer Erklärung hatte sich die Leitung in bestimmten Grenzen festgelegt. Als Handlungsalternative eigentlich ausgeschlossen war damit eine länger dauernde Beratung von Aktionsmöglichkeiten: Die geäußerte Hoffnung auf konstruktive Veränderungen an der eigenen Universität evozierte einen Prozeß, bei dem sich das Rektorat kaum zurückziehen konnte, vielmehr schnell eine aktiv gestaltende Rolle übernehmen mußte.

Nun hätte mit der Erklärung auf zweierlei Weise umgegangen werden können: Einmal hätte die Leitung eine solche Positionierung als singuläre Maßnahme betrachten und jeweils situationsadäquat entscheiden können. Zum anderen hätte das Papier aber auch das Gerüst für alle danach zu treffenden kommunikationspolitischen Maßnahmen abgeben und als einen räumlich-zeitlichen Kontext referierende Grundlegung für eine Kommunikationsstrategie dienen können.³³

Nun wird eine Entscheidung zwischen diesen Alternativen u.a. von der Art und dem Ergebnis der eigenen Rollendefinition (und davon abgeleitet einer Zieldefinition) beeinflusst³⁴ – was während eines studentischen Streiks vor allem eine Beantwortung der Frage meint, ob sich eine Universität in erster Linie als Protestadressat oder als Protestträger versteht, vielleicht auch als Vermittlungsinstanz oder als von allem etwas. Dieser Punkt muß geklärt werden, soll das Erscheinungsbild der Leitung strin-

³² Ähnlich war auch eine Äußerung des Pressesprechers zu verstehen: „Das Rektorat unterstützt das hochschulpolitische Engagement der Studenten. Wir kennen ihre Nöte zu genau.“ *BILD Leipzig*, 5.12.1997.

³³ Dies natürlich unter der Voraussetzung, daß sich die Handlungsbedingungen nicht grundlegend ändern (z.B. durch den Ausbruch von Gewalt gegen Menschen oder Sachen); eine solche Änderung war im vorliegenden Fall nicht gegeben.

³⁴ Daneben spielt eine sehr wichtige Rolle, ob die Hochschule sich bereits ein Leitbild für ihre Kommunikationspolitik erarbeitet hat (vgl. Nickel [1998]), in welchem auch die Beziehungen zu ihren Mitgliedern zu definieren wären: Hätte sie sich beispielsweise darin zum Ziel gesetzt, ihren Studierenden ein möglichst starkes Zugehörigkeitsgefühl zur Institution zu vermitteln, weil sie diese als spätere Informations- und Imageträger erkannt hat, würde ihre Rollen- und Zielbestimmung während einer studentischen Protestaktion anders sein müssen als im Falle einer eher anbieterorientierten Haltung gegenüber den Studierenden. – Die Universität Leipzig hatte sich bis zum Zeitpunkt der Interviews ein solches Leitbild nicht gegeben.

gent wirken. Die Rollendefinition fiel dem Leipziger Rektorat durchaus nicht leicht. Vielmehr, so der Prorektor, steckte die Uni-Leitung in einem taktischen Dilemma, da gleich nach der Weihnachtspause ein Gespräch mit dem Wissenschaftsminister stattfinden sollte und die Rahmenbedingungen dafür nicht von einem aktiven Protestverhalten der Universitätsleitung bestimmt sein sollten.

„[Es gab] aus dem neuformierten Rektorat auch nicht so klare Signale“, berichtete der Pressesprecher, „weil es wohl selbst noch mit der Gewinnung einer Position beschäftigt war, außer der generellen positiven Unterstützung für das Anliegen der Studierenden. Die Haltung, daß man nicht gut vor dem Antrittsbesuch in Dresden über die Medien mit dem Minister reden könne, war ja auch nachvollziehbar [...] So ist das ein bißchen pragmatisch gelaufen.“ (PS 1998)

Eine endgültige Definition ihrer eigenen Rolle fand die Universitätsleitung erst, nachdem sie nachholend eine Verbreiterung ihrer Informationsbasis in Angriff genommen hatte. Vor dem Hintergrund des beschlossenen Streiks drang man gegenüber dem StuRa darauf, eine Bündelung und Formulierung dessen zu erhalten, „was eigentlich der Wille der Studierenden ist“, so der Prorektor in der Rückschau. Eine solche Auskunft war vom StudentInnenRat nur indirekt zu erhalten – es war eine relativ kleine Arbeitsgruppe innerhalb der streikenden Studierenden, die sich an die Erhebung und Artikulation aller möglichen Problembereiche gemacht hatte und diese in einem Forderungskatalog zusammenfassen wollte. Dieser Forderungskatalog nahm jedoch in der Streiköffentlichkeit einen immer größeren Raum ein, und seine Entstehung war auch vom Rektorat aus zu verfolgen. Parallel zur begonnenen Erarbeitung des Kataloges erfolgte auch dort ein Klärungsprozeß und eine Zuweisung der an der eigenen Hochschule zu beobachtenden Probleme an drei prinzipielle Verursacherebenen: Universität, Land und Bund.³⁵ Mit dieser Einordnung konnte nun auch eine neue Definition der eigenen Rolle vorgenommen werden: Die Universität begriff sich letztlich als *kritischer Protestadressat*. Damit war auch eine Zieldefinition aufgezeigt, sich nämlich von jetzt an darauf zu konzentrieren, die an der eigenen Institution vorhandenen und vor allem von dieser zu verantwortenden Probleme gemeinsam mit den Studierenden anzugehen, wie dies auch im vierten Punkt der Erklärung schon angemerkt war.

„Und wenn wir die[se Probleme] selber in Ordnung bringen können und das auch tun miteinander, mit den Studierenden, dann werden wir glaubwürdiger, wenn wir dann nach außen paar Dinge fordern“, so der Prorektor (PR 1998).

Daraus ließ sich durchaus auch eine Kommunikationsstrategie für die Uni-Leitung ableiten: sich selbst als kritischen Protestadressaten begrei-

³⁵ Schriftlich artikuliert dann erst Ende Februar 1998 in Kähler (1998).

fend und Problemanalyse und -beseitigung an der Universität in den Blick nehmend einen Dialog mit den Studierenden zu initiieren und zu führen.

Der Prorektor: „insofern haben wir ... so was wie eine innere Öffentlichkeitsstrategie schon gehabt. Nämlich, daß die Beteiligten in Leipzig miteinander reden müssen und klären müssen, was können wir miteinander angehen“ (PR 1998).

Diese Einstellung implizierte, die Anliegen der Studierenden ernst zu nehmen und die von ihnen im Verlauf der Streikaktionen vielfältig erworbenen Kompetenzen produktiv für die gesamte Universität zu nutzen, den Studierenden eine Chance zu bieten, sich einzubringen. Mittelfristig erschlosse sich der Universität damit dauerhaft ein Ideen- und Aktionsreservoir und letztlich ließe sich die studentische Mobilisierung für integrative Zwecke nutzen.

Es bleibt zu fragen, mit welchen Kommunikationspartnern das Rektorat eine solche Kommunikationsstrategie verwirklichen wollte. Als primäre Zielgruppe identifiziert war ohne Zweifel die Studierendenschaft, dies ergab sich fast zwangsläufig aus den Ereignissen. Allerdings war zu entscheiden, über welche intermediären Instanzen die Kommunikation ihren Weg finden sollte.

3. Strategieimplementierung

Im folgenden wird einstweilen davon ausgegangen, daß die Uni-Leitung eine Kommunikationsstrategie, wie sie eben skizziert wurde, zumindest absichtsvoll verfolgte. Dabei wird diese als handlungsanweisende Grundlegung unterstellt, um im Ergebnis die Frage beantworten zu können, wie zielorientiert einzelne Elemente der Strategieimplementierung jeweils gewesen sind.

Werfen wir zunächst einen kurzen Blick auf die *Strukturen*: Die interessierenden Struktureinheiten sind – als potentiellen Träger einer universitären Kommunikationspolitik – das Rektorat und die als Stabsstelle angeordnete Pressestelle. Eine situationsspezifische Veränderung der Strukturen während des Streiks erfolgte nicht – ein „Krisenstab“ des Rektorats in den Tagen des Streiks etwa wurde nicht installiert.

Die Rollenstruktur sieht vor, daß das Rektorat die Universität leitet und ihre Geschäfte führt. Neben anderen Aufgaben ist ihr auch die Positionierung der Universität in der Öffentlichkeit zuzuordnen. Die gesamte Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Universität Leipzig wurde zum Untersuchungszeitpunkt in der Pressestelle geleistet.³⁶

³⁶ Im Vorfeld der Wahl zum neuen Rektorat war von den beiden angetretenen Kandidatenteams die Einrichtung eines Dezernats für strategische Öffentlichkeitsarbeit ab-

Zur Kommunikationsstruktur (i.e.S.) ist zu sagen, daß es substantielle Kontakte zwischen dem neuen Rektorat und der Pressestelle erst nach Amtsantritt gab. Während des Streiks tagte das Rektoratskollegium weiter in der bisherigen Form – d.h. ohne den Pressesprecher:³⁷ „Ich bin ständiger Gast im Senat, aber ich nehme ja nicht an den Rektoratssitzungen teil, wo die aktuelle Politik beschlossen wird“ (PS 1998).

Rektorat und Pressestelle erfüllen verschiedene *Funktionen*: Der festgelegte Aufgabenkanon der Pressestelle umfaßt hauptsächlich Aufgaben der inneren Kommunikation, daneben Elemente der Öffentlichkeitsarbeit und schließlich das gesamte Spektrum der klassischen Pressearbeit. Die Entwicklung von Konzepten zur Reaktion auf studentische Protestaktionen wurde nicht als Aufgabe verstanden. Während des Streiks kam es zu keiner situationsspezifischen Ausgestaltung des Aufgabenkataloges der Pressestelle. Ein Auftrag zur Entwicklung spezieller Medien zur schnellen und ausgedehnten inneruniversitären Kommunikation beispielsweise erging nicht.

Deutlich zutage trat in den Interviews eine Differenz zwischen der jeweiligen Funktionszuweisung und der Funktionswahrnehmung von Rektorat und Pressestelle. So erwartete der Pressesprecher vom Rektorat mehr als geschehen eine Abforderung seiner eigenen Leistung und eine stärkere Einbeziehung in die verschiedenen Ebenen der Situationsbewältigung. Vor allem in den Phasen der Beratung und der Durchführung einer Kommunikationsstrategie hätte er sich eine intensive Zusammenarbeit vorstellen können.

„[...] die Pressestelle war da nicht so eng mit einbezogen [...] Dabei denke ich schon, daß sie ihre Erfahrungen im Umgang mit Medien auch bei Protest- und Streikangelegenheiten stärker hätte mit einbringen können. Sie zu derartigen Besprechungen mit hinzuzuziehen, kann ja nicht soviel Umstände machen“ (PS 1998).

Der Prorektor dagegen formulierte die Erwartung, daß innerhalb der Verwaltungseinheiten, die der Uni-Leitung zugehören, aktive Reaktionsvorschläge gemacht werden (ohne daß er die Aufgabenerfüllung in der Struktur zugeordnet hätte). Dabei betonte er den konzeptionellen Charakter solcher Ratschläge, die eine situationsangepaßte Entscheidung nicht ersetzen könnten:

sichtsweise geäußert worden. Zum Zeitpunkt der Interviews (April 1998) befand sich dieses Dezernat in Gründung, hatte allerdings aufgrund einer universitätsinternen Auseinandersetzung um seine Stellenausstattung seine Arbeit erst begrenzt aufgenommen. Zum Zeitpunkt des Streiks spielte dieses Dezernat noch keine Rolle.

³⁷ Bei der Beratung und Formulierung der Erklärung des Rektorats am 3.12.1997 war der Pressesprecher zugegen.

„Gewünscht hätte ich mir, daß wir eine funktionierende, offensive Öffentlichkeitsarbeit haben, die in solchen Fragen schon mal überlegt, was kann man tun. Auf der anderen Seite, denke ich, ist [...] deutlich [...], daß praktische Politik, egal wo, in der Hochschule oder sonstwo, nicht auf dem Reißbrett entworfen werden kann und durchgeführt wird, sondern sie ist immer ein Vektorverfahren, wo verschiedene Dinge und Entwicklungen zusammenkommen.“ (PR 1998)

Fragt man nach der Zielorientierung von Strukturen und Funktionen, so wurde der Reaktionsprozeß der Leitung also vor allem durch Funktionsblockaden zwischen Rektorat und Pressestelle behindert. Die reziproken Funktionszuweisungen von Pressestelle und Rektorat sahen anders aus als die jeweiligen Funktionserfüllungen. Dies kann als für die Strategieimplementierung dysfunktional angesehen werden. Eine zielorientierte Kooperation konnte so nur vereinzelt zustande kommen. Da sich zudem der Aufgabenkanon der Pressestelle nicht änderte und die vorhandene Aufgabenbeschreibung unzureichend die Situation eines Studierendenstreiks abdeckte, wurde von dort auch nur wenig zur Ausgestaltung der Kommunikationsstrategie beigetragen. Ebenfalls hätte eine Strukturverdichtung und Straffung der rektoratsinternen Interaktion durch die Hinzuziehung der kommunikationspolitischen Erfahrungen der Pressestelle zu den Beratungen eine effizientere Strategieimplementierung ermöglichen können.

Verstanden im Sinne von *Organisationsverhalten*³⁸ ist auch das soziale Handeln der Leitungsangehörigen interessant, soweit es in Zusammenhang mit der Umsetzung der Kommunikationsstrategie stand:

Da mit allen Studierenden der Hochschule schwerlich direkt zu kommunizieren war, mußten geeignete Medien gefunden werden, um die Anliegen des Rektorats zu transportieren. Als alleinigen Ansprechpartner in Sachen Protest betrachtete man in Leipzig weiter den StuRa. Aus der vorangegangenen Darstellung nun dürfte deutlich geworden sein, daß die kreativen, problemorientiert arbeitenden Träger des Protestes nicht vornehmlich in der studentischen Selbstverwaltung zu suchen waren. Doch eine direkte Kommunikation etwa mit den VertreterInnen des Streikbüros lehnte das Rektorat ab mit der Begründung, diese seien nicht demokratisch legitimiert. Die Auswahl der Kommunikationspartner folgte somit der normativ geprägten Perspektive der Situationsanalyse.³⁹ In diese

³⁸ Endruweit (1981), S. 130

³⁹ Hier soll keinesfalls dafür plädiert werden, die studentischen Selbstverwaltungsorgane auszuhebeln – für eine Uni-Leitung kann es aber aus vielen Gründen sehr sinnvoll sein, die Kommunikationsbasis (nicht nur bei Studierendenstreiks) zu verbreitern, z.B. um Distanz abzubauen, um Glaubwürdigkeit und Vertrauen als Grundlagen für eine dialogische Kommunikation überhaupt zu gewinnen, um die eigene Position zu

Auswahl mischten sich externe Zwecke und es ist daher zu untersuchen, wie deckungsfähig und damit zielkonform sie war im Sinne der installierten Kommunikationsstrategie.

Ziel der Leitung war, „daß die Beteiligten in Leipzig miteinander reden müssen und klären müssen, was können wir miteinander angehen“⁴⁰ – also ein dialogisches, integrierendes Kommunikationskonzept. Als Beteiligte der Situation Streik sollte man freilich nicht nur die streikenden Studierenden verstehen, sondern auch die nicht-streikenden, deren Abstinenz oder Opposition ja nicht umstandslos gleichgesetzt werden kann mit Wohlbehagen an der universitären Situation. Soll nun ein integrativer Ansatz von Kommunikation von Erfolg gekrönt sein, ist ein offener Prozeß von Vertrauensbildung mit allen Mitgliedern der Organisation nötig, welcher gerade nicht durch Ausschluß und durch den öffentlichen Eindruck faktischer Prädisponierung der Uni-Leitung (s.u.) erreicht werden dürfte. Erscheint daher das bewußte Herausnehmen einer ganzen Reihe von (bestenfalls situativ legitimierten) RepräsentantInnen der Protestierenden aus der Gruppe der direkten Kommunikationspartner schon als wenig zielorientiert, so ist die öffentliche Vernachlässigung der nicht aktiv protestierenden Mehrheit erst recht nicht zielkonform. Als Verhaltensalternative dazu hätten sich beispielsweise angeboten, eine oder mehrere offene Sonderausgaben des Uni-Journals (z.B. in zeitungähnlicher Form) herauszugeben oder frühzeitig Diskussionsforen zwischen Rektorat und Studierenden zu organisieren.⁴¹ Insbesondere das Angebot von Diskussionsmöglichkeiten⁴² hätte das in der Erklärung angekündigte dialogische Verständnis von Kommunikation fundamentieren können.

Nun hat dialogische Kommunikation nicht nur Ergebnisoffenheit zur Voraussetzung, sondern auch die schlichte Präsenz der Kommunikationspartner. Im Leipziger Fall ist jedoch auffällig, daß nicht nur der Erklärung des Rektorats vom ersten Streiktag, die Unterstützung verheißen hatte, anschließend keine praktischen Umsetzungen folgten, sondern daß vielmehr das Rektorat in der öffentlichen Wahrnehmung bis zur Vollver-

erklären, um Anerkennung von Engagement zu vermitteln, um Konflikte zu vermeiden.

⁴⁰ PR 1998. Hervorhebung d.A.

⁴¹ Ebenfalls hätte auf der Homepage der Uni informiert werden können bzw. ein Informationsangebot von Uni und StuRa erstellt werden können, welches auch der Diskussion hätte dienen können (vgl. in Ansätzen: Homepage HUB).

⁴² Z.B. in der Form einer Podiumsdiskussion, eines öffentlichen Gesprächs über Ziele und Probleme des Streiks, einer gemeinsam mit dem Streikbüro oder dem StuRa veranstalteten Kolloquiumsreihe zur Hochschulpolitik, einer gemeinsam vorbereiteten und durchgeführten Tagung zum Forderungskatalog etc.

sammlung am 11.12.1997 gänzlich in der Versenkung verschwand: In den studentischen Medien wie der *Streikzeitung* und auch in der lokalen Presse wurden keine Äußerungen der Universität mehr vermeldet, auf studentischen Foren tauchte sie nicht auf und sie organisierte auch keine eigene Öffentlichkeit.

Die Erklärung dieser Abstinenz lag nun unzweifelhaft im gerade stattgefundenen Rektoratswechsel und den damit einhergehenden Einarbeitungsprozessen der neuen Amtsträger. Daß der neue Rektor auf den Vollversammlungen nicht auftrat, ist funktionsspezifisch sicher nicht zielorientiert, individuell aber nachvollziehbar. Dies lenkt den Blick auf andere Ressourcen der Uni-Leitung, die in Zeiten personellen Wechsels die institutionelle Kontinuität wahren sollten: z.B. die Pressestelle. Deren Aufgabenwahrnehmung unterschied sich, wie gezeigt, jedoch auch nicht von der alltäglichen. Das heißt, die (universitäts-)öffentliche Präsenz der Leitung war stark eingeschränkt. Auf diese Art gelang es letztlich der Uni-Leitung nicht, ihre strategischen Absichten, von denen ja ausgegangen wird, zu veröffentlichen, sie sichtbar zu machen. Extern konnte deshalb leicht die Auffassung entstehen, daß die in der Erklärung der Uni-Leitung mitgeteilte Streikunterstützung und Gesprächsaufforderung in den Intentionen ihrer Urheber nur von begrenzter Natur und auch nicht als Anfangspunkt für einen umfangreichen kommunikativen Prozeß innerhalb der Universität gedacht war, das eigentliche Ziel des Rektorats vielmehr von Beginn an in einer schnellstmöglichen Beendigung des Streiks bestand.⁴³ Gebündelt erschien dieser Eindruck dann häufig in dem Vorwurf, die Universität habe den Protest nicht nachhaltig befürwortet:

„Wir haben jetzt ständig damit zu tun“, so der Prorektor im Interview, „daß wir immer wieder gefragt werden, warum wir uns nicht hinter die Studierenden gestellt haben. Die Erklärung ist offenbar nicht wirklich angekommen, sondern sie ist überlagert worden auch durch die öffentlichkeitswirksamen Vollversammlungen dann in der Woche danach.“ (PR 1998)

Ausgehend von der oben dargestellten, erst langsam Ergebnisse zeitigenden Rollendefinition kann vermutet werden, daß die Erklärung vom 3.12.1997 dem Rektorat primär eine Pause zur Reflexion hatte bieten sollen. Damit würde auch verständlich, warum keine weiteren Aktionen von Seiten der Uni-Leitung bemerkbar waren. Dies vermittelte der Text

⁴³ Die öffentlich begrenzte Reichweite der Erklärung wurde vom Prorektor so begründet: „Daß das [die Unterstützungserklärung] im Kommuniké-Stil passieren mußte und daß wir zugleich auch sagen mußten, daß ein Streik eine Metapher darstellt, da eben keine Identität von Arbeitsstreik und studentischem Veranstaltungsboykott, oder wie immer man die Vokabeln wählt, gegeben ist, das mußten wir schon auch dazu sagen und das hat dann offenbar die Wirkung dieser Geschichte deutlich begrenzt.“ (PR 1998)

der Rektoratserklärung letztlich jedoch nicht. Vielmehr ließ er in der Folge aktive Teilhabe der Universität an einem ergebnisoffenen, dialogisch geprägten Prozeß der Problemsuche und -lösung erwarten. Auch die vom Prorektor berichtete Intention des „Miteinander-Reden-Müssens“ ließ eine solche Perspektive zu. Hier klafften Erwartungen und erlebte Realität auseinander bzw. mitgeteilte Intentionen spiegelten sich nicht in realem Handeln.

Diese Folie legte sich endlich auch auf die Wortmeldung des Prorektors auf der letzten, den Streik beschließenden Vollversammlung, wo er unvermittelt zu einer Stellungnahme am Mikrofon aufgefordert worden war. Die Folge dieser für ihn überraschenden Situation war ein „ungewohnter Satz“: In dem Bewußtsein, daß die Stimmung innerhalb der Studierendenschaft immer weniger von Protestbereitschaft geprägt war, drohte er, wenn der Streik weiter fortgesetzt würde, mit Nichtanerkennung des Semesters und mit Exmatrikulation.

„Und das war ein Satz, den ich nie so gesagt hätte, wenn ich irgendwas vorformuliert hätte. Ich hätte im Grunde sagen müssen: ‚Dann wissen wir auch nicht mehr, was wir machen sollen‘, statt: ‚Dann wissen wir, was wir machen sollen.‘ Denn [...] das, was dann als Drohung empfunden worden ist und was vom Gestus sicher auch eine Drohung war, da will ich überhaupt nicht drum rum reden, sollte sein und wäre bei [...] vorbedachtem, kühlem Statement die Beschreibung der Lage gewesen. [...] Und ich habe dann sofort gesagt, [...] ich kann gar nicht exmatrikulieren, selbst wenn ich das wollen würde [...], ich bitte Sie, mich so zu verstehen, daß wir weiter reden müssen. [...] Das heißt, es ist spontane, ungeprüfte, [...] weder abgestimmte noch gewollte Reaktion gewesen, sondern war im Grunde ein Stück Hilflosigkeit.“ (PR 1998)

Letztlich war eine vom Prorektor als in der Form „nicht besonders glücklich“ beurteilte Äußerung gefallen, die auch in seiner Wahrnehmung nicht einmal ihre intendierte Wirkung entfalten konnte: „[...] ich denke, daß die Abstimmung, die dann mit Zweidrittelmehrheit für die Fortsetzung des Studiums gelaufen ist, schon lange vorher klar war“ (PR 1998). Aus den folgenden Reaktionen ist allerdings abzulesen, daß mit diesem unfreundlichem Ausgang des Streiks einiges an schöpferischem Potential auf studentischer Seite verprellt worden ist.⁴⁴ Kreativ vorgebrachte und von den Studierenden selbst als konstruktiv interpretierte Kritik war offensichtlich in Ernüchterung umgeschlagen. Damit war zunächst auch die Chance vertan, aus der vorweihnachtlichen Protestbewegung heraus gemeinsam – Uni-Leitung und Studierende – ein Ideen- und Aktionsreservoir zur Bewältigung der innerhalb der Universität bestehenden Probleme

⁴⁴ Darauf wies ebenfalls das geringe Interesse an einer auch als „Reparatur“ gedachten Podiumsdiskussion mit VertreterInnen von StuRa und Rektorat am 8.1.1998 hin. Siehe auch *Unisüx*, Februar 1998, S. 8.

zu bewahren. Anders gesagt: Die formulierte Strategie einer dialogischen Kommunikation zur gemeinsamen Problemanalyse und -lösung wurde mit dem Auftritt des Prorektors geradezu konterkariert.

Die *Evaluation* des Geschehenen innerhalb der Uni-Leitung fand auf unterschiedliche Weise statt. Die Pressestelle beschäftigte sich nach dem Abflauen der Proteste überhaupt nicht mehr mit den Vorgängen im Dezember 1997. Im Rektorat dagegen fand ein abgestufter Evaluationsprozeß statt. Zum Zeitpunkt des Interviews stand eine Klausurtagung bevor, die sich u.a. auch mit dem Studierendenstreik befassen sollte und neben einer Beratung über den weiteren Umgang mit dem studentischen Forderungskatalog auch die Reaktionen des Rektorats auf den Streik im Dezember thematisieren sollte. Als sofortige Maßnahme wurde vom Prorektor ein monatlicher, regelmäßiger Gesprächstermin mit dem StudentInnenRat installiert, „der schon auch dem dient, daß wir spontane Krisen nach Möglichkeit vorhersehen und dann vorher bearbeiten“. Im Interview stellte er schon fest, daß jetzt eine „andere Gesprächsatmosphäre und eine andere Arbeitsatmosphäre“ herrsche.⁴⁵

Auf die Frage an den Pressesprecher, ob er in die rektoratsseitigen Evaluationsprozesse einbezogen war, reagierte dieser verneinend. Dieses Interview fand einige Wochen nach demjenigen mit dem Prorektor statt. Auch an der Klausurtagung hatte der Pressesprecher nicht teilgenommen.

Resümee

Die Ergebnisse dieser Untersuchung lassen sich in einem Satz zusammenfassen: Die interne Kommunikationspolitik der Leitung der Universität Leipzig während des Studierendenstreiks 1997 war eindeutig suboptimal.

Im einzelnen bedeutet das:

1. Die kommunikativen Anstrengungen der Uni-Leitung setzten verspätet ein. Die eigene Situationsanalyse war zu einem Zeitpunkt, zu dem eine reflektierte und gezielte Kommunikation hätte spätestens beginnen müssen, nicht intensiv genug vollzogen worden. Die damit zusammenhängende Einschätzung der Protestwahrscheinlichkeit führte vor allem deshalb zu falschen Ergebnissen, weil man sich zur Beschaffung von Informationen mit dem StudentInnenRat eines Mediums bedient hatte, welches selbst nicht zuverlässig Auskunft geben konnte und Informationsasymmetrien weiterleitete. Ein Alternative dazu wäre gewe-

⁴⁵ Und weiter: „Das ist sozusagen konkrete Arbeit am konkreten Problem und zugleich Methode, wie kann man die inneruniversitäre Öffentlichkeit stärken und von dieser inneruniversitären Öffentlichkeit her Studierende wirklich ernst nehmen“ (PR 1998).

sen, die Informationserhebung mehrdimensional zu gestalten. Das erfolgte nicht. Damit war zunächst auch die Voraussetzung nicht gegeben, eine mit Erfolgsaussichten versehene Situationsbewältigungsstrategie zu implementieren.

2. Nach einer nachträglich erfolgten Erweiterung der Informationsbasis kam man zu einer Rollen- und Zieldefinition. Daraus ließ sich das Gerüst einer Kommunikationsstrategie für die Uni-Leitung ableiten: sich selbst als kritischen Protestadressaten begreifend und Problemanalyse und -beseitigung an der Universität in den Blick nehmend einen Dialog mit den protestierenden Studierenden zu initiieren und zu führen.
3. Die Implementierung dieser Gerüststrategie dagegen gelang kaum: Zwar waren die Struktureinheiten, die sie potentiell tragen hätten können, ausreichend entwickelt, Funktionsblockaden zwischen Rektorat und Pressestelle jedoch führten zu starken Behinderungen. Daneben läßt sich im Ergebnis der Untersuchung vermuten, daß das Angebot der Uni-Leitung, mit den Studierenden über Probleme und Problemlösungen zu reden, nicht voraussetzungslos gedacht war: Zumindest nach der Verlängerung des Streikes rückte die (administrativ begründete) Absicht in den Vordergrund, den Streik schnellstmöglich zu beenden. Dies ist jedoch eine andere Zielbestimmung als die später behauptete und auch kaum in Deckung zu bringen mit einer Strategie dialogischer Kommunikation.
4. Das öffentlich wahrnehmbare Verhalten einzelner Mitglieder der Universitätsleitung unterstützte diesen Eindruck und führte dazu, daß alle mit der weithin als Unterstützung aufgefaßten Erklärung der Uni-Leitung vom 3.12.1997 und mit späteren Überlegungen verknüpften positiven Wahrnehmungen hinfällig wurden. Das Rektorat erschien letztlich als unsolidarisch, nicht wirklich kommunikationsbereit, Studierende nötigend, kurz: desintegrierend.

Die Ergebnisse einer Fallstudie tragen natürlich singulären Charakter. Sie wären u.U. zu verändern, jedenfalls zu präzisieren, wenn die Kommunikationspolitik in Protestsituationen auch an anderen Hochschulen in Augenschein genommen würde.

Benutzte Quellen und Literatur:

Bretschneider, Falk/Pasternack, Peer (1998): Die deutsche Hochschulreformindustrie und die sächsische Reformmanufaktur, in: *hochschule ost* 4/1998, Leipzig, S. 85-99.

BILD Leipzig (Leipzig).

Endruweit, Günter (1981): Organisationssoziologie. Berlin/New York.

Freie Presse (Chemnitz).

Grunig, James E./Hunt, Todd (1984): *Managing Public Relations*. Fort Worth.

Homepage HUB: Humboldt-Universität zu Berlin, <http://www.hu-berlin.de/hu0.html> (12.3.1998).

HRK (1995): Hochschulrektorenkonferenz (Hrsg.): Zur Öffentlichkeitsarbeit der Hochschulen. Empfehlung des 176. Plenums der HRK (3.7.1995). Bonn.

Info. Informationsbroschüre des StudentInnenRates (Leipzig).

Kähler, Christoph (1998): Editorial, in: *Universität Leipzig* 1/1998, S. 1.

Köhler, Thomas/Gapski, Jörg (1998): Solidarität und Spaltung. Konfliktlinien im Studierendenmilieu, in: Schmidt, Susanne/Hawel, Marcus (Hrsg.): Vom Nutzen der Kritik. Perspektiven der Studierenden und ihrer Proteste. Diskussionsbeiträge des Instituts für Politische Wissenschaft der Universität Hannover (Bd. 23). Hannover.

Leipziger Volkszeitung (Leipzig).

Nickel, Sigrun (1998): Erfolgreiche Provokation – die Gestaltung des Kommunikationsprozesses während der Profilbildung der Hochschule für Wirtschaft und Politik, in: Müller-Böhlting, Detlef/Zechlin, Lothar u.a. (Hrsg.): Strategieentwicklung an Hochschulen. Gütersloh.

Nietiedt, Thomas (1998): Kommunikationspolitik für Hochschulen. Analyse und Instrumentarium. Frankfurt/M., Berlin u.a.

PR 1998: Interview mit Christoph Kähler, Prorektor für Lehre und Studium der Universität Leipzig. Geführt am 2.4.1998.

Protokolle der Stura-Plenumsitzungen vom 11.11.1997 und 25.11.1997 (unveröff.).

PS 1998: Interview mit Volker Schulte, Leiter der Pressestelle der Universität Leipzig. Geführt am 28. 4.1998.

Rektor und Kanzler (1997): An die Mitarbeiter der Universität Leipzig (3.12.1997). Leipzig.

Sächsische Zeitung (Dresden).

SHG: Sächsisches Hochschulgesetz vom 4.8.1993.

Signitzer, Benno (1988): Public-Relations-Forschung im Überblick, in: *Publizistik* 1/1988, S. 92-116.

Streikzeitung (hrsg. vom Arbeitskreis Info und der StudentInnenzeitschrift *Unisäx*), Nr. 1-5 (Numerierung beginnend mit 2). Leipzig 1997.

Unisäx. Leipziger StudentInnenzeitschrift. (Leipzig).

Das neue Hochschulrahmengesetz ist nicht die Hochschulreform

Thomas Nele
Leipzig/Berlin

Gegen staatliche Regulierung, gegen die Einheitshochschule und für mehr Wettbewerb soll das neue Hochschulrahmengesetz (HRG), so der damalige Bundesminister Rüttgers in der Einleitung der vom Bundesministerium

für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (bmb+f) herausgegebenen Broschüre „HRG“, wirken. Wie das Gesetz zustande kam, welche Regelungen neu sind, ob diese den aktuellen Diskussionsstand aufgreifen und zur Problemlösung geeignet sind – hierauf wird nachfolgend eingegangen.

Zwischen Beitritt und Bundestagswahl 1998 – das Gesetzgebungsverfahren

Die Wissenschafts- und Forschungspolitik tritt selten aus dem seit Jahren anhaltenden Schattendasein hervor.¹ Erst das nunmehr abgeschlossene Gesetzgebungsverfahren zum HRG hat es – sieht man vom „Bildungsgipfel 1993 ab – geschafft, das Thema Bildung und Wissenschaft kurzfristig (wohl auch oberflächlich) in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses zu stellen.²

Landesgesetzgebungskompetenz für das Hochschulwesen: Der letzte große Aufbruch zur Änderung des westdeutschen Hochschul- und Wissenschaftssystems – die Enquete-Kommission „Zukünftige Bildungspolitik-Bildung 2000“³ – ging 1990 mit ihren Ergebnissen und Plänen im Vereinigungsprozeß und der nachfolgenden Umstrukturierung des ostdeutschen Wissenschaftssystems unter. Erst die 1992 einsetzende Umverteilung von

¹ Vgl. kritisch zur Rolle der Bildungspolitik im Wahlkampf 1998 Sabine Etzold, Thema ohne Glanz, in: *Die Zeit* v. 10.09.1998, S. 42

² Vgl. zur HRG-Novelle auch Michael Daxner, Das neue HRG – (K)eine Hoffnung auf Erneuerung, in: *Kritische Justiz* 1998, 30-44.

³ BT-Drs. 11/1448

Finanzmitteln beim Bund und den Ländern, die „10 Thesen zur Hochschulpolitik“ des Wissenschaftsrates, das sog. „Eckwertepapier“ einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Vorbereitung des bildungspolitischen Spitzengesprächs 1993 und die von KMK/HRK vorgelegten „Vorschläge zur Umsetzung der Studienstrukturreform“ konnten einen – qualitativ ganz andersartigen – nunmehr in einer Gesetzesnovelle mündenden Diskussionsprozeß befördern. Die zu diesem Zeitpunkt vorgeschlagenen Maßnahmen (Deregulierung, Stärkung und Professionalisierung der Leitungsstrukturen, Professur auf Zeit, Zwangsstudienberatung, Freiversuch, Studiengebühren, Zwischenprüfung, Studienzeitreduzierung, Globalhaushalte) wurden nachfolgend in den Ländern⁴ aufgegriffen und insbesondere bei der erstmaligen Verabschiedung von Landeshochschulgesetzen in den ostdeutschen Bundesländern (nicht immer in Übereinstimmung mit dem HRG)⁵ berücksichtigt. Das Rahmenrecht wurde faktisch zurückgedrängt. Daneben gab es im Rahmen der Tätigkeit der Gemeinsamen Verfassungskommission 1994 das Bestreben, die Gesetzgebungskompetenz für den Bereich des Hochschulwesens auf die Länder zu übertragen. Zwar wurde dies nicht realisiert. Mit der Neufassung des Art. 75 Abs. 2 GG wurden jedoch die Anforderungen an rahmenrechtliche Regelungen wie das HRG verschärft. Schließlich kam es nachfolgend zu Bestrebungen der Länder, zunächst im Rahmen echter Modellprojekte von den HRG-Regelungen abweichen zu wollen. Nordrhein-Westfalen brachte daher im März 1996 einen Antrag in den Bundesrat ein, der zur Aufnahme einer sog. Erprobungsklausel in das HRG führen sollte.⁶ All dies führte zu einer erheblichen Schwächung des Bundes im Hochschulbereich.

Vom Strategiepapier zum Gesetzentwurf: Da man sich im bmb+f der bestehenden Probleme offenbar bewußt war, wurde im August 1996 ein (wie immer wieder betont wurde) unautorisiertes Arbeitspapier als Diskussionsgrundlage für die Novellierung des HRG in der Öffentlichkeit lanciert. Nachdem im November 1996 ein „Hochschulreform-Forum“ im bmb+f stattgefunden hatte, legte das Ministerium Anfang 1997 das Papier „Hochschulen für das 21. Jahrhundert“ vor, das im April 1997 in einem

⁴ Beispielhaft sei auf das Universitätsgesetz NRW vom 03.08.1993 (GVBl. NRW 1993, 532) und die dazu ergangene Entscheidung des BVerfG (E 93, 85 ff.), das Sächsische HSG vom 04.08.1993 (GVBl. S. 1993, 691) und die umfassenden Ausführungen Andreas Kehler, Aggiornamento im Hochschulrecht, in: Gerd Köhler (Hrsg.), Aggiornamento im Hochschulrecht, Frankfurt/M. 1997 verwiesen.

⁵ Exemplarisch Dallinger, Die Dienstaufgaben des Hochschulpersonals nach Art und Umfang, WissR 1996, S. 101-116 zu den Dienstaufgaben nach dem Sächsischen HSG.

⁶ BR-Drs. 219/96; BT-Drs. 13/5358

Entwurf für ein Änderungsgesetz des HRG umgesetzt wurde. Dem war Sachsen noch im März 1997 mit einem eigenen Entwurf für ein neues HRG zugekommen. Fernab der Öffentlichkeit waren im Frühjahr 1997 die Positionen für die Neuregelung des HRG bis in Detailfragen diskutiert worden. Eine vom bmb+f und der KMK, die gemeinsame Positionen zur HRG-Novelle im Beschluß „Hochschulen und Hochschulpolitik vor neuen Herausforderungen“ am 28.02.1997 fixiert hatte, eingesetzte Arbeitsgruppe erarbeitete schließlich eine gemeinsame Novelle, die beim Treffen der Ministerpräsidenten mit dem Bundeskanzler über die Hochschulreform am 03.07.1997 zustimmend zur Kenntnis genommen wurde.⁷ Beim am 05.07.1997 durchgeführten Treffen des damaligen Bundesministers Rüttgers mit ausgewählten Kultusministern zur HRG-Novelle konnte dann keine Einigkeit mehr erzielt werden.

Das förmliche Verfahren: Gleichwohl legte das bmb+f unter Datum vom 21.08.1997 den Regierungsentwurf für das neue HRG vor, der in der Fassung vom 24.09.1997⁸ am 30.10.1997 zur 1. Lesung im Bundestag kam.⁹ Gegenstand der Lesung im Bundestag waren daneben der am 24.10.1998 von Bündnis 90/Die Grünen eingebrachte HRG-Entwurf,¹⁰ ein von Bündnis 90/Die Grünen unter Datum vom 14.11.1996 eingebrachter Gesetzentwurf zur Reform der Personalstruktur¹¹ und ein Antrag der PDS.¹² Der vom Freien Zusammenschluß von Studierendenvertretungen (fzs) vorgelegte Gesetzentwurf blieb im Gesetzgebungsverfahren hingegen weitgehend unbeachtet.¹³ Der zuständige Bundesratsausschuß hatte sich bereits am 20.10.1997 mit dem Gesetzentwurf befaßt,¹⁴ wobei neben der Klarstellung der Zustimmungspflicht des Bundesrates Änderungen des § 5

⁷ FAZ v. 05.07.1997, S. 4

⁸ BT-Drs. 13/8796; BR-Drs. 724/97 (26.09.1997)

⁹ Deutscher Bundestag, Stenographische Berichte, 200. Sitzung, Plenarprotokoll 13/200, S. 17998 ff.

¹⁰ BT-Drs. 13/8824 (24.10.1997)

¹¹ BT-Drs. 13/6121

¹² BT-Drs. 13/8847 (28.10.1997)

¹³ Vgl. aber Stellungnahme des fzs zur Anhörung des BT-Ausschusses am 08.12.1997, A-Drs. 13-760w.

¹⁴ Als Episode am Rande sei angemerkt, daß die Vertreter der Länder Sachsen und Bayern im Ausschuß erklärten, daß sie grundsätzliche alle Sachanträge in der Beratung ablehnen, auch wenn sie im Einzelfall einer vorgeschlagenen Änderung Sympathie entgegenbringen könnten, da sie sich an den Bund-Länder-Kompromiß gebunden fühlten.

HRG-E,¹⁵ des § 19 Abs. 3 Satz 1 HRG-E¹⁶ und eine Verankerung des Verbotes von Studiengebühren beschlossen, die Aufnahme einer Öffnungsklausel in § 57a HRG, die den Abschluß eines Tarifvertrages zur Zulässigkeit der Befristung von Beschäftigungsverhältnissen ermöglicht hätte, jedoch abgelehnt wurde. Der Bundesrat beschloß auf seiner 718. Sitzung am 07.11.1997 zum Gesetzentwurf Stellung zu nehmen.

Am 08.12.1997 fand eine öffentliche Anhörung des zuständigen Ausschusses des Bundestages statt, der den zahlreichen geladenen Verbänden und Einzelpersonen die Gelegenheit zur kritischen Stellungnahme bot.¹⁷ Der Bundestagsausschuß legte unter Datum vom 09.02.1998 seinen Bericht vor.¹⁸ Er schlug dem Bundestag u.a. Änderungen zur Frauenförderung (§§ 3, 5, 6 und 42 HRG-E), zum Schutz Studierender mit Kind (§ 16 HRG-E) und zur Befristung von Beschäftigungsverträgen im Medizinbereich (§ 57c HRG) vor. Innerhalb der Beratungen war es zur Streichung der vorgesehenen Regelung zur Befristung von Berufungszusagen der Professoren gekommen, da die KMK zwischenzeitlich eine Vereinbarung getroffen hatte.¹⁹ Die Mehrheit lehnte trotz vorgelegter Gutachten der Professoren Erichsen und Krüger auch im Ausschuß die Zustimmungspflicht des Bundesrates und eine entsprechende Gesetzesfassung ab.²⁰ Die für den Landesgesetzgeber verpflichtende Verankerung der Verfaßten Studierendenschaft in § 41 HRG scheiterte wie die Aufnahme einer Öffnungsklausel für Tarifverträge in § 57a HRG im Ausschuß. Die SPD brachte ihre Forderungen erneut mit Entschließungsantrag und einzelnen Änderungsanträgen vom 11.02.1998 in den Bundestag ein.²¹

Mit den Stimmen der Regierungskoalition wurde das Gesetz am 13.02.1998 unter Ablehnung der sonstigen Gesetzentwürfe und Änderungsanträge verabschiedet.²² Der Bundesrat verweigerte am 06.03.1998

¹⁵ Auf Antrag der Länder Hamburg und Sachsen-Anhalt wurde (gegen verfassungsrechtliche Bedenken Niedersachsens) mehrheitlich beschlossen, daß Fortschritte bei der Erfüllung des Gleichstellungsauftrages bei der staatlichen Finanzierung zu berücksichtigen sind, was vom Bundesgesetzgeber als § 5 Satz 2 HRG übernommen wurde.

¹⁶ Fachhochschulen hätten nach der Fassung des Gesetzentwurfes jedenfalls bei Aufbaustudiengängen keine Diplomgrade vergeben können. Auch diesen Änderungsvorschlag hat sich der Bundesgesetzgeber zu eigen gemacht, und die Passage im Gesetzentwurf gestrichen.

¹⁷ A-Drs. 13-760a ff.

¹⁸ BT-Drs. 13/9822

¹⁹ A-Drs. 13-788

²⁰ A-Drs. 13-786

²¹ BT-Drs. 13/9864, 13/9863, 13/9862

²² Deutscher Bundestag, Stenographische Berichte, 220. Sitzung, Plenarprotokoll 13/220, S. 20079 ff.

seine Zustimmung und rief den Vermittlungsausschuß an. Der Einspruch wurde schließlich – im zweiten Anlauf – mit Kanzlermehrheit am 18.06.1998 im Bundestag zurückgewiesen. Am 20.08.1998 unterzeichnete der Bundespräsident das Gesetz, welches am 25.08.1998 veröffentlicht wurde.

Intransparenz und parlamentarische Überraschungen: Als Fazit bleibt zum Gesetzgebungsverfahren festzustellen, daß es Regierungskoalition und Opposition durch Intransparenz im Verfahren und der Entscheidungsstrukturen gelungen ist, das Ringen um die Neufassung des Gesetzes über einen Zeitraum von einem Jahr spannend zu gestalten und durch die Veröffentlichung am 25.08.1998 unmittelbar vor der Wahl des 14. Bundestages abzuschließen.²³ Taktische Fehler der SPD-regierten Länder oder deren fehlender Wille haben die Realisierung der beiden wesentlichen bildungspolitischen Forderungen der Sozialdemokratie (Verbot von Studiengebühren und BAföG-Reform) insbesondere vor Beginn des offiziellen Gesetzgebungsverfahrens verhindert. Die Nichteinleitung eines abstrakten Normenkontrollverfahrens gegen die HRG-Novelle durch ein SPD-regiertes Bundesland kann einen Hinweis auf den fehlenden politischen Willen darstellen. Die Tätigkeit der neuen Bundesregierung und das unter sozialdemokratischer Führung agierende bmb+f werden zeigen, ob hier traditionelle Positionen der Sozialdemokratie aufgeben wurden.

Dereguliertes Rahmenrecht

Nachfolgend wird auf ausgewählte Änderungen des HRG eingegangen, wobei das Regelungsziel und mit der Regelung verbundene Probleme aufgezeigt werden.²⁴ Unter den Neuregelungen war mit Blick auf den Umfang des Beitrages eine Beschränkung auf ausgewählte Fragen geboten.

Entregelung? Bei erster Betrachtung des neuen HRG fällt der verringerte Umfang des Gesetzes auf. Quantitativ betrachtet sind 17 Paragraphen²⁵ entfallen, 2 Paragraphen hinzugekommen²⁶ und zahlreiche Paragraphen inhaltlich geändert²⁷ worden. Daher könnte der Eindruck entstehen, als sei

²³ BGBl. I 1998, 2190

²⁴ Vgl. Reid, HRG, 6. Aufl., Bad Honnef 1999.

²⁵ §§ 21, 28, 33a, 38-40, 60-66, 74-75a, 82

²⁶ §§ 5 f. HRG

eine Reduzierung des Regelungsumfanges ganz im Sinne der Rückführung des HRG zu einem Rahmengesetz vorgenommen worden.

Die vorgenommenen Änderungen lassen jedoch ein politisch determiniertes Deregulierungssystem erkennen. Es kann daher hier offen bleiben, ob bspw. die Streichung der Organisationsvorschriften (§§ 60 ff. HRG alt) die Konsequenz der bereits angesprochenen Änderung des GG darstellt.²⁸ Exemplarisch an den Änderungen in den Bereichen Mitwirkung, Öffentlichkeit und Grundsätze der Organisation lassen sich die unter den Schlagworten des Wettbewerbs und der Stärkung der Leitungsstrukturen verborgenen politischen Absichten belegen. So sind die bisher in § 37 HRG alt enthaltenen Regelungen zu den Grundsätzen der Mitwirkung im wesentlichen entfallen, was dem Landesgesetzgeber bzw. den satzunggebenden Hochschulen – im Rahmen der durch das Bundesverfassungs- und Bundesverwaltungsgericht aufgestellten Grundsätze – einen weiten Gestaltungsspielraum läßt, der jedenfalls die Übersichtlichkeit der Entscheidungsstrukturen und Gremien verringern wird. Nur soweit der Gesetzgeber nach Gruppen zusammengesetzte Gremien vorsieht, müssen diese vertreten sein und stimmberechtigt mitwirken können. Welche Folgen diese Freigabe bei landesrechtlicher Weitergabe an die Hochschulen haben wird, kann nicht abgesehen werden. Da in den meisten Bundesländern das Normenkontrollverfahren²⁹ über die Gültigkeit von unter im Range von Landesrecht stehende Rechtsvorschriften, mithin auch Satzungen, vorgesehen ist, dürfte eine verstärkte Befassung der Oberverwaltungsgerichte mit dem Satzungsrecht der Hochschulen abzusehen sein. Die ohnehin spärlichen Regelungen zur Öffentlichkeit sind entfallen, § 40 HRG alt, obwohl es sich – unter demokratischen Gesichtspunkten – um konstituierende Vorgaben handelt.

Von größter Bedeutung sind die Streichung der Vorgaben zur Organisation der Hochschulen (§§ 60 ff. HRG alt) und die damit verbundenen Änderungen. Durch § 58 Abs. 1 Satz 2 HRG wird die bisher einheitliche Rechtsform „Körperschaft des öffentlichen Rechts“ aufgegeben und

²⁷ Exemplarisch Vorgaben zur Hochschul- und Studienreform (§§ 4 und 8 Abs. 1 Satz 2, Abs. 2 bis 4 HRG alt), zu Rahmenprüfungs-, Prüfungs-, und Studienordnungen (§§ 9 Abs. 2 Satz 3 und 4, 11, 15 Abs. 2, 4, 5, 16 Abs. 2 und 3 HRG alt), zum Lehrangebot (§12 HRG alt), zur Hochschulforschung (§ 23 Abs. 1 S. 1 und Abs. 2 HRG alt), vereinigungs- und übergangsbedingte Regelungen (§§ 74-75a, 82 HRG alt) wurden gestrichen bzw. neu gefaßt.

²⁸ Hesselberger, GG-Kommentar, 9. Aufl., Bonn 1995, § 75 Rdn. 2. Das Beamtenrechtsrahmengesetz, das auf § 75 Abs. 1 Nr. 1 GG zurückzuführen ist, wurde nicht vergleichbar dereguliert.

²⁹ Ausführungsgesetze zu § 47 Abs. 1 Nr. 2 VwGO fehlen in Berlin, Hamburg und NRW.

bspw. der Betrieb einer Hochschule in der Rechtsform einer Anstalt, einer Stiftung, einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung o.ä. ermöglicht – obwohl auch ein derartiger Zusatz mit Blick auf die sonstige „Deregulierung“ überflüssig war. Die gegenwärtig geführte Diskussion über die Rechtsform der Klinika in den Ländern dürfte damit nur ein Vorgesmack auf kommende Auseinandersetzungen über die Rechtsform der Hochschulen liefern und einen Rückgriff auf den Streitstand vor dem Inkrafttreten des HRG ermöglichen.³⁰ Hingegen ist es bei der Aufsicht über die Hochschulen bei der bisherigen Dualität zwischen Rechts- und Fachaufsicht geblieben, wobei die Regelbeispiele in § 59 Abs. 2 HRG alt einer abstrakten Formulierung in § 59 Satz 3 HRG gewichen sind. Vorgaben zu Organisation, Leitung, Organen, Fachbereichen, wissenschaftlichen Einrichtungen etc. (§§ 61-66 HRG alt) enthält das HRG nicht mehr. Nach der Neufassung des Gesetzes bedarf es keines nach Mitgliedergruppen zusammengesetzten Gremiums. Die Begründung des Gesetzentwurfes weist dann auch darauf hin, daß Entscheidungskompetenzen auf Hochschul- und Fachbereichsleitungen übertragen und Gremien auf Beratungs- und Kontrollfunktionen beschränkt werden können.³¹ Allein dürfte dies nach der Rechtsprechung des BVerfG einzig für die Professoren von Vorteil sein, die sich als (vollwertige, zumindest gegenwärtig dauerhaft beschäftigte und ausfinanzierte) Träger der Wissenschaftsfreiheit gegen Maßnahmen der Hochschulleitung wehren können.

Die Folgen dieser Deregulierungen sind – mit den Augen der Befürworter der Novelle betrachtet – gering. Bindend für die Hochschulen und ihre Mitglieder sind zunächst die Landeshochschulgesetze. Diese enthalten alternativ regulierende Vorgaben zur Organisation oder enthielten ohnehin – Berlin hat trotz bindender Wirkung des HRG bereits 1997 eine entsprechende Öffnungsklausel in das BerlHG aufgenommen³² – keine Vorgaben. Angesichts der Haltungen der Länder im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens kann davon ausgegangen werden, daß all jene Länder, die nunmehr die Organisationsvorgaben vollständig befristet oder unbefristet aufgeben, auch unter der Geltung des HRG entsprechende Regelungen in das Landeshochschulgesetz aufgenommen hätten.

Unter den Gesichtspunkten von Demokratie und Öffentlichkeit betrachtet stellen sich die Änderungen der Organisationsvorschriften jedoch als gravierend dar. Ohne nach Mitgliedergruppen zusammengesetzte

³⁰ Kimminich, Die Rechtsgestalt der Hochschulen, in: Flämig u.a. (Hrsg.), Handbuch des Wissenschaftsrechts, 2. Aufl., Berlin u.a. 1996, S. 227 ff.

³¹ So bereits umgesetzt im Bayrischen Hochschulgesetz, nach dem Zuständigkeitem vom Senat auf die Hochschulleitung übergegangen sind.

³² Vgl. § 7a BerlHG, Art. 135 Abs. 2 BayHSG, § 110 HessHSG-E

Gremien ist eine Mitwirkung und zugleich ein institutionalisierter Konfliktregulierungsmechanismus nicht gewährleistet. Die bisher vorliegenden Erkenntnisse zu neuen Organisations- und Leitungsmodellen der Hochschulen führen zu einem Abbau der Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechte durch die Straffung der Entscheidungsstrukturen und deren Konzentration auf den Leiter der Hochschule³³ bzw. ein aus externen Experten³⁴ zusammengesetztes Entscheidungsgremium. Bedenklich mutet dies aber auch deshalb an, weil gesicherte theoretische Erkenntnisse über neue Leitungs- und Steuerungsmechanismen nicht vorliegen. Die Neufassung des § 45 Abs. 2 Satz 1 HRG, nach der Berufungsvorschläge durch das „zuständige Hochschulorgan“ erfolgen, das nach der Begründung der Leiter der Hochschule sein kann, bekräftigt den Entzug von Zuständigkeiten zu Gunsten einer allzuständigen, weisungs- und kontrollfreien Leitung. Auch die Streichung von Regelungen (§ 10 Abs. 5 Satz 3 HRG alt), die die individuelle Freiheit exemplarisch der Promovenden bewahren sollten, reiht sich in dieses Bild der Reduzierung von Freiheit, Öffentlichkeit und Mitbestimmung ein. Ist schließlich im Zusammenhang mit der Einführung neuer Abschlüsse in der Gesetzesbegründung zu § 19 HRG-E von der „Durchsetzung auf dem Markt“ die Rede, kann dem kaum etwas hinzugefügt werden.³⁵

Frauenförderung: Professorinnen sind im Hochschulsystem der Bundesrepublik eher die Ausnahme. Auch im Mittelbau sind Frauen unterrepräsentiert. Das neue HRG widmet sich angesichts dieser unhaltbaren Zustände der Verbesserung der Gleichstellung von Frauen und schreibt dies, einer Formulierung des Gleichstellungsgesetzes des Bundes entsprechend,³⁶ als Ziel im Gesetz fest (§ 42 Satz 2 f. HRG). § 3 HRG verpflichtet die Hochschulen zur Förderung der tatsächlichen Gleichberechtigung von Frauen und Männern und auf die Beseitigung bestehender Nachteile hinzuwirken. § 3 Satz 2 HRG gibt für den Landesgesetzgeber Frauen- bzw. Gleichstellungsbeauftragte verbindlich vor, deren Aufgaben

³³ Exemplarisch sei auf die Vorläufige Verfassung der HU Berlin, veröffentlicht im Amtlichen Mitteilungsblatt der Hochschule Nr. 3/1998 vom 04.02.1998 verwiesen. Nach § 4 Abs. 2 der Vorläufigen Verfassung gehen die Aufgaben des alten Berliner Kuratoriums auf den Präsidenten der HU über.

³⁴ Wissenschaftlicher Beirat zur Begleitung des Modellvorhabens für eine Erprobung der globalen Steuerung von Hochschulhaushalten im Land Niedersachsen, Zehn Empfehlungen zur Einführung von Hochschulräten, Gütersloh 1997

³⁵ Mit Blick auf die Stärkung des Wettbewerbs ist bei Müller-Böling/Hailbronner, Wettbewerb und Hochschulzugang, in: *Wissenschaftsmanagement* 1995, 266, 267 dann auch von einem intendierten grundlegenden Umbau der Gesellschaft die Rede.

³⁶ BT-Drs. 13/9822, S. 16

und Mitwirkungsrechte durch Landesrecht zu bestimmen sind. Insbesondere die Berücksichtigung der Erfüllung des Gleichstellungsauftrages bei der leistungsorientierten staatlichen Hochschulfinanzierung (§ 5 Satz 2 HRG) kann bei systemimmanenter Betrachtung tatsächliche Veränderungen in Aussicht stellen. Daneben sind an einigen Stellen des Gesetzes die Regelungen zur Verhinderung von Benachteiligungen bei der Erziehung von Kindern verbessert worden (§ 2 Abs. 4 Nr. 1, § 50 Abs. 3 Satz 2 Nr. 6, § 57c Abs. 6 Nr. 3 HRG etc.), die systematisch nicht der Frauenförderung zuzurechnen sind. Denn auch wenn tatsächlich die Erziehungszeiten überwiegend von Frauen wahrgenommen werden, können auch Väter in den Genuß entsprechender Regelungen kommen. Mit der Verankerung der neuen Gleichstellungsregelungen im HRG wird ein erster Schritt unternommen, die Benachteiligung von Frauen zu beseitigen. Angesichts der konservativen Tendenz der HRG-Novelle ist es wohl insbesondere den Ländern zu verdanken, daß die Frauenförderung wenigstens – systemimmanent – bei der Mittelvergabe nach § 5 HRG berücksichtigt worden ist. Ob die Förderung von Frauen in Wissenschaft und Forschung damit erheblich vorangekommen ist, muß bezweifelt werden.

Ziellose Mechanismen: Seitens des bmb+f wurde die Einführung einer leistungsorientierten Hochschulfinanzierung (§ 5 HRG) als wesentliches Ergebnis der HRG-Novelle hervorgehoben. Diese soll nach der Gesetzesbegründung – wie nach der gegenwärtigen KapVO – zunächst auf quantitativen Erfolgsmaßstäben beruhen und später um qualitative Maßstäbe ergänzt werden. Zugleich räumt die Gesetzesbegründung ein, daß Ansätze hierfür bisher nicht zur Verfügung stünden.³⁷ Das HRG soll deren Ausbildung vielmehr befördern. Es wird daher abzuwarten bleiben, wie ein derartiges Finanzierungsmodell überhaupt realisiert werden kann und welche Folgen dies für kleine Einheiten und Fachdisziplinen haben wird.

Evaluation statt Mitbestimmung: Das neue HRG will die Evaluation von Forschung und Lehre stärken (§ 6 HRG). Dabei bleibt die nähere Ausgestaltung dem Landesgesetzgeber überlassen. Dieser muß insbesondere die Frage beantworten, ob eine hochschulinterne oder externe Evaluation erfolgen soll. Die Beteiligung der Studierenden wird durch § 6 Satz 2 HRG zunächst auf die Lehrevaluation beschränkt. Einer weitergehenden landesrechtlichen Regelung steht dies jedoch nicht entgegen. Auch hinsichtlich der Verwertung der Evaluationen läßt der Bundesgesetzgeber die Pro-

³⁷ Vgl. hierzu auch Bullinger, Finanzierung der Universität und ihre Leistungen, JZ 1998, 109 ff., der mit neuen Finanzierungsmodellen die Hoffnung verbindet, daß die Hochschulen im Bewußtsein der Gesellschaft aufgewertet werde.

bleme unangetastet. So soll es den Ländern überlassen bleiben, Regelungen zur Veröffentlichung der Ergebnisse der Evaluation zu treffen. Damit ist dem Bundesgesetzgeber zweifelsohne ein „weiter Wurf“ gelungen, der landesrechtlich alles offen hält. Unter Berücksichtigung der Verlagerung der Entscheidungskompetenz auf die Hochschulleitungen drängt sich der Eindruck auf, als sollte den Studierenden der Bereich der Lehrevaluation als Ausgleich für den Verlust der Beteiligung an Entscheidungen ange-dient werden.

Gleichwertigkeit durch Akkreditierung: Während bisher die Gleichwertigkeit einander entsprechender Studienabschlüsse und die Möglichkeit des Hochschulwechsels durch Empfehlungen von KMK und HRK (Rahmenprüfungsordnungen) gewährleistet war, soll diese Funktion zukünftig durch ein Akkreditierungsverfahren übernommen werden. Besondere Bedeutung hat dies für die neu eingerichteten Bakkalaureus-, Bachelor-, Magister- und Masterstudiengänge. Ein Akkreditierungsverfahren existiert trotz der Vielzahl begonnener Studiengänge bisher nicht. Das Sekretariat des Akkreditierungsrates wird bei der HRK angesiedelt sein.³⁸

Kürzer, schneller, besser? Ein weiterer in der öffentlichen Diskussion vielbeachteter Punkt der Novelle war die Neufestsetzung der Regelstudienzeiten bis zum ersten berufsqualifizierenden Abschluß (§ 11 HRG). Diese betragen bei Fachhochschulstudiengängen, die zu einem Diplomgrad führen, höchstens 8 Semester, bei den sonstigen Diplom- und Magisterstudiengängen in der Regel 9 Semester. § 11 Satz 2 HRG sieht vor, daß in besonders begründeten Fällen darüber hinausgehende Regelstudienzeiten festgesetzt werden dürfen. Nichts anderes hat bisher § 10 Abs. 4 HRG alt bestimmt, der eine generelle (!) Regelstudienzeit von 8 Semestern vorsah. Eine Überschreitung war nur in besonders begründeten Fällen möglich. Vor diesem Hintergrund und angesichts der Finanzausstattung der Hochschulen darf der Sinn der Regelung bezweifelt werden. Denn weder wird durch die Neuregelung gewährleistet, daß Studierenden, die auf Grund individueller Voraussetzungen und Absichten in kürzester Zeit ihren Abschluß anstreben, dies ermöglicht wird, noch ist aus der Neuformulierung des Gesetzes eine Verbesserung der Situation der Hochschulen ableitbar. Das nach § 17 HRG vorgesehene vorzeitige Ablegen der Prüfung setzt gerade voraus, daß die erforderlichen Leistungen nachgewiesen werden können, was objektiv und subjektiv durch Dritte bestimmt wird. Die Gesetzesbegründung verzichtet – das Problem der Min-

derausstattung vor Augen – bei der Definition der Regelstudienzeit in § 10 Abs. 2 HRG sogar auf die Merkmale „bei entsprechender Gestaltung der Studienordnung und des Lehrangebotes“, da es sich nach Auffassung der Bundesregierung um ohnehin bestehende Voraussetzungen handele (vgl. Begründung zu § 10 Abs. 2 HRG). Es bleibt abzuwarten, ob dies auch von den Hochschulen als selbstverständlich angesehen wird, wenn die vorgesehenen Sanktionen greifen sollen. § 12 Satz 2 HRG begrenzt schließlich die Dauer postgradualer Studiengänge auf 2 Jahre, wobei Promotionsstudien hiervon nicht erfaßt werden sollen.

Beratung als Teil des Studienplanes: Das neue HRG greift die seit Jahren anhaltende Debatte über die Notwendigkeit der Verbesserung der Studienberatung auf.³⁹ Weder die Arbeitsämter noch die Hochschulen sind gegenwärtig in der Lage, Studieninteressenten umfassend und zielgenau über die Anforderungen eines Studiums und Trends zu informieren. Die im Bereich der Studienberatung bestehende Trennung der Zuständigkeiten zwischen Bundesanstalt für Arbeit und den Hochschulen steht, soweit nicht vor Ort auf privater Initiative eine Kooperation bewerkstelligt wird, einer effektiven Studienberatung ebenso wie die untergeordnete Bedeutung der Beratungseinrichtungen bei der Mittelvergabe einer effektiven Aufgabenerfüllung entgegen. Innerhalb der Hochschule haben es oftmals allein die Fachschaften verstanden, ehrenamtlich eine kontinuierliche Fachberatung zu gewährleisten. Statt Regelungen – auch mit Blick auf die Bundesanstalt für Arbeit – zur Einrichtung effektiver Studienberatungseinrichtungen zu schaffen, ist das HRG allein dahingehend ergänzt worden, daß sich die Hochschulen bis zum Ende des ersten Studienjahres über den Studienverlauf informieren und ggf. eine Studienberatung durchführen müssen. Über die bereits im HRG enthaltene programmatische Aufforderung zum Zusammenwirken mit anderen Beratungseinrichtungen hinaus (§ 14 Satz 4 HRG neu = § 14 Abs. 1 Satz 2 HRG alt) erschöpft sich die Beratungsphilosophie des HRG in Sanktionen gegenüber den Studierenden. Berücksichtigt man die Erkenntnisse, die mit derartigen Zwangsberatungen in Berlin gesammelt worden sind, kann die Regelung allein als Fehlgriff angesehen werden. Das Problem der Beratung im Prozeß des Überganges in die Berufstätigkeit, angesichts ungesicherter beruflicher Karrieren der Hochschulabsolventen von zunehmender Bedeutung, wird vom Gesetzentwurf ausgespart. Verbesserungen für die Studienbewerber und Studierende sind daher nicht ersichtlich.

³⁹ Exemplarisch Hochschulrektorenkonferenz/Deutsches Studentenwerk (Hrsg.), Zusammenarbeit von Beratungseinrichtungen für Studierende, Bonn 1997.

Regelzwischenprüfung und Freiversuch: Die in § 15 Abs. 1 HRG vorgesehene Zwischenprüfung war bereits nach § 15 Abs. 1 Satz 2 HRG alt durchzuführen. Allein die Ausnahme für die Studiengänge, die mit Staatsprüfungen enden, wurde abgeschafft. Neu hinzugekommen ist im HRG jedoch eine Sperre, die es Studierenden ohne bestandene Zwischenprüfung in der Regel verwehrt, ihr Studium im Hauptstudienteil fortzusetzen. Hier wird es zunächst auf die Anwendung der Regelung durch die Hochschulen ankommen. In Studiengängen, in denen einzelne Studienteile nur im Rhythmus von 2 Semestern angeboten werden, könnte dies entgegen der Intention des Gesetzgebers zu einer Verzögerung der Ausbildung führen, deren Vereinbarkeit mit Art. 12 Abs. 1 GG zweifelhaft ist. Die studienbegleitende Abnahme ist möglich, wegen § 15 Abs. 3 HRG wohl angestrebt. § 15 Abs. 2 HRG sieht darüber hinaus vor, daß für alle geeigneten Studiengänge – der Gesetzgeber geht erkennbar vom Regelfall des Freiversuchs aus – ein Freiversuch innerhalb der Regelstudienzeit vorzusehen ist.

Mobilität durch Punkte? Sah das HRG bisher allein die Anrechnung von studienbegleitend erbrachten Leistungen auf Abschlußprüfungen vor (§ 15 Abs. 3 HRG alt), wird durch § 15 Abs. 3 HRG ein Leistungspunktesystem eingeführt, das neben dieser auch bisher vorgesehenen Anrechnungsmöglichkeit die Übertragung erbrachter Leistungen auf andere Studiengänge derselben oder einer anderen Hochschule ermöglichen soll. Mittelbar verfolgt der Gesetzgeber mit dem Leistungspunktesystem die Entlastung bzw. Abschaffung formalisierter Abschluß- und Zwischenprüfungen. Durch die Selbstkoordination der Hochschulen (bzw. Vorgaben des Staates) soll eine Übertragbarkeit innerhalb der Bundesrepublik ohne Gleichwertigkeitsprüfung gewährleistet werden.

Bachelor und Master: Heftig umstritten war die Einführung der Möglichkeit, in grundständigen Studiengängen einen Bachelorgrad und in Postgraduiertenstudiengängen einen Mastergrad an Universitäten und Fachhochschulen zu verleihen. Diese Abschlußgrade können auch mit der Bezeichnung Bakkalaureus und Magister verliehen werden. Der Gesetzgeber strebt damit eine Steigerung der Attraktivität deutscher Hochschulen für ausländische Studierende und die Verbesserung der Berufschancen der Absolventen an. Dahinter steckt die Philosophie, daß ein weltweit bekannter Abschlußbegriff den Absatz des Produktes Absolvent verbessern und die Nachfrage der Hochschule erhöhen wird. Man mag Zweifel haben, ob diese „Plagiate“ unabhängig vom Ausbildungsinhalts anerkannt werden. Die Einführung neuer Abschlüsse wirft auch die Frage der Wer-

tigkeit auf, die von der alten Bundesregierung allein mit dem Verweis auf den Markt beantwortet wurde. Ob die Bundesregierung vor der Einführung der neuen Abschlüsse eine Marktanalyse durchgeführt hat, bleibt offen. Verlässlichen Aufschluß hierüber werden die ersten Absolventenjahrgänge der Studiengänge liefern. Schließlich kann die Einführung der neuen Studiengänge, die um sich von den vorhandenen Studiengängen abzuheben deutlich praxisorientierter sein sollen,⁴⁰ das Verhältnis von Fachhochschulen und Universitäten und mittelbar die jeweilige Studiendauer neu thematisieren.

Die Regelstudienzeit beträgt in Bachelorstudiengängen mindestens 3 und höchstens 4 Jahre, in Masterstudiengängen mindestens 1, höchstens 2 Jahre. Auch in der Kombination beider Studiengangsformen soll die Studienzeit 5 Jahre nicht überschreiten.

Studienplatzvergabe: Wesentliche Veränderungen bringt die HRG-Novelle für die Vergabe von Studienplätzen. Das Ortsverteilungsverfahren, das nach dem bisherigen § 31 Abs. 2 HRG ausschließlich nach den Ortswünschen der Bewerber und den hierfür maßgebenden sozialen, insbesondere familiären und wirtschaftlichen Gründen erfolgte, ist um eine „Leistungsquote“ ergänzt worden, nach der bis zu einem Viertel der Studienplätze im Ortsverteilungsverfahren nach dem Grad der nachgewiesenen Zugangsqualifikation (Abitur oder landesrechtlich bestimmter Qualifikationsnachweis für in der beruflichen Bildung Qualifizierte) vergeben werden.

Für auf Grund von Landesrecht vorgesehene Zulassungen zum Studium für in der beruflichen Bildung Qualifizierte kann durch Landesrecht eine Reduzierung der bisher in § 32 Abs. 2 HRG alt vorgesehenen 3/10 Quote für besondere Fälle vorgesehen werden, § 32 Abs. 2 Satz 2 HRG. Neben die bisher vorgesehenen Vergabekriterien Abiturleistung, Wartezeit bzw. Wartezeit und Abiturleistung, Berücksichtigung einer Berufstätigkeit und eines berufsqualifizierenden Abschlusses tritt nunmehr das Ergebnis eines von der Hochschule durchzuführenden Auswahlverfahrens. Das Verfahren ist von den Hochschulen selbst festzulegen. Berücksichtigungsfähig sind die Abiturleistungen, ein Auswahlgespräch zur Motivation und Eignung des Bewerbers für Studium und angestrebten Beruf und die Art einer Berufstätigkeit bzw. Berufsausbildung vor und nach dem Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung, § 32 Abs. 3 Nr. 2 b) HRG. Interessant ist insoweit, daß die Gesetzesbegründung davon ausgeht, daß sich zwei von drei Studienbewerbern einem solchen Gespräch

⁴⁰ Reumann, Revolution der Studiengänge, in: FAZ vom 19.11.1998, S. 16

stellen würden. Insoweit der Regelung allein abschreckende Wirkung zukommen soll, vermag dies weder die individuellen Probleme der Zugangsberechtigten noch der Hochschulen zu vermindern.

Pädagogische Eignung der Professoren: Ziel des Gesetzgebers war es, die pädagogische Eignung der Bewerber um eine Professur stärker zu gewichten. Deshalb wurde in § 44 Abs. 1 Nr. 2 HRG die bisher vorhandene Regelvermutung pädagogischer Eignung durch Erfahrungen in Lehre oder Ausbildung gestrichen. Nach dem Willen des Bundesgesetzgebers soll es nunmehr dem Landesgesetzgeber obliegen, hier Konkretisierungen vorzunehmen. Nach der Gesetzesbegründung ist bspw. die Einholung von Gutachten zur Qualifikation des Bewerbers denkbar.

Habilitation entfällt als Regelvoraussetzung: § 44 Abs. 2 HRG ist durch die HRG-Novelle dahingehend verändert worden, daß die Habilitation nunmehr allein eine der Möglichkeiten des Nachweises einer zusätzlichen wissenschaftlichen Qualifikation nach § 44 Abs. 1 Nr. 4 a HRG darstellt. Die Gesetzesbegründung weist darauf hin, daß mit der Neufassung der Gesetzesstand vom 14.11.1985 wiederhergestellt wird. Damit wollte der Gesetzgeber bewirken, daß die Berufungsvoraussetzungen nach Abschluß der Habilitation regelmäßig nicht erst nach Vollendung des 40. Lebensjahres erreicht werden. Zudem soll durch den Wegfall der Habilitation auf die Beseitigung der Unterrepräsentanz von Frauen hingewirkt werden. Wegen der bestehenden landesrechtlichen Regelungen und der Aussagen des Wissenschaftsrates, wonach die Qualifikation der Professoren eine Habilitation nicht verlange, hatten Sachsen-Anhalt und Hessen eine gänzliche Streichung der Habilitation befürwortet, die jedoch von der Mehrheit im Bundesratsausschuß abgelehnt wurde. Auch für die Einstellung als Oberassistent wird auf die Habilitation als obligatorische Voraussetzung verzichtet, § 48a Abs. 2 Satz 1 HRG.

Personal- und dienstrechtliche Vorgaben: Änderungen der Personalstruktur, so notwendig diese innerhalb des Gesetzgebungsverfahrens auch angesehen wurden, sind nicht vorgenommen worden. In einer Vielzahl von Detailfragen haben sich jedoch Änderungen ergeben. So ist in § 46 HRG nunmehr das Beamtenverhältnis auf Zeit vor dem Lebenszeitbeamtenverhältnis genannt, um ein politisches Signal zu setzen, daß Professoren in Zukunft nicht mehr in nahezu allen Fällen schon bei der Erstberufung zum Beamten auf Lebenszeit ernannt werden – auch wenn dies der Regelfall bleibt und die Möglichkeiten der Ernennung auf Zeit nicht erweitert wurden. § 45 Abs. 2 Satz 1 HRG und § 48c Abs. 3 HRG ermögli-

chen nunmehr die Übertragung der Berufungs- und Einstellungskompetenz auf den Leiter der Hochschule durch das Landesrecht. Damit sollen Regelungsspielräume im Zusammenhang mit einer Ausweitung der Zuständigkeiten und des Gestaltungsspielraums der Hochschulen im Personalbereich eröffnet werden. Mit weitergehenden Veränderungen dürften in Zusammenhang mit der anstehenden Personalstrukturreform, die wohl auch an Änderungen bei den Befristungsregelungen (§§ 57a HRG) nicht vorbeigehen kann, zu rechnen sein.

Wissenschaftlichen Assistenten (§ 47 Abs. 1 Satz 5 HRG) und wissenschaftlichen Mitarbeitern (§ 53 Abs. 2 Satz 4 HRG) kann nunmehr in begründeten Fällen die selbständige Wahrnehmung von Aufgaben in Forschung und Lehre übertragen werden. Die Zuordnung wissenschaftlicher Assistenten zu einem Professor ist durch die HRG-Novelle aufgehoben worden. Wissenschaftliche Assistenten können künftig (wieder)⁴¹ dem Verantwortungsbereich mehrerer Professoren zugeordnet werden. Regelungen über die Zuordnung wissenschaftlicher Mitarbeiter zu den Fachbereichen, wissenschaftlichen Einrichtungen und Betriebseinheiten sind aus dem HRG entfallen, § 53 Abs. 1 HRG. Mit der Neufassung des § 47 Abs. 2 HRG wird klargestellt, daß die zu den Dienstaufgaben des Assistenten gehörende Aufgabe der wissenschaftlichen Qualifikation eigenverantwortlich wahrzunehmen ist. Nach § 47 Abs. 3 Satz 1 HRG können qualifizierte Fachhochschulabsolventen der Ingenieurwissenschaften als wissenschaftliche Assistenten an einer Universität eingestellt werden.

Befristung von Beschäftigungsverhältnissen: Einige Änderungen haben sich auch im Bereich der Befristung von Beschäftigungsverhältnissen ergeben. Dabei hat § 57b Abs. 2 Nr. 3 HRG eine Erweiterung des Befristungsgrundes erfahren und die Ausnahmeregelungen zur Befristungsdauer sind erweitert worden.

§ 57b Abs. 2 Nr. 3 HRG ist durch die HRG-Novelle dahingehend ergänzt worden, daß der Abschluß befristeter Verträge mit wissenschaftlichen Mitarbeitern auch dann zulässig sein soll, wenn der Mitarbeiter besondere Erfahrungen in der Lehre erwerben oder in sie einbringen soll. Damit setzt der Gesetzgeber auch insoweit die Tendenz zur Erweiterung der Befristungsmöglichkeiten fort. Mit der Änderung des § 57b Abs. 3 HRG gibt der Gesetzgeber angesichts der ihn bindenden Rechtsprechung des EuGH und des BAG die Benachteiligung der Fremdsprachenlektoren auf. Damit hat sich zugleich die noch offene Rechtsfrage entschieden, ob Fremdsprachenlektoren aus Staaten, die nicht der EU angehören (insbes.

⁴¹ Bis zum Jahre 1985 sah § 47 Abs. 2 HRG die Zuordnung zu einem Fachbereich vor.

USA) weiterhin nach § 57b Abs. 3 HRG befristet beschäftigt werden können.

Die Möglichkeit der Verlängerung von Beamtenverhältnissen auf Zeit (§§ 47 ff. HRG) in § 50 Abs. 3 HRG ist neu gefaßt und in § 50 Abs. 3 Satz 2 Nr. 3 HRG um die Verlängerungsmöglichkeit für Zeiten einer Beurlaubung für eine Lehrstuhlvertretung oder eine andere wissenschaftliche Tätigkeit an einer inländischen Hochschule erweitert worden. Nachdem bereits 1995 eine Ausweitung der Verlängerungsmöglichkeiten bei einer Tätigkeit außerhalb des Hochschulbereiches erfolgt ist,⁴² kann die Verlängerung nunmehr auf die Ausübung einer wissenschaftlichen Tätigkeit im Hochschulbereich – eine Dienstaufgabe des bestehenden Beschäftigungsverhältnisses – gestützt werden. Durch § 50 Abs. 3 Satz 2 Nr. 6 HRG wird zudem klargestellt, daß eine Teilzeitbeschäftigung während des Erziehungsurlaubs – nach Maßgabe des Landesrechtes – einer Verlängerung des Beschäftigungsverhältnisses nicht entgegensteht. Vergleichbare Klarstellungen sind für die Angestelltenverhältnisse in § 50 Abs. 4 und § 57c Abs. 6 Nr. 2 und Nr. 3 HRG erfolgt.

Schließlich wurde, nachdem das BAG Befristungen zur Qualifikation nach § 57b Abs. 2 Nr. 1 HRG, wenn die Promotion außerhalb der Arbeitszeit erbracht wurde, auf die Höchstbefristungsdauer des § 57c Abs. 2 HRG angerechnet hatte, der Gesetzeswortlaut in § 57c Abs. 3 HRG dahingehend erweitert, daß es für die Anrechnung der befristeten Qualifikationsverhältnisse nicht darauf ankommt, ob die Promotion inner- oder außerhalb der Arbeitszeit Gelegenheit zur Promotion bot. Dies baut den vom BAG intendierten Schutz der zur Qualifikation beschäftigten Mitarbeiter ab, da nunmehr völlig egal ist, ob überhaupt innerhalb der Arbeitszeit die Möglichkeit zur Vorbereitung der Promotion besteht. Der Gesetzgeber knüpft hinsichtlich des die Befristung rechtfertigenden sachlichen Grundes nunmehr an ein Verhalten an, daß mit dem Arbeitsverhältnis nichts zu tun hat. Es muß bezweifelt werden, ob dies mit dem Gleichheitssatz und der Berufsfreiheit der Mitarbeiter vereinbar ist. Es wird abzuwarten bleiben, wie die Gerichte mit dieser Neufassung umgehen werden. § 57c Abs. 4 Satz 2 HRG erweitert die Befristungsmöglichkeit für medizinisches Personal (Fachkundenachweis) auf drei Jahre, insgesamt nach § 57c Abs. 4 HRG bereits auf 11 Jahre.

Interessant ist insoweit, daß bezogen auf diese Änderungen des Gesetzes parlamentarische Initiativen, sieht man von der tariflichen Öffnungsklausel für § 57a HRG ab, nicht zu verzeichnen sind. Die scheinbar zum Vorteil der Beschäftigten eingeführten Verlängerungsmöglichkeiten, die

⁴² BR-Drs. 885/95, S. 84

durchaus im Interesse der Hochschulen nach einer unbegrenzten Kombination von befristeten Beschäftigungsverhältnissen liegen, liefern die Mitarbeiter der Willkür der Hochschulverwaltung aus und untergraben arbeitsrechtliche Standards. Die Personalstrukturreform wird deshalb auch daran zu messen sein, wie sie die Verwerfungen im Bereich der Befristungen von Beschäftigungsverhältnissen systematisieren und bereinigen wird.

Studiengebühren: Obwohl die SPD-regierten Länder bereits Anfang 1997 klargestellt hatten, daß für sie eine Aufnahme des Verbotes von Studiengebühren (oder eine entsprechende Ländervereinbarung) erforderlich sei,⁴³ kam eine Verankerung im Gesetz nicht zustande. Die ursprünglich verhandlungsführenden SPD-geführten Bundesländer hatten erkennbar keinen besonderen Wert auf das gesetzliche Verbot von Studiengebühren gelegt. Erst ab Mitte 1997, insofern könnte dies mit der Einleitung des Gesetzgebungsverfahrens, der Beteiligung der SPD-Fraktion im Bundestag, dem massiven Druck der Organisationen und der näherrückenden Bundestagswahl zusammenhängen, wurde die Forderung der Verankerung des Verbotes von Studiengebühren in den Vordergrund der sozialdemokratischen Politik gerückt. Angesichts der alten Mehrheiten im Bundestag kamen die Initiativen im Gesetzgebungsverfahren (Einführung eines § 27 Abs. 4 neu)⁴⁴ zu spät. Es wird abzuwarten bleiben, ob und wie sich die neue Bundesregierung an dieses Thema – ein Wahlversprechen – herantrauen wird. Immerhin neigen nunmehr auch sozialdemokratische Länder einer Umlage eines Teiles der Kosten auf die Studierenden zu, wie die Erhebung der Verwaltungskostenbeiträge in Niedersachsen zeigt.

Anpassungsfristen: Nach § 72 Abs. 1 Satz 6 HRG sind die Länder verpflichtet, bis zum 26.08.2001 dem geltenden HRG entsprechende Landeshochschulgesetze zu erlassen. Die Änderungen des Zulassungsverfahrens nach §§ 31 f. HRG gelten erstmals für Zulassungen zum Wintersemester 2000/2001, § 72 Abs. 2 Satz 3 HRG.

⁴³ Presseinformation des Staatsministers für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung Rheinland-Pfalz vom 03.03.1997 zu den Eckpunkten der SPD-regierten Länder für die HRG-Diskussion. Im Ergebnis des „Kirkel-Treffens“ der SPD-geführten Länder und der bildungspolitischen Sprecher wird hingegen allein eine „bundesweite Verständigung über den Verzicht auf Studiengebühren“ gefordert.

⁴⁴ A-Drs. 13-787

Chancen und Risiken der Novelle

Das neue Hochschulrahmengesetz wird zweifellos zu einer Differenzierung im Wissenschaftsbereich führen. Dies kann Chancen eröffnen. Angesichts ungleicher Ausgangsbedingungen zwischen den Hochschulen innerhalb eines Landes und zwischen den Ländern sind die Chancen ungleich verteilt. Durch fehlende Vorstellungen zur Erreichung der in der aktuellen hochschulpolitischen Diskussion benannten Ziele und der durch die Novelle unterstützten Konzentration von Entscheidungsbefugnissen auf einzelne Personen ist eine Begrenzung der Chancen auch innerhalb der Hochschulen angelegt. So wie im Bereich der Vergütungsreform bei gleichbleibender Zuwendungshöhe durch die Länder absehbar ist, daß es Verlierer auch unter den Professoren geben wird, ist bei gleichbleibender Aufgabenstellung der Hochschulen – deren Präzisierung wohl Gegenstand einer dem Gesetzgebungsverfahren vorgelagerten gesellschaftlichen Debatte hätte sein müssen – und gleichbleibender Unterfinanzierung der Hochschulen eine Begrenzung der Chancen offenkundig. Verdeutlicht man sich ferner, daß allein die Professoren auf Grund der ihnen verfassungsrechtlich gewährleisteten Grundausrüstung gelassen strukturellen Veränderungen auch bei der Finanzierung entgegensehen können,⁴⁵ dürfte feststehen, daß Verlierer die jetzigen Studierenden, nachfolgende Studierendengenerationen, der wissenschaftliche Nachwuchs und in Folge dessen langfristig die Gesellschaft sein wird.

Mit den durch das neue HRG eröffneten Chancen korrespondieren erhebliche Risiken. Die Etablierung von Wettbewerbsformen kann sich, wie jüngste Skandale im Forschungsbereich zeigen, kontraproduktiv erweisen. Der aus der Finanznot resultierende Versuch einer Steuerung von Wissenschaft und wissenschaftlicher Ausbildung trägt langfristige Risiken in sich, deren Schaden für die Gesellschaft nicht kalkulierbar ist. Wohin die Verlagerung der Verantwortung für die Qualifikation auf die Promovenden oder eine „Teilzeitnachwuchsprofessur“ führen werden, vermag wohl niemand zu sagen. Risiken folgen auch aus der Reduzierung von Konfliktregulierungsmechanismen, die das HRG bisher mit der Gremienstruktur angeboten hat. Angesichts (jedenfalls gleichbleibend) schlechter Ausbildungsverhältnisse und sich verschlechternder Perspektiven auch für Akademiker könnte ein mit der bloßen Beteiligung an Evaluierungen nicht kanalisierbarer Konflikt heraufbeschworen werden. Risiken für die staatlich investierten Mittel und die Studierenden bestehen auch bei den neuen Studiengängen. Gegenwärtig sind weder Ausbildungsstandard und

Nachfrage nach den Absolventen gesichert noch ist deren sozialer Status hinreichend geklärt. Fehlende Anerkennungsverfahren gefährden den erreichten Mobilitätsstandard.

Die neue Koalitionsregierung kann exemplarisch durch eine Umgestaltung der Personalstruktur, des Dienstrechts, des Zulassungsrechts, eines kompensatorischen Ausbaus der Verfaßten Studierendenschaft und einer sozialen Absicherung der Studierenden auf eine Verbesserung der Chancengleichheit, die damit verbundene soziale Gerechtigkeit und die ausstehende, von allen Beteiligten getragene Hochschulreform hinwirken. Damit bestünde auch bundesrechtlich die Möglichkeit, nunmehr im Wissenschaftsbereich angelegte Risiken zu begrenzen. Bei der Novellierung der Landeshochschulgesetze sollten die skizzierten Risiken darüber hinaus zum Anlaß genommen werden, eine Abschätzung der mit einzelnen Regelungsmitteln verbundener Folgen vorzunehmen. Angesichts des Erkenntnisstandes sollte echten Erprobungsmodellen kombiniert mit einer wissenschaftlichen Evaluierung der Vorrang eingeräumt werden.

Über Kreuz

Demokratie, Gruppenuniversität und das „Berliner Wahlmodell“ in Sachsen-Anhalt

Peer Pasternack
Wittenberg/Leipzig

1998 lief in Sachsen-Anhalt ein parlamentarischer Novellierungsprozeß für das Landeshochschulgesetz. Die Konferenz der Studierendenschaften von Sachsen-Anhalt (KSSA) hatte sich bemüht, in diesen ein neues Gremienwahlmodell einzubringen. Das Modell stammt ursprünglich aus Berlin, dort gleichfalls von StudentInnenvertretungen entwickelt, und zielt auf ein Kreuzwahlverfahren bei der Besetzung der Kollegialorgane. Die – verfassungsgerichtlich abgesicherte und insoweit nur schwer erschütterbare – Hochschullehrer-Mehrheit in Gremien der akademischen Selbstverwaltung soll danach rechtsprechungskompatibel relativiert werden: indem ein Teil der in den Gremien sitzenden HochschullehrerInnen nicht allein durch die Mitglieder der eigenen Statusgruppe gewählt wird, sondern auch durch die Wahlberechtigten des wissenschaftlichen Mittelbaus, der Studierenden sowie des technischen und Verwaltungspersonals. Die KSSA veranstaltete am 3. März 1998 zusammen mit dem ostdeutschen studierendenvertretungstreffen (o.s.t.) eine Expertenanhörung zu diesem Modell;¹ sie konnte sich jedoch nicht mit der Forderung an den sachsen-anhaltinischen Landtag durchsetzen, das Modell in die parlamentarischen Beratungen der Hochschulgesetznovelle aufzunehmen. Immerhin aber beschloß der Landtag am 17. Juli 1998:

„Der Ausschuß für Bildung und Wissenschaft ist beauftragt, sich eingehend mit den Inhalten von alternativen demokratischen Wahlmodellen zur Besetzung von Hochschulgremien zu befassen. Dabei ist dem Berliner Wahlmodell besondere Aufmerksamkeit zu widmen. // Die Diskussion im Ausschuß soll dem Ziel dienen, [...] die Möglichkeit der Einführung des Berliner Wahlmodells an einer

¹ Vgl. deren Dokumentation: KSSA & o.s.t. (Hg.): Anhörung „Die Verbesserung der Struktur und der Aufgaben der demokratischen Selbstverwaltungsorgane der Hochschulen...“. Bezug über: Koordinierungsstelle o.s.t., StudentInnenRat Universität Leipzig, PF 920, 04009 Leipzig.

oder mehreren Hochschulen des Landes zu prüfen und die dazu erforderlichen Voraussetzungen ggf. zu veranlassen.“²

Am 25. November 1998 veranstaltete der Bildungs- und Wissenschaftsausschuß in Umsetzung dieses Auftrages eine Expertenanhörung.³ Die Meinungsbildung des Ausschusses soll im ersten Halbjahr 1999 abgeschlossen werden.

Gruppenuniversität – ein Kompromiß

Zunächst dürfte der entscheidende Gesichtspunkt für eine Beurteilung des „Berliner Modells“ sein, daß jede Form von Gruppenuniversität ein Kompromiß ist – und zwar einer, der denjenigen, die bürgerliche Gleichheit als Grundprinzip demokratischer Ordnung ansehen, die Haare zu Berge stehen lassen muß: denn es handelt sich um eine quasiständische Repräsentationsform. „Die Gruppenuniversität ist undemokratisch, weil sie eine Gruppen-Universität ist“, faßt Michael Daxner (1996, 134) schnörkellos zusammen. Wie kam es dazu?

Historisch privilegiert mit dem Recht zu öffentlich finanzierter „allgemeiner Arbeit“ (Marx), ausgezeichnet auch durch frühzeitige Beheimatung von Elementen republikanischer Verfaßtheit, zugleich aber intern stark akademisch oligarchisiert: So fand sich die deutsche Universität in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts im Fach Demokratische Praxis am Rande des sie umgebenden gesellschaftlichen Gefüges wieder. Anschluß zu finden suchte sie mit einem Kompromiß: einer ständisch gebrochenen quasidemokratischen Verfassung. Das Modell der Gruppenuniversität ist der Adapter zwischen erreichter formal-demokratischer Qualität des gesellschaftlichen Umfeldes und dem Charakter der Hochschule als Korporation funktional differenzierter Mitglieder.

Zugleich stellt die Gruppenuniversität eine konkrete Ausgestaltung der akademischen Selbstverwaltung dar. Diese Selbstverwaltung in Gestalt der Gruppenuniversität ergibt sich aus wenigstens dreierlei Umständen:

- der Hochschulautonomie (die wiederum in der Wissenschaftsfreiheit gründet),
- dem in modernen offenen Gesellschaften geltenden Demokratiegebot und
- dem funktionalen Erfordernis, die Ausbildung zielignoranten Verhaltens bei den Hochschulangehörigen so weit als möglich zu vermeiden.

² Landtags-Drucksache 3/5/93 B, 16.07.1998.

³ Vgl. dazu den Beitrag eines der dort angehörten Experten, Andreas Keller, in diesem Heft.

Der Grad der Mitwirkungsberechtigung der Hochschulmitglieder wird nach deren jeweiliger Qualifikation, Funktion, Verantwortlichkeit und Betroffenheit bestimmt. Die Mitwirkung zielt auf die Beteiligung an Entscheidungen. Entscheidungserzeugung setzt Entscheidungsfähigkeit voraus, diese wiederum Kenntnis und Mündigkeit. Arbeitsteilige Strukturen trennen auch an der Hochschule Kulturen und Milieus; sie trennen damit insonderheit die Verteilung von Kenntnis und Mündigkeit. Kenntnis bezieht sich hier auf Wissensbestände und ist an der Hochschule abhängig von Umständen wie spezialistisch/generalistisch, empirisch-rationalistisch/normativ-ontologisch, naturwissenschaftlich/geisteswissenschaftlich, aber auch männlich/weiblich, jung/alt, professoral/studentisch. Mündigkeit bezieht sich vorrangig auf individuell einsatzfähige soziale Kompetenzen, die zur souveränen Ausfüllung einer Rolle befähigen, etwa als Interessenvertreter oder/und Entscheider.

Verschränkt ist die Binnenkonstitutionalisierung der Gruppenuniversität mit Determinanten, die das Verhältnis der Hochschule zu den politischen Herrschaftseinrichtungen der Gesellschaft kennzeichnen: Autonomie und Selbstverwaltung einerseits in Verbindung mit staatlichen Rahmenvorgaben und Aufsichtskompetenzen andererseits. Der Hintergrund dieser Widersprüchlichkeit ist die spezifische Leistung der Hochschule: in ihr wird – jeweils vorläufiges – Wissen produziert und dieses vermittelt. Die Gesellschaft, repräsentiert durch die staatliche Autorität, anerkennt dies als Aufgaben der Daseinsvorsorge, also öffentliche Aufgaben. Sie unterhält daher die Hochschule *als Institution* in staatlicher Trägerschaft mit dem Vorbehalt staatlicher Rahmenvorgaben und Aufsichtskompetenzen. Zugleich trägt die staatlich organisierte Gesellschaft dem Charakter wissenschaftlicher Arbeit als sozialem Erkenntnisprozeß Rechnung: Sie gewährt der Hochschule *als sozialer Struktur* Autonomie und, als deren Ausdruck, der Hochschule als Institution das Recht zur Selbstverwaltung. Daher haben wir diese Konstituierung einer Paradoxie: der institutionalisierten Wissenschaft als staatsferner staatlicher Veranstaltung.

So läßt sich dann, eher freundlich, die Hochschule als ein „Verbundlose verkoppelter Strukturelemente bezeichnen, deren Organisationsrahmen zwar vom Staat vorgegeben ist, in dem die Akteure jedoch einen relativ großen Handlungsspielraum haben, eigene Entscheidungsregelungen zu erzeugen“ (Beckmeier/Neusel 1991, 12), oder, etwas polemischer, mit Nitsch (1992, 4) als eine „eine kultusbürokratisch-rechtsstaatlich gelenkte und kontrollierte ‘Professoren- und Drittmitteluniversität’ (mit erzwungenen marginalen Konzessionen an das Modell der Status-Gruppen-Universität), in der Kultur- und Wissenschaftsministerien stark Prioritäten in der Gründung und Entwicklung von Instituten und Studiengängen bestimmen,

deren Ausfüllung jedoch der Autonomie der professoralen ‘Fachvertreter’ überlassen“.

Die Disposition der Hochschule folgt, wie erwähnt, ihren funktionalen Bestimmungen. Kielmansegg konstatiert hierzu „die Notwendigkeit der Unterscheidung zwischen Kollektiven mit Binnenfunktionen und Kollektiven mit Außenfunktionen“:

„Ein Kollektiv mit Binnenfunktionen ist etwa und vor allem die als Staat organisierte Gesellschaft; Kollektive mit Außenfunktionen sind demgegenüber Kollektive, die in einer Gesellschaft spezifische und begrenzte Aufgaben für diese Gesellschaft erfüllen. In einer Hochschule etwa geht es nicht ausschließlich oder primär um die Belange der Hochschulangehörigen, sondern auch um die Belange Außenstehender, auf die die Arbeit der Hochschule ausgerichtet ist.“ (Kielmansegg 1980, 56f.)

Daher finden sich strukturergänzend schließlich Versuche, auch eine im Koordinatensystem von Selbstverwaltung und staatlicher Anstalt zunächst nicht erfaßte Beziehung zu formalisieren: die Verbindung der Hochschule mit dem nichtstaatlich organisierten gesellschaftlichen Umfeld. Diesbezügliche Formen sind etwa Kuratorien, Forschungskontaktstellen, Kooperationsstellen Hochschule-Gewerkschaften und dgl.

Welche Bedeutung die Demokratie an der Hochschule einmal einnahm, offenbart die aus früheren Zeiten überlieferte Literatur; niemand – ob Literaturwissenschaftler, Jurist oder Historiker –, der sich nicht irgendwann dazu geäußert hätte. Differierende Auffassungen gab es hierbei insbesondere darüber, inwieweit die Hochschule überhaupt demokratischer Binnenkonstitutionalisierung zugänglich ist, und – sofern dies bejaht wird – inwieweit die akademische Selbstverwaltung der Gruppenuniversität als Umsetzung demokratischer Intentionen gelten darf. So wurde die Gruppenuniversität mit dem Argument abgelehnt, funktionale Notwendigkeiten zu verfehlen:

„Was an der Universität repräsentiert werden mußte, waren... nicht Gruppen, sondern Fächer, die um Lehre, Forschung und Ausbildung willen an eine Universität gehörten. Diesem Prinzip folgte die ‘Machtstellung’ der ‘Fachvertreter’, eben der Ordinarien, in den Fakultäten. Der alten Leitungsordnung der Universität lag daher ein sowohl wissenschaftlich, geschichtlich und sachlich begründetes Einteilungsprinzip zugrunde.“ (Hennis 1982, 52)

von Beyme (1992, 185) konstatierte die formaldemokratische Schwäche eines an differenzierter Qualifikation, Funktion, Verantwortung und Betroffenheit orientierten Beteiligungsmodells:

„Wenn Demokratie als formales Minimalkriterium ein Stimmrecht nach Kopfzahl umfaßt, dann ist auch ein drittelparitätischer Universitätssenat keine Demokratie, sondern allenfalls ständischer Pluralismus mit demokratischem

Wahlrecht für die Gruppen und einigen demokratischen Spielregeln (z.B. Öffentlichkeit) für die Zusammenarbeit der Gruppen.“

Die Widersprüchlichkeit des Modells der Gruppenuniversität differenzierte Preuß (1989) aus, wenn er formulierte: Als legitimierende Grundlage der akademischen Selbstverwaltung komme das demokratische Prinzip nicht in Frage, da es zum einen „unhintergebar an die Prämisse gleicher staatsbürgerlicher Freiheit gebunden“ sei: one man – one vote, zum anderen an der Hochschule eine wesentliche Prämisse des demokratischen Prinzips nicht gegeben sei:

„die Voraussetzung nämlich, daß diejenigen, die Gesetze machen, von ihren Folgen auch selbst betroffen sein sollen... Dies aber ist nicht der Fall, wenn die Interessenlage der Gesetzesunterworfenen so unterschiedlich ist, daß ein für alle geltendes Gesetz notwendigerweise die einen begünstigt, die anderen benachteiligt“.

Jede „Konstruktion einer Verbandsverfassung, die auf rechnerische Mehrheiten in den entscheidenden Organen abstellt“, sei „im Ansatz verfehlt. Sie suggeriert einen demokratischen Mechanismus, der zuvor... außer Kraft gesetzt worden ist und in Wirklichkeit darauf abzielt, einen Ausgleich gegensätzlicher Interessen in einer quasi-sozialvertraglichen Art herbeizuführen und dafür dauerhafte Verfahren zu schaffen.“ (Preuß 1989, 162f.)

Das ändert indes nichts daran, daß in Hochschulen Individuen in Kooperations- und Abhängigkeitsverhältnissen miteinander arbeiten und leben. Daher unterliegt die Hochschule wie andere soziale Organisationen auch „einem Gebot der Demokratisierung im Sinne des Abbaus überflüssiger, d.h. nicht durch die Aufgabe und die Zwecke der Universität und ihre sonstigen Besonderheiten legitimierbarer Herrschaft.“ (Kocka 1982, 124)

Gruppenuniversität als Kompromiß – eine Aushandlungssache

Da nun nach Lage der Dinge – der Funktionsspezifik von Hochschulen wie der politischen Kräfteverhältnisse – die Gruppenuniversität ein in Struktur gegossener Kompromiß ist, und da immer, wo ein Kompromiß vorliegt, kein Modell in hundertprozentiger Reinheit realisiert wird, sondern zwei oder mehrere Modelle in bestimmten Mischungsverhältnissen zusammengeführt sind – deshalb ist die je konkrete Ausgestaltung zwangsläufig Aushandlungssache. Denn wo Anforderungen, die sich eigentlich ausschließen (hier: ständische Repräsentanz der Gruppen einerseits und demokratische Repräsentanz der UniversitätsbürgerInnen andererseits), in einem Mischmodell verbunden werden, da kann es keine

‘richtige’ oder ‘falsche’ Lösung geben, abhängig von Übereinstimmung oder Nichtübereinstimmung mit einem normativen Prinzip (z.B. one [wo]man – one vote). Vielmehr kann es dort nur praktikable Lösungen geben oder/und solche Lösungen, die bestimmte Machtkonstellationen widerspiegeln.

Davon ausgehend ist die heutige Ausgestaltung der Gruppenuniversität jedenfalls kein Naturgesetz. Sie kann zur Disposition gestellt werden. Sie sollte zur Disposition gestellt werden, wenn die Unzufriedenheit mit ihr ein bestimmtes Maß übersteigt. Letzteres scheint seit geraumer Zeit der Fall zu sein. Als Antworten darauf konkurrieren zweierlei Konzepte: managerialistischen Vorstellungen auf der einen Seite stehen solche gegenüber, die öffentliche und konfliktbeladene Aushandlungsmechanismen zwar nicht für den schnelleren, aber dennoch besseren, weil legitimationsstärkeren Weg der Entscheidungserzeugung an Hochschulen halten. Zu letzteren zählt das „Berliner Wahlmodell“.

Am Anfang der Bewertung dieses Modells sollte nicht die eher spekulative Frage stehen, ob die Auslegung der Rechtsprechung, die wiederum eine Rechtslage auslegt, zu der Vermutung Anlaß gibt, daß eine Veränderung in Richtung „Berliner Wahlmodell“ keinen juristischen Bestand habe. Denn mit Gesellschaften verändern sich schließlich auch deren rechtliche Interpretationen. Bevor man sich den Ausblick mit solchen Erwägungen verdüstert oder erhellt, sollte in *politischer Perspektive* diskutiert werden, warum was gewollt wird, um dann erst das Wie zu besprechen.

Diese politische Perspektive kann sich durchaus auch mit pragmatischen Erwägungen verbinden lassen. Insbesondere wäre folgende Frage zu diskutieren: Könnte das „Berliner Wahlmodell“ Nachteile der gegenwärtigen Konstruktion ausgleichen, ohne solche neuen Nachteile zu produzieren, die in ihren Wirkungen die Wirkungen der heute bestehenden Nachteile übersteigen? Hierüber sind selbstredend nur plausible Prognosen möglich. Wenn diese Prognosen dazu führen, ein Überwiegen der Vorteile des Berliner Wahlmodells gegenüber seinen Nachteilen als wahrscheinlich annehmen zu können, dann sollte eine entsprechende politische Willensbildung einsetzen. An diese erst sollte sich die Zurichtung der konkreten Ausgestaltung des Modells auf Rechtskonformität hin anschließen.

Welche Nachteile werden an der gegenwärtigen Konstruktion der Gruppenhochschule gesehen? Im hier diskutierten Kontext erscheinen zwei Nachteilswahrnehmungen als zentral:

- (a) Von vornherein feststehende Stimmenverhältnisse in den Gremien bedingen unzulängliche Partizipationschancen, die zu ungenügendem

Partizipationsinteresse führen (vgl. die geringen Wahlbeteiligungen oder sonstige mangelnde Aufmerksamkeit für Hochschulangelegenheiten).

(b) Die Gruppenkonstruktionen führen zu latentem sozialen Druck auf die GruppenvertreterInnen, sich rollenadäquat zu verhalten.

Daneben lassen sich noch zwei weitere gewichtige Nachteile identifizieren:

(c) Durch fachliche Qualifikationsdifferenzen zwischen ProfessorInnen und allen anderen Gruppen gibt es immer auch ein Gefälle hinsichtlich der Repräsentationsqualität der einzelnen Gruppen; dieses Gefälle wird nur ausnahmsweise durch besonders talentierte RepräsentantInnen der drei nichtprofessoralen Gruppen neutralisiert.

(d) Kommunikative Übersetzungsleistungen, insbesondere die Übersetzung von Gruppen- in gruppenübergreifende Interessen, werden nicht erzwungen, solange diejenige Gruppe, die für solche Übersetzungsleistungen am ehesten qualifiziert ist (sein müsste), sich im Zweifelsfall auf ihre rechnerische Mehrheit verlassen kann.

Für diese vier Nachteile der gegenwärtigen Konstruktion könnte das „Berliner Modell“ durchaus Lösungen bringen:

- Das Partizipationsinteresse ließe sich mit seiner Hilfe durchaus steigern – zumindest dann, wenn die Einführung der neuen Wahlmodalitäten mit entsprechender hochschulinterner Öffentlichkeitsarbeit verbunden wird: denn zunächst wären ja die Folgen der jahrelangen Partizipationsentwöhnung zu bewältigen.
- Das Rollenverhalten für die als HochschulrepräsentantInnen gewählten ProfessorInnen würde sich dahingehend verschieben, daß sie die Schnittmenge der verschiedenen Gruppeninteressen stärker ins Kalkül zu ziehen hätten als die Interessen der eigenen (Professoren-)Gruppe.
- Die Repräsentationsqualität der nichtprofessoralen Gruppen würde sich mit gewisser Wahrscheinlichkeit verbessern, wenn sie unter anderem von ProfessorInnen, nämlich den sog. HochschulrepräsentantInnen vertreten werden.
- Die Übersetzung von Gruppeninteressen in Anliegen, die auch unabhängig vom einer spezifischen Gruppensituation getragen werden können, wäre nötiger, als dies heute ist.

Schließlich: Der naheliegende Einwand, die als HochschulrepräsentantInnen kandidierenden und dann amtierenden ProfessorInnen könnten zu Populismus neigen, um sich allgemeine, nämlich gruppenübergreifende Zustimmung zu sichern, gilt für jede demokratische Wahl. Dieser Einwand könnte nur dann aufrechterhalten werden, wenn nachvollziehbar begründet werden kann, warum eine in der Gesamtgesellschaft hinneh-

bare Gefahr innerhalb einer Hochschule nicht hinnehmbar ist. Jedenfalls gilt an der Hochschule nicht anders als in der Gesellschaft, als deren Bestandteil sie existiert: Demokratie ist ziemlich schädlich, aber: der angeordnete Schaden ist ganz nützlich.

Was sagt uns das? Demokratisierung der Hochschulen ist, den Schadensnutzen zu optimieren.

Literatur:

Beckmeier, Carola/Neusel, Ayla (1991): Entscheidungsverflechtung an Hochschulen. Determinanten der Entscheidungsfindung an bundesdeutschen und französischen Hochschulen am Beispiel der Studiengangentwicklung, Frankfurt/New York.

Beyme, Klaus von (1992): Die politischen Theorien der Gegenwart, Opladen.

Daxner, Michael (1996): Ist die Uni noch zu retten? Zehn Vorschläge und eine Vision, Reinbeck bei Hamburg.

Hennis, Wilhelm (1982): Studentenbewegung und Hochschulreform, in: Horst Albert Glaser (Hg.), Hochschulreform – und was nun? Berichte, Glossen, Perspektiven, Frankfurt a.M./Berlin/Wien 1982, S. 37-60.

Kielmansegg, Peter Graf (1980): Nachdenken über die Demokratie. Aufsätze aus einem unruhigem Jahrzehnt, Stuttgart.

Kocka, Jürgen (1982): Hoffnungen der Reform – Sieg der Bürokratie, in: Glaser, a.a.O., S. 122-143.

Konferenz der Studierendenschaften von Sachsen-Anhalt KSSA/ostdeutsches studierendenvertretungstreffen o.s.t. (Hg.): Anhörung „Die Verbesserung der Struktur und der Aufgaben der demokratischen Selbstverwaltungsorgane der Hochschulen als Chance für eine effektivere und sozialere Gestaltung von Entscheidungs- und Leitungsprozessen an den Hochschulen in den Ländergesetzgebungen“, Magdeburg, 3. März 1998. o.O. o.J. [1998].

Nitsch, Wolfgang (1992): Hochschule und Gesellschaft: Der akademische Raum zwischen sozialemanzipativen und systemdynamischen Autonomisierungstendenzen, in: *hochschule ost* 4/1992, S. 3-10.

Preuß, Ulrich K. (1989): Demokratie in der Hochschule, in: *Kursbuch* 97: Uni-Not. Berlin, S. 151-169 [nachgedruckt in KSSA/o.s.t., Anhörung „Die Verbesserung...“, a.a.O., S. 153-171].

Das „Berliner Wahlmodell“ für Hochschulgremien Rechtliche Grundlagen und politische Perspektiven¹

Andreas Keller
Marburg

Die Studierendenvertretungen des Landes Berlin haben 1996 im Zusammenhang mit der bevorstehenden Novellierung des Hochschulrahmengesetzes einen interessanten Vorschlag zur Reform der Binnenstruktur der Hochschulselbstverwaltung vorgelegt:² Ein Teil der Mitglieder der Professorengruppe sollte nicht nur von Professorinnen und Professoren, sondern auch von allen übrigen Hochschulmitgliedern, also auch von Studierenden sowie wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewählt werden. Auf diese Weise könnten die Mitbestimmungsrechte insbesondere der Studierenden, aber auch der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gestärkt werden, ohne die vom Bundesverfassungsgericht für bestimmte Angelegenheiten der akademischen Selbstverwaltung verlangten Professorenmehrheiten infragezustellen. Seitdem wird bundesweit über das „Berliner Modell“ für Hochschulwahlen diskutiert.

Die neu in Gang gekommene Diskussion um innovative Mitbestimmungsmodelle kann dabei an ältere Debatten anknüpfen. Der Landesverband Hamburg des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) hat bereits im Februar 1968 einen Entwurf für ein Hochschulgesetz vorgelegt, der auf Basis einer rätedemokratischen Hochschulverfassung eine integrierte Wahl von Institutsräten und Universitätsrat durch Vollversammlungen vorsah.³ 1972 schlug Andreas Reich vor, zwar besonders qualifi-

¹ Überarbeitete Kurzfassung einer Sachverständigen-Stellungnahme für die Anhörung des Ausschusses für Bildung und Wissenschaft des Landtages von Sachsen-Anhalt am 25. November 1998 in Magdeburg. Die vollständige Fassung der Stellungnahme ist im Internet unter <http://staff-www.uni-marburg.de/~keller/sachsanh.htm> abzurufen.

² Vgl. „Nicht nur Professoren sollen Professoren wählen“, in: *Frankfurter Rundschau* vom 19.09.96.

³ Dokumentiert in: *Kursbuch* 14 (1968), S. 120 ff.; Guntram von Schenck: Das Hochschulrahmengesetz, Hochschulreform in der Gesellschaftskrise, Bonn-Bad Godesberg 1976, S. 116 ff.

zierten Personengruppen die absolute Mehrheit der Sitze in Hochschulorganen einzuräumen, an ihrer Wahl aber – durch eine Entkoppelung von aktivem und passivem Wahlrecht – alle Hochschulmitglieder teilhaben zu lassen.⁴ Im Jahre 1973 legte die Fraktion der SPD im baden-württembergischen Landtag einen Gesetzentwurf vor, der eine integrierte, also nicht nach Mitgliedergruppen getrennte Wahl des Senats durch ein gruppenparitätisch besetztes Gremium vorsah.⁵ Und unter dem Eindruck des westdeutschen und westberliner Studierendenstreiks des Wintersemesters 1988/89 schlug der Rechtsprofessor Ulrich K. Preuß 1989 mit dem Ziel, unter den Statusgruppen die „wechselseitigen Fremdwahrnehmungen zu institutionalisieren“, vor, daß in den Gremien ein Drittel der Vertreterinnen und Vertreter jeder Gruppe durch die Mitglieder der anderen Gruppen gewählt wird (Prinzip der „Kreuzwahl“).⁶ Preuß zog auch – im Rahmen von nach bestimmten Gruppenproporzen zusammengesetzten Gremien – eine Wahl sämtlicher Gruppenvertreterinnen und -vertreter durch die Mitglieder aller Gruppen (Prinzip „Alle wählen alle“) in Betracht.⁷

Am 16. Juli 1998 hat der Landtag von Sachsen-Anhalt seinen Ausschuss für Bildung und Wissenschaft beauftragt, „sich eingehend mit den Inhalten von alternativen demokratischen Wahlmodellen zur Besetzung von Hochschulgremien zu befassen“ und dabei dem „Berliner Wahlmodell besondere Aufmerksamkeit zu widmen.“⁸ Auf Grundlage dieses Auftrages führte der Ausschuss am 25. November 1998 eine Anhörung durch.⁹ Der Landtag von Sachsen-Anhalt ist das erste Landesparlament in der Bundesrepublik Deutschland, das die Vorschläge der Studentinnen und Studenten aufgreift. Allein schon dies ist als ein hoffnungsfroh stimmendes Indiz dafür zu bewerten, daß 25 Jahre nach dem Hochschulurteil des Bundesverfassungsgerichts in der Mitbestimmungsfrage zwischen den verhärteten Fronten ein Neuanfang möglich erscheint. Grundlage von Anhörung und Ausschussberatungen war ein Formulierungsvorschlag für eine Änderung des Hochschulgesetzes, den der bundesweite Studierendenkongress „Bildung und Gesellschaft“ vom 8. bis 11. Januar 1998 in Berlin

⁴ Andreas Reich: Der Paritätenstreit, in: *Bayerische Verwaltungsblätter* 1972, S. 604 f.

⁵ Landtags-Drucksache 6/2490.

⁶ Ulrich K. Preuß: Demokratie in der Hochschule, in: *Kursbuch* 97 (1989), S. 151 ff., hier S. 168.

⁷ Ebenda, S. 169.

⁸ Landtags-Drucksache 3/5/93. Vgl. Plenarprotokoll 3/5, S. 166 ff.

⁹ Die Niederschrift der 7. – öffentlichen – Sitzung des Ausschusses liegt inzwischen vor und kann beim Vorsitzenden des Ausschusses, Domplatz 6-9, 394104 Magdeburg bezogen werden.

verabschiedet hat.¹⁰ Eine entsprechende Gesetzesnovellierung forderten die sachsen-anhaltinischen Studierendenvertretungen bereits bei der Landtagsanhörung anlässlich des dritten Gesetzes zur Änderung des Hochschulgesetzes¹¹ am 5. November 1997 und wurden dabei massiv von streikenden Studentinnen und Studenten unterstützt.

Zwischenzeitlich ist das vierte Gesetz zur Änderung des Hochschulrahmengesetzes vom 20. August 1998¹² in Kraft getreten und hat den Gestaltungsspielraum für den Landesgesetzgeber erheblich erweitert. Für die Landtagsanhörung legten die sachsen-anhaltinischen Studierendenvertretungen daher entsprechend erweiterte Forderungen vor. Neben der Wahl eines Teils der Mitglieder der Professorengruppe in Hochschulgremien durch alle Hochschulmitglieder schlugen sie eine Beschränkung des Stimmrechts dieser von allen Hochschulgruppen in einer integrierten Wahl bestimmten Professorinnen und Professoren auf Lehre, Forschung und Berufungen unmittelbar betreffende Entscheidungen vor. Darüber hinaus forderten die Studierenden eine viertelparitätische Zusammensetzung des Konzils. Im folgenden soll daher das „Berliner Wahlmodell“ auch in diesem erweiterten Sinne beurteilt werden.

Vereinbarkeit des „Berliner Wahlmodells“ mit dem Hochschulrahmengesetz

Die Frage nach der Vereinbarkeit des „Berliner Wahlmodells“ mit dem Hochschulrahmengesetz (HRG) lässt sich seit dem 25. August 1998, dem Tag des Inkrafttretens des novellierten HRG, leichter beantworten als zuvor, da eine Reihe von Vorschriften, mit der Zweifel an der HRG-Konformität des Modell begründet worden konnten, gestrichen worden sind. Insbesondere ist das mögliche Hemmnis¹³ aus 39 Satz 1 HRG alter Fassung, wonach die Vertreterinnen und Vertreter der Mitgliedergruppen in den zentralen Kollegialorganen und im Fachbereichsrat „von den jeweiligen Mitgliedergruppen“ zu wählen waren, entfallen. Das neue Hochschul-

¹⁰ Dokumentiert in: KSSA – Konferenz der Studierendenschaften von Sachsen-Anhalt/o.s.t. – ostdeutsches studierendenvertretungstreffen (Hrsg.): Anhörung „Die Verbesserung der Struktur und der Aufgaben der demokratischen Selbstverwaltungsorgane der Hochschulen als Chance für eine effektivere und sozialere Gestaltung von Entscheidungs- und Leitungsprozessen an den Hochschulen in den Ländergesetzgebungen“, Magdeburg, 3. März 1998, Halle 1998, S. 138 ff.

¹¹ Vom 19. März 1998; GVBl. LSA 1998, S. 132. Vgl. die Bekanntmachung der Neufassung des Hochschulgesetzes vom 1. Juli 1998 in: GVBl. LSA 1998, S. 300 ff.

¹² BGBI 1998 I, S. 2190 ff.

¹³ Peter Dallinger in: Ders./Christian Bode/Fritz Dellian: Hochschulrahmengesetz, Kommentar, Tübingen 1978, § 39, Rndr. 3.

rahmengesetz verlangt keine Parallelität von „aktivem und passivem Wahlrecht“¹⁴ mehr.

Problematisch könnte jedoch weiterhin die Vorschrift des 37 Abs. 1 Satz 3 HRG sein, die der bisherigen Regelung des § 38 Abs. 2 Satz 1 HRG alter Fassung entspricht. Demnach bilden für die „Vertretung in den nach Mitgliedergruppen zusammengesetzten Gremien ... die Hochschul-lehrer, die akademischen Mitarbeiter, die Studierenden und die sonstigen Mitarbeiter je eine Gruppe“. Denn der vom Berliner Studierendenkongress im Januar 1998 vorgelegte Formulierungsvorschlag für eine Umsetzung des „Berliner Wahlmodells“ sieht für die „Wahrnehmung von gruppenübergreifenden Hochschulinteressen“ die Bildung einer – in § 37 HRG nicht vorgesehenen – Gruppe von „Hochschulrepräsentantinnen und Hochschulrepräsentanten“ vor, die neben die bekannten vier Statusgruppen der Professorinnen und Professoren, Studierenden, wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die für „die ständische Vertretung in Gremien“ zuständig erklärt werden, treten soll. Entsprechendes gilt für die „Fachbereichsrepräsentantinnen und Fachbereichsrepräsentanten“ in den Fachbereichsgremien.

In diesem Formulierungsvorschlag kann gleichwohl kein Verstoß gegen § 37 Abs. 1 Satz 3 HRG erblickt werden. Zwar kann der Auffassung gefolgt werden, daß diese Vorschrift einen numerus clausus der Statusgruppen normiert; allerdings ist die Geltung dieser Vorschrift durch die vierte HRG-Novelle vom August 1998 ausdrücklich auf die „nach Mitgliedergruppen zusammengesetzten Gremien“ beschränkt. Die Hochschulgesetze der Länder können daher auch Gremien einrichten, die nicht nach Mitgliedergruppen zusammengesetzt sind. Von dieser Möglichkeiten wurde schon bisher rege Gebrauch gemacht. Nach den Vorschriften des alten, außer Kraft getretenen HRG mussten die Länder sogar die Bildung eines zentralen Kollegialorgans vorsehen, dem die Fachbereichsprecherinnen und -sprecher (Dekaninnen und Dekane) stimmberechtigt oder mit beratender Stimme angehören.¹⁵ Darüber hinaus ist es üblich, daß bestimmten Hochschulgremien Mitglieder, die nicht Gruppenvertreterinnen und -vertreter im Sinne des § 37 Abs. 1 Satz 3 HRG sind, stimmberechtigt oder mit beratender Stimme angehören. So gehören z.B. nach § 77 des Hochschulgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt dem Senat außer den Gruppenvertreterinnen und Gruppenvertretern der Rektor oder die Rektorin mit Stimmrecht sowie die Prorektorinnen und Prorektoren, die

¹⁴ Andreas Reich: Hochschulrahmengesetz, Kommentar, 5. Aufl. Bad Honnef 1996, § 39, Rndr. 2.

¹⁵ § 38 Abs. 3 Satz 2 HRG alter Fassung.

Kanzlerin oder der Kanzler, die Gleichstellungsbeauftragte und eine Vertreterin oder ein Vertreter des Studentenrats jeweils mit beratender Stimme an.

Es ist auch nicht überzeugend, aus 37 Abs. 1 Satz 4 HRG abzuleiten, die Mitglieder der Professorengruppe, die bei Entscheidungen in den dort genannten Lehr- und Forschungsangelegenheiten über die Hälfte bzw. die Mehrheit der Stimmen verfügen müssen, müssten alle ausschließlich von Professorinnen und Professoren gewählt werden. Dafür gibt der Wortlaut keinerlei Anhaltspunkte. Die Bestimmung, die die Wahl der Vertreterinnen und Vertreter der Mitgliedergruppen durch die jeweiligen Gruppen gesichert hatte, wurde wie ausgeführt im August 1998 aus dem HRG gestrichen. Dies war eine bewußte Entscheidung des Bundesgesetzgebers, der eine Deregulierung des HRG gerade auch in Hinblick auf § 39 HRG alter Fassung beabsichtigt hat.¹⁶

Der Wille des Gesetzgebers würde daher auf den Kopf gestellt, wollte man den materiellen Gehalt des aufgehobenen § 39 HRG alter Fassung nun in andere Vorschriften hinein interpretieren. Hinzu kommt, daß die Deregulierung des HRG nicht nur ein Ausdruck des politischen Willens des Bundestages darstellt, sondern auch aus verfassungsrechtlichen Gründen erforderlich war. Von Anfang an befand sich die Regelungsdichte des HRG am Rande der verfassungsrechtlichen Zulässigkeit. Die Verfassungsreform vom November 1994 hat jedoch die Voraussetzungen für die Rahmengesetzgebung des Bundes nach Art. 72 und 75 GG noch restriktiver gefaßt.¹⁷ So schreibt etwa Art. 75 Abs. 2 GG nun explizit vor, daß die Rahmenvorschriften des Bundes „nur in Ausnahmefällen in Einzelheiten gehende oder unmittelbar geltende Regelungen enthalten“ dürfen.

Es ist ferner nicht erkennbar, daß das „Berliner Wahlmodell“ – hier nun speziell in seinem erweiterten Sinne, d.h. mit beschränktem Stimmrecht für die von allen Hochschulmitgliedern integriert gewählten Professorinnen und Professoren – gegen 37 Abs. 1 Satz 4 HRG verstoßen könnte. Diese Vorschrift wurde gegenüber der Vorgängervorschrift in § 38 Abs. 3 Satz 5 HRG alter Fassung entschärft. Wurde früher verlangt, daß die Professorengruppe in „Gremien mit Entscheidungsbefugnissen in Angelegenheiten, die Forschung, künstlerische Entwicklungsvorhaben, Lehre oder die Berufung von Professoren berühren“, über die absolute Mehrheit der Sitze und Stimmen verfügen muss, verlangt heute § 37 Abs. 1 Satz 4 HRG differenzierter und weniger weitgehend:

¹⁶ Vgl. Bundestags-Drucksache 13/8796, S. 25.

¹⁷ 42. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 27.10.94 (GVBl I 1994, S. 3146 ff.).

„In nach Mitgliedergruppen zusammengesetzten Entscheidungsgremien verfügen die Professoren bei der Entscheidung in Angelegenheiten, die die Lehre mit Ausnahme der Bewertung der Lehre betreffen, mindestens über die Hälfte der Stimmen, in Angelegenheiten, die die Forschung, künstlerische Entwicklungsvorhaben oder die Berufung von Professoren unmittelbar betreffen, über die Mehrheit der Stimmen.“

Gegenüber der alten Fassung des HRG hat sich also im einzelnen verändert:

1. Die Regelung gilt nicht mehr für alle Gremien, sondern nur für nach Mitgliedergruppen zusammengesetzte Entscheidungsgremien, also z.B. nicht für nur beratende Kommissionen und Ausschüsse, aber auch nicht für nicht nach Mitgliedergruppen zusammengesetzte Gremien.
2. Die Regelung erstreckt sich nicht mehr auf Gremien mit Entscheidungsbefugnissen in den genannten Angelegenheiten, sondern nur noch auf die Entscheidung in diesen Angelegenheiten, findet also keine Anwendung, wenn diese Gremien in anderen Angelegenheiten entscheiden.
3. Die Regelung gilt explizit nicht für Angelegenheiten, die die Bewertung der Lehre betreffen.
4. Für Angelegenheiten, die die Lehre im übrigen betreffen, ist keine Professorenmehrheit mehr erforderlich, sondern nur noch die Hälfte der Stimmen. Ein bloßes 'Berührtsein' der Lehrangelegenheiten reicht nicht mehr aus, diese müssen vielmehr 'betroffen' sein.
5. Die Anforderung einer Professorenmehrheit in Hinblick auf Forschung, künstlerische Entwicklungsvorhaben oder Professorenberufung besteht nur noch, wenn diese Angelegenheiten 'unmittelbar betroffen' sind, ein bloßes Berühren reicht nicht mehr aus.
6. Die verbleibenden Vorgaben beziehen sich nur noch auf die Hälfte bzw. die Mehrheit der Stimmen, nicht mehr der Sitze. Die Sicherung der Vorgaben durch Mehrfachstimmrechte der Professorengruppe in bestimmten Fällen wäre somit möglich.¹⁸

Damit hat sich das HRG den Vorgaben, die 1973 das Bundesverfassungsgericht für die Zusammensetzung von Hochschulgremien gemacht hat,¹⁹ angenähert, verzichtet also anders als das alte HRG²⁰ auf eine noch über die verfassungsrichterlichen Vorgaben hinaus gehende Einschränkung des Gestaltungsspielraums der Landesgesetzgeber. Das Bundesverfassungs-

¹⁸ Die Verfassungsmäßigkeit eines derartigen Verfahrens hat das Bundesverfassungsgericht bereits bestätigt: Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, Bd. 55, S. 37 ff.

¹⁹ Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, Bd. 35, S. 79 ff.

²⁰ Vgl. Bernhard Nagel in: Erhard Denninger (Hrsg.): Hochschulrahmengesetz, Kommentar, München 1984, § 38, Rdnr. 2.

gericht hat 1973 in seinem Urteil über die Klage von 398 Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer gegen das Vorschaltgesetz für ein Niedersächsisches Gesamthochschulgesetz von 1971 entschieden, daß bei „Entscheidungen, welche unmittelbar die Lehre betreffen“, die Hochschullehrergruppe über die Hälfte der Stimmen verfügen müsse; bei „Entscheidungen, die unmittelbar Fragen der Forschung oder die Berufung der Hochschullehrer betreffen“, müsse ihr sogar ein „weitergehender, ausschlaggebender Einfluß“ vorbehalten bleiben.²¹

Diese Erweiterung des Gestaltungsspielraums der Landesgesetzgeber ist nun insbesondere für den Vorschlag, das Stimmrecht der von allen Hochschulmitgliedern in einer integrierten Wahl bestimmten Professorinnen und Professoren in bestimmten Angelegenheiten zu beschränken, relevant. Diesem Vorschlag liegt die Idee zugrunde, der Anforderung nach einer Professorenmehrheit nur noch insoweit Rechnung zu tragen, wie dies vom novellierten HRG bzw. von der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts verlangt wird. Bei Angelegenheiten, die die Lehre nicht betreffen oder lediglich die Bewertung der Lehre betreffen, und bei Angelegenheiten, die die Forschung oder Hochschullehrerberufungen nicht unmittelbar betreffen, sondern beispielsweise nur mittelbar, kann daher der Anteil der Stimmen der Professorengruppe auf unter 50 Prozent gesenkt werden.

Bei diesen Angelegenheiten ist insbesondere an 'neue Mitbestimmungstatbestände' zu denken: Gegenstände, die bisher innerhalb der Aufgabenverteilung zwischen Staat und Hochschule in den Kompetenzbereich des Staates fielen und von daher von den Hochschulen lediglich im Auftrag des Staates und unter staatlicher Fachaufsicht zu erledigen waren, aber im Kontext der gegenwärtigen Hochschulstrukturreform, die auf eine Stärkung der Autonomie der Hochschulen setzt, mehr und mehr der Sphäre der akademischen Selbstverwaltung übertragen werden. Konkret handelt es sich dabei insbesondere um Haushalts- und Wirtschaftsfragen einschließlich der Vermögensverwaltung und Bauangelegenheiten sowie um Personalfragen, aber auch um Fragen der Hochschulentwicklungsplanung und Studienreform. Insbesondere die Ressourcenverteilung im Rahmen eines Globalhaushalts gehört zu diesen 'neuen Mitbestimmungstatbeständen', die nicht in Gremien mit Professorenmehrheiten entschieden werden müssen.

Die 'neuen Mitbestimmungstatbestände' sind daher grundsätzlich im Vergleich zu den klassischen Gegenständen der akademischen Selbstverwaltung einer erweiterten Partizipation zugänglich. Konkret wäre vor-

²¹ Ebenda, S. 80.

stellbar, daß die 'neuen Mitbestimmungstatbestände' einem viertelparitätisch zusammengesetzten 'engeren' oder 'kleinen' Senat übertragen werden, der sich zur Entscheidung von Angelegenheiten, die die Lehre betreffen oder die Forschung sowie Professorenberufungen unmittelbar betreffen, zu einem 'erweiterten' oder 'großen' Senat vergrößert, in dem die Professorengruppe über die Mehrheit der Stimmen verfügt. Die in diesen Fällen den 'kleinen' Senat zu einem 'großen' Senat erweiternden Professorinnen und Professoren könnten anders als die Professorenvertreterinnen und -vertreter im 'kleinen' Senat aus einer integrierten Wahl aller Hochschulmitglieder hervorgehen.

Schließlich scheidet auch 37 Abs. 1 Satz 2 HRG, wonach sich Art und Umfang der Mitwirkung der Mitgliedergruppen „nach der Qualifikation, Funktion, Verantwortlichkeit und Betroffenheit der Mitglieder“ richten müssen, als rahmenrechtliches Hindernis für eine Einführung des „Berliner Wahlmodells“ mit der vorgeschlagenen Erweiterung in Hinblick auf 'integrierte Mitbestimmungstatbestände' aus. Abgesehen davon, daß in dieser Vorschrift anders als noch in § 38 Abs. 1 Satz 1 HRG alter Fassung gar nicht mehr „die zahlenmäßige Zusammensetzung der Kollegialorgane, Ausschüsse und sonstigen Gremien“ explizit angesprochen wird, kann aus der differenzierten Maßgabe des § 37 Abs. 1 Satz 2 HRG gerade nicht der undifferenzierte Grundsatz einer Professorenmehrheit in allen Gremien und bei allen Angelegenheiten abgeleitet werden.

In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, daß mit der Streichung der §§ 61 bis 66 aus dem HRG auch die Bestimmung des 63 Abs. 1 Satz 2 HRG alter Fassung entfallen ist, wonach die Professorengruppe in dem für die Beschlussfassung über die Grundordnung und für die Wahl der Hochschulleitung zuständigen Organ über die absolute Mehrheit der Sitze und Stimmen verfügen musste. Einer Aufhebung der Professorenmehrheit im Konzil (§ 76 Hochschulgesetz des Landes Sachsen-Anhalt) steht somit nichts mehr im Wege. Als erstes Land hat Hessen in seinem soeben in Kraft getretenen Hochschulgesetz vom 3. November 1998 eine Zusammensetzung des erweiterten Senats im Verhältnis von 20:20:10:10 an den Universitäten bzw. von 16:16:4:12 an den Fachhochschulen und von 14:14:2:6 an den Kunsthochschulen eingeführt.²²

²² § 38 Abs. 4 des Gesetzes. GVBl. Hessen 1998 I, S. 431. Vgl. Andreas Keller: Widerstand gegen „Drittelparität“, Zur Auseinandersetzung um die Novellierung des Hessischen Hochschulgesetzes, in: *Forum Wissenschaft* 3/1998, S. 54 ff. Die neue CDU-FDP-Landesregierung hat indes angekündigt, die Umsetzung des neuen Gesetzes durch eine abermalige Novellierung zu stoppen.

Vereinbarkeit des „Berliner Wahlmodells“ mit dem Grundgesetz

Damit bleibt freilich noch die Frage offen, ob möglicherweise das Grundgesetz (GG) eine integrierte Wahl von Professorinnen und Professoren in Hochschulgremien ausschließt. Diese These wurde bereits 1974 von Ernst-Wolfgang Böckenförde in Bezug auf den oben genannten Gesetzesentwurf der SPD-Fraktion im baden-württembergischen Landtag vertreten.²³

Böckenförde stützt seine Argumentation gegen die integrierte Wahl auf den Begriff der Repräsentation. Zwar dürfe der grundgesetzlich garantierte Teilhabeanspruch des einzelnen Hochschullehrers an der Hochschulselbstverwaltung unter den Bedingungen der Massenuniversität auch durch Repräsentation realisiert werden, von Repräsentation könne jedoch nur dann gesprochen werden, wenn die Repräsentanten der Professorengruppe durch die Professoren selbst gewählt würden. Dem halten Rita Maria Brucker und Heino Depping in ihrem im Auftrag des AStA der Freien Universität Berlin 1996 verfassten Gutachten unter Bezugnahme auf Überlegungen von Rolf Grawert²⁴ entgegen, daß das Repräsentationsprinzip in diesem Sinne im Hochschulbereich gerade keine Geltung beanspruchen könne.²⁵ Das Prinzip der Repräsentation sei „ein Wesensmerkmal demokratischer und vorrangig staatspolitischer Prozesse“; an den Hochschulen sei jedoch das Prinzip der Durchsetzung von „Sachkunde“ maßgeblich: Allein durch die „herausgehobene Kompetenz im Bereich wissenschaftsrelevanter Fragen“, nicht aber durch einen über demokratische Wahlen vermittelten Repräsentationsanspruch, werde die vom Bundesverfassungsgericht geforderte hervorgehobene Stellung der Hochschullehrergruppe legitimiert.²⁶ Auch im Falle einer Wahl durch andere Hochschulmitglieder sei daher der den Professorinnen und Professoren zum Zwecke der Sachkunde vorbehaltene Einfluss gesichert; eine Repräsentation des differenzierten Meinungsspektrums der Professorengruppe insgesamt sei hingegen nicht erforderlich.

Die Argumentation von Brucker und Depping ist nichts anderes als die konsequente Übertragung des Interpretationsansatzes des Bundesver-

²³ Ernst-Wolfgang Böckenförde: „Integrierte Wahl“ – verfassungsgemäß? In: *Zeitschrift für Rechtspolitik* 1974, S. 134 ff.

²⁴ Rolf Grawert: Wahlrechtsgrundsätze für Hochschulwahlen, in: *Wissenschaftsrecht* 1981, S. 193 ff.

²⁵ Rita Maria Brucker/Heino Depping: Rechtsgutachten für den AStA der FU Berlin zu Fragen des Wahlrechts an den Hochschulen, Berlin 1996.

²⁶ Ebenda, S. 18 f.

fassungsgerichts auf die 1973 in Karlsruhe nicht zur Entscheidung stehende Beurteilung des „Berliner Wahlmodells“. Brucker und Depping folgen dem Ausgangspunkt des Bundesverfassungsgericht, daß auf die Binnenstruktur der Hochschule eben nicht Demokratieprinzip und Wahlrechtsgrundsätze, wie sie das Grundgesetz für die staatspolitische Willensbildung normiert, übertragen werden könnten. Böckenförde hingegen verlässt in einem entscheidenden Punkt, wo der ursprünglich gegen eine Demokratisierung der Hochschulen entwickelte Interpretationsansatz Schlupflöcher für ein intelligentes Mitbestimmungsmodell aufweist, die Argumentationsbasis des Bundesverfassungsgerichts.

Die positive verfassungsrechtliche Beurteilung des „Berliner Wahlmodells“ wird gestärkt durch zwei grundsätzliche verfassungsrechtliche Überlegungen. Zum einen ist im Zusammenhang mit der Hochschulstrukturreform der neunziger Jahre eine generelle Tendenz zur Verschiebung von Kompetenzen weg von den Fachbereichs- und zentralen Kollegialorganen hin zur Fachbereichs- bzw. Hochschulleitung zu beobachten. Unter den Vorgaben des gegenwärtigen Hochschulrechts handelt es sich dabei um nichts anderes als um eine Machtverschiebung von mit Professorenmehrheiten ausgestatteten Gremien hin zu – zwar unter Bedingungen der Professorenmehrheit, aber gleichwohl – integriert gewählten Leitungsorganen. Die Mitglieder der zentralen Leitungsorgane selbst müssen (im Falle einer Präsidialverfassung) nicht Professorinnen und Professoren sein. Zu kritisieren ist diese Tendenz, weil im Ergebnis zwar eine teilweise Relativierung der Macht des Professoriats, aber keineswegs eine Demokratisierung der Hochschulen als Alternative zu erwarten ist, sondern im Gegenteil ihre weitere Hierarchisierung. Grundsätzlich stößt dieser Paradigmenwechsel, der eine Entmachtung der traditionellen, vom Bundesverfassungsgericht geschützten Kollegialorgane mit Professorenmehrheit beinhaltet, jedoch auf breite Akzeptanz sogar in der Professorenschaft selbst. Es ist in diesem Zusammenhang bemerkenswert, daß hierbei weit weniger nachdrücklich als beim „Berliner Wahlmodell“ verfassungsrechtliche Bedenken geltend gemacht werden. Und wenn doch, dann ohne Erfolg: In seiner Entscheidung vom 31. Mai 1995 wies das Bundesverfassungsgericht eine Verfassungsbeschwerde von 502 Professorinnen und Professoren gegen die Stärkung der Stellung der Dekanin oder des Dekans zu Lasten der akademischen Selbstverwaltung im nordrhein-westfälischen Universitätsgesetz vom 3. August 1993²⁷ zurück.²⁸

²⁷ GV. NW 1993, S. 476.

²⁸ Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, Bd. 93, S. 85 ff.

Zum anderen ist auf verfassungsrechtliche Bedenken gegen einen unbegrenzten Rückzug des Staates und speziell des demokratisch legitimierten Gesetzgebers aus seiner Verantwortung für das Hochschulwesen zu verweisen. Insbesondere im Zusammenhang mit der Diskussion um die Globalisierung der Hochschulhaushalte wurde auf etwaige Verletzungen des Budgetrechts des Parlaments im besonderen und des Demokratieprinzips des Grundgesetzes im allgemeinen aufmerksam gemacht.²⁹ Als Ausweg aus diesem rechtspolitischen Dilemma, einerseits die Autonomie gesellschaftlicher Subsysteme gegenüber der staatlichen Zentrale stärken und andererseits die demokratische Legitimation des Handelns staatlicher Einrichtungen respektieren zu wollen, kommt gerade auch für den Bereich der Hochschulen m.E. nur eine innere Demokratisierung der der Selbststeuerung überlassenen Subsysteme in Betracht. Der Verlust an ohnehin nur unzureichend über die Ministerialbürokratie vermittelten demokratischen Legitimation kann durch die innere Demokratisierung der Hochschulen gewissermaßen kompensiert werden. Im Gegensatz zur nichtwissenschaftsbezogenen Staatsverwaltung bietet sich diese Kompensationsstrategie gerade für die Hochschulen an, weil wir es dort ohnehin mit – einer demokratischen Binnenstruktur grundsätzlich zugänglichen – Selbstverwaltungskörperschaften zu tun haben, die dem spezifischen Zweck der Realisierung des Grundrechts der Wissenschaftsfreiheit dienen.

Auswirkungen einer Einführung des „Berliner Wahlmodells“ an den Hochschulen

Eine nüchterne Betrachtungsweise des „Berliner Wahlmodells“ ist dringend geboten. Denn bei ihm handelt es sich keineswegs um eine *strukturelle* Veränderung der bisherigen Hochschulverfassung, sondern lediglich um eine *partielle* Weiterentwicklung. Von wesentlich größerer Bedeutung als die alte Paritätenfrage ist die Frage der Aufgabenverteilung zwischen den gruppengesteuerten Gremien und den Exekutivorganen, zwischen den Hochschulgremien und der staatlichen Ministerialbürokratie und neuerdings vermehrt auch zwischen der Hochschule und Dritten, die gegenüber der Hochschule als Forschungsförderer, Auftraggeber und Sponsoren in Erscheinung treten. Von daher ist allen Beteiligten zu empfehlen, der Frage, ob einige professorale Gremienmitglieder mit den Stimmen aller Hochschulmitglieder oder nur mit den Stimmen der Professorinnen und Professoren gewählt werden, gelassener entgegenzutreten.

²⁹ Vgl. Hanns H. Seidler: Globalhaushalte und ihre rechtlichen Schranken, Oder: Das späte Leiden am preußischen Budgetkonflikt, in: *Kritische Justiz* 1996, S. 75-87.

In den die Substanz des Lehr- und Forschungsbetriebs betreffenden Angelegenheiten hätten Mitglieder der Professorengruppe auch im Rahmen des „Berliner Wahlmodells“ weiterhin eine Mehrheit. Es geht also nicht um eine völlige Abschaffung, sondern lediglich um eine Relativierung der Mehrheit der Professorinnen und Professoren in Hochschulgremien. Tatsächlich steht keineswegs fest, wie Kritikerinnen und Kritiker einwenden, daß die von allen Hochschulmitgliedern gewählten Professorinnen und Professoren in den Gremien andere, eher im Interesse der übrigen Hochschulmitglieder liegende, Entscheidungen treffen würden, als die ausschließlich von ihresgleichen gewählten Professorinnen und Professoren. Es kann und darf aber gar nicht Zweck von Verfahrensregelungen sein, bestimmte Inhalte von Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen zu präjudizieren. Ideale Verfahrensregelung müssen vielmehr möglichst ergebnisoffen gestaltet sein und Rahmenbedingungen für ein Höchstmaß an Partizipation der am Wissenschaftsprozess Beteiligten sichern. Dies kann in Hinblick auf die Zusammensetzung und Wahl von Hochschulgremien am besten dadurch gewährleistet werden, daß nicht eine Mitgliedergruppe alle anderen überstimmen kann, oder, wo dies aus verfassungsrechtlichen Gründen für notwendig erachtet wird, jedenfalls eine besondere Rechenschaftspflicht gegenüber der gesamten Hochschule institutionalisiert wird.

Von der Einführung des „Berliner Wahlmodells“ ist insbesondere zu erwarten, daß sich infolge der Stärkung der Partizipationsmöglichkeiten der Studierenden und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Rationalität von Gremienentscheidungen erhöht. Die Professorengruppe sähe sich, auch soweit sie weiterhin über Mehrheitspositionen verfügt, einem größeren Begründungs- und Diskussionszwang ausgesetzt. Insofern wird sich auch objektiv – d.h. unabhängig von einem bestimmten subjektiven hochschulpolitischen Standpunkt in den zur Entscheidung stehenden Fragen – die Qualität der Gremienentscheidungen erhöhen. Der bisher in Hochschulgremien verbreitet zu beobachtende Mehrheitsautomatismus – häufig begünstigt durch informelle Vorabsprachen – wird auf dieser Grundlage nicht mehr oder wenigstens nicht mehr reibungslos funktionieren.

Die verbesserten Partizipationsmöglichkeiten der Studierenden und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Rationalisierung des Gremienverhaltens der Professorinnen und Professoren würden voraussichtlich Mitwirkungsbereitschaft und Motivation aller Beteiligten – nicht nur in Hinblick auf das Engagement in den Gremien, sondern auch im Bezug auf ihre Identifikation mit der Hochschule und auf ihre Beteiligung in Forschung, Lehre und Studium – erhöhen. Als Folge des „Berliner Wahlmo-

dells“ ist auch mit einer erhöhten Wahlbeteiligung in allen Statusgruppen, insbesondere aber bei den Studierenden, zu rechnen.

Selbstverständlich hat die Art und Weise der *Zusammensetzung* von Hochschulgremien keinen unmittelbaren Einfluß auf den *Inhalt* von Forschung, Lehre und Studium, der – im Kernbereich der Wissenschaftsfreiheit des Art. 5 Abs. 3 GG und somit im Bereich des Unabstimmbaren befindlich – ausschließlich in der Verantwortung der einzelnen Forschenden, Lehrenden und Studierenden liegt. Eine Verbesserung der *Qualität* von Forschung, Lehre und Studium ist jedoch in demselben Maße zu erwarten, wie mit einer Verbesserung der Qualität von Gremienentscheidungen infolge des „Berliner Wahlmodells“ zu rechnen ist. Die traditionelle Struktur der Hochschulselbstverwaltung mit Professorenmehrheiten in allen Hochschulgremien führt strukturell zu einer einseitigen Berücksichtigung der Interessen einer Statusgruppe an diesen Rahmenbedingungen. Qualitativ bessere Entscheidungen der Hochschulgremien würden sich gerade auch dadurch auszeichnen, die Arbeitsbedingungen aller Gruppen gleichermaßen zu verbessern.

In diesem Zusammenhang ist besonders hervorzuheben, daß das neue HRG für Angelegenheiten der Bewertung der Lehre keine Professorenmehrheiten mehr vorschreibt (§ 37 Abs. 1 Satz 4). Die Lehrevaluation könnte vom Landesgesetzgeber also einem paritätischen Entscheidungsverfahren unterzogen werden, in dem die Gruppe der Studierenden über angemessene Mitwirkungsrechte verfügt. Da auf diese Weise Mechanismen der Selbstkontrolle durch Formen einer wechselseitigen Kontrolle ersetzt würden, ist speziell in diesem Bereich mit erheblichen Qualitätsverbesserungen zu rechnen.

Befürchtungen, daß sich infolge des „Berliner Wahlmodells“ große Fachbereiche und 'studentenfreundliche', aber nicht unbedingt besser qualifizierte Professorinnen und Professoren bei Hochschulwahlen durchsetzen könnten,³⁰ sind nicht plausibel. Daß große Fachbereiche die kleineren majorisieren können, ist ein Problem, das unabhängig von der Frage, ob integrierte Wahlen oder gruppenweise Wahlen durchgeführt werden, auftritt. Und daß aus Wahlen nicht zwangsläufig die am besten qualifizierten hervorgehen, ist ein Einwand gegen Wahlen schlechthin, ja gegen demokratische Verfahren schlechthin.

Gerade die als Folge des „Berliner Wahlmodells“ befürchtete Politisierung der Hochschulselbstverwaltung³¹ ist die Chance, die Entscheidungsverfahren der Hochschulselbstverwaltung weiter zu rationalisieren.

³⁰ So der sachsen-anhaltinische Abgeordnete Remmers (CDU), in: Landtag von Sachsen-Anhalt, Plenarprotokoll 3/5, S. 168.

³¹ Ebenda.

Machen wir uns nichts vor: Schon heute wird in den professorendominierten Gremien nach wissenschafts- und hochschulpolitischen Kriterien entschieden, auch wenn dies nicht immer eingestanden wird. Und kein professorales Gremienmitglied kann – ebenso wenig wie die übrigen Gremienmitglieder – die eigenen persönlichen Interessen ausblenden, wenn es im Senatssitzungssaal Platz nimmt. Es kommt aber entscheidend darauf an, diese Interessenlagen und politischen Kriterien transparent zu machen. Dazu kann eine Repolitisierung von Wissenschafts- und Hochschulpolitik, dazu kann das „Berliner Wahlmodell“ beitragen.

Möglicherweise bestehen speziell in einem ostdeutschen Bundesland, dessen hochschulpolitische Atmosphäre nicht in dem Maße mit den aufgeladenen jahrzehntelangen Auseinandersetzungen um die Zusammensetzung von Hochschulgremien vor und nach dem Bundesverfassungsgerichtsurteil von 1973 belastet sind, wie dies an traditionsreichen Universitäten im Westen der Fall ist, günstigere Voraussetzungen für eine nüchterne Betrachtung der studentischen Reformvorschläge. Hinzu kommt, daß im Zusammenhang mit dem Systemwechsel in Ostdeutschland 1989/90 über die Statusgruppen hinweg eine relativ große Bereitschaft zur Einführung demokratischer Hochschulverfassungen bestanden hat. Da die undifferenzierte Übertragung der Strukturen des Hochschulrahmengesetzes der Bundesrepublik auf die neuen Länder bei Hochschulmitgliedern aller Statusgruppen Unzufriedenheit ausgelöst hat, ist heute, nachdem die Regelungsdichte des Hochschulrahmengesetzes in Hinblick auf die Hochschulselbstverwaltung reduziert worden ist, mit einer besonderen Bereitschaft der Hochschulmitglieder zur aktiven Unterstützung innovativer Mitbestimmungsmodelle zu rechnen.

Die Deregulierung der Organisationsvorschriften des Hochschulrahmengesetzes ermöglicht einen Wettbewerb der Länder um aufgabengerechte und innovative Hochschulverfassungsmodelle. Bereits jetzt ist jedoch erkennbar, daß ein Großteil der Länder den gewonnen Spielraum nicht für die Entwicklung innovativer Mitbestimmungsmodelle ausschöpfen, sondern im Gegenteil vorhandene Partizipationsmöglichkeiten aller Hochschulmitglieder weiter beschränken wird. In dieser Konstellation ist es von großer Bedeutung, wenn ein Land deutlich macht, daß die Verbesserung der Partizipation in den Hochschulen elementarer Bestandteil eines geschlossenen Konzepts für eine Hochschulstrukturreform sein kann. Es ist damit zu rechnen, daß andere Länder im Falle einer erfolgreichen Erprobung des „Berliner Wahlmodells“ in Sachsen-Anhalt weitere Schritte in diese Richtung unternehmen werden. Ein Blick auf die jüngste Geschichte der Hochschulreform – Beispiel Globalisierung der Hochschulhaushalte – zeigt, daß es häufig eines ersten Schrittes einer reformwilligen politischen Mehrheit in einem geeigneten Bundesland bedarf, damit auch

andere Länder mit weniger ausgeprägten Innovationsbereitschaft entsprechende Maßnahmen ergreifen.

Schon jetzt läßt sich absehen, daß die Bereitschaft des Landes zur Erprobung innovativer Mitbestimmungsmodelle auch den Hochschul- und Studienstandort Sachsen-Anhalt stärken könnte. Ein Land, das Ernst macht mit der Humboldtschen Idee einer *universitas magistrorum et scholarium*, wird nicht nur verantwortungsbewußte und engagierte Studierende, sondern auch an einer lebendigen Wissenschaftsgemeinschaft interessierte Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer anziehen. Das „Berliner Wahlmodell“ wäre wäre möglicherweise bald als Magdeburger, Hallenser, Köthener, Wernigeroder, Merseburger, Stendaler oder Ascherslebener Modell bundes- und europaweit in aller Munde. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die sich als integriert gewählte Senatorinnen und Senatoren einen Namen machen können, werden sich unter diesen Voraussetzungen auch für Bewerbungen um Professuren außerhalb des Landes Sachsen-Anhalt Vorteile erwerben können. Erfahrungen und Fähigkeiten in der Hochschulsebstverwaltung und im Wissenschaftsmanagement würden so als legitimer Bestandteil des Qualifikationsprofils für den Hochschullehrerberuf aufgewertet werden.

Die Idee der Gruppenhochschule erkennt an, daß am hochschulisch verfassten Wissenschaftsprozess unterschiedliche Gruppen mit unterschiedlichem Status, Erfahrungshintergrund und mit unterschiedlichen Interessen beteiligt sind, die es in den Gremien der Hochschule sichtbar zu machen und zum wechselseitigen Ausgleich zu bringen gilt. Das „Berliner Wahlmodell“ stellt die Chance dar, die in den sechziger Jahren entwickelte Idee der Gruppenhochschule konsequent zu Ende zu denken und gleichzeitig die Hochschulrahmenrechtlichen Voraussetzungen und die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgericht zu respektieren. Dies schließt nicht aus, daß als Ergänzung zur Einführung des „Berliner Wahlmodells“ weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Partizipation aller Hochschulmitglieder mit der Perspektive einer funktionierenden mehrdimensionalen Mitbestimmungsstruktur³² ergriffen werden, die auch die Möglichkeiten der Mitbestimmung nach dem Personalvertretungsgesetz, der tarifvertraglichen Gestaltung von Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen, der pluralistischen Repräsentation gesellschaftlicher Kräfte etwa in Hochschulkuratorien sowie von „neuen Beteiligungsformen im Wissenschaftsbereich“,³³ beispielsweise Runden Tischen, umfassen.

³² Vgl. Harro Plander: Arbeitsplatz Hochschule, Wissenschaftspolitik, Beschäftigung und Personalstruktur im Hochschulbereich, Freiburg i.Br. 1986, S. 157 ff.

³³ Vgl. Wolfgang Nitsch: Runde Tische an Hochschulen, Neue Beteiligungsformen im Wissenschaftsbereich, Frankfurt a.M. 1991.

DOKUMENTATION

Offener Brief an das Bureau du comité international d'histoire de la deuxième guerre mondiale

Berlin, Greifswald, Jena, Leipzig, Potsdam, Rostock im März 1998

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Das „Bulletin du Comité international d'histoire la Deuxième Guerre mondiale“ widmet in seiner No. 29-1996/97 von den insgesamt 131 Seiten 97 dem Thema „Fifty years of writing the history of the Second World War“. Auf 20 Seiten gibt Autor Dick van Galen Last (Amsterdam) eine Einleitung zu seiner mit 1146 Titeln umfangreichen internationalen Bibliographie. Offensichtlich sehen Autor und Redaktion des Bulletins diese Titel als repräsentativ für ein halbes Jahrhundert Geschichtsschreibung über den Zweiten Weltkrieg an.

Wir Unterzeichner sind Autoren von in vielen tausend Exemplaren veröffentlichten Arbeiten zur Vorgeschichte und Geschichte des Zweiten Weltkrieges, die bis 1990 in der DDR erschienen sind. Mit großem Befremden mußten wir feststellen, daß es dem „Bulletin No. 29“ zufolge in vierzig Jahren DDR überhaupt keine Geschichtsschreibung über den Zweiten Weltkrieg gegeben hat. Dieses Verfahren systematischen Verschweigens wurde auch gegenüber Autoren anderer ehemals sozialistischer Länder angewandt.

Erinnert sei, daß das DDR-Komitee für die Geschichte des Zweiten Weltkrieges bis 1990 ordentliches Mitglied des Internationalen Komitees war, nicht nur Beiträge gezahlt hat, sondern Historiker der DDR auf Veranstaltungen des Komitees aufgetreten sind, in seiner Leitung mitgewirkt haben – wie die verstorbenen Kollegen Wolfgang Schumann und Olaf Groehler – und an mehreren Heften eben jenes Bulletins mitgearbeitet haben, in dem jetzt ihre Arbeiten verschwiegen werden.

Autor Dick van Galen Last, ein erfahrener Bibliograph, kann sich kaum auf Unkenntnis berufen, zumal er Autoren, deren bis 1990 erschienene Schriften er akribisch verschweigt, mit Büchern aufgenommen hat, sobald diese nach 1990 erschienen sind. Alle notwendigen bibliographischen Angaben sind im übrigen leicht zugänglich: Als Band 28 der Weltkriegsbücherei Stuttgart erschien 1990 „Neue Forschungen zum Zweiten Weltkrieg“ (im Verlag Bernhard & Graefe in Koblenz). Darin wurde unter 67 Staaten der Welt die Historiographie beider deutscher Staaten über den Zweiten Weltkrieg in zwei Beiträgen vorgestellt. Bernd Wegner bilanzierte darin die Historiographie der alten Bundesrepublik (S. 102-129), Gerhart Hass die der DDR (S. 87-101).

Die Mitglieder des Komitees, die Redaktion des Bulletins und Herr Dick van Galen Last seien nur an einige wenige, international bekannte Publikationen erinnert:

- Deutschland im Zweiten Weltkrieg, 6 Bde., Berlin 1974-1985. Autorenkollektiv Wolfgang Schumann u. a.; sowie über ein Dutzend Quellenpublikationen zu diesem Werk.
- Europa unterm Hakenkreuz. Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus (1938-1945), 9 Bde., Berlin-Heidelberg 1988 bis 1996.
- Publikationen zur Verfolgung und Ermordung der Juden und zur Geschichte der Konzentrationslager, so Klaus Drobisch/Rudi Goguel/Werner Müller: „Juden unterm Hakenkreuz“ (Berlin 1973); Kurt Pätzold: „Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung“ (Leipzig 1983); Klaus Drobisch/Günther Wieland: „System der Konzentrationslager 1933-1939“ (Berlin 1993).
- Veröffentlichungen über die Rolle der Wehrmacht im Krieg, so Gerhard Förster: „Totaler Krieg und Blitzkrieg“ (Berlin 1967); Norbert Müller: „Wehrmacht und Okkupation“ (Berlin 1971); Gerhard Förster/Richard Lakowski: „1945. Das Jahr der endgültigen Niederlage der faschistischen Wehrmacht“ (Berlin 1975); Olaf Groehler: „Geschichte des Luftkriegs“ (Berlin 1975); Olaf Groehler: „Der lautlose Tod“ (Berlin 1987).
- Darstellungen zur deutschen Kriegswirtschaft, voran das dreibändige Standardwerk von Dietrich Eichholtz: „Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft“ (Berlin 1969-1995); sowie die Dokumentenveröffentlichungen von Wolfgang Schumann/Dietrich Eichholtz: „Anatomie des Krieges“ (Berlin 1969); Gerhart Hass/Wolfgang Schumann: „Anatomie der Aggression“ (Berlin 1972); Wolfgang Schumann u. a.: „Konzept für die ‚Neuordnung der Welt‘“ (Berlin 1977); Wolfgang Schumann/Ludwig Nestler u. a.: „Weltherrschaft im Visier“ (Berlin 1975).

hochschule ost 1-2/1999

- Auf den Hinweis auf die Werke zum Widerstandskampf gegen das Hitlerregime, zur deutschen Innen- und Außenpolitik, zur Geschichte der NSDAP und zu anderen Themen verzichten wir an dieser Stelle.

Nach Jahrzehnten einer guten kollegialen, dabei nicht unkritischen Zusammenarbeit mit Historikern sehr vieler, im Internationalen Komitee mitwirkender Staaten finden wir es unverständlich und würden es sehr bedauern, wenn das Internationale Komitee seine in schwierigen Zeiten des Kalten Krieges durchgehaltene Tradition einer korrekten und gleichberechtigten Zusammenarbeit von Forschern unterschiedlicher wissenschaftlicher und politischer Orientierung preisgäbe. Über die Forschungsergebnisse der DDR-Historiographie zum Zweiten Weltkrieg – über ihre unverlierbaren Ergebnisse und Unterlassungen, ihre bahnbrechenden Leistungen und ihre Einseitigkeiten – kann und muß man kritisch und selbstkritisch sprechen. Die Unterzeichner haben das in verschiedensten Publikationen getan und bemühen sich weiterhin darum. Allerdings halten wir die Methode, wesentliche Teile der Geschichtsschreibung über den Zweiten Weltkrieg völlig zu negieren, für wissenschaftlich zerstörerisch und politisch verfehlt. Wir bitten das Internationale Komitee, sich öffentlich von dieser Methode zu distanzieren.

Mit kollegialen Grüßen

Prof. em. Dr. sc. Werner Berthold, Leipzig
 Prof. Dr. sc. Werner Bramke, Historisches Seminar der Universität Leipzig/MdL
 – Vorsitzender des Ausschusses Wissenschaft, Hochschule, Kultur und Medien des Sächsischen Landtages
 Generalmajor a. D. Prof. Dr. Reinhard Brühl, Potsdam/bis 1989 Direktor des Militärgeschichtlichen Instituts der DDR und Vorsitzender der Kommission für Militärgeschichte der DDR/bis 1990 Vizepräsident der Internationalen Kommission für Militärgeschichte
 Prof. Dr. sc. Laurenz Demps, Humboldt-Universität Berlin, Institut für Geschichtswissenschaften
 Dr. sc. Klaus Drobisch, Lehrbeauftragter Freie Universität Berlin
 Prof. Dr. habil. Dietrich Eichholtz, Borkheide
 Prof. Dr., Dr. h. c. Ernst Engelberg, Berlin/Mitglied der Akademie der Wissenschaften der DDR/Erster Präsident des Nationalkomitees der Historiker der DDR
 Dr. sc. Gerald Diesener, Leipzig
 Prof. Dr. sc. Karl Drechsler, Berlin
 Prof. em. Dr. habil. Kurt Finker, Potsdam
 Kurt Frotscher, Henningsdorf
 Dr. Klaus Geßner, Potsdam
 Dr. sc., Dr. h. c. Kurt Gossweiler, Berlin
 Dr. Gerlinde Grahn, Potsdam
 Prof. Dr. sc. Gerhart Hass, Rangsdorf
 Oberst a. D. Prof. Dr. sc. Paul Heider, Potsdam/1984-1989 Stellvertretender Di-

hochschule ost 1-2/1999

rektor für Forschung des Militärgeschichtlichen Instituts der DDR/1989/90 Direktor des MGI

Oberst a. D. Dr. Otto Hennicke, Potsdam, 1978-1990 Chefredakteur der Zeitschrift „Militärgeschichte“

Dr. sc. Ulrich Hess, Universität Leipzig, Zentrum für Höhere Studien

Dr. Sybille Hinze, Berlin

Prof. Dr. habil. Karl Heinz Jahnke, Rostock

Prof. Dr. sc. Wolfgang Küttler, Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte Berlin

Dr. Werner Lamprecht, Greifswald

Dr. habil. Karl Lärmer, Berlin

Doz. Dr. sc. Richard Lakowski, Erkner

Doz. Dr. habil. Joachim Lehmann, Rostock

Prof. Dr. sc. Manfred Menger, Greifswald

Dr. Erhard Moritz, Potsdam

Doz. Dr. Norbert Müller, Potsdam

Prof. em. Dr. habil. Helga Nußbaum, Berlin, Korrespondierendes Mitglied der Akademie der Wissenschaften der DDR

Prof. Dr. habil. Kurt Pätzold, Berlin

Dr. sc. Fritz Petrick, Greifswald

Dr. Margarete Piesche, Berlin

Prof. Dr. habil. Berthold Puchert, Potsdam

Dr. Almuth Püschel, Potsdam

Dr. sc. Dörte Putensen, Greifswald

Dr. Alwin Ramme, Berlin

Prof. Dr. sc. Werner Röhr, Berlin

Prof. Dr. habil., Dr. h. c. Günter Rosenfeld, Berlin

Oberst a. D. Prof. Dr. sc. Helmut Schnitter, Potsdam/Mitarbeiter der „Forschungsstelle für Militärgeschichte“ Berlin/Mitglied des „Verbandes der Deutschen Bundeswehr“

Dr. Klaus Scheel, Berlin

Dr. Rosemarie Schumann, Berlin

Dr. Erika Schwarz, Berlin

Dr. Martin Seckendorf, Berlin

Prof. Dr. Eva Seeber, Leipzig

Dr. Werner Stang, Güterfelde

Dr. Günter Wehner, Berlin

Prof. Dr. habil. Manfred Weißbäcker, Jena

Dr. Günther Wieland, Berlin, Staatsanwalt a. D.

Dr. Willy Wolff, Potsdam

Kontaktadressen

Prof. Dr. Dietrich Eichholtz, Nachtigallenweg 46, D-14822 Borkheide, Tel./Fax: 033845-41288

Prof. Dr. Gerhart Hass, Weinbergsweg 20, D-15834 Rangsdorf, Tel.: 033708-20523

Prof. Dr. Werner Röhr, Platz der Vereinten Nationen 1, D-10249 Berlin, Tel./Fax: 030-4275144

BERICHTE

Werner Röhr (Berlin)

Reaktionen auf den Offenen Brief von Historikern aus der DDR an das Comité international d'histoire de la deuxième guerre mondiale

1. Versand und Veröffentlichung

Der Offene Brief wurde Ende März 1998 zur Unterzeichnung verschickt. Mit dem Datum des 15. April 1998 wurde er an den Präsidenten des *Comité international d'histoire de la deuxième guerre mondiale*, Prof. David Dilks (Hull, GB), den Ehrenpräsidenten Prof. Harry Pape (Niederlande), die Vizepräsidenten Prof. Oleg Rsheschewski (Rußland), Frau Prof. Magdalena Hulas (Polen), Prof. Czeslaw Madajczyk (Polen) und den Vizepräsidenten des internationalen und Vorsitzenden des *Deutschen Komitees für die Geschichte des Zweiten Weltkriegs*, Prof. Gerhard Hirschfeld, versandt. Der Generalsekretär, Dr. Henry Rousso in Paris, erhielt mit gleichem Datum die Originalschreiben zugesandt.

Einen Monat später schickten wir den Offenen Brief auch über 60 Mitgliedern des *Deutschen Komitees für die Geschichte des Zweiten Weltkriegs*. Nachdem zwei Monate nach der Übersendung weder vom Generalsekretär, der zugleich Redaktionsleiter des *Bulletins des internationalen Komitees* ist, noch vom Autor der in Rede stehenden Bibliographie eine Stellungnahme vorlag, machten wir den Brief der Öffentlichkeit bekannt. Zwei Dutzend überregionale deutsche Tages- und Wochenzeitungen und drei Dutzend deutsche Fachzeitschriften erhielten ihn mit der Bitte um Publikation oder Berichterstattung.

Von den angeschriebenen Zeitungen hat allein die Tageszeitung *junge Welt* den Brief am 1. Juli 1998 kommentarlos und vollständig mit allen Unterschriften veröffentlicht. Am 25./26. Juli druckte *Neues Deutschland*

Auszüge. Von den Zeitschriften haben *Bulletin für Faschismus- und Weltkriegsforschung* (H. 11), *Berliner Debatte INITIAL* (4/98), 1999. *Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts* (2/98) und *Zeitschrift Marxistische Erneuerung* (H. 35) den Offenen Brief mit allen Unterschriften dokumentiert. Die *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* druckte (8/98) einen von Dietrich Eichholtz verfaßten Bericht über den Brief ab. Weitere Reaktionen der Zeitungen und Zeitschriften sind mir nicht bekannt.

2. Reaktionen des Präsidenten und der Vizepräsidenten

In Briefen an die Sprecher der Unterzeichner haben Präsident Dilks und die Vizepräsidenten Hirschfeld und Rsheschewski Verständnis und weitreichende Zustimmung zum Anliegen der Unterzeichner geäußert. Der Brief wurde auf die Tagesordnung der Sitzung des Internationalen Büros im Oktober 1998 gesetzt.

Prof. Dilks betonte in seinem Schreiben vom 11. Mai 1998: „My colleagues and I in the Bureau will certainly feel regretfull if Dick van Galen Last's contribution to the bulletin has caused offence to a number of distinguished colleagues in Germany. Nothing of the kind was in the mind, of course, of the Committee...“ Prof. Dilks kündigte an: „I imagine, that Dr. van Galen Last will himself wish to respond to you, an I shall offer him that opporntynity. May I make the additional suggestion that you ore one of your collageaus may care to write an contribution for the next edition of the bulletin?“ Diese Anregung wurde von den Initiatoren des Briefes aufgegriffen und Prof. Dilks gebeten, sie verbindlich zu machen.

In seinem Brief vom 24. April 1998 schrieb Prof. Hirschfeld: „Ich habe Verständnis für Ihre Reaktion und bedauere ebenfalls, daß die Rezension von Dick van Galen Last den Arbeiten der Historiker der ehemaligen DDR nicht die ihnen gebührende Aufmerksamkeit eingeräumt hat“. Er hob hervor, es könne keine Rede davon sein, „daß es sich hier um eine, wie auch immer geartete, systematische oder gar koordinierte Vorgehensweise des Internationalen Büros handelt oder daß in dem Vorgehen von Galen Last gleichsam die Meinung des Büros zum Ausdruck kommt. Die Verantwortlichkeit für die Annahme von Beiträgen für das *Bulletin* lag und liegt allein beim zuständigen Sekretariat, eine kollektive Verantwortung gab es nicht und wird es auch künftig nicht geben.“

Prof. Hirschfeld kündigte an, er werde sich bei Henry Rousso und seinen Kollegen im Internationalen Büro um entsprechende Aufklärung bemühen und die Bedenken und Einwände des Briefes, denen er grundsätzlich zustimme, dort vortragen. Vor allem aber setzte er den Brief auf die

Tagesordnung der für Juni angesetzten Mitgliederversammlung des deutschen Komitees.

Prof. Rsheschewskij, Präsident der Russischen Assoziation, schrieb am 29. Mai 1998: „Wir unterstützen Ihren Standpunkt und verurteilten eine Praxis, die in der Arbeit des Internationalen Komitees weder einen Platz haben sollte noch kann. Der Inhalt des Bulletins ist mit unserer Assoziation und auch mit mir persönlich nicht abgestimmt worden“. Auch er wandte sich an Prof. Dilks mit dem Vorschlag, den Offenen Brief auf der nächsten Bürositzung zu behandeln.

Von den anderen angeschriebenen Vizepräsidenten bzw. Büromitgliedern hat sich niemand an die Unterzeichner des Briefes gewandt.

3. Reaktionen deutscher Weltkriegshistoriker und ihres Komitees

Einige Historiker aus der „alten BRD“ haben mündlich und schriftlich Verständnis für den offenen Brief geäußert und die Ausgrenzung der Titel von DDR-Historikern aus dem offiziellen Bulletin abgelehnt. So erhielten die Initiatoren noch vor der Juni-Tagung des deutschen Komitees Briefe von Prof. Manfred Messerschmidt aus Freiburg/Br., dem langjährigen leitenden Historiker des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes, Prof. Jürgen Rohwer aus Weinstadt, dem früheren langjährigen Vorsitzenden des deutschen Komitees; Prof. Jost Düffler aus Köln, Prof. Eberhard Jäckel aus Stuttgart, Dr. Lutz Klinkhammer aus Köln, Prof. Gottfried Niedhart aus Mannheim, Dr. Martin Kutz aus Hamburg und Dr. Hans Joachim Schröder aus Hamburg.

Die Mitgliederversammlung des deutschen Komitees befaßte sich am 19. Juni 1998 in Hamburg mit dem Offenen Brief. In seinem Rundschreiben vom 14. Juli 1998, dem zugleich eine Kopie des Offenen Briefes beigelegt wurde, faßte der Vorstand die Reaktionen der außerordentlichen Mitgliederversammlung wie folgt zusammen: „Die Mitgliederversammlung teilte mehrheitlich die Meinung der Unterzeichner des *Offenen Briefes*, daß die Auslassung der DDR-Historiographie aus einer restümierenden internationalen Bibliographie zur Geschichte des Zweiten Weltkrieges nicht zu akzeptieren ist. Die Mitglieder regten an, einen eigenen bibliographischen Beitrag über die DDR-Geschichtsschreibung zum Zweiten Weltkrieg erstellen zu lassen, der in der nächsten Ausgabe des Bulletin du Comité international d'histoire de la deuxième guerre mondiale veröffentlicht werden soll. Der Vorsitzende des deutschen Komitees wurde gebeten, gegenüber dem Internationalen Büro die Notwendigkeit dieses ergänzenden Beitrags zu erläutern“.

4. Stellungnahmen des Bibliographen und des Generalsekretärs des Comit

Dr. Dick van Galen Last, der Verfasser jener Bibliographie im Bulletin Nr. 29 ist Bibliothekar am Rijksinstituut voor Oorlogsdocumentatie in Amsterdam (RIOD). In dieser Funktion nimmt er entscheidend Einfluß auf die Ankaufspolitik des Instituts, vor allem aber publiziert er jährlich eine entsprechende Bibliographie des RIOD. In einer an den Präsidenten, den Generalsekretär und die Mitglieder des Büros des IC gerichteten Stellungnahme vom 1. Juli 1998 erklärte er: Von einer Auswahl aufgrund politischer Erwägungen könne nicht die Rede sein, um unmittelbar anschließend zu urteilen: „Studien, die aus einer bestimmten politischen, während des Kalten Krieges geläufigen Sicht heraus geschrieben wurden – übrigens nicht nur in den ehemaligen Ostblockstaaten – sind wohl kaum als repräsentativ zu bezeichnen, nicht nur des Jargons wegen, sondern auch wegen der monokausalen und reduktionistischen Weise, in der dort vor allem historische Prozesse ‚erklärt‘ werden ... Nahezu sämtliche der im offenen Brief angedeuteten Bücher stammen mit Abstand aus der Vorwendezeit und sind wegen der oben angedeuteten Mängel und Defizite in hohem Maße überholt.“

Dr. van Galen Last bestätigt also genau die Vorwürfe, die ihm gemacht wurden und begründet sie mit pauschalen Vor-Urteilen, die mit der wissenschaftlichen Leistung der genannten Arbeiten nichts zu tun haben. Der größere Teil seiner Stellungnahme besteht allerdings aus Ausflüchten und Ankündigungen der Art, er hätte ja vorgehabt, diesen oder jenen der erwähnten Titel in einer der folgenden jährlichen Bibliographien zu bringen.

Der Generalsekretär des internationalen Komitees, Dr. Henry Rousso, sandte diese Stellungnahme von Dr. Galen van Last an den Vorsitzenden des deutschen Komitees und am 24. Juli 1998 auch an die Vertreter der Unterzeichner. In kurzen Begleitschreiben schloß sich Dr. Rousso der Stellungnahme des Bibliographen an und erklärte sie ausdrücklich zur „offiziellen Antwort“ des internationalen Komites. Mit ihr, so Rousso, sei das Verhalten des Bibliographen ausreichend erklärt und gerechtfertigt.

Mit dieser Mißachtung ihres Anliegens durch den Generalsekretär konnten sich nun die Unterzeichner des Offenen Briefes nicht zufrieden geben. Die Initiatoren wandten sich daher am 31. Juli 1998 erneut an Prof. Hirschfeld mit der Bitte, den Vorschlag von Präsident Dilks und Beschluß der Hamburger Tagung des deutschen Komitees, eine gesonderte Bibliographie wichtiger Veröffentlichungen von DDR-Historikern zum

zweiten Weltkrieg im nächsten Bulletin abzudrucken, nunmehr auch durchzusetzen.

5. Stellungnahme des Internationalen Büros auf seiner Oktober-Tagung

Am 3. Oktober 1998 fand in Paris eine turnusmäßige Sitzung des Internationalen Büros statt, auf der auf Wunsch des deutschen Vertreters der Offene Brief behandelt wurde. Den Teilnehmern lag neben dem Brief selbst eine Dokumentation der Briefwechsel und der Stellungnahmen vor. Über diese Sitzung berichtet das Rundschreiben des deutschen Komitees vom 14. Dezember: „Als Ergebnis der sehr offen und freimütig geführten Aussprache wurde beschlossen, in der nächsten oder übernächsten Ausgabe eine eigenständige Bibliographie zur Geschichtsschreibung der DDR über den Zweiten Weltkrieg zu veröffentlichen. Der Generalsekretär (und somit für das Bulletin zuständige Redakteur) wurde gebeten, mit den Sprechern der Initiative Kontakt aufzunehmen und sie um Abfassung eines entsprechenden Beitrags zu bitten“.

Damit aber ließ der Generalsekretär sich Zeit, ungeachtet brieflicher Anfragen wegen des Umfangs und der Modalitäten. Am 15. Februar 1999 schließlich schlug er vor, statt der angebotenen Bibliographie von ca. 300 Titeln einen kurzen Artikel über den Beitrag der ostdeutschen Historiographie zu wesentlichen Erkenntnissen über den zweiten Weltkrieg einschließlich einer Bibliographie von 100 Titeln einzureichen – zusammen nicht länger als 15 Seiten. Er soll in eine Publikation zur Vorbereitung des nächsten Kongresses des Internationalen Komitees im Jahre 2000 aufgenommen werden. Die Initiatoren des Offenen Briefes haben den Vorschlag angenommen; Bibliographie und Einleitung werden zur Zeit erarbeitet.

Berlin, den 28. März 1999

Die Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA)

I.

Das Projekt einer historisch-kritischen Marx-Engels-Gesamtausgabe geht auf David Rjazanov (eigentlich David Borisovic Gol'dendach) zurück. Der russische Gelehrte schuf in den 20er Jahren in Moskau das bedeutendste Archiv zur Geschichte der sozialistischen Bewegung und begann, zunächst auch von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der

Preußischen Archivverwaltung unterstützt, mit einem internationalen Wissenschaftlerteam eine moderne 42bändige Marx-Engels-Ausgabe, die in Frankfurt am Main und Berlin verlegt wurde. Infolge der Machtergreifung Hitlers und des in den 30er Jahren eskalierenden stalinistischen Terrors, dem neben Rjazanov auch mehrere russische und deutsche Editoren zum Opfer fielen, blieb diese „erste“ MEGA ein Torso.

II.

Obwohl Rjazanovs Projekt in der Zeit des „Taufwitters“ nach Stalins Tod in Moskau und Berlin wieder aufgegriffen wurde, konnte das Konzept für eine neue „zweite“ MEGA, die den literarischen Nachlaß von Marx und Engels vollständig und originalgetreu darbietet, ausführlich kommentiert und die autorisierte Textentwicklung mit modernen Methoden darstellt, erst in den 60er Jahren gegen den Widerstand hoher Parteiinstanzen, denen eine historisch-kritische Gesamtausgabe suspekt war, durchgesetzt werden. Einbezogen war bereits damals das Internationale Institut für Sozialgeschichte Amsterdam (IISG), das zu einer Unterstützung des Projekts erst bereit war, nachdem der Charakter der Edition als historisch-kritische Gesamtausgabe garantiert war. Die 1972 in einem Proheband zur Diskussion gestellten Editionsrichtlinien dieser „neuen“ MEGA orientierten sich an innovativen Editions Konzepten und wurden von der internationalen Fachwelt positiv aufgenommen.

Zwei Drittel der für eine historisch-kritische Gesamtausgabe unentbehrlichen Originalhandschriften befinden sich seit den 30er Jahren im Besitz des IISG, ein weiteres Drittel war nach Moskau gelangt und wird heute in dem der staatlichen Archivverwaltung unterstellten Rossijskij-Centr chranenija i izucenija dokumentov novejszej istorii (RC) aufbewahrt. Von den bis 1992 erschienen Bänden wurde jeweils ein Drittel am Institut marksizma-leninizma pri CK KPSS, Moskau, dem Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin, sowie der Akademie der Wissenschaften und einigen Universitäten und Hochschulen der DDR bearbeitet.

III.

Nach dem Umbruch des Herbstes 1989 ergriffen das IISG und das Karl-Marx-Haus der Friedrich-Ebert-Stiftung, Trier, im Einvernehmen mit den beiden bisherigen Herausgeberinstituten die Initiative zur Gründung der Internationalen Marx-Engels-Stiftung (IMES), die im Oktober 1990 in Amsterdam errichtet wurde. Sie besitzt die Herausgeberrechte und führt die MEGA als rein akademische Edition ohne jegliche parteipolitische Zielsetzung in internationaler Kooperation fort. Die 1992 von einer internationalen Editorenkonferenz in Aix-en-Provence revidierten Editions-

richtlinien definieren die Marx-Engels-Gesamtausgabe als „die vollständige, historisch-kritische Ausgabe der Veröffentlichungen, der Handschriften und des Briefwechsels von Marx und Engels“. Die MEGA gliedert sich in vier Abteilungen: I. Abt.: Werke – Artikel – Entwürfe, II. Abt.: „Das Kapital“ und Vorarbeiten, III. Abt.: Briefwechsel, IV. Abt.: Exzerpte – Notizen – Marginalien. Die 1994/1995 durchgeführte Redimensionierung des Gesamtprojektes hatte eine Reduzierung von über 170 auf 114 Bände (122 Teilbände) zum Ergebnis. Davon sind 40 Bände (47 Teilbände) – Text und Apparat jeweils separat gebunden – bereits erschienen. Weiter 37 Bände (40 Teilbände) werden an der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften in Berlin sowie von der MEGA-Arbeitsgruppe am RC in Moskau, der MEGA-Arbeitsgruppe am Rossijskij Nezavisimyj Institut social'nych i nacional'nych problem in Moskau, der Deutsch-französischen Arbeitsgruppe Trier/Aix-en-Provence, der Japanischen Arbeitsstelle sowie weiteren Arbeitsgruppen in Dänemark, Deutschland, Frankreich und den USA bearbeitet.

IV.

Im Februar 1992 schloß die Konferenz der deutschen Akademien der Wissenschaften einen Kooperationsvertrag mit der IMES. Auf Empfehlung des Wissenschaftsrates und der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung wurde die MEGA nach positiver Begutachtung durch eine internationale Kommission unter dem Vorsitz des Münchner Philosophen Dieter Henrich als Vorhaben II B 16 der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (BBAW) in das Akademienprogramm des Bundes und der Länder aufgenommen. Die „Begutachtung dieser Ausgabe (hatte) zum Ergebnis, daß sie als Edition auf hohem Niveau erfolgt sei und auch westlichen Ansprüchen entspreche“ (Dieter Henrich: Die Marx-Engels-Gesamtausgabe in der Akademie-forschung: In: Akademie-Journal. Mitteilungsblatt der Konferenz der deutschen Akademien der Wissenschaften (1993)2. S. 20). Mit der Aufnahme in das Akademienprogramm des Bundes und der Länder, der Betreuung des Vorhabens durch die BBAW und dem formellen Beitritt der BBAW zur IMES im Oktober 1993 erhielt die MEGA zum erstenmal in ihrer Geschichte eine Heimstatt an einer deutschen Akademie der Wissenschaften. Mit dem Wechsel zum Akademie Verlag wurde die Reorganisation des Projektes abgeschlossen. Finanziert vom Bund und den Sitzländern Berlin, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, werden an der BBAW gegenwärtig 13 Bände bearbeitet. Außerdem nimmt die Arbeitsstelle an der BBAW die Satzvorbereitung aller künftig im Akademie Verlag erscheinenden MEGA-Bände als Daueraufgabe wahr.

Als erster MEGA-Band im Akademie Verlag erscheint im Dezember 1998 der Band IV/3. Ihm folgen 1999 der Band IV/31 mit bisher unveröffentlichten naturwissenschaftlichen Exzerpten von Marx und Engels aus den Jahren 1879 bis 1883 und der Band III/1 mit dem Briefwechsel von Januar 1858 bis August 1859.

Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften

Die Besonderheiten und Leistungen der unabhängigen Archive am Beispiel des Robert-Havemann-Archivs und des Matthias-Domaschk-Archivs

Entstehen der Archive

Das Leben und die Geschichte kritischer unangepaßter Menschen und oppositioneller Gruppen in der DDR ist noch weitgehend unbekannt und steht erst am Anfang der Erforschung. Bekannt wurden vor allem die intellektuellen Kritiker aus den Reihen der SED, wie Wolfgang Harich, Rudolph Bahro und Robert Havemann oder Künstler und Schriftsteller wie Wolf Biermann und Manfred Bieler. Aber wer kennt Matthias Domaschk aus Jena, der 1981 in der Stasi-Untersuchungshaft ums Leben kam?

Die Sammlungen der unabhängigen Archive erzählen von vielen, deren Namen und Leben der großen Öffentlichkeit nie bekannt wurden.

Nach dem Zusammenbruch der DDR wurden die Staats- und Parteiakten zugänglich. Von Beginn an war uns bewußt, daß die staatlich überlieferten Dokumente für sich allein genommen nur einen einseitigen und ideologisch beschränkten Blick auf die DDR-Wirklichkeit wiedergeben, nämlich den der Herrschenden. Will man die Geschichte der DDR und das Leben in ihr umfassender und tiefer verstehen, führt kein Weg an den Dokumenten ihrer Kritiker vorbei.

Und wenn heute gefragt wird, wo die Dokumente der DDR-Opposition aufbewahrt werden sollen, so kann ich von mir aus nur antworten: in den bestehenden unabhängigen Archiven, die sich dieser Aufgabe aus eigenem Antrieb heraus seit Jahren angenommen haben. Ich möchte das im folgenden mit den Besonderheiten dieser Archive und ihrer Mitarbeiter begründen, die für die Nutzer und den Bestandsaufbau von Vorteil sind. Ich werde auch über die Nachteile und Belastungen sprechen müssen, die sich aus dem chronischen Geldmangel und der unsicheren Finanzierung für die Nutzer unserer Archive ergeben.

hochschule ost 1-2/1999

Zu DDR-Zeiten wurden die Dokumente von kritischen und oppositionellen einzelnen Menschen und Gruppen meist in verstreuten Verstecken aufbewahrt.

Eine der ersten illegalen Sammlungen unter einem Dach entstand nach und nach ab 1986 in der Berliner Umwelt-Bibliothek. Ihre Gründer hatten Möglichkeiten einer halböffentlichen Arbeit in kirchlichen Räumen durchgesetzt und eine eigene Druckerei aufgebaut. Anfangs mit Ormig-Abzugsmaschinen, ab 1988 wurden Wachsmatrizen mit einem eingeschmuggelten Computer bedruckt. Hier wurden die „Umweltblätter“ hergestellt und Materialien anderer Gruppen gedruckt, darunter einige Ausgaben der illegalen Zeitschrift „Grenzfall“ von der Initiative für Frieden und Menschenrechte. 1989 hatte die Umweltbibliothek die umfangreichste Schriftensammlung, die später zum Grundstock für das Matthias-Domaschk-Archiv wurde.

Die Idee, ein Archiv zur Geschichte von Opposition in der DDR aufzubauen, wurde durch zunehmende Anfragen ausgelöst. Gleich in den ersten Wochen nach der Maueröffnung fragten überwiegend Journalisten nach den politischen Zielen und Motiven von Gruppen und Einzelpersonen aus der DDR.

Gleichzeitig kamen Hilferufe und Aufforderungen: „Bei der Auflöschung der Stasi geht es nicht mit rechten Dingen zu!“, „Setzt euch dafür ein, daß die Stasi-Akten nicht verschwinden!“ Und später, nachdem die ersten in den Stasi-Akten gelesen hatten, wurde gefragt: „Was bedeuten diese Abkürzungen?“, „Welche Aufgaben hatte diese Stasi-Abteilung?“, „Wie und wo kann ich Akten über mich finden?“

1992 wurde das Matthias-Domaschk-Archiv als unabhängiger Bestandteil der Umwelt-Bibliothek gegründet. Ein Jahr später schloß sich das Archiv der Robert-Havemann-Gesellschaft an.

Die Robert-Havemann-Gesellschaft gründeten Mitglieder des Neuen Forums Ende 1990. Sie setzten sich dafür ein, daß die Geschichte und Erfahrungen der Bürgerbewegungen in der DDR und in Osteuropa dokumentiert und vermittelt werden sollten. Nachdem der Plan einer dafür beabsichtigten Stiftung gescheitert war, gründeten sie 1992 das Robert-Havemann-Archiv. Im Quergebäude eines Hinterhofs im Prenzlauer Berg wurden die Räume eines ehemaligen DDR-Kindergartens gemietet und von den künftigen Archivaren umgebaut und renoviert.

Von Anfang an kamen Unterstützer ins Archiv, die Materialien zum Aufbau der Sammlungen brachten, gleich darauf Nutzer, die schon mit den Teilbeständen arbeiten wollten und gelegentlich Schülergruppen mit Fragen zur DDR-Geschichte. Ein Oberschüler faßte seine Eindrücke so zusammen: „Dann ist das hier wohl so was wie ein Anti-Verdrängungs-

hochschule ost 1-2/1999

Institut!“ Noch während des Aufbaus wurde das Robert-Havemann-Archiv im Mai 1994 eröffnet.

Im gleichen Gebäude unter dem Dach ist das Matthias-Domaschk-Archiv untergebracht. Beide Archive arbeiten eng zusammen. Ihre Arbeitsgebiete ergänzen sich.

Die große Dokumentensammlung im Matthias-Domaschk-Archiv zeigt, wie sich Menschen in der DDR einzeln oder in Gruppen verweigerten und wehrten, was ihre Vorstellungen waren und auf welche Art die meisten von ihnen deswegen überwacht und verfolgt wurden.

Im Robert-Havemann-Archiv sind die Themen die ungeschönte Biographie Robert Havemanns, sein Denken und Handeln im Nationalsozialismus und in der DDR und die Geschichte der Bürgerbewegungen ab Herbst 1989, ihre Arbeit am Zentralen und an den regionalen Runden Tischen und in den Bürgerkomitees zur Auflösung des MfS.

Die Mitarbeiter und Leistungen der Archive

Bei einer solchen Archivarbeit ist die Frage nach der Verantwortung des einzelnen immer im Raum. Und deshalb auch die nach den Beteiligungen am Spitzelwesen und am Machtmißbrauch der SED. Diese Fragen gehören zu den Gründen, weshalb ich im Robert-Havemann-Archiv arbeite. Sie treffen mit meiner Erfahrung zusammen, wie sich die Generation meiner Eltern mit den Fragen nach ihrer Verantwortung im Nationalsozialismus verweigerte, wie sie ihre Beteiligung verharmlosten und verleugneten. 1990 waren die gleichen Antworten zu hören, nun auf das Leben in der DDR bezogen: „Was hätten wir schon tun können, man konnte doch nichts ändern“, „wenn ich nicht mitgemacht hätte, hätten sie mich entlassen oder ins Gefängnis gesteckt“, „ich habe doch niemandem geschadet“ und so weiter und alte Funktionäre gebärdeten sich als heimliche Widerstandskämpfer im Staatsapparat.

Dagegen stand der Mut derjenigen, die der staatlich verordneten ihre eigene Lebensweise entgegengesetzt hatten.

Ein Archiv wird zur lebendigen Quelle, wenn die Archivare nicht nur ihre Bestände kennen, sondern darüber hinaus aus ihrer eigenen Kenntnis den Nutzern bestimmte Ereignisse schildern können, die sich entweder gar nicht oder nur angedeutet in den überlieferten Dokumenten widerspiegeln.

Fast alle Archivmitarbeiter sind durch das Leben mit der Geschichte und Arbeit von oppositionellen Gruppen und Bürgerbewegungen vertraut: Frank Ebert und Tom Sello vom Matthias-Domaschk-Archiv arbeiteten zum Beispiel am Druck und der Herausgabe illegaler Schriften der Umwelt-Bibliothek mit und Tina Krone vom Robert-Havemann-Archiv war

unter anderem bei den Frauen für den Frieden und ab September 1989 im Neuen Forum aktiv.

Diese Erfahrungen sind für die Nutzer von großem Vorteil. Viele Nutzer kommen in ihren Forschungsarbeiten weiter, weil ihnen die Archivare ergänzende und erklärende Auskünfte zu den Dokumenten geben können. Wir erfahren immer wieder, wie hilfreich diese Art mündlicher Geschichtsüberlieferung sein kann, besonders für ausländische Forscher und Studenten, die sich ihrem Thema oft nur über solche Gespräche nähern können, oder für Schüler, die von uns mehr wissen wollen, als sie im Geschichtsunterricht erfahren.

Der Aufbau unserer Sammlungen gelingt vor allem durch persönliche Verbindungen der Archivare zu den Leihgebern und Spendern von Dokumenten. Oft kennen sie sich schon lange Zeit aus früheren oppositionellen Gruppen. Von daher haben viele Leihgeber und Spender, wie zum Beispiel Bärbel Bohley, Roland Jahn oder Reinhard Schult, das nötige Vertrauen zur Übergabe ihrer Dokumente an unsere Archive. Staatlichen Institutionen gegenüber haben sie eher Vorbehalte. Für die Übergabe einmaliger und sehr persönlicher Sammlungen ist ein besonderes Vertrauensverhältnis die Voraussetzung. Das trifft zum einen auf den Nachlaß Robert Havemanns zu, den Katja Havemann schrittweise an das Robert-Havemann-Archiv übergibt und zum anderen auf die personenbezogene Sammlung aus Stasi-Akten im Matthias-Domaschk-Archiv, die vom MfS Bespitzelte und Verfolgte als Kopien nach ihrer Akteneinsicht übergeben haben.

Damit wir Lücken in den Beständen schließen und das Bild von Opposition und DDR-Kritik mit Dokumenten vervollständigen können, führen wir ergänzende Recherchen in anderen Archiven zu unseren Arbeitsthemen durch. Am Beispiel Robert Havemanns sind das die Archive des MfS, der Justiz und anderer Staatsinstanzen, der SED und Massenorganisationen, der Humboldt-Universität, der Akademie der Wissenschaften, der Max-Planck-Gesellschaft, um einige zu nennen.

Einige unserer Forschungsthemen an der Gauck-Behörde sind: „Der Einfluß des MfS auf das Neue Forum“, „Die Versuche der MfS-Abteilung IX/11, Robert Havemanns antifaschistische Biographie zu denunzieren“ und „Die Maßnahmen des MfS gegen die Umwelt-Bibliothek, die Kirche von unten und verwandte Gruppen“.

Zu weiteren Arbeiten, die über die reine Archivpraxis hinausgehen, gehören Vorträge und Veranstaltungen zu unseren Arbeitsthemen und Veröffentlichungen in der „Schriftenreihe des Robert-Havemann-Archivs“. Heute abend liest hier Siegfried Reipisch aus seinem Buch „Der verhinderte Dialog“, erschienen als Band drei unserer Schriftenreihe.

In Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung trifft sich eine offene Arbeitsgruppe im Robert-Havemann-Archiv, um die persönlichen Erfahrungen, Probleme und Erkenntnisse bei der Einsicht in die MfS-Akten auszuwerten und auszutauschen. Ausgehend von diesem Teilnehmerkreis konnte im Herbst 1993 die Verlängerung der Verjährungsfrist von sogenannten „Bagatelldelikten“ durchgesetzt werden, wozu zum Beispiel auch die Verletzung des Postgeheimnisses zählt.

Außer den Nutzern kommen auch Ratsuchende in die Archive, die persönliche Fragen aus ihrer Stasi-Akteneinsicht oder ihren Rehabilitierungsanträgen besprechen wollen. Zusätzlich zu den Auskünften brauchen sie oft seelischen Zuspruch, den wir zu geben versuchen. Überfordert sind wir mit einer psychologischen Betreuung.

Ganz zu Anfang des Archivaufbaus begegnete einem gelegentlich die mit Skepsis gestellte Frage: „Eure Idee ist ja gut, aber habt ihr denn Ahnung vom Archivieren?“ Unter unseren Mitarbeitern sind zwei Dokumentare mit Archivpraxis, ein Fotoredakteur und zwei Bibliothekarinnen. Fachliche Probleme werden in losem Austausch mit anderen Archiven beraten, zum Beispiel mit dem Archiv „Grünes Gedächtnis“. Um eine Verbindung zum Archivwesen herzustellen, ist die Robert-Havemann-Gesellschaft als Träger unserer beiden Archive Mitglied in der Fachgruppe „Archive der Hochschulen und wissenschaftlichen Institutionen“ im Verein deutscher Archivare geworden.

Zwei Mitarbeiter haben Seminare der Archivschule Marburg besucht, in denen es um die Arbeit mit Nachlässen und die Anwendung von Computern in Archiven ging.

Auf dem 66. Archivtag 1995 in Hamburg stellten sich unsere Archive mit einem Beitrag der Fachöffentlichkeit vor, der in der Sektion „Gefährdete Überlieferung gesellschaftlicher Gruppen“ diskutiert wurde. Unsere Archive sind inzwischen mit Kurzbeschreibungen in Archiv-Handbüchern eingetragen, so daß uns Suchende im Archivschungel auch finden können.

Die Krise: Finanzierung der Archive

Die heutige Tagung ist mit den Worten „Archive in der Krise?“ überschrieben. Der Kern dieser Krise ist der existenzbedrohende chronische Geldmangel der unabhängigen Archive als Folge staatlicher Sparmaßnahmen. Nichts anderes.

Von der Sparpolitik sind die unabhängigen Archive ungleich härter betroffen als die staatlichen. In den staatlichen und kommunalen Archiven gibt es auch Kürzungen und Einstellungsstops. Aber diese Archive können nicht so ohne weiteres abgebaut oder gar geschlossen werden, denn

eine ihrer Hauptaufgaben ist und bleibt das Erhalten und Archivieren des behördlichen, des herrschaftlichen Schriftguts. Von daher haben sie eine lange Tradition, ihre Notwendigkeit ist anerkannt und sie werden seit eh und je vom Staat finanziert. Das jüngste Beispiel für drohende Kürzungen bei staatlichen Archiven war die Forderung des Bundesrechnungshofes, acht Außenstellen der Gauck-Behörde aufzulösen.

Die unabhängigen Archive, von denen ich hier spreche, bestehen im Gegensatz zu den staatlichen erst seit wenigen Jahren. Von vorn herein mußten sie ihre Existenz auf finanziell wackligen Beinen gründen, um ihre Arbeit ersteinmal beginnen zu können. Sie finanzierten sich mit zeitlich begrenzten Projektmitteln hauptsächlich über das Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) und Arbeitsförderungsgesetz (AFG). Mehr als von diesen Geldern leben die Archive vom Idealismus ihrer Mitarbeiter und zu einem großen Teil von unter- oder gar nicht bezahlter Arbeit. Viele Initiativen und Archive, die sich während und nach dem Zusammenbruch der DDR bildeten, haben die Sparpolitik nicht überlebt, wie zum Beispiel das Dresdener Forschungszentrum zu den Verbrechen des Stalinismus in der DDR, andere mußten ihre Arbeit stark einschränken. Dabei haben gerade diese Initiativen und Archive einiges bewirkt, weil sie sich nicht auf das Sammeln und Auswerten von Dokumenten beschränken, sondern gleichzeitig ihre Forderungen zum Umgang mit der Geschichte der DDR und den Folgen der SED-Herrschaft in der Öffentlichkeit vertreten. Sie haben vor allem dazu beigetragen, daß es heute ein Stasi-Unterlagengesetz und damit einen Zugang zu diesen Geheimdienstakten gibt.

Die Leistungen der unabhängigen Archive und der Wert ihrer Sammlungen werden von Historikern, Journalisten, Mitarbeitern aus der politischen Bildung und Studenten längst anerkannt. Die Benutzerzahlen und Anfragen sind ständig gestiegen. Ideelle Anerkennungen und ehrenvolle Einschätzungen genügen jedoch nicht, daß Erreichte zu erhalten und, wie wir Archivare es gern würden, zu erweitern, wenn längst überfällige geregelte Finanzierung oder institutionelle Förderung ausbleibt.

Eine besondere Belastung für die Mitarbeiter ist die unsichere Stellenfinanzierung. Eine Stelle ist höchstens für ein Jahr gesichert. Die Möglichkeiten einer Verlängerung sind unter Aufbieten sämtlicher Kräfte, die wir eigentlich für unsere Archivarbeit brauchen, und aller Überzeugungskünste nach drei Arbeitsjahren erschöpft. Der notwendige Stamm an festen Mitarbeitern kann so nicht entstehen. Allein das Kennenlernen der Bestände setzt eine lange Einarbeitungszeit voraus. Bei der nervenaufreibenden Hangelei von einem Projektantrag zum nächsten ist nie klar, was bei den Verhandlungen herauskommt. Eine langfristige Planung der Ar-

chivarbeit und beabsichtigter Publikationen ist kaum möglich. Im letzten Jahr wurden die ABM-Gehälter gekürzt. Und es ist für alle furchtbar, wenn Mitarbeiter wegen ablaufenden Stellen ausscheiden müssen. Daß sie aus Verantwortung einen Teil ihrer Arbeit als Arbeitslose weiterführen, ist keine Lösung, sondern ein Zustand von Ausbeutung.

Im Robert-Havemann-Archiv werden jetzt drei Stellen nicht verlängert. Dann sind wir dort nur noch zu zweit. Im Matthias-Domaschk-Archiv liefen im letzten Jahr zwei Stellen aus. Bis März 1998 sind sie dort nur noch zu dritt. Seit zwei Jahren ist unser Lichtblick die Finanzierung von drei Stellen für beide Archive vom Berliner Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, aus dessen Haushalt auch die Miete und der größte Teil der Sachkosten bezahlt werden.

Die größte Hürde beim Bestandsaufbau ist ebenso die unsichere Finanzierung. Das fängt bei der Raummiete und der notwendigen Ausrüstung mit Regalen, Stahlschränken und säurefreien Sammelschachteln an und endet nicht selten bei der berechtigten Frage der Leihgeber: „Was wird mit meinen Dokumenten, wenn euch das Geld ausgeht?“ Wir übernehmen deshalb Dokumenten aus Privatbesitz überwiegend als Depositum mit einem Dauerleihvertrag. Im Notfall einer Schließung werden die Dokumente an die Besitzer zurückgegeben, womit sie der Öffentlichkeit allerdings wieder entzogen wären.

Einen besonderen Weg in der Not ging das Leipziger Archiv der Bürgerbewegungen über einen Vertrag mit dem Stadtgeschichtlichen Museum. Das Archiv bleibt weiterhin Eigentümer, aber seine Sammlung wird im Leipziger Stadtarchiv aufbewahrt und ist dort öffentlich zugänglich. Uwe Schwabe kann uns auf dieser Tagung mehr darüber berichten.

Bisher waren alle unabhängigen Archive finanziell gesehen ähnlich schlecht gestellt. Nirgends gab es Geld für den Ankauf von Sammlungen. Hier haben wir nun eine neue Situation: Die Projektgruppe Leipzig der Stiftung Haus der Geschichte (Bonn) hat zum Aufbau eines Ausstellungs- und Dokumentationszentrums über Opposition und Repression in der DDR außer festen Stellen auch Mittel für den Ankauf von Ausstellungsstücken und Sammlungen bekommen. Das wird sicher einige Eigentümer bewegen, ihre Sammlungen dorthin zu geben. Ich hoffe, daß aus dieser ungleichen Situation keine Konkurrenz entsteht und Sammelprofile, die sich in den letzten Jahren herausgebildet haben, nicht zersplittert werden.

Genug des Kummers. Ich möchte mich wieder unserer Archivarbeit zuwenden und noch einiges zu den Dokumenten sagen.

Die Dokumente

Unter den Bedingungen der Bespitzelung und Verfolgung durch MfS und SED bestimmten Vorsicht, Mißtrauen, Konspiration und Ängste das Leben und Verhalten der Menschen. Deshalb gibt es nicht viele Selbstzeugnisse, die bestimmte Ereignisse vollständig wiedergeben. Das trifft auch auf selten überlieferte Tagebuchaufzeichnungen und persönliche Briefe zu.

Aufzeichnungen über illegale Treffen, Manuskripte geheim gehaltener Vorträge, Flugblätter und kritische Texte wurden von einzelnen Beteiligten versteckt aufbewahrt. Nicht alles beieinander, sondern verstreut, um vor allem sich selbst, aber auch die Dokumente vor dem Zugriff der Stasi zu schützen. Es kam vor, daß Dokumente in gefährlichen Situationen verbrannt wurden, zum Beispiel bei Vorladungen zu einem Verhör oder bei der Ahnung bevorstehender Hausdurchsuchungen.

Versteckt wurden auch verbotene Bücher. Ich gehörte zu einer Ostberliner Gruppe, die seit den siebziger Jahren mit Hilfe von Freunden und Bekannten aus dem Westen eine „Illegale Bibliothek“ aufgebaut hatte, eine Sammlung von in der DDR verbotener politischer, philosophischer und belletristischer Literatur. Jahre danach sah ich diese Bücher zum erstenmal beisammen: 700 Bände, jetzt in einem Bücherschrank wie ein Museumsstück im Robert-Havemann-Archiv. Sie konnten aus ihren Verstecken auf Dachböden, in Kellern und Friedhofskapellen wieder auftauchen. Heimlich wurden sie damals gelesen und weiter verliehen. Sie in Umlauf zu bringen, war strafbar in der DDR.

Viele Dokumente, die an keinem sicheren Ort lagen, sind bei Hausdurchsuchungen beschlagnahmt worden. Bestenfalls kann man einige von ihnen heute in den Archiven der Gauck-Behörde wiederfinden. Auch im Nachlaß von Robert Havemann klaffen Lücken. Staatsanwältin Heyer und Zollrat Wunderlich leiteten am 19. und 20. April 1979 stundenlange Hausdurchsuchungen, um Robert Havemann die wichtigsten Arbeitsmittel zu nehmen. Ein einziges Beschlagnahmeprotokoll aus diesen zwei Tagen hat allein über 400 Einzelpositionen. Darunter seine Schreibmaschine, Manuskripte, fast die gesamte Bibliothek und ein großer Teil seines persönlichen Briefwechsels. Ein Bruchteil dieser Korrespondenzen wurde vor zwei Jahren in den ehemaligen Stasi-Archiven gefunden und, nun mit dem Paginierstempel der Gauck-Behörde versehen, an Katja Havemann zurückgegeben. So konnte ich sie wieder in den Nachlaß einarbeiten.

Einige Dokumente oppositioneller Gruppen und die geschichtlichen Hintergründe ihres Entstehens müssen den Nutzern erklärt werden, damit kein falsches Bild entsteht. Zum Beispiel können Flugblätter mit den Namen mehrerer Gruppen unterzeichnet sein, während ihre Urheber viel-

leicht zwei oder drei Empörte waren, die dem Staat einen stärkeren Protest vortäuschen wollten, als es ihn tatsächlich gab.

Wir haben auch Dokumente ohne klar erkennbaren Urheber und ohne Datumsangabe in den Beständen, die vorläufig nicht zugeordnet werden können. Da hilft nur geduldiges Herumfragen, bis sich das Rätsel löst. Auch mit Namenskürzeln und mit den unterschiedlichsten Schreibweisen gleicher Personen haben wir es zu tun.

Alle Dokumente werden innerhalb unserer Bestandssystematik chronologisch aufbewahrt und in einer Datenbank registriert. Wir erschließen ihren Inhalt mit Deskriptoren und kurzen Notizen, in denen auch formale Besonderheiten erfaßt werden. Neben den Autoren werden alle Personen verzeichnet, die in den Dokumenten vorkommen.

Wir haben uns für diese eher dokumentarische Tiefenerschließung entschieden, weil unsere Bestände wegen der thematischen Festlegung nicht so uferlos sind wie in den staatlichen Archiven. Das hat den Vorteil, daß zutreffende Dokumente auch auf sehr genau gestellte und eng begrenzte Fragen schnell recherchiert und dem Nutzer vorgelegt werden können. Er muß sich also nicht durch einen Wust von Aktenmappen hindurcharbeiten, bis er fündig wird. Ich sehe noch die Aktenberge im ehemaligen Parteiarchiv der SED vor mir, als ich dort bestimmte Dokumente zu Robert Havemann suchte. Jeweils nach einigen hundert überflogenen Blatt Papier tauchten dann endlich der gesuchte Brief oder das Protokoll einer Aussprache auf.

Am weitesten sind wir mit der Tiefenerschließung beim Nachlaß Robert Havemanns und der ergänzenden Dokumentensammlung zu ihm. Von zur Zeit über sieben laufenden Aktenmetern dieses Bestandes sind ca. 70 Prozent in der oben beschriebenen Art erschlossen.

Als Findhilfsmittel für die Nutzer haben wir vorläufige Bestandsübersichten erarbeitet und für Teile der Sammlung gibt es Kataloge.

Viele überlieferte Dokumente sind in einem schlechten Zustand. manche haben in ihren Verstecken gelitten, altes DDR-Papier ist brüchig geworden, Ormig-Abzüge verblassen mit der Zeit. Im Nachlaß Robert Havemanns sind einige ältere Dokumente vom Zerfall bedroht, wie zum Beispiel sein provisorischer Ausweis vom 6. Mai 1945, den ihm die KPD-Gruppe des Zuchthauses Brandenburg nach der Befreiung der Gefangenen ausgestellt hat. Um die Originale des Nachlasses zu schonen, wurde eine vollständige Lesekopie hergestellt. Auf Wunsch werden natürlich einzelne Originale gezeigt.

Da wir für die Bestandserhaltung kein Geld haben, unterstützt uns die Abteilung Restaurierung der Gauck-Behörde. Beschädigte und vom Zerfall bedrohte Originale werden nach und nach in ihrer Werkstatt restau-

riert. Langfristig besteht dort die Möglichkeit, unsere Bestände auf Sicherheitsfilme zu fotografieren.

Von den Wochenzeitungen der Bürgerbewegungen „Die Andere“ und „Der Anzeiger“ aus unserem Bestand haben wir Mikrofiches vom Archiv für Alternatives Schrifttum Duisburg erhalten.

Das Zusammentragen der im Privatbesitz verstreuten Dokumente ist noch lange nicht abgeschlossen. Wir hatten uns immer vorgestellt, einmal durch die Lande zu fahren und in anderen Orten mit möglichen Leihgebern sprechen zu können, denn Briefe allein reichen nach unserer Erfahrung nicht aus, jedoch fehlte es bisher am nötigen Geld.

Vorteile dezentraler Archive

Ein Vorteil dezentraler Archive ist die Überschaubarkeit der Bestände für Nutzer und Archivare gleichermaßen. Wegen der thematisch begrenzten Sammlungen hat der Nutzer ein Gespür dafür, was er in unseren Archiven finden könnte. Aber daß zum Beispiel die Unterlagen der Berliner SED-Bezirksleitung im Landesarchiv Berlin aufbewahrt werden, muß er wahrscheinlich erst herausfinden. Die Archivare werden mit den überschaubaren Beständen im Laufe der Jahre gut vertraut, so daß sie den Nutzern bei der Dokumentensuche spontan ziemlich genaue Auskünfte geben können. Der Nutzer kann ausführlicher und persönlicher beraten werden und erhält die gesuchten Dokumente schneller und ausgewählter als in den großen Archiven. Die Beziehung zwischen Nutzer und Archivar bleibt nicht so anonym.

Einige Nutzer, denen ausführliche Beratungsgespräche und die Vermittlung von Zeitzeugen in ihrer Arbeit weitergeholfen haben, sind Unterstützer unserer Archive geworden, wie zum Beispiel Brian Plane aus den USA, der heute noch sprechen wird, und Prof. Harold Hurwitz. Zwischen ihnen und mir ist ein zwangloser Austausch von Hinweisen und Dokumenten zu Robert Havemann entstanden, der uns viel gibt.

Bislang bietet keines der über Ostdeutschland verteilten Archive und Dokumentationszentren einen Gesamtüberblick zur Geschichte von Opposition und Bürgerbewegungen in der DDR. Die bisher umfassendste Sammlung befindet sich nach meiner Kenntnis in unseren Archiven. Die Sammlungen der in den letzten Jahren entstandenen Archive haben naturgemäß einen überwiegend regionalen Charakter. Auch bei uns ist der größere Teil der Bestände auf Berlin bezogen.

Meiner Ansicht nach sprechen die Vorteile und Besonderheiten der unabhängigen Archive für eine dezentrale Archivstruktur mit regionalen Schwerpunkten. Da es nur eine handvoll Archive zu unserem Thema gibt, lassen sich die Nachteile der örtlichen Trennung durch eine verbindliche

Art der Zusammenarbeit, die noch gefunden werden muß, und die noch fehlende gesamte Bestandsübersicht ausgleichen. Zum Vergleich: Es gibt in Berlin über 140 Archive mit den unterschiedlichsten Sammelgebieten. Mit dem Wegweiser „Berliner Archive“ ist es nicht schwer, sich in dieser großen Archivlandschaft zurechtzufinden. Unter jeder Archivadresse sind Bestandsübersichten und Sammelgebiete aufgelistet, die ein Register im Anhang nach Sachworten und Personennamen erschließt.

Ich hoffe, daß es über die beabsichtigte Stiftung gelingen wird, den unabhängigen Archiven das Weiterleben zu sichern und ihre besonderen Leistungen zu erhalten. Aber bis eine solche Stiftung arbeitsfähig wird, vergeht mindestens noch ein langes Jahr. Es bleibt also eine aktuelle Lösung erforderlich, um diese Zeit zu überbrücken.

Dies ist der Text eines Referates, das der Autor am 3.5.1997 auf der Tagung „Archive in der Krise? Perspektiven für die Dokumente der DDR-Opposition“, veranstaltet von der Evangelischen Akademie Berlin-Brandenburg, gehalten hatte.

Werner Theuer, geboren 1949, Dokumentar im Robert-Havemann-Archiv – dort speziell mit dem Nachlaß von Robert Havemann befaßt.

Horch und Guck, Heft 21

Nachdiplomierung von Fachschulökonomen jetzt möglich – Kultusministerin Marquardt: „Weitere Schritte zum Abbau von Diskriminierungen notwendig“

Das Kultusministerium hat den Vorgaben des Grundsatzurteils des Bundesverwaltungsgerichts vom 10. Dezember 1997 im Hinblick auf die Bewertung von DDR-Bildungsabschlüssen Rechnung getragen und die entsprechenden Verwaltungsvorschriften geändert.

Für die Inhaber von Bildungsabschlüssen, denen bislang aufgrund der systemspezifischen Ausrichtung ihres Studiengangs lediglich die „Niveaugleichheit“ ihres Abschlusses bestätigt werden konnte, ist es nunmehr möglich, die „Gleichwertigkeit“ ihres Abschlusses feststellen zu lassen. Hierdurch wird auch die Nachdiplomierung von Fach- und Ingenieur-schulabsolventen ökonomischer Fachrichtungen bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen möglich. Auch für die von der Rechtsänderung betroffenen Inhaber bereits bestandskräftiger Bescheide besteht die Möglichkeit, mittels eines Antrags auf Wiederaufgreifen des Verfahrens beim

Kultusministerium einen der geänderten Rechtslage entsprechenden Bescheid zu erhalten.

„Durch die nunmehr vorgenommene Änderung der Verwaltungsvorschriften ist ein entscheidender Fortschritt bei der Beseitigung bestehender Benachteiligungen von DDR-Hoch- und Fachschulabsolventen erreicht worden“, teilte das Kultusministerium Mecklenburg-Vorpommerns mit. Trotzdem gelte es weitere noch bestehende Benachteiligungen zu beseitigen. In diesem Zusammenhang setzt sich das Kultusministerium insbesondere dafür ein, daß die Inhaber ökonomischer Hochschulabschlüsse das Recht erhalten, ihre akademischen Grade in die in den alten Bundesländern gebräuchlichen Grade umzuwandeln.

Des weiteren müsse noch derjenige Teil der Beschlüsse der Kultusministerkonferenz (KMK) aufgehoben werden, in dem einige Fach- und Ingenieur-schulabschlüsse aufgeführt sind, deren Fachrichtung es in den alten Bundesländern nicht gibt, was zur Folge habe, daß diese Absolventen bislang nicht nachdiplomiert werden konnten.

Ein Vorstoß des Landes Mecklenburg-Vorpommern, die anderen Bundesländer in der KMK zu einer entsprechenden Änderung ihrer Beschlüsse zu bewegen, führte bislang zu keinem Ergebnis. Die Beratungen werden fortgesetzt.

Kultusministerium Mecklenburg-Vorpommern, 24.9.1998

Wissenschaftsrat äußert sich zur Entwicklung der Europa-Universität in Frankfurt/Oder

Der Wissenschaftsrat hat eine Stellungnahme zur Europa-Universität in Frankfurt/ Oder verabschiedet, nachdem er bereits 1993 die Einbeziehung der Hochschule in die Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau empfohlen, dabei aber eine erneute wissenschaftspolitische Bewertung der Universität nach Abschluß der Aufbauphase angekündigt hatte.

Der Wissenschaftsrat würdigt die ambitionierte Zielsetzung der Universität, die mit ihren drei Fakultäten für Rechts-, Wirtschafts- und Kulturwissenschaften und einer besonderen Betonung der Internationalität in Forschung und Lehre vor allem eine Brückenfunktion zu den europäischen Nachbarn einnehmen soll. Die Universität, die mit rund 3.000 Studierenden zu den kleinsten Universitäten in Deutschland gehört, hat nach einer Aufbauphase ihren Platz im Hochschulsystem gefunden. Allerdings läßt die internationale Orientierung in den Rechts- und Wirtschaftswissenschaften nach Ansicht des Wissenschaftsrates noch zu wünschen übrig.

Durch den Verzicht auf disziplinäre Vorgaben mangelt es dem kulturwissenschaftlichen Studiengang an einer ausreichenden Strukturierung; deshalb sollten künftig ausgewählte disziplinäre Elemente aufgenommen werden. Der Wissenschaftsrat hält eine noch konsequentere Verklammerung der drei Fakultäten durch eine intensivere interdisziplinäre Zusammenarbeit der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften mit den Kulturwissenschaften für notwendig.

Mit dem Collegium Polonicum ist eine gemeinsame Einrichtung der Universitäten Frankfurt/Oder und Poznan geschaffen worden, die ein Novum in der Kooperation mit ausländischen Hochschulen darstellt und deren wissenschaftspolitische Bedeutung nach Ansicht des Wissenschaftsrates weit über die Landesgrenzen Brandenburgs hinausgeht. Am Collegium, das am polnischen Oderufer in Slubice angesiedelt ist, bieten beide Universitäten gemeinsame Studiengänge an, so zum Beispiel einen deutsch-polnischen Studiengang der Rechtswissenschaften. Neuartig ist auch die Finanzierung: Während die polnische Seite die Investitionskosten für das soeben fertiggestellte Gebäude und die laufenden Kosten finanziert, hat das Land Brandenburg die Bereitstellung von 12 Wissenschaftlerstellen zugesagt. Der Wissenschaftsrat begrüßt diese Zusage, in der er die Voraussetzung für eine zügige Umsetzung des Konzeptes sieht; zugleich weist er darauf hin, daß die Bereitstellung dieser personellen Mindestausstattung für das Collegium Polonicum dabei nicht zu Lasten der übrigen ebenfalls knapp ausgestatteten Fachbereiche gehen darf. Hinweis: Die Stellungnahme zur Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder (Drs. 3851/99, 50 Seiten) kann bei der Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates schriftlich oder per eMail angefordert werden.

Wissenschaftsrat, 22.1.1999

Europa-Universität nimmt Stellung zu den Empfehlungen des Wissenschaftsrates

Stellung zu den am 22. Januar veröffentlichten gutachterlichen Empfehlungen des Wissenschaftsrates – Gutachtergremium von Bund und Ländern – nahm am Donnerstag während einer Pressekonferenz die Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder). Das Gutachten wertete die Aufbauphase und denderzeitigen Entwicklungsstand der Universität und gab an das Land Brandenburg und die Universität Empfehlungen für die weitere Entwicklung. Da der Text der Empfehlung bereits seit Juni 1998

vorlag und die Verabschiedung auf Wunsch der Landesregierung Brandenburg um sieben Monate verschoben worden war, hatte sich die Europa-Universität in den vergangenen Monaten intensiv mit dem Inhalt der Empfehlung beschäftigen können. In der ausführlichen Stellungnahme sieht die Universität ihren spezifischen, auf Internationalität und Interdisziplinarität hin orientierten Gründungsauftrag durch den Wissenschaftsrat nachdrücklich bestätigt. Insbesondere wird auf die Feststellung des Wissenschaftsrates verwiesen, daß die Europa-Universität „mit ihrem spezifischen Profil und mit ihrer Grenzlage zu Polen ihren Platz im Hochschulsystem gefunden hat“, und daß dem Land und der Universität in Frankfurt (Oder) eine beachtliche Aufbauleistung gelungen sei. Die Universität teilt die Einschätzung des Wissenschaftsrates, daß in der Einlösung des besonderen Anspruchs der Universität sowohl Erfolge wie Defizite zu konstatieren sind und auf dem eingeschlagenen Weg noch eine beträchtliche Strecke zurückzulegen ist, bekräftigt aber auch ihre Entschlossenheit, diesen Weg einer deutlichen wissenschaftlichen Profilbildung weiter zu verfolgen. In den Feststellungen des Wissenschaftsrates, daß angesichts des besonderen Auftrages der Viadrina die Personalausstattung der Universität „als unterste Grenze der Mindestausstattung“ und die Sachmittelausstattung als „defizitär“ anzusehen sei, sieht die Universität ihre eigenen Besorgnisse über mangelnde Ressourcen bestätigt.

In diesem Zusammenhang äußert die Viadrina auch die Erwartung, daß die Landesregierung die Empfehlungen des Wissenschaftsrates einer ähnlich sorgfältigen Erwägung unterzieht wie die Universität selbst. Mehrere wichtige Empfehlungen sind ausdrücklich an die Adresse des Landes gerichtet; sie beschäftigen sich u.a. mit der personellen Ausstattung der Juristischen und der Kulturwissenschaftlichen Fakultät, mit dem weiteren Aufbau der Universitätsbibliothek und mit der Beteiligung des Landes Brandenburg am Collegium Polonicum. Aus anderen Empfehlungen ergibt sich für das Land mittelbarer, aber nicht weniger dringlicher Handlungsbedarf, so z.B. hinsichtlich der Ausstattung des Sprachenzentrums im Zusammenhang mit der Internationalität des Studienangebots. Im einzelnen geht die Universität in ihrer Stellungnahme auf die Feststellungen des Wissenschaftsrates zur Entwicklung von Internationalität und Interdisziplinarität ein und kommt hier in einigen Punkten zu anderen Einschätzungen – nicht zuletzt auch aufgrund der Tatsache, daß – infolge der verzögerten Verabschiedung – die Datenbasis der Wissenschaftsratsempfehlung noch den Stand vom Herbst 1997 wiedergibt.

In der Beurteilung der Internationalität ihrer Lehre und Forschung weist die Europa-Universität u.a. auf die weithin anerkannte deutsch-polnische Juristenausbildung, das internationale Angebot des neuen Stu-

dienganges „Master of European Studies“, den Erfolg des Studienangebots in der Internationalen Betriebswirtschaftslehre, die Vorbereitungen der kulturwissenschaftlichen Fakultät für eine internationale Sommeruniversität, die Ausweitung englischsprachiger Lehrangebote, die inzwischen begonnenen Ausbildungsangebote am Collegium Polonicum sowie eine breite Palette von Forschungsprojekten zur Transformation in Mittel- und Osteuropa hin.

Die Universität begrüßt ausdrücklich die Feststellungen des Wissenschaftsrates zur zentralen Bedeutung des Collegium Polonicum (CP) – einer gemeinsamen Einrichtung der Adam Mickiewicz-Universität Poznan und der Europa-Universität – für die Einlösung des besonderen Anspruchs der Universität. Hier sind inzwischen – durchaus im Sinne der Empfehlungen des Wissenschaftsrates – in Potsdam die Weichen gestellt worden, um die finanzielle Beteiligung des Landes Brandenburg an den Personalkosten des CP ab 1. Januar 2000 sicherzustellen. Da das zukünftige Entwicklungspotential dieser grenzübergreifenden Einrichtung und der sich daraus ergebende Personalbedarf jedoch die finanziellen Möglichkeiten des Landes Brandenburg übersteigen dürfte, kommt der Empfehlung des Wissenschaftsrates für ein nennenswertes finanzielles Engagement von Bund und EU auch aus der Sicht der Universität besondere Bedeutung zu.

Im Bereich der Finanzierung fordert der Wissenschaftsrat eindeutig den ursprünglich vorgesehenen Vollausbau der Europa-Universität, „um sowohl unter qualitativen als auch unter quantitativen Gesichtspunkten eine tragfähige und langfristig lebensfähige Universität zu erhalten“. Diese Zielsetzung steht in offenbarem Gegensatz sowohl zum Hochschulentwicklungsplan als auch zur mittelfristigen Finanzplanung des Landes Brandenburg – so die Einschätzung der Universität.

Des Weiteren nimmt die Universität Stellung zur Entwicklung der bislang nur befristet finanzierten Institute, des für die Internationalität des Studiums besonders wichtigen Uni-Sprachenzentrums, der noch unterausgestatteten Bibliothek, der sehr erfolgreich arbeitenden Graduiertenkollegs und der auf die steigende Studienplatznachfrage ausgerichteten Bau- und Raumplanung.

Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/O., 28.1.1999

hochschule ost 1-2/1999

Wissenschaftsrat hebt Bedeutung der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina hervor

Der Wissenschaftsrat hat die Bedeutung der 1652 gegründeten und seit 1878 in Halle angesiedelten Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina in einer Stellungnahme hervorgehoben. Die Leopoldina gehört zu den ältesten ununterbrochen bestehenden Gelehrtenvereinigungen der Welt. Sie stellt ein besonders wichtiges Forum für die naturwissenschaftliche und medizinische Spitzenforschung im deutschsprachigen Raum dar und hat während der Zeit der deutschen Teilung entscheidend dazu beigetragen, daß die Verbindungen zwischen der Wissenschaft in Ost- und Westdeutschland nicht abrisen.

In seiner Stellungnahme geht der Wissenschaftsrat sowohl auf die Tätigkeit der Akademie als auch auf geplante und im Gang befindliche strukturelle Veränderungen ein. Er sieht die wissenschaftlichen Veranstaltungen als Kernaktivitäten der Akademie an und verweist dabei vor allem auf die Jahresversammlungen. Die kürzlich etablierten Kommissionen versprechen eine sinnvolle Ergänzung der Möglichkeiten von Politik und Gesellschaft, bei der Debatte über aktuelle Fragen auf unabhängige Stellungnahmen zurückzugreifen, die aus wissenschaftlicher Sicht einen autoritativen Überblick über den Kenntnisstand zu bestimmten Sachverhalten wie Infektionskrankheiten oder Risiken der Nahrungsketten bieten. Das seit einigen Jahren bestehende Leopoldina-Förderprogramm für hochqualifizierte Nachwuchswissenschaftler trägt wesentlich zur Verbesserung der in Deutschland noch nicht befriedigenden Förderungsmöglichkeiten im Postdoktoranden-Bereich bei; eine weitergehende internationale Öffnung wäre wünschenswert.

Die interdisziplinäre Abrundung des auch künftig vornehmlich auf Naturwissenschaften und Medizin konzentrierten Fächerspektrums der Akademie durch neue Sektionen für Technikwissenschaften, Wissenschaftstheorie sowie Ökonomik und Empirische Sozialwissenschaften wird vom Wissenschaftsrat begrüßt. Diese Ergänzungen verbessern den Kontakt zur Entwicklung des universitären Fächerspektrums. Die von der Leopoldina vorgenommene Reform der Senatsstruktur wird zur Stärkung der Leitung der Akademie beitragen. Vor dem Hintergrund des traditionellen Sonderstatus der Leopoldina in der deutschen Wissenschafts- und Akademielandschaft empfiehlt der Wissenschaftsrat, die jetzige Finanzierung durch Bund und Land Sachsen-Anhalt mit einer deutlich überwiegenderen Bundesfinanzierung beizubehalten.

Wissenschaftsrat

hochschule ost 1-2/1999

Sorbischer Unterricht zunehmend gefragt – Uni Potsdam richtet Ergänzungsstudiengang Sorbisch/Wendisch für Lehrer ein

Wissenschaftsminister Steffen Reiche genehmigte jetzt die Einrichtung des Ergänzungsstudienganges Sorbisch/Wendisch für Lehrer an der Universität Potsdam. Grund dafür ist ein Bedarf an Lehrern für die Sekundarstufe I, da in Brandenburg eine zunehmende Nachfrage nach sorbisch-wendischem Unterricht registriert wurde.

„Die Lehrer für Sorbisch/Wendisch sind maßgebliche Vermittler sorbischen Kulturgutes an künftige Generationen. Insofern ist ihre Aus- und Weiterbildung eine wichtige Aufgabe, der sich die Universität Potsdam stellt“, sagte Minister Reiche. „Mit dem geplanten berufsbegleitenden Aufbaustudium an der Universität Potsdam könnte erstens eine zielgerichtete, effiziente und kostengünstige Ausbildung von Sorbischlehrern für die Sekundarstufe I an Brandenburger Schulen ermöglicht werden. Zweitens könnten Qualifizierungsangebote für eine wachsende Zahl von Grundschullehrern für Sorbisch gemacht werden, die aufgrund des derzeitigen Schülerrückgangs in der Primarstufe freigesetzt werden. Und drittens ist eine optimale Nutzung der Ressourcen am Institut für Slavistik und der umfassenden Erfahrungen der Universität in der Lehrerweiterbildung gewährleistet. Die Einrichtung eines Aufbaustudiums Sorbisch/Wendisch ist von landespolitischer Relevanz, dient sie doch mittelfristig der Sicherung eines kontinuierlichen Unterrichtsangebotes im Fach Sorbisch/Wendisch und damit grundsätzlich der Interessenwahrung der sorbischen Minderheit und der Pflege sorbischen Kulturgutes“.

Geplant ist ein viersemestriges, berufsbegleitendes Aufbaustudium. Zielgruppe sind in erster Linie Grundschullehrer, die bereits über eine Qualifikation für Sorbisch/Wendisch in der Primarstufe verfügen. Vorgeesehen sind drei Durchgänge, die jeweils zum Wintersemester 1998, 1999 und 2000 beginnen und ca. 10 bis 15 Teilnehmer pro Durchgang erfassen sollen. Die Gesamtausgaben für die drei geplanten Durchgänge belaufen sich auf ca. 508 TDM, pro Durchgang sind ca. 167 TDM erforderlich. An der Finanzierung beteiligen sich neben der Universität das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport und die Stiftung für das sorbische Volk.

Grundlegende Studienbestandteile sind Vorlesungen und Übungen zur Sprach- und Literaturwissenschaft des Sorbischen. Die Kursteilnehmer beschäftigen sich mit Literaturgeschichte und Soziolinguistik ebenso wie mit Sorbischer Grammatik und Phonetik. Sie studieren die Geschichte und Kulturgeschichte des sorbischen Volkes, diskutieren den „Minder-

heitenstatus“ und die sich daraus ergebenden Fragestellungen und Probleme der Sorben, übersetzen Texte, erörtern fachdidaktische Fragestellungen.

Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur Brandenburg

Max-Planck-Gesellschaft gründet Institut für ethnologische Forschung

Der Senat der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V. hat auf der Hauptversammlung am 25. Juni 1998 in Weimar beschlossen, ein Max-Planck-Institut für ethnologische Forschung zu gründen. Der Vergleich von Ethnien sowie Untersuchungen zur Interaktion zwischen verschiedenen Völkern oder Ethnien sollen im Vordergrund der Institutsarbeit stehen. Zentrale Untersuchungsmethode wird die moderne ethnologische Feldforschung sein, die durch historische und sozialwissenschaftliche Vorgehensweisen ergänzt werden soll. Standort wird eine Stadt in den neuen Bundesländern sein. Prof. Dr. Christopher Hann, University of Kent, und Prof. Dr. Günther Schlee, Universität Bielefeld, sollen als Leiter des Instituts berufen werden. Die Max-Planck-Gesellschaft hat die Aufnahme des Instituts in die „institutionelle Förderung“ von Bund und Ländern beantragt.

Das neue Max-Planck-Institut wird in Ergänzung zur traditionellen Völkerkunde, in der einzelne meist exotische Kulturen untersucht werden, ein darüber hinausgehendes innovatives Forschungsprogramm aufbauen: Forschungsgegenstand des Max-Planck-Instituts wird der Vergleich friedlicher sowie gewaltsamer Interaktion innerhalb von Ethnien und zwischen Ethnien sein. Vom Zusammenstoß kultureller, moralischer, rechtlicher oder religiöser Werte innerhalb einer eng umgrenzten lokalen Gemeinschaft bis zu Konflikten bei der Entstehung neuer Staaten wird damit ein weites Spektrum von Phänomenen analysiert werden. Im Vordergrund stehen komplexe ethnische Verhältnisse.

Das Forschungsprogramm soll zunächst in zwei Arbeitsbereichen umgesetzt werden, die als flexible, miteinander verknüpfte Projektstruktur gestaltet werden. Die gesamte Forschung steht in der gemeinsamen Verantwortung der beiden Direktoren. Für den einzelnen Wissenschaftler in der ethnologischen Forschung ist es aufgrund der Intensität der Feldforschung nur schwer möglich, in verschiedenen Gebieten der Welt zu arbeiten. Um dieser Besonderheit der Disziplin gerecht zu werden, ist ein umfangreiches Gastwissenschaftler-Programm vorgesehen. Auf diese

Weise kann die Zahl der Dauerstellen gering gehalten werden. Durch die längerfristig angelegte Forschung eines Max-Planck-Instituts werden so weltweit einzigartige Möglichkeiten der vergleichenden Forschung eröffnet.

Im Arbeitsbereich „Integration und Konflikt“ soll geklärt werden, in welcher Weise sich Individuen mit bestimmten Ethnien selbst identifizieren und wie sie von anderen identifiziert werden. Diese eigene und fremde Definition von sozialen Gruppierungen ist oft Grund von gewaltsamen Konflikten und bietet daher ein interessantes Untersuchungsfeld. In diesem Arbeitsbereich sollen aber nicht nur konfliktreiche, sondern auch friedliche Formen der Interaktion analysiert werden. Insbesondere Zonen, in denen man tendenziell den Umschlag von der einen zur anderen Form beobachten kann, sind von Interesse. Zumindest in den ersten Jahren wird der regionale Schwerpunkt der Untersuchungen in Afrika und in den sozialistischen beziehungsweise ehemals sozialistischen Ländern Europas und Asiens liegen.

Im Arbeitsbereich „Besitz und Eigentum“ sollen Normen und Werte untersucht werden, die für bestimmte Gesellschaftsgruppen charakteristisch sind. Die unterschiedlichen Vorstellungen von Besitz, Eigentum und rechtlichen sowie moralischen Ansprüchen sollen analysiert werden, vor allem soll beobachtet werden, wie relativ und veränderlich diese Vorstellungen sind. Sich wandelnde Eigentumsverhältnisse und die moralischen und rechtlichen Ansprüche, mit denen man sie zu legitimieren sucht, bilden zum Beispiel in den früheren sozialistischen Ländern ein reiches Untersuchungsfeld. Daneben werden auch Eigentumsrechte an „nichtmateriellen Gegenständen“ wie „Eigentum an Wissen und Information“ Forschungsthemen sein. In der Anfangsphase wird die Veränderung von Wissensbeständen bei Immigranten aus verschiedenen Ethnien mit regionalem Schwerpunkt in der Bundesrepublik untersucht werden.

Diskutiert wird noch über den Aufbau eines dritten Arbeitsbereiches, um eine weitergehende Abdeckung des Forschungsthemas zu erreichen. Mögliche Schwerpunkte für diesen dritten Arbeitsbereich wären „Glaubenssysteme“, „Migration“ oder „Rechtspluralismus“. Eine genauere Festlegung ist allerdings erst sinnvoll, wenn die finanziellen Bedingungen eine Erweiterung des Instituts auf drei Arbeitsbereiche erlauben.

Die Leitung des Max-Planck-Instituts für ethnologische Forschung sollen zwei international renommierte Sozialanthropologen übernehmen:

Der britische Forscher Prof. Dr. Christopher Hann (45) studierte in Oxford und in Cambridge Politologie, Philosophie, Wirtschaftswissenschaften und Sozialanthropologie. 1979 wurde er über die sozioökonomische Struktur einer ländlichen Gemeinde in Ungarn promoviert. Zwischen 1980 und 1992 war er an der Universität Cambridge tätig, seitdem ist er

Professor an der University of Kent, wo er von 1994-1997 Dekan der Sozialwissenschaftlichen Fakultät war. Derzeit ist Christopher Hann Fellow am Wissenschaftskolleg in Berlin. Im Mittelpunkt seiner wissenschaftlichen Arbeit stehen umfassende Feldforschungen in Ungarn, Polen, der Türkei und in China. Dort hat er jeweils die Auseinandersetzung zwischen einem starken Staat mit ideologischen Vorstellungen und einer davon divergierenden Landbevölkerung untersucht.

Prof. Dr. Günther Schlee (47) studierte in Hamburg Völkerkunde, Romanistik und Allgemeine Sprachwissenschaft. Promoviert wurde er über das Glaubens- und Sozialsystem der Rendille, einen Stamm in Nordkenia. Nach ausgedehnten Forschungsaufenthalten in Indien, Äthiopien und Kenia habilitierte er sich 1986 in Bayreuth und wurde dann an die Fakultät für Soziologie in Bielefeld berufen. Gastdozenturen hatte er in Padang (Sumatra) und an der Ecole des Hautes Etudes en Sciences Sociales in Paris. Zentraler Ansatz der Feldforschung von Günther Schlee ist das „interethnische“ Vorgehen sowie die Verbindung von Geschichte und gegenwartsbezogener Forschung.

Das Forschungsprogramm des Max-Planck-Instituts für ethnologische Forschung verbindet die traditionelle Ethnologie mit modernen sozialwissenschaftlichen Ansätzen in einem Konzept, das zu völlig neuen Einsichten in komplexe ethnische Verhältnisse führen dürfte.

Das Institut wird in den neuen Bundesländern angesiedelt werden. Eine abschließende Entscheidung über den Standort konnte im Verlauf der Gründungsberatung noch nicht gefällt werden. Mit der Gründung des Instituts für Ethnologie verfügt die Max-Planck-Gesellschaft in den neuen Bundesländern über 18 Max-Planck-Institute, ein Teilinstitut und eine Forschungsstelle. Damit ist das Ziel erreicht, bis zum Ende des Jahrzehnts in den neuen Ländern eine vergleichbare Institutsdichte wie im alten Bundesgebiet aufzubauen.

Beatrice Froese, Max-Planck-Gesellschaft

Darf's noch ein Semester mehr sein? Jenaer Studenten lassen sich Provinzdasein bezahlen

Wer sich in Deutschland eine Großstadt nennen darf, kann sich glücklich schätzen. Denn die großen Städte erhalten im kommunalen Finanzausgleich richtig viel Geld. In Berlin bringt jeder zusätzliche Einwohner 5.500 Mark ins Stadtsäckel. Also gilt es, die Einwohner mit Hauptwohn-

sitz als solche zu erhalten, denn nur die bringen Geld. Aber die Einwohner drängt es hinaus aus den lärmenden Städten ins friedliche, grüne Umland, oft behält man, wenn überhaupt, nur einen Zweitwohnsitz in der Stadt.

Zu den „Zweitwohnsitzern“ gehören aber neben den Berufspendlern auch die Studenten, die aus finanziellen Gründen (höhere Kosten für's Auto) oder einfach aus Bequemlichkeit den Hauptwohnsitz nicht wechseln. Um aber die drohenden Verluste bei den so wichtigen Einwohnerzahlen zu kompensieren, mußten die Studenten als potentielle „Hauptwohnsitzer“ heran. Die sollen sich nicht nur in Berlin endlich mit Hauptwohnsitz anmelden, und wenn sie dies nicht freiwillig tun, dann eben mit dem sanften Druck einer Steuer – so zumindest die Antwort der Stadt Berlin, die ja ihre Studenten sowieso loswerden will. Mit der eigentlich nur in Ferienorten üblichen Zweitwohnungssteuer werden seit Januar diesen Jahres in Berlin die verhaßten Bonner Beamten und die geduldeten Studenten zum Ummelden gezwungen. (siehe UnAuf Nr. 92)

Daß es auch anders geht, hat die Stadt Weimar bewiesen, der die Studenten ihrer kleinen Bauhaus-Universität zumindest so wichtig waren, daß sie jedem ummeldewilligen Studenten eine Prämie von 300 DM zahlte. Die benachbarte Universitätsstadt Jena geht nun einen Schritt weiter, sie „kauft sich die neuen Einwohner“ wie die *Thüringer Landeszeitung* süffisant bemerkte. Für Studenten, die von sofort an ihren Hauptwohnsitz nach Jena verlegen, übernimmt die Stadt den Semesterbeitrag in Höhe von derzeit 84 DM (inklusive Semesterticket). Melden sich bis zum 31. Dezember 2000 mehr als 5.000 Studenten neu in Jena an, erstattet die Stadt allen Studenten mit Hauptwohnsitz in Jena den Semesterbeitrag. Was aus Berliner Sicht wie ein kleines Wunder wirkt, ist in Jena dem akuten Einwohnermangel und einem klugen Studentenrat zu verdanken. Jena war die mühsam erkämpfte Großstadtmarke (100.000 Einwohner) wieder abhanden gekommen, zur Wiedererlangung der begehrten Zahl mußten die 15.000 Studenten der Stadt her, von denen sich bisher nur etwa 2.400 in Jena angemeldet haben. Die gewünschten neuen Einwohner wurden heftigst umworben: Man erfand ein „Bonusheft“, mit dem Anmeldewillige kostenlos Museen, das Planetarium und die Philharmonie besuchen können.

Doch diese und andere Aktionen brachten nichts, denn, so die Studentenräte von Universität und Fachhochschule, die Stadt müsse schon mit für die Studenten dauerhaften Leistungen kommen, damit der Wegfall finanzieller Vergünstigungen durch die Ummeldung kompensiert werden könne. Diese dauerhafte Leistung könne die Übernahme der Semesterbeiträge sein. Die einfache Rechnung: Für jeden Einwohner erhält Jena

einen jährlichen Finanzausgleich in Höhe von 1.100 Mark. Bleibt beim Abzug von 164 Mark Semesterbeitrag im Jahr ein satter Gewinn, mit dem sich alle geplanten Investitionen der Stadt verwirklichen lassen.

Der Stadt leuchtete die Rechnung nach den üblichen monatelangen Verhandlungen ein. Sie schloß einen entsprechenden Kooperationsvertrag mit dem Studentenwerk ab. Für den Stadtdezernenten Matthias Mieth (Bündnis 90/ Die Grünen) eine Lösung, „die nicht nur zugunsten der Studierenden, sondern zugunsten aller Jenenser ist“. Und Carmen Fiedler von der Jenaer Studentenzeitung *Akrützel* betont den Beispielcharakter der Vereinbarung: „Dieses Modell ist auch in anderen Städten umsetzbar, außerdem bindet man so die Studenten viel besser an eine Stadt.“ Das sollten sich die Berliner Politiker hinter die Ohren schreiben, die vor der Zweitwohnungssteuer ja bereits eine Immatrikulationsgebühr für die weitere Schröpfung der Studenten erfunden haben. Hier würde man auf eine Rechnung wie in Jena gar nicht kommen, obwohl die Gewinnspanne noch höher läge. Und eine Feststellung, daß man mit der Übernahme der Kosten auch Identifikation mit der Stadt fördern könne, kommt wohl kaum in den Mund des Berliner Regierenden Bürgermeisters.

Die Jenaer Studenten basteln inzwischen an ihrer nächsten finanziellen Erleichterung. Nach langen Verhandlungen mit der Deutschen Bundesbahn steht die Einführung eines Bahntickets vor ihrem erfolgreichen Abschluß. Mit diesem können dann die Jenaer Studenten gemeinsam mit ihren Kommilitonen aus Weimar, Erfurt und Gotha zwischen diesen vier Städten und Gera zum Preis von 24 Mark ein Semester lang beliebig oft hin- und herdüsen. Zum Vergleich: eine Hin- und Rückfahrt von Jena nach Gera kostet derzeit mit der Bahncard 18,80 Mark.

UnAufgefordert, November 1998]

**Bibliographie Wissenschaft und Hochschulen
in Ostdeutschland und Osteuropa
1945 bis zur Gegenwart¹**

Peer Pasternack
Wittenberg/Leipzig

1. SBZ / DDR 1945-1989

Fuchs, Hans-Werner: *Bildung und Wissenschaft in der SBZ/DDR 1945 bis 1989* (Beiträge aus dem Fachbereich Pädagogik Nr. 5/1997). Universität der Bundeswehr Hamburg. Hamburg 1997. 146 S. Kostenlos bei: Universität der Bundeswehr Hamburg, FB Pädagogik, 22039 Hamburg.
Die Ausführungen basieren auf Vorarbeiten im Rahmen der Dissertationsschrift des Verfassers, die für die vorliegende Publikation überarbeitet, aktualisiert und erweitert wurden. Ausgehend von pädagogischen Traditionen, ideologischen Grundpositionen, funktionalen und ökonomischen Aspekten geht der Autor auf die Entwicklung von der antifaschistisch-demokratischen Schulreform zum entwickelten sozialistischen Bildungssystem ein.

Deutscher Bundestag, Referat Öffentlichkeitsarbeit (Hg.): *Schlußbericht der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“* (Bundestags-Drucksache 13/11000). Bonn 1998. 335 S. Bezug bei: Deutscher Bundestag, Ref. Öffentlichkeitsarbeit, Bundeshaus, 53113 Bonn.

¹ Die Bibliographie erfaßt ausschließlich selbständige Publikationen: Monographien, Sammelbände, Broschüren, ggf. auch komplette Zeitschriften-Nummern, sofern diese einen an dieser Stelle relevanten thematischen Schwerpunkt haben.

Im hiesigen Kontext sind vor allem folgende Abschnitte des Schlußberichtes der vom Bundestag 1995 eingesetzten Kommission von Interesse: „Elitenwechsel - Übernahme von Personal in den öffentlichen Dienst“, „Bilanz des personellen Transformationsprozesses“, „Bildung, Wissenschaft, Kultur“, „Wissenschaft und Forschung“, „Archive“, „Dokumente und Aktenbestände zur deutschen Teilung bei öffentlichen Stellen“ sowie „Förderung von Stiftungen in den neuen Ländern“.

Nikitin, Pjotr I.: *Wie ich die Universitäten und die Wissenschaft der Besatzungszone „sowjetisierte“*. *Erinnerungen* (Edition Bildung und Wissenschaft Bd. 6). Akademie Verlag, Berlin 1997. 284 S. DM 98,-. Im Buchhandel.

Nach Nikitins Aussagen war im Hochschul- und Akademieberreich in der SBZ weder eine Übertragung von Rezepten aus sowjetischer Erfahrung beabsichtigt, noch hätte sie funktioniert, noch hätte sie den Vorstellungen der Mehrheit der Volksbildungsabteilung entsprochen. Zudem würde die Wirkung der die Alliierten im Bildungswesen verbindenden Kontrollratsbeschlüsse noch immer unterschätzt. Der Herausgeber der Buchreihe ist im Vorwort der Ansicht, Nikitins Erinnerungen unterstützen die These der weitgehenden Selbstsowjetisierung des ostdeutschen Hochschul- und Bildungswesens; Relikte der deutschen bürgerlichen Wissenschaftstradition seien von den Sowjets auch noch in den Zeiten der Sowjetischen Kontrollkommission sowie über 1954 hinaus respektiert worden.

Schneider, Michael C.: *Bildung für neue Eliten. Die Gründung der Arbeiter- und Bauern-Fakultäten in der SBZ/DDR* (Berichte und Studien H. 13). Hrsg. vom Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung. Dresden 1997. 60 S. DM 8,-. Bezug bei: Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung, TU Dresden, 01062 Dresden.

Nach einer knappen Skizze des Gründungsprozesses der Berliner Vorstudienanstalt und der Inkorporierung selbiger bzw. der ABF in die Universitäten der SBZ/DDR wird die Frage verfolgt, auf welche Hindernisse die neuen Herrschaftsträger bei der Realisierung ihrer Bildungspolitik stießen und wie sie ihnen zu begegnen suchten. Der Untersuchungszeitraum endet 1952, als die SED mit der Auflösung der Länder die staatliche Organisation der Bildungsverwaltung änderte. Im Anhang befindet sich eine Liste ausgewählter Literatur zum Thema.

Gotschlich, Helga/Lange, Katharina/Schulze, Edeltraud (Hg.): *Aber nicht im Gleichschritt. Zur Entstehung der Freien Deutschen Jugend* (Die Freie Deutsche Jugend. Beiträge zur Geschichte einer Massenorganisation Bd. 5). Metropolis Verlag, Berlin 1997. DM 32,-. 218 S.

Der Band interessiert zum einen aufgrund des allgemeinen Umstandes, daß die FDJ auch ein Organisationsmonopol innerhalb der DDR-Studierendenschaft beanspruchte, zum anderen wegen vier konkreter Beiträge: „Die Rolle der FDJ beim Elitenwechsel in der SBZ/DDR“ (Gert Noack), „Wir wollen Deutschlands geistige Einheit“. Die Konferenz der deutschen Studenten im Januar 1948“ (Wolfgang Benz), „Die Debatte über den ‚Arbeitseinsatz‘ unter der studentischen Jugend“ (Ulrike Schuster), „Die Jugendhochschule Bogensee“.

Rapoport, Samuel Mitja (Hg.): *Die Berliner Akademie in den Jahren 1945 bis 1950. Kolloquium der Leibniz-Sozietät* (Sitzungsberichte der Leibniz-

Sozietät Bd. 15). Reinhardt Becker Verlag, Velten 1997. 181 S. Im Buchhandel.

Die Tagungsdokumentation enthält folgende Beiträge: „Die Berliner und andere deutsche Akademien nach dem Zweiten Weltkrieg“ (Conrad Grau), „Zur Eröffnung der Deutschen Akademie der Wissenschaften 1946“ (Joachim Auth), „Das Institut für Festkörperphysik der Deutschen Akademie nach 1945“, „Dr. Konrad Schubring - ein hauptamtlicher Mitarbeiter der Akademie vor und nach 1945. Ein Fallbeispiel“ (Roland Gründel), „Johannes Stroux, der erste Präsident der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin“ (Johannes Irmischer), „Zur Akademiekonzeption von Johannes Stroux 1945“ (Roland Köhler), „Die Etablierung der Technikwissenschaften an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1945-1950“ (Hubert Laitko), „Die Gründung des Akademie-Verlages“ (Siegfried Lokatis), „Die Einflußnahme der SMAD auf die Entwicklung der Akademie im Nachkriegsdeutschland“ (Peter Nötzold), „Die Akademie und die naturwissenschaftlich-technische Forschungspolitik der DDR. Bemerkungen zur Entwicklung bis 1957“ (Werner Scheler), „Zur Zuwahlpolitik an der Akademie der Wissenschaften in Berlin 1945-1949“ (Peter Th. Walther). Daneben ein Gastbeitrag von Jochen Gläser & Werner Meske: „Anwendungsorientierte Grundlagenforschung? Erfahrungen der Akademie der Wissenschaften der DDR“.

Fries, Fritz Rudolf: *Septembersong. Roman*. Rospo Verlag, Hamburg 1997. 130 S. DM 38,-. Im Buchhandel.

Der Band, 1957 vom 22jährigen Autor geschrieben, war F. R. Fries' erster Roman. In der DDR hatte er keine Chance, gedruckt zu werden. Auch westdeutsche Verlage waren desinteressiert. Nun brachte ihn mit vierzig Jahren Verspätung doch noch ein Hamburger Verlag heraus. Geschildert wird vom Ich-Erzähler, einem Romanistik-Studenten, das Leben im Leipzig der 50er Jahre, insbesondere das Universitätsleben und hier wiederum dasjenige in den Geisteswissenschaften. Es fehlt nicht an Anspielungen auf Professoren wie Werner Krauss und Hans Mayer, doch insgesamt bleiben diese Beschreibung im Atmosphärischen: Der Roman wird nicht zum Dokumentarbericht.

Mönnighoff, Martin: „*Hettstedt ruft Münster!*“ „*Westarbeit*“ der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im Bezirk Halle und in Nordrhein-Westfalen (1956-1970) (Unipress Hochschulschriften Bd. 102). Lit Verlag, Münster 1998. 417 S. DM 58,80. Im Buchhandel.

Die SED-Führung hatte die Idee, durch systematische 'Betreuung' westdeutscher Regionen Gesinnungsgenossen zu gewinnen und ein DDR-freundliches politisches Klima zu befördern. Für das Münsterland war die SED-Bezirksleitung Halle/S. für zuständig erklärt worden. Da ein wesentlicher Ansatzpunkt die Universitäten sein sollten, wurde an der Universität Halle-Wittenberg eine eigene Forschungsgruppe gebildet, in der dreizehn Wissenschaftler Beeinflussungspläne ausarbeiteten und diese dann auch z.T. persönlich vor Ort umzusetzen suchten. Dargestellt wird dies in einem Kapitel, das den „Export des 'wissenschaftlichen' Sozialismus“ behandelt, wobei sich Mönnighoff in seiner hier vorliegenden Dissertation auf breite West- wie Ost-Überlieferungen stützen konnte.

Gotschlich, Helga/Herms, Michael/Lange, Katharina/Noack, Gert: „*Das neue Leben muß anders werden...*“ *Studien zur Gründung der FDJ* (Die Freie

Deutsche Jugend. Beiträge zur Geschichte einer Massenorganisation Bd. 3). Metropol-Verlag, Berlin 1996. 211 S. DM 32,00. Im Buchhandel.
Die FDJ beanspruchte als „einheitliche sozialistische Jugendorganisation“ auch unter den Studierenden der DDR ein Organisationsmonopol.

Schuster, Ulrike: *Wissen ist Macht... FDJ, Studenten und die Zeitung FORUM in der SBZ/DDR. Eine Dokumentation* (Die Freie Deutsche Jugend Bd. 5). Metropol-Verlag, Berlin 1997. 368 S. DM 38,-. Im Buchhandel.
Die Autorin dokumentiert in diesem Band die Lebenssituation der Studenten, das geistige Klima an den Hochschulen der SBZ/DDR sowie die Konzepte, Strukturen und Praktiken der FDJ zwischen 1945 und 1989. Kontrastiert werden die politischen Dokumente durch ausgewählte Publizistik der FDJ-Studentenzeitschrift *Forum*, die das geistige Klima in der SBZ/DDR mitgeprägt hat.

Land, Rainer/Possekel, Ralf: *Fremde Welten. Die gegensätzliche Deutung der DDR durch SED-Reformer und Bürgerbewegung in den 80er Jahren* (Forschungen zur DDR-Gesellschaft). Ch. Links Verlag, Berlin 1998. 310 S. DM 38,-. Im Buchhandel.

DDR-intelligenzgeschichtlich von herausgehobenem Interesse sind die (vergleichsweise wenigen) Nonkonformisten mit einer öffentlichen Wirkung, die sich grob in zwei Gruppen unterscheiden lassen: SED-Reformer und kirchennahe Bürgerrechtler. Insbesondere erstere waren vornehmlich im akademischen Milieu beheimatet. Das Ende der DDR liegt unterdessen zwar fast ein Jahrzehnt zurück, doch noch immer haben frühere systemnahe SED-Reformer auf der einen und kirchennahe Bürgerrechtler auf der anderen Seite Schwierigkeiten in der politischen Verständigung. Sie haben sich zwar mit denselben Widersprüchen im System auseinandergesetzt; aufgrund ihres gänzlich verschiedenen Zugangs dazu gab es jedoch kaum politisch-theoretische oder emotionale Berührungspunkte zwischen ihnen. Während die SED-Reformer den Sozialismus verbessern und seine Institutionen und Strukturen dafür nutzen wollten, manifestierte sich das Gruppenbewußtsein der kirchennahen Kreise gerade in der Verweigerung, im Bekenntnis zur Machtlosigkeit. In einer Vielzahl von Interviews forschen die Autoren familiären Prägungen und der Wirkung historischer Ereignisse im Leben der Betroffenen nach. So wird nachvollziehbar, wie sich individuelle und kollektive Identitäten über ähnliche Biographien und politische Diskurse herstellten.

Pohl, Karl-Heinrich (Hg.): *Historiker in der DDR* (Kleine Vandenhoeck-Reihe Bd. 1580). Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1997. 149 S. DM 20,80. Im Buchhandel.

In diesem Band geben Beteiligte darüber Auskunft, was die manchmal recht weite Entfernung der Geschichtswissenschaft in der DDR vom Ethos der Wissenschaftlichkeit für den einzelnen Historiker bedeutet hatte. Folgende Artikel enthält das Buch: „Geschichtswissenschaft in der DDR“ (Karl-Heinrich Pohl), „Freiräume und Grenzen eines Historikers im DDR-System. Reflexionen sechs Jahre danach“ (Werner Bramke), „Als bürgerlicher Historiker am Rande der DDR. Erlebnisse, Beobachtungen und Überlegungen eines Nonkonformisten.“ (Karlheinz Blaschke), „Politischer Auftrag und wissenschaftliche Verantwortung von Historikern in der DDR“ (Joachim Pezold) und „Im Getriebe des DDR-Systems. Als 'Nachwuchswissenschaftler' zwischen Anpassungszwängen und Widerstehen“ (Matthias Hahn).

Kuczynski, Jürgen: *Dialog mit meinem Urenkel. Neunzehn Briefe und ein Tagebuch. Erstveröffentlichung der ungekürzten und unzensierten Fassung.* Verlag Schwarzkopf & Schwarzkopf, Berlin 1997. 320 S. DM 24,80. Im Buchhandel.

Mit diesem Buch wird zum ersten Mal die vollständige Urfassung des Manuskriptes des „Dialogs“ veröffentlicht, die - 1977 fertiggestellt - zuerst 1983 in einer von Kurt Hager zensierten Fassung erschien. Die Unterschiede zur ursprünglichen Druckfassung sind gekennzeichnet.

Bramke, Werner: *Freiräume und Grenzen eines Historikers. Aus Anlaß seines 60. Geburtstages. Festgabe, von den Mitarbeiter aus der „Arbeitsgruppe Sachsen im 19. und 20. Jahrhundert“ zugeeignet.* Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 1998. 317 S. DM 54,-. Im Buchhandel.

Nach Ansicht des Autors - Geschichtsprofessor an der Universität Leipzig - verlangt das weitgehend negative Urteil über die DDR-Geschichtswissenschaft, wie es sich seit 1989 entwickelte, eine Bestimmung der eigenen Position. In einer das Buch einleitenden Reflexion skizziert er zunächst die generalisierenden Aussagen der Debatte 1990 bis 1996, periodisiert im Anschluß die DDR-Geschichtswissenschaft in den Grundtendenzen ihrer Entwicklung und geht abschließend auf eigene Erfahrungen als DDR-Historiker von 1969 bis 1989 ein. Die dann folgenden drei Kapitel fassen (zuvor verstreut erschienene) Beiträge von Bramke zur Geschichte der Arbeiterbewegung und zum Widerstand gegen den Nationalsozialismus, zur politischen Sozialgeschichte der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus sowie zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Sachsens zusammen. Darunter sind auch zwei Bilanzierungen zur Geschichte der DDR-Historiographie: „Der antifaschistische Widerstand in der Geschichtswissenschaft in den achtziger Jahren. Forschungsstand und Probleme“ sowie „Terror und antifaschistischer Widerstand in der regionalgeschichtlichen Forschung der DDR. Forschungsstand und Probleme“. Zum Schluß eine Auswahlbibliographie der Veröffentlichungen Bramkes.

Behrens, Hermann/Neumann, Gerd/Schikora, Andreas (Hg.): *Wirtschaftsgeschichte und Umwelt. Hans Mottek zum Gedenken* (Umweltgeschichte und Umweltzukunft Bd. 3; Forum Wissenschaft Studien Bd. 29). BdWi-Verlag, Marburg 1996. 486 S. DM 49,80. Im Buchhandel.

Die Sammlung ist dem wissenschaftlichen Leben von Hans Mottek, dem im Oktober 1993 verstorbenen früheren Leiter des Instituts für Wirtschaftsgeschichte an der Berliner Hochschule für Ökonomie, gewidmet. In einer Kurzbiographie von Peter Meyer und Gerd Neumann, einer Bibliographie seiner Arbeiten und mit einem nachgelassenen Text „Das Meadowsche Weltsystem und der Markt“ wird das wissenschaftliche Leben und Wirken von Hans Mottek dokumentiert. Walter Becker steuert Erinnerungen an Mottek bei. Aus der Sicht der Betroffenen wird die Evaluierung der DDR-Wirtschaftsgeschichts-Institute nachgezeichnet (Gerd Neumann: „Zur Ent- und Abwicklung ostdeutscher Wirtschaftsgeschichte. Hans Motteks wirtschaftshistorische Denkschule“). Horst Paucke schreibt über Mottek als einen „Initiator der Umweltforschung der DDR“.

Beth, Hans-Joachim: *Die Militär- und Sicherheitspolitik in der SBZ/DDR. Eine Bibliographie (1945-1995)* (Militärsgeschichte seit 1945 Bd. 10). Im

Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hrsg. von Hans Ehlert. Verlag Oldenbourg, München 1996. 435 S. DM 78,-. Im Buchhandel.
Die am Militärgeschichtlichen Forschungsamt erstellte Bibliographie präsentiert in über 8.000 Einträgen das gesamte Spektrum der Militär- und Sicherheitspolitik. Damit ist die in der DDR betriebene militärhistorische Forschung sowie militärisch relevante wissenschaftliche Arbeit auf anderen Forschungsfeldern weitgehend vollständig abgebildet.

Domin, Georg: *Wissenschaften und Wissenschaftsforschung. Aus der Sicht eines Beteiligten am Experiment DDR. Aufsätze 1960 bis 1996.* edition bononi, Berlin 1997. 226 S. DM 19,80. Im Buchhandel.

Die Publikation führt Artikel des Autors - Wissenschaftsforscher und Professor, zuletzt an der Akademie der Wissenschaften - aus seiner Tätigkeit von über 35 Jahren zusammen und sucht damit einen Ausschnitt DDR-Wissenschaftsgeschichte zu dokumentieren. Domin ging es zudem um die Vorlage einer Art Autobiographie, als deren wichtige Bestandteile er das Vorwort und einen im Band enthaltenen Beitrag zur Vorgeschichte der Gründung des Instituts für Theorie, Geschichte und Organisation der Wissenschaft (ITW) an der DDR-Akademie der Wissenschaften betrachtet sehen möchte.

Liebscher, Heinz: *Fremd- oder Selbstregulation? Systemisches Denken in der DDR zwischen Wissenschaft und Ideologie* (Selbstorganisation Sozialer Prozesse Bd. 2). Lit Verlag, Münster 1995. 184 S. DM 38,80. Im Buchhandel.

Der Autor versucht, einen Einblick in den Aufstieg, die Förderung und den Fall von Systemtheorie und Kybernetik in der DDR zu geben. Dabei wird im besonderen das nach Auskunft des Verfassers widersprüchliche Verhältnis der SED zur Wissenschaft beschrieben. Der Anhang enthält neben einer „Denkschrift über die Bedeutung der Kybernetik für Wissenschaft, Technik und Wirtschaft in der DDR“ vom Oktober 1962 einen Artikel aus *Die Welt* aus dem Jahr 1969 mit dem Titel „Front gegen Dichter und Kybernetiker“, eine aus dem gleichen Jahr stammende Anweisung des Institutsdirektors für Philosophie an der Akademie der Wissenschaften und die Stellungnahme der Arbeitsgruppe „Philosophie und Kybernetik“ dieses Instituts.

Eckholdt, Matthias: *Begegnung mit Wolfgang Harich.* KiRo-Verlag, Schwedt/Oder 1996. 143 S. DM 19,80. Im Buchhandel.

Auf der Grundlage von ihm 1991 für den Rundfunk geführter Interviews mit Harich hat Eckholdt ein Manuskript erarbeitet, das Harichs Sicht auf zentrale Punkte der DDR-Geschichte vermittelt. Der Text ist von Harich akzeptiert worden.

Gesellschaft zur Förderung des christlich-marxistischen Dialogs (Hg.): *Ehrenkolloquium anläßlich des 70. Geburtstages von Prof. Dr. sc. phil. Hans Lutter* (Berliner Dialog-Hefte Sonderheft 37/1998). Berlin 1998. 60 S. DM 8,-. Bezug bei: Gesellschaft zur Förderung des christlich-marxistischen Dialogs e.V., Limonestr. 26, 12203 Berlin.

Hans Lutter leitete als Philosophieprofessor an der Pädagogischen Hochschule Güstrow die dortige Forschungsgruppe „Wissenschaftlicher Atheismus“ und ist seit 1994 der stellvertretende Bundesvorsitzende des Deutschen Freidenker-Verbandes. In der DDR war er gefragter Experte für politischen Protestantismus, beschäftigte sich mit

evangelischer Theologie und war auf marxistischer Seite einer der Protagonisten des christlich-marxistischen Dialogs. Das anlässlich des Ehrenkolloquiums zu seinem 70. Geburtstag veröffentlichte Heft enthält folgende Artikel, die im hiesigen Kontext von Interesse sind: „Grüßwort des Vorstandes“ (Heinz Blauert), „Laudatio“ (Gerhard Winter), „Begegnungen mit Hans Lutter“ (Wolfgang Kaul), „Dauerhafte Gemeinsamkeiten. Vom Dialog zur Freundschaft“ (Ernst Luther), „Hans Lutter und der christlich-marxistische Dialog in der DDR“ (Simone Thiede) und „Danke“ (Hans Lutter). Es folgt ein Verzeichnis der wissenschaftlichen Arbeiten Lutters.

Haspel, Michael: *Politischer Protestantismus und gesellschaftliche Transformation. Ein Vergleich der Rolle der evangelischen Kirchen in der DDR und der schwarzen Kirchen in der Bürgerrechtsbewegung in den USA*. Francke Verlag, Tübingen 1997. 376 S. DM 96,-. Im Buchhandel.

Von Interesse im Zusammenhang dieser Bibliographie ist das zweite Kapitel im Teil I dieses Buches, welches sich mit der Entstehung einer kontextuellen Theologie im Rahmen des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR beschäftigt. Der Autor stellt dabei die Rolle der Verhältnisbestimmung von Staat und Kirche, die Säkularisierung und die Bedingungen kirchlichen Handelns in der sozialistischen Gesellschaft der DDR für die protestantische Theologie in den Mittelpunkt.

Winter, Christian: *Gewalt gegen Geschichte. Der Weg zur Sprengung der Universitätskirche Leipzig* (Arbeiten zur Kirchen- und Theologiegeschichte Bd. 2). Evangelische Verlagsanstalt, Leipzig 1998. 345 S. DM 35,-. Im Buchhandel.

Eingangs liefert die 1994 verteidigte Dissertation eine chronologische Darstellung der Vorgeschichte und der Umstände der Sprengung der Universitätskirche St. Pauli zu Leipzig am 30. Mai 1968. Dabei werden sowohl die Bestrebungen zur Beseitigung der Kirche als auch die Bemühungen um ihre Erhaltung geschildert. Motive und Hintergründe der gegensätzlichen Ziele und Planungen sollen aufgezeigt werden. Es folgt die Darstellung der beteiligten Personen und Institutionen und ihrer Rolle in den Auseinandersetzungen. Neben den Konflikten zwischen SED-Führung und Kirchen werden auch politische und kulturelle Ereignisse in der Geschichte der DDR, wirtschaftliche Ursachen und Entwicklungen im Städtebau betrachtet, die Einfluß auf die Entscheidungen zum Schicksal der Kirche hatten. Die Zerstörung und Beseitigung der Universitätskirche sei nicht nur von Einzelpersonen betrieben worden, sondern die SED-Führungen in Berlin und Leipzig seien gemeinsam mit den Leitungsgremien der Stadt Leipzig beteiligt gewesen. Neben der vehementen Forderung der Universitätsleitung nach einem Neubau hätte es auch in der Bevölkerung z.T. Begeisterung, z.T. Desinteresse für das Neubauprojekt und Unkenntnis gegeben. Ein Dokumentenanhang ergänzt die analytisch-rekonstruierende Darstellung.

Balzer, Friedrich-Martin/Stappenbeck, Christian (Hg.): *Sie haben das Recht zur Revolution bejaht. Christen in der DDR. Ein Beitrag zu 50 Jahre „Darmstädter Wort“*. Pahl-Rugenstein Verlag Nachf., Bonn 1997. 369 S. DM 36,-. Im Buchhandel.

Das Buch vereint Ausführungen dreier Christen aus der DDR, die bewußt den Konsens der bürgerlichen Kirche brachen, indem sie das Recht zum Aufbau eines anderen deutschen Staatswesens sowie das Recht zum radikalen sozialen Umbruch bejahten und sich dafür engagierten. Theologie- und hochschulgeschichtlich von besonderem

Interesse sind die Beiträge von Hanfried Müller, radikalsozialistischer Universitäts-theologe an der Humboldt-Universität, und von Gert Wendelborn, Professor für Kirchengeschichte in Rostock, „im April 1992 Kündigung des Dienstverhältnisses als Hochschullehrer wegen ehrenamtlicher Mitwirkung am politischen Leben in der DDR“. Neben repräsentativen Texten finden sich jeweils auch Veröffentlichungsverzeichnisse der Autoren.

Boden, Petra/Rosenberg, Rainer (Hg.): *Deutsche Literaturwissenschaft 1945-1965. Fallstudien zu Institutionen, Debatten, Personen* (Literaturforschung). Akademie Verlag, Berlin 1997. 473 S. DM 98,-. Im Buchhandel.

Die Untersuchung erstreckt sich auf konzept-, methoden- und institutionengeschichtliche Fragestellungen, die an die beiden deutschen Literaturwissenschaften gerichtet werden. Es wird danach gefragt, mit welchem Literaturbegriff jeweils gearbeitet wurde, und der Versuch unternommen, die Rolle der Literaturwissenschaft im jeweiligen Kultursystem zu beschreiben. U.a. mit folgenden Beiträgen: „Universitätsgermanistik in der SBZ/DDR. Personalpolitik und struktureller Wandel 1945-1958“ (Petra Boden), „Denktraster- und Kaderpolitik der SED in der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu (Ost-)Berlin“ (Peter Th. Walther), „Von der ‘Gelehrtenrepublik’ zur marxistischen Forschungsgemeinschaft an der Deutschen Akademie der Wissenschaften. Das Institut für deutsche Sprache und Literatur“ (Dorothea Dornhof), „Zur Begründung der marxistischen Literaturwissenschaft in der DDR“ (Rainer Rosenberg), „Die ‘Weimarer Beiträge’ zwischen 1955 und 1961. Eine Zeitschrift auf dem Weg zum ‘zentralen Organ der marxistischen Literaturwissenschaft in der DDR’?“ (Gunther Schandera/Heike Bomke/Dagmar Ende/Dieter Schade/Heike Steinhorst) und „Literaturkritik zwischen Parteauftrag und Professionalität in der DDR der sechziger Jahre“ (Simone Barck).

Krauss, Werner: *Das wissenschaftliche Werk*. Hrsg. im Auftrag der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften von Manfred Naumann. Bd. 3: *Spanische, italienische und französische Literatur im Zeitalter des Absolutismus*. Hrsg. von Peter Jehle. Textrev. u. ed. Anm. v. Horst F. Müller. de Gruyter, Berlin 1997. 668 S. DM 198,-. Bd. 4: *Essays zur spanischen und französischen Literatur- und Ideologieggeschichte der Moderne*. Hrsg. von Karlheinz Barck. de Gruyter, Berlin 1997. 804 S. DM 248,-. Bd. 7: *Aufklärung. Deutschland und Spanien*. Hrsg. v. Martin Fontius. Textrev. u. ed. Anm. v. Renate Petermann/Peter V. Springborn. de Gruyter, Berlin 1996. 810 S. DM 156,-. Bd. 8: *Sprachwissenschaft und Wortgeschichte*. Hrsg. von Bernhard Henschel. Bibliogr. v. Horst F. Müller. de Gruyter, Berlin 1997. 658 S. DM 198,-. Im Buchhandel.

Die Edition des Gesamtwerkes von Werner Krauss - der insbesondere durch seine in den fünfziger und sechziger Jahren an der Leipziger Universität bzw. der Berliner Akademie der Wissenschaften entfaltete, international bedeutende Forschungsinitiative zur französischen Aufklärung nachhaltige Bedeutung erlangte - war 1987 von der DDR-Wissenschaftsakademie im Ost-Berliner Akademie-Verlag begonnen worden. Mit ihren letzten vier Bänden wanderte die (insgesamt achtbändige) Edition zu de Gruyter. Die editionsgeschichtlichen Kommentare zu diesen nach 1989 bearbeiteten Bänden belegen dann auch die (unter der Oberfläche gehaltenen) Konflikte des Romanisten mit den kulturellen und ideologischen Richtlinien der DDR.

Buch, Hans Christoph: *In Kafkas Schloß. Eine Münchhausiade*. Verlag Volk und Welt, Berlin 1998. 135 S. DM 30,-. Im Buchhandel.

Im Mai 1963 treffen sich Schriftsteller, Literaturkritiker und -wissenschaftler aus Ost und West zu einer Konferenz über Leben und Werk Franz Kafkas - die sodann berühmt gewordene Kafka-Konferenz. Die DDR wird durch „Dr. Fritz Koch, Professor für marxistisch-leninistische Ästhetik“ vertreten. In der Realität hieß der administrativ führende DDR-Kulturwissenschaftler Hans Koch. Koch (Fritz) führt - bei Hans Christoph Buch - bei einer abendlichen Theateraufführung Regie, erhängt sich allerdings vor Beginn der Vorstellung (Hans Koch verstarb 1986 durch eigene Hand), ist freilich am nächsten Tag wieder auf seinem Posten, um gegen den Revisionismus Ernst Fischers, Roger Garaudy und Eduard Goldstückers zu kämpfen. In dem Band geht es in mehrerlei Hinsicht ziemlich durcheinander, was zu entschuldigen ist, denn es handelt sich um Belletristik.

Krauth, Wolf Hagen/Wolz, Ralf (Hg.): *Wissenschaft und Wiedervereinigung. Asien- und Afrikawissenschaften im Umbruch* (Studien und Materialien der Arbeitsgruppe Wissenschaften und Wiedervereinigung der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften). Akademie Verlag, Berlin 1998. 502 S. DM 128,-. Im Buchhandel.

Der Band enthält, neben einer Einleitung der Hg., folgende Einzelstudien: „Die Regionalwissenschaften in der DDR als Modell einer Entwicklungswissenschaft“ (Waltraud Schelkle), „Gegenwartsbezogene Orientwissenschaft in der DDR und in den neuen Bundesländern: Kontinuität oder Neubeginn?“ (Kai Hafez/Gerhard Höpp), „Altorientalistik in der DDR (1986-1990) und ihre inhaltlich-strukturelle Umgestaltung in den neuen Bundesländern (1990/91-1995)“ (Hans Neumann), „Ostasienwissenschaften in der DDR und in den neuen Bundesländern“ (Thomas Kampen), „Die Südasiawissenschaften in der DDR - Eine Bilanz“ (Kerrin Gräfin Schwerin), „Indiens Arbeiterklasse als Forschungsgegenstand“ (Dietmar Rothermund), „Die Afrikawissenschaften in der DDR. Das Beispiel südliches Afrika“ (Ulrich van der Heyden), „Die Asien- und Afrikawissenschaften in der DDR. Wissenschaftssoziologische Bemerkungen“ (Wolf-Hagen Krauth), „Die Afrikawissenschaften in der DDR. Überlegungen zu einer weiterführenden Analyse“ (Thea Büttner), „Erfahrungen und Visionen bleiben. Gedanken zur Demontage der gegenwartsbezogenen Orientwissenschaft in den neuen Bundesländern“ (Günter Barthel), „Die Regionalwissenschaften der DDR als Modell einer Entwicklungswissenschaft?“ (Hartmut Schilling).

Sparschuh, Vera/Koch, Ute: *Sozialismus und Soziologie. Die Gründergeneration der DDR-Soziologie*. Versuch einer Konturierung. Leske + Budrich, Opladen 1997. 302 S. DM 62,-. Im Buchhandel.

Die Autorinnen versuchen eine Betrachtung der DDR-Soziologie unter generationssoziologischer Perspektive im zeithistorischen Kontext. Neben der Dokumentation der „Gründergeneration“ werden Interviews ausgewertet; eine Dokumentation in der DDR unveröffentlichter Forschungsberichte ergänzt die Analyse. Insgesamt werden in der Bibliographie 481 unveröffentlichte Forschungsberichte bzw. Beiträge in sogenannten Grauen Reihen sowie die Dissertationen und Habilitationsschriften des von Vera Sparschuh rekonstruierten Gründerkreises der DDR-Soziologie nachgewiesen. Darüber hinaus sind 206 von diesen WissenschaftlerInnen begutachtete Dissertationen und Habilitationsschriften aufgeführt.

hochschule ost 1-2/1999

Thieme, Frank: *Die Sozialstruktur der DDR zwischen Wirklichkeit und Ideologie. Eine Analyse geheimehaltener Dissertationen*. Verlag Peter Lang, Frankfurt 1996. 142 S. DM 39,-. Im Buchhandel.

Zu den Besonderheiten der DDR habe die Praxis gezählt, Forschungsergebnisse geheim zu halten. Hiervon seien vor allem die Gesellschaftswissenschaften betroffen gewesen. Über Gründe, Gründlichkeit und die quantitativen Ausmaße der Sekretierung sei lange gerätselt worden. Die Analyse von Dissertationen zur Sozialstruktur zeige, daß neben formalen Mängeln, die auf diese Weise ebenso vertuscht werden konnten wie der unberechtigte Erwerb des Dokortitels auf Grund ungenügender Leistungen waren, ungeschönte Informationen über die Probleme des realsozialistischen Alltags waren, die freier Zugänglichkeit den Riegel vorschoben. Die Machthaber benötigten Herrschaftswissen, dieses durfte z.B. nicht dem Klassenfeind in die Hände geraten. Aus dem Inhalt: Überblick zur Entwicklung der DDR-Soziologie - Welche Doktorgrade wurden vergeben? - Qualitätsmängel als Sekretierungsgrund - Promotionsverfahren als Anpassungsprozedere - Die Sozialstruktur als „geheimhaltungswürdiges“ Forschungsgebiet - Geheime Dissertationen als Spiegelbild der Probleme im realsozialistischen Alltag.

Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen (Hg.): *Empirische Sozialforschung aus der DDR und den neuen Bundesländern. Bestandskatalog*. Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung an der Universität Köln, Köln 1997. 224 S. Im Buchhandel.

Der Katalog informiert über Datenbestände aus sozialwissenschaftlichen Einrichtungen der DDR und der neuen Bundesländer, die für Sekundäranalysen zur Verfügung stehen. Die archivierten Studien sind im Hinblick auf ihre inhaltliche und methodische Anlage, den Stand ihrer datentechnischen Aufbereitung, auf vorhandene Forschungsberichte und Publikationen sowie ihre Zugänglichkeit für andere Forscher beschrieben. Für computergestützte Recherchen wurde zum Katalog ein Informationssystem entwickelt, das auf den ausführlichen Studienbeschreibungen basiert. Es kann auf CD-ROM, Diskette sowie IOMEGA ZIP-DISK geliefert werden.

Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen/Friedrich-Schiller-Universität Jena, Institut für Soziologie/Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (Hg.): *Materialien zur Erforschung der DDR-Gesellschaft. Quellen, Daten, Dokumente*. Verlag Leske + Budrich, Opladen 1998. 396 S. DM 78,-. Im Buchhandel.

Die GESIS hat die bis 1989 nicht zugänglichen Ergebnisse sozialwissenschaftlicher Forschung in der DDR erschlossen und der Forschung verfügbar gemacht. Der vorliegende Band präsentiert einen Überblick über die gesicherten Bestände, u.a. sozialwissenschaftliche Daten aus der DDR und den ostdeutschen Bundesländern (1968-1996), Quellensammlung zur DDR-Geschichte und zu politischen Gefangenen in der DDR, prozessproduzierte Daten als empirisches Material für eine Soziologie des realen Sozialismus, Kaderspeicher des Ministerrates der DDR. Einleitend schildert der Sammelband die Gründungsgeschichte der GESIS-Außenstelle in Berlin. Anschließend berichten die Autoren über die Dokumentation von ca. 6.000 Forschungsarbeiten aus der DDR, analysieren den in die Datenbank SOLIS integrierten Fundus und erörtern aufschlußreiches Hintergrundwissen zu den Sozialwissenschaften in der DDR. Weitere Autoren geben einen Einblick in die Dokumentation und Archivierung von mehr als 400 maschinenlesbaren Datensätzen aus Umfragen in der DDR. Amtliche Mikrodaten werden

hochschule ost 1-2/1999

vorgestellt, die annähernd repräsentative Aussagen zur Sozialstruktur der DDR-Bevölkerung erlauben. Es wird ein Überblick zu Archiven, die wichtige Quellen der DDR-Geschichte verwahren, gegeben. Weiterhin werden in einer Dokumentation mehr als 700 Projekte der deutschsprachigen DDR-Forschung 1991-1997 abgebildet. Zum Thema „Sozialwissenschaften und Wissenschaftssystem der DDR“ soll eine Bibliographie mit fast 300 deutschsprachigen Literaturhinweisen Auskunft geben, die sich jedoch durch zufällige Zusammenstellung auszeichnet, so daß wesentliche Publikationen fehlen.

Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung IRS (Hg.): *Im Dikicht der Archive. Forschungs- und Sammlungsarbeit zur Bau- und Planungsgeschichte der DDR* (Materialien des IRS Graue Reihe Nr. 12). Erkner 1997. 142 S. DM 18,-. Bezug bei: Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung IRS, Flakenstraße 28-31, 15537 Erkner.

Die Publikation versteht sich nicht nur als Dokumentation zweier 1996 veranstalteter Arbeitstagungen über Forschungs- und Sammlungsarbeit zur Bau- und Planungsgeschichte der DDR, sondern stellt darüber hinaus eine Zusammenstellung der thematisch relevanten Literatur und Institutionen zur Verfügung: „Aufgabe und Kontext der baugeschichtlichen Sammlungen im Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung“ (Karl-Dieter Keim), „Zur planungshistorischen Forschung am IRS“ (Simone Hain), „Die ‘Forschungswerkstatt’. Perspektiven für die Sammlungs- und Forschungsarbeit zur Bau- und Planungsgeschichte am IRS“ (Holger Barth), „Randbemerkungen zum Verhältnis von sozialwissenschaftlicher Zeitdiagnose und Baugeschichte - insbesondere der Geschichte der DDR“ (Ulf Matthiesen), „Aspekte des Sammelns und Dokumentierens in der Denkmalpflege der neuen Länder“ (Adalbert Behr), „Planungs- und Baugeschichte der DDR. Sammlungs-, Bewertungs- und Forschungsbedarf mit Sicht auf stadtentwicklungs- und wohnungspolitische Handlungsschwerpunkte in Brandenburg“ (Dietrich Schreiner), „Zukunftswerkstatt aus Tradition. Zur Rolle der Erinnerungsarbeit im Bauhausprojekt ‘Industrielles Gartenreich’“ (Torsten Blume/Harald Keger), „Das ‘Studienarchiv Umweltgeschichte’. Eine Spezialsammlung zur Geschichte von Natur- und Umweltschutz sowie Heimatgeschichte auf dem Gebiet der neuen Bundesländer“ (Hermann Behrens), „Dokumente und Planungsgrundlagen zur jüngeren Bau- und Planungsgeschichte von Städten und Regionen. Die Bestände der Wissenschaftlichen Sammlungen des IRS“ (Holger Barth), „Aufbereitung und Dokumentation sozialwissenschaftlicher Forschungsergebnisse zur Stadt- und Regionalforschung aus der DDR und den neuen Bundesländern“ (Brigitte Hausstein/Ute Koch), „Materielle Dokumentation einer Kultur des Gebrauchs. Sammlungskonzeption und -stand des Dokumentationszentrums Alltagskultur der DDR“ (Andreas Ludwig) und „Steckbrief. Sammlung industrielle Gestaltung“ (Hein Köster). Darüberhinaus eine Bibliographie u.d.T. „Auswahl deutschsprachiger Veröffentlichungen zur Bau- und Planungsgeschichte der DDR ab 1989“.

Bürgerkomitee „15. Januar“ (Hg.): *Rudolf Bahro (=Horch und Guck 1/1998)*. Berlin 1998. 72 S. Bezug bei: Red. *Horch und Guck*, Ruschestraße 59/ Haus 1, 10 365 Berlin.

Hauptthema der Zeitschriftennummer ist der kurz zuvor verstorbene Rudolf Bahro. Die Herausgeber versuchen, verschiedene Facetten im Zusammenhang mit dem Hauptwerk aus Bahros DDR-Zeit, der „Alternative“, zu betrachten. Mit folgenden Beiträgen: „Rudolf Bahros ‘Alternative’ - zur Entstehungsgeschichte des Buches“ (Guntolf Herzberg), „Operativ-Vorgang ‘Kongreß’ gegen das Bahro-Komitee“ (Peter

Klepper), „Die geschichtlichen und biographischen Auswirkungen des Buches ‘Die Alternative’: ‘Wer nicht für uns ist, ist gegen uns’“ (Tina Krone) und „‘Um mir selbst in die Augen blicken zu können’“ (Interview mit Bernd Albani).

Retter, Hein (Hg.): *Peter Petersen und der Jenaplan. Von der Weimarer Republik bis zur Nachkriegszeit. Berichte - Briefe - Dokumente*. Deutscher Studien Verlag, Weinheim 1996. 403 S. DM 89,-. Im Buchhandel.

Der Band dokumentiert in Form von Berichten, Briefen und Schriftstücken bislang weitgehend unbekanntes Quellenmaterial zur Biographie und zur Pädagogik des Reformpädagogen Peter Petersen (1884-1952), dem Begründer des „Jenaplans“. Er wirkte ab 1923 bis zu seinem Tode als Professor für Erziehungswissenschaft an der Universität Jena. Sein Schulmodell „Jenaplan“ durchlebte bis zur zwangsweisen Schließung der Jenaer Universitätsschule 1950 drei Epochen: die Weimarer Republik, das Dritte Reich und die Phase der Machtübernahme durch die SED in der Sowjetisch Besetzten Zone.

Neuner, Gerhart: *Zwischen Wissenschaft und Politik. Ein Rückblick aus lebensgeschichtlicher Perspektive* (Studien und Dokumentationen zur deutschen Bildungsgeschichte Bd. 61). Böhlau Verlag, Köln 1996: 373 S. DM 68,-. Im Buchhandel.

Neuner war lange Jahre Präsident der DDR-Akademie der Pädagogischen Wissenschaften (APW). Die Herausgeber der Schriftenreihe vom Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung Frankfurt a.M. sehen in Neuners Lebenserinnerungen einen Beitrag zur Zeitgeschichtsforschung. Der Leser erhält Einblicke in die pädagogische Forschung und die Bildungspolitik der DDR. Er soll Informationen erhalten über Aufstieg und Niedergang der zeitweise vertretenen Reformkonzeptionen und über die Schwierigkeiten, die sich z.B. bei der angeordneten Übernahme von sowjetischen pädagogischen Modellen ergaben. Neuner vertritt die These, zu keiner Zeit habe die APW den bereits im originären Marxismus angelegten wissenschaftlichen Totalanspruch der Welterklärung kritisch zu hinterfragen versucht.

Rudolf, Roland/Döbert, Hans/Weishaupt, Horst: *Empirische Lehrerforschung in der DDR. Aufarbeitung grauer Literatur und Sicherung von Forschungsinstrumentarien* (Erfurter Studien zur Entwicklung des Bildungswesens Bd. 3). Hrsg. von der Pädagogischen Hochschule Erfurt. Erfurt 1996. 224 S. DM 20,-. Im Buchhandel.

Das Buch will einen Überblick über die Zentren empirischer Lehrer- und Lehrerbildungsforschung der DDR bieten. Es enthält desweiteren eine Bibliographie der grauen Literatur zu diesem Bereich und eine Auswahl von Dokumenten zur Lehrerforschung in der DDR. Erfasst werden die Forschungsarbeiten seit Mitte der 60er Jahre.

Grammes, Tilmann (Hg.): *Staatsbürgerkunde in der DDR. Quellen und Dokumente* (Schriften zur politischen Didaktik Bd. 31). Leske + Budrich, Opladen 1997. 250 S. DM 36,-. Im Buchhandel.

Der Band analysiert anhand von zahlreichen Dokumenten den Staatsbürgerkunde-Unterricht in der DDR. U.a. wird auf folgende an dieser Stelle interessierende Themen eingegangen: unveröffentlichte Forschungsarbeiten, z.B. zum staatsbürgerlichen Bewußtsein von Schülern und zu Problemen der Unterrichtspraxis; Methodik der Staats-

bürgerkunde; Lehrerweiterbildungen; Pädagogische Lesungen; Diplomarbeiten und Dissertationen.

Steinhöfel, Wolfgang (Hg.): *Erziehungswissenschaft und Bildungsgeschichte zwischen Engagement und Resignation. Wissenschaftler antworten auf Fragen zur Pädagogik*. Luchterhand Verlag, Neuwied/Kriftel/Berlin 1996. 192 S. DM 38,80. Im Buchhandel.

Gegenstand dieser Publikation sind Gespräche, die in der Zeit von 1990 bis 1996 mit 28 Wissenschaftlern unterschiedlicher Fachgebiete aus europäischen Nachbarländern sowie Ost- und Westdeutschland zur Pädagogik im Kontext gesellschaftlicher Prozesse geführt wurden. Die Wissenschaftler reflektierten darüber, was Erziehung in unserer (ihrer) Zeit vermocht hat. Insbesondere ist hier auf folgende Beiträge hinzuweisen: „Gedanken zur deutschen Bildungsgeschichte“ (Christa Uhlig), „Erziehungswissenschaft und ihre Identitätskrise im Spiegel deutsch-deutscher und deutsch-europäischer Annäherungsprozesse“ (Dietrich Hoffmann), „Kritische Aneignung der (Bildungs-)Geschichte unter skeptischer Selbstkontrolle“ (Karl-Friedrich Wessel), „Abwicklungen und Verwicklungen der deutschen Pädagogik. Machtförmigkeit contra wissenschaftliche Verantwortung“ (Wolfgang Keim), „Personalpolitik und Pädagogik vor dem Hintergrund des deutsch-deutschen Vereinigungsprozesses“ (Andreas Pehnke), „Zur analytischen vergleichenden Aufarbeitung deutscher Pädagogik“ (Ernst Cloer), „Alternative Theorie zur Allgemeinen Pädagogik in der DDR“ (Werner Salzwedel), „Deutsch-deutsche Annäherungsprozesse im fachwissenschaftlichen Dialog“ (Hans Glöckel), „Kooperation zwischen DGfE und der DGP, ... mit- und voneinander lernen“ (Dietrich Brenner) sowie „Die Deutsche Gesellschaft für Pädagogik (DGP) zwischen Verpflichtung und Verantwortung“ (Wolfgang Steinhöfel).

Wienecke, Günter: *Kunstdidaktik und Methodik Kunsterziehung. Materialsammlung für eine Problemskizze vergleichender Kunstpädagogik*. VDG-Verlag, Weimar 1996. 234 S. DM 46,-. Im Buchhandel.

Dieses Buch handelt von didaktischen Strukturen ost- und westdeutscher Richtlinien für Kunstpädagogik. Genauer befassen sich die einzelnen Kapitel damit, daß sich östliche und westliche Planungsansätze ästhetischer Erziehung eineiteils zwar vergleichen lassen, anderenteils aber auch unterschiedlich und hinsichtlich ihrer Vereinbarkeit zweifelhaft sind. Das wird deutlich an der Lernziel-, Inhalts- und Methodenfrage eines Lehrplans aus der DDR und eines Rahmenplans aus West-Berlin. Hierbei geht es darum, im Hinblick auf kunstpädagogische Forschung und Lehre skizzenhaft Probleme zu umreißen, wie z.B. Fragen der Verabsolutierung von ästhetischen bzw. künstlerischen Aneignungsweisen, Fragen der Entideologisierung und Vereinbarkeit von Unterrichtsmethoden. Der Band zielt dabei auf mehr Informationsaustausch, wechselseitige konstruktive Kritik sowie Zusammenarbeit und Verständigung anstelle von ideologischer Systemauseinandersetzung und voreingenommener Abwertung gegensätzlicher kunstpädagogischer Standpunkte. Weiterer Zweck der Arbeit ist es, Material zu sammeln, um den jeweiligen theoretischen Rahmen zu belegen, aus dem heraus die 1989 und 1990 herausgegebenen Lehr- und Rahmenplanforderungen begrifflich werden sollen.

Bimberg, Siegfried: *Nachhall. 44 Jahre Schulmusik nach Marx und Lenin*. Teil 1: *Reflexionen zur Musikpädagogik in der DDR* (Musikwissenschaft/

Musikpädagogik in der Blauen Eule Bd. 22). Verlag Die Blaue Eule, Essen 1996. 228 S. DM 56,-. Im Buchhandel.

Der Autor war über vier Jahrzehnte als Professor für Musikpädagogik an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, als Dirigent des Kammerchores der Universität Halle, Komponist und Verfasser zahlreicher Schriften zu Theorie und Praxis der Musikpädagogik, zur Musikästhetik und Musikpsychologie mit der Musikpflege in der DDR verbunden. Der erste Teil verfolgt vorwiegend theoretische Probleme, so zum Beispiel, was unter marxistischer Musikästhetik oder dem Sozialistischen Realismus verstanden worden bzw. zu verstehen sei. Darüber hinaus geht es um deren Anwendung im Schulmusikunterricht. Ein zweiter Band unter selbem Titel (gleichfalls Essen 1996) konzentriert sich dann ausschließlich auf die schulische Praxis.

Klemm, Eberhardt: *Spuren der Avantgarde. Schriften 1955-1991*. Edition MusikTexte, Köln 1997. 544 S. Bezug bei: Edition MusikTexte, PF 102461, 50464 Köln.

Klemm, Leipziger Musikwissenschaftler, war in der DDR eine akademische Laufbahn verweigert worden, worauf er als freier Autor und in der DDR verbleibend die Institutionen durch Arbeiten beschämte, deren wissenschaftliche Qualitäten maßstabsetzend wurden. 1991 verstarb Klemm. Der umfangliche Band versammelt unveröffentlichte und zuvor verstreut publizierte Arbeiten, daneben zwei Erinnerungsartikel von Manfred Bierwisch sowie Hans Grüß. Eine Vollständigkeit anstrebende Werkbibliographie ist der Kompilation beigegeben.

Klingberg, Lars: *Politisch fest in unseren Händen. Musikalische und musikwissenschaftliche Gesellschaften in der DDR. Dokumente und Analysen* (Musiksoziologie Bd. 3). Bärenreiter Verlag, Kassel 1997. 463 S. DM 58,-. Im Buchhandel.

Analysiert werden zunächst allgemein die Politik der DDR hinsichtlich wissenschaftlicher und künstlerischer Gesellschaften, sodann ausführlich die Neue Bachgesellschaft, die Gesellschaft für Musikforschung und die DDR-Mitarbeit in der Internationalen Gesellschaft für Musikwissenschaft sowie, kürzer, die Internationale Heinrich-Schütz-, die Georg-Friedrich-Händel- und die Robert-Schumann-Gesellschaft. Knapp zwei Drittel des Umfangs der Publikation nehmen entsprechende Dokumente ein.

Jarchow, Peter/Stabel, Ralf: *Palucca. Aus ihrem Leben. Über ihre Kunst*. Henschel Verlag, Berlin 1997. 144 S. DM 24,90. Im Buchhandel.

Das Buch ist die erste Biographie der Tänzerin. 1925 gründete sie die Palucca Schule in Dresden. Nach Kriegsende wiedereröffnet, wurde diese Schule zur bedeutendsten Ausbildungsstätte für Tänzer, Choreographen und Tanzpädagogen in der DDR. Darstellung finden auch mehrere politisch hervorgerufene Krisen, die Palucca und ihre Schule zu bestehen hatten, sowie die regelmäßig den Krisen folgenden erneuten Auszeichnungen durch den Staat.

Poppe, Birgit: *Bilder des sozialistischen Alltags in der DDR. Studien zu Ikonographie und Erberezeption der Leipziger Schule nach 1970* (Hefte zur DDR-Geschichte Nr. 43). Gesellschaftswissenschaftliches Forum/Helle Panke, Berlin 1997. 39 S. Bezug bei: Gesellschaftswissenschaftliches Forum e.V., Niederwallstr. 12, 10117 Berlin.

Die „Leipziger Schule“ war über Jahrzehnte hin unmittelbar mit der Hochschule für Grafik und Buchkunst Leipzig verbunden, da ihre Vertreter dort als Hochschullehrer wirkten. Die Kunst der DDR war nach Aussagen der Autorin von Anfang an untrennbar mit den politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen des Landes verknüpft und spiegelte dadurch in ihren Werken Zeitgeschichte. Die Untersuchung bezieht sich ausschließlich auf die sogenannte „offizielle“ DDR-Kunst. An signifikanten Bildbeispielen will die Autorin die bildkünstlerische Aneignung und Deutung von Realität speziell im sozialistischen Alltag vorstellen.

Preiss, Achim/Winkler, Klaus-Jürgen: *Weimarer Konzepte. Die Kunst- und Bauhochschule von 1860 bis 1995*. VDG-Verlag, Weimar 1996. 302 S. DM 64,-. Im Buchhandel.

Die Darstellungsform des Buches orientiert sich an der Realgeschichte der Weimarer Kunst- und Bauhochschule. Als Grundlage hierfür dienen Schriftstücke, die zum großen Teil erstmals veröffentlicht werden. Im Mittelpunkt dieser Quellensammlung stehen Absichtserklärungen, Unterrichtsentwürfe und -konzepte. Von besonderem Interesse sind folgende Artikel: „Reorganisationsplan für die Staatliche Hochschule für Baukunst und bildende Künste in Weimar“ (Hermann Henselmann), „Bauhaus und neue Kunsthochschule. Aufbau einer Kunsthochschule aus dem Geiste unserer neuen Zeit“ (Mila Hoffmann-Lederer), „Staatliche Hochschule für Baukunst und bildende Künste in Weimar. Ziele der Hochschule“, „Rede zur Eröffnung der Hochschule, 24. August 1946“ (beide Henselmann), „Die Bedeutung der Einheit von Architektur, Plastik und Malerei für die Entwicklung einer neuen deutschen Architektur“ (Siegfried Tschierschky), „Notizen zur politischen Zielsetzung der 100-Jahr-Feier der Hochschule“ (Konrad-Werner Schulze), „Über den Stand, die Probleme und die Aufgaben der Erforschung der Hochschulgeschichte“ (Karl-Heinz Hüter), „Zur Frage des Klassencharakters der Bauhausdoktrin“ (Herbert Letsch), „Die Neugestaltung der Architekturausbildung im Verlaufe der 3. Hochschulreform an der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar“ (Christian Schädlich), „Die DDR-Architektur nach 1986. Entwicklungszusammenhang und Ausblick auf eine qualitativ neue Etappe in der Durchsetzung der ‚Grundsätze für die sozialistische Entwicklung von Städtebau und Architektur in der DDR‘“ (Bernd Grönwald/Gerd Zimmermann), „Das Andere Bauhaus. Perspektiven der HAB“ (Gerd Zimmermann), „Das ‚Weimarer Modell‘“ (Olaf Weber) und „In der Tradition des Bauhauses. Neue Kunst- und Designstudiengänge in Weimar“ (Lucius Burckhardt). Der Anhang gibt eine Übersicht über die Lehrstühle.

Püschel, Konrad: *Wege eines Bauhäuslers. Erinnerungen und Ansichten* (Bauhausminiaturen Bd. 2). Anhaltische Verlagsgesellschaft, Dessau 1996. 152 S. DM 49,80. Im Buchhandel.

Beschreibt und dokumentiert den ungewöhnlichen Lebensweg des Bauhäuslers und Architekten Konrad Püschel, der von 1960 bis 1972 als Dozent und Professor des Lehrgebietes „Dorfplanung“ an der Hochschule für Architektur und Bauwesen in Weimar tätig war. 1976 übernimmt er als Konsultant und verantwortlicher Bauleiter die denkmalpflegerische Rekonstruktion des Dessauer Bauhausgebäudes.

Stiftung Bauhaus Dessau (Hg.): ... *das Bauhaus zerstört, 1945-1947, das Bauhaus stört...* Anhaltische Verlagsgesellschaft, Dessau 1996. 96 S. DM 36,80. Im Buchhandel.

Dieses Buch will Aufschluß über den Versuch geben, die gestalterischen und pädagogischen Traditionen des Bauhauses für die Nachkriegszeit fruchtbar zu machen. U.a. mit folgenden Beiträgen: „Der Versuch der Wiedereröffnung des Bauhauses in Dessau nach 1945“ (Svenja Simon), „Das nach 1945 entstandene Lehrkonzept im Kontext des historischen Bauhauses“ (Dirk Manzke/Svenja Simon), „1945 ging erneut das Licht und das Herz auf ...“ - Über den Neuanfang des Malers Carl Marx in den Jahren 1945 bis 1947“ (Wolfgang Thöner), „Hubert Hoffmanns Vorhaben der ‚Wiederbelebung‘ des Dessauer Bauhauses von 1945 bis 1947 aus der Perspektive des Bauhaus-Gründers“ (Magret Kentgens-Craig), „(vier Nachsätze) zur versuchten Wiedereröffnung des Bauhauses in Dessau nach 1945“ (Dirk Manzke) und „Ausgewählte Kurzbiografien wesentlich beteiligter Personen“ (Dirk Manzke/Wolfgang Thöner/Ines Hildebrand).

Warnke, Camilla/Huber, Gerhard (Hg.): *Zur Kritik der deutsch-deutschen Ökonomie. Konzeptionen, Positionen und Methoden wirtschaftswissenschaftlicher Forschung in Ost und West*. Metropolis-Verlag, Marburg 1996. 251 S. DM 48,-. Im Buchhandel.

Dieser Band dokumentiert eine Tagung ost- und westdeutscher Ökonomen und Philosophen über Konzeptionen, Positionen und Methoden wirtschaftswissenschaftlicher Forschung in Ost und West vor und nach der deutschen Vereinigung, die im Dezember 1994 stattfand. Im Mittelpunkt der inhaltlichen Auseinandersetzung stand die in deutsch-deutscher Trennung absolvierte Entwicklung der Wirtschaftswissenschaften. Auf folgende Beiträge sei hingewiesen: „Zur Rezeption des Kapitals von Marx in der Politischen Ökonomie der DDR“ (Hans Wagner), „Mathematische Modellierung in der DDR-Wirtschaft und der Einfluß der Wirtschaftswissenschaften auf die Wirtschaftspolitik“ (Rainer Schwarz), „Reflexionen über eine Wissenschaftsdisziplin in der DDR. Das Beispiel der Geschichte der Politischen Ökonomie“ (Günter Krause) und „Zum Verhältnis zwischen Ökonomie und Philosophie in der DDR und seiner Vorgeschichte“ (Peter Ruben).

Liwinska, Malgorzata: *Die juristische Ausbildung in der DDR im Spannungsfeld von Parteilichkeit und Fachlichkeit* (Akademische Abhandlungen zu den Rechtswissenschaften). Verlag für Wissenschaft und Forschung VWF, Berlin 1997. 315 S. DM 98,-. Im Buchhandel.

Die Dissertation untersucht die juristische Ausbildung in der SBZ/DDR. Sie basiert zum großen Teil auf Archivarbeit, wobei das Aktenmaterial des Ministeriums der Justiz als Grundlage diente. Den ersten Teil des Werkes bildet die Beschreibung und die kritische Bewertung der Volksrichterausbildung, die 1946 in der SBZ begann. Anschließend wird die juristische Ausbildung an den Universitäten von 1945 bis 1990 behandelt und in Verbindung mit der jeweiligen politischen Entwicklung in der DDR gebracht. Schließlich setzt sich die Autorin mit Ablauf, Inhalt und Bedingungen der juristischen Ausbildung konkret am Beispiel der Humboldt-Universität Berlin in den 80er Jahren auseinander und vergleicht sie mit dem Studium der Rechtswissenschaften an der FU Berlin.

Krahner, Lothar/Lingelbach, Gerhard (Hg.): *Gerhard Buchda (1901-1977). Gedächtnisschrift*. Jena 1997. 248 S. Im Buchhandel oder über Juristische Fakultät der F.-Schiller-Universität Jena, 07740 Jena.
Anläßlich des 95. Geburtstages sowie des 20. Todestages von Gerhard Buchda soll mit dieser Gedächtnisschrift des Jenaer Juristen und Rechtshistorikers gedacht werden.

Neben dem Beiträgen von Rolf Lieberwirth: „Gerhard Buchda - geboren 22. Oktober 1901 - gestorben 20. Dezember 1977 - Ein Nachruf“ und von Gerhard Lingelbach: „Das Institut für Staats- und Rechtsgeschichte der Rechtswissenschaftlichen Fakultät zu Jena“ ist auf die Bibliographie Gerhard Buchdas, zusammengestellt von Lothar Kraher, hinzuweisen.

Franke, Jörg/Schöneburg, Volkmar/Schumann, Michael (Hg.): *Spannung im Verfassungsbogen. Beiträge zum 70. Geburtstag des Brandenburger Verfassungsrichters Karl-Heinz Schöneburg*. edition rotdorn, Potsdam 1998. 174 S. DM 10,-. Im Buchhandel oder bei: edition rotdorn, PF 600615, 14406 Potsdam.

Aus Anlaß des 70. Geburtstages von Karl-Heinz Schöneburg, ostdeutscher Rechtswissenschaftler und Richter des Landesverfassungsgerichts, veranstaltete die PDS-Fraktion im Brandenburgischen Landtag ein Kolloquium. Neben den Reden von Lothar Bisky, Herbert Knoblich, Hans-Otto Bräutigam, Peter Macke und Klaus Finkelnburg sind u.a. die Beiträge „Erfahrungen mit rechtswissenschaftlichen Denken“ von Gerhard Haney und „Über Ideologie und Wissenschaft“ von Uwe-Jens Heuer enthalten. Eine Aufstellung der Veröffentlichung von Karl-Heinz Schöneburg schließt die Broschüre.

Wentker, Hermann (Hg.): *Volksrichter in der SBZ/DDR 1945 bis 1952. Eine Dokumentation* (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte Bd. 74). Verlag Oldenbourg, München 1997. 238 S. DM 35,00. Im Buchhandel.

In der Sowjetischen Besatzungszone traten seit 1946 Volksrichter zunehmend an die Stelle der zahlreichen Richter und Staatsanwälte, die im Zuge der Entnazifizierung aus dem Justizdienst entfernt worden waren. Dieser Elitenaustausch bildete ein zentrales Mittel zur Transformierung des Justizwesens in der entstehenden DDR. Bisher weitgehend unbekannt Quellen sollen die Entscheidungen der zentralen Instanzen (Zentralverwaltung für Justiz, SMAD, SED) veranschaulichen und Aufschluß über die Entwicklung der zunächst rein fachlichen, später jedoch stark ideologisierten Kurzausbildung der neuen Juristenelite geben. Daß deren Fortbildung nicht nur dazu diente, fachliche Defizite auszugleichen, sondern auch justizsteuernde Funktionen besaß, versucht Wentker ebenso zu verdeutlichen wie das Ziel, die Volksrichter möglichst rasch in Führungspositionen zu bringen.

Hönsch, Ingrid: *Forschungsberichte aus dem Institut für Geographie und Geoökologie der Akademie der Wissenschaften der DDR 1968-1990. Bibliographie* (Daten-Fakten-Literatur Nr. 2). Hrsg. vom Institut für Länderkunde Leipzig. Leipzig 1995. 90 S. DM 10,-. Bezug bei: Institut für Länderkunde, Schongauerstr. 9, 04329 Leipzig.

Zur 100jährigen Geschichte des Institutes für Länderkunde gehört die Entwicklungsphase zwischen 1968 und 1991, die mit dem Namen „Institut für Geographie und Geoökologie“ (IGG), der DDR-Akademie der Wissenschaften zugehörig, verbunden ist. Wesentlicher Inhalt dieser Etappe waren die Erarbeitung wissenschaftlicher Grundlagen für die Raumplanung und Naturraumerkundung sowie die Koordinierung der geographischen Grundlagenforschung. Die daraus entstandenen, kaum publizierten Forschungsberichte sind in dieser Bibliographie nach Forschungsschwerpunkten zusammengefaßt worden.

Mayr, Alois/Grimm, Frank-Dieter/Tzschaschel, Sabine (Hg.): *100 Jahre Institut für Länderkunde 1896-1996. Entwicklung und Perspektiven. Festschrift* (Beiträge zur Regionalen Geschichte Nr. 40). Hrsg. vom Institut für Länderkunde Leipzig. Leipzig 1996. 160 S. DM 28,-. Bezug bei: Institut für Länderkunde, Schongauerstr. 9, 04329 Leipzig.

Die Festschrift aus Anlaß des 100jährigen Institutsjubiläums zeichnet den Entwicklungsweg vom Museum für vergleichende Länderkunde zum Forschungsinstitut bis hin zum heutigen Institut für Länderkunde nach. Der zweite Teil geht auf Neukonstituierung, Institutsorganisation und die Wiederaufnahme der Forschungstätigkeit seit 1992 ein und stellt die Forschungsaktivitäten zur deutschen Landeskunde, zur regionalen Geographie Europas, die Arbeiten zur Kartographie und zu Geographischen Informationssystemen sowie die Geographische Zentralbibliothek und das Archiv für Geographie der Jahre 1992-95 dar. Der dritte Teil gibt einen Ausblick auf die Aufgaben des Instituts für die kommenden Jahre: insbesondere werden Forschungsperspektiven entwickelt und zentrale Projekte, wie der geplante Atlas der Bundesrepublik Deutschland, skizziert.

Busse, Stefan: *Psychologie im Real-Sozialismus. DDR-Psychologen im Interview* (Übergänge: Aspekte gesellschaftlichen Wandels Bd. 1). Centaurus-Verlag, o.O. 1996. 251 S. DM 29,80. Im Buchhandel.

Der Autor führte mit Vertretern der DDR-Psychologie Interviews, in denen sie Auskunft über die Situation und Konstitution dieser Wissenschaft im Real-Sozialismus geben. Die Interviewten gehören der sogenannten Gründer- und ersten bis zweiten Folgegeneration an und geben einen Einblick in die Verquickung von Gesellschaftslogik, wissenschaftlicher Reproduktion und biographischen Einbettungen. Es handelt sich um: Hans R. Böttcher, Gisela Ehrhardt, Jürgen Guthke, Winfried Hacker, Adolf Kossakowski, Friedhart Klix, Hans-Jürgen Lander, Joachim Lompscher, Hans-Dieter Schmidt und Harry Schröder.

Schmidt, Hans-Dieter: *Texte zwischen Ja und Nein. Selbstbefragung eines DDR-Psychologen* (Berliner Studien zur Wissenschaftsphilosophie & Humanontogenetik Bd. 12). Kleine Verlag, Bielefeld 1997. 142 S. DM 28,-. Im Buchhandel.

Mit seinen wissenschaftlichen Arbeiten trug der Autor, Professor für Kinderpsychologie an der Berliner Humboldt-Universität, zur internationalen Beachtung der DDR-Entwicklungspsychologie bei. Schmidt beschreibt in diesem Buch seine intellektuelle Entwicklung in der DDR und die daraus zwangsläufig entstehenden Widersprüche. Dabei bewertet er seine eigene und die gesellschaftliche Genese aus historischer Perspektive.

Wissenschaftlich-technische Gesellschaft Adlershof WITEGA (Hg.): *Zur Geschichte von chemischen Forschungsstätten der Akademie der Wissenschaften* (Wissenschaftshistorische Adlershofer Splitter Bd. 1). Berlin 1996. 169 S. DM 20,-. Bezug bei: WITEGA e.V., Rudower Chaussee 5, Gebäude 4.1, 12489 Berlin.

Beginnend mit einer Dokumentensammlung, die die Gründung neuer Chemieforschungsinstitute in der DDR, deren Aufgabenbeschreibung, Sitzungsprotokolle und die Planüberarbeitung im Zeitraum von 1948 bis 1958 betreffen, präsentiert dieses Heft biographische Ausführungen zu Wissenschaftlern wie Heinrich Bertsch, Kathari-

na Boll-Dornberger, Erich Correns, Hans Heinrich Franck, Alfred Rieche, Günther Rienäcker, Erich Thilo, Peter Adolf Thiessen und Alfred Wende. Es folgen Beiträge zu verschiedenen Forschungsstätten: „Zur Tradition des Wissenschaftsstandortes Adlershof“ (Rudi Hinte), „Die kugelförmigen Thermolabore“ (Karsten Peter Thiessen/Horst Welsler) und „20 Jahre Silikatforschung. Vortrag auf der Jubiläumsveranstaltung des Instituts für Silikatforschung“ (Wilhelm Hinz). Der Anhang enthält eine Bibliographie, desweiteren eine Übersicht über die chemischen Forschungsstätten und eine Gliederung der Institute.

Wissenschaftlich-technische Gesellschaft Adlershof WITEGA (Hg.): *Das Heinrich-Hertz-Institut in Berlin-Adlershof. Beiträge zur Entwicklung einer traditionsreichen Forschungseinrichtung im Wissenschaftsstandort Berlin-Adlershof in den Jahren 1950 bis 1991* (Wissenschaftshistorische Adlershofer Splitter Bd. 2). Berlin 1997. 165 S. + Anl. u. Beilage. DM 20,-. Bezug bei: WITEGA e.V., Rudower Chaussee 5, Gebäude 4.1, 12489 Berlin. Der Band enthält einen kurzen Abriss der Entwicklung des Heinrich-Hertz-Instituts in Berlin-Adlershof, weitere Dokumente, Fotos und Materialien zu seiner Geschichte, Übersichten zu den Forschungskomplexen, zum Personalbestand, zur Publikationstätigkeit und zur Struktur des Instituts.

Wissenschaftlich-technische Gesellschaft Adlershof WITEGA (Hg.): *Zur Geschichte der Forschungsgemeinschaft der naturwissenschaftlichen, technischen und medizinischen Einrichtungen der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin* (Wissenschaftshistorische Adlershofer Splitter 3). Berlin 1997. 209 S. + Anh. DM 20,-. Bezug bei: WITEGA e.V., Rudower Chaussee 5, Gebäude 4.1, 12489 Berlin.

Die Autoren beschränken sich auf die Gründungsphase der DAW-Forschungsinstitute. Anhand historischer Dokumente von Einrichtungen der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin soll aufgezeigt werden, welcher Meinungsbildungsprozeß bei der Formierung der neuen Wissenschaftsorganisation vonstatten ging und weshalb die Gründung der Forschungsgemeinschaft als notwendig erachtet wurde. Dokumente zur Arbeitsstelle für Photochemie, eine Bilddokumentation (Horst Welsler) über den Bau der thermokontanten Kugellabore und der Erlebnisbericht (Arno Ehrlich/Fritz Brutschin) über den Verlauf einer Industrieforschung am ehemaligen Akademie-Institut für physikalische Chemie in Adlershof sind ebenso enthalten wie biographische Angaben über Hans Frühauf, Robert Havemann, Hermann Klare, Wolfgang Schirmer und Hans Wittbrodt. Es schließen sich ein Nachtrag zur Bibliographie des ersten Heftes dieser Schriftenreihe und eine Bibliographie zu Robert Havemann an.

Stange, Thomas: *Die Genese des Instituts für Hochenergiephysik der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin (1940-1970)* (DESY-Thesis 1998-019). Dissertation. Fachbereich Mathematik der Universität Hamburg. Hamburg 1998. 265 S. Bezug bei: Deutsches Elektronen-Synchrotron, Notkestr. 85, 22607 Hamburg.

Die Dissertation rekonstruiert dreißig Jahre Entwicklung des Instituts für Hochenergiephysik in Zeuthen bei Berlin. Neben der Beschreibung und Bewertung der forschungspolitischen Rahmenbedingungen in der DDR in der Ära Ulbricht widmet sich die Arbeit vor allem dem politisch gewollten Aufstieg der Kernphysik, der Hofierung der 'bürgerlichen' Wissenschaftler sowie den Gründen für die Krise der Kernfor-

schung zu Beginn der 60er Jahre. Weiterhin wird der Bedeutungszuwachs und das Überleben der Hochenergiephysik in einer Zeit untersucht, in der die SED die Akademie vollends unter ihre Kontrolle zu bringen suchte. Hauptthese ist, daß es vor allem der internationale Charakter der Hochenergiephysik war, der ihren Aufstieg begünstigte und ihr half, sich immer wieder neu zu legitimieren.

Weisemann, Karin/Kröner, Peter/Toellner, Richard (Hg.): *Wissenschaft und Politik - Genetik und Humangenetik in der DDR (1949-1989). Dokumentation zum Arbeitssymposium in Münster, 15.-18.03.1995* (Naturwissenschaft - Philosophie - Geschichte Bd. 1). Lit-Verlag, Münster 1996. 164 S. DM 39,80. Im Buchhandel.

In der DDR etablierte sich die Humangenetik erst mit Beginn der 70er Jahre. Das Verdict als 'faschistische Wissenschaft' wog noch schwerer als in der Bundesrepublik, wo der eigentliche Aufschwung auf diesem Gebiet sich Anfang der 60er Jahre vollzog. Hinzu kam die Übernahme des Lyssenkoistischen Dogmas, demnach die klassische Genetik als Ausfluß der bürgerlichen Ideologie betrachtet wurde. Das Buch dokumentiert ein Symposium, auf dem zum ersten Mal Anfänge einer vergleichenden Untersuchung dieser Entwicklung in beiden deutschen Staaten unternommen wurden. Im hiechigen Kontext sind folgende Beiträge von Interesse: „Wissenschaft, Politik und Modernität in der DDR - Ansätze zu einer Neubetrachtung“ (Mitchell G. Ash), „Das Forschungsprojekt 'Humangenetik' in der DDR“ (Karin Weisemann), „Mutationsforschung am Säuger im Zentralinstitut für Genetik und Kulturpflanzenforschung Gatersleben sowie Planung und Koordinierung der Humangenetik in der DDR“ (Jörg Schönelebein), „Gattersleben im Spannungsfeld zwischen internationaler Genetik-Forschung, offiziell vorgegebenen Forschungseinrichtungen und politischen Einflüssen“ (Jörg Schulz), „Politisch-ideologischer Einfluß auf die Humangenetik der DDR“ (Herbert Bach), „Naturwissenschaft und Philosophie in der DDR - ein Balanceakt zwischen Ideologie und Kognition“ (Reinhard Mocek), „Konservative Bastion an den Hochschulen? Die SED und die medizinischen Fakultäten / Medizinischen Akademien in der DDR“ (Klaus-Dieter Müller), „Zwischen Duldung und Verbot: Nonkonforme Lehrmeinungen von Hochschullehrern in der DDR (1949-1961)“ (H.-U. Feige), „Was die Sowjetwissenschaft über den Elefanten sagt - Molekularbiologie in der DDR aus Bucher und Rostocker Sicht“ (Erhard Geissler) und „Humangenetik in der DDR - eine Zeitzeugenbefragung“.

Becker, Cornelia: *Bibliographie zur Geschichte der Medizinischen Fakultät der Universität Leipzig. Über den Gesamtzeitraum ihres Bestehens seit 1415*. Sax-Verlag, Beucha 1998. 104 S. DM 24,80. Im Buchhandel.

Melcher, Reinhold: *Klingaer Nachlese. Geschichte eines Hauses. Der Weg vom Wohnhaus (1923-1929) zur Universitätskinderklinik (Dez. 1944 - 30.6.1998)*. [Hrsg. vom Förderkreis der Kinderklinik e.V. der Universität Leipzig]. Leipzig 1998. 44 S. + Anh. Bezug gegen eine Spende bei: Förderkreis der Kinderklinik e.V., Universität Leipzig, PF 920, 04009 Leipzig. Diese Veröffentlichung beschreibt die Geschichte der (1998 geschlossenen) Außenstelle Klingaer der Leipziger Universitäts-Kinderklinik sowie ihr medizinisches Profil. Der umfangreiche Anhang spiegelt in faksimilierten Zeitzeugnissen den Klinikalltag in der DDR.

Kowalczyk, Ilko-Sascha: *Die Niederschlagung der Opposition an der Veterinärmedizinischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin in der Krise 1956/57. Dokumentation einer Pressekonferenz des Ministeriums für Staatssicherheit im Mai 1957* (Schriftenreihe des Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR Bd. 6). Berlin 1997. 136 S.

Die Veterinärmedizinische Fakultät der Humboldt-Universität zählte zu jenen Hochschuleinrichtungen, an denen sich die Opposition während der Krise 1956/57 am deutlichsten artikuliert. Besonders bedrohlich stellte sich für die SED dar, daß sich ein großer Teil des Lehrkörpers mit den Forderungen der Studenten solidarisierte. Am 10. April 1957 faßte das Sekretariat des ZK der SED einen Beschluß zur Veränderung der Lage an der Veterinärmedizinischen Fakultät, dessen zentraler Punkt darin bestand, sowohl den Lehrkörper als auch die Studentenschaft von oppositionellen Kräften zu säubern. Dazu bedurfte es der Mithilfe des MfS. Eine Pressekonferenz sollte dazu dienen, die Nachweise für eine Steuerung der Proteste von westlichen Geheimdiensten öffentlich zu erbringen. Außerdem wurde bei dieser Gelegenheit das schon seit Monaten vorbereitete Reiseverbot für Studenten und Oberschüler nach Westdeutschland und in andere Mitgliedsstaaten der NATO verkündet. Mit insgesamt 15 Dokumenten versucht der Autor, die Pressekonferenz sowie deren Ursachen und Umstände zu erläutern und zu analysieren.

Brumme, Martin F./Mickwitz, Gerhard von (Hg.): *Das Berliner Colloquium „Veterinärmedizin und Probleme der Zeitgeschichte“. Eine Gegenüberstellung tierärztlicher Erfahrungen in DDR und Bundesrepublik* (Veterinärwesen und Tiermedizin im Sozialismus - eine Dokumentation Bd. 2). Verlag für Wissenschafts- und Regionalgeschichte, Berlin 1997. 280 S. DM 30,-. Bezug bei: Verlag für Wissenschafts- und Regionalgeschichte, Kaiserdamm 102, 14057 Berlin.

Dieser Band enthält die Vorträge des Kolloquiums, das im Wintersemester 1991/92 durchgeführt wurde. Dabei sind folgende Beiträge im hiesigen Kontext von Interesse: „Tiermedizin in Ost und West - eine Gegenüberstellung. Einleitung in das Berliner Colloquium 'Veterinärmedizin und Probleme der Zeitgeschichte' (1991/92)“ (Martin F. Brumme/Gerhard von Mickwitz), „'Er lügt wie ein Augenzeuge'. Vom Umgang mit Zeitzeugen“ (Martin F. Brumme), „Entstehung und Ziele der Notgemeinschaft der Veterinärmediziner zu Berlin (1950-51)“ (Ernst Hellmann), „Zur neueren Geschichte der Veterinärmedizin an der Humboldt-Universität zu Berlin“ (Eberhard Uecker), „Die Geschichte des Institutes für angewandte Tierhygiene (IaT) Eberswalde“ (Wolfgang Kurzweg), „Grundzüge der Entwicklung des Veterinärwesens der DDR“ (Arnulf Burckhardt), „Veterinärmedizinische Lebensmitteluntersuchung in Berlin zwischen 1955 und 1990 unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Berlin-Ost“ Teil I: 1955-65 (Günter Seidel) und Teil II: 1965-90 (Siegfried Baldauf), „Veterinärmedizin und Verkehr. Ein historischer Rückblick“ (Rudolf Wernicke), „Entstehung und Entwicklung der Wissenschaftlichen Gesellschaft für Veterinärmedizin in der DDR“ (Rudolf Wernicke) und „Perspektiven der Veterinärmedizin unter besonderer Berücksichtigung des Standortes Berlin“ (Dieter Großklaus). Die Publikation schließt u.a. mit einer tabellarischen Chronologie der Veterinärmedizin der neuesten Zeit und einer thematisch gegliederten Auswahlbibliographie zur Veterinärmedizin in Ost-West-Gegenüberstellung.

Mieth, Karl/Prange, Hartwig (Hg.): *Bezirkstierkliniken und Universitätstierkliniken landwirtschaftlicher Fakultäten in der DDR* (Veterinärwesen und Tiermedizin im Sozialismus - eine Dokumentation Bd. 3) Verlag für Wissenschafts- und Regionalgeschichte, Berlin 1997. 273 S. 25,- DM. Bezug bei: Verlag für Wissenschafts- und Regionalgeschichte, Kaiserdamm 102, 14057 Berlin.

Dieser dritte Band behandelt die Geschichte der Bezirkstierkliniken und der Universitätstierkliniken an landwirtschaftlichen Fakultäten der DDR. Im ersten Teil wird eine Übersicht zur Entwicklung aller früheren Tierkliniken gegeben. Hinzu kommen Darstellungen zu den vielfältigen Tätigkeiten der Bezirkskliniken, die bei deutlich regionalen Unterschieden mit den Jahren zunehmend über die klinische Arbeit hinausgingen und neue Inhalte etablierten. Der Dokumentationsteil enthält ausgewählte gesetzliche Rahmenbedingungen bzw. Anweisungen, Vorsorgungskonzeptionen, Neuerer-vorschläge, Arbeitsanordnungen, Stellungnahmen, Haushaltspläne und Organisationspläne. Abschließend widmen sich die Beiträge „Das gesellschaftliche Umfeld tierärztlicher Tätigkeit in der DDR - eine kritische Nachbetrachtung“ und „Anmerkungen zu den klinischen Einrichtungen an landwirtschaftlichen Fakultäten bei besonderer Beachtung der Tierklinik Halle“ (beide Hartwig Prange) der thematischen Diskussion.

Pätzold, Horst: *Nischen im Gras. Ein Leben in zwei Diktaturen* (Beiträge zur deutschen und europäischen Geschichte Bd. 20). Verlag Dr. R. Krämer, Hamburg 1997. 476 S. DM 49,80. Im Buchhandel.

Im hiesigen Kontext sind vor allem die Abschnitte dieser Autobiographie von Horst Pätzold - Professor und Experte für Graslandkunde und Leiter des nach 1989 ersten freigewählten Konzils der Universität Rostock - von Interesse, in denen er die Entwicklung der landwirtschaftlichen Lehre in Mecklenburg sowie die Lehrsituation in Rostock von den 60er bis 90er Jahren schildert. Insbesondere wird auf die Hochschulreformen des DDR-Bildungssystems von 1951 bis 1989 eingegangen.

Hiller, Olaf: *Hermann Göritz. Eine biographische Studie als Beitrag zur Fachgeschichte der Garten- und Landschaftsarchitektur im 20. Jahrhundert* (Materialien zur Geschichte der Gartenkunst Bd. 1). Technische Universität Berlin, Berlin 1997. 260 S. DM 30,-. Im Buchhandel.

Herrmann Göritz war über mehrere Jahrzehnte hinweg der einzige haupt- und freiberuflich tätige Garten- und Landschaftsarchitekt der DDR. Die Arbeit über ihn knüpft an eine Reihe von biographischen Schriften, anhand derer die jüngere Fachgeschichte der Garten- und Landschaftsplanung erschlossen werden soll. Göritz repräsentiert mit seinem fast sieben Jahrzehnte umfassenden Schaffen einen wichtigen Zeitzeugen der Geschichte jenes Wissenschaftsbereiches. Neben der biographischen Studie enthält der Band auch ein Werkverzeichnis.

Behrens, Hermann: *Von der Landesplanung zur Territorialplanung. Umweltgeschichte und Umweltzukunft V* (Forum Wissenschaft Studien Bd. 41). BdWi-Verlag, Marburg 1997. 230 S. DM 28,-. Im Buchhandel.

Der Band stellt die Entwicklung der räumlichen Planung sowie ihre Struktur und Aufgaben in der DDR bis in die 60er Jahre in den Mittelpunkt. Im hiesigen Kontext sind vor allem die Abschnitte zur Entwicklung der wissenschaftlichen Diskussion über räumliche Planung in der DDR bis Mitte der 50er Jahre, zur Quellenlage in der DDR

und zum Umgang mit dem Erbe in Veröffentlichungen bzw. unveröffentlichten Dokumenten von Interesse.

Institut für Umweltgeschichte und Regionalentwicklung Berlin (Hg.): *Naturschutz in den neuen Bundesländern. Ein Rückblick. Umweltgeschichte und Umweltzukunft VI* (Forum Wissenschaft Studien Bd. 45). BdWi-Verlag, Marburg 1998. 760 S. DM 49,50. Im Buchhandel.

Der Band stellt die praktische Arbeit von ehrenamtlichen Naturschützern in den Mittelpunkt. Ein Kapitel geht ausführlich auf den wissenschaftlichen und beruflichen Naturschutz ein: „Das Institut für Landesforschung und Naturschutz (ILN)“ (Hugo Weinitzschke), „Die Arbeitsgruppe Greifswald des Institutes für Landschaftsforschung und Naturschutz“ (Gerhard Klafs), „Forschungen und wissenschaftliche Beratung der Naturschutzarbeit in Thüringen durch die Arbeitsgruppe Jena des ILN 1953 bis 1991“ (Walter Hiekel), „Die Arbeitsgruppe Halle/Dessau des ILN 1953 bis 1991“ (Peter Hentschel/Lutz Reichhoff), „Müritzhof. Zentrale Lehrstätte für Naturschutz der DDR“ (Dieter Martin), „Aufgaben und Arbeitsweise der 'Zentrale für Wasservogelforschung der DDR' an der Pädagogischen Hochschule Potsdam“ (Erich Rutschke) und „Der Falke. Monatsschrift für Ornithologie und Vogelschutz“ (Almut Christiane Zimdahl).

Hiersemann, Lothar (Hg.): *Beiträge zur Geschichte von Technik und technischer Bildung. Folge 13*. Hrsg. von der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig. Leipzig 1995. 174 S. Bezug bei: HTWK, Ref. Öffentlichkeitsarbeit, PF 66, 04251 Leipzig.

Diese Ausgabe widmet sich dem Leben und Wirken des Atom- und Kernphysikers Robert Döpel (verst. 1982) anlässlich seines 100. Geburtstages. Döpel war seit 1938 ao. Prof. für Strahlungsphysik an der Universität Leipzig, nach dem Kriege in der Sowjetunion tätig, 1952-57 Professor für Experimentalphysik an der Universität Wornesh und kehrte 1957 nach Deutschland zurück, wo er an der Hochschule für Elektrotechnik Ilmenau einen Lehrstuhl für Experimentalphysik übernahm. Heinz Wadewitz schreibt über „Robert Döpel in Briefen aus seiner Ilmenauer Zeit (1960-1982)“, Dietmar Lehmann zu „Döpels Arbeiten zur Atom- und Kernphysik“, E. Hantzschke über „Robert Döpels Arbeiten zur Gasentladungsphysik“, Manfred Hötzel über „Robert Döpel und die Politik“, und Christian Kleint wertet die „Briefe Robert Döpels zwischen 1945 und 1982“ aus. Ebenfalls enthalten ist eine Bibliographie der wissenschaftlichen Arbeiten von Robert Döpel.

Hampe, Eckhard: *Zur Geschichte der Kerntechnik in der DDR von 1955 bis 1962. Die Politik der Staatspartei zur Nutzung der Kernenergie* (Berichte und Studien Nr. 10). Hrsg. vom Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der TU Dresden. Dresden 1996. 116 S. Bezug bei: HAI, TU Dresden, 01062 Dresden.

Im Mittelpunkt der Studie stehen weder fachwissenschaftliche Belange noch volkswirtschaftliche Parameter von Kernforschung und Kerntechnik in der DDR, sondern wie das System DDR auf die mit der Nutzung der Kernenergie verbundenen Herausforderungen reagierte. Die Studie betrachtet den Zeitraum von 1955 bis 1962. Die Reaktionen der Staatspartei werden unter den Gesichtspunkten betrachtet, wie die Kernenergienutzung in den ideologischen Führungsanspruch der SED einbezogen wurde und wie sich das Verhältnis der SED-Führung zu den auf diesem Gebiet tätigen Wissenschaftlern gestaltete.

Roesler, Jörg: *Mauersbergers Malimo. Legenden und Tatsachen um eine originäre DDR-Innovation* (Hefte zur DDR-Geschichte H. 48). Hrsg. von Gesellschaftswissenschaftliches Forum/Helle Panke. Berlin 1997. 58 S. Bezug bei: Gesellschaftswissenschaftliches Forum e.V., Niederwallstr. 12, 10117 Berlin.

Im Mittelpunkt dieses Heftes stehen Heinrich Mauersberger und seine Innovationen für die DDR-Textilindustrie. Anliegen der Arbeit ist die Trennung von Legenden und Fakten um Mauersberger Malimo-Erfindung und die gleichzeitige Würdigung der Leistungen des sächsischen Erfinders, dessen Todestag sich im Erscheinungsjahr zum fünfzehnten Male jährt.

Westfälische Hochschule Zwickau FH (Hg.): *1897-1997. 100 Jahre Ingenieursausbildung in Zwickau*. Zwickau 1997. 160 S. Bezug bei: Westfälische Hochschule Zwickau, PF 35, 08001 Zwickau.

Anlässlich des 100. Jahrestages der Ingenieursausbildung in Zwickau - innerhalb verschiedener Bildungseinrichtungen - legt die Westfälische Hochschule Zwickau (FH) eine Chronik vor. Die zeitliche Abfolge der Ereignisse in der Entwicklung der jeweiligen Einrichtungen ist mit Bildern und Kommentaren erläutert. Parallel zu dieser zeitlichen Folge wird ein Überblick über die allgemeine technische Entwicklung gegeben. Gesonderte Abschnitte sind den Schwerpunkten der Ausbildungseinrichtungen und damit im Zusammenhang auch den historischen Entwicklungen der Standorte Schneeberg, Reichenbach und Markneukirchen gewidmet. Zäsuren in der historischen Entwicklung wie die Jahre 1897, 1945, 1969 und 1989/92 finden sich durch spezielle Essays hervorgehoben. U.a. mit folgenden Artikeln: „Die politische und wirtschaftliche Situation in Deutschland, Sachsen und Zwickau zwischen 2. Weltkrieg und gesellschaftlichem Neubeginn (1945), auch aus persönlicher Sicht“ (Michael Löffler), „10 Jahre Ingenieurstudent in Zwickau (1939/1949)“ (Rudi Kautsch), „Das Jahr 1969 - Jahr der Gründung der Ingenieurhochschule Zwickau“ (Ulrich Hess), „Ingenieurhochschule Zwickau, Technische Hochschule Zwickau“ (Günter Pfrötzschnier), „Von der Ingenieurhochschule zur Fachhochschule - Die Zwickauer Bildungseinrichtung auf dem Weg der Zukunft“ und „Hochschule für Technik und Wirtschaft Zwickau (FH), Westfälische Hochschule Zwickau (FH)“ (beide Horst-Dieter Tietz).

Pohl, Reinhard: *Die Geschichte des Institutes für Wasserbau an der Technischen Universität Dresden* (Dresdner Wasserbauliche Mitteilungen H. 12). Hrsg. von Institut für Wasserbau und Technische Hydromechanik, Technische Universität Dresden. Dresden 1997. 150 S. Bezug bei: Institut für Wasserbau und Technische Hydromechanik, TU Dresden, 01062 Dresden. Die historische Darstellung soll zeigen, wie sich die Entwicklung des Fachgebietes Technische Hydromechanik an der Dresdner Technischen Hochschule bzw. Universität gleichlaufend mit der Entwicklung in der Technik und der Wirtschaft vollzog. Der Anhang enthält ein Personenregister sowie ein Verzeichnis der aus dem Institut hervorgegangenen Forschungsarbeiten bzw. Veröffentlichungen.

Technische Universität Dresden, der Rektor (Hg.): *Geschichte der Technischen Universität Dresden in Dokumenten und Bildern*. Bd. 3: *Zur Wissenschaft in Dresden nach 1945*. Technische Universität Dresden, Dresden o.J. [1997]. 120 S. DM 14,-. Im Buchhandel.

Dieser Band versucht Aspekte der Geschichte der TU Dresden auf der Grundlage der überlieferten Akten, von Bildmaterial und vor allem von Zeitzeugenberichten anschaulich darzustellen. Folgende Beiträge sind enthalten: „Der Wiederbeginn nach dem Zweiten Weltkrieg“ (M. Liener/C. Nowak), „Einflußnahme der Sowjetischen Besatzungsmacht“ (A. Haritonow), „Abriß der baulichen Entwicklung der TH/TU Dresden“ (C. Nowak/M. Liener), „Geschichte der Universitätsbibliothek nach 1945“ (H.-D. Wüstling), „Mäzenatentum und Universität“ (H. E. Neidhardt), „Meine Verbindung mit der TH/TU Dresden und zur beruflichen Praxis“ (A. Kussmann), „Vom Studenten der TH Dresden zum führenden Verkehrspolitiker der Bundesrepublik Deutschland“ (H. Frohne), „Meine Jahre an der Technischen Hochschule Dresden“ (H. Marloth), „Erinnerungen eines ehemaligen Studenten der Technischen Hochschule Dresden (1932-1953)“ (W. Falta), „Otto Alber Robert Rostowski“ (H. Haller/M. Liener), „Albert Fromme, der Gründungsrektor der Medizinischen Akademie“ (F. K. Fromme/A. Scholz), „Medizinische Akademie 'Carl Gustav Carus' Dresden“ (M. Liener), „Hochschule für Verkehrswesen 'Friedrich List' Dresden (HFV)“ (A. Buchwald) und „Pädagogische Hochschule 'Karl Friedrich Wilhelm Wander' Dresden“ (V. Heymann).

Stutz, Rüdiger: *Die Universität Jena (1920-1989)* (Thüringen. Blätter zur Landeskunde). Hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen. Erfurt 1996. 8 S. Kostenlos bei: Landeszentrale für politische Bildung Thüringen, Bergstraße 4, 99092 Erfurt.

Diese Ausgabe widmet sich der Geschichte der Universität Jena in folgenden Abschnitten: „Hochschulreform zwischen Kompromiß und Konflikt“, „Moderne Ausbildung und 'völkische Erneuerung'“, „Universität unterm Hakenkreuz“ und „Die 'formierte' Universität“.

John, Jürgen/Wahl, Volker/Arnold, Leni (Hg.): *Die Wiedereröffnung der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Dokumente und Festschrift* (Quellen und Beiträge zur Geschichte der Universität Jena Bd. 1). Hain Verlag, Rudolstadt 1998. 455 S. DM 39,80. Im Buchhandel.

Im Mittelpunkt des Bandes stehen der Festakt vom 15. Oktober 1945 zur Wiedereröffnung der Friedrich-Schiller-Universität Jena und die in diesem Rahmen gehaltenen Reden sowie die für diesen Anlaß angefertigte Festschrift. Desweiteren sind Quellen über die Vorgänge, Konzepte und Aktivitäten im Vorfeld der Eröffnung und des Lehrbeginns enthalten. Auf folgende Beiträge sei im Besonderen hingewiesen: „Die Jenaer Universität im Jahre 1945“ (Jürgen John), „Hochschulrenewierung unter Besatzungsherrschaft“ (Rüdiger Stutz) und „Der Jenaer Studentenausschuß und die Wiedereröffnung der Friedrich-Schiller-Universität 1945“ (Robert Gramsch).

Buthmann, Reinhard: *Kadersicherung im Kombinat VEB Carl Zeiss Jena. Die Staatssicherheit und das Scheitern des Mikroelektronikprogramms* (Analysen und Dokumente. Wissenschaftliche Reihe des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik Bd. 12). Ch. Links Verlag, Berlin 1997. 256 S. DM 25,-. Im Buchhandel.

Nach Aussagen des Autors gingen die erheblichen Produktivitätsrückstände der DDR-Industrie gegenüber der internationalen Konkurrenz nicht nur auf eine bürokratische Verwaltungswirtschaft zurück, sondern die extrem restriktiven Regelungen des Ge-

heimnisschutzes blockierten den notwendigen wissenschaftlichen Austausch und demotivierten die Beschäftigten. Die Studie versucht daneben zu belegen, wie groß der Anteil militärischer Forschung und Entwicklung bei Zeiss Jena war und wie eng zivile und militärische Produktion verbunden waren. Gleichzeitig wird von den Bemühungen der Zeissianer berichtet, trotz all dieser Behinderungen weltmarktfähige Produkte zu entwickeln. Die Studie wird ergänzt durch einen Dokumentenanhang, der sowohl Grundsatzmaterialien zur sog. Kadersicherung als auch Originalquellen zur „politisch-operativen Bearbeitung“ von Carl Zeiss Jena enthält.

2. Ostdeutschland seit 1990

Fuchs, Hans-Werner: *Zur modernisierungstheoretischen Analyse der Transformation des ostdeutschen Bildungssystems* (Beiträge aus dem Fachbereich Pädagogik 6/1996). Universität der Bundeswehr Hamburg. Hamburg 1996. 71 S. Kostenlos bei: Universität der Bundeswehr Hamburg, FB Pädagogik, 22039 Hamburg.

Gegenstand der Untersuchung sind das Bildungs- und Wissenschaftssystem der DDR und die 1989 einsetzenden Transformationsprozesse in diesem Bereich, wie sie bis Oktober 1990 noch in der DDR und anschließend in den ostdeutschen Ländern beobachtbar waren. Die Ausführungen sollen einen Beitrag zur systematischen Bildungssystemanalyse im erziehungswissenschaftlichen Kontext darstellen. Dabei werden folgende Hypothesen zugrunde gelegt: Dysfunktionale Strukturen, auch solche im Bildungs- und Wissenschaftssystem, hätten zum Zusammenbruch des politischen Systems der DDR beigetragen; der 1989 in der DDR einsetzende sozialstrukturelle Wandel stelle eine spezifische Form der Modernisierung dar; aus dem Transformationsprozeß im ostdeutschen Bildungs- und Wissenschaftssystem resultierten nicht nur modernisierende, sondern auch regressive Effekte. Ziel des Vorgehens ist es zu zeigen, daß die Benennung und Interpretation der Entwicklungen in Ostdeutschland als Transformation und Komplementärmodernisierung Plausibilität beanspruchen könnten.

Fuchs, Hans-Werner/Reuter, Lutz R.: *Chronik bildungs- und wissenschaftspolitischer Entwicklungen und Ereignisse in Ostdeutschland 1989 bis 1996* (Beiträge aus dem Fachbereich Pädagogik 1/1997). Unter Mitarb. v. Danilo Smoczynski. Universität der Bundeswehr Hamburg. Hamburg 1997. 93 S. Kostenlos bei: Universität der Bundeswehr Hamburg, FB Pädagogik, 22039 Hamburg.

Die Veröffentlichung soll die Veränderungen seit 1989 umfassend darstellen und in die allgemeinspolitischen Entwicklungen dieser Zeit einordnen. Die Zeittafel enthält ausgewählte bildungs-, wissenschafts- und kulturpolitische Ereignisse. Schwerpunkte bilden die rechtliche Transformation des Bildungs- und Wissenschaftssystems der DDR sowie der Rechtsneugestaltung in den ostdeutschen Ländern. Ergänzt wird die Zeittafel um Schaubilder, die den bildungssystemstrukturellen Transformationsprozeß und die Neugestaltung der ostdeutschen Hochschullandschaft auf dem Stand des Jahres 1996 verdeutlichen sollen.

Söllner, Alfons/Walkenhaus, Ralf (Hg.): *Ostprofile. Universitätsentwicklungen in den neuen Bundesländern*. Westdeutscher Verlag, Opladen 1998. 240 S. DM 38,- Im Buchhandel.

Der Sammelband ging aus einer Ringvorlesung an der Technischen Universität Chemnitz hervor; zudem vereint er kürzlich gehaltene Reden und eigens für diesen Band geschriebene Beiträge. Die Herausgeber wollen verdeutlichen, daß bei der Reduzierung des ostdeutschen Universitätsumbaus seit 1989 auf das Kopieren westdeutscher Institutionen und das Einpassen des Ostens in gesamtdeutsche Verhältnisse ein spezifisches Reformpotential verkannt und übersehen wurde und wird. Es wird sich dabei auf exemplarische Universitäten in Ostdeutschland konzentriert. Folgende Beiträge sind enthalten: „Gibt es ein besonderes Reformpotential in den ostdeutschen Universitäten?“ (Alfons Söllner), „Forschung und Lehre - oder die Modernität Humboldts und die Chancen einer Reform in den Ost-Universitäten“ (Jürgen Mittelstraß), „Universitäten und Universitätsreform“ (Hans Joachim Meyer), „Forschung und Bildung als politische Herausforderung am Ende des 20. Jahrhunderts“ (Peter Glotz), „Wissenschaft an der Grenze. Zum besonderen Profil der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder“ (Hans N. Weiler), „Der Wandel Technischer Universitäten und die Brandenburgische Technische Universität Cottbus als Reformmodell“ (Günter Spur), „‘Universität beginnt im Kopf’. Zur Genesis der Universitäten Bayreuth und Erfurt“ (Klaus D. Wolff), „Die Erfurter Idee. Hochschulpolitik in den neuen Ländern“ (Peter Glotz), „Demokratische Erneuerung und Kolonialisierung. Prüfung zweier Klischees“ (Peer Pasternack), „Hat die Technische Universität Chemnitz-Zwickau eine Zukunft?“ (Günther Hecht), „Die Humboldt-Universität zu Berlin. Eine persönliche Bilanz“ (Marlis Dürkop) und „1933, 1945, 1989. Drei Bruchstellen in der Geschichte der deutschen Universitäten“ (Mitchell G. Ash).

Gläser, Jochen: *Kognitive Neuorientierung der ostdeutschen außeruniversitären Grundlagenforschung als Folge des Institutionentransfers* (Veröffentlichungsreihe der Arbeitsgruppe Wissenschaftstransformation des Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung WZB P 98-402). Hrsg. von Forschungsgruppe Wissenschaftsstatistik am WZB, Berlin 1998. 109 S. Bezug bei: WZB, Presse- und Informationsreferat, Reichpietschufer 50, 10758 Berlin.

Gegenstand der Studie ist die Veränderung der Anwendungsbezüge der ostdeutschen außeruniversitären Grundlagenforschung im Gefolge des Institutionentransfers. Das forschungspolitische System der DDR habe eine durchgehende hierarchische Steuerung mit einer geringen formalen Autonomie der Institute und Wissenschaftler praktiziert; über diese Hierarchie sei ein starker Druck auf eine Bindung der Forschung an die Industrie ausgeübt worden, in dessen Ergebnis eine funktionale Integration von Grundlagenforschung und Anwenderforschung entstand; die Grundlagenforschung sei in das stärker funktional differenzierte forschungspolitische Institutionensystem der BRD übergegangen, in dem viele Institute und Wissenschaftler in Leitungspositionen über eine große formale Autonomie verfügen. Die auf Dokumentenanalysen und Leitfadenterviews basierende Untersuchung will die Hypothese widerlegen, daß es zu erwarten gewesen sei, daß die außeruniversitäre Grundlagenforschung aufgezwungene Anwendungsbezüge aufgibt und generell die größeren Möglichkeiten, wissenschaftsinternen Impulsen unabhängig von Anwendungsbezügen zu folgen, ausnutzt.

Meyer, Hans Joachim: *Erneuern und Bewahren. Reden, Aufsätze und Pressebeiträge zur Hochschul- und Wissenschaftspolitik. Teil I: 1990 bis 1993. Teil II: 1994 bis 1996*. Hrsg. vom Sächsischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst, Pressestelle. Dresden 1997. 294 + 336 S. Kostenlos bei:

Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst, Pressestelle, Wiggardstr. 17, 01097 Dresden.
In beiden Bänden sind Vorträge, Festansprachen, Reden im Sächsischen Landtag, Presseaufsätze und -interviews, Thesenpapiere, Grußworte des letzten DDR-Bildungsministers und seit 1990 sächsischen Wissenschaftsministers zusammengestellt, darunter drei *hochschule ost*-Beiträge.

Meyer, Hansgünter/Steiner, Helmut (Hg.): *Wissenschaft und Politik - Diskurs. Kolloquien-Beiträge zu aktuellen Problemen der F&T-Politik* (Schriftenreihe von Leibniz-Sozietät und Wissenschaftssoziologie und -statistik). WiSoS, Berlin 1998. 360 S. DM 30,-. Im Buchhandel.
Mit sozialen und wissenschaftspolitischen Problemzusammenhängen und deren möglichen Folgen beschäftigten sich zwei Kolloquien, eines im Rahmen des 28. Soziologie-Kongresses 1996 in Dresden mit dem Thema „Wissenschaft und Staat“ und das andere als Veranstaltung „Zur Kritik der konservativ-liberalen Forschungs- und Technologie-Politik“ 1997 an der Humboldt-Universität. Der diese Veranstaltungen dokumentierende Band ist um einige zusätzliche Beiträge ergänzt. Auf folgende Artikel sei im einzelnen hingewiesen: „Das Elend der deutschen Förderphilosophie - Lehren aus dem Zusammenbruch der ostdeutschen Industrieforschung“ (Edelbert Richter), „Synergieeffekte - Fehlanzeige? Ergebnisse von Untersuchungen am Wissenschaftsstandort Berlin-Adlershof“ (Rudolf Welskopf), „Zum Dilemma Brandenburgischer Wissenschaftspolitik. Universitäten und Institute zwischen Finanzzwängen und Planungsnotwendigkeiten“ (Gerd-Rüdiger Wegmarshaus), „Effizienz vs. Legitimität oder Warum ist Demokratie an der Hochschule schädlich, weshalb ist der entstehende Schaden nützlich, und läßt sich dazu etwas aus den Erfahrungen des ostdeutschen Hochschulumbaus gewinnen?“ (Peer Pasternack), „Subjektiver Rückblick auf ein gescheitertes Unternehmen. Die DDR-Politik-Wissenschaft 1990“ (Dieter Seegert) und „Rückblick - Es gab eine Gesellschaft für Soziologie in Ostdeutschland“ (Hansgünter Meyer).

Trute, Hans-Heinrich: *Die Überleitung des Personals der ehemaligen DDR zwischen Kontinuität und Neubeginn* (Dresdner Juristische Beiträge Bd. 4). Dresden University Press, Dresden 1997. 56 S. DM 15,80. Im Buchhandel.
In diesem Heft fragt der Autor vor dem Hintergrund des Umgangs mit belastetem Personal nach 1945 in Ost- und Westdeutschland, wie der Rechtsstaat mit den Problemen einer vorrechtsstaatlichen Vergangenheit umgeht. Durch eine Analyse der Rechtsprechung zum Übergang des Verwaltungspersonals, der Richter und Staatsanwälte sowie der Anwälte und Notare wird versucht, eine Antwort auf die Frage nach Kontinuität oder Neubeginn bei der Überleitung des Personals der ehemaligen DDR zu geben.

Jähnert, Gabriele/Hildebrandt, Karin/Felber, Christina: *Wissenschaftlerinnen nach Wende und Erneuerung (an Hochschulen): Situation, Befindlichkeit, Strategien, Perspektiven*. Hrsg. vom Zentrum für interdisziplinäre Frauenforschung ZiF an der Humboldt-Universität zu Berlin. Berlin o.J. [1998]. 145 S.
Ziel des in diesem Bericht vorgestellten Forschungsprojektes war es, auf der Grundlage einer quantitativen Analyse die Situation und die Optionen von DDR- und BRD-sozialisierten Wissenschaftlerinnen nach der Umstrukturierung der Hochschulen in Ostdeutschland zu erfassen. Es soll das Ausmaß der strukturellen und personellen Veränderungen und insbesondere der Grad der „Durchmischung“ aufgezeigt sowie deren Auswirkungen auf Chancen und Perspektiven von Frauen an Hochschulen in Berlin-Brandenburg dargestellt werden. Das Projekt knüpfte unmittelbar an eine bereits

1992 durchgeführte schriftliche Befragung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in Berlin-Brandenburg an, wodurch ein Vergleich ermöglicht wurde.

Ensel, Franz Josef (Leo): *Bilder vom fremden deutschen Alltag. Szenische Erkundungen des innerdeutschen Ost-West-Konflikts*. Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, Zentrum für pädagogische Berufspraxis ZpB. Oldenburg 1996. 262 S. Bezug bei: Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, Zentrum für pädagogische Berufspraxis, PF 2503, 26111 Oldenburg.

Die Dissertation dokumentiert und untersucht Fremd- und Selbstbilder von ost- und westdeutschen Studierenden, die im Rahmen von sechs seminaristischen Treffen von Oldenburger, Leipziger und Potsdamer Studierenden erhoben wurden. Bei den Treffen war mittels szenischer Übungen versucht worden, sich gegenseitig die differierenden Lebenserfahrungen und die Vorurteile übereinander zu vermitteln.

Rasch, Konstanze: *Studieren im neuen „Zeitalter“. Eine Analyse studentischen Umgangs mit veränderten Zeitstrukturen im Hochschulsystem der neuen Bundesländer*. Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 1998. 262 S. DM 49,00. Im Buchhandel.

Die Dissertation thematisiert die im Ergebnis des ostdeutschen Transformationsprozesses entstehende neue Studienwirklichkeit. In den Mittelpunkt wird dabei die Ablösung paternalistischer Studienzeitstrukturen durch flexible Zeitstrukturen im Studium gestellt. Die Untersuchung stützt sich auf das empirische Material der Panelstudie "Student im Studium", die 1990 als Gemeinschaftsprojekt zwischen Mitarbeitern der Universität Leipzig und dem Bayerischen Staatsinstitut für Hochschulforschung und Hochschulplanung München gestartet wurde.

Baumgärtner, Theo (Hg.): *Kiffen, Koksen und Klausuren. Studentischer Drogengebrauch in Ostdeutschland*. Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 1998. 164 S. DM 28,50. Im Buchhandel.

Die Studie zum studentischen Drogengebrauch in Ostdeutschland kommt u. a. zu dem Ergebnis, daß für viele der befragten Studierenden die maßgebliche Demarkationslinie bei der Rauschmittelauswahl nicht entlang der bestehenden Legalitätsgrenze verläuft, sondern sich eher an der Wirkungsweise und dem jeweiligen Risikopotential orientiert. Angesichts der „Normalität des Kiffens“ im studentischen Milieu weisen viele der Studierenden die staatlichen Bemühungen gegen den Mißbrauch von Drogen solange als willkürlich und ungläubwürdig zurück, wie dabei weiterhin an dem bisher undifferenzierten Verbot ihres Gebrauchs festgehalten wird. Kapitel: „Einleitung“ (Baumgärtner), „Ziel, Zielgruppe und Methode der Untersuchung“ (Baumgärtner), „Drogenprävalenz und Drogenpräsenz im studentischen Milieu“ (Baumgärtner), „Konsum oder Enthaltbarkeit? Über Motive des Gebrauchs von illegalen Drogen, der Bereitschaft, bisher noch nicht konsumierte Rauschmittel zu probieren und die möglichen Gründe des Konsumverzichts“ (Jana Lantzsch/Achim Lauber), „Die Einschätzung der Gefahren des Umgangs mit Rauschmitteln und die Quellen des Wissens“ (Baumgärtner/Sabine Sandring), „Das Verhältnis zu den Eltern, FreundInnen und KommilitonInnen sowie die allgemeine Lebenszufriedenheit der StudentInnen“ (Christian Werner), „Die Einstellung zur aktuellen Drogenpolitik in der Bundesrepublik“ (Ronny Arnold/Mark Michel), „Drogenpolitische Schlußfolgerungen“ (Baumgärtner) und „Deskriptive Zusammenfassung ausgewählter Ergebnisse unserer Umfrage unter Leipziger StudentInnen“ (Baumgärtner).

Stiftung Deutsch-Amerikanisches Akademisches Konzil DAAK (Hg.): *Symposium Halle 1995. Die Zukunft der Geistes- und Sozialwissenschaften in Ländern Mittelosteuropas unter Berücksichtigung von Erfahrungen aus dem deutschen Einigungsprozeß. The Future of Humanities and Social Sciences in Central Eastern European Countries with Consideration of Experiences from the German Unification Process* (Schriftenreihe des DAAK, Symposien Bd. 3 / Publications of the GAAC, Symposia vol. 3). Bonn/Washington 1996. 238 S. Bezug bei: DAAK, Jean-Paul-Str. 9, 53173 Bonn.

Neben zahlreichen Beiträgen zu mittelosteuropäischen Ländern enthält der Band auch solche zu ostdeutschen Entwicklungen: „Die Gesellschaftswissenschaften nach der deutschen Vereinigung“ (Dieter Simon), „Law Faculties in East Germany's 'New Länder'. Preparing for the future with or without an effort to cope with the past“ (Cornelius Pritwitz) und „Aus dem Chaos in die Krise? Rückblick und Ausblick“ (Johannes Mehlig).

Kuczynski, Jürgen: *Ein treuer Rebell. Memoiren 1994-1997. Mit einer Bibliographie der Werke und Schriften seit dem 18. September 1994* (Aufbau-Sachbuch). Aufbau-Verlag, Berlin 1998. 255 S. DM 36,-. Im Buchhandel.

Bis wenige Tage vor seinem Tod führte Jürgen Kuczynski Tagebuch. Alltägliche Erfahrungen, Reflexionen über die gegenwärtige politische Situation in Deutschland, Gedanken über bereits Niedergeschriebenes und Dokumentiertes, Erinnerungen an die vergangenen Jahrzehnte bilden eine Bestandsaufnahme, die ebenfalls eine Analyse jeweils aktueller politischer und gesellschaftlicher vorherrschender Praxis sein will. Der Band wird abgeschlossen durch Teil 6 (= ab 1994 und Nachträge) der Bibliographie der Kuczynski-Schriften, zusammengestellt von Erika Brehm.

Schlegel, Uta: *Ostdeutsche Jugendforschung im Transformationsprozeß. Forschungsfelder, WissenschaftlerInnen, Institutionen*. Trafo-Verlag Dr. Wolfgang Weist, Berlin 1996. 59 S. DM 36,80. Im Buchhandel.

Die Schwerpunkte der Arbeit sind einerseits die arbeitsrechtlichen Veränderungen für die Wissenschaftler der ostdeutschen Jugendforschung und ihr Engagement an Vereinsgründungen sowie Arbeitsergebnisse seit 1991. Der Wandel in den Arbeitsbedingungen wird ebenso thematisiert wie der in den sozialen Beziehungen der Wissenschaftler. Abschließend wird auf aktuelle Probleme und Perspektiven eingegangen.

Humboldt-Universität zu Berlin, Zentrum für interdisziplinäre Frauenforschung (Hg.): *Chancenstrukturen weiblicher Erwerbsarbeit (ZiF Bulletin H. 16)*. Berlin 1998. 236 S. Bezug bei: ZiF, Humboldt-Universität, Unter den Linden 6, 10099 Berlin.

Im hiesigen Kontext interessierende Artikel dieser Ausgabe sind: „Gender Studies - Erste Erfahrungen aus der Studienfachberatung“ (Katrin Schäffen), „Biographien auf der Spur - Zwischenbericht eines Projektstudiums“ (Johanna Dragon/Ulrike Grütznert), „90 Jahre Frauenstudium in Berlin - ein Ausstellungsprojekt“ (Barbara Kunze), „Wissenschaftlerinnen nach Wende und Erneuerung“ (Christina Felber/Karin Hildebrandt), „Erprobungsklausel und neue Universitätsverfassung aus gleichstellungspolitischer Sicht“ (Marianne Kriszio) und „Das Interdisziplinäre Zentrum für Frauen- und Geschlechterstudien an der Universität Greifswald“ (Heike Kahlert).

Adler, Helga: *Anteil von Wissenschaftlerinnen an den Hochschulen der neuen Bundesländer 1989-1996. Fragebogenerhebung im Auftrage der BuKoF-Kommission „Neue Bundesländer“*. Hrsg. von der Bundeskonferenz der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten an Hochschulen BuKoF Berlin 1998. 19 S. + Anh. Bezug bei: Frauenbeauftragte der Humboldt-Universität zu Berlin, Unter den Linden 8, 10099 Berlin.

Die „Kommission neue Bundesländer“ der BuKoF hatte 1997 in Zusammenhang mit der Umsetzung der Maßnahmen zur Frauenförderung im Hochschulsonderprogramm III beschlossen, eine Bestandsaufnahme zur Situation von Wissenschaftlerinnen an ostdeutschen Hochschulen nach der Umstrukturierung vorzunehmen. Nach Ansicht der Herausgeberin sind die Chancen, der bisherigen Diskriminierung von Frauen entgegenzuwirken, in der Praxis in keiner Weise genutzt worden. Die Gesichtspunkte hätten für die Entscheidungsträger in Hochschulen und Ministerien keine Rolle gespielt. Gegenstand der Datenerhebung war die Erfassung der Anteile von Wissenschaftlerinnen an den verschiedenen Hochschultypen und Fächergruppen, differenziert nach vergleichbaren Statusgruppen und nach der Art des Beschäftigungsverhältnisses. Desweiteren ist die Entwicklung des Frauenanteils an den Neueinstellungen sowie an den Promotionen und Habilitationen seit 1991 erfaßt worden.

Die Deutsche Bibliothek (Hg.): *Bibliothek als Lebenslexier. Festschrift für Gottfried Rost zu 65. Geburtstag*. Leipzig 1996. 260 S. DM 48,-. Bezug bei: Deutsche Bücherei, Öffentlichkeitsarbeit, Deutscher Platz 1, 04103 Leipzig.

Rost hat als Direktor des Leipziger Hauses die Überführung der Deutschen Bücherei Leipzig in Die Deutsche Bibliothek geleitet. Folgende Beiträge dieses Sammelbandes sind im hiesigen Kontext von Interesse: „Die wissenschaftlichen Bibliotheken im Transformationsprozeß der neuen Bundesländer“ (Ekkehard Henschke), „Die Universitäts-Lehranstalt für Buch- und Bibliothekswesen in Jena (1946-1952)“ (Konrad Marwinski), „Entwicklungen in der bibliothekarischen Ausbildung. Gedanken in einer Zeit des Wandels“ (Engelbert Plassmann), „Das Fach Bibliographie in der bibliothekarischen Ausbildung. Rückblicke - Einblicke - Ausblicke“ (Torsten Seela) und „Gottfried Rost. Eine Auswahlbibliographie“ (Rosemarie Geist).

Die Deutsche Bibliothek (Hg.): *Ansprachen anlässlich der Verabschiedung von Gottfried Rost*. Leipzig 1997. 40 S. DM 11,80. Bezug bei: Deutsche Bücherei, Öffentlichkeitsarbeit, Deutscher Platz 1, 04103 Leipzig.

Das Heft beinhaltet die Reden von Wolfgang Bergsdorf, Klaus G. Saur, Rolf Wengemuth und Klaus-Dieter Lehmann anlässlich des 65. Geburtstages sowie der Verabschiedung von Gottfried Rost, 1991 bis 1996 ständiger Vertreter des Generaldirektors an der Deutschen Bücherei Leipzig.

Fritsch, Michael/Meyer-Krahmer, Frieder/Pleschak, Franz (Hg.): *Innovationen in Ostdeutschland. Potentiale und Probleme* (Technik, Wirtschaft und Politik Bd. 34). Physica-Verlag, Heidelberg 1998. 389 S. DM 98,-. Im Buchhandel.

Im Mittelpunkt des Bandes steht die Analyse der Entwicklung des ostdeutschen Innovationssystems seit 1989/90 und die Einschätzung der Zukunftschancen. Hier ist vor allem auf folgende Artikel hinzuweisen: „Das Innovationssystem Ostdeutschlands. Problemstellung und Überblick“ (Michael Fritsch), „Probleme der Einführung von komplexen Innovationssystemen in ostdeutschen Betrieben“ (Gottfried Rössel),

„Nichttechnische Innovationsprobleme bei der ostdeutschen Produktionsmodernisierung“ (Rudi Schmidt), „Innovationsstrategien und Forschungsaktivitäten ostdeutscher Unternehmen“ (Johannes Felder/Alfred Spielkamp), „Einflussfaktoren auf die Innovationsneigung in kleinen und mittleren Unternehmen in Ostdeutschland am Beispiel von Management Buy-Outs“ (Franz Barjak/Klaus Holst), „Technologieorientierte Unternehmensgründungen in Ostdeutschland“ (Franz Pleschak/Henning Werner), „Charakterisierung des Gründungspotentials aus Universitäten“ (Claudia Herrmann), „Existenzgründungen aus Universitäten und Fachhochschulen. Potentiale für den Aufschwung Ost?“ (Oliver Pfirrmann), „Indikatoren der Wirksamkeit regionaler Innovationsaktivitäten. Eine Analyse zur Rolle der TU Ilmenau“ (Eva Voigt), „Öffentliche Forschung als notwendige Infrastruktur für Innovationen in Ostdeutschland“ (Werner Meske), „Technologie- und Gründerzentren als Instrument der Technologiepolitik in Ostdeutschland“ (Christine Tamásy), „FuE-Förderung in Ostdeutschland durch das Bundesministerium für Wirtschaft. Ergebnisse aus einer Wirkungsanalyse“ (Kurt Hornschild), „Der Netzwerk-Ansatz der FuE-Förderung für die neuen Bundesländer. Das Beispiel des Programms 'Auftragsforschung West-Ost'“ (Wilhelm Ruppel/Gerhard Becher) und „Das ostdeutsche Innovationssystem in der Transformation. Zusammenfassende Schlußfolgerungen und Ausblick“ (Michael Fritsch/Franz Pleschak).

Kultusministerium Mecklenburg-Vorpommern: *Hochschulgesamtplan*. Schwerin 1998. 125 S. + Anh. Kostenlos bei: Kultusministerium Mecklenburg-Vorpommern, Ref. Öffentlichkeitsarbeit, Werderstr. 124, 19055 Schwerin.

Der Hochschulgesamtplan - noch fertiggestellt vor der letzten Landtagswahl - stellt eine Planungsgrundlage für den Zeitraum 1998 bis 2002 dar. Er soll über die Bestandsaufnahme des Gegenwärtigen hinaus eine Perspektive für die Entwicklung der Hochschulen und der Wissenschaftslandschaft im Bundesland geben. Neben den wissenschaftspolitischen Leitlinien vermittelt der Bericht u.a. quantitative Planungsgrundlagen und Planungsziele, Schwerpunkte der qualitativen Planung sowie Entwicklungsschwerpunkte aus Sicht der Hochschulen.

Universität Rostock, der Rektor (Hg.): *Die Ehrenkommissionen an der Universität Rostock. Reden anlässlich der Beendigung der Tätigkeit der Ehrenkommissionen am 30.06.1995 und Bericht der Ehrenkommission der Universität Rostock*. Rostock 1996. 40 S. Kostenlos bei: Universität Rostock, Ref. Öffentlichkeitsarbeit, 18051 Rostock.

Folgende Beiträge enthält die Broschüre: „Zu wenige haben den Mut gefunden, eigene Schuld einzugestehen“ (Gerhard Maeß), „Keine Kündigung wegen SED-Nähe“ (Erik Voermanek), „Das Ziel der personellen Erneuerung an den Hochschulen ist erreicht“ (Regine Marquardt), „Ein Elitenwechsel nach einer Diktatur ist ein menschenfreundliches Werk“ (Joachim Gauck) und „Bericht der Ehrenkommission der Universität Rostock über ihre Arbeit“ (Erik Voermanek).

Universität Rostock, der Rektor (Hg.): *Evaluation von Studium und Lehre im Fach Geschichte an der Universität Rostock im Studienjahr 1996/97. Dokumentation*. Rostock 1998. 94 S. Kostenlos bei: Universität Rostock, Ref. Studium und Lehre, 18051 Rostock.
Die Broschüre dokumentiert die Ergebnisse des Evaluationsverfahrens im Rahmen des Verbunds Norddeutscher Universitäten im Fach Geschichte der Universität Rostock.

Im ersten der drei Verfahrensschritte analysierten die Vertreter des Faches Bedingungen und Wirklichkeit von Studium und Lehre im diesem Fach. Vor dem Hintergrund der so entstandenen Selbstbeschreibung und der Ergebnisse eines Besuchs vor Ort erstellten im zweiten Schritt Fachkollegen von anderen Universitäten ein Gutachten zur Situation von Studium und Lehre des Faches an der Rostocker Universität. Die Erkenntnisse und Ergebnisse wurden im dritten Schritt in eine Vereinbarung zwischen dem Rektor der Universität Rostock und dem Fachbereich Geschichtswissenschaften umgesetzt, die Maßnahmen zur weiteren Gestaltung von Studium und Lehre des Faches Geschichte enthält. Danach ist der Fachbereich u.a. an einem Ausbau zu einer sechsten Professur und Durchführung von Frauenstudien bzw. gender studies in Forschung und Lehre interessiert.

Universität Rostock, der Rektor (Hg.): *Evaluation von Studium und Lehre im Fach Chemie an der Universität Rostock im Studienjahr 1996/97. Dokumentation.* Rostock 1998. 30 S. Kostenlos bei: Universität Rostock, Ref. Studium und Lehre, 18051 Rostock.

Der Band präsentiert die Ergebnisse der Evaluation von Studium und Lehre im Fach Chemie an der Universität Rostock, durchgeführt im Rahmen des Verbunds Norddeutscher Universitäten. Als Mängel wurden die Zersplitterung der Ausbildungs- und Forschungslabors sowie die nicht ausreichende Grundfinanzierung des Landes für Forschung und Lehre erkannt.

Hecht, Martin: *Innovationspotentiale in der Region. Die regionalwirtschaftliche Bedeutung der Universität Greifswald.* Transfer-Verlag, Regensburg 1998. 290 S. DM 56,-. Im Buchhandel.

Die Dissertation versucht eine Analyse regionalwirtschaftlicher Wirkungen der Leistungserstellung und Leistungsabgabe lokaler Innovationspotentiale. Dabei stehen die Universität Greifswald und allgemeine hochschulspezifische Charakteristika im Mittelpunkt. Die Arbeit orientiert sich an der abnehmenden finanziellen Ausstattung öffentlich geförderter Lehr- und Forschungseinrichtungen und dem Personalabbau. Auf der Grundlage einer allgemeinen Erörterung der Beziehungen zwischen Hochschulen und Regionen werden Ergebnisse einer Umfrage von Greifswalder Universitätsbeschäftigten und Studierenden diskutiert. Der Autor untersucht am Beispiel der Universität Greifswald monetäre Wirkungen aus dem Leistungserstellungsprozeß und analysiert daraus resultierende Wohlfahrtseffekte öffentlicher Investitionen auf ihre regionale Wirkung. Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Entwicklung von Wissens-Transfer-Strukturen sowie abschließend eine Abschätzung der Beschäftigungseffekte von Innovationspotentialen in der Untersuchungsregion.

Groen, Adriaan in 't: *Nach dem Fall der Mauer. Transformationsprozesse an mitteleuropäischen Universitäten. Beobachtungen auf einer Studienreise. Akteure, Motive und Schauplätze, Winter 1996 - 1997. Deutsch und niederländisch.* Hrsg. von Vossiuspers AUP, Groep Institutionele Ontwikkeling, Universiteit van Amsterdam, Amsterdam 1997. 123+126 S.

Der Autor weilte an den Universitäten (Ost-)Berlin, Budapest und Prag zu Studienaufenthalten und beschreibt zunächst seine jeweiligen Beobachtungen, um sie sodann miteinander zu vergleichen.

Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg (Hg.): *Gleichberechtigung. Was können Hochschulen und Forschungseinrichtungen für die Chancengleichheit von Frauen im Beruf leisten? 3. Brandenburger Symposium zur Hochschul- und Forschungsplanung. Potsdam, 27. Oktober 1993* (Brandenburger Schriften zu Wissenschaft und Forschung Bd. 5). Verlag für Berlin-Brandenburg, Potsdam 1996. 99 S. DM 26,-. Im Buchhandel.

Gegenstand der dokumentierten Veranstaltung waren inhaltliche und mentale Probleme in Studium und Hochschulwirklichkeit. In Referaten und Diskussionen wurden Problemstellungen benannt und Anregungen zu deren Lösungen gegeben. Folgende Artikel dieser Tagungsdokumentation interessieren hier besonders: „Studentinnen und Akademikerinnen vor und nach der Wende. Statistisches zu Ausbildung und Berufstätigkeit“ (Anke Burkhardt), „Perpetuum mobile - Ingenieurwissenschaften und Geschlechterverhältnis“ (Ingrid Hedwig Rudolph) sowie „Frauenforschung - Königsweg oder Sackgasse?“ (Ute Frevert).

Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg (Hg.): *Weiterbildung und Nachqualifizierung. 5. Brandenburger Symposium zur Hochschul- und Forschungsplanung. Senftenberg, 13. Dezember 1993* (Brandenburger Schriften zu Wissenschaft und Forschung Bd. 7). Verlag für Berlin-Brandenburg, Potsdam 1997. 112 S. DM 28,-. Im Buchhandel.

Die Hochschulen in Ostdeutschland nehmen seit 1990 die Aufgaben der Nachqualifizierung wahr, um die Berufschancen der Absolventen von Hochschulen und Fachhochschulen der DDR zu verbessern. Neben der Einführung von Roland Sessner sei auf zwei Beiträge hingewiesen: „Die Rolle der Nachqualifizierung in den neuen Bundesländern. Bestandsaufnahme und Ausblick“ (Gunter Göpfarth) und „Weiterbildung der Lehrerinnen und Lehrer - Programm zur Sicherung der Weiterbeschäftigung und Chance für Innovation“ (Roswitha Röpke). Zum Schluß wird eine während der Tagung durchgeführte Podiumsdiskussion dokumentiert.

Winkel, Cornelia/Matzat, Hartmut (Hg.): *Viadrina. Die neuen Frankfurter Studenten 1992-1997. Wieder- oder Neugründung. Ansichten, Interviews, Visionen.* Hrsg. vom Frankfurter Brücke e.V. Märkischer Verlag, Wilhelmshorst 1998. 248 S. DM 24,90. Im Buchhandel.

Anlässlich des 5. Jahrestages der Aufnahme des Studienbetriebes äußern sich in diesem Band Studenten und Professoren der Universität sowie Funktionsträger und Bürger der Stadt Frankfurt/Oder über die Europa-Universität. Der reich bebilderte Band vermittelt ein lebendiges und atmosphärisch dichtes Bild einer Gründungsphase, die bereits zu den ersten AbsolventInnen führte. Mit Zeittafeln zur alten und zur neuen Frankfurter Universität sowie Personenregister.

Thome, Helmut: *Umweltbewußtsein und Umweltverhalten bei Bediensteten der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg* (Der Hallesche Graureiher 96-2). Hrsg. vom Institut für Soziologie an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Halle 1996. 80 S. Bezug bei: MLU, Institut für Soziologie, PF 8, 06099 Halle/S.

Die Studie entstand im Rahmen eines Lehrprojektes am Institut für Soziologie und suchte die Problematik des Zusammenhangs von Einstellungen und Verhalten zu ana-

lysieren. Die Skalen zu Abfallbeseitigung und Wasserverbrauch zeigten keinerlei Zusammenhang mit dem Umweltbewußtsein. Für das Einkaufsverhalten und die finanzielle Opferbereitschaft konnte ein Zusammenhang mit dem Umweltbewußtsein nachgewiesen werden. Das Umweltbewußtsein selbst sei deutlich abhängig von der ideologischen Orientierung und der subjektiven Einschätzung der allgemeinen Umweltbelastungen.

Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Beirat für Wissenschaft und Forschung (Hg.): *Bericht des Beirats für Wissenschaft und Forschung*. Magdeburg 1998. 134 S. + Anh. Bezug bei: Kultusministerium Sachsen-Anhalt, Breiter Weg 31, 39012 Magdeburg.

Mit diesem Bericht legt der Beirat die Ergebnisse seiner über zweijährigen Tätigkeit vor. Der Bericht enthält, ausgehend von einer detaillierten Analyse der hochschul- und forschungspolitischen Infrastrukturbedingungen in Sachsen-Anhalt, Empfehlungen für die Entwicklung der Wissenschaftseinrichtungen.

Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt/Leitstelle für Frauenpolitik des Landes Sachsen-Anhalt (Hg.): *Einblicke*. Bd. 2: *Erste Tagung zur Frauenforschung in Sachsen-Anhalt am 17./18.4.1997. Dokumentation*. Bearb. von Heidrun Bomke/Friederike Heinzel. Magdeburg o.J. [1998]. 193 S. Bezug bei: Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, PF 3780, 39114 Magdeburg, z.Hd. Dr. Martina Zellmer.

Der Tagungsband enthält Beiträge von Forscherinnen und Forschern, die sich und ihre Projekte während der ersten Tagung zur Frauenforschung in Sachsen-Anhalt präsentierten. U.a. sind folgende im hiesigen Kontext interessierende Artikel abgedruckt: „Auf dem Weg - Frauenforschung in Sachsen-Anhalt“ (Friedlinde Bachmann), „Forschung von und über Frauen in der DDR. Methoden, Inhalte, Probleme der Institutionalisierung und Rezeption“ (Hannelore Schulz), „Forschung über Frauen in der Sozial- und Arbeitsmedizin. Kontinuität und Wandel eines Forschungsbereiches“ (Liselotte Hinze), „Auf dem ersten Gebiet der Kunst ernst arbeiten. Zur Frauenausbildung im künstlerischen Beruf“ (Ulrike Krenzlin), „Ina will helfen. Geschlechterstereotypisierungen in den Schulbüchern der DDR für die Unterstufe“ (Ute Geiling/Friederike Heinzel), „Zur Arbeit der Interdisziplinären Gesellschaft für psychomatische Gynäkologie und Geburtshilfe seit ihren Anfängen in der DDR“ (Carmen Presch).

Lischka, Irene: *Entscheidung für höhere Bildung in Sachsen-Anhalt. Gutachten* (Arbeitsberichte 5'98). Hrsg. von HoF Wittenberg - Institut für Hochschulforschung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Wittenberg 1998. 43 S. Bezug bei: HoF Wittenberg, Collegienstr. 62b, 06886 Lutherstadt Wittenberg.

Anliegen des Gutachtens ist, Ursachen und Hintergründe für geringes Studierinteresse in Sachsen-Anhalt aufzuzeigen und Hinweise sowie Empfehlungen zu geben, ob und in welcher Weise eine stärkere Inanspruchnahme der Studienmöglichkeiten erzielt werden kann.

Lewin, Dirk: *Die Fachhochschule der anderen Art. Konzeptrealisierung am Standort Stendal. Zustandsanalyse* (Arbeitsberichte 2'98). Hrsg. von HoF Wittenberg - Institut für Hochschulforschung an der Martin-Luther-

hochschule ost 1-2/1999

Universität Halle-Wittenberg. Wittenberg 1998. 45 S. Bezug bei: Institut für Hochschulforschung, Collegienstr. 62b, 06886 Lutherstadt Wittenberg. Gegenstand der Analyse ist die Programmatik der Fachhochschule Altmark i. G. Insbesondere werden die Neuregelung des Hochschulzugangs und Praktikumsorganisation als Bestandteile eines neuartigen Konzeptes erörtert. Desweiteren wird auf die konzeptionellen Vorstellungen im Bereich Personal, Lehre und Einbindung in die Region eingegangen.

Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, Fakultät für Maschinenbau/Fakultät für Verfahrens- und Systemtechnik (Hg.): *Professoren gehen in die Wirtschaft*. Magdeburg 1998. 12 S. Kostenlos bei: Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, Ref. Öffentlichkeitsarbeit, PF 4120, 39016 Magdeburg.

Im Rahmen einer Initiative der beiden Fakultäten bieten deren Professoren ihre Fachkompetenz kleinen und mittelständischen Firmen der Region kostenlos an. Die Broschüre soll die interessierten Unternehmen bei der Wahl des Professors unterstützen.

Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst (Hg.): *Herausragende Ergebnisse sächsischer Forschung*. Dresden 1997. 199 S. Kostenlos bei: SMWK, Wigardstr. 17, Pressestelle, 01097 Dresden.

Die Zusammenstellung bezieht ausgewählte Forschungsergebnisse von Hochschulen und außeruniversitären Einrichtungen in Sachsen ein. Dabei dominieren natur- und ingenieurwissenschaftliche Themen. Dieser Fakt entspreche nach Aussagen der Herausgeber der traditionell starken Stellung dieser Gebiete an den sächsischen Wissenschaftseinrichtungen.

Wolter, Andrä: *Wie attraktiv ist ein Hochschulstudium in Sachsen? Ein Beitrag zum Verhältnis von studentischer Nachfrage, Humanpotential und Landesentwicklung*. Deutsches Studentenwerk DSU: *Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in Sachsen 1994 und 1997. Ausgewählte Ergebnisse der 14. und 15. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks* (Untersuchungen. Dokumente. Tendenzen. Aus den Hochschulen des Freistaates Sachsen Ausgabe November 1998). Hrsg. vom Sächsischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst SMWK. Dresden 1998. 76 S. Kostenlos bei: SMWK, Wigardstr. 17, Pressestelle, 01097 Dresden. Die Untersuchung des Dresdner Erziehungswissenschaftlers Wolter ergibt u.a., daß 81,3% der Studienbewerber, die in Sachsen eine Studienberechtigung erworben haben, an den Hochschulen des Freistaates ihr Studium aufnehmen. Dieser Wert liege deutlich über dem bundesdeutschen Durchschnitt von 69,9%.

Universität Leipzig, der Rektor (Hg.): *Bericht des Rektoratskollegiums der Universität Leipzig 1997*. Leipzig 1998. 99 S. Kostenlos bei: Universität Leipzig, Pressestelle, Augustusplatz 10, 04109 Leipzig.

Der 1997er Bericht enthält die Berichte des Rektors, der Prorektoren für Universitätsentwicklung, für Lehre und Studium, für Forschung und wissenschaftlichen Nachwuchs sowie des Kanzlers. Die Anlage enthält statistische Angaben zum Berichtszeitraum u.a. über die Struktur der Universität, Lehre und Studium, Forschung und Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, Personal und Haushalt. Dieser Bericht bi-

lanziert zugleich die zweite Amtsperiode der von Rektor Cornelius Weiss und Prorektor Günter Wartenberg geprägten (und um wechselnde weitere Prorektoren ergänzten) Universitätsleitung, die seit Anfang 1991 den Umbau der Leipziger Universität zu gestalten suchte.

Gutjahr-Löser, Peter: *Staatsinfarkt. Wie die Politik die öffentliche Verwaltung ruiniert*. Verlag Rasch und Röhring, Hamburg 1998. 260 S. DM 32,-. Im Buchhandel.

Der seit 1991 amtierende Kanzler der Universität Leipzig erörtert die seines Erachtens krankhafte Entwicklung der öffentlichen Verwaltung, die in der Regelungswut von Politikern und der Verschwendung von Steuermitteln begründet sei. Seine illustrierenden Beispiele entnimmt er vorzugsweise der Verwaltungspraxis in Sachsen und an der Leipziger Universität. Im Kapitel 2 versucht er, den Zustand der deutschen Bürokratie am Beispiel des Wiederaufbaus der ostdeutschen Universitäten zu verdeutlichen: „Am Beispiel des Wiederaufbaus der ostdeutschen Universitäten läßt sich besonders gut ablesen, welche großen Ressourcen wegen fehlerhafter Zuständigkeitsregelungen brachliegen.“ Der an obrigkeitstaatlichen Idealen orientierten Ausbildung der Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes müsse mit der Wiederherstellung von wirklicher Verantwortung durch ausreichende Kompetenzübertragung begegnet werden.

Höppner, Tobias/Brezinski, Horst/Seidelmann, Peter: *Die TU Bergakademie Freiberg als Wirtschafts- und Standortfaktor* (Freiberger Arbeitspapiere Nr. 5/97). Hrsg. von der TU Bergakademie Freiberg. Freiberg 1997. 48 S. Bezug bei: TU Bergakademie Freiberg, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Gustav-Zeuner-Str. 8, 09596 Freiberg.

Die Arbeit untersucht die wirtschaftliche Bedeutung der TU Bergakademie Freiberg für die Stadt und den Landkreis Freiberg sowie den Einfluß der Hochschule auf Standortentscheidungen von Unternehmen. In Auswertung einer Befragung Freiberger Hochschullehrer und in der Region ansässiger Wirtschaftsunternehmen zum Technologietransfer und zur Forschungskooperation werden Schlußfolgerungen gezogen und Empfehlungen zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Hochschule und Wirtschaft gegeben.

Technische Universität Dresden (Hg.): *Schule - Hochschule. Die Technische Universität Dresden an den Gymnasien des Regierungsbezirkes Dresden*. Dresden 1998. 35 S. Kostenlos bei: Technische Universität Dresden, Ref. Öffentlichkeitsarbeit, 01062 Dresden.

Jedem Gymnasium in der Region Dresden ist seit neuestem ein/e Kontakt-HochschullehrerIn der TU Dresden zugeordnet. Die Broschüre will mit dieser Adressensammlung einerseits der 93 Gymnasien im Regierungsbezirk Dresden und andererseits der Hochschullehrer den Austausch zwischen Schule und Hochschule fördern.

Hochschule für Technik und Wirtschaft Dresden (Hg.): *Fünf Jahre Hochschule für Technik und Wirtschaft Dresden* (HTW 1/98). Dresden 1998. 104 S. Bezug bei: HTW, PF 120982, 01008 Dresden.

Das Heft stellt die Bereiche 'Lehre und Studium', 'Forschung und Entwicklung', 'Internationale Arbeit' sowie die Fachbereiche der Dresdner Hochschule sowie ihre Untergliederungen anläßlich des Gründungsjubiläums vor.

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Thüringen, Referat Hochschule und Forschung (Hg.): *Der öffentliche Dienst des Freistaates Thüringen. Struktur, Beschäftigte, Stellen, Probleme* (Das kleine GEW-Kompendium Ausgabe 1998). Erfurt 1998. 85 S. Bezug bei: GEW Thüringen, Ref. Hochschule und Forschung, Geschwister-Scholl-Str. 45, 99085 Erfurt.

Diese vierte, völlig überarbeitete Ausgabe stellt die Situation in ausgewählten Bereichen des öffentlichen Dienstes dar und soll dem Vorurteil gegensteuern, der Osten Deutschlands sei im öffentlichen Dienst besonders üppig ausgestattet. Ebenso will sie zu gründlicheren Analysen zur Personalsituation anregen. Im Anhang findet der Nutzer Angaben zur Geburtenentwicklung in Thüringen und Personalstatistiken.

Zwiener, Ulrich: *Zwischen gestern und morgen. Jenaer Begegnungen* (Schriften des Collegium Europaeum Jenense Sonderheft). Jena 1998. 144 S. DM 9,90. Im Buchhandel.

Der Autor, Pathophysiologie-Professor an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, war seit 1989 intensiv am Umbau der Universität beteiligt, u.a. als Mitbegründer der „Aktionsgemeinschaft zur demokratischen Erneuerung der Hochschule“. Der hier vorgelegte Band vereint zahlreiche kleine Texte, die Alltagsbeobachtungen in zeitgeschichtliche Kontexte einordnen. Thematisch beschreiben sie Begegnungen des Verfassers, die sich aus seiner Tätigkeit an der Universität - vor und nach 1989 - ergeben, und liefern insoweit subjektiv gebrochene Beiträge zur Jenenser Universitätszeitgeschichte.

Friedrich-Schiller-Universität Jena, der Rektor (Hg.): *Who's Who. Hochschullehrer an der Friedrich-Schiller-Universität Jena*. Jena o.J. [1998]. 374 S. DM 16,-. Bezug bei: Friedrich-Schiller-Universität, Referat für Öffentlichkeitsarbeit, Fürstengraben 1, 07743 Jena.

Die Universität Jena legt mit diesem Band ein Kompendium mit wissenschaftlichen „Steckbriefen“ ihrer ProfessorInnen und HochschuldozentInnen vor. Er soll vor allem als Kontaktbörse für Wissenschaftler, Unternehmer und Studenten dienen.

3. Wissenschaft & Hochschulen in Osteuropa²

Pasternack, Peer: *Hochschule & Wissenschaft in Osteuropa. Annotierte Bibliographie der deutsch- und englischsprachigen selbständigen Veröffentlichungen 1990 - 1998 / Higher Education & Research in Eastern Europe*.

² „Osteuropa“ steht an dieser Stelle vereinfachend für die früher sozialistischen Staaten Ostmittel-, Ost- und Südosteuropas sowie die außereuropäischen Staaten, die vornehmlich als Sowjetrepubliken zur UdSSR gehörten. Formal werden hier – wie unter Pkt. 1. und 2. – selbständige Publikationen erfaßt, d.h. unselbständig erschienene Zeitschriften- und Sammelbandartikel finden sich nicht berücksichtigt. Thematisch sind Publikationen einbezogen, die sich (a) mit der Hochschul- und Wissenschaftsgeschichte osteuropäischer Staaten ab 1917 (Sowjetrußland/UdSSR) bzw. ab 1945 (alle anderen Länder), (b) mit der Hochschul- und Wissenschaftsentwicklung in Osteuropa seit 1990 sowie (c) mit den west-ost-europäischen Hochschul- und Wissenschaftsbeziehungen beschäftigen. Berücksichtigung finden Publikationen in deutscher und englischer Sprache.

Annotated Bibliography of Monographs and Contributed Works in German and English Language 1990 - 1998. HoF Wittenberg, Wittenberg 1999. 81 S. Bezug bei: HoF Wittenberg – Institut für Hochschulforschung, Collegienstr. 62b, 06886 Wittenberg.

Paul, Siegfried: *Die Moskauer mathematische Schule um N. N. Lusin. Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte. Arbeitsprinzipien. Zerfall. Unter besonderer Berücksichtigung der Kampagne gegen Lusin im Sommer 1936* (Berliner Studien zur Wissenschaftsphilosophie & Humanontogenetik, Bd. 11). Kleine Verlag, Bielefeld 1997. 238 S. DM 39,80. Im Buchhandel.

Die Untersuchung schildert Aspekte wissenschaftlicher Schulbildung im 20. Jahrhundert unter den spezifischen Bedingungen der Sowjetunion. Die Kapitel: Elemente der Vorgeschichte der Moskauer mathematischen Schule um N. N. Lusin; Die Moskauer mathematische Gesellschaft im 19. und in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts; „Geburt“ und Entwicklung der Schule um N. N. Lusin; N. N. Lusin nach dem Zerfall seiner Schule; Das Jahr 1936, die Zeit davor und die Zeit danach.

Kersten, Norbert/Köhler, Ralf (Hg.): *Bibliographien zur Geschichte Ostmitteleuropas* (Tagungen zur Ostmitteleuropa-Forschung Bd. 5). Hrsg. vom Herder-Institut. Verlag Herder-Institut, Marburg 1997. 115 S. Im Buchhandel oder bei: Herder-Institut, Gisonenweg 5-7, 35037 Marburg.

Das Herder-Institut betreut seit seiner Gründung im Jahre 1950 eine Reihe von Bibliographien zur Geschichte und Landeskunde verschiedener ostmitteleuropäischer Geschichtslandschaften. Die Erfassung schließt auch die zeitgeschichtliche Literatur mit ein. Seit 1994 sind für diese Arbeit Kooperationspartner vor Ort gesucht und gewonnen worden. Die sich daraus ergebenden Probleme und bislang gesammelte Erfahrungen wurden auf der hier dokumentierten Tagung diskutiert.

Weczerka, Hugo (Hg.): *Aspekte der Zusammenarbeit in der Ostmitteleuropa-Forschung. Tagung des Herder-Instituts und des J.G. Herder-Forschungsrates am 22./23. Februar 1994* (Tagungen zur Ostmitteleuropa-Forschung Bd. 1). Verlag Herder-Institut, Marburg 1996. 116 S. Im Buchhandel oder bei: Herder-Institut, Gisonenweg 5-7, 35037 Marburg.

Das Herder-Institut hat sich nach einer Evaluierung durch den Wissenschaftsrat inhaltlich neu ausgerichtet, damit nicht zuletzt neueren politischen Entwicklungen Rechnung tragend. Der Band dokumentiert die Tagung zur Eröffnung des „neuen“ Herder-Instituts als Serviceeinrichtung für die Forschung. Die Tagung suchte insbesondere die Möglichkeiten der Zusammenarbeit in der Ostmitteleuropaforschung zwischen Deutschland und den Ländern Ostmitteleuropas auszuloten. Die hier relevanten Hauptbeiträge sind: „Perspektiven deutsch-polnischer Zusammenarbeit in der Geschichtswissenschaft“ (Rex Rexheuser), „Probleme und Chancen der Kooperation tschechischer und deutscher Historiker“ (Jan Kren), „Möglichkeiten der Kooperation im Bereich der Regionalforschung Ostmitteleuropas“ (Horst Förster).

Sterbling, Anton: *Überlegungen zum Stand der soziologischen Südosteuropaforschung und zur Sozialstruktur südosteuropäischer Gesellschaften* (Beiträge aus dem Fachbereich Pädagogik der Universität der Bundeswehr Hamburg 2/1996). Hrsg. vom Fachbereich Pädagogik der Universität der

Bundeswehr. Hamburg 1996. 63 S. Kostenlos bei: Universität der Bundeswehr Hamburg, FB Pädagogik Holstenhofweg 85, 22043 Hamburg.
Die in diesem Heft zusammengeführten Aufsätze gehen auf Beiträge zu wissenschaftlichen Tagungen zurück, die im Herbst 1995 stattfanden. Im ersten Aufsatz soll ein Überblick über die soziologische Südosteuropaforschung und insbesondere die Rumänienforschung gegeben werden. Auf der Grundlage empirischer Befunde versucht der zweite Aufsatz zu verdeutlichen, warum eine klassentheoretische Betrachtung der Sozialstrukturen südosteuropäischer Gesellschaften unangemessen wäre und weshalb eher Prozesse der sozialen Schließung im Mittelpunkt der Analyse stehen sollten. In diesem Sinn entwickelt der dritte Aufsatz einige grundlegende Überlegungen zum „sozialen Kapital“ und Hinweise zu seiner Rolle in fortgeschrittenen westlichen und in ost- und südosteuropäischen Gesellschaften.

European Centre for Higher Education Bucarest (Ed.): *Multilingual lexicon of higher education. Vol. 2: Central and Eastern Europe also including Greece, Israel, and Turkey.* Ed. by UNESCO. K.G. Saur Verlag, München 1996. XIII+315 S. DM 174,-. Im Buchhandel.

Strenzel, Brigitte: *Bibliographie zur Entwicklung von allgemeiner und beruflicher Bildung in Mittel- und Osteuropa 1995 - 1997.* Hrsg. vom Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung - IuD in Zusammenarbeit mit Fachinformationssystem (FIS) Bildung. Verlag für Wissenschaft und Bildung, Berlin 1997. DM 48,-. Im Buchhandel.

Verzeichnet geographisch gliedert den themenspezifischen Bestand der Bibliothek des Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung Frankfurt a.M., sowohl selbständige Publikationen als auch Zeitschriftenartikel, ebenso deutsch- und englischsprachige Titel wie solche in den jeweiligen Landessprachen. Zu jedem Land auch ein (meist kleines) Unterkapitel „Hochschule, Wissenschafts- und Forschungspolitik“; im hiesigen Kontext interessieren desweiteren einzelne Titel aus den Unterkapiteln „Bildungssystem, Bildungspolitik, Bildungsreform - Stand und Entwicklungen“ sowie „Bildungsforschung und Erziehungsgeschichte“. Alle Literaturnachweise enthalten eine englischsprachige Titelübersetzung sowie Schlagwörter in Deutsch und Englisch. Angekündigt ist eine jährliche Fortsetzung der Bibliographie.

Hüfner, Klaus (Hg.): *Higher Education Reform Process in Central and Eastern Europe* (Ökonomische Theorie der Hochschule Bd. 7). Verlag Peter Lang, Frankfurt a.M. 1995. 254 S. DM 79,-. Im Buchhandel.

In vier vergleichenden Überblicksartikeln und sieben Fallstudien für neun Staaten werden die schwierigen rechtlichen und wirtschaftlichen Probleme einer organisatorischen und inhaltlichen Umgestaltung der Hochschulsysteme seit 1989/90 dargestellt. Im einzelnen: Hochschulreform seit 1990 in den Baltischen Staaten, Polen, frühere DDR, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Rumänien.

Frankel, Mark S./Cave, Jane (eds.): *Evaluating Science And Scientists. An East-West Dialogue On. Research Evaluation In Post-Communist Europe.* Central European University Press, Budapest 1997. 226 p. US\$24.90 (Paperback, ISBN 1858660807). US\$49.90 (Hardcover, ISBN 1858660793). Im internationalen Buchhandel.

Subjects: Evaluation, Peer review of research grant proposals, Finance. Includes bibliographical references and index.

Fiedler, Heinz (ed.): *Innovation centers in Central Europe. Situation, Impact, Perspectives. Documentation of an International Workshop held in Berlin, November 08-10, 1996* (ICECE-Focus vol. 2). Weidler Buchverlag, Berlin 1997. Im Buchhandel.

Mit Beiträgen aus Polen (Krzysztof Zasiadly, Krzysztof Matusiak, Zibigniew Pluta), Tschechischer Republik (Jiri Navratil, Jan Vrátnik), Slowakei (Stefan Vrátny, Judita Suverova) und Ungarn (Gábor Gulácsi, Peter Nagy, Tivadas Lippényi).

Network (Hg.): *Transformation of the Central and East European Science Systems. Prague Closing Workshop December 6-8th 1996*. Prag 1996. 55 S. Bezug bei: Centre für Science, Technology, Society Studies at the Institut of Philosophy of the Academy of Sciences, PhDr. Petr Machleidt, Jilská 1, 11000 Prague 1, Czech Republic.

Die dreisprachige Broschüre (deutsch, englisch, russisch) stellt das Ende 1992 in Deutschland entstandene Netzwerk für die Erforschung der Transformation wissenschaftlicher Systeme in den Ländern Mittel- und Osteuropas vor. Ziel war die institutionelle und inhaltliche Systembeschreibung, -untersuchung und der -vergleich. Es beteiligten sich Wissenschaftler aus Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Rußland, der Slowakei, der Tschechischen Republik, der Ukraine, Ungarn, Weißrußland und Deutschland.

Veld, Roel in 't/Füssel, Hans-Peter/Neave, Guy: *Relations between State and Higher Education* (Legislating for Higher Education in Europe vol. 1). Kluwer Law International, Den Haag/London/Boston 1996. 321 S. Im internationalen Buchhandel. ISBN 90-411-0245-0.

Der Band enthält neben systematisch aufgebauten Kapiteln auch eine Reihe von Länderreports. Neben einigen westeuropäischen Staaten sind Albanien, Weißrußland, Bulgarien, Tschechien, Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Moldavien, Polen, Rumänien, die Slowakei und die Ukraine solche Reports gewidmet.

Wolff, Klaus Dieter (ed.): *Autonomy and external control. The university in search of the golden mean. The Erfurt declaration towards the responsible university of the twenty-first century* (Erfurter Beiträge zur Hochschulforschung und Wissenschaftspolitik vol. 2). iudicium verlag, München 1997. 183+XXXVIII S. DM 38,-. Im Buchhandel.

Der Band enthält ein ausführliches Kapitel zu osteuropäischen Hochschulen unter dem Titel „Universities in central eastern europe and their defiance of autonomy“ mit Fallstudien zu verschiedenen Aspekten der Hochschulautonomie: zur Universität Tartu, Estland (Jaak Aaviksoo), Universität Kosice, Slowakei (Lev Bukovsky), Warsaw School of Economics, Polen (Ewa Chmielecka/Anna M. Osterczuk), Technische Universität Liberec, Tschechien (Radko Kovár), Universität von Lettland (Juris Krumins/Toivo Miljan), Universität Ljubljana, Slovenien (Pavel Zgaga) sowie ein Statement zur Universität Vilnius, Litauen von Rolandas Pavilionis. Die im Titel erwähnte Erfurter Deklaration ist auch in den entsprechenden Sprachen abgedruckt.

Stiftung Deutsch-Amerikanisches Akademisches Konzil DAAK (Hg.): *Symposium Halle 1995. Die Zukunft der Geistes- und Sozialwissenschaften in Ländern Mittelosteuropas unter Berücksichtigung von Erfahrungen aus dem deutschen Einigungsprozeß. The Future of Humanities and Social Sciences in Central Eastern European Countries with Consideration of Experiences from the German Unification Process* (Schriftenreihe des DAAK, Symposien Bd. 3 / Publications of the GAAC, Symposia vol. 3). Bonn/Washington 1996. 238 S. Bezug bei: DAAK, Jean-Paul-Str. 9, 53173 Bonn.

Mit dem ersten Symposium Halle über „Die Zukunft der Geistes- und Sozialwissenschaften in mittelosteuropäischen Staaten unter Berücksichtigung von Erfahrungen aus dem deutschen Einigungsprozeß“ startete die Stiftung DAAK 1995 eine Veranstaltungsreihe, die in deutsch-amerikanischer Partnerschaft den Transformationsprozeß der Wissenschafts- und Forschungslandschaft der MOE-Staaten unterstützen und die wissenschaftliche Kooperation vertiefen sollte. Einleitend sprachen Jürgen Kocka (Berlin) über „Universitäre und außeruniversitäre Forschung: ein zentrales Problem der Reform“, Witold Karczewski (Warschau) zu „Science and the transition period in East-Central Europe, personal remarks of a former Minister of Science“ und Alena Brunovská (Bratislava) über die „Academia Istripolitana, experiences in building new higher education institutions“. Die Sozial- und Wirtschaftswissenschaften behandelten die Beiträge von Witold Malachowski (Warschau): „Die derzeitigen und die geplanten Änderungen des Systems des polnischen Hochschulwesens“, Elzbieta Matynia (New York): „From Assistance and Mutual Learning to Partnership. The experience of the East and Central Europe Program of the Graduate Faculty, New School for Social Research“ und Barbara Heyns (New York): „Transition Discourses: Comparative and Collaborative Work Research“. Über die Rechtswissenschaften sprachen János Zlinszky (Budapest): „Rechtswissenschaften und Rechtsunterricht in Ungarn“ sowie Tibor Vámos (Budapest) unter dem Titel „Confusion an early sorrow - but the story is something else“. Die Geisteswissenschaften waren Gegenstand der Beiträge von Stefan Kaszynski (Poznan): „Zwischen Umorientierung und Neudefinierung. Zur Lage der polnischen Germanistik nach der Wiedervereinigung Deutschlands“ und Stanislava Hýbnerová (Prag): „The reconstruction of the Central Europe space and education to democracy and human rights as a priority in the social sphere“. Außerdem sind die Diskussionen der einzelnen Sitzungen dokumentiert.

Best, Heinrich/Becker, Ulrike/Marks, Arnaud (Hg.): *Social Sciences in Transition. Social Science Information Needs and Provision in a Changing Europe Proceedings of a European Conference in Berlin, November 11th-13th 1994* (Europe in Comparison Bd. 4). Informationszentrum Sozialwissenschaften, Bonn 1996. 482 Seiten. DM 58,-. Bezug bei: Informationszentrum Sozialwissenschaften, Lennéstr. 30, 53113 Bonn.

Der Band enthält 45 Vorträge einer Konferenz, die Ende 1994 in Berlin mit Teilnehmern aus insgesamt 22 europäischen Ländern stattfand, darunter Forscher und Informationsexperten aus 12 mittel- und osteuropäischen Ländern. Zentrale Themen bildeten die Transformationsforschung und der Wandel in den Sozialwissenschaften in Mittel- und Osteuropa, insbesondere im Hinblick auf die Interdependenz zwischen der Verfügbarkeit von sozialwissenschaftlicher Information und der Qualität sozialwissenschaftlicher Forschung. Im ersten Kapitel werden Länderberichte zur Lage der osteuropäischen Sozialwissenschaften und zu deren Informationsbedürfnissen vorgestellt.

Daran schließen sich Berichte über konkrete Forschungsprojekte zu Problemen der Transformation an. Die Beiträge im dritten Kapitel geben einen Einblick in vorhandene Informationssammlungen, referieren Rechercheerfahrungen und erörtern Rechercheinstrumente und deren Entwicklung. Im vierten Kapitel werden internationale Projekte zur Verknüpfung von vorhandenen Informationen und zur Optimierung von deren Erschließung beschrieben.

Best, Heinrich/Becker, Ulrike (Hg.): *Sozialwissenschaften im neuen Osteuropa. Institutionen und Forschungsprojekte 1995/1996. Bd. 3: Social sciences in a new Eastern Europe 1995/1996. Informationszentrum Sozialwissenschaften*, Bonn 1997. 334 S. DM 20,-. Bezug bei: Informationszentrum Sozialwissenschaften, Lennéstr. 30, 53113 Bonn.

Dieser Band stellt 174 Institutioneninformationen und 466 Forschungsprojekte aus Ost- und Ostmitteleuropa der Jahre 1995 und 1996 vor. Desweiteren sind folgende Artikel enthalten: „Acquired Immune Deficiency Syndrome in Social Science in Eastern Europe“ (György Csepeli/Anatal Örkény/Kim Lane Scheppelle), „The Use of International Cooperation in the Social Sciences“ (Rudolf Andorka), „The Immune Deficiency – Acquired or Inherited?“ (Zuzana Kusá), „Whose Social Science Is Colonized?“ (Alaina Lemon/David Altshuler) und „Response to Our Critics (and to Our Supporters)“ (György Csepeli/Anatal Örkény/Kim Lane Scheppelle). Es folgt eine länderspezifische Auflistung von Institutionen und Forschungsprojekten.

Kehm, Barbara/Maiworm, Friedhelm/Over, Albert/Reisz, Robert D./Steube, Wolfgang/Teichler, Ulrich: *Integrating Europe through Cooperation among Universities. The Experiences of the TEMPUS Programme* (Higher Education Policy Series vol. 43). Jessica Kingsley Publishers, London/Philadelphia 1997. 346 S. Im internationalen Buchhandel. ISBN 1853024953.

The TEMPUS Programme was launched by the Council of the European Communities in 1990, intended to promote reforms of the higher education systems in Central and Eastern European partner countries and to support the adjustment of these countries to the needs of a market economy. This book contains findings and results with regard to the first six years of the TEMPUS Programme. It provides evidence of the Programme's intentions and actual achievements in supporting renewal and actual and in contributing to economic restructuring. In order to provide a comprehensive evaluation and an accurate overview, description and analysis of the programme activities is given according to their structure, their administrative support and their actual realisation in the higher education institutions.

Schäferbarthold, Dieter: *Die wirtschaftliche und soziale Förderung der Studierenden in Staaten Mittel- und Osteuropas*. Hrsg. vom Deutschen Studentenwerk DSU. Bonn 1996. 119 S. Kostenlos bei: DSU, Weberstr. 55, 53113 Bonn.

Anhand der allgemeinen Hochschulsituation, der Hochschulfinanzierung, der Organisation der sozialen Infrastruktur für die Studierenden und der bisherigen deutschen Zusammenarbeit mit den Ländern Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowakische und Tschechische Republik, Slowenien und Ungarn sucht die Studie, einen Überblick über die Hochschulsysteme dieser ostmittel- und südosteuropäischen Staaten unter besonderer Berücksichtigung der sozial relevanten Aspekte zu geben.

Jug, Jurij/Pöggeler, Franz (eds.): *Democracy and adult education* (Studies in pedagogy, andragogy and gerontology vol. 27). Verlag Peter Lang, Frankfurt a. M. 1996. 321 S. DM 89,-. Im Buchhandel.

Political changes after 1989 influenced adult education in the states of Eastern and South-Eastern Europe. They have changed its aim, evaluation and values. Many countries have therefore looked back on their own tradition in this field and tried to accord it with the present situation. Political changes have influenced economy as well as culture and education. Adult education is a sphere which is particularly touchy. It has to adapt to new democratic multiparty system. Contents: The stress is on the consequences of ideological changes which occurred after the change of political situation in Eastern, Central and South-Eastern Europe, beside adult education in Western Europe and South-Korea.

Kuklinski, Antoni (Ed.): *Production of knowledge and the dignity of science* (Europe 2010 Series vol. 2). Ed. by European Institute for Regional and Local Development, University of Warsaw. Warsaw 1996. 310 S. Bezug bei: European Institute for Regional and Local Development, University of Warsaw, ul. Krakowskie Przedmiescie 30, 00-927 Warszawa, Poland. ISBN 83-85557-21-0.

Ursprünglich aus einer polnisch-britischen Wissenschaftlerinitiative entstanden, die Thesen des 1994 erschienenen Buches „The New Production of Knowledge“ von Gibbons et al. zu diskutieren, entwickelte sich aus einem Seminar zum Thema „The Dynamics of Science and Research in Contemporary Societies. The Experiences and Problems in Central Europe“ vorliegende Publikation, die u.a. eine Reihe von Fallstudien und Berichten aus ostmittel- und osteuropäischen Ländern enthält: New Imperatives für Science Policy in Central and Eastern Europe (Michael Gibbons), Technology and Economic Transformation (David A. Dyker), Multinational Companies and the Development and Diffusion of New Technologies in Eastern and Central Europe and the Former Soviet Union (Margaret Sharp/Michael Barz), The Reform of R&D System in Estonia (Helle Martinson), The Transformation of Science and Technology in Hungary (József Imre/Gyöngyi Várszegi), The Czech National R&D System in a Post-transformative Environment (Karel Müller), The Transformation of Science and Technology in Slovakia (Stefan Zajac), Are Science and Technology in Poland Different? (Andrzej H. Jasinski), Transformation of Science - The Experiences and Prospects in Central and Eastern Europe (A. Kuklinski).

Groen, Adriaan in 't: *Nach dem Fall der Mauer. Transformationsprozesse an mitteleuropäischen Universitäten. Beobachtungen auf einer Studienreise. Akteure, Motive und Schauplätze, Winter 1996-1997. Deutsch und niederländisch*. Hrsg. von Vossiuspers AUP, Groep Institutionele Ontwikkeling, Universiteit van Amsterdam, Amsterdam 1997. 123+126 S. Der Autor weilte an den Universitäten (Ost-)Berlin, Budapest und Prag zu Studienaufenthalten und beschreibt zunächst seine jeweiligen Beobachtungen, um sie sodann miteinander zu vergleichen.

Das kulturelle Europa. Bildungs-, Wissenschafts- und Kulturkooperation Österreichs mit Mittel- und Osteuropa im europäischen Kontext. multiart, Wien 1997. 66 S.

Die Broschüre soll einen Beitrag dazu leisten, internationalen Partnern einen exemplarischen Überblick über die österreichischen Erfahrungen und Aktivitäten auf dem Gebiet der Kultur-, Bildungs- und Wissenschaftskooperation zu verschaffen. Vorgestellt werden das institutionelle Repertoire, die Förderstellen und Förderschwerpunkte sowie einige beispielhafte Projekte und Initiativen für bi- und multilaterale Kooperationen.

Melezinek, Adolf (Hg.): *Ingenieur 2000. Overinformed - Undereducated? Referate des 26. Internationalen Symposiums „Ingenieurpädagogik '97“* (Leuchtturm-Schriftenreihe Ingenieurpädagogik Bd. 37). Leuchtturm-Verlag, Alsbach 1997. 655 S. DM 65,-. Im Buchhandel.

Der Tagungsband enthält u.a. 16 Einzelbeiträge zur „Curriculumentwicklung in den Ingenieurwissenschaften“, darunter wiederum einige Artikel zu ostmittel- und osteuropäischen Entwicklungen: Atanasiu, Gheorghe: The Credit Transfer System (CTS) a new instrument for the Romanian High Technical Education; Driensky, Dusan: Ingenieurpädagogische Ausbildung in der Slowakei; Lauzakas, Rimantas/Lydeka, Zigmars: The transformation of technical thought and the educational process of entrepreneurial ability during the formation of a market economy; Liska, Miroslav/Komrska, Jiri/Dub, Petr: Evaluation of engineering study programs and faculties of Czech technical universities; Mitin, Boris S./Manuilov, Vitaliy/Machnev, Evgeniy: The joint academia/Industrie Program for elite training of engineers; Pivnyak, G./Puilov, P./Bilichenko, N./Salov, V.: Elaboration concepts of Ukraines higher education state standard in the direction of „Mining“ training.

Kobelt, Karl: *Anton Makarenko - ein stalinistischer Pädagoge. Interpretationen auf dem Hintergrund der russisch-sowjetischen Bildungspolitik* (Menschen und Strukturen Bd. 9). Verlag Peter Lang, Frankfurt a. M. 1996. 299 S.

In die Darstellung integriert ist diejenige der Entwicklung der sowjetischen Pädagogik im allgemeinen, des Platzes von Makarenko in dieser Wissenschaft im besonderen.

Klejn, Lev S.: *Das Phänomen der sowjetischen Archäologie. Geschichte, Schulen, Protagonisten* (Gesellschaften und Staaten im Epochenwandel Bd. 6). Verlag Peter Lang, Frankfurt a.M. 1997. 411 S. DM 118,-. Im Buchhandel.

Der Autor liefert eine detaillierte und fundierte archäologiegeschichtliche Darstellung. Die sowjetische Archäologie war erheblichen Wechselfällen ausgesetzt, erlebte große Theoriedebatten, und Schulbildung war eines ihrer prägenden Merkmale. Das Buch umfaßt in einer wissenschaftstheoretischen Rückblende die Entwicklung der Archäologie in der Sowjetunion von ihren kulturhistorischen Anfängen über die Soziologisierung der Geschichtswissenschaften bis zur Entgegenständlichung der Archäologie, worunter insbesondere die Brandmarkung der Quellenorientiertheit als „Artefaktologie“ hervorgehoben wird. Mit Fokus auf die Herrschaft Stalins, Chruschtschows und Breschnews exemplifiziert es den Einfluß von Ideologie und Partei auf den Gang der Geschichtswissenschaft an ihren Institutionen (Staatliche Akademie für Geschichte der Materiellen Kultur), den Wissenschaftlern (Pokrovskij, Friche, Marr, Ravdonikas, Arcichovskij, Rybakov, Grekov, Tretjakov u.v.a.m.) wie den archäologischen Fachrichtungen (Soziologie, Ethnogenetik etc.). Aus dem Inhalt: Determinanten – Die Revolution in der Archäologie – Die Archäologie in Stalins Macht – Tauwetter, Entspannung und Stagnation in der Archäologie – Arena der Diskussionen – Zum Gegenstand

der Disziplin – Generationen und ihre Bestrebungen – Im Zeichen der Geschichte – Die Archäologie einer Großmacht – Archäologie unter der roten Fahne – G. Childe – Das Lesen zwischen den Zeilen – Persönlichkeiten im System. Die 1993 zunächst auf russisch erschienene Untersuchung hatte eine polemische Reaktion provoziert, die sich am Ende der deutschen Ausgabe dokumentiert findet, ergänzt um die Antwort Klejns, deren Veröffentlichung in der entsprechenden russischen Fachzeitschrift abgelehnt worden war.

Rezun, Miron: *Science, technology, and ecopolitics in the USSR*. Praeger, Westport/Conn. 1996. Im internationalen Buchhandel. ISBN 0275953831.

Josephson, Paul: *Totalitarian Science and Technology* (Control of Nature Science). Humanities P. (USA) 1996. £27.95 (Geb.), £9.95 (Paperback). Im internationalen Buchhandel.

Josephson, Paul R.: *New Atlantis revisited. Akademgorodok, the Siberian city of science*. Princeton University Press, Princeton, N.J. 1997. 351 S. £25.96. Im internationalen Buchhandel. ISBN 0691044546.

Berghorn, Gregor/Judina, Tatjana: *Wörterbuch Deutsch - Russisch: Begriffe aus Wissenschaft und Hochschule*. Hrsg. vom Deutschen Akademischen Austauschdienst. Bonn 1996. 132 S. Bezug bei: DAAD, Kennedyallee 50, 53175 Bonn.

Neben den üblichen Studienführer-Informationen enthält der Band eine Rankingliste aller russischen Universitäten, aufgestellt vom Moskauer Staatskomitee für Hochschulbildung.

Eimermacher, Karl/Hartmann, Anne (Hg.): *Deutsch-russische Hochschulkooperation am Beispiel der Ruhr-Universität Bochum*. Hrsg. vom Lotman-Institut für russische und sowjetische Kultur. Bochum 1997. 259 S. Kostenlos bei: Lotman-Institut, Ruhr-Universität Bochum, 44780 Bochum.

Im Rahmen von zwei Partnerschaftsverträgen mit russischsprachigen Hochschulen, einem TEMPUS-TACIS-Projekt und diversen durch das Programm INTAS geförderten Kooperationen engagiert sich die Ruhr-Universität im deutsch-russischen Wissenschaftsaustausch. Der Sammelband soll Einblick in diese Kooperation bieten und enthält u.a. folgende im hiesigen Kontext interessierende Beiträge: „Bildungsforschung mit und über Rußland (GUS)“ (Friedrich Kuebart), „Kooperationsbeziehungen des Lehrstuhls für osteuropäische Geschichte mit der GUS bzw. Rußland“ (Bernd Bonwetsch), „Zur Begegnung mit Wissenschaftlern und Studierenden der Germanistik aus osteuropäischen Ländern“ (Siegfried Grosse), „Forschung und Lehre – ein geisteswissenschaftliches Kooperationsprojekt“ (Hans-Heinrich Bukow), „Kooperationserfahrungen der Bochumer Slavistik mit der Universitätspartnerschaft Bochum-Minsk“ (Helmut Jachnow/Karin Tafel), „Akustische Datenbanken und Analyse lautsprachlicher Texte als Gegenstand der Kooperation mit russischen Linguisten und Psychoakustikern“ (Christian Sappok), „Allgemeine Überlegungen zu den 85 Kooperationen“ (Karl Eimermacher), „TEMPUS-Projekt Nr. 9999-95: Gründung des Instituts für europäische Kulturen in Moskau“ (Karl Eimermacher/Klaus Waschik/Stefanie Gronowald), „Das Modell Bochum: ein Projekt zur Weiterqualifizierung russischer Germa-

nisten an der Ruhr-Universität“ (Paul Gerhard Klusmann/Frank Hoffmann), „Rußlandkooperation am Lehrstuhl für öffentliches Recht“ (Knut Ipsen/Brigitte Reschke/Georg Findeisen), „Fakultät für Elektrotechnik: Zusammenarbeit mit der Universität Minsk 1987-1997“ (Gerhard Schiffner/V. Saetchnikov) und „Chancen der Kooperation mit Partnern aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion im Rahmen spezifischer Förderprogramme der Europäischen Union“ (Wolfgang Schuhmann).

University of Crete/Thermos, Elias (eds.): *European Union and Ukraine*. Heraklion/Crete 1997. 159 S. Bezug bei: Office of International Relations and European Programmes, University of Crete, Knossou Avenue, Gr - 71409 Heraklion, Crete.

Dargestellt werden die Ergebnisse eines TEMPUS/TACIS-Projekts „Modernization of the Curriculum in International Relations and European Studies of the International Slavonic University (former 'Academy of Humanities') in Kharkov, Ukraine“.

Gesellschaft der Freunde der Baltischen Universitäten und Akademien (Hg.): *Jahrbuch Bd. 1-3*. Aachen 1995-1997. 200, 124, 126 S. Bezug bei: Gesellschaft der Freunde der Baltischen Universitäten und Akademien e.V., Universitätsklinikum RWTH Aachen, Institut für Anatomie, Pauwelsstr. 30, 52057 Aachen.

Neben Mitteilungen aus dem Vereinsleben enthalten die Jahrbücher auch Aufsätze zu aktuellen Entwicklungen in den Hochschul- und Wissenschaftssystemen der baltischen Staaten.

Niezgoda, Ewa (Ed.): *Development of education in Poland. International Conference on Education 45th session, Geneva*. Ed. by Ministry of National Education of Poland. Warsaw 1996. 171 S. ISBN 83-85430-31-8.

Zielinska, Hanna (Hg.): *Polnische Pädagogik in der Zeit der Wende. Vier Vorträge in Oldenburg* (Oldenburger Universitätsreden H. 85). Bibliotheks- und Informationssystem der Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg, Oldenburg 1996. 64 S. 6,- DM. Im Buchhandel.

Im Rahmen eines Symposiums, das die Arbeitsstelle Bildungsforschung im Fachbereich 1/Pädagogik der Universität Ende 1995 durchführte, haben Wissenschaftler der Oldenburger Partneruniversität „Nikolaus Kopernikus“ in Thorn versucht, eine Zwischenbilanz der Diskussionen um die Umgestaltung des polnischen Bildungswesens zu ziehen. Die Broschüre präsentiert die Vortragstexte von Hanna Zielinska („Polen in der Zeit der Wende. Eine neue Gesellschaft? Eine neue Pädagogik?“), Roman Schulz („Aktuelle Probleme der Bildungsentwicklung in Polen“), Aleksander Nalaskowski („Sieben Hauptmythen der polnischen nichtstaatlichen Ausbildung“), desweiteren von Marian Bybluk („Die russische Schule auf dem Reformweg“).

Lewowicki, Tadeusz/Mieszalski, Stefan/Szymanski, Mirosław S./Bandau, Susanne (Hg.): *Schule und Erziehungswissenschaft im Umbruch. Ergebnisse eines polnisch-deutschen Symposiums* (Studien und Dokumentationen zur vergleichenden Bildungsforschung Bd. 69). Böhlau Verlag, Köln 1996. XV+290 S. DM 48,-. Im Buchhandel.

U.a. mit folgenden Beiträgen: Oskar Anweiler: Historische und vergleichende Aspekte der Wandlungen in der Pädagogik und im Bildungswesen Polens, Rußlands und der früheren DDR; Siegfried Baske: Reformpädagogik in Deutschland und Nowe Wychowanie in Polen am Ende des 20. Jahrhunderts; Bernd John: Stalinisten, Revisionisten, Reformkommunisten? Zum Bild der polnischen Pädagogik in der DDR; Friedrich W. Busch: Schulreform und Lehrerausbildung - Möglichkeiten und Grenzen einer Mitwirkung der Erziehungswissenschaft.

OECD (Ed.): *Reviews of National Science and Technology Policy: Poland*. Paris 1996. 212 pp. DM 40,-. ISBN 92-64-14642-3. Bezug bei: OECD Publications, 2 rue André-Pascal, 75775 Paris, Cedex 16, France.
Reviews of National Science and Technology Policy Poland towards a market economy since January 1990. While the political and economic transitions have been successful, they have necessitated budgetary restrictions which have affected other sectors, and science and technology (S&T) in particular. This is the first OECD review of S&T policy in Poland. It evaluates the mechanisms and reforms recently introduced into the S&T system by the State Committee for Scientific Research (KBN) and offers solutions suggested by the experience of other OECD countries in the areas of institutions, higher education, public research, industrial R&D and technology diffusion.

Gesellschaft deutscher und slowakischer Pädagogen an der Pädagogischen Hochschule Freiburg im Breisgau (Hg.): *Beiträge zur deutschen und slowakischen Pädagogik. Jahrbuch Gesellschaft deutscher und slowakischer Pädagogen an der Pädagogischen Hochschule Freiburg im Breisgau. Bde. 1995-1997*. Freiburg i.Br. o.J. [1996-1998]. 62, 141, 125 S. Je Band DM 12,-. Bezug bei: Gesellschaft deutscher und slowakischer Pädagogen an der Pädagogischen Hochschule Freiburg im Breisgau, Kunzenweg 21, 79117 Freiburg.

Die Jahrbücher versammeln vereinsinterne Mitteilungen, Beiträge zu pädagogischen Fachthemen, daneben auch Artikel zur Geschichte und Entwicklung des slowakischen Bildungssystems sowie Bibliographien zu diesem Thema.

OECD: *Review of Educational Policy in Slovenia*. Paris 1998., <http://www.oecd.org/els/papers/papers.htm>, Free On-line Document, .pdf-Format.

Hochschulrektorenkonferenz HRK (Hg.): *Stand und Perspektiven der Zusammenarbeit mit Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen in Rumänien. Koordinierungsgespräch in der Hochschulrektorenkonferenz am 24. Juni 1997* (Materialien zur Hochschulkooperation 11/1998). Bonn 1998. 79 S. Kostenlos bei: HRK, Öffentlichkeitsarbeit, Ahrstr. 39, 53175 Bonn.
Der Band dokumentiert das im Juni 1997 stattgefundene Koordinierungsgespräch über den Stand und die Perspektiven der Zusammenarbeit mit den Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen in Rumänien. Es enthält folgende Beiträge: „Aktuelle Entwicklungen im rumänischen Hochschulwesen“ (Lesley Wilson), „Tempus-Phare“ (Wolfgang Trenn), „Sokrates und Leonardo“ (Siegbert Wuttig), „Programme des DAAD für Hochschulkooperationen“ (Hannelore Bossmann) und „Volkswagen-Stiftung“ (Helga Junkers). Zum Abschluß sind allgemeine Informationen und statistische Angaben sowie Kooperationen wissenschaftlicher Beziehungen zwischen beiden Ländern aufgeführt.

Kürschners Deutscher Gelehrten-Kalender 1996. Bibliographisches Verzeichnis deutschsprachiger Wissenschaftler der Gegenwart. 17. Ausgabe. CD-ROM, mit Publikationslisten. ISBN 3-11-014925-7. DM 1.920,-

In *hochschule ost* 1/1998, 236f. wurde die Buchfassung des „Kürschner“ von 1996 vorgestellt. Inzwischen erschien die zugehörige CD-ROM, die vor allem der Entlastung des gedruckten Werkes dient: Es hätte nicht auf zwei Großoktavbände reduziert werden können, wenn in ihnen die Bibliographien der berücksichtigten WissenschaftlerInnen auch nur teilweise aufgenommen worden wären.

Identisch mit der Buchausgabe sind: Namen, Anschrift, Wirkungsort, Fachgebiet der 60 000 habilitierten WissenschaftlerInnen an deutschen wissenschaftlichen Institutionen; Daten zum akademischen Lebenslauf und zur wichtigsten Publikationstätigkeit bei etwa der Hälfte der Personen (aufgrund eines beantworteten Fragebogens). Artikel, die am Ende durch „Red“ gekennzeichnet sind, wurden aus den früher gespeicherten Daten der Redaktion zusammengestellt, weil kein neuer beantworteter Fragebogen vorlag.

Zusätzlich zur Buchausgabe enthält die CD-ROM für etwa 12 000 WissenschaftlerInnen – alle, deren Lemma in der Buchausgabe mit dem Vermerk „CD“ schließt – eine auch die nicht-selbständigen Arbeiten umfassende Publikationsliste. Die Mathematiker sind dank der Mitwirkung des Fachinformationszentrums Karlsruhe nahezu vollständig vertreten. Schade, daß 48 000 KollegInnen anderer Disziplinen, darunter viele mit gewichtigen Œuvres, kein Schriftenverzeichnis geliefert haben.

Laut Mitteilung des Verlags an alle in Betracht kommenden WissenschaftlerInnen (undatiert, wohl von 1995) waren nicht zu berücksichtigen Artikel in der Presse (gemeint waren wohl alle Medien) und sonstige nicht rein wissenschaftliche Veröffentlichungen. Unbedingt genannt werden sollten dagegen „aufsatzähnliche Rezensionen“, zu Recht: Ist doch zuweilen, je nach der Person des Schreibenden, eine 2-Seiten-Besprechung gehaltvoller und für die weitere Forschung wichtiger als ein 10-Seiten-Aufsatz; deshalb plädiere ich für die Anführung aller Rezensionen, die mehr als 'Waschzettel' sind. Die Verlagsempfehlung hatte unterschiedliches Echo: Manche AutorInnen nannten überhaupt keine Rezensionen, andere alle. Entsprechend der vom Verlag bekundeten Absicht, zur Zeit- und Kostenersparnis das Material genauso einzugeben, wie es vorgelegt wird, bietet sich also in bezug auf die Rezensionen (und nicht nur da) ein ziemlich buntes Bild: Gelegentlich wurde der Besprechungspassus mißverstanden, so daß sämtliche Besprechungen *eigener* Bücher durch Dritte

aufgelistet wurden. – Unterschiedlich auch das Verfahren der AutorInnen in bezug auf Beiträge in den Medien. – Manche führen noch Ungedrucktes an, mit dem vagen Vermerk „im Druck“ oder mit der Angabe „Veröffentlichung im Jahr 1996 gesichert“, z. T. auch schon mit Veröffentlichungsort. – Einige Beiträger gaben, einem Verlagsvorschlag folgend, einen Redaktionsschluß an. – Mehrere AutorInnen benutzten die Gelegenheit zu Kommentaren wie dem, daß ein Artikel „durch grobe Satzfehler und eigenmächtige Änderungen des Herausgebers stark entstellt ist“. – Wie unterschiedlich die einzelnen BeiträgerInnen die Vorgaben beachteten, zeigt etwa folgender Fall: Zwei Mitherausgeber des „Neuen Pauly“ (Bd. 1 erschien 1996) verweisen auf ihre „Mitherausgeberschaft seit 1994“ (da hatte die Arbeit an dem altertumswissenschaftlichen Nachschlagewerk bereits begonnen), aber der Hauptherausgeber erwähnt das Werk noch nicht (seine Bibliographie stammt vom Herbst 1995), sondern nur einen 1991 abgefaßten Beitrag zur Konzeption des neuen Wissensspeichers. – Freie Hand hatten die WissenschaftlerInnen auch bei Reihenfolge und Systematisierung der Auflistung. So findet sich neben rein chronologischer Abfolge sämtlicher Publikationen die Aufgliederung in Bücher, Aufsätze, Rezensionen usw.

Titel in Sprachen mit nichtlateinischem Alphabet, also z. B. Griechisches und Kyrillisches, wurden meist nicht verändert, zum Teil in lateinische Buchstaben transliteriert, mit dem Vermerk „Griechisch:“. Dabei gab es Uneinheitlichkeiten. Bei Hörandner wurden kurioserweise Dutzende deutscher Titel bis zur Unkenntlichkeit ins Griechische transliteriert. Die Re-Transliteration könnte als anspruchsvolle Aufgabe für begabte Examenkandidaten genutzt werden! Die Lemma-Enden sind durch nochmalige Nennung des Familiennamens und des Wohnorts markiert. Eine vollständige Vereinheitlichung der Angaben ist nicht möglich, doch sollten anläßlich der nächsten Ausgabe im Jahr 2000 die AutorInnen erneut eindringlich gebeten werden, 1. die Publikationsjahre hervorzuheben, durch Halbfettdruck oder wie immer; 2. nicht in lateinischen Buchstaben gehaltene Titel exakt zu transliterieren (z. B. Epsilon als e, Eta als e mit Längezeichen darüber, wie es jetzt schon G. St. Henrich getan hat); 3. für Zeitschriften etc. Abkürzungen zu verwenden, die auch der Nichtfachmann entschlüsseln kann, oder der Bibliographie ein eigenes Abkürzungsverzeichnis voranzustellen wie bei Forssmann u. a.

Unbeschadet einzelner Schönheitsfehler: Die „Kürschner“-CD-ROM ist ebenfalls ein wichtiges, ja unentbehrliches Arbeitsmittel, für das man dem Verlag de Gruyter sehr dankbar ist. Eines Tages wird das Material auch online angeboten werden.

Jürgen Werner (Leipzig)

Nikitin, Pjotr I.: Zwischen Dogma und gesundem Menschenverstand. Wie ich die Universitäten der deutschen Besatzungszone „sowjetisierte“. Erinnerungen des Sektorleiters Hochschulen und Wissenschaft der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (= Edition Bildung und Wissenschaft, Bd. 6. Hrsg. von Manfred Heinemann), Akademie Verlag Berlin 1997, 284 S., ISBN 3-05-003174-3, DM 98,-.

Es ist schon etwas ungewöhnlich, wenn in einer akademischen Buchreihe ein autobiographischer Bericht aufgenommen wird. Im vorliegenden Fall stellt die Durchbrechung dieses Prinzip jedoch eher einen Gewinn dar. Das hängt nicht zuletzt damit zusammen, daß der Autor über ein ausgesprochenes Geschick verfügt, eine Thematik spannend und interessant zu erzählen. Er berichtet über Persönliches und hoch Politisches. P. I. Nikitin geht als ehemaliger leitenden „Hochschuloffizier“ der Frage nach der „Sowjetisierung“ der Universitäten und Akademien in der damaligen Besatzungszone der UdSSR in Deutschland nach. Als ehemals hierfür maßgeblicher Akteur weiß er viel zu berichten. Dabei helfen ihm sein ausgeprägtes Gedächtnis, wie auch Literaturrecherchen in Moskauer Archiven.

Der Autor kommt zu überraschenden Einschätzungen. Im Hochschul- und Akademiesbereich der späteren DDR war weder eine Übertragung von Rezepten aus sowjetischer Erfahrung beabsichtigt, noch hätte sie - so seine Meinung - funktioniert, noch entsprach sie den Vorstellungen der Mehrheit der ostdeutschen Volksbildungsabteilung. Hier hatte man eigenständige Vorstellungen von einem demokratischen Neubeginn im Hochschulbereich. Nikitin arbeitet an Hand von vielfältigen Beispielen heraus, daß der Einfluß der Alliierten im Bildungswesen, vor allen über die Kontrollratsbeschlüsse, viel größer war, als man gemeinhin annimmt. Die vorliegenden Erinnerungen stützen vielmehr die These von der weitgehenden „Selbstsowjetisierung“ des ostdeutschen Hochschul- und Bildungswesens. Relikte der deutschen bürgerlichen Wissenschaftstradition seien von der Sowjetischen Kontrollkommission auch noch über 1954 hinaus respektiert worden.

So viel interessante und zum Teil völlig neue Informationen diesem Buch auch zu entnehmen sind, so bleiben doch allgemeinere Überlegungen unberücksichtigt. Auch wenn die sowjetischen „Kultur- und Bildungsoffiziere“ eine moderatere Haltung gegenüber dem früheren Kriegsgegner einnahmen, so hatten diese letztlich doch natürlich nicht das politische Sagen. Sie waren selbst oft genug politischen Zwängen ausgesetzt. Und wie wirkten sich die viel subtileren Zwänge auf die ostdeutschen Akteure aus? Eine Antwort auf diese Frage bleibt der Verfasser schuldig.

hochschule ost 1-2/1999

So enthält das Buch nicht nur interessante Passagen, sondern regt auch zum Widerspruch an; vor allem dann, wenn Vorgänge, Anweisungen oder oft selbst auf Unverständnis gestoßene Entscheidungen nicht hinterfragt werden oder die politische „Großwetterlage“ nicht ausreichend Beachtung findet. Viel zu wenig werden als „stalinistisch“ zu bezeichnende Handlungen kritisiert oder wenigstens diskutiert. Auch heute noch scheint der Autor hiervon zu resignieren. Auch geht er viel zu wenig auf die 1989/90 einsetzenden Veränderungen im Akademie- und Universitätsbereich der DDR ein. Warum unterbleibt weitgehend eine Verteidigung der von ihm zumindest mittelbar mitgeschaffenen Strukturen in der ostdeutschen Wissenschaft, als diese dem nicht immer besseren Modell Westdeutschlands geopfert wurden? Hier hätte man etwas mehr Engagement erwarten können.

Abgesehen von den beiden angeführten Monita ist der vorliegende Band ein Gewinn für alle diejenigen Forscher, die sich mit der jüngsten (ost)deutschen Wissenschaftsgeschichte befassen.

Ulrich van der Heyden (Berlin)

Thomas Raiser: Schicksalsjahre einer Universität. Die strukturelle und personelle Neuordnung der Humboldt-Universität zu Berlin 1989-1994. Berlin Verlag Arno Spitz/Nomos-Verlag, Berlin/Baden-Baden 1998, 210 Seiten. ISBN 3-87061-731-4. DM 48,-.

Einen Überblick über die Erneuerung der Humboldt-Universität zu Berlin zwischen 1989 und 1994 liefert Raisers Untersuchung „Schicksalsjahre einer Universität“. Raiser, seit 1993 Professor für Rechtssoziologie an der HU Berlin, will damit die Spannungsfelder, in denen sich die Erneuerung vollzog, die äußeren und inneren Kräfte, die auf den Erneuerungsprozeß einwirkten und die Ergebnisse der Neuordnung nachzeichnen. Die Untersuchung, die auf die Anregung der damaligen Präsidentin der HU Berlin, Frau Prof. Dr. Marlis Dürkop zurückgeht, stellt für Raiser und seine Mitarbeiter den Versuch einer unvoreingenommenen und kritischen Zusammenschau einer Vielzahl von nicht nach wissenschaftlichen Kriterien zusammengestellten Zahlen und von persönlichen, subjektiv gefärbten und durchaus divergierenden Berichten über die strukturelle und personelle Erneuerung in einzelnen Fachbereichen dar. Damit soll ein Beitrag zum

hochschule ost 1-2/1999

besseren Verständnis der Situation geleistet und die (für zukünftige Forschungen relevanten) Daten der Erneuerung erfaßt werden.

Die Darstellung des Ausgangszustandes des Erneuerungsprozesses – die HU als Bestandteil des sozialistischen Bildungssystems – orientiert sich in Struktur und Zielsetzung (wie im Gerichtsalltag verbreitet) am Wortlaut der einschlägigen Verordnungen. Dieses einseitige Bild prägt Raisers Maßstab für die Erneuerung der Hochschule – noch bevor er die Entwicklungen in der DDR in den 70er, 80er und insbesondere dem Jahr 1989 geschildert hat. Die Darstellungen zur Entwicklung an der HU ab Herbst 1989 stützen sich weitgehend auf die Äußerungen 25 ausgewählter Akteure sowie nicht nachgewiesener Quellen innerhalb und außerhalb der Hochschulleitung und liefern daher allenfalls Ausschnitte des ambivalenten Prozesses. Sowohl im Nachweis von Quellen, in der Berücksichtigung des Forschungsstandes zur Hochschulerneuerung und zum Transformationsprozess als auch in der Berücksichtigung der bisher zum Thema erschienenen Literatur liegt eine Schwäche der Untersuchung. Mag dies wegen des begrenzten Gegenstandes für die nicht auf die HU bezogene Forschung erklärbar sein, so verwundert es, daß Raiser zwar auf die treibende Kraft der Studierenden 1989/90 hinweist, exemplarisch die Dokumentation von Sieber/ Freytag oder Veröffentlichungen in der Studierendenzeitung *UnAufgefordert*³ unerwähnt läßt. Seinen Abschluß findet dieser Abschnitt durch die Schilderungen der Reformen und der Personalentwicklung bis zum Beitritt zur Bundesrepublik.

Der zweite Abschnitt widmet sich dem Zeitraum vom 03.10.1990 bis zum Inkrafttreten des Ergänzungsgesetzes zum Berliner Hochschulgesetz. Neben Abwicklung und erfolgreicher Klage hiergegen steht die Tätigkeit der Personal- und Strukturkommissionen (PSK) und damit der Versuch der Selbsterneuerung im Mittelpunkt der Beschreibungen. Dieser blieb wegen der landesrechtlichen Errichtung der Struktur- und Berufungskommissionen (SBK) unvollendet. Die Autoren gehen entgegen den Äußerungen der meisten Befragten davon aus, daß eine allein auf das Wirken der PSK's gestützte Reform mit überwiegender Wahrscheinlichkeit auf halbem Wege stecken geblieben wäre (S. 69). Diese Annahme ist nach den Darstellungen der Autoren nicht zwingend, da sowohl in personeller Hinsicht (S.75) als auch bei der Berücksichtigung der Ergebnisse der PSK's durch die nachfolgenden Struktur- und Berufungskommissionen (S. 96) eine Kontinuität geschildert wird. Eine Analyse der Umstän-

³ Kinder des Systems. DDR-Studenten vor, im und nach dem Herbst '89, Morgenbuch 1993. Hingegen wird auf Küpper, Die Humboldt-Universität: Einheitsschmerzen zwischen Abwicklung und Selbstreform, Berlin 1993 und die Veröffentlichungen in Mayntz (Hrsg.), Aufbruch und Reform von oben, Frankfurt 1994 verwiesen.

de, die zum Scheitern der bspw. von der Hochschulrektorenkonferenz geforderten Selbsterneuerung der Universität geführt hat, wäre wünschenswert gewesen, handelt es sich doch um den einzigen derartigen Versuch im Hochschulbereich. Erkenntnisse könnten für künftige Reformen von Relevanz sein, liefe die Einschätzung der Autoren auf notwendige externe Eingriffe hinaus.

Mehr Sympathie bringt die Untersuchung (wohl wegen der rechtlich klaren Verhältnisse)⁴ dem Wirken der durch das ErgBerlHG eingesetzten SBK's entgegen.⁵ Diese Kommissionen haben die Gestalt der Humboldt-Universität geprägt. Die Einrichtung der SBK's wird als Weg der Erneuerung dargestellt, der sowohl aus der Universität als auch von außen gestaltet und getragen wurde und deshalb als geglückt anzusehen ist. Wertend exemplarisch die Dominanz der westdeutschen Kommissionsvorsitzenden (S. 77) und die Bedeutungslosigkeit der vorhandenen Gremien (S. 88) hervorgehoben, erscheint auch diese Schlußfolgerung, die zudem auf die Schilderungen der befragten SBK-Vorsitzenden zurückgeht, nicht zwingend. Hier liegt eine weitere Schwäche der Dokumentation, denn entgegen der Intention der damaligen Präsidentin wurde darauf verzichtet, dem Schicksal der ausgeschiedenen Universitätsmitglieder nachzugehen, da diese für die Universität heute keine Rolle mehr spielten (S. 13). Die befragten Professoren⁶ waren in den Kommissionen tätig (S. 14 ff.). Raiser geht davon aus, daß von diesen Personen besser fundierte und reflektierte Antworten zu erwarten wären.

Diese fehlende Rückkoppelung zu den Betroffenen setzt sich fort, wenn über die Struktur- und Stellenpläne sowie die Personalerneuerung berichtet wird. Exemplarisch die Schilderungen zum zwangsweisen Übergang in befristete Arbeitsverhältnisse (S. 90) lassen jede Anmerkung zu den mit diesem Teil der Erneuerung der Hochschule verbundenen Kon-

⁴ Die HU Berlin, zwei Fakultäten und drei Professoren haben Verfassungsbeschwerden gegen das ErgBerlHG erhoben, die jedoch durch Beschluß des BVerfG v. 25.08.1992 (1 BvR 1502/91 u.a.) nicht zur Entscheidung angenommen worden ist. Der Verfassungsbeschwerde war ein Gutachten Denningers (unveröffentlicht) zur Vereinbarkeit der §§ 8 und 9 ErgBerlHG mit dem GG vorausgegangen.

⁵ Grenzen zeigt die Untersuchung auch für die Tätigkeit der SBK's auf: „Die besonders schwierigen Probleme der Medizin mußten dann allerdings auf höherer Ebene geregelt werden“ (S. 89). Problematisch ist die kommentarlos konstatierte Nichtberücksichtigung von Personen, die sich dem Verfahren der PSKs nicht gestellt hatten (S. 96). Immerhin fehlte es an einer rechtlichen Grundlage, die eine Verpflichtung zur Mitwirkung bei der Tätigkeit der PSKs begründen konnte.

⁶ Bis auf zwei in der ZPSK tätige Studierende gehörten alle befragten Personen zur Gruppe der Professoren (S. 16). Nach Auffassung der Autoren hätten die unberücksichtigten Gruppen nicht wesentlich anders geurteilt (S. 17). Eine Erklärung für diese Annahme läßt sich der Untersuchung nicht entnehmen.

flikten und Rechtsfragen⁷ vermissen. Im Hinblick auf den (20%igen) Anteil unbefristeter Beschäftigungsverhältnisse im Mittelbau reproduziert die Untersuchung (S. 105) schließlich Vorstellungen, die keineswegs übliche Proportionen westdeutscher Hochschulen wiedergeben.⁸

Der wesentliche Verdienst der Untersuchung liegt in der Zusammenstellung der vorhandenen Übersichten zur Personalentwicklung an der Humboldt-Universität zwischen 1989 und 1994 und deren Veröffentlichung. Die Statistiken beschränken sich auf vorliegendes Material und eine Auswertung der Personalverzeichnisse der Jahre 1992 und 1995. Hervorzuheben sind die Darstellungen zum Anteil der Berufungen aus den ostdeutschen Bundesländern und deren Verteilung auf die Fachbereiche (S. 101). Vergleiche zum ostdeutschen Durchschnitt und Analysen finden sich nicht. Mangels detaillierter Erfassung in der Hochschule konnten die Gründe des Ausscheidens von Personen nicht festgestellt werden. Soweit hingegen ein Kündigungsschutzverfahren eingeleitet worden ist, vermitteln die sich anschließenden Darstellungen einen guten Überblick über den Ausgang der Verfahren und werden an vorliegenden Untersuchungen zum Ausgang von Kündigungsschutzverfahren gemessen. Insbesondere der umfangreiche Anhangteil der Untersuchung ist hervorzuheben.

Raiser vermittelt einen, freilich durch die ausschließlich westdeutsche Sicht und die empirische Grundlage beschränkten, Blick auf die Etappen der Umgestaltung der HU zwischen 1989 und 1994 und wird insofern seinem im Vorwort formulierten Anspruch gerecht. Die vorgenommenen Wertungen sind wissenschaftlich ungesichert. Dem in jeder Beziehung sensiblen Bereich der Einpassung der HU in das Wissenschaftssystem der Bundesrepublik wird die Untersuchung daher nicht gerecht, verliert doch der Leser den Geschmack der parteiischen Stellungnahme nicht. Berücksichtigt man ferner, daß bspw. geschlechtsspezifische Probleme der Erneuerung sowohl im deskriptiven Teil als auch in der Statistik ausgespart werden und die für eine wissenschaftliche Untersuchung unabdingbare Genauigkeit fehlt,⁹ bleibt nur eine alsbaldige weitere Befassung mit dem Thema zu erhoffen.

Thomas Neie (Leipzig/Berlin)

⁷ Aus juristischer Sicht hätte es sich angeboten, die Grenzen der nachträglichen Befristung nach dem BGB, dem GG und der Rspr. des BVerfG zumindest anzudeuten. Hinsichtlich der Beendigungskündigungen werden die Konflikte aufgezeigt (S. 130).

⁸ Vgl. Otto, in: Schramm (Hrsg.), Hochschule im Umbruch, Berlin 1993, S. 422 ff.

⁹ Es ist bspw. unzutreffend, daß Personen „zur Übernahme in den öffentlichen Dienst des Landes Berlin anstanden“ (S. 52), denn Art. 20 Abs. 1 Einigungsvertrag hat eine Überleitung der Beschäftigungsverhältnisse bewirkt.

Autorinnen & Autoren

Heinz Bielka, Prof. em. Dr. rer. nat., war am Max Delbrück Centrum für molekulare Medizin tätig und lebt in Berlin.

Falk Bretschneider studiert Geschichte, Kommunikations- und Medienwissenschaft sowie Volkswirtschaftslehre an der Universität Leipzig.

Arno Hecht, Prof. Dr. med., war von 1977 bis 1993 Direktor des Instituts für Pathologische Anatomie der Universität Leipzig und lebt heute in Auerbach.

Wolfgang Herzberg, Diplom-Kulturwissenschaftler, lebt als freier Autor und Publizist in Berlin.

Andreas Herzog, Dr. phil., Literaturwissenschaftler, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Germanistik der Universität Leipzig.

Ulrich van der Heyden, Dr. phil., ist Historiker und Afrikanist in Berlin.

Siegfried Hollitzer war Geschäftsführer der Jüdisch-Christlichen Arbeitsgemeinschaft und ist Vorstandsmitglied der Ephraim-Carlebach-Stiftung in Leipzig.

Esther Jonas-Märtin ist Studentin der Religionswissenschaft und Germanistik an der Universität Leipzig und Referentin beim Verein „Geschichte der Juden in Leipzig“.

Andreas Keller, Diplom-Politologe, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Politikwissenschaft an der Universität Marburg.

Mario Keßler, Dr. phil. habil., Politikwissenschaftler, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam und Lehrbeauftragter an der FU Berlin.

Thomas Kuczynski, Prof. Dr., Wirtschaftshistoriker, war langjähriger Direktor des Instituts für Wirtschaftsgeschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR und lebt in Berlin.

Lothar Mertens, Dr. phil. Dr. rer. soc., ist Privatdozent für Zeitgeschichte an der Fakultät für Sozialwissenschaft der Ruhr-Universität Bochum.

Thomas Neie, Jurist, ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Juristischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin und lebt in Leipzig.

Peer Pasternack, ist Politikwissenschaftler am HoF Wittenberg – Institut für Hochschulforschung an der Universität Halle-Wittenberg und ist Lehrbeauftragter am Institut für Politikwissenschaft der Universität Leipzig.

Eberhard Rebling, Prof. em. Dr. phil., Musikwissenschaftler, war von 1959-1971 Professor und Rektor der Hochschule für Musik „Hanns Eisler“ Berlin und lebt heute in Ziegenhals.

Werner Röhr, Prof. Dr. phil., Philosoph und Historiker, ist Vorstandsmitglied der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung.

Dieter Schiller, Prof. Dr. phil., Literaturwissenschaftler, war bis 1991 an der Akademie der Wissenschaften, Zentralinstitut für Literaturgeschichte, beschäftigt und lebt in Berlin.

Georg Schuppener, Dr. phil., Mathematiker und Wissenschaftshistoriker, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Germanistik der Universität Leipzig.

Ralf Stabel, Prof. Diplom-Theaterwissenschaftler, ist Leiter des Fachgebietes Theorie und Geschichte des Tanzes an der Palucca Schule Dresden sowie Honorarprofessor für Tanzdramaturgie an der Hochschule für Schauspielkunst „Ernst Busch“ Berlin.

Jürgen Werner, Prof. Dr. phil., ist emeritierter Professor für Klassische Philologie an der Universität Leipzig.

Günter Wirth, Prof. Dr. phil. Dr. theol. h.c., lebt als Kirchenhistoriker und Publizist in Berlin.

1. Jahrgang 1991/92

Themenschwerpunkte: Die ostdeutschen Hochschulgesetze * Die Erneuerung und ihre Kriterien * Hochschulstruktur in Sachsen * Heinrich Fink * Ostdeutsche Geschichtswissenschaft * Jürgen Teller Honorarprofessor * Ehrenpromotion Hans Mayer in Leipzig * HRG – Wirkungen im Osten * Kirchliche Hochschulen * Geistes- und Sozialwissenschaften nach dem Ende des Sozialismus * Wissenschaft Ost 1989/90 * Europäische Universität Erfurt * Die Studierenden 1989/90

2. Jahrgang 1992/93

Themenschwerpunkte: Drei Jahre Wissenschaftsbau in Berlin-Ost * Frauen in der Ostwissenschaft * Sächsische Hochschuleerneuerung aus Oppositionsperspektive * Ostdeutsche Studentengemeinden * Hochschulen und MiS * Methodologische Wende? * Verbände(-Schicksale) im Osten * Ostdeutsche Entwicklungsländerforschung * Positionen zum Sächsischen Hochschulgesetz * Personalstruktur-Neugestaltung * Die ostdeutschen Archive * Forschung und Technologie in Osteuropa * Sozial- und Geisteswissenschaften Ost: Zwischenbilanzen * Politische Stiftungen an ostdeutschen Hochschulen

3. Jahrgang 1993/94

Themenschwerpunkte: Erneuerungsgruppen bilanzieren * Institution Hochschule und Landeshochschulrecht * Politische Kündigungen in der ostdeutschen Hochschulmedizin – eine Debatte * Gleichstellungsmanagement Ost * Bundestagsdebatte: Industrieforschung in den neuen Bundesländern * Habilitiertentagung in Leipzig * Streitfall Multiple Choice * Studierende 1994 * Berufungsverfahren West und Ost * Singularitäten

4. Jahrgang 1994/95

Themenschwerpunkte: Forschung über Wissenschaft Ost * Dissertationen in der DDR * Singularitäten * Fern studieren in Ostdeutschland * Archive in Ostdeutschland II * Mittel- und Osteuropa: Wissenschaft im Transit * Sozialistische Intelligenz * Kirche & Hochschule, Theologie & Politik I * Synopse Hochschulrecht Ost

5. Jahrgang 1995/96

Themenschwerpunkte: Prekäre Wissenschaftsstrukturen Ost * Singularitäten * Erziehungswissenschaft, Potsdamer Modell & Bildungsforschung Ost * Kirche & Hochschule, Theologie & Politik II * Dialektik der Einpassung * Tschechien: Hochschulforschung & Bibliothekssystem * Frauenforschung Ost: Geschichte & Bilanz des Neubeginns * Ausbildungsförderung: Politik & Protest in Ost & West * kunsthochschule ost

6. Jahrgang 1997

Themenschwerpunkte: Göttinger Vorträge zum Wissenschaftsbau Ost * Haushaltspolitik & Hochschulstrukturentwicklung I * Akademische Medizin * Haushaltspolitik & Hochschulstrukturentwicklung II * Ostdeutsche SozialwissenschaftlerInnen melden sich zu Wort * Zeitschriften * Bibliotheken

7. Jahrgang 1998

Themenschwerpunkte: Hochschulbau & Hochschulkunst in der DDR * Ost-Studierende 1998 * „Acht Magnifizenzen“. Bilderstreit in Jena * Der innerdeutsche Philosophenstreit 1996/97 * Hochschulpolitikerneuerung: Perspektiven für Sachsen

Insgesamt 51 Hefte, 6.093 Seiten. Nachbestellungen nur jahrgangsweise (jeweils DM 100,- zzgl. Versandkosten) oder komplett (DM 450,- zzgl. Versandkosten)

Schutzgebühren: Einzelheft DM 25,-. Doppelheft DM 35,-. Jahresabonnement (4 Ausgaben) DM 98,-. PrivatabonnentInnen DM 42,-. Nichtverdienende DM 31,-. (Abogebühren inklusive DM 10,- Versandkosten)

Kündigungen: Jeweils bis 6 Wochen vor Ablauf des Jahres für den folgenden Jahrgang.

Konto: 45 37 343, Bayerische Vereinsbank Leipzig, BLZ 860 200 86.

Gemäß §33 BDSG weisen wir unsere AbonnentInnen darauf hin, daß wir Namen und Anschrift ausschließlich zum Zweck der Abonnementverwaltung maschinell gespeichert haben.

Kopiervorlage:

Bestellung

Ich/wir bestelle/n:

- | | |
|---|---------------------------------|
| 1. ein kostenloses Probeexemplar zum Kennenlernen | DM 0,- |
| 2. Nachbestellung Jahrgang 19...../..... | DM 100,-
zzgl. Versandkosten |
| 3. Nachbestellung 1. – 6. Jahrgang | DM 450,-
zzgl. Versandkosten |
| 4.mal <i>hochschule ost</i> im Jahresabonnement
(4 Hefte incl. DM 10,- Versandkosten) à | DM 98,- |
| 5.mal <i>hochschule ost</i> im PrivatabonnentInnen-Abo
(4 Hefte incl. DM 10,- Versandkosten) à | DM 42,- |
| 6.mal <i>hochschule ost</i> im Abo für Nichtverdienende
(4 Hefte incl. DM 10,- Versandkosten) à | DM 31,- |
- (Begründung der Anspruchsberechtigung bitte unterstreichen:
Studierende/r – Erwerbslose/r – Vorruheständler/in – Pensionär/in –

Sonstiges:.....)

Die Bezahlung erfolgt nach Rechnungslegung mit dem ersten Heft.
Habe ich mich für 4., 5. oder 6. entschieden, so erkläre ich mich damit einverstanden, daß sich mein Abonnement jeweils um ein Jahr verlängert, wenn ich es nicht bis vier Wochen (Poststempel) vor Ablauf der Bestellfrist (Jahresende) kündigt.

.....
Name

.....
Adresse

.....
Datum

.....
Unterschrift

Es ist mir bekannt, daß meine Bestellung erst wirksam wird, wenn ich sie gegenüber dem Anbieter nicht innerhalb von zehn Tagen (Poststempel) widerrufe.

.....
2. Unterschrift

Einzusenden an:

Arbeitskreis Hochschulpolitische Öffentlichkeit, StuRa Universität Leipzig,
PSF 920, 04009 Leipzig

hochschule ost 1-2/1999

ISSN 0944-7989
ISBN 3-9806319-2-3

Nach diesen
schrecklichen Bildern
nur eine erfreuliche Nachricht:
Beim Bombardement der letzten
Nacht wurde Peter Hamdaks
Schreibmaschine getroffen!

